FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

31. Jahrgang 2019

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Redaktion: Birgit Bublies-Godau, Jürgen Frölich, Ewald Grothe,
Wolther von Kieseritzky, Jochen Merkle, Sven Prietzel

Anschrift der Redaktion:
Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung
c/o Archiv des Liberalismus
Theodor-Heuss-Str. 26
D-51645 Gummersbach

juergen.froelich@freiheit.org

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

31. Jahrgang 2019

im Auftrag
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

herausgegeben von
Eckart Conze, Dominik Geppert, Joachim Scholtyseck
und Elke Seefried in Verbindung mit Jürgen Frölich
und Ewald Grothe

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-8487-6132-6 (Print)
ISBN 978-3-7489-0223-2 (ePDF)

1. Auflage 2019
© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Vorbemerkung der Herausgeber

Wie schon gewohnt, gibt auch dieser Jahrbuch-Band die Ergebnisse des jüngsten Kolloquiums zur Liberalismus-Forschung wieder. Dieses fand Ende Oktober 2018 in Kooperation mit der „Weimarer Republik e.V." und der „Forschungsstelle Weimarer Republik" an der Friedrich-Schiller-Universität Jena ebendort statt. Ausgelöst durch die 100. Wiederkehr der Pariser Friedenskonferenz 1919 und der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, aber keineswegs beschränkt darauf, war das Thema „Liberale und Frieden". Bei der Tagung erwies sich dann gerade der Komplex „Versailles" als so anregend und kontrovers zugleich, dass sich die Herausgeber entschlossen haben, einen Schwerpunkt innerhalb des Themenschwerpunktes zu bilden. Ein weiterer, nicht extra ausgewiesener thematischer Schwerpunkt hat sich durch den 100. Todestag von Friedrich Naumann am 24. August dieses Jahres ergeben, wobei wiederum Querverbindungen zum eigentlichen Schwerpunkt-Thema bestehen. Im nächsten Jahr wird das Jahrbuch wieder zur „einfachen" Schwerpunktbildung zurückkehren, die dann dem Zusammenhang von „Liberalismus und Verfassung" gewidmet sein wird.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Inhaltsverzeichnis

Themenschwerpunkt „Liberalismus und Frieden“

Eckart Conze
Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt 11

Anuschka Tischer
„Pax optima rerum“? Stimmen aus dem deutschen Liberalismus zum Westfälischen Frieden im Kontext der allgemeinen Rezeptionsgeschichte 29

Andreas Braune
Die Friedensfrage in der liberalen politischen Philosophie 43

Ulf Morgenstern
Annäherungen und anhaltende Ambivalenzen. Die Liberalen und Bismarcks Friedensschlüsse 1864-1871 65

Jürgen Peter Schmied
Krieg und Frieden bei William E. Gladstone 83

Jürgen Frölich
„Eine Politik der Linken wird immer eine Politik des Friedens sein“? Frieden und Krieg bei Friedrich Naumann 97

Michael Dreyer
Hugo Preuß, die DDP und Versailles 113

Anne C. Nagel
„Sind die Feinde verrückt geworden?“ Martin Rade, Walther Schücking und die Diskussion um den Frieden von Versailles 131

Wolfgang Michalka
„Wir wollen nicht Krieg, sondern Frieden. Doch nicht den Frieden der Unterwerfung.“ Walther Rathenau und die Friedensfrage 139

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Christiane Scheidemann
Gustav Stresemann zwischen nationaler Machtpolitik und europäischer Friedenspolitik 157

Manuel Limbach
„Anständig“ und „dauernd“. Friedensvorstellungen im bürgerlich-liberalen Widerstand gegen Hitler 173

Tim Geiger
Frieden, Sicherheit und Einheitsstreben im Kalten Krieg. Zur Außen- und Deutschlandpolitik der FDP in den 1950/60er Jahren 199

Elke Seefried
Liberale Friedensforschung. Peter Menke-Glückert, die FDP und der Wandel des Friedensbegriffs im Kalten Krieg 227

Matthias Oppermann
Lieber Krieg als Knechtschaft. Raymond Aron und der Zusammenhang von Frieden und Freiheit 265

Weitere Beiträge

Philippe Alexandre
„Herr Friedrich Naumann ist eine der interessantesten Figuren des zeitgenössischen Deutschland.“ Zur Wahrnehmung eines deutschen Liberalen in Frankreich 285

Ursula Krey
„Gedenkworte an Friedrich Naumann“. Elly Heuss-Knapps Rundfunkrede zum dreißigsten Todestag am 24. August 1949 als Paradigma narrativer Erinnerungskultur 317

Christoph Stamm
„…und keineswegs als ‚Mitläufer‘.“ Die politischen Anfänge von Johannes Dieckmann in der Deutschen Volkspartei 1918-1933 339

Fabian Ettrich
Kosmopolit mit Bremer Wurzeln. Der jüdische Sportfunktionär, Diplomat und FDP-Bundestagskandidat Alfred Ries 365

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Fred Mrotzek
Der Fall Arno Esch. Zur Anatomie einer geheimdienstlichen Ermittlungsakte 379

Norbert Schloßmacher
Wider „Franzosentrabanten“ und „Rückschreitern“, aber fürs Vaterland. Zur politischen Verortung bzw. Vereinnahmung von Ernst Moritz Arndt. Gedanken anlässlich seines 250. Geburtstags 391

Forum

Jens Hacke
Existenzkrisen der liberalen Demokratie. Aktuelle Phänomene und historische Parallelen 413

Wolfgang Michalka
Chronist der Zeitenwende: Harry Graf Kessler 427

Autorenverzeichnis 443

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Themenschwerpunkt „Liberalismus und Frieden“

Eckart Conze

Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt

Gescheitert oder nicht: Die Pariser Konferenz und die aus ihr hervorgegangenen Vorortverträge waren der Versuch eines liberalen Friedens.[1] Im Rahmen einer Tagung, die sich mit dem Thema „Liberale und Frieden“ beschäftigt, ist es daher geradezu unausweichlich, einen Blick auf den Friedensschluss nach dem Ersten Weltkrieg zu richten und damit auf den Versuch, nach dem Großen Krieg eine neue, eine stabile und friedliche internationale Ordnung zu schaffen. Ein liberaler, ein demokratischer Frieden war das Ziel der Friedensmacher von 1919 und 1920. Zugleich aber ist die Versailler Ordnung mit dem Verdikt des Scheiterns behaftet. Was sagt das über die Möglichkeiten eines liberalen oder eines demokratischen Friedens? Für die Versailler Ordnung gilt, dass wir ihr Scheitern nicht zuletzt erklären können aus den Erwartungen und Hoffnungen, die ganz unterschiedliche Akteure auf einen liberalen, einen demokratischen Frieden richteten, und aus der Enttäuschung darüber, dass diese Erwartungen und Hoffnungen sich nicht erfüllten, dass sie in vielen einzelnen Fällen Illusionen blieben, in der Summe am Ende eine große Illusion.[2]

1 Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine geringfügig überarbeitete und mit den notwendigen Nachweisen versehene Fassung meines öffentlichen Abendvortrags in Jena am 30.10.2018. Der Vortragsduktus wurde weitgehend beibehalten.

2 Der Titel des Beitrags verweist auf das 2018 erschienene Buch des Autors zum Thema: Eckart Conze: Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt. München 2018. Dort werden die hier angesprochenen Fragen intensiv und ausführlich behandelt. Anlässlich der 100. Wiederkehr von Pariser Konferenz und Versailler Vertrag sind verschiedene neue Gesamtdarstellungen zum Thema erschienen, darunter Jörn Leonhard: Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923. München 2018, oder Klaus Schwabe: Versailles. Das Wagnis eines demokratischen Friedens 1918-1923. Paderborn 2019, sowie auch, obwohl der Titel das nicht erahnen lässt, Marcus M. Payk: Frieden durch Recht? Der Aufstieg des modernen Völkerrechts und der Friedensschluss von Versailles nach dem Ersten Weltkrieg. Berlin 2018. Stärker konzentriert auf Deutschland und den deutschen Umgang

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Um das zu demonstrieren, muss man nicht in Paris oder Berlin beginnen, auch nicht in London oder Washington, sondern man kann den Blick auf Peking richten. Dort nämlich, in der chinesischen Hauptstadt, versammelten sich am 4. Mai 1919 Hunderte meist junger Chinesen vor dem Tor des Himmlischen Friedens und formierten sich zu einem Demonstrationszug durch das Regierungsviertel und vor die Botschaften der westlichen Mächte. Zunächst noch gewaltfrei, kam es rasch zu Ausschreitungen: Botschaftsgebäude wurden mit Steinen und Brandsätzen beworfen, westliche Diplomaten angegriffen. Und der Protest blieb nicht auf Peking beschränkt, sondern verbreitete sich über das ganze Land. Chinesen in Europa und Nordamerika, Studenten allen voran, nahmen ihn auf. Westliche Medien berichteten ausführlich, auch über die Transparente, die die Demonstranten mit sich trugen: „Gebt uns Qingdao zurück!“, „Boykottiert japanische Waren!“, „Beschützt unser Land!“, „China den Chinesen!“ oder „Nieder mit den Verrätern!“, war auf ihnen zu lesen.[3]

Was war geschehen? Wenige Tage zuvor, Ende April 1919, hatte der Oberste Rat der Pariser Friedenskonferenz, dem die USA, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan angehörten, beschlossen, die chinesische Halbinsel Shandong, das Gebiet um das ehemals deutsche Pachtgebiet Kiautschou und ihr fruchtbares, am Gelben Fluss gelegenes Hinterland, nicht an China zurückzugeben, sondern es unter japanische Herrschaft zu stellen. Ein Aufschrei der Enttäuschung und der Wut war die Folge. Insbesondere gegen den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, der in China vor 1919 wie ein Heiliger verehrt worden war, richteten sich nun der Zorn und die Frustration der Chinesen. Auf einem Flugblatt der Studentenunion Shanghai war zu lesen: „Wir warteten auf den Tagesanbruch dieses neuen Messias. Aber für China ging die Sonne nicht auf. Stattdessen wurde uns die Wiege unserer Nation geraubt.“

Eine Illusion war zerstört – wahrlich nicht die einzige auf der Pariser Konferenz. Und die Folgen waren gewaltig. Denn der breite, schichtenübergreifende nationale Protest, der sich binnen weniger Tage in China formierte, richtete sich nicht nur gegen die Shandong-Entscheidung, sondern gegen die Politik des Westens ganz allgemein. Wieder war das Land, so sah man es in China, gedemütigt worden, ganz in der Kontinuität der imperialistischen Politik des 19. Jahrhunderts. Gedemütigt von Japan, gedemütigt vor allem aber vom Westen, ohne den Tokio sich in Paris nicht hätte durchsetzen können.

mit Kriegsniederlage und Friedensschluss Gerd Krumeich: Die unbewältigte Niederlage. Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Republik. Freiburg 2018.

3 Vgl. Kai Vogelsang: Geschichte Chinas, Stuttgart 2012, S. 508; Michael Dillon: China. A Modern History. London 2010, S. 177 f, dort auch die Zitate.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Dagegen wollte man sich wehren. Der chinesische Student, der sich später erinnerte, stand nicht allein: „Als uns die Nachrichten von der Pariser Konferenz erreichten“, so schrieb er, „waren wir geradezu schockiert. Uns wurde bewusst, dass die ausländischen Mächte immer noch selbstsüchtig und militaristisch waren und dass sie alle große Lügner waren. Wenige von uns schliefen am Abend des 2. Mai, und mit meinen Freunden diskutierte ich die ganze Nacht. Wir kamen zu dem Ergebnis, dass ... wir uns nicht länger abhängig machen dürften von den Prinzipien irgendeines sogenannten großen Führers wie Woodrow Wilson ... Es gab keine andere Möglichkeit: Wir mussten den Kampf aufnehmen.“[4]

Der Protest verebbte nicht. Aus ihm entstand über regionale, kulturelle und soziale Grenzen hinweg eine nationale Bewegung, ein reaktiver, gegen den Westen gerichteter chinesischer Nationalismus. Trotz ihrer Politik in China waren die westlichen Nationen dort lange Zeit ein Vorbild gewesen; am Westen hatte man sich orientiert: politisch, sozial und kulturell. Das war nun kaum noch möglich. Im Frühjahr 1919, mit dem chinesische Historiker die Zeitgeschichte Chinas beginnen lassen, erfuhr die Idee einer westlich-kapitalistischen Moderne in China einen Sinnverlust, der nicht zu kompensieren war.[5] Und zu den Folgen des Mai 1919 gehört – geboren aus Enttäuschung über den imperialistischen westlichen Kapitalismus und seine Machtpolitik – auch der Aufstieg des Kommunismus in China. In Shanghai gründete sich, unterstützt von Beratern der Moskauer Komintern, im Juni 1921 die Kommunistische Partei Chinas, der sich auch die Studenten Zhou Enlai und Deng Xiaoping anschlossen.[6] Für den jungen Mao, damals 25 Jahre alt, reichte die Bedeutung der Ereignisse von 1919 weit über China hinaus: „Indien“, so schrieb er, „war zwar in Paris durch einen Clown mit flammend rotem Turban vertreten [gemeint war der indische Maharadscha von Bikaner, der zur Delegation des Britischen Empire gehörte, E. C.], aber die Forderungen des indischen Volkes wurden nicht berücksichtigt.“ Korea, so Mao, hatte zwar den Verlust seiner Unabhängigkeit – durch Japan – zu beklagen, „aber es wurde von der Friedenskonferenz schlicht ignoriert. So viel zum Thema Selbstbestimmungsrecht der Völker!“[7]

Was hier am Beispiel Chinas geschildert wurde, das ließe sich als Thema mit Variationen über Korea, Indochina, Indien, den Nahen und Mittleren Os-

4 Vgl. Erez Manela: The Wilsonian Moment. Self-determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism. Oxford 2007, S. 186 f, dort auch das Zitat.
5 Vgl. Sabine Dabringhaus: Geschichte Chinas 1279-1949. Berlin 2015, S. 66; Vogelsang: Geschichte Chinas (wie Anm. 3), S. 508 f.
6 Vgl. ebd., S. 512 f.
7 Zit. nach: Manela: Wilsonian Moment (wie Anm. 4), S. 194.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ten und über Afrika erzählen.[8] Vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, das angeblich und insbesondere nach den Ankündigungen des amerikanischen Präsidenten die Neuordnung der Welt leiten sollte, konnte in Paris keine Rede sein. Stattdessen bestimmten traditionelle Großmachtinteressen, imperialistische Ambitionen und – immer wieder – ein unverhüllter Rassismus die Verhandlungen und Entscheidungen.

Und das ist nicht nur historisch wichtig, sondern es wirkt sich noch 100 Jahre später aus. Die tiefe Demütigung, die China 1919 erfuhr, hat sich in das kollektive Gedächtnis der Chinesen eingegraben. In den politischen Spannungen, die heute im Fernen Osten den Aufstieg Chinas zur globalen Supermacht begleiten, tritt das immer wieder zutage. Die historischen Ereignisse erklären zwar nicht die gegenwärtigen Konfliktdynamiken, die primär eine Folge des chinesischen Macht- und Hegemonialanspruchs sind, aber sie wirken bis heute auf das politische Bewusstsein in China ein, wo sie nicht vergessen sind und geschichtspolitisch abgerufen und instrumentalisiert werden können. Das heutige chinesische Selbstbewusstsein speist sich auch, ja es wird gleichsam kompensatorisch verstärkt durch die Demütigungen, die China von Seiten Japans, aber auch des Westens erfahren hat. Paris 1919 gehört zu diesen Demütigungen.

Der Umgang der Großmächte mit China und seine Folgen verweisen aber auch auf die Globalität der Ereignisse. Dem Ersten Weltkrieg als globalem Krieg folgte ein globaler Friedensschluss. Das machte die Pariser Konferenz zu einem welthistorischen Moment im wahrsten Sinne des Wortes und das Paris jener Monate zur Hauptstadt der Welt. „Fragen, die umgrenzt blieben, weil sie auf einen Punkt begrenzt waren, gibt es nicht mehr“, schrieb der französische Philosoph und Dichter Paul Valéry wenige Jahre später.[9] Paris war der Ort, die Pariser Konferenz Ausdruck einer globalen Konnektivität. Alles hing irgendwie mit allem zusammen, alles konnte mit allem in Beziehung gebracht werden. Globale Interaktionen und Interdependenzen bestimmten die Pariser Verhandlungen und das Denken und Handeln der Pariser Akteure, ganz gleich ob sie nun den offiziellen Delegationen angehörten oder ob sie gleichsam von außen mit ihren Zielen und Interessen auf die Beratungen und Entscheidungen Einfluss zu nehmen versuchten – meistens ohne Erfolg, wenn auch nicht ohne Wirkung.

Globalität konstituierte aber keinen einheitlichen, keinen geschlossenen Handlungszusammenhang und auch kein einheitliches Handlungsbewusstsein der Akteure, sondern sie war vielfältig und differenziert. Partikulare,

8 In dieser Perspektive neben Manela: Wilsonian Moment (wie Anm. 4) auch Michael Goebel: Anti-imperial Metropolis. Interwar Paris and the Seeds of Third World Nationalism. New York 2015.

9 Paul Valéry: Über Geschichte (1927). In: Ders.: Werke, Bd. 7: Zur Zeitgeschichte und Politik. Frankfurt a.M. 1995, S. 173-176, hier S. 173.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

oftmals lokale Interessen und Befindlichkeiten, die sich aus kleinräumigen Konstellationen und Problemen ergaben, wirkten auf sie ein. Ebenso gehörten unübersehbare Effekte, Unkenntnis und Ungewissheit über die Zusammenhänge von Ursache und Wirkung zu den Folgen dieser Globalität. Auch daraus resultierte die enorme Komplexität der Pariser Verhandlungen, und in der Retrospektive wird klar, dass diese komplexe Globalität zur Überforderung der Konferenz sowie zur Widersprüchlichkeit und Inkohärenz ihrer Beschlüsse entscheidend beitrug. Das war keine gute Voraussetzung für die Akzeptanz des Friedensschlusses und die Zufriedenheit mit seinen Ergebnissen.

Die internationale Ordnung, die in Paris 1919 Gestalt annahm, war von den Machtinteressen der Siegermächte bestimmt, allen voran Großbritanniens, Frankreichs und der USA. Das hatte Folgen weit über Europa hinaus und trug zur Entstehung von Spannungen und globalen Krisenherden bei, die auch hundert Jahre nach der Pariser Konferenz nicht beseitigt sind. Nicht wenige der regionalen Konflikte, die die internationale Politik im beginnenden 21. Jahrhundert beschäftigen, reichen zurück bis in die Jahre um 1919 und zu den Pariser Verhandlungen und lassen sich – direkt oder indirekt – mit den dort getroffenen Entscheidungen der Großmächte in Verbindung bringen. Von China war schon die Rede.

In Europa gehören dazu die Kriege und Bürgerkriege im ehemaligen Jugoslawien, die nach dem Ende des Kalten Kriegs mit brutaler, zum Teil genozidaler Gewalt geführt wurden. Mit Jugoslawien zerfiel nach 1990 ein Staat, der Ende 1918 als Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen gegründet worden war und der von Anfang an von nationalen Spannungen geprägt war. Die Bürger Jugoslawiens hatten im Krieg auf verschiedenen Seiten gestanden und gekämpft, verfügten über völlig unterschiedliche historische Erfahrungen und kulturelle Prägungen, und so waren gegenseitiges Misstrauen und Ressentiments groß. Das zeigte sich in der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Nach 1945 hielt nur die autoritäre kommunistische Herrschaft Titos den föderativen Staat zusammen, seit seinem Tod 1980 verstärkten sich die Spannungen zwischen den Teilrepubliken, und nach 1990 führten die Dynamiken der Renationalisierung zur Auflösung der jugoslawischen Republik und zu den damit verbundenen Zerfallskriegen.

Auch der Nahostkonflikt, in dessen Zentrum die Anerkennung des Staates Israel steht sowie die Suche nach einer politischen Ordnung, die israelischen und arabischen Interessen gerecht wird, reicht bekanntlich bis in die Schlussphase des Ersten Weltkriegs und die Zeit der Pariser Konferenz zurück. Zwar wurde der Staat Israel erst 1948 gegründet, doch war die Frage eines jüdischen Staates in Palästina spätestens seit der Balfour-Deklaration von 1917 ein Thema der internationalen Politik, so dass die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens nach dem Ende der osmanischen Herrschaft auch aus dieser Perspektive betrachtet wurde. Entgegen den Versprechungen und

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zusagen aus den Kriegsjahren, als Großbritannien den arabischen Nationalismus und das arabische Unabhängigkeitsstreben in der Auseinandersetzung mit dem Osmanischen Reich mobilisierte, brachte die Pariser Konferenz den Arabern nicht die ersehnte Unabhängigkeit, sondern über das Mandatssystem des Völkerbunds die Integration in das britische – und französische – Kolonialreich.[10]

Zugleich bestätigten der Friedensvertrag von Sèvres mit der Türkei und die Mandatsbestimmungen des Völkerbunds für Palästina die Balfour-Deklaration von 1917, wodurch die Aussicht auf einen jüdischen Staat und die verweigerte arabische Unabhängigkeit in einen Wahrnehmungs- und Wirkungszusammenhang gebracht wurden, der eine Anerkennung des 1948 gegründeten Staates Israel von arabischer Seite ausschloss und in der Folge zur Verschärfung des arabisch-israelischen Konflikts entscheidend beitrug.

Im Neo-Osmanismus der Gegenwart wiederum, wie ihn nicht zuletzt der türkische Staatspräsident Erdoğan vertritt, begegnen uns türkische Hegemonialambitionen, die sich nicht nur auf den Nahen und Mittleren Osten beziehen, sondern bis ins ehemals sowjetische Zentralasien reichen. Darüber hinaus hat die gegenwärtige Erinnerung an die osmanisch-imperiale Vergangenheit in der heutigen Türkei eine innenpolitische und gesellschaftsstabilisierende Funktion.[11]

Auch bei der Auflösung des Osmanischen Reiches offenbarte sich über den Nahen und Mittleren Osten hinaus eine tiefe Spannung zwischen dem Prinzip nationaler Selbstbestimmung und den Realitäten – und Kontinuitäten – imperialer Herrschaft. 1919 bedeutete eben nicht das Ende imperialer Beherrschung. Im Gegenteil: Die – kolonialen – Imperien der Sieger blieben erhalten und erreichten erst durch die Friedensverträge und das Mandatssystem des Völkerbunds ihre größte Ausdehnung.[12] Die internationale Ordnung, deren Grundlage in Paris geschaffen wurde, war alles andere als antiimperial. Das wird auch durch die Auflösung des deutschen Kolonialreichs bestätigt, dessen Territorien, ob in Afrika oder im asiatisch-pazifischen Raum, keine staatliche Unabhängigkeit erlangten, sondern entweder als Mandatsgebiete de facto dem britischen oder französischen Imperium zufielen oder un-

10 S. hierzu u. a. James Barr: A Line in the Sand. Britain, France and the Struggle for the Mastery of the Middle East. London 2011; David Fromkin: A Peace to End All Peace. The Fall of the Ottoman Empire and the Creation of the Modern Middle East. New York 2009; Jan Erik Zürcher: Sykes-Picot-Abkommen. In: Enzyklopädie Erster Weltkrieg, hrsg. von Gerhard Hirschfeld u. a. Paderborn 2009, S. 916; Susan Pedersen: The Guardians. The League of Nations and the Crisis of Empire. Oxford 2015.

11 Vgl. hierzu beispielsweise Christiane Schlötzer: Erdogan und die Grenzen seines Herzens. In: https://www.sueddeutsche.de/politik/territorialtraeume-der-tuerkei-erdoan-und-die-grenzen-seines-herzens-1.3231628 (letzter Zugriff: 9.3.2019).

12 Vgl. vor allem mit Blick auf den Nahen und Mittleren Osten Cyrus Schayegh/Andrew Arsan (Hrsg.): The Routledge Handbook of the History of the Middle East Mandates. London/New York 2015.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ter die Kontrolle britischer Dominions wie Australien und Neuseeland kamen.

Dass die Pariser Konferenz das System imperialer Herrschaft bestätigte, ja ausbaute, stärkte die antikolonialen Unabhängigkeitsbewegungen, die von den Pariser Entscheidungen bitter enttäuscht wurden, aber aus dieser Enttäuschung neue Kraft schöpften und sich nun erst recht in ihren Zielen und in der Legitimität ihres Handelns bestätigt sahen. Antikolonialismus und Antiimperialismus erstarkten vor diesem Hintergrund und reichten bald tief in die kolonialen Metropolgesellschaften hinein. Damit wurde der koloniale Imperialismus im Moment seiner größten Ausdehnung massiver in Frage gestellt als jemals zuvor. Die Unabhängigkeitsbewegungen des globalen Südens, die sich im Umfeld und in der Folge der Pariser Konferenz formierten, trugen dazu bei, dass die Dekolonialisierung seit 1919 nicht mehr von der weltpolitischen Tagesordnung verschwand. Nicht wenige ihrer Führungsfiguren zur Zeit der Pariser Konferenz begegnen uns nach dem Zweiten Weltkrieg wieder, als die Stunde der europäischen Kolonialreiche endgültig geschlagen hatte. Der Vietnamese Ho Chi Minh, wie er sich später nannte, ist dafür das vielleicht prominenteste Beispiel.[13]

II.

Nicht nur in außereuropäischer Perspektive jedoch gehörten Enttäuschung und Desillusionierung zu den Folgen des Friedensschlusses, sondern auch mit Blick auf Europa. Auch für die Europäer, nicht nur für die Deutschen, nicht nur für die Verlierer des Weltkriegs, war Paris der Ort einer großen Illusion. Es war die Illusion, nach viereinhalb Jahren eines schrecklichen Krieges endlich Frieden schaffen zu können, dauerhaften Frieden. Nach viereinhalb Jahren eines Krieges, auf dessen Schlachtfeldern und in ihren Heimatländern Millionen von Menschen ihr Leben gelassen hatten und der weitere Millionen verwundet an Leib und Seele zurückließ. Warum blieb das eine Illusion? Warum gelang es in Paris nicht, aus Hass, Gewalt und Zerstörung Versöhnung und Frieden zu schaffen?

Die wohl wichtigste Antwort liegt in der Erfahrung des Krieges selbst. Es war das eine, aus den Grauen des Krieges abstrakt und theoretisch den Imperativ des Friedens zu entwickeln. Kriegsmüdigkeit, Erschöpfung und unermessliches Leid ließen die Menschen, Soldaten wie Zivilisten, je länger der Krieg dauerte desto stärker sein Ende herbeisehnen. Aber es war etwas ande-

13 S. Manela: Wilsonian Moment (wie Anm. 4), S. 3 f. oder Mark Philip Bradley: Imagining Vietnam and America. The Making of Postcolonial Vietnam, 1919-1950. Chapel Hill 2000, S. 10 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

res, auf diesen Erfahrungen und Sehnsüchten einen Frieden zu errichten, der mehr war als ein Waffenstillstand, mehr als ein Ende der Kampfhandlungen. Wie sollte angesichts dieser Dimensionen von Gewalt und Leid echte Versöhnung möglich sein? Wie sollte man aus dem Krieg herauskommen, nicht nur die Waffen zum Schweigen bringen, sondern den mentalen Kriegszustand beenden, die „Demobilmachung der Geister" erreichen, von der der Historiker Friedrich Meinecke schon 1917 gesprochen hatte?[14]

Diese Frage stellte sich nicht nur, aber doch in ganz besonderer Weise für Frankreich und Deutschland, für Franzosen und Deutsche. Als die deutsche Delegation am 28. Juni 1919 den Spiegelsaal von Versailles betrat, war dort auf Geheiß Clemenceaus eine Gruppe schwer gesichtsverletzter französischer Soldaten aufgestellt – mit entsetzlichen Verwundungen. Diese „gueules cassées", wie man sie nannte, sie standen nicht für Versöhnung. Sie sollten es nicht, und sie konnten es auch nicht. In den nationalen Gesellschaften, in denen über Jahre hinweg systematisch der Hass auf den Kriegsgegner geschürt worden war, bei den Mittelmächten ebenso wie auf Seiten der Entente, blieb Versöhnung noch über viele Jahre eine Illusion. Nicht die Stunde der Versöhnung war 1919 gekommen, sondern die Stunde der Revanche und, vor allem, der Rechtfertigung der Opfer, nach der die aufgepeitschten Öffentlichkeiten in den Siegerstaaten nun verlangten.[15]

Und die Besiegten? Sie hätten sich, wären sie die Sieger gewesen, nicht anders verhalten. Man denke an den deutschen Separatfrieden von Brest-Litowsk aus dem März 1918. Doch nun vermochten die Verlierer in den Forderungen der Siegerseite nichts Anderes zu erkennen als eine Fortsetzung und Bestätigung hasserfüllter Feindschaft. Vom „Vernichtungsfrieden" sprach 1919 selbst der Pazifist Kurt Tucholsky und warnte vor einem neuen Krieg „nach abermals zwanzig Jahren".[16]

Dass Paris eine „Tragödie der Enttäuschung" werden könnte, hatte Präsident Wilson schon vor Beginn der Konferenz befürchtet,[17] zugleich aber mit seinen Ankündigungen und Versprechungen dazu entscheidend beigetragen, ganz besonders mit dem Imperativ des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Während des Krieges hatten beide Seiten versucht, das Recht auf nationale Selbstbestimmung als Waffe im Kampf einzusetzen: Deutschland in Ostmitteleuropa genauso wie die Alliierten beispielsweise im Nahen Osten. Zauberlehrlingsgleich jedoch wurde man der Kräfte, die man beschworen hatte,

14 Friedrich Meinecke: Demobilmachung der Geister (1917). In: ders.: Werke, Bd. 2: Politische Schriften und Reden. Hrsg. von Georg Kotowski. Darmstadt 1958, S. 195-200.

15 Zu den „Gueules cassées" s. Stéphane Audoin-Rouzeau: Die Delegation der „gueules cassees" in Versailles am 28. Juni 1919. In: Gerd Krumeich (Hrsg.): Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung. Essen 2001, S. 280-287, oder Sophie Delaporte: Les gueules cassées. Les blesses de la face de la Grande Guerre. Paris 1996.

16 Theobald Tiger (Kurt Tucholsky): Gedicht „Krieg dem Kriege". In: Ulk, 13.6.1919.

17 Vgl. George Creel: The War, the World, and Wilson. New York 1920, S. 163.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nicht Herr – oder nur mit brutaler Gewalt. Und insbesondere in Ostmittel- und Südosteuropa offenbarte sich, dass sich stabile Staaten und eine haltbare Ordnung auf dem Grundsatz nationaler Selbstbestimmung kaum errichten ließen.

Und was meinte eigentlich „Selbstbestimmung"? Nicht einmal im engsten Umfeld Wilsons wusste man das. „Wenn der Präsident von Selbstbestimmung spricht", fragte sich sein Außenminister Robert Lansing, „was für eine Einheit hat er dann im Kopf? Meint er eine Ethnie, meint er ein territoriales Gebiet oder meint er eine Gemeinschaft?"[18] Ganz abgesehen davon, dass innerhalb, vor allem aber außerhalb Europas Millionen von Menschen das Recht auf Selbstbestimmung verweigert wurde, war die Vorstellung, dass Demokratie und Nationalisierung den Frieden in Europa und der Welt sicherer machen würden, eine der großen Illusionen von 1919.

„Nun wird – wenn die Ermattungsepoche vorbei sein wird – der Friede diskreditiert sein, nicht der Krieg." Max Weber, der Soziologe, der im Mai 1919 einige Tage in Versailles verbracht hatte, an die er sich nicht gern erinnerte, sollte Recht behalten mit seiner Einschätzung.[19] Weithin galt der Versailler Vertrag als ein schlechter Vertrag, und ein echter Frieden, so sahen es gerade in Deutschland und Frankreich sehr viele, konnte auf dieser Grundlage nicht entstehen.

Aber war der Vertrag, wenn man ihn aus seiner Zeit – nicht nur von 1939 her – betrachtet, wirklich so schlecht, war er der Schlussstein eines gescheiterten Friedens? Gewiss: Die emotional so aufgeladene Wahrnehmung des Friedensschlusses und seines Zustandekommens hat in den Jahren nach 1919 vielen Zeitgenossen den Blick auf die Möglichkeiten versperrt, die der Vertrag bot. Zu ihnen gehörte der nationalkonservative Historiker Gerhard Ritter, 1888 geboren, Offizier im Ersten Weltkrieg und 1919 ein scharfer Kritiker des Vertrags. Über drei Jahrzehnte später allerdings, 1951, nun freilich angesichts der Erfahrung des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs, sah Ritter die Dinge anders: „Für eine kluge, besonnene und geduldige deutsche Politik, die für unseren Staat nichts anderes erstrebte, als ihn zur friedenssichernden Mitte Europas zu machen, eröffneten sich – auf lange Sicht gesehen – die besten Chancen."[20]

18 Robert Lansing: The Peace Negotiations. A Personal Narrative. Boston/New York 1921, S. 97 f.

19 Max Weber: Politik als Beruf (Oktober 1919). In: ders.: Gesammelte Politische Schriften, hrsg. von Johannes Winckelmann. 5. Aufl. Stuttgart 1988, S. 505-560, hier S. 551.

20 Gerhard Ritter: Der Versailler Vertrag von 1919. In: Paul Schneider (Hrsg.): Gratias Agimus. Festschrift alter Schüler zum 100-jährigen Jubiläum des Evangelischen Stiftsgymnasiums zu Gütersloh. Gütersloh 1951, S. 102-109, hier 108 f.; vgl. auch Christoph Cornelißen: „Schuld am Weltfrieden". Politische Kommentare und Deutungsversuche deutscher Historiker zum Versailler Vertrag 1919-1933. In: Krumeich (Hrsg.): Versailles 1919 (wie Anm. 15), S. 237-258, sowie ders.: Die Frontgeneration deutscher Historiker und der Erste

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

In der Tat enthielt der Vertrag für das Deutsche Reich und für eine friedliche internationale Ordnung Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten. Das meint nicht nur, dass es hätte schlimmer kommen können, auch wenn das sicherlich mit Blick auf die französische Rheinpolitik oder die astronomischen Reparationsvorstellungen Großbritanniens zutrifft. Der Versailler Vertrag war zweifellos ein Diktatfrieden, die Deutschen hatten bei seiner Ausgestaltung keinerlei Mitspracherecht. Aber er war kein „karthagischer Frieden", wie es mit dem von Jan Smuts, dem Vertreter Südafrikas in Paris, und von John Maynard Keynes, dem britischen Ökonomen, geprägten Begriff immer wieder hieß. Karthago wurde in drei Kriegen vollständig zerstört, der punische Staat existierte danach nicht mehr. Davon konnte mit Blick auf Deutschland 1919 keine Rede sein. Zwar verlor das Deutsche Reich fast ein Siebtel seines Staatsgebiets (ohne die Kolonien) und etwa zehn Prozent seiner Bevölkerung, zwar büßte es rund 15 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion, ein Drittel seiner Kohlevorkommen und mehr als die Hälfte seiner Eisenerzvorkommen ein und wurde durch die unmittelbar festgelegten Reparationsleistungen wirtschaftlich extrem geschwächt. Aber es blieb nicht nur als Staat, sondern als europäische Macht – ganz anders als 1945 – erhalten.

Das Reich war nach wie vor eine potentielle Großmacht. Es konnte sich kooperativ wie konfrontativ durchaus wieder entfalten. So extrem der Vertrag 1919 wirken mochte, er enthielt doch Entwicklungsmöglichkeiten. Als Instrument internationaler Politik war er durchaus flexibel. Das zeigt sich beispielsweise an der offen gehaltenen Reparationsfrage. Diese demonstriert allerdings auch, dass Entwicklungsfähigkeit und Flexibilität sich nicht nur zu deutschen Gunsten auswirken mussten. Sowohl eine konfrontative, harte Reparationspolitik war denkbar und wurde phasenweise auch betrieben als auch eine kooperative, um Verständigung bemühte. Der Staatsrechtler Carl Schmitt hat gerade diese Offenheit in den 1920er Jahren scharf kritisiert und den Siegermächten die „systematische Unbestimmtheit" des Vertrags vorgeworfen, die kein anderes Ziel habe, als ein letztlich permanentes Interventionsrecht der Alliierten zu begründen.[21] Für nicht wenige waren wie für Schmitt der Versailler Vertrag und der durch ihn begründete Friedenszustand eine Fortsetzung des Krieges nach dem Krieg.

Davon war auch Max Weber überzeugt. Ihm schien klar: „Nun kommt ja erst die Schikane, da ja die Bedingungen *nicht* erfüllt werden, eine lange Reihe von ewigen Demütigungen und Quälereien – darin sind die Franzosen

Weltkrieg. In: Jost Dülffer/Gerd Krumeich (Hrsg.): Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918. Essen 2002, S. 311-337.

21 Carl Schmitt: Die Rheinlande als Objekt internationaler Politik (1925). In: Ders.: Positionen und Begriffe. Im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles, 1923-1939. Hamburg 1940, S.- 29-37, hier S. 33.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Meister."[22] Feinde blieben Feinde auch im Sprachgebrauch – auf allen Seiten. Carl Schmitt und Max Weber und mit ihnen viele ihrer Landsleute unterstellten den Alliierten in der Konzeption des Vertrags und seiner Bestimmungen eine zielgerichtete Systematik und Stringenz, die es in Paris aber gar nicht gab. Die Offenheit des Vertrags an vielen Stellen, ganz besonders in der Reparationsfrage, war das Ergebnis eines Kompromisses zwischen unterschiedlichen Positionen und Interessen. Keiner der Großen Vier war mit dem Ziel in die Verhandlungen gegangen, die Reparationssumme bewusst offen zu lassen. Daraus ergaben sich in den Folgejahren Handlungsräume. Allerdings sorgte die Offenheit gerade in der Reparationsfrage auch dafür, dass das Thema nie zur Ruhe kam, dass es bis zur Einstellung der Zahlungen 1932 ein ständiger Streitpunkt in der internationalen Politik und den Finanzbeziehungen war.

Gerade für die deutsche Politik ergaben sich aus Offenheit und Flexibilität des Vertrags Möglichkeiten, von einem Frieden der Schwächung zu einem Frieden der Verständigung und der Kooperation auf europäischer Ebene zu gelangen. Abhängig war das jedoch nicht allein von der deutschen Seite, sondern es bedurfte auch der Kooperations- und Verständigungsbereitschaft der Siegermächte und ganz besonders Frankreichs. Dort blieb die Furcht vor Deutschland und einer neuen deutschen Bedrohung weit über 1919 hinaus Grundgegebenheit der Außenpolitik. Man kannte das militärische, ökonomische und nicht zuletzt demographische Potential des östlichen Nachbarn, und man wusste nur zu genau, dass der Versailler Vertrag dieses Potential nicht zerstört hatte. Vom „Waffenstillstand für 20 Jahre" soll Marschall Foch gesprochen haben, und er stand damit nicht allein. „Der Frieden ist unterzeichnet. Jetzt muss der Krieg beendet werden", war am 29. Juni 1919 auf der Titelseite der sozialistischen „L'Humanité" zu lesen. Doch die Furcht vor Deutschland ins Konstruktive und Kooperative zu wenden, war in der französischen Gesellschaft nach den Erfahrungen des Krieges alles andere als einfach. Man musste dazu erst erkennen, dass eine Politik des Zwangs und der Konfrontation wie in der Ruhrbesetzung 1923 nicht mehr, sondern weniger Sicherheit schaffte, und es bedurfte dazu – wie schon 1919 in Paris – des wohlmeinenden Drucks anderer Mächte, allen voran Großbritanniens und der USA.

Beide Faktoren zusammen bewirkten nach der Krise von 1923 den Übergang zur Locarno-Politik, weil sich auch auf deutscher Seite die Politik der Konfrontation erschöpft und das Land im Jahr der Hyperinflation in die Katastrophe geführt hatte. Die traditionelle Sicherheitspolitik war an ihre Grenzen gelangt. Je stärker man Sicherheit vor allem mit militärischen Überle-

22 An Marianne Weber, 25.6.1919, in: Max Weber: Gesamtausgabe, Abt. 2: Briefe Bd. 10/2. Hrsg. von Gerd Krumeich und M. Rainer Lepsius. Tübingen 2012, S. 662.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gungen und Mitteln zu erreichen versuchte, desto größer wurde die Unsicherheit. Das führte zu neuen Formen und Instrumentarien internationaler Sicherheit, die zum Teil schon 1919 angelegt waren, nun aber entwickelt und zu einer „hybriden Sicherheitsordnung" (Patrick Cohrs) ausgebaut wurden: von Institutionen kollektiver Sicherheit wie insbesondere dem Völkerbund, der bis zu Beginn der 1930er Jahre eine Blütephase erlebte, über multilaterale Garantieverträge (Locarno) bis hin zu den Bemühungen, die internationalen Finanzbeziehungen einschließlich der Reparations- und Kriegsschuldenfrage in ein europäisch-atlantisches Sicherheitssystem einzubeziehen.[23] Die Wiege dieses europäisch-atlantischen Sicherheitssystems stand in Versailles, auch wenn der amerikanische und der britische Garantievertrag für Frankreich, unterzeichnet mit dem Versailler Vertrag am 28. Juni 1919, nicht in Kraft traten.

Der Versailler Vertrag war das „Grundgesetz der deutschen Außenpolitik" (Peter Krüger); er beherrschte und bestimmte die Entwicklung der Außenbeziehungen der Weimarer Republik, die bis zu ihrem Ende auf Versailles bezogen waren. Es blieb bis 1933 die Herausforderung deutscher Außenpolitik, nicht nur immer wieder neu ihr Verhältnis zu Versailles zu bestimmen, sondern auch in der Auseinandersetzung mit dem Vertrag und in seiner Fortentwicklung und Transformation deutsche Interessen zu verfolgen. Revision hieß die Überschrift, unter der diese Politik stattfand. Revisionspolitik war von 1919 an die Politik des Umgangs mit dem Versailler Vertrag. Die Mittel, Wege und Ziele der Revision standen im Zentrum des politischen Diskurses der Republik – und nicht nur des außenpolitischen.

Denn der Versailler Vertrag war nicht nur das außenpolitische Grundgesetz, sondern er wirkte schon in der Phase seiner Entstehung, also letztlich seit November 1918, auch auf die deutsche Innenpolitik ein. Nach der Novemberrevolution musste so schnell wie möglich ein funktionierender Staat mit handlungsfähiger Regierung entstehen, damit man die deutschen Interessen bei den zu erwartenden Friedensverhandlungen vertreten konnte. Das beschleunigte den Weg zu den Wahlen vom 19. Januar 1919 und zur Konstituierung der Verfassungsorgane.

Die Wirkung von Versailles auf die deutsche Gesellschaft war ambivalent. Auf der einen Seite fand die Republik in der Ablehnung des Vertrags und der Friedensbedingungen zu nationaler Geschlossenheit. Augusterlebnis und Burgfriedensmentalität wurden gleichsam in die Nachkriegszeit verlängert. Die Berliner Sitzung der Nationalversammlung vom 12. Mai 1919 ließ das klar zutage treten, aber auch die vielen anderen Kundgebungen, die in den

23 Patrick Cohrs: The Unfinished Peace after World War I. America, Britain and the Stabilisation of Europe 1919-1932. Cambridge 2006; Peter Jackson: Beyond the Balance of Power. France and the Politics of National Security in the Era of the First World War, Cambridge u. a. 2013.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Tagen nach der Bekanntgabe der Friedensbedingungen am 7. Mai landauf, landab stattfanden. Aber Republik und Demokratie konnten von dieser negativen Geschlossenheit nicht profitieren, zumal der Konsens in der Ablehnung des Vertrags nur wenig später von einem scharfen Dissens über die Frage der Unterzeichnung überlagert wurde. Diese Polarisierung, greifbar in den dramatischen Junitagen 1919, wirkte desintegrierend; sie spiegelte nicht nur die Zerrissenheit der Weimarer Gesellschaft und ihrer politischen Kultur, sondern trug entscheidend zu ihr bei.[24]

Erst mit den Entwicklungen zwischen dem 7. Mai und dem 28. Juni, dem Tag der Vertragsunterzeichnung, wurde den Deutschen klar, dass sie den Krieg verloren hatten. Unter der Wucht dieser Hammerschläge endete nicht nur Ernst Troeltschs viel zitiertes „Traumland“,[25] sondern eine Realitätsverweigerung, die im Oktober 1918, in den Wochen des Waffenstillstandsersuchens, begonnen und sich bis ins Frühjahr 1919 hinein fortgesetzt hatte; eine Selbsttäuschung, die durch die Vorstellung, im Felde unbesiegt geblieben zu sein, noch verstärkt wurde. Was blieb, war eine trotzige Opposition, die sich aber kaum noch auf das Kriegsende beziehen konnte, sich dafür aber umso stärker auf den Kriegsbeginn richtete. Die Deutschen mochten zwar den Krieg verloren haben, aber schuldhaft begonnen hatten sie ihn nicht.

Genau an diesem Punkt begann die sogenannte „Kriegsschuldfrage“ ihre politische Wirkung zu entfalten und sich weithin zur Kriegsunschuldslegende zu entwickeln, mit der zugleich das Kaiserreich und seine politische und militärische Führung historisch entlastet wurden. Das diskreditierte, gerade auch in den Augen des Auslands, den demokratischen Neubeginn und ließ Systemtransformation und Gesinnungswandel zweifelhaft erscheinen. Wer die Neutralität Belgiens verletzt und in Nordfrankreich einmarschiert war, der hatte keinen Verteidigungskrieg geführt, und je stärker die Deutschen auch in Versailles derartige Positionen zu vertreten schienen, zumindest in ihren schriftlichen Darlegungen, desto heftiger wurde die alliierte Reaktion darauf.[26] Das führte dazu, dass sich die Frage der Verantwortung für den Krieg immer mehr aus dem Reparationszusammenhang löste und sich politisch verselbständigte – mit einem Höhepunkt in der berühmten alliierten Mantelnote vom 16. Juni 1919, in der Deutschland nicht nur moralisch verurteilt wurde, sondern in der die deutsche Politik 1914 und die deutsche Kriegführung als kriminell gebrandmarkt wurden. Der Friedensvertrag sollte nicht, wie ursprünglich formuliert, die Wiedergutmachung für angerichteten Schaden festlegen, sondern, wie es nun hieß, ein Verbrechen bestrafen: „das

24 Vgl. Gerd Krumeich: Einleitung. In: ders. (Hrsg.): Versailles 1919 (wie Anm. 15), S. 11-16, hier S. 11 f.

25 Ernst Troeltsch: Spectator-Briefe und Berliner Briefe 1919-1922. Hrsg. von Gangolf Hübinger. Berlin 2015, S. 69.

26 S. hierzu Conze: Große Illusion (wie Anm. 2), S. 340-371.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker [...], welches eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewusstsein begangen hat".[27]

III.

Der Versailler Vertrag sei den Deutschen in einer doppelten Gestalt begegnet, hat Karl Dietrich Bracher einmal geäußert: als reale Belastung und als „psychologische, propagandafähige Potenz".[28] Dass die Weimarer Republik sich nie stabilisieren konnte und in der Bevölkerung nicht die überlebensnotwendige Akzeptanz fand, lag nicht nur daran, dass der Versailler Vertrag mit seinen territorialen, ökonomischen und finanziellen Bestimmungen die junge Demokratie schwer belastete, sondern auch daran, dass die Ablehnung dieses Friedensvertrages wie eine Art zerstörerischer Minimalkonsens nahezu alle politischen Richtungen verband und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Kaiserreich, seinen Eliten und ihrer Verantwortung für den Ersten Weltkrieg verhinderte.

Die Empörung über das Friedensdiktat und insbesondere das Kriegsschuldverdikt, die „Kriegsschuldlüge", wie es bald hieß, stand einem kritischen, einem selbstkritischen Blick auf die Rolle Deutschlands und seiner politischen und militärischen Führung im Vorfeld und während des Weltkriegs im Wege. Ansätze dazu hatte es durchaus gegeben. So hatte der USPD-Politiker Karl Kautsky, der für den Rat der Volksbeauftragten als Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt tätig war, im Winter 1918/19 aus den deutschen Regierungsakten einen Bericht verfasst, der auf die Mitverantwortung der deutschen Reichsleitung für den Kriegsbeginn 1914 hinwies.[29] Nach der Fertigstellung im Februar 1919 wurde Kautskys Ausarbeitung von der Reichsregierung zurückgehalten, weil man befürchtete, dadurch könne die deutsche Position in den Friedensverhandlungen geschwächt werden. Erst Monate nach Unterzeichnung des Versailler Vertrags erschien der Bericht, konnte aber angesichts der durch die Empörung über den Kriegsschuldartikel genährten Realitätsverweigerung keine Wirkung mehr entfalten.

Das Ende der Weimarer Republik, der Aufstieg und die Machtübernahme der Nationalsozialisten und schließlich der Zweite Weltkrieg haben nicht allein in Deutschland den Blick auf den Versailler Vertrag und die Friedens-

27 Die Mantelnote ist abgedruckt in Klaus Schwabe (Hrsg.): Quellen zum Friedensschluss von Versailles. Darmstadt 1997, S. 357-369, Zitat S. 358.
28 Zit. nach: Eberhard Kolb: Der Frieden von Versailles. München 2005, S. 107.
29 Karl Kautsky: Wie der Weltkrieg entstand: dargestellt nach dem Aktenmaterial des Deutschen Auswärtigen Amts. Berlin 1919.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schlüsse von 1919 bestimmt und die Versailler Ordnung nachhaltig diskreditiert. Nicht nur die sich aus den Verträgen ergebende Entwicklung in Deutschland und Europa brachte man mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen in Verbindung, sondern auch das Vertragswerk selbst, das in diesem Licht kaum eine Chance auf eine unvoreingenommene Beurteilung hatte. Schon in den 1930er Jahren sahen sich die frühen Kritiker des Vertrags – unter ihnen besonders prominent der Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes, der 1919 zur britischen Delegation gehört hatte[30] – durch die Machtergreifung der Nationalsozialisten und Hitlers Außenpolitik der Gewalt in ihrer Kritik bestätigt. Noch 1983 meinte Robert Skidelsky, der Biograph des Ökonomen, dass Hitler wahrscheinlich nicht Reichskanzler geworden wäre, wenn man 1919 auf Keynes gehört und Deutschland einen vor allem wirtschaftlich milderen Frieden gewährt hätte.[31] Nicht wenige Gegner Hitlers und des Nationalsozialismus reagierten zurückhaltend auf die aggressive deutsche Außenpolitik seit 1933, weil sie es für legitim hielten, dass Deutschland sich aus den „Ketten von Versailles" befreite.

Die britische und französische Politik des Appeasement ist auch aus dieser Sicht und aus der Hoffnung zu erklären, ein moralisch rehabilitiertes Deutschland werde sich in friedenssichernde europäische Kommunikationsstrukturen und Kooperationsmechanismen einbinden lassen. Vom britischen „Trauma des Meaculpismus" hat der deutsche Historiker Hans Rothfels einmal gesprochen.[32] Das lässt sich verbinden mit der Neubewertung des Kriegsbeginns 1914, für die der ehemalige britische Premierminister David Lloyd George 1933 das Stichwort lieferte, als er in seinen Kriegsmemoiren erklärte, Europa sei in den Krieg „hineingeschlittert".[33] Das war weit entfernt von dem Kriegsschuldverdikt des Jahres 1919, entlastete vielmehr Deutschland und billigte damit die deutsche, auch die nationalsozialistische Revisionspolitik, die freilich von Anfang an keine Revisionspolitik war, sondern Expansions-, Gewalt- und Kriegspolitik.

Mit dem Zweiten Weltkrieg änderte sich zwar das Urteil über die deutsche Außenpolitik vor 1939, nicht aber das Bild der Versailler Ordnung. 1984, siebzig Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs, schrieb der amerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan in der „New York Times", die „Rachsucht der britischen und französischen Friedensbedingungen" habe dem Nationalsozialismus und einem weiteren Krieg den Weg be-

30 John Maynard Keynes: The Economic Consequences of the Peace. New York 1920 (dt.: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrags. München/Leipzig 1920).
31 Robert Skidelsky: John Maynard Keynes. Hopes Betrayed (1883-1920). London 1983, S. 399.
32 Hans Rothfels: Fünfzig Jahre danach. In: Der Monat 21 (1969), H. 246 (Sonderheft Versailles), S. 53-62, hier S. 54.
33 David Lloyd George: War Memoirs Bd. 1. London 1933, S. 32.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

reitet. Der Zweite Weltkrieg sei das Ergebnis „des dummen und demütigenden Straffriedens“ gewesen, der Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg auferlegt worden sei.[34] 1945 hatte der britische „Economist“ angesichts der Herausforderung, nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue europäische Ordnung zu schaffen, gemahnt: „Die unentbehrliche Sicherung einer Friedensordnung ist die Bereitschaft siegreicher Völker, sie aufrechtzuerhalten. An solcher Bereitschaft wird es fehlen, wenn der Vertrag Dinge einschließt, für die man nicht einstehen kann.“ 55 Jahre später, in ihrer Millenniumsausgabe 1999/2000, urteilte dieselbe Zeitschrift in einem Artikel über den Ersten Weltkrieg, das letzte Verbrechen in diesem verbrecherischen Krieg sei der Versailler Vertrag gewesen, dessen harte Bedingungen einen weiteren Krieg unausweichlich gemacht hätten.[35]

In Deutschland ließen das öffentliche und auch das geschichtswissenschaftliche Interesse am Versailler Vertrag und den anderen Pariser Vorortverträgen im Schatten des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust zwar nach, Versailles gewann aber nach 1945 Bedeutung als geschichts- und vergangenheitspolitisches Argument. Schon in den 1930er Jahren hatten viele Deutsche die große Zustimmung zum Nationalsozialismus, oftmals auch ihre eigene, mit dem Versailler Vertrag in Verbindung gebracht. Nun erklärte man weithin in apologetischer oder exkulpierender Absicht mit „Versailles“ nicht nur den Aufstieg Hitlers, sondern begründete auch, warum man diesen Aufstieg begrüßt hatte, warum man in die NSDAP eingetreten war, warum man sich in den Dienst des Regimes gestellt und in den unterschiedlichsten professionellen Kontexten seine Repressions- und Gewaltpolitik unterstützt hatte und warum man die Augen vor den Verbrechen des Regimes verschlossen hatte, wenn man nicht selbst an ihnen beteiligt gewesen war. Zugleich suchte man sich dadurch von der nationalsozialistischen Ideologie und insbesondere vom Antisemitismus zu distanzieren. Nicht aus ideologischen Gründen habe man sich dem Nationalsozialismus genähert und das Regime unterstützt, sondern weil man das Ziel teilte, den Vertrag von Versailles zu überwinden, und die nationalsozialistische Politik und die nationalsozialistischen „Erfolge“ als Schritte in diese Richtung begrüßte. Erst spät – zu spät – habe man die wahren Absichten Hitlers erkannt. So konnte man argumentieren, weil auch nach 1945 der Versailler Frieden diskreditiert blieb.

Das änderte sich erst in den 1960er Jahren, als Fritz Fischer die Politik des Kaiserreichs vor 1914 neu beleuchtete und den Weg in den Krieg nicht als Verkettung unglücklicher Umstände und Missverständnisse darstellte, sondern als Ergebnis einer planvollen Politik, die den Krieg wollte und suchte, um eine deutsche Hegemonie in Europa zu errichten und einen siegrei-

34 George F. Kennan: World War I; then II; then … . In: New York Times, 11.11.1984.
35 The Economist, 11.8.1945 sowie 23.12.1999.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

chen Krieg dafür zu nutzen, das Kaiserreich autoritär zu transformieren und dadurch die preußisch-deutschen Machteliten zu stabilisieren. Fischers Thesen lösten eine hitzige Debatte über die deutsche Kriegsschuld aus, von der auch die Bewertung des Versailler Vertrags nicht unberührt blieb. Denn wenn das Kaiserreich den Krieg gesucht und herbeigeführt hatte, musste dann nicht der Versailler Vertrag in einem anderen Licht erscheinen? Musste man ihn dann nicht stärker als zuvor als einen Versuch verstehen, einen neuen deutschen „Griff nach der Weltmacht" zu verhindern und damit einen neuen Krieg?[36]

Fünfzig Jahre nach Fritz Fischer hat Christopher Clark in seinem Buch „Die Schlafwandler" ein Bild des Kriegsbeginns 1914 gezeichnet, das Fischers Thesen deutlich widerspricht. Die Frage nach der Verantwortung für den Krieg und erst recht die Frage nach der Kriegsschuld hält der australische Historiker für nicht weiterführend und problematisch, weil „ein schuldorientiertes Untersuchungsmodell oft mit Vorurteilen einhergeht". Clark kehrt deshalb zurück zu einer Interpretation, die den Beginn des Ersten Weltkriegs als Systemversagen deutet, als Resultat von Veränderungen im internationalen System der europäischen Mächte und einer politischen Komplexität, mit der die handelnden Akteure in der Situation des Juli 1914 überfordert gewesen seien.[37]

Was bedeutet eine solche Bewertung, die sich wieder der Einschätzung von Lloyd George aus dem Jahr 1933 annähert, für unser Urteil über den Vertrag von Versailles? Folgte dem falschen Krieg der falsche Frieden? Tragen dann, zugespitzt formuliert, die Sieger des Weltkriegs, die Deutschland den Friedensvertrag aufzwangen, Verantwortung für die Dauerkrise der Weimarer Demokratie, ja womöglich sogar für den Aufstieg und die Machtübernahme des Nationalsozialismus?

IV.

Wer in der Gegenwart für ein neues deutsches Selbstbewusstsein wirbt, der macht nicht selten durch das gesamte 20. Jahrhundert hindurch ein Bestreben anderer Mächte aus, Deutschland in einer Position der Inferiorität zu halten; der erkennt in jedem Hinweis auf die autoritären Strukturen des Kaiserreichs, auf die Interessen seiner Machteliten und auf Deutschlands Rolle

36 Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-1918. Düsseldorf 1961; ders.: Weltmacht oder Niedergang. Deutschland im Ersten Weltkrieg. Düsseldorf 1965; ders.: Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911-1914. Düsseldorf 1969.

37 Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München 2013, S. 716.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

im Vorfeld des Ersten Weltkriegs ein historisches Argument, das auf die Gegenwart zielt. Das Kaiserreich werde in ein schlechtes Licht gerückt, als autoritär und aggressiv charakterisiert, ihm werde noch hundert Jahre später die Kriegsschuld zugeschoben, um das Deutschland der Gegenwart davon abzuhalten, eine selbstbewusste, autonome Außenpolitik und seine legitimen Interessen in der Welt zu vertreten.

Auch in dieser Perspektive gewinnen der Versailler Vertrag und die Versailler Ordnung Gegenwartsbedeutung. Analytisch freilich führt es kaum weiter, den Versailler Vertrag als falschen Frieden zu bezeichnen und ihn ausschließlich in ein Narrativ der Eindämmung und Kontrolle Deutschlands zu integrieren, das über die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg bis ins 21. Jahrhundert reicht. Das wird der Komplexität des Friedensschlusses und seinen unterschiedlichen Dimensionen nicht gerecht.

Versailles ist uns seit dem Ende des Kalten Krieges wieder näher gerückt. Nicht nur in Europa, aber doch auch hier gefährden Dynamiken der Renationalisierung jene multilaterale internationale Ordnung, die sich nach 1945 auch als Antwort auf das Scheitern der Versailler Ordnung herausgebildet hatte. Das gilt auch für die Gemeinsamkeit innerhalb der Europäischen Union, und das meint nicht nur den „Brexit". Mit Tarnvokabeln wie „Selbstbewusstsein" und „nationales Interesse" kommt diese Renationalisierung oftmals daher – auch in der deutschen Politik. Ein neo-nationales Europa, das dem der 1920er und 1930er Jahre ähnelt, von Konflikten, Rivalitäten und zum Teil aggressiven Unilateralismen geprägt, ist keine Schreckensvorstellung mehr, sondern politische Realität. Und von außerhalb Europas wird der neue Unilateralismus noch verstärkt.

Der Wiederaufstieg von Nationalismus, Populismus und Autoritarismus in Europa und der Welt, der sich mit Namen wie Putin, Erdoğan, Orban oder Trump verbindet, weckt Erinnerungen an die Jahre nach 1919. Damals stellten ein nicht verarbeiteter Krieg, ein ungewollter Frieden und – auch in deren Folge – eine tiefe wirtschaftliche Krise die liberale Demokratie in Frage, und in vielen Ländern gelangten autoritäre Regierungen an die Macht. Die Vorstellung, ja die Hoffnung auf eine stabile und als legitim akzeptierte internationale Ordnung, in der Sieger und Besiegte gleichermaßen friedlich und frei leben sollten, sie blieb nach dem Ersten Weltkrieg eine kurzlebige Illusion.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Anuschka Tischer

„Pax optima rerum“? Stimmen aus dem deutschen Liberalismus zum Westfälischen Frieden im Kontext der allgemeinen Rezeptionsgeschichte

„Pax optima rerum“ - der Friede ist das beste aller Dinge. Dieser seit der Antike gebräuchliche Ausspruch, der sich auch im Umfeld des Westfälischen Friedens von 1648 findet, wurde 1948 zum Motto seines dreihundertjährigen Jubiläums.[1] Nach dem Dreißigjährigen Krieg schien es ebenso wie nach dem Zweiten Weltkrieg keinen Zweifel an der Gültigkeit einer solchen Wertschätzung zu geben. Tatsächlich jedoch war das Urteil über den Westfälischen Frieden in den Jahrhunderten zwischen 1648 und 1948 nicht immer eindeutig. Wie sich innerhalb der unterschiedlichen Deutungsmuster Vertreter des deutschen Liberalismus zu diesem Zäsur-Frieden positionierten, diese Frage soll im Folgenden genauer in den Blick genommen werden. Dabei wird zunächst die allgemeine Rezeptionsgeschichte skizziert werden, um anschließend die Urteile von liberalen Historikern und Politikern darin zu verorten. Eine systematische liberale Rezeptionsgeschichte des Westfälischen Friedens ist damit nicht intendiert, wohl aber ein Beitrag zu der Frage, inwieweit eine solche überhaupt geschrieben werden könnte.

I.

Um die Rezeption des Westfälischen Friedens in ihren umfassenden historischen Kontext zu stellen, muss man zunächst zurückgehen bis zum Jahr 1648, denn bereits hier zeigt sich seine Ambiguität. Europa war 1648 weder umfassend noch langfristig befriedet: Der Krieg zwischen den Großmächten Frankreich und Spanien ging weiter,[2] und neue Kriege brachen innerhalb

1 Ernst Hövel (Hrsg.): Pax optima rerum. Münster 1948.

2 Siehe dazu Anuschka Tischer: Der französisch-spanische Krieg 1635-1659: die Wiederentdeckung eines Wendepunkts der europäischen Geschichte. In: Heinz Duchhardt (Hrsg.): Der Pyrenäenfriede 1659. Vorgeschichte, Widerhall, Rezeptionsgeschichte. Göttingen 2010, S. 5-22.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

weniger Jahre aus.[3] Der Westfälische Friede regelte nicht alle Konflikte seiner Zeit, und er brachte selbst für das Heilige Römische Reich keine lange Friedensperiode. Die Verträge von Münster und Osnabrück enthielten allerdings in ihrem Kern Elemente – ein ausgewogenes Verhältnis von Protestanten und Katholiken und ein hohes Maß an Autonomie der Reichsstände gegenüber dem Kaiser einschließlich ihrer Mitsprache in allen Reichsangelegenheiten –, die bis zum Ende des Alten Reiches dadurch dauerhaft geregelt waren.[4] Die Abtretungen von Herrschaftsrechten und Gebieten an Frankreich und Schweden, den Vertragspartnern von Kaiser und Reich im Westfälischen Frieden, wurden dagegen in weiteren Kriegen modifiziert: Während Frankreich seine Erwerbungen im Elsass arrondierte, wurde Schweden aus Pommern weitgehend wieder verdrängt. Das war der grob gesteckte Rahmen, an dem sich das Urteil über den Westfälischen Frieden im Laufe der Jahrhunderte immer wieder mit zum Teil konträren Ergebnissen entzünden sollte. Die unterschiedlichen Wahrnehmungen sollen im Folgenden näher in den Blick genommen werden.[5]

Eine tatsächliche Auseinandersetzung mit dem Westfälischen Frieden fand erst rund anderthalb Jahrhunderte später, nach dem Ende des Alten Reiches statt. Bis dahin diente er als beständiges Argument, dessen Existenz affirmiert, nicht hinterfragt wurde. Der Westfälische Friede war zugleich ein Reichsgrundgesetz wie ein bedeutender internationaler Friede, den alle Unterzeichner, namentlich die auswärtigen Mächte Frankreich und Schweden, ausdrücklich garantierten und dabei zugleich ihre Bündnispartner miteinschlossen, auch wenn diese die Verträge gar nicht unterzeichnet hatten. Damit funktionierte die politische Argumentation sowohl innerhalb wie außerhalb des Heiligen Römischen Reiches. Den Westfälischen Frieden erhalten

3 Zur Entwicklung der internationalen Beziehungen im 17. Jahrhundert siehe ausführlich die Bände 2 und 3 des Handbuchs der Geschichte der internationalen Beziehungen: Heinz Schilling: Konfessionalisierung und Staatsinteressen: internationale Beziehungen 1559-1660. Paderborn 2007 u. Klaus Malettke: Hegemonie – multipolares System – Gleichgewicht. 1648/1659-1713/1714. Paderborn 2012.

4 Für einen konzisen Überblick über die Ergebnisse des Westfälischen Friedens siehe Maria-Elisabeth Brunert: Der Westfälische Frieden 1648 – eine Friedensordnung für das Reich und Europa. In: Peter Geiss/Peter Arnold Heuser (Hrsg.): Friedensordnungen in geschichtswissenschaftlicher und geschichtsdidaktischer Perspektive. Göttingen 2017, S. 69-95; Siegrid Westphal: Der Westfälische Frieden. München 2015; Anuschka Tischer: Westfälischer Frieden. In: Enzyklopädie der Neuzeit Bd. 14. Stuttgart/Weimar 2011, Sp. 1020–1029.

5 Zu unterschiedlichen Aspekten der langfristigen Rezeption des Westfälischen Friedens vgl. auch Claire Gantet: La Paix de Westphalie, 1648: Une histoire sociale, XVII^{e}–XVIII^{e} siècles. Histoire et société. Paris 2001; Konrad Repgen: Der Westfälische Friede: Ereignis und Erinnerung. In: Historische Zeitschrift 267 (1998), S. 615-647; Heinz Duchhardt: Der Westfälische Friede im Fokus der Nachwelt. Münster 2014; Ders.: Das Feiern des Friedens: Der Westfälische Friede im kollektiven Gedächtnis der Friedensstadt Münster. Münster 1997, sowie mehrere Beiträge in: Ders. (Hrsg.): Der Westfälische Friede: Diplomatie, politische Zäsur, kulturelles Umfeld, Rezeptionsgeschichte. München 1998.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zu wollen, wurde eine nahezu kontextunabhängige Standardbegründung, mit der sogar 1757 im Siebenjährigen Krieg Frankreich, Schweden und der Kaiser einmütig im Reichstag zu Regensburg den Krieg gegen Friedrich II. von Preußen erklärten, der sich im Übrigen seinerseits auch dieses Arguments bediente.[6]

Dass es dabei kaum noch um den Westfälischen Frieden ging, versteht sich nahezu von selbst. Das Heilige Römische Reich und Europa entwickelten sich auf der Grundlage des Westfälischen Friedens durchaus weiter. Tatsächlich unantastbar aber waren die Grundprinzipien des Westfälischen Friedens als Reichsgrundgesetz. Sie regelten zum einen das ausgewogene Verhältnis der Konfessionen zueinander, zum anderen präzisierten sie die Rolle des Kaisers und der Reichsstände im Verfassungsgefüge des Alten Reichs. Das war ein Gesamtpaket, dessen einzelne Aspekte nicht hinterfragt wurden. Die Fülle an Literatur, die sich im 17. und 18. Jahrhundert mit dem Westfälischen Frieden auseinandersetzte, argumentierte mit ihm und interpretierte seine Bestimmungen. Der grundsätzliche Inhalt aber galt als gesetzt. Angesichts der Instabilität des Friedens noch in den ersten Jahren nach dem Friedensschluss hatten sich zahlreiche Reichsstände zu einer aktiven Sicherheitspolitik zusammengefunden, zu der sie das komplexe System der vertraglichen Friedensgarantien nutzten.[7] Die Friedensbestimmungen wurden dadurch in die Praxis überführt und eingeübt. Hinzu kamen die zahlreichen ritualisierten Bekräftigungen des Friedens in Form von Friedensfeiern oder eben der politischen Rhetorik.[8] Im 18. Jahrhundert galt der Westfälische Friede als der Ursprung der politischen Stabilität im Heiligen Römischen Reich und in Europa.[9]

Die Gegenfolie zur Beschwörung des Westfälischen Friedens war die Erinnerung an die Schrecken des Krieges. Die Traumatisierung der Gesellschaft durch den Dreißigjährigen Krieg ist – zumindest beim gegenwärtigen Forschungsstand – in ihren Folgen schwer zu definieren, aber unstrittig ist, dass dieser Krieg langfristig und trotz der Weltkriege des 20. Jahrhunderts zum Synonym für die sinnlose Brutalität von Krieg schlechthin wurde, wel-

6 Anuschka Tischer: Offizielle Kriegsbegründungen in der Frühen Neuzeit: Herrscherkommunikation in Europa zwischen Souveränität und korporativem Selbstverständnis. Münster 2012, S. 141f. Zum Westfälischen Frieden als kriegsbegründendem Argument siehe ebd., S. 139-142.

7 Siehe dazu Anuschka Tischer: Vom Dreißigjährigen Krieg zum dauerhaften Frieden: Friedenssicherung als Problem der Reichspolitik in den 1640er und 1650er Jahren. In: Robert Rebitsch u.a. (Hrsg.): Vor 400 Jahren: Der Dreißigjährige Krieg. Innsbruck 2019, S. 69-83.

8 Siehe dazu insgesamt die unter Anm. 5 zitierte Literatur.

9 Repgen: Der Westfälische Friede (wie Anm. 5), S. 637-641.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

cher der Einzelne hilflos ausgeliefert ist.[10] Besonders eindrücklich schilderte dies der 1668 erschienene und bis heute vielfach gelesene und zitierte Roman „Der abenteuerliche Simplicissimus“, dessen Autor Hans Jakob Christoffel von Grimmelshausen seine Kriegserlebnisse literarisch verarbeitete. Er versuchte nicht zu erklären, sondern stellte den unbegreiflichen Schrecken des Krieges in den Mittelpunkt seiner Darstellung. Für die Zeitgenossen waren mit dem Westfälischen Frieden die Kriegserinnerungen untrennbar verbunden. Beide konnten im 17. Jahrhundert in die göttliche Vorsehung eingeordnet werden und mussten nicht hinterfragt werden. Eine Benennung der Kriegsschuld oder eine historische – geschweige denn juristische – Aufarbeitung wie sie nach gegenwärtigen Kriegen zum Standard geworden ist, fand im 17. Jahrhundert grundsätzlich nicht statt. Die erste Darstellung des Dreißigjährigen Krieges von Georg Greflinger 1657 war rein deskriptiv.[11] Der Friede war vor dem Hintergrund dieses Krieges, den er beendet hatte, ein Wert an sich. Den Westfälischen Frieden in Frage zu stellen, hätte implizit bedeutet, erneut einen Krieg wie den Dreißigjährigen Krieg zu riskieren. Das machte den Westfälischen Frieden unantastbar, auch wenn er den gesellschaftlichen oder politischen Realitäten im Laufe der Zeit immer weniger entsprach. Noch kurz vor dem Ende des Alten Reiches nannte Friedrich Schiller den Westfälischen Frieden einen „berühmten, unverletzlichen und heiligen Frieden“.[12]

10 Zur Traumatisierung und den Prägungen der Nachkriegsgenerationen siehe insbesondere Gantet sowie verschiedene Beiträge in: Benigna von Krusenstjern/Hans Medick (Hrsg.): Zwischen Alltag und Katastrophe. Der Dreißigjährige Krieg aus der Nähe. 2. Aufl. Göttingen 2001. Zu den Deutungsmustern des Dreißigjährigen Krieges siehe Anuschka Tischer: Kriegstyp „Dreißigjähriger Krieg“? Ein Krieg und seine unterschiedlichen Typologisierungen von 1618 bis zur Gegenwart. In: Maria-Elisabeth Brunert/Maximilian Lanzinner (Hrsg.): Diplomatie, Medien, Rezeption. Aus der editorischen Arbeit an den ACTA PACIS WESTPHALICAE. Münster 2010, S. 1-20. Zur historischen Einordnung des Dreißigjährigen Krieges vgl. darüber hinaus auch Anuschka Tischer: Dynamik durch Gewalt? Der Dreißigjährige Krieg und die Wandlungsprozesse der Frühen Neuzeit im Rahmen einer allgemeinen Kriegsgeschichte. In: Michael Rohrschneider/Dies. (Hrsg.): Dynamik durch Gewalt? Der Dreißigjährige Krieg (1618-1648) als Faktor der Wandlungsprozesse des 17. Jahrhunderts. Münster 2018, S. 13-39. Zur Rezeption im 19. Jahrhundert siehe Hilmar Sack: Der Krieg in den Köpfen. Die Erinnerung an den Dreißigjährigen Krieg in der deutschen Krisenerfahrung zwischen Julirevolution und deutschem Krieg. Berlin 2008.

11 Georg Greflinger: Der Deutschen Dreyßig-Jähriger Krieg, kommentiert und mit einem Nachwort von Peter Michael Ehrle. München 1983 (erstmals erschienen s.l. 1657).

12 Friedrich Schiller: Der Dreißigjährige Krieg. Mit einem einleitenden Essay von Golo Mann. München 1975, S. 312. Vgl. Auch Repgen: Der Westfälische Friede (wie Anm. 5), S. 639.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

II.

Diese Bedeutung verlor der Westfälische Friede schlagartig 1806, als Kaiser Franz II. das Heilige Römische Reich auflöste und damit auch die Reichsverfassung, von welcher der Friede ein konstitutiver Teil gewesen war, aufhörte zu existieren. Der Westfälische Friede war nun „nicht mehr aktuelles Verfassungsrecht, sondern Geschichte“.[13] Erst jetzt begann seine Aufarbeitung und historische Bewertung, die von den aktuellen politischen Konstellationen – der deutschen Frage und dem deutsch-französischen Gegensatz – aufgeladen war. Carl Ludwig von Woltmann, der noch 1808/09 eine Geschichte des Westfälischen Friedens vorlegte, die sich als Fortsetzung von Schillers „Dreißigjährigem Krieg“ verstand, äußerte bereits die Befürchtung, dass die historischen Leistungen des Friedens von 1648 in den Umbrüchen des frühen 19. Jahrhunderts untergehen würden.[14] Obwohl Woltmann sich selbst als deutschen Patrioten sah, beeindruckte den Historiker aus seiner intensiven Beschäftigung mit dem Gegenstand heraus nach wie vor, wie infolge der Verhandlungen der lange Krieg in einen stabilen Frieden überführt worden war. Doch diese Sichtweise hatte sich mit dem Alten Reich offensichtlich überlebt. Aus Schillers „unverletzlichem und heiligem Frieden“ wurde in kürzester Zeit der Dreh- und Angelpunkt für deutsches Unglück und französische Dominanz. 1815 ordnete der Berliner Historiker Friedrich Rühs den Westfälischen Frieden in eine vermeintliche historische Entwicklung ein, innerhalb derer Frankreich sich kontinuierlich auf Kosten Deutschlands erweitert habe, ein Interpretationsmodell, das von nun an langfristig die Rezeption der Ereignisse von 1648 prägen sollte.[15]

Die Rezeption des Westfälischen Friedens war allerdings im 19. Jahrhundert keineswegs einheitlich. Geschichte als Wissenschaft, die unterschiedliche Quellen erschließt, gegeneinander abgleicht und hinterfragt, entstand überhaupt erst in dieser Epoche. Sie war dabei aber in vielerlei Hinsicht geprägt von einer zeittypischen nationalen Perspektive, die auf das Heilige Römische Reich oft anachronistisch zurückprojiziert wurde. Aus dem Raum des ehemaligen Heiligen Römischen Reiches heraus entwickelten sich eine deutsch-nationale Geschichtsschreibung, die stark preußisch und protestantisch geprägt war, sowie eine österreichisch-habsburgische, katholisch domi-

13 Repgen: Der Westfälische Friede (wie Anm. 5), S. 641.

14 Karl Ludwig von Woltmann: Geschichte des Westphälischen Friedens (= Friedrich Schillers Geschichte des dreißigjährigen Kriegs, fortgesetzt von Karl Ludwig von Woltmann, Teil 3 und 4), 2 Teile. Leipzig 1808/09, siehe hier insbesondere das Vorwort. Vgl. Repgen: Der Westfälische Friede (wie Anm. 5), S. 642.

15 Bernd Schönemann: Die Rezeption des Westfälischen Friedens durch die deutsche Geschichtswissenschaft. In: Duchhardt (Hrsg.): Der Westfälische Friede (wie Anm. 5), S. 805-825, hier S. 813f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nierte Geschichtsschreibung mit unterschiedlichen Sichtweisen, die aber in sich selbst weiteren Raum für verschiedene Deutungen ließen. Insbesondere die komplexen Ereignisse des Dreißigjährigen Krieges wurden nicht unbedingt in schlüssige Geschichtsbilder überführt. So waren zwar die Schrecken des Dreißigjährigen Krieges im allgemeinen Bewusstsein durch die Ereignisse der Revolutionskriege neu belebt worden, zugleich entwickelte sich aber im deutschen Protestantismus ein Kult um Gustav II. Adolf von Schweden, der die früheren Heroisierungen desselben noch in den Schatten stellte.[16] Zumindest für eine Weile wurden auch etablierte Geschichtsbilder weiter tradiert, aber von einer dezidierten Wertschätzung des Westfälischen Friedens konnte keine Rede mehr sein.[17]

Aus der deutsch-nationalen Perspektive im 19. Jahrhundert war der Reichsgedanke zwar durchaus attraktiv, das Heilige Römische Reich erschien in den letzten Jahrhunderten seiner Existenz aber vor allem mängelbehaftet.[18] Aus der preußischen und protestantischen Position eines Leopold von Ranke lag der Wert des Westfälischen Friedens in der Absicherung der deutschen Protestanten.[19] Von verfassungsrechtlichen Impulsen für das Heilige Römische Reich war bei ihm keine Rede. Es waren die Großmächte, namentlich Schweden und Frankreich, die als Akteure erschienen, nicht das Reich, dessen Schwäche in der Darstellung die französische und schwedische Stärke eher konterkarierte.

Während eine tatsächliche Erforschung des Westfälischen Friedens oder überhaupt des Heiligen Römischen Reiches kaum noch stattfand, waren deutsche Historiker sich konfessionsübergreifend in dem Maße, in dem sich der deutsche Nationalgedanke durchsetzte, einig in ihrem negativen Urteil über diesen Frieden. Johann Gustav Droysen, der sich selbst als Liberaler verstand, freiheitliches Denken aber der nationalen Idee unterordnete, interpretierte den Westfälischen Frieden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als einen Tiefpunkt deutscher Geschichte und eine aus dem Dreißigjährigen Krieg heraus kulminierende Festschreibung der Interessen fremder Mächte zuungunsten Deutschlands. Es war zugleich das Narrativ von Preußen als dem Träger des deutsch-nationalen Gedankens und Überwinder dieser Ordnung. Mit dem in sich schlüssigen Werk Droysens wurde es besonders wirkmächtig.[20]

16 Zu den verschiedenen protestantischen und katholischen Rezeptionsansätzen in Bezug auf den Dreißigjährigen Krieg in dieser Zeit siehe Sack: Der Krieg (wie Anm. 10), S. 30-42.
17 Siehe Repgen: Der Westfälische Friede (wie Anm. 5), S. 641f.
18 Zu positiven Konnotationen der Reichsidee siehe Sack: Der Krieg (wie Anm. 10), S. 53.
19 Leopold von Ranke: Genesis des Preußischen Staates. Leipzig 1874 (neue Ausgabe der zuerst 1847 erschienenen Ausgabe), S. 241.
20 Sack: Der Krieg (wie Anm. 10), S. 32ff. Zur Biographie Droysens und seinem Selbstverständnis als Historiker und Politiker siehe Wilfried Nippel: Johann Gustav Droysen. Ein Leben zwischen Wissenschaft und Politik. München 2008. Zu Droysens Positionierung im

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Den Höhepunkt der negativen Rezeption sollte der Westfälische Frieden in der Zeit des Nationalsozialismus erleben. Nachdem 1871 die vermeintliche nationale Schwäche, insbesondere in Bezug auf Frankreich, revidiert worden war, schlug das Pendel mit dem Ende des Ersten Weltkriegs wieder in die andere Richtung. Das nationalsozialistische Geschichtsbild verknüpfte die Friedensverträge von Münster und Osnabrück mit dem von Versailles, der den Westfälischen Frieden vermeintlich neu belebte. Konsequenterweise sollte mit der angestrebten Revision des Friedens von Versailles im Krieg gegen Frankreich der Westfälische Friede dann endgültig überwunden werden.[21] Das dreihundertjährige Jubiläum von 1948, das diese Überwindung hätte zelebrieren sollen, stand allerdings nach der erneuten historischen Wendung, wie eingangs erwähnt, unter einem ganz anderen Motto: „Pax optima rerum." Erst nach dem Zweiten Weltkrieg begann eine angemessene historische Aufarbeitung des Westfälischen Friedens. 1959 legte Fritz Dickmann dazu eine wegweisende Studie vor.[22] Obwohl sie das historische Urteil über den Frieden endgültig revidierte und auf eine solide Quellengrundlage stellte, klang selbst hier noch eine unter nationalen Vorzeichen negative Sicht durch. Die grundlegende Erforschung des Westfälischen Friedens nahm aber nun ihren Anfang und verschaffte ihm ein langfristig gewandeltes, durchaus positives Image.

III.

Wie aber rezipierten nun Vertreter des deutschen Liberalismus den Westfälischen Frieden in der Zeit seiner nationalen Aufladung im 19. und frühen 20. Jahrhundert? Das Beispiel Droysens zeigt bereits, dass ein liberales Selbstverständnis sich mit dem Wunsch nach einem starken Nationalstaat und dem Konkurrenzdenken gegenüber anderen Mächten durchaus vereinen ließ, auch wenn Droysen in den politischen Liberalismus seiner Zeit nicht ganz einfach einzuordnen ist. Eine Rezeption des Westfälischen Friedens von Vertretern des politischen Liberalismus war immer das Nebenprodukt einer anderen Fragestellung, insofern ist eine eigenständige Beurteilung a priori eher nicht zu erwarten.

liberalen Denken siehe ebd., S. 283; zu seiner Einordnung des Westfälischen Friedens als einer überkommenen historischen Ordnung siehe ebd., S. 193.

21 Repgen: Der Westfälische Friede (wie Anm. 5), S. 643f. Vgl. auch Anuschka Tischer: Zukunft aus einer besseren Vergangenheit oder Zukunft als verbesserte Vergangenheit? Die politische Argumentation mit Geschichte. In: Wolfgang W. Müller/Franc Wagner (Hrsg.): Was ist Gerechtigkeit? Interdisziplinäre Zugänge zu einer kulturellen Universalfrage. Basel 2019, S. 135-158.

22 Fritz Dickmann: Der Westfälische Frieden. 7. Aufl. Münster 1998.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Aus einer dezidiert historischen Perspektive thematisierte der liberale Autor Oskar Klein-Hattingen in einer von Friedrich Naumann angeregten Geschichte des deutschen Liberalismus 1911 den Westfälischen Frieden.[23] Das Werk war ein Beitrag zur historischen Identitätsstiftung des Liberalismus. Klein-Hattingen war allerdings kein namhafter Wissenschaftler. Der Historiker Willy Andreas kritisierte die gesamte Darstellung aus fachlicher Perspektive scharf. Theodor Heuss, der die methodischen Schwächen offen eingestand, nannte das Werk schlicht ein „historisches Parteibuch".[24]

Nach einer zunächst ideengeschichtlichen Abhandlung des Freiheitsgedankens folgte bei Klein-Hattingen eine Darstellung der Freiheit in der politischen Praxis der deutschen Geschichte, wobei er unter Freiheit republikanische und bürgerliche Elemente verstand. Sein dicht gedrängtes Urteil über den Dreißigjährigen Krieg und den Westfälischen Frieden war vernichtend. Der Krieg war für ihn in seiner ersten Hälfte bis zum Prager Frieden 1635 ein „Religionskrieg", ausgelöst durch kaiserlich-katholisches Machtstreben, der dann umgeschlagen sei in einen „Eroberungskrieg Schwedens und Frankreichs auf deutschem Boden".[25] Das Ergebnis war für ihn eine Schwächung Deutschlands und eine Ohnmacht des Kaisers nach Innen und Außen. Positiv bewertete Klein-Hattingen eine vermeintliche „Sicherung der Religionsfreiheit" im Westfälischen Frieden, die „ganz Europa zugute" gekommen sei.[26] Abgesehen von dieser – in der zitierten Form historisch fragwürdigen – Deutung, beurteilte Klein-Hattingen den Westfälischen Frieden aus einer nationaldeutschen Sicht. Einen „Lichtblick" in der deutschen Geschichte sah er erst mit dem ersten König in Preußen, Friedrich Wilhelm I., der „den Grund zur Größe seines Landes [...] und damit zur neuen Größe Deutschlands" gelegt habe.[27] In seiner Darstellung des Alten Reichs folgte Klein-Hattingen also dem nationalen Narrativ seiner Zeit. Das ist insofern bemerkenswert, als er selbst zu den Kritikern der Nationalliberalen gehörte und die historische Entwicklung des Liberalismus eher in England und Frankreich als in Deutschland verortete.[28] Bei der Beurteilung der Geschichte des Alten Reichs spielten solche Unterschiede offensichtlich keine Rolle.

23 Oskar Klein-Hattingen: Geschichte des deutschen Liberalismus. 2 Bde. Berlin-Schöneberg 1911.

24 Theodor Heuss an Willy Andreas am 15. Juni 1911. In: Theodor Heuss: Aufbruch im Kaiserreich. Briefe 1892-1917, hrsg. von Frieder Günther. München 2009, S. 330. Zur kritischen Würdigung von Klein-Hattingens Geschichte unter Einbeziehung der zeitgenössischen Kritik siehe die anlässlich des Neudrucks 2012 erschienene Rezension von Horst Dippel. In: Archiv für Sozialgeschichte (online) 53 (2013), <http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81448> [18.4.2013] (Zugriff am 22. Februar 2019).

25 Klein-Hattingen: Geschichte (wie Am. 23), Bd. 1, S. 69.

26 Ebd., S. 70.

27 Ebd., S. 70f.

28 Siehe dazu auch die Rezension von Dippel (wie Anm. 24).

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Wie nahmen unter diesen Voraussetzungen die führenden Köpfe des deutschen Liberalismus, Friedrich Naumann und Theodor Heuss, den Westfälischen Frieden wahr? Friedrich Naumann äußerte sich 1915 in „Mitteleuropa" zum Alten Reich. Darin kritisierte er die Kleinstaaterei und folgte damit dem nationalen Narrativ.[29] Allerdings war die Zeit vor dem 19. Jahrhundert für ihn eine „Fürstengeschichte".[30] Entgegen der oftmals üblichen Projektion der Nationalgeschichte weit zurück in die Vergangenheit begann diese für Naumann erst im 19. Jahrhundert. Erst mit dieser Epoche und dem Beginn der Moderne setzte er dann auch die Möglichkeit an, aus der Geschichte zu lernen. Über die Zeit vor der deutschen Einigung urteilte er dagegen bündig: „Was vergangen ist, das ist vergangen."[31] Das Vergangene zu vergessen und nicht aufzurechnen, war für ihn zur Stärkung der nationalen Einigkeit in der Gegenwart geradezu eine Verpflichtung. Die Rezeption der Geschichte des Alten Reichs als entweder „mittelalterlich-kaiserliche" oder „protestantisch-preußische" waren ihm aus einer intensiven Kenntnis der führenden Geschichtswerke des 19. Jahrhunderts explizit bewusst, aber für die Konstruktion des deutschen Nationalgedankens hielt er sie, mitten in der Situation des Ersten Weltkriegs, für irrelevant.[32] Naumann empfahl nachdrücklich die Geschichte als Lehrmeisterin, aber seine historischen Vorbilder für eine Friedensordnung waren das Handeln Bismarcks, gegebenenfalls auch noch die Auseinandersetzung mit dem Wiener Kongress.[33] Weiter zurück führte er den Gedanken der Friedensordnung nicht.

Unter diesen Voraussetzungen bleiben die Aussagen zur Frühen Neuzeit in Naumanns „Mitteleuropa" relativ unkonkret. Der Westfälische Frieden kommt nur kurz als Zäsur der 1517 begonnenen konfessionellen Auseinandersetzungen vor.[34] Die Epoche zwischen 1517 und 1648 ist in der Darstellung mit Religionspolitik und religiösen Auseinandersetzungen verknüpft, die im 20. Jahrhundert vermeintlich längst überwunden schienen, eine Position die sich im Übrigen durchaus in Übereinstimmung mit der zeitgenössischen akademischen Geschichtswissenschaft jenseits der großen nationalen Narrative befand: Der liberale Historiker Friedrich Meinecke, der akademische Lehrer Fritz Dickmanns, datierte zehn Jahre später in seiner Geschichte

29 Friedrich Naumann: Mitteleuropa (1915). In: Ders.: Werke Bd. 4: Schriften zum Parteiwesen und zum Mitteleuropaproblem, bearb. von Thomas Nipperdey und Wolfgang Schieder. Köln 1964, S. 485-767, hier S. 492 und 524.
30 Ebd., S. 531.
31 Ebd., S. 525.
32 Ebd., S. 530.
33 Ebd., S. 525-537.
34 Ebd., S. 557.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Staatsräson den Durchbruch eben dieser Idee auf den Westfälischen Frieden respektive den Ausgang des Dreißigjährigen Krieges.[35]

Friedrich Naumann äußerte sich 1915 aber noch an anderer Stelle, nämlich in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Die Hilfe" zum Westfälischen Frieden.[36] Er bezog sich dabei explizit auf die voluminöse Darstellung des Dreißigjährigen Krieges durch Ricarda Huch, die kurz vor dem Ersten Weltkrieg entstanden war und detailreich in Form einer literarischen Erzählung von einzelnen Schicksalen, von Opfern und Helden, das Bild von den endlosen Schrecken des Krieges neu – und im Hinblick auf die kommenden Ereignisse hellsichtig – belebte. Ricarda Huchs Buch war bereits kurz nach seinem Erscheinen von dem Literaturwissenschaftler Friedrich Alafberg in der Zeitschrift „Die Hilfe" rezensiert worden, der die Anschaulichkeit der literarischen Darstellung hervorhob.[37] In der Geschichtswissenschaft hat das Buch von Ricarda Huch schon aufgrund seines klar literarischen und nicht wissenschaftlichen Anspruchs keine größere Resonanz gefunden, während es gesellschaftlich und auch im politischen Liberalismus durchaus Wirkung entfaltete, wie die Reaktionen Alafbergs und Naumanns zeigen. Alafberg las es als eine Geschichte der Brutalität des Krieges und der Zerstörung Deutschlands, deren Ergebnis dann der Westfälische Frieden war. Ricarda Huchs Darstellung war also im Prinzip ein Rückgriff auf die Rezeption nach der vormaligen Art des „Simplicius Simplicissimus", um den Krieg anschaulich zu machen, nicht ihn zu erklären. Wenn man, wie Alafberg, Ricarda Huchs Buch als Absage an vergangene Epochen, die aus religiösem Fanatismus und persönlichem Ehrgeiz solche Kriege hervorbrachten, las, ergab sich daraus auch mitten im Ersten Weltkrieg keineswegs zwingend ein Friedensappell.

Obwohl Friedrich Naumann in „Mitteleuropa" aus der Zeit der „Fürstengeschichte" keine Lehren für die Gegenwart hatte ziehen wollen, verfuhr er in seinem Artikel „Die Kunst, Frieden zu schließen" anders. Hier mahnte er gerade im Hinblick auf das historische Beispiel des Westfälischen Friedens, dass in einem Krieg der rechte Moment zum Frieden nicht verpasst werden dürfe. Der „Kriegskunst" korrespondiere die „Friedenskunst", die beide im jeweils richtigen Moment zum Tragen kommen müssten, und im Dreißigjährigen Krieg sei eben dieser richtige Moment des Friedenschließens verpasst worden.[38] Genau das habe dem Westfälischen Frieden jene Ausrichtung ge-

35 Friedrich Meinecke: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte. München u.a. 1924, S. 176 ff. Meinecke bezieht sich dabei ausdrücklich auf das Ende des Dreißigjährigen Krieges, ohne den Westfälischen Frieden explizit zu thematisieren.

36 Friedrich Naumann: Die Kunst, Frieden zu schließen.(1915). In: Ders.: Werke Bd. 5: Schriften zur Tagespolitik, bearb. von Alfred Milatz. Köln u.a. 1964, S. 550-553.

37 Friedrich Alafberg: Der große Krieg in Deutschland. In: Die Hilfe (Sonderausgabe: Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst) 12 (1914), S. 188 f.

38 Naumann: Die Kunst (wie Anm. 37), S. 550.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

geben, die er negativ bewertete: „Die Fortführung des Krieges über einen gewissen Zeitpunkt hinaus war nur eine Fütterung der Nachbarn und Neutralen, die dann in Osnabrück und Münster das große Wort führten.“[39] Hier folgte Naumann nun dem Narrativ vom Westfälischen Frieden als nationalem Unglück tatsächlich mit Bezug auf die Gegenwart. Es war zugleich ein positives Bekenntnis zur Machtstaatspolitik, denn gerade jenen „Neutralen“ wird mittlerweile in der Forschung zugeschrieben, durch den Druck auf die Großmächte den Westfälischen Frieden überhaupt erst erreicht zu haben.[40] Naumann sah darin aber offensichtlich einen Ausdruck der Schwäche der eigentlichen politischen Autoritäten. So war sein Artikel „Die Kunst, Frieden zu schließen“ keineswegs ein unbedingter Friedensappell, sondern vielmehr eine politische Mahnung, den Frieden im Hinblick auf die nationalen Interessen im richtigen Moment zu schließen. Sein Fazit lautete: „Bis aber der Tag des Verhandelns da ist, gilt weiter, dass siegreiche Schlachten die beste Diplomatie sind.“[41]

Als allerdings die politisch-militärische Lage zwei Jahre später prekär wurde, beschwor Naumann im Reichstag nun tatsächlich auch die Friedensinstrumentarien des Westfälischen Friedens als ein Beispiel dafür, wie eine „Atmosphäre des Friedens“ der Beendigung eines Krieges wie des Dreißigjährigen oder eben des gegenwärtigen vorangehen müsse.[42] Hier deutet sich erstmals wieder eine Wertschätzung des Westfälischen Friedens schlicht um seiner Friedensleistung willen an, wie sie allerdings erst 1948 ihren endgültigen Durchbruch erleben sollte: Theodor Heuss würdigte den Westfälischen Frieden zum dreihundertjährigen Jubiläum eigens in einem Essay.[43] Er betonte nun wie seine Zeitgenossen den bloßen Wert des Friedens und damit eine Erkenntnis, in der die Menschen des Jahres 1948 der „Gefühlswelt“ jener von 1648 nahe stünden, da sie nach Jahren der Friedlosigkeit diesen Wert erkennen könnten.[44] Doch die Wertschätzung des Friedens von 1648 war noch keine Wertschätzung des Westfälischen Friedenswerks. Dieses erschien ihm angesichts der Langwierigkeit der Verhandlungen und der Fülle der – weitgehend unbekannten – Unterhändler „menschlich glanzlos“.[45] So nahm er denn auch zu der von den Nationalsozialisten geplanten Ausstellung zum Westfälischen Frieden zwar mit kategorischer Ablehnung Stellung, ließ da-

39 Ebd., S. 551.
40 Siehe dazu insbesondere Westphal: Der Westfälische Frieden (wie Anm. 4).
41 Naumann: Die Kunst (wie Anm. 37), S. 553.
42 Reichstagsprotokoll, 9. Oktober 1917: www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003406_00707.html (Zugriff am 23. Februar 2019).
43 Theodor Heuss: Der Friede von Münster und Osnabrück (1948). In: Ders.: Profile. Nachzeichnungen aus der Geschichte. Tübingen 1964, S. 59-64.
44 Ebd., S. 60.
45 Ebd., S. 61.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bei aber zugleich erkennen, dass er dem Westfälischen Frieden inhaltlich durchaus nichts Positives abgewinnen konnte:

> „Den Friedenssaal im Rathaus an dem herrlichen Münsterischen Prinzipalmarkt haben die Bomben zerschlagen. Dort, so konnte man vor Jahren hören, wollte Hitler seinen Frieden, oder was er der Welt gerne befohlen hätte, so zu nennen, vorschreiben. Damit sollte geschichtliches Leid und Unrecht wieder»gut«gemacht werden. Wenn nur nicht dabei ‚Wiedergutmachung' es in sich trüge, die Dinge noch schlechter zu machen."[46]

Eine Möglichkeit zur positiven Rezeption des Westfälischen Friedens für die Gegenwart oder die Zukunft sah oder erwartete Heuss nicht. Er war überzeugt davon, dass im wiederaufgebauten Friedenssaal von Münster „der geschichtliche Odem [...] kaum mehr [...] wehen" werde. Angesichts der groß angelegten Feiern des 350jährigen Jubiläums von 1998 und der fundamentalen Neu- und Umdeutung des Westfälischen Friedens sollte sich dies als ein klares Fehlurteil erweisen.[47]

Dezidiert lehnte Heuss den Westfälischen Frieden auch als positives Modell des Föderalismus ab: „ [...] alle diejenigen, die heute das Wort ‚Föderalismus' mit einem schier weihevollen Ton gebrauchen, sprechen damit [...] den Traktat von 1648 in seinem überdauernden Sinn der gliederstaatlichen Quasi-Souveränität heilig. Es sollte anderes aus der Erinnerung gelernt werden können."[48]

Diese Ablehnung des Westfälischen Friedens aus verfassungshistorischer und nationaler Perspektive hatte Heuss bereits 1947 in zwei Briefen ausgeführt. Dezidiert benannte er „die teutsche Libertät von 1648",[49] also die Festschreibung der reichsständischen Rechte im Westfälischen Frieden, nicht als ein Modell, sondern als eine überwundene Fehlentwicklung und die Anknüpfung daran eine Schreckensvorstellung. Hier blieb er ganz in der Vorstellung, die Reichsverfassung des Westfälischen Friedens habe Deutschland zum „Raub der fremden Politik" gemacht, respektive eine föderale Politik, die sich am Westfälischen Frieden orientiere, werde genau das bewirken.[50]

46 Ebd., S. 64.
47 Siehe dazu u.a. den in Anm. 5 zitierten Sammelband, den Heinz Duchhardt 1998 zum Westfälischen Frieden herausgegeben hat.
48 Ebd.
49 Jeweils wörtlich In: Theodor Heuss an Wilhelm Heile, 22. Mai 1947. In: Theodor Heuss. Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945-1949. Hrsg. und bearb. von Ernst Wolfgang Becker. München 2007, hier S. 279; Theodor Heuss an August Weber, 22. November 1947. In: Ebd., hier S. 324.
50 Ebd., S. 324.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Es war ein Bekenntnis zum deutschen Nationalstaat in seiner historischen Entwicklung jenseits des Westfälischen Friedens.[51]

IV.

Die Stimmen aus dem politischen Liberalismus zum Westfälischen Frieden folgten also insgesamt den nationalen Interpretationsmustern ihrer Zeit. Es waren keine tiefgründigen Auseinandersetzungen mit der Geschichte. Sie schwankten zwischen der Wahrnehmung einer fremden Epoche, die nach scheinbar überwundenen Prinzipien funktionierte, und der Anwendung auf aktuelle Probleme, die allerdings versatzstückhaft und oberflächlich blieb. Der Wert des Friedens erschien situationsbedingt stärker oder schwächer, dem Inhalt nach sahen die Liberalen im Westfälischen Frieden definitiv keine positiven Aspekte für die deutsche Geschichte. Da dies dem nationalen Narrativ entsprach, das sich noch 1959 bei Fritz Dickmann findet,[52] ist der Befund zunächst einmal nicht überraschend. Bemerkenswert erscheint aber doch, dass der politische Liberalismus in Deutschland es damit auch explizit ablehnte, sich in die Tradition der reichsständischen Freiheiten des Westfälischen Friedens zu stellen. Diese wurden als ein Hindernis zu nationaler Einheit und Größe wahrgenommen, nicht als Vorläufer politischer Freiheit.

In den vergangenen siebzig Jahren hat das historische Urteil über den Westfälischen Frieden sich deutlich verändert. Zuletzt fiel mit der Rückkehr der Religionskriege und der Frage nach der Befriedung von Religionskonflikten auch die Vorstellung vom Westfälischen Frieden als dem Ergebnis einer Epoche, deren Denkweisen der Moderne fremd und fern seien. Vor allem aber hat sich das Bild vom Westfälischen Frieden durch eine intensive Forschung gewandelt. Daneben waren es immer wieder neue gesellschaftliche Impulse, welche für aktualitätsbezogene Wahrnehmungen dieses Friedens sorgten. Das Jubiläum von 1998 hat den Westfälischen Frieden in einen dezidiert europäischen Kontext gestellt. Hans-Dietrich Genscher hat dies aufgegriffen und ihn „einen bedeutenden europäischen Friedensschluss“ ge-

51 So auch die Ablehnung der Idee, eine deutsche Konföderation könne den Grundstein einer europäischen Konföderation bilden: „Ich sehe, daß dieser Gedankengang manchen Deutschen, die sich als Europäer vorkommen, sehr gut eingeht, halte ihn aber für sehr gefährlich. Es kommt auf die teutsche Libertät von 1648 heraus und will 1866 ungeschehen machen.“ Ebd., S. 279.

52 „Noch einmal sei es betont: Der Frieden bedeutete für unser Volk ein nationales Unglück [...]“. Dickmann: Der Westfälische Friede (wie Anm. 22), S. 494.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nannt,[53] ohne sich allerdings konkret mit der historischen Bedeutung des Ereignisses auseinanderzusetzen.

Die lange kritische Bewertung des Westfälischen Friedens ist zum Teil in euphorische Urteile umgeschlagen, die in der historischen Forschung weitaus nüchterner betrachtet werden. Das Gleiche gilt für das Modell eines „Westfälischen Systems", welches das Staatensystem vermeintlich langfristig geordnet habe, ein Modell, das alte negative Stereotypen über den Westfälischen Frieden in eine internationale Geschichte hinein transformiert hat.[54] Grundsätzlich gilt allerdings, dass es kein gültiges Narrativ des Westfälischen Friedens mehr gibt, sondern eine Vielfalt der Rezeptionsansätze. Zugleich befindet sich der Westfälische Friede heute stärker als jemals zuvor im Fokus nicht nur der Wissenschaft, sondern der öffentlichen Wahrnehmung und der Gesellschaft – und dies tatsächlich oft als historisches Ereignis und nicht mehr nur als ein auf die Gegenwart hin konstruiertes historisches Modell.

53 Hans Dietrich Genscher: Der lange Weg zur deutschen Einheit. Vortrag zum Osnabrücker Friedenstag am 24, Oktober 2001 in der Marienkirche. In: Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 9 (2002), S. 111-120, hier S. 111.

54 Siehe dazu Heinz Duchhardt: Das 'Westfälische System': Realität und Mythos. In: Hillard von Thiessen/ Christian Windler (Hrsg.): Akteure der Außenbeziehungen: Netzwerke und Interkulturalität im historischen Wandel. Köln 2010, S. 393-401.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Andreas Braune

Die Friedensfrage in der liberalen politischen Philosophie

1. Einleitung

Frieden ist kein Zentralthema der politischen Theorie oder politischen Philosophie. Traditionell fragen beide Disziplinen stärker nach der guten Ordnung *in* Gesellschaften als *zwischen* Gesellschaften. Welche Rechte und Pflichten hat der Einzelne in der Gemeinschaft oder Gesellschaft? Was sind die Grundsätze der (politischen) Gerechtigkeit und welche institutionellen, politischen und praxeologischen Schlussfolgerungen ergeben sich aus ihnen? Was sind wie begründbare Legitimitätsmöglichkeiten politischer Herrschaft? Das sind ihre Zentralfragen. Die Frage nach dem Frieden ist stattdessen traditionell eine des Völkerrechts oder der Theorien des Völkerrechts, neuerdings, i.e. seit Mitte des 20. Jahrhunderts, auch der Politikwissenschaft und der interdisziplinären, vor allem sozialwissenschaftlichen Friedensforschung. Trotzdem gibt es, von Augustinus über Grotius, Pufendorf, Rousseau und Kant bis John Rawls, immer wieder bedeutende (politische) Philosophen, die sich mit der Friedensfrage beschäftigt haben.[1]

Im Folgenden sollen die beiden Letztgenannten etwas genauer unter die Lupe genommen werden, jedoch nicht in einer genuin politikphilosophischen respektive autoren- und werkimmanenten Herangehensweise, sondern hinsichtlich der Fragestellung, welche zentralen Topoi des genuin liberalen politischen Denkens und Handelns sich aus ihren friedenstheoretischen Schriften herauslesen lassen. Denn obwohl zwei Jahrhunderte beide Denker voneinander trennen, spannt sich zwischen ihren beiden artverwandten Friedenskonzeptionen der Bogen des liberalen politischen Denkens und Handelns in Sachen Frieden – oder zumindest eines gewichtigen Teils davon. Bei Kant und Rawls finden wir daher zentrale Topoi, die im 19. und 20. Jahrhundert für Liberale bzw. eine bestimmte Gruppe von Liberalen immer

1 Überblicke aus Perspektive der politischen Philosophie liefern Frank Dietrich/Véronique Zanetti: Philosophie der internationalen Politik zur Einführung. Hamburg 2014; Jürgen Bellers/Markus Porsche-Ludwig: Geistesgeschichte der internationalen Politik. Theorien und Philosophien seit Aristoteles. Berlin/ Münster 2011; Christine Chwaszcza/Wolfgang Kersting (Hrsg.): Politische Philosophie der internationalen Beziehungen. Berlin 2016; Oliver Hidalgo: Kants Friedensschrift und der Theorienstreit in den internationalen Beziehungen. Wiesbaden 2012.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wieder Dreh- und Angelpunkte waren, wenn es um intellektuelle oder politische Fragen des Friedens ging. Politische Philosophie bzw. Theorie wird hier insofern „praktisch", als dass sie einerseits die Reflexion liberaler Friedenspolitik bedeutet, andererseits ihr aber auch die Stoßrichtung, Instrumentarien und zentralen Grundannahmen liefert. Ziel dieses Beitrages wird es nicht sein, die Diffusion der liberalen politischen Philosophie des Friedens in das Denken und Handeln einzelner liberaler Politiker und Intellektueller zu rekonstruieren. Dies mag einer eigenständigen ideengeschichtlichen Genealogie vorbehalten bleiben. Vielmehr geht es darum, diese wiederkehrenden Zentraltopoi zu identifizieren und ihre politischen Implikationen aufzuzeigen.

Dabei steht das Denken, für das Kant und Rawls hier zu Rate gezogen werden, im 19. und 20. Jahrhundert im Wesentlichen zwei konkurrierenden Positionen gegenüber. Die erste wird durch die alte Formel *si vis pacem, para bellum* auf den Punkt gebracht. Frieden ist hier bestenfalls die Abwesenheit von Feindseligkeiten, und man beugt diesen Feindseligkeiten durch kluge Bündnispolitik, Rüstung usw. vor. Im Kern steht der Machtstaatsgedanke oder auch der Gedanke der *balance of power(s)*. Wesentliche Epochen der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts waren von diesem Paradigma geprägt. In der Politikwissenschaft ist von der realistischen Schule der internationalen Beziehungen die Rede, deren zentrale Recheneinheiten die Macht und die Interessen der einzelnen Staaten im internationalen System sind. Die zweite Gegenposition ist die der globalen Menschheitsverbrüderung infolge der Auflösung aller nationalen und sozialen Schranken. Im sozialistischen Lager ist der Frieden ein Zustand der Auflösung gesellschaftlicher Antagonismen und der hergebrachten Kategorien von Klasse und Nation. Am Ende der dahin führenden Entwicklung steht nicht so sehr ein ‚Weltstaat', sondern eine aus ihren eigenen Bedingungen heraus befriedete Weltgesellschaft. ‚Internationalismus' war dafür im 19. und 20. Jahrhundert ein Kampfbegriff, der aber deshalb nicht so ganz passte, weil die Kategorie der Nation selbst überwunden werden sollte.

Politisch gesehen, steht die hier beschriebene Friedenstheorie zwischen diesen beiden Positionen, was aber nicht deckungsgleich mit *der* Position *des* politischen Liberalismus zum Frieden ist. Denn zu beiden Gegenpositionen hat der Liberalismus Überschneidungen, vor allem aber zu der der realistischen Schule. Historisch und politisch betrachtet, operiert der National- und Rechtsliberalismus stärker in den Kategorien des machtstaatlichen Politik- und Friedensverständnisses, während der Linksliberalismus tendenziell auf jene Positionen zurückgreift, die im Folgenden beschrieben werden sollen. Teile dieses Linksliberalismus, vor allem jene des radikalen Pazifismus, konnten punktuell aber auch Affinitäten zu den Grundannahmen des sozialistischen Friedensdenkens entwickeln.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Charakteristisch für die hier genauer beschriebene Position ist, dass sie aus einer ideellen bzw. idealistischen Perspektive argumentiert, was aber nicht bedeutet, dass sie nur wohlmeinende, weltfremde Fantasien formuliert. Im Gegenteil: „Die Ausführbarkeit (objektive Realität)" der von ihr vertretenen Annahmen „läßt sich darstellen".[2] Rawls sprach diesbezüglich von einer „realistischen Utopie", die in seinem Werk „Das Recht der Völker" vertreten werde. „Die politische Philosophie ist realistisch-utopisch, wenn sie die Grenzen dessen, was wir gewöhnlich für praktisch-politisch möglich halten, ausdehnt." Es gehe daher darum, „eine realisierbare soziale Welt" zu beschreiben, „die das politisch Rechte und das Gerechte für alle liberalen und achtbaren Gesellschaften in einer Gesellschaft der Völker verbindet".[3] Rawls will darlegen, dass und wie ein Frieden zwischen den, besser gesagt zwischen *solchen* Völkern möglich ist. Denn von zentraler Bedeutung ist hier, dass Völker als die Akteure einer Gesellschaft der Völker als *moralische* Akteure verstanden werden. Sie können als kollektive Akteure Grundsätze der Gerechtigkeit erkennen, nach ihnen handeln und zur Grundlage des Verkehrs zwischen den Völkern machen. Sie akzeptieren dabei das Kriterium der Reziprozität und bieten den anderen Völkern solche Regeln des wechselseitigen Verkehrs an, von denen sie annehmen können, dass jene sie rationalerweise akzeptieren werden.

Das Bild der ‚realistischen Utopie' verweist dabei auch darauf, „dass die Grenzen des Möglichen nicht mit dem aktuell Wirklichen zusammenfallen".[4] Der Ist-Zustand der internationalen Beziehungen ist aus dieser Perspektive ungenügend, weil in ihm das Machtstaatsparadigma leitend ist. Die Idee des liberalen Friedens muss sich erst dagegen durchsetzen. Darin steckt ihr kritisches Potential: Sie formuliert Grundpositionen, die in der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts immer wieder vom politischen Linksliberalismus oder auch von der liberalen Friedensbewegung als Forderungen zur Etablierung einer friedlichen internationalen Ordnung aufgestellt wurden. Dabei handelt es sich um ein permanentes Ringen mit dem machtstaatlichen Paradigma, das im historischen Verlauf verschiedenen Konjunkturen folgt. Gegenwärtig erleben wir mit einer fundamentalen Krise des Multilateralismus, was es bedeutet, wenn die Position des liberalen Friedens in die Defensive gerät. Was aber sind die grundlegenden Annahmen und zentralen Positionen dieser Idee des liberalen Friedens?

2 Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf (1795). Stuttgart 1984, S. 19.
3 Alle Zitate: John Rawls: Das Recht der Völker. Enthält: „Nochmals: Die Idee der öffentlichen Vernunft". Berlin/ New York 2002, S. 4.
4 Ebd., S. 14.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2. Stiftungsidee und Stabilität aus den richtigen Gründen

Im Zentrum der Kant'schen Friedensidee steht der Stiftungsgedanke, der bei Kant selbst noch sehr stark an den naturrechtlichen Kontraktualismus rückgebunden ist. Ähnlich wie im innerstaatlichen Bereich stehen sich ein „natürlicher" Zustand und ein „gebildeter" Zustand gegenüber. Der natürliche Zustand ist nicht unbedingt ein dauernder *bellum omnia contra omnes*, aber in ihm sind der Machtstaatsgedanke und die Doktrin der egoistischen und instrumentellen Interessendurchsetzung leitend. „Frieden" ist hier bestenfalls ein negativer Frieden: „bloßer Waffenstillstand, Aufschub der Feindseligkeiten, nicht *Friede*, der das Ende aller Hostilitäten bedeutet".[5] Bei Kant ist es noch ein naturrechtlicher Vernunftauftrag, sich aus dem natürlichen Zustand in den gebildeten herauszuarbeiten, der dann auf internationaler Ebene tatsächlich ein positiver Frieden sein kann:

> „Der Friedenszustand unter Menschen, die nebeneinander leben, ist kein Naturstand (*status naturalis*), der vielmehr ein Zustand des Krieges ist, d. i. wenn gleich nicht immer ein Ausbruch der Feindseligkeiten, doch immerwährende Bedrohung mit denselben. Er muß also gestiftet werden."[6]

Der Friedenszustand ist daher bei Kant auf zweierlei Weise an die Vernunft gekoppelt: er muss erstens von den Beteiligten gewollt werden, und zwar aus Vernunftgründen, und er ist zweitens selbst ein vernünftiger Zustand – ein Zustand also, in dem die Vernunft im idealistischen Sinne zu ihrem Recht kommt. Er muss außerdem *von allen* an ihm beteiligten Akteuren gewollt werden: Im Gegensatz zur Unterbrechung der Feindseligkeiten, die dem Anderen auch aufgezwungen werden kann, ist er nicht unilateral möglich. John Rawls lehnt sich hier an Raymond Aron an und spricht von „Frieden durch Befriedung" im Gegensatz zu „Frieden durch Macht" oder „Frieden durch Ohnmacht".[7]

In seiner eigenen Terminologie bezeichnet Rawls dies als „Stabilität aus den richtigen Gründen" im Gegensatz zu einem bloßen *modus vivendi*. Auf Basis des Machtstaatsparadigmas kann es lange Phasen ohne offene Gewaltausübung geben, die als Friedensphasen wahrgenommen werden. Ein „europäisches Gleichgewicht", ein kluges Bündnissystem à la Metternich oder Bismarck, die Unterordnung unter einen Hegemon wie etwa in der *pax romana* oder auch ein globales und atomares Abschreckungsgleichgewicht können solche Friedensphasen ermöglichen. Aber sie sind kein Frieden, wie ihn sich die liberale Friedensidee vorstellt, sondern Stabilität aus den *fal-*

5 Kant: Zum ewigen Frieden (wie Anm. 2), S. 3, Hervorhebung im Original.
6 Ebd., S. 10.
7 Rawls: Recht der Völker (wie Anm. 3), S. 53.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen Gründen, nämlich rein machtstaatlichen. Ein solcher Frieden ist unbefriedigend, weil er dem Krieg weichen kann, sobald die machtstaatlichen Bedingungen zu seiner Aufrechterhaltung nicht mehr gegeben sind. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges ist ein anschauliches Beispiel dafür. Im Gegensatz dazu bestreitet „der politische Liberalismus mit seinen Ideen einer realistischen Utopie […], was große Teile des politischen Lebens nahe zu legen scheinen, dass nämlich stabile Verhältnisse zwischen Völkern niemals mehr sein könnten als ein *modus vivendi*".[8] Er ist stattdessen überzeugt, dass Stabilität aus den richtigen Gründen möglich ist, das „heißt Stabilität aufgrund einer nachdrücklichen Akzeptanz eines gerechten Rechts der Völker und eines entsprechenden Handelns".[9]

Der entscheidende Unterschied, der zwischen jenen Völkern besteht, die zu dieser Art der Stabilität bereit sind, und zwischen jenen, die am Machtstaatsgedanken und seinen defizitären Stabilisierungsmechanismen festhalten, liegt darin, „dass gerechte liberale Völker ihre vitalen Interessen so beschränken, wie es durch das Vernünftige gefordert wird".[10] Rawls gesteht auch liberalen Völkern zu, dass sie Interessen haben und diese mit strategischem Verhalten und instrumenteller Rationalität verfolgen. Dies stößt aber an den Prinzipien des Vernünftigen, das heißt an den auf Reziprozität basierenden Regeln des internationalen Verkehrs, an seine Grenzen. Zeitgemäß formuliert: Der Multilateralismus setzt der Verfolgung nationaler oder einzelstaatlicher Interessen Grenzen. Besonders deutlich wird dies dann, wenn ein Zielkonflikt zwischen Interessen und Regelbefolgung aufkommt. Stabilität aus den richtigen Gründen liegt nur dann vor, wenn sich ein Volk „auch in solchen Fällen" an die Regeln hält, „in denen es davon profitieren könnte, sie nicht zu erfüllen".[11] Zugunsten der Regelbefolgung und der Stabilität aus den richtigen Gründen wird es auf die regelwidrige Verfolgung seiner Interessen, also auf Regel-Free-Riding verzichten.

Politisch bedeutet dies, dass sich Liberale in dieser Denktradition für einen solchen Multilateralismus und die Formulierung entsprechender Regeln des internationalen Verkehrs einsetzen werden. Es ist im 19. und 20. Jahrhundert besonders die liberale Friedensbewegung, die in diesem Sinne aktiv ist und den Internationalismus über den Nationalismus oder auch Rüstungskontrolle über Wettrüsten, Souveränitätsbeschränkungen über Souveränitätsabsolutismus und dergleichen stellt. Sie tut dies in dem Bewusstsein, damit an den Bedingungen eines positiven, gestifteten, nicht nur eines negativen Friedens mitzuwirken.

8 Ebd., S. 22.
9 Ebd., S. 31.
10 Ebd.
11 Ebd., S. 39.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

3. Das Recht als Medium des Friedens

Zu diesem liberalen Friedensprogramm gehört in der Folge auch, das Recht als ein Medium des Friedens zu betrachten. Die Regeln des internationalen Verkehrs werden in Form von Rechtsregeln (des Völkerrechts) formuliert. Interessenskonflikte zwischen Völkern bzw. Staaten werden auf dem Rechtsweg, etwa über Schiedsgerichte oder spezielle Rechtsinstanzen und -verfahren gelöst, nicht auf militärischen oder anderen machtstaatlichen Wegen. Die Gegenüberstellung von Machtstaatsgedanke und Frieden aus den richtigen Gründen kommt hierbei in der Formulierung der „Stärke des Rechts statt des Rechts des Stärkeren" zum Ausdruck, die sicher nicht ohne Zufall in der gegenwärtigen Krise des Multilateralismus wiederholt beschworen wird.[12]

Zu dieser Vorstellung des Rechts als Medium des Friedens gehört als elementarer Bestandteil die Idee der Gleichheit – auch hier als Gegenentwurf zur Ungleichheit des Naturzustandes und des Machtstaatskonzeptes. Denn dort ist es die zufällige Verteilung von Ausgangslagen, Ressourcen, strategischen Positionen usw., die die Staaten und Völker in ein kontingentes Machtverhältnis zueinander versetzt, aus dem den einen strategischer Nutzen, den anderen erhebliche Nachteile erwachsen. Aus dieser Ungleichheit und den vorhandenen Machtverhältnissen, kombiniert mit der Abwesenheit rechtlicher Einhegung einerseits und der dauernden Bereitschaft zur strategischen und gewaltsamen Ausnutzung solcher Ungleichheit andererseits, erwächst der permanente, zwischen Latenz und Ausbruch changierende Kriegszustand.

In der liberalen Friedensidee treten sich die Völker und Staaten jedoch nicht als Inhaber einer bestimmten Menge von Macht gegenüber, sondern als prinzipiell Gleiche: „Wir betrachten Völker als Völker, die sich selbst als freie und gleiche in einer Gesellschaft von Völkern sehen."[13] Sie haben also einen bestimmten rechtlichen und moralischen Status, den sie selbst beanspruchen und anderen zuerkennen. Aus dieser wechselseitigen Anerkennung und der daraus resultierenden Konstellation der Gleichheit ergeben sich die Gerechtigkeitsgrundsätze des Verkehrs der Völker untereinander.

Um dies darzustellen, wählt John Rawls ein vergleichbares Verfahren wie in seinem ersten Hauptwerk „Eine Theorie der Gerechtigkeit": den Urzustand. Er ist „ein Darstellungsmodell", um Völker so konstruieren zu können, dass sie die Bedingungen der Gleichheit erfüllen. Das Gleiche geschah in „Eine Theorie der Gerechtigkeit" für die einzelnen Bürger einer in sich

12 Siehe exemplarisch: Heiko Maas: „Together First!": Rede in der Generaldebatte der 73. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 28.9.2018, online unter: https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-generalversammlung-vn/2142296 (Zugriff am 28.3.2019).

13 Rawls: Recht der Völker (wie Anm. 3), S. 37.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

geschlossenen Gesellschaft, um ihnen die Frage vorlegen zu können, für welche Gerechtigkeitskonzeption sie sich als Freie und Gleiche entscheiden würden. Dabei muss man „die Wirkung von Zufälligkeiten beseitigen, die die Menschen in ungleiche Situationen bringen und zu dem Versuch verführen, gesellschaftliche und natürliche Umstände zu ihrem Vorteil auszunutzen".[14] Der hierfür angewendete Schleier des Nichtwissens soll den Einzelnen dabei jene Informationen vorenthalten, auf deren Basis sie eine voreingenommene oder an ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Stellung ausgerichtete Wahl treffen würden. Auf die internationale Ebene übertragen, konstruiert Rawls eine Situation, in der „rationale Vertreter liberaler Völker, von angemessenen Gründen geleitet, den Inhalt des Rechts der Völker festlegen".[15] Dieser Schleier des Nichtwissens ist „den Besonderheiten des vorliegenden Falles angepasst […]: So kennen sie zum Beispiel weder die Größe des Territoriums und der Bevölkerung noch die relative Stärke der Völker, deren grundlegende Interessen sie vertreten." Sie kennen auch nicht „den Stand ihrer natürlichen Ressourcen oder die Stufe ihrer ökonomischen Entwicklung und Ähnliches".[16] Also alles, was zufällige Eigenschaften ihrer Völker ausmacht, aus denen sich kein System egalitärer Gerechtigkeitsprinzipien ableiten ließe, weil sie geeignet wären, zum eigenen Vorteil ausgenutzt zu werden.[17]

Aus dem Prinzip der Gleichheit und dem Konstrukt eines solchen Urzustandes ergibt sich das wichtige Kriterium der Reziprozität:

> „Es gehört demnach zur Vernünftigkeit und Rationalität von Völkern, dass sie bereit sind, anderen Völkern faire Bedingungen der politischen und sozialen Ko-

14 John Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit. 18. Aufl. Frankfurt a. M. 2012, S. 159.
15 Rawls: Recht der Völker (wie Anm. 3), S. 36.
16 Ebd.
17 Rawls hatte schon in „Eine Theorie der Gerechtigkeit" die Übertragung seiner gerechtigkeitstheoretischen Vorgehensweise auf die internationale Ebene angedeutet. Im Abschnitt über die „Rechtfertigung der Weigerung aus Gewissensgründen" (S. 415-420) führt er die Idee eines Urzustandes und Schleiers des Nichtwissens zwischen Vertretern von Nationen ein: „Wiederum werden bei den Vertragspartnern, in diesem Falle den Vertretern von Staaten, nur die Kenntnisse vorausgesetzt, die ihnen eine vernünftige Entscheidung im Sinne ihrer Interessen ermöglichen, aber nicht solche, die es den besser Gestellten unter ihnen ermöglichen würde, ihre besondere Situation für sich auszunützen. Dieser Urzustand ist fair zwischen den Nationen; er schaltet die Zufälligkeiten und Einseitigkeiten des Geschichtsverlaufs aus. Die Gerechtigkeit zwischen Staaten bestimmt sich nach den Grundsätzen, die in dem so definierten Urzustand gewählt würden." Rawls: Theorie der Gerechtigkeit (wie Anm. 14), S. 415 f. Die im Anschluss dargestellten Grundsätze entsprechen prinzipiell dem, was Rawls in „Das Recht der Völker" dann ausführlicher darlegt. In „Eine Theorie der Gerechtigkeit" sind die Ausführungen vor dem Hintergrund des Vietnamkrieges und der Proteste gegen ihn zu lesen. Rawls rechtfertigt hier die ‚Weigerung aus Gewissensgründen' (also das Entziehen von der Wehrpflicht) mit Zweifeln am Vorliegen legitimer Kriegsgründe und einer mangelhaften Berücksichtigung der Prinzipien des *ius in bello* (siehe besonders S. 416 f.).

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

operation anzubieten. Diese fairen Bedingungen sind eben solche, von denen ein Volk ernsthaft annehmen kann, dass andere Völker sie ebenfalls akzeptieren könnten. […] Dieser vernünftige Sinn für die gebührende Achtung, die man bereitwillig anderen vernünftigen Völkern entgegenbringt, ist ein wesentliches Element unserer Vorstellung von Völkern, die mit dem Status quo aus den richtigen Gründen zufrieden sind. Er lässt sich mit der fortdauernden Kooperation unter ihnen vereinbaren und entspricht der wechselseitigen Anerkennung und Beachtung des Rechts der Völker."[18]

Aus dieser ursprünglichen Situation ergeben sich eine Reihe von Grundsätzen des Verkehrs zwischen Völkern, die mit teils bekannten, teils eher modernen Grundsätzen des Völkerrechts und internationalen Verkehrs konvergieren: Die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker, die sie untereinander wechselseitig anerkennen[19]; das Prinzip *pacta sunt servanda*; ein Beteiligungsgebot an Vereinbarungen, die ein Volk betreffen; das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten[20]; das Recht auf Selbstverteidigung gegen Aggressionen als einziger Grund eines gerechten Krieges; das Gebot, Menschenrechte zu achten; Bindungen an das *ius in bello*; eine Pflicht zur Hilfestellung bei Not und zur Behebung zufälliger (oder auch historisch bedingter) ökonomischer Benachteiligung.[21] Dieses Ensemble aus Grundsätzen überträgt im Grunde die Grundsätze der Gerechtigkeit aus „Eine Theorie der Gerechtigkeit" auf die internationale Ebene: Völker werden als moralische und rechtsfähige Akteure betrachtet, deren gleiche Freiheit zu achten ist, die sich gegenseitig ein daraus abzuleitendes Verhalten sowie ein rechtliches und organisatorisches Umfeld schulden (erster Gerechtigkeitsgrundsatz der gleichen Freiheit), und die bei unverschuldeten Schlechterstellungen zur gegenseitigen Hilfe und Besserung der Schlechtergestellten verpflichtet sind (zweiter Gerechtigkeitsgrundsatz des Differenzprinzips).

Der Verkehr zwischen den Völkern wird demnach durch internationale Organisationen und rechtliche Vereinbarungen und Regularien strukturiert, die diese Prinzipien zum Ausdruck bringen. Aber nicht nur der Frieden wird verrechtlicht, sondern auch der Krieg. Im Bereich der Idealtheorie – also ausgehend von dem, was liberale bzw. wohlgeordnete Völker an Regularien

18 Rawls: Recht der Völker (wie Anm. 3), S. 39. Siehe auch ebd., S. 45 f.

19 Dies steckt *ex negativo* im zweiten Präliminarartikel Kants: „Es soll kein bestehender Staat (klein oder groß, das gilt hier gleichviel) von einem anderen Staat durch Erbung, Tausch, Kauf oder Schenkung erworben werden können." Denn dies höbe „seine Existenz als einer moralischen Person auf". Kant: Zum ewigen Frieden (wie Anm. 2), S. 4.

20 All diese Prinzipien bewegen sich im Bereich der Idealtheorie, gelten also im Verkehr zwischen liberalen und achtbaren Völkern, nicht aber im Umgang mit sogenannten Schurkenstaaten. Das Prinzip der Nichteinmischung steht daher ausdrücklich unter dem Vorbehalt, dass es nur zwischen liberalen und achtbaren Völkern gilt. Im Falle massiver Menschenrechtsverletzungen durch ‚Schurkenstaaten' gilt es nicht. Siehe Rawls: Recht der Völker (wie Anm. 3), S. 97-99.

21 Siehe ebd., S. 41.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

aus eigenen Vernunftgründen anerkennen und befolgen – spielt diese Frage eigentlich keine Rolle. Denn wenn alle liberalen und wohlgeordneten Völker anerkennen, dass es keinen gerechten Kriegsgrund geben kann außer der Verteidigung gegen eine Aggression, gibt es keinen Kriegsgrund innerhalb der Idealtheorie. Krieg ist allerdings trotzdem eine wiederkehrende Erscheinung des Völkerlebens der letzten beiden Jahrhunderte, gerade weil die Bedingungen der Idealtheorie – also die Zielvorstellung der ‚realistischen Utopie' des Liberalismus – nie so umfassend umgesetzt waren, dass sie ihre Wirkung dauerhaft und global entfalten konnten. Doch auch hier beansprucht der politische Liberalismus, dass der Krieg verrechtlicht wird. Denn „es soll sich kein Staat im Kriege mit einem andern solche Feindseligkeiten erlauben, welche das wechselseitige Zutrauen im künftigen Frieden unmöglich machen müssen".[22] Auch dies ist eine Frage der Selbstbeschränkung: Obwohl man es könnte, verzichtet man auf den Einsatz besonderer Kampfmethoden, Waffengattungen und Militärstrategien, die das Band eines möglichen Vertrauens, das für einen zukünftigen Friedensschluss notwendig ist, zerreißen würden. „Denn irgend ein Vertrauen auf die Denkungsart des Feindes muß mitten im Kriege noch übrig bleiben, weil sonst auch kein Friede geschlossen werden könnte."[23] Kant nennt hier Dinge wie Giftmischer und Meuchelmörder oder den Bruch einer Kapitulation. Das gesamte Regime einer verrechtlichten Kriegsführung durch Bannung bestimmter Waffengattungen wie ABC-Waffen, Landminen etc., durch die Haager Landkriegsordnung, durch internationale Militär- und Kriegsstrafgerichtsbarkeit, durch Unterscheidung von Kombattanten und Nichtkombattanten, von politisch verantwortlichen Entscheidungsträgern und militärischen Befehlsempfängern, durch Vorgaben für den Umgang mit Kriegsgefangenen etc. bringt dies zum Ausdruck.[24] Liberale, die im Sinne dieser liberalen Friedensdoktrin operieren, werden sich für eine solche Verrechtlichung und Einhegung des Krieges einsetzen. Und sie werden in Kriegssituationen die daraus erwachsenden Forderungen bezüglich der Beschränkung der Kriegführung auch gegenüber ihrer eigenen politischen Führung artikulieren und einfordern. Sie werden auch öffentlich Kritik äußern, wenn sie Grund zu der Vermutung haben, dass die Kriegsgründe nicht den Erfordernissen dieser Theorie zu entsprechen scheinen. Denn selbst in wohlgeordneten, liberalen Demokratien können Kriege aus den falschen Gründen, das heißt zur Verfolgung nationaler, ökonomischer oder partikularer Interessen geführt werden statt mit dem Ziel ei-

22 Kant: Zum ewigen Frieden (wie Anm. 2), S. 7.
23 Ebd.
24 Siehe hierzu auch die Ausführungen bei Rawls: Recht der Völker (wie Anm. 3), S. 119-121.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nes gerechten und dauerhaften Friedens zwischen den Völkern bzw. mit dem Kriegsgegner.[25]

Wichtig ist dabei auch und ganz besonders, dass die Selbstbeschränkung, welche liberale Völker sich in der Kriegführung dadurch auferlegen, unilateral sein kann. Denn es kann dabei auch darum gehen, sich bestimmte Arten der Kriegführung nicht vom Gegner aufzwingen zu lassen. Es wird demnach ein Zivilitätsgebot im Krieg formuliert, dem man auch dann unterworfen ist, wenn sich der Gegner dadurch nicht gebunden fühlt. Um ein Beispiel anzuführen: Selbst wenn ein Kriegsgegner sich nicht an die Gebote der zivilisierten Behandlung von Kriegsgefangenen hält, bleibt diese Verpflichtung für eine kriegführende liberale Demokratie in Kraft – schon allein aufgrund ihrer grundsätzlichen Bindung an die Menschenrechte.

Rawls argumentiert, dass dadurch dem gegnerischen Volk – unterschieden von seiner politischen und militärischen Führung – der Grund des Krieges und die Ziele der zu schaffenden Friedensordnung vermittelt werden können. Indem die Zivilbevölkerung und die niederen militärischen Ränge geschont und rechtskonform behandelt und die militärische und politische Führung einer ordentlichen Gerichtsbarkeit zugeführt werden, werde das Ziel und der Wert einer liberalen Friedensordnung deutlich gemacht. Ziel ist es, „dass wohlgeordnete Völker durch ihre Handlungen und Verlautbarungen, wenn irgend möglich, bereits während des Krieges im Voraus zu erkennen geben, welche Art von Frieden und welche Art von Beziehungen sie anstreben".[26] Denn die „Art und Weise, in der ein Krieg ausgetragen wird, und die Handlungen, durch die er beendet wird, leben im historischen Gedächtnis von Gesellschaften fort"[27] und können als Beispiel für die Entwicklung hin zu einem liberalen oder achtbaren Volk und einer Gesellschaft liberaler und achtbarer Völker dienen.

4. Staaten und Völker, kein Weltstaat

Ein wesentlicher Unterschied besteht freilich zwischen der Vertragsvorstellung des klassischen Kontraktualismus für die innere Ordnung eines Volkes auf der einen Seite und dem Verhältnis zwischen Völkern auf der anderen Seite, nämlich in Bezug auf die Frage nach einer zentralen Durchsetzungsinstanz. Für eine in sich geschlossene Gesellschaft ist der Kontraktualismus in unterschiedlichen Graden recht klar: Die Einzelnen geben ihre natürliche und umfassende Freiheit, nach Belieben zu agieren, auf und unterwerfen sich

25 Was der einzige legitime Kriegsgrund für liberale Völker ist. Siehe ebd., S. 119.
26 Ebd., S. 121. Wilsons 14 Punkte lassen sich in diese Richtung interpretieren.
27 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

einer zentralen Rechtsdurchsetzungsinstanz, die die gleiche Freiheit der Vertragschließenden garantiert, indem sie Läsionen der gleichen Freiheit zur Not gewaltsam verhindert oder bestraft. Der so zwischen den Bürgern als gleichen Rechtsgenossen geschlossene Vertrag begründet das Monopol auf einen notfalls physischen Rechtsdurchsetzungszwang.[28] Auf eine internationale Instanz, die dem gleichkäme, verzichtet die liberale Friedenskonzeption.

Kant sieht stattdessen einen *foedus pacificum* vor, einen republikanischen Friedensbund freier Völker. Er tritt an die Stelle der Idee eines Weltstaates mit zentralisiertem Regeldurchsetzungsrecht. Im Gegensatz zu den Einzelnen im Übergang vom Natur- in den Rechtszustand bestehe für Staaten keine Pflicht, sich einem solchen Zwang zu unterwerfen, „weil sie als Staaten innerlich schon eine rechtliche Verfassung haben und also dem Zwange anderer, sie nach ihren Rechtsbegriffen unter eine erweiterte gesetzliche Verfassung zu bringen, entwachsen sind".[29] Kant begrüßt zwar die Idee einer zentralen Durchsetzungsinstanz über den Staaten[30], hält deren Durchführbarkeit „nach ihrer Idee vom Völkerrecht" aber für unrealistisch. Anders ausgedrückt: „Die positive Idee einer Weltrepublik" ist zwar philosophisch geboten, aber erstens sind die Staaten nicht dazu verpflichtet, sich ihr zu unterwerfen, und zweitens ist sie politisch nicht durchsetzungsfähig, weil die Staaten den damit einhergehenden Souveränitätsverlust nicht erleiden wollen. „Wenn nicht alles verloren werden"[31] und der gesetzlose Zustand fortdauern soll, so ist der Friedensbund die zweitbeste Lösung. In diesem Bund verzichten die Staaten auf zweierlei: erstens auf einen „machtstaatlichen" Verkehr untereinander, zweitens aber auch auf eine zentrale Durchsetzungsinstanz der daraus folgenden Regularien:

> „Dieser Bund geht auf keinen Erwerb irgend einer Macht des Staates, sondern lediglich auf Erhaltung und Sicherung der *Freiheit* eines Staates für sich selbst und zugleich anderer verbündeter Staaten, ohne daß diese doch sich deshalb (wie Menschen im Naturzustande) öffentlichen Gesetzen, und einem Zwange unter denselben, unterwerfen dürfen."[32]

28 Siehe ausführlich hierzu Andreas Braune: Das Andere der Freiheit. Zwang und Heteronomie in der politischen Theorie der Moderne. Baden-Baden 2016, S. 284-307.

29 Kant: Zum ewigen Frieden (wie Anm. 2), S. 18.

30 „Für Staaten im Verhältnis untereinander kann es nach der Vernunft keine andere Art geben, aus dem gesetzlosen Zustande, der lauter Krieg enthält, herauszukommen, als daß sie ebenso wie einzelne Menschen ihre wilde (gesetzlose) Freiheit aufgeben, sich zu öffentlichen Zwangsgesetzen bequemen und so einen [….] Völkerstaat (*civitas gentium*), der zuletzt alle Völker der Erde befassen würde, bilden." Ebd., S. 20.

31 Ebd.

32 Ebd., S. 18, Hervorhebung im Original.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Der Bund ist demnach ein wechselseitiges Versprechen auf Regelbefolgung, und zwar jener Regeln, die sich die Völker als freie und gleiche wechselseitig vorschlagen. Weil sie aber auf die zentrale Durchsetzungsinstanz verzichten, bleibt es bei dem wechselseitigen Versprechen und dem Vertrauen, das dann ineinander notwendig ist. Politisch bedeutet dies, dass für Liberale das Völkerrecht als Gewohnheitsrecht ausreichend ist, oder auch Mechanismen wie Schiedsgerichtsbarkeit und die freiwillige Akzeptanz von Schiedssprüchen.

Hier wird allerdings auch deutlich, warum Rawls es vorzieht, von Völkern zu sprechen, nicht von Staaten. Mit dem Begriff des Staates assoziiert Rawls die Konzepte der Souveränität, Interessen und der Staatsräson, also all jene Ingredienzien, die mit dem machtstaatlichen Paradigma assoziiert sind. Das Handeln liberaler und achtbarer Völker wird jedoch „nicht ausschließlich durch ihre prudenziellen oder rationalen Interessen, die so genannte Staatsräson, bestimmt".[33] Stattdessen haben liberale und achtbare Völker jenen moralischen Charakter, der ihnen die Regelbefolgung aus den richtigen Gründen ermöglicht. „Der Ausdruck ‚Völker' soll nun diese singulären Merkmale von Völkern hervorheben, durch die sie sich von Staaten im herkömmlichen Sinne unterscheiden, und er soll ihren moralischen Charakter und die annehmbar gerechte oder achtbare Natur ihrer politischen Ordnung betonen."[34] Denn auch nach innen wird das Prinzip der Souveränität für liberale und achtbare Völker durch die Menschenrechtsbindung und die liberalen Grundsätze der Gerechtigkeit beschränkt. Wenngleich der in dieser Richtung formulierte politische Liberalismus die Star-Trek-Utopie eines Weltstaates oder die sozialistische Vision einer universellen Menschheitsverbrüderung verwirft, so bewegt er sich doch erkennbar von dem Souveränitätskonzept des Westfälischen Systems weg, indem er dem Staatshandeln nach innen und außen klare Grenzen aufweist, und zwar Grenzen moralphilosophischen Charakters. Zum Verständnis dieses Vorhabens, eine realistische Utopie zu sein, gehört daher die Annahme, dass eine Gesellschaft der Völker in diesem Sinne möglich ist. In ihr hat auch das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" nach innen und außen einen höheren Stellenwert als die Souveränität der Staaten, vor allem, weil auf dem Wege des Selbstbestimmungsrechtes den Völkern die Möglichkeit gegeben ist, jenen moralischen Charakter auszubilden, der für diese konkrete Utopie nötig ist. Die Herausbildung dieses Charakters ‚liberaler und achtbarer' Völker wiederum ist die Voraussetzung dafür, dass eine Gesellschaft solcher Völker ohne Regeldurchsetzungszwang auskommt, denn die Regelbefolgung erfolgt nun aus freien Stücken, und es herrscht „Stabilität aus den richtigen Gründen".

33 Rawls: Recht der Völker (wie Anm. 3), S. 30.
34 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Aber: „Ein einziger von militärischer oder wirtschaftlicher Macht besessener Staat, der auf Expansion und Ehre aus ist, genügt, um den Kreislauf von Krieg und Kriegsvorbereitung am Laufen zu halten."[35] Das Prinzip *si vis pacem, para bellum* gilt also auch für liberale und achtbare Völker, zumindest solange der *foedus pacificum* nicht alle Völker einschließt und er nicht hinreichend gefestigt ist, dass allen seinen Mitgliedern das feste Vertrauen entgegengebracht werden kann, die Regeln des Bundes dauerhaft und freiwillig zu befolgen. Weil es kein zentralisiertes Monopol des Regeldurchsetzungszwangs zwischen den Völkern gibt, bleiben die Völker daher auf das individuelle und kollektive Selbstverteidigungsrecht angewiesen: „Völker haben das Recht auf Selbstverteidigung, aber kein Recht, Kriege aus anderen Gründen als denen der Selbstverteidigung zu führen."[36] Vor allem schließt das die Kriegsgründe des machtstaatlichen Paradigmas als gerechte Kriegsgründe aus: Staatsräson, ökonomische oder andere partikulare Interessen, nationale oder dynastische Ehre, weltanschauliche oder religiöse Bekehrung, Expansion etc.

Der Völkerbund, dem alle liberalen und achtbaren Völker angehören, hat daher eine Art Mischcharakter: Nach innen bringt er die ‚Regeln des guten Verkehrs' zwischen den Völkern zum Ausdruck und garantiert sie auf Basis des Gewohnheitsrechts und der Schiedsgerichtsbarkeit. Zugehörigkeit und Bereitschaft zur Regelbefolgung basieren auf Freiwilligkeit. Nach außen wiederum ist der Bund ein System der kollektiven Sicherheit, indem sich die in ihm zusammengeschlossenen Völker des Beistandes im Falle von Angriffen durch nicht-achtbare, aggressive Völker versichern.[37] Die Schaffung eines solchen Völkerbundes als Mittelding zwischen Westfälischem System und Weltstaat, die Durchsetzung von Instrumenten der Schiedsgerichtsbarkeit, die Verrechtlichung des internationalen Verkehrs, zivilisierende Restriktionen des Rechts im und zum Krieg, Rüstungskontrolle und Abrüstung gehören daher genauso zum liberalen politischen Programm wie die Abwehrbereitschaft gegen aggressive Störer dieser Ordnung.

5. Demokratischer Frieden

Eben war bereits die Rede davon, dass in der liberalen Friedenskonzeption die Souveränität der Staaten nicht nur nach außen beschränkt ist, sondern

35 Ebd., S. 54.

36 Ebd., S. 41. Das schließt die kollektive Selbstverteidigung einer Allianz liberaler und achtbarer Völker ein.

37 Mit Blick auf die internationale Ordnung unserer Gegenwart bedeutet dies, dass der idealtypische *foedus pacificum* Eigenschaften der UN, NATO und EU aufweist, keine der drei genannten Organisationen aber alle Bedingungen des *foedus pacificum* erfüllt.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

auch nach innen. Das ist gerade im Vergleich zum „realistischen“ bzw. machtstaatlichen Paradigma ein wesentlicher, wenn nicht sogar der entscheidende Unterschied. Denn plötzlich ist die innere Verfasstheit der Völker von besonderer Relevanz für ihre Friedensfähigkeit. Bei Kant wird diese Bedeutung dadurch herausgestrichen, dass sie gleich im *ersten* Definitivartikel der Schrift „Zum ewigen Frieden“ behandelt wird. Er besagt: „Die bürgerliche Verfassung in jedem Staate soll republikanisch sein.“[38] Darunter versteht Kant ein gewaltenteiliges[39] und repräsentatives[40] Regierungssystem, in dem die Bürger als Menschen frei, als Untertanen einer gemeinsamen Gesetzgebung unterworfen und als Rechtsgenossen bzw. Staatsbürger gleich sind. Eine solche Verfassung sei „die einzige, welche aus der Idee des ursprünglichen Vertrags hervorgeht“.[41] Sie ist mit einem Wort eine *republikanische* Verfassung. Bezüglich der Frage, warum nun gerade diese Verfassung friedensverbürgend ist, argumentiert Kant vor allem funktional:

> „Wenn (wie es in dieser Verfassung nicht anders sein kann) die Beistimmung der Staatsbürger dazu erfordert wird, um zu beschließen, ob Krieg sein solle, oder nicht, so ist nichts natürlicher, als daß, da sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müßten […], sie sich sehr bedenken werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen.“[42]

Kant sah hier einen erheblichen Vorzug gegenüber den monarchischen oder besser gesagt despotischen Staaten seiner Zeit, die den Staat als Besitz und die Bürger nur als Untertanen und nicht zugleich als Freie und Gleiche betrachteten, teilweise sogar auch als Eigentum. Wo der oder die Herrscher also nach Belieben über Krieg und Frieden entscheiden können, ohne sich um die Zustimmung der Kämpfenden, Zahlenden und Leidtragenden zu kümmern, werde der Krieg zu einer „Art von Lustpartie“[43]. Wird die Zustimmung der Kämpfenden, Zahlenden und Leidtragenden aber zur Kriegführung nötig, werden sie dem nicht mehr zustimmen – so die recht simple und von der modernen Friedensforschung in der Theorie vom demokratischen

38 Kant: Zum ewigen Frieden (wie Anm. 2), S. 10.

39 „Der Republikanismus ist das Staatsprinzip der Absonderung der ausführenden Gewalt (der Regierung) von der gesetzgebenden; der Despotism ist das der eigenmächtigen Vollziehung des Staats von Gesetzen, die er selbst gegeben hat.“ Ebd., S. 14. In diesem Sinne können Monarchien durchaus ‚republikanisch‘ verfasst sein, nämlich in Form parlamentarischer Monarchien. Der zentrale Gegensatz für Kant ist der zwischen der ‚guten Verfassung‘ (Republikanismus) und dem ‚Despotism‘, in dem der Staat als Besitz der Herrschenden aufgefasst wird.

40 „Alle Regierungsform nämlich, die nicht repräsentativ ist, ist eigentlich eine Unform, weil der Gesetzgeber in einer und derselben Person zugleich Vollstrecker seines Willens […] sein kann.“ Ebd.

41 Ebd., S. 11.

42 Ebd., S. 12 f.

43 Ebd., S. 13.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Frieden übernommene Grundannahme. Demokratien seien friedliebend, weil sie die Übel des Krieges nicht selbst auf sich nehmen werden. Simpel ist diese Annahme deshalb, weil sie außer Acht lässt, dass sich auch in Demokratien nationale Emotionen über ein solches Kalkül hinwegsetzen können oder dass in bestimmten Situationen eine illegitime Kriegführung auch für Demokratien rational sein kann, etwa wenn die Kosten – ökonomisch oder an eigenen Menschenleben – wahrscheinlich gering, die politischen und ökonomischen Revenuen aber hoch sind. Allein die Beteiligung der Bürger an der Entscheidung über Krieg und Frieden kann daher nicht das entscheidende Kriterium für die Friedensfähigkeit liberaler Demokratien sein. Denn auch in Demokratien können sich irrationale, fehlgeleitete oder egoistische Mehrheiten bilden.

Allerdings besagt die Theorie des demokratischen Friedens auch nicht, dass Demokratien prinzipiell keine Kriege führen würden, sondern vor allem, dass sie dies *untereinander* nicht tun – was zugleich die Voraussetzung für den *foedus pacificum* ist. Aber auch hier muss es mehr sein als die bloße Beteiligung an der Entscheidung über Krieg und Frieden. John Rawls argumentiert daher, dass die zwischen den Demokratien mögliche Stabilität aus den richtigen Gründen noch weitere Ursachen haben muss. Zunächst verlangt Rawls liberalen und demokratischen Völkern etwas mehr ab als Kant. Zu der Ordnung nach den Prinzipien der gleichen Freiheit (inklusive Grund- und Menschenrechten, politischen Grundrechten und einem System demokratischer Entscheidungsfindung) tritt schon seit „Eine Theorie der Gerechtigkeit“ die faire Verteilung von Chancen und Möglichkeiten. In „Das Recht der Völker“ reformuliert Rawls anschließend das Differenzprinzip der Verteilung ökonomischer Güter, misst ihm eine stärkere demokratietheoretische Bedeutung bei und erweitert es zu einem umfassenderen Grundsatz. Dieser bestimmt nun die „Garantie eines ausreichenden Anteils an allgemein dienlichen Mitteln, um es allen Bürgern zu ermöglichen, einen verständigen und wirksamen Gebrauch von ihren Freiheiten zu machen“. Dazu gehört „eine Grundstruktur, die verhindert, dass soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten ein bestimmtes Maß überschreiten“.[44]

Zusammengenommen gewährleisten diese Grundsätze, dass liberale Völker nach den gleichen Prinzipien geordnet sind: Menschen- und Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit, konstitutionell verfasste, gewaltenteilige demokratische Entscheidungsverfahren, Sozialstaatlichkeit mit fairer Chancengerechtigkeit und die Sicherung des öffentlichen Vernunftgebrauchs sind ihre wesentlichen Elemente. Darauf aufbauend beruht die Selbstachtung liberaler Völker „auf der Freiheit und der Integrität ihrer Bürger und auf der Gerechtigkeit und Achtbarkeit ihrer heimischen politischen und sozialen Institutio-

44 Rawls: Recht der Völker (wie Anm. 3), S. 56.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nen“.[45] Sie „achten ein gemeinsames Prinzip legitimer Herrschaft, und sie werden nicht von dem leidenschaftlichen Streben nach Macht und Ehre beherrscht oder von dem berauschenden Stolz des Herrschens“.[46] Daher erkennen sich liberale Völker untereinander als achtbar an und haben Grund zu der Annahme, dass sich alle an die auf Reziprozität beruhenden Regeln des internationalen Verkehrs halten werden. Sie sind befriedete und keine expansiven Völker und so „haben liberale Völker nichts, worüber sie einen Krieg führen könnten“.[47] Alle machtstaatlichen Kriegsgründe fallen untereinander weg. Dazu gehören auch ideologische, weltanschauliche oder religiöse Kriegsgründe. Nicht-liberale Völker können eine herrschende Ideologie, eine Staatsreligion oder dergleichen haben, die sie aggressiv vertreten und mit gewaltsamen Mitteln verbreiten wollen. Liberale Völker hingegen stellen sich dem Faktum des vernünftigen Pluralismus, haben keine Staatsreligion oder herrschende Weltanschauung und werden daher auch aus diesen Gründen keine Kriege führen.

Zu der funktionalen Argumentation Kants tritt also das Argument von Rawls, dass liberale Völker aufgrund ihrer inneren Verfasstheit schlechterdings keine Kriegsgründe haben, die sie gegeneinander zu Felde ziehen lassen würden. Verstärkt wird dieses Argument noch durch seine Vorstellung des moralischen Lernens. Denn die moralische Eigenschaft liberaler Völker ist nichts, was sie von allein oder gar im Naturzustand mitbrächten. Sie ist vielmehr etwas, das sie infolge der dauernden Wirksamkeit ihrer freiheitlichen Institutionen ausbilden. Schon in „Eine Theorie der Gerechtigkeit“ sprach Rawls davon, dass Gesellschaften unter der ständigen Wirksamkeit freiheitlicher Institutionen einen öffentlich anerkannten Gerechtigkeitssinn entwickeln werden, der liberale Werte wie die Achtung der gleichen Freiheit, inklusive der fairen Chancengleichheit und einer gerechten Güterverteilung nach dem Differenzprinzip, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, demokratische Entscheidungsverfahren und die Bedingungen für die Ausübung der öffentlichen Vernunft zum Ausdruck bringt. Teil dieses Gerechtigkeitssinns ist es, einen gemäßigten Patriotismus auszubilden, der es zwar erlaubt, Stolz in Bezug auf historische oder kulturelle Leistungen auszubilden und auch Interessen zu artikulieren und zu verfolgen, dem aber wesentlich ist, dass er keine Erhebung des eigenen Volkes über andere zulässt. Liberale Völker sind daher von Vorstellungen „einer fairen Gleichheit und einer gebührenden Achtung für alle Völker geleitet“.[48]

Sind die Beziehungen zwischen den Völkern und die internationale Ordnung dauerhaft von dieser Grundannahme geleitet, „werden diese Völker da-

45 Ebd., S. 54.
46 Ebd., S. 53.
47 Ebd., S. 54.
48 Ebd., S. 50.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zu neigen, wechselseitiges Vertrauen und wechselseitige Zuversicht zu entwickeln". Dies wiederum stabilisiert die Ordnung trotz des Nichtvorhandenseins einer zentralen Durchsetzungsinstanz, denn die Völker werden dazu gebracht, „die in einem gerechten Recht der Völker verkörperten Rechtsnormen bereitwillig zu akzeptieren und ihnen entsprechend zu handeln".[49] Für liberale Völker wird der Multilateralismus und die Orientierung an einem gerechten Recht der Völker gewissermaßen selbst zur Staatsräson. Weil sie das im Zuge der Umsetzung der „realistischen Utopie" verlässlich tun – so die optimistische Annahme –, kann auf die Durchsetzungsinstanz verzichtet werden.

Auf internationaler Ebene wiederholt sich hier, was im innergesellschaftlichen Kontext schon ein liberales Kernparadigma ist: das liberale „Zwangsminimierungsgebot".[50] Weil sich der demokratische Frieden auch ohne zentralisierten Zwang stabilisieren lässt, ist er verzichtbar. Denn der demokratische Frieden wird nicht nur funktional und durch demokratische Verfahren gesichert, sondern auch durch wechselseitiges Vertrauen und eine gemeinsame Wertorientierung. Voraussetzung hierfür ist die Fähigkeit von Völkern zum moralischen Lernen.

Dies ist allerdings nur die idealtypische Funktionsweise der Friedensstabilisierung in der „realistischen Utopie" – die Zielvorstellung gewissermaßen, auf die hingearbeitet werden kann und soll. In einer Realität, in der das machtstaatliche Paradigma im Verkehr der Völker noch stark ausgeprägt ist, in der eine Anzahl nicht-liberaler und nicht-achtbarer Völker als dauernde Störer einer multilateralen Friedensordnung auftreten können, ist (allein) auf diese Mechanismen der Friedensstabilisierung kein Verlass. Sie funktionieren – so die These vom demokratischen Frieden – bestenfalls zwischen etablierten konstitutionellen Demokratien. Doch auch hier ist denkbar, dass sie unzureichend sind. Rawls formuliert in diesem Fall eine graduelle Hypothese: Je umfassender und stabiler die liberalen Grundsätze der Gerechtigkeit *in* einer Gesellschaft verwirklicht sind, desto stabiler ist der Friede *zwischen* liberalen (und achtbaren) Völkern und desto geringer ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass liberale Völker aus anderen Gründen als der legitimen Selbstverteidigung Krieg gegen *nichtliberale* „Schurkenstaaten" führen. Denn Rawls gesteht ein, dass auch in liberalen Gesellschaften durchaus „beträchtliche Ungerechtigkeiten, oligarchische Tendenzen und monopolistische Interessen"[51] vorherrschen können, genauso wie nationalistische Stimmungen oder andere Einstellungen, die mit dem liberalen öffentlichen Gerechtigkeitssinn nicht übereinstimmen und Einfluss auf die Außenpolitik gewinnen

49 Beide Zitate: Ebd., S. 49.
50 Braune: Das Andere der Freiheit (wie Anm. 28), S. 276.
51 Rawls: Recht der Völker (wie Anm. 3), S. 55.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

können. Gewinnen solche Interessen oder Einstellungen die Oberhand oder Zugriff auf außenpolitische Entscheidungen, können auch von liberalen Völkern Kriege oder eine aggressive Außenpolitik ausgehen (oftmals unter dem Vorwand der Sicherung der nationalen Sicherheit, die als (Kriegs-)Grund akzeptiert ist). Die Gefahr hierzu ist gerade bei großen und mächtigen Völkern in besonderem Maße vorhanden. Denn die Verführung zum Regel-Free-Riding, die bei vertrauensbasierten Ordnungen ohne zentrale Regeldurchsetzungsinstanz immer vorhanden ist, ist bei ihnen besonders groß; vor allem, weil die Erfolgschancen einer solchen Politik aufgrund der asymmetrischen Machtverteilung gegenüber kleineren und schwächeren Ländern vergleichsweise groß sind. Liberale, die an der liberalen Friedensidee interessiert sind, werden daher auch gegenüber ihren eigenen Regierungen Skepsis walten lassen, wenn die „nationale Sicherheit" oder „vitale Interessen" als Begründungen für eine aggressive Außenpolitik[52], vor allem gegenüber kleineren und schwächeren Staaten, ins Feld geführt werden.

6. Frieden durch Verflechtung

Es gibt schließlich noch einen weiteren Sicherungsmechanismus des Friedens zwischen den Völkern, den schon Kant anspricht, der den Liberalismus des 19. und 20. Jahrhunderts geprägt hat und den auch Rawls anführt. Etwas verklausuliert werden die Ursprünge dieser Friedenskraft bei Kant noch in der „Natur"' verortet: „So wie die Natur weislich die Völker trennt, […] so vereinigt sie auch andererseits Völker […] durch den wechselseitigen Eigennutz. Es ist der *Handelsgeist*, der mit dem Kriege nicht zusammen bestehen kann, und der früher oder später sich jedes Volks bemächtigt."[53] Wachsende Prosperität und wechselseitige Abhängigkeit lassen den Krieg, der Handelsbeziehungen zerschneidet und Wohlstand zerstört, unwahrscheinlicher werden. Weil der Antrieb hierzu genauso wie in der liberalen Markttheorie im „wechselseitigen Eigennutz" liegt, sind es gemäß der idealistischen Vorstellungswelt Natur- und nicht Vernunftgründe, die dies bewirken. Es sind also bestenfalls zusätzliche oder vielleicht auch einem ‚vernünftigen' Zustand vorausgehende Kräfte, die hier den Frieden sichern. Wieder Kant:

> „Auf die Art garantiert die Natur […] den ewigen Frieden; freilich mit einer Sicherheit, die nicht hinreichend ist, die Zukunft desselben (theoretisch) zu *weissa-*

52 Die Formulierung meint hier ausdrücklich nicht nur militärische Interventionen oder andere bewaffnete Arten der Konfliktaustragung, sondern grundsätzlich ein Gebaren, das mit der ‚Achtung der Gleichheit unter Völkern' nicht vereinbar ist wie der unilaterale Bruch von Vereinbarungen, ökonomischer Druck, Drohungen etc.

53 Kant: Zum ewigen Frieden (wie Anm. 2), S. 33, Hervorhebung im Original.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gen, aber doch in praktischer Absicht zulangt, und es zur Pflicht macht, zu diesem (nicht bloß schimärischen) Zwecke hinzuarbeiten."[54]

Die Situation vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges illustriert dies: In einem ersten Zeitalter der Globalisierung, das freilich unter imperialistischen Vorzeichen stand, war die internationale ökonomische Verflechtung und wechselseitige Abhängigkeit so groß, dass optimistische Zeitgenossen dies für eine starke und dauernde Garantie des Friedens hielten. Diese ökonomische Verzahnung war aber „nicht hinreichend", um den imperialistischen und nationalistischen Kräften Einhalt zu gebieten, die dann den Ausbruch des Krieges bewirkten. Es fehlte daher eine auf „Vernunftgründen" basierende Ordnung. Die ökonomische Verflechtung reichte als Friedenskraft nicht aus. Trotzdem: Liberale, die im 19. und 20. Jahrhundert Multilateralismus, Verrechtlichung und institutionelle Einbettung des internationalen Verkehrs, Abrüstung und Rüstungskontrolle etc. befürworteten, werden in aller Regel auch für Freihandel und internationale Wirtschaftsverflechtung – inklusive internationaler Standardisierungen im Bereich der Infrastruktur, Maße und Gewichte etc. – eingetreten sein, und das nicht allein aus ökonomischen oder marktliberalen Gründen, sondern gelegentlich auch aus politischen. Denn sie vermuteten, „dass demokratische und Handel treibende Völker tendenziell keinen Grund haben, miteinander Krieg zu führen". Dafür spreche auch, „dass sie, was ihnen an Gütern fehlen mag, [durch Handel] einfacher und billiger erwerben können"[55] als durch Krieg. Rawls betont hier ausdrücklich die Verknüpfung beider Elemente: Es müssen *demokratische* Völker sein, die Handel treiben, damit dieser als dauerhafte Friedenskraft verstanden werden kann. Das „Friedensprojekt" der europäischen Integration zeigt hier im Gegensatz zu der mit Nationalismus und Imperialismus verbundenen Globalisierung um 1900, dass nur die Koppelung der Idee des demokratischen Friedens mit der Friedensstabilisierung durch ökonomische Verflechtung erfolgversprechend ist.

7. Zusammenfassung

Zusammenfassend sind es demnach sechs zentrale Elemente, die Kernbestandteil des (links-)liberalen Friedensdenkens sind und die sich in den politischen Philosophien Kants und Rawls' wiederfinden lassen. Erstens ist dies die Stiftungsidee, die besagt, dass Frieden zwischen den Völkern kein natürlicher, sondern ein herbeizuführender Zustand ist, also aktiver politischer

54 Ebd.
55 Rawls: Recht der Völker (wie Anm. 3), S. 52.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Anstrengungen bedarf. Frieden ist hier „positiver“ Frieden, also mehr als die bloße Abwesenheit von Feindseligkeiten. Stattdessen meint er die dauerhafte und freiwillige Befolgung der Regeln eines gerechten Rechts der Völker, dessen zentrales Merkmal die wechselseitige Achtung als prinzipiell Gleiche unter den Völkern (Reziprozität) ist. Der Friedenszustand wird aus den ‚richtigen Gründen‘ von den beteiligten Völkern gelebt.

Zweitens herrscht die Vorstellung, dass das Recht ein Medium des Friedens ist: dass die internationalen Beziehungen also verrechtlicht werden, auf rechtsförmigen Vereinbarungen basierende internationale Organisationen geschaffen werden und dass Streitigkeiten zwischen den Völkern auf dem Rechtsweg, nicht auf dem machtstaatlichen Weg beigelegt werden. Damit einher geht eine strikte Beschränkung des *ius ad bellum*, nämlich auf Fälle der Selbstverteidigung mit dem Ziel der Erhaltung der freiheitlichen Institutionen und Lebensgrundlagen des eigenen Volkes oder verbündeter liberaler Völker. Daneben können nur massive Menschenrechtsverletzungen in einem anderen (Schurken-)Staat einen legitimen Kriegsgrund darstellen.

Drittens gehört auch die Verrechtlichung des *ius in bello* dazu und damit verbunden ein Zivilitätsgebot im Krieg. Hintergrund dabei ist, dass die Möglichkeit eines „positiven“ Friedens mit dem Kriegsgegner auch im Krieg immer im Auge behalten werden muss. Hinzu kommt, dass die eigene Menschenrechtsorientierung liberaler Völker der Kriegführung, der Behandlung von Kriegsgefangenen oder auch der Zivilbevölkerung enge Grenzen auferlegt, die ihrerseits auch dann aufrecht erhalten bleiben (sollten), wenn sich der Gegner selbst nicht an diese Restriktionen hält.

Viertens verzichtet die liberale Friedenskonzeption auf einen Weltstaat oder eine zentralisierte Regeldurchsetzungsinstanz. Die zentralen Akteure bleiben Staaten oder Völker, die sich bestenfalls in einem dauerhaften Friedensbund (*foedus pacificum*) zusammenschließen. Die Verrechtlichung erfolgt daher wesentlich in Form von Gewohnheitsrecht und Schiedsgerichtsbarkeit. Der Bruch der Regeln des gerechten Rechts der Völker kann gleichwohl sanktioniert werden, allerdings nur in Form eines Bündnisses kollektiver Sicherheit liberaler und achtbarer Völker.

Fünftens wird die Friedensfähigkeit von Völkern explizit an ihre innere Verfasstheit geknüpft. Nur zwischen liberalen bzw. demokratisch – bei Kant „republikanisch“ – verfassten Staaten mit einem entsprechenden öffentlichen Gerechtigkeitssinn ist ein dauerhafter positiver Frieden möglich, weil ihnen einerseits die Gründe zur Kriegführung fehlen, und weil sie andererseits die gleichen Grundlagen legitimer Herrschaft anerkennen. Sie entwickeln dabei die nötige Selbstbeschränkung und das wechselseitige Vertrauen, um einen dauerhaften positiven Frieden ohne zentralisierte Durchsetzungsinstanz ermöglichen zu können.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Diese Theorie des demokratischen Friedens wird sechstens durch den Topos der Friedenssicherung durch Handel und ökonomische Verflechtung verstärkt. Eine ökonomische Friedensdividende, aber auch mit dem Handelsgeist verbundene Eigenschaften wie das Bedürfnis nach Rechtssicherheit, Investitionsschutz, Verlässlichkeit usw. reduzieren die Neigung zu militärischen Auseinandersetzungen zusätzlich. Freihandelsliberalismus und liberales Friedensdenken gehen hier Hand in Hand.

Die Idee des demokratischen Friedens ist dabei mehr als eine empirische politikwissenschaftliche Hypothese oder Prognose. Im Sinne der „realistischen Utopie" von Rawls ist sie ein positives Angebot zur „Versöhnung mit unserer sozialen Welt"[56]. Sie besagt, „dass es *möglich* ist, dass eine annehmbar gerechte konstitutionelle Demokratie als Mitglied einer annehmbar gerechten Gesellschaft der Völker existiert. Sie zeigt uns, dass eine solche Welt irgendwo und irgendwann existieren kann, aber nicht, dass sie existieren muss oder existieren wird."[57] Sie formuliert damit aber auch eine positive Zielvorstellung und gibt einen Orientierungspunkt für die tägliche politische Arbeit in und zwischen Gesellschaften. Das allein wirke der Resignation entgegen, die aufkommen könne, wenn der Zynismus des machtstaatlichen Denkens um sich greife. Diese realistische Utopie gebe daher dem, „was wir heute tun können, einen Sinn".[58]

Rawls Schlussfolgerung mag angesichts der wiederholten Konjunkturen des machtstaatlichen Denkens heillos optimistisch oder auch auf eine naive Art zweckoptimistisch klingen. Und aus Perspektive der „realistischen Schule" der internationalen Beziehungen ist das auch der zentrale und wiederkehrende Vorwurf gegen das liberale Friedensdenken. Doch das sind nicht die einzigen Einwände. Im sozialistischen Lager werden allerdings mehrheitlich Kritikpunkte vorgetragen, die darauf hinauslaufen, dass der liberale Friedensgedanke *zu wenig* ambitioniert sei. Im Zentrum steht dabei, dass der Liberalismus aus dieser Perspektive am methodologischen Nationalismus[59] und einer Variation der ökonomischen Modernisierungstheorie festhalte. Denn letztlich blieben im liberalen Friedenskonzept die Nationalstaaten die handelnden Akteure und werde auf die positiven Wirkungen einer kapitalistischen Freihandelsordnung vertraut. Auf beiderlei Ebenen werden im sozialistischen Lager ambitioniertere Friedensvorstellungen formuliert, die, wie eingangs erwähnt, auf die Überwindung der Kategorien von Nation und Klasse setzen.

56 Ebd., S. 157.
57 Ebd., S. 161 f.
58 Ebd., S. 162.
59 Siehe hierzu Ulrich Beck/ Edgar Grande: Jenseits des methodologischen Nationalismus. Außereuropäische und europäische Variationen der Zweiten Moderne. In: Soziale Welt 61 (2010), S. 187-216.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Aber auch unabhängig von diesen politisch motivierten Einschätzungen ist es fraglich, ob das liberale Friedensmodell, das immer nur ein Modell für einen kleinen Teil des politischen Liberalismus war, in dieser Form zeitgemäß ist. Denn erstens ist es in seiner Grundstruktur zu sehr am Westfälischen Modell orientiert, weshalb man durchaus erörtern kann, ob es für die transnationalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewappnet ist. Klimawandel, Migration und Digitalisierung bzw. Cyberwarfare sind nur drei Themengebiete mit transnationaler Dimension, die andeuten sollen, dass es einiger grundlegender Überarbeitungen dieses Friedensmodells bedarf, damit in seinem Rahmen Antworten auf die drängendsten Fragen der Zeit gegeben werden können. Zweitens muss man auch fragen, ob der liberale Werteoptimismus in einer multipolaren Welt am Platz ist, in der diese Werteordnung selbst in der Defensive zu sein scheint – in der selbst innerhalb der Familie der liberalen Völker nicht mehr Verlass darauf sein kann, dass sie selbst „ein gemeinsames Prinzip legitimer Herrschaft“ (Rawls) achten. Auch wenn dieser Pessimismus seine Berechtigung hat, ist hier Rawls zuzustimmen, dass das kritische Potential der liberalen Friedensidee schon darin liegen kann, in Erinnerung zu rufen, was verloren geht, wenn zentrale liberale Werte preisgegeben werden. Und dass es immer eine Alternative zum Zynismus des Machtstaatsdenkens gibt: „Wenn eine annehmbar gerechte Gesellschaft der Völker, deren Mitglieder ihre Macht vernünftigen Zielen unterordnen, nicht möglich ist, und Menschen im Großen und Ganzen amoralisch, wenn nicht unheilbar zynisch und egozentrisch sind, müsste man sich mit Kant fragen, ob es sich für Menschen lohnt, auf Erden zu leben.“[60]

60 Rawls: Recht der Völker (wie Anm. 3), S. 163.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ulf Morgenstern

Annäherungen und anhaltende Ambivalenzen. Die Liberalen und Bismarcks Friedensschlüsse 1864-1871*

I.

Um mit dem Ende zu beginnen: Die liberalen Zustimmungswerte zum letzten der drei Bismarckschen Friedensschlüsse waren hoch. Wenige Monate nach der Proklamation Wilhelms I. zum Deutschen Kaiser kam es im Mai 1871 in Frankfurt zum Friedensschluss mit dem nunmehr republikanischen Frankreich, das hohe Reparationen zu zahlen und Elsass-Lothringen abzutreten hatte, was für weite Teile der Bürgertums vom gemäßigten Liberalismus bis in den beinharten Konservatismus ein Triumph war, der in der Rückschau zu einer Erinnerungsmelange aus Überwindung von Zwietracht zusammenschmolz – einem Amalgam aus Sieg, Beute und nationaler Einheit und Größe. Bis zur sogenannten konservativen Wende, als 1877/78 in Folge der Einführung von Schutzzöllen durch die Reichsregierung die gegenseitige Unterstützung endete, war das Verhältnis zwischen Bismarck und den Nationalliberalen von konstruktiver Zusammenarbeit beim inneren Ausbau des Reiches geprägt: sei es beim Zustandekommen des Septennats, bei den Reformen des Justizwesens oder dem Kulturkampf und der harten Gangart gegenüber den Sozialdemokraten. An letzterer und an der Schutzzollpolitik zerbrach schließlich nach einem Jahrzehnt die Vernunftehe zwischen Bismarck und der Mehrheit der Liberalen. Beide Parteien kehrten in ihrem Verhältnis zueinander in jenen angespannten, sich gegenseitig belauernden Zustand zurück, in dem man sich zu Beginn der 1860er Jahre befunden hatte.[1]

Damals war mit Otto von Bismarck für die Liberalen der Beelzebub unter den preußischen Diplomaten zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Ein

* Ulrich Lappenküper zum 18. April 2019.

1 Lothar Gall nannte die gegenseitige Fixierung ein „Gegeneinander und Zusammenspiel", bei dem der Liberalismus seine Seele verloren habe. Je stärker der Grad der Bismarck-Nähe zugenommen habe, desto größer sei die Zersplitterung geworden und die politische und soziale Integrationskraft des Liberalismus sei verloren gegangen. Lothar Gall: Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft". Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland. In: Ders. (Hrsg.): Liberalismus. Köln 1985, S. 162-186, Zitate S. 177 f. S. dazu auch Joachim Scholtyseck: Bismarck und der Liberalismus in der neueren Historiographie. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 27 (2015), S. 9-25, hier S. 11 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

personifizierter Antiliberaler, seit er 1848/49 die politische Bühne als königstreuer Junker betreten und sich auf dieser mit der Hilfe hochkonservativer Protektion etabliert hatte. Zwar hatte er sich als Diplomat in Frankfurt und noch stärker in St. Petersburg von den übergreifenden Vorstellungen der Brüder Gerlach von der Solidarität der Monarchen sukzessive gelöst und die Prinzipien der Heiligen Allianz gegen das Prinzip des machtpolitischen Zuwachses des preußischen Königs getauscht, aber in der liberalen Außensicht waren dies lediglich Binnendifferenzierungen innerhalb einer gegen konstitutionelle Bindungen und parlamentarisch-demokratische Teilhabe imprägnierten monarchischen Grundhaltung. Damit sollten sie im Grunde Recht behalten.

Wie sehr die diplomatische Schulung in der Paulskirche und auf den Jagdgesellschaften im Taunus sowie an den Höfen und in den Hinterzimmern an der Newa und der Seine in Bismarck die Tendenz zur „Realpolitik" gefördert hatte, blieb zunächst verborgen. Schon bald haftete ihm dieser Zug der Zeit emblematisch an, obwohl er ihn keineswegs erfunden hatte. Von seiner Flexibilität bei der Wahl der Mittel für seinen Hauptzweck, das vor dem Hintergrund der verkürzenden Zuschreibung des Reichsgründers nicht oft genug zu wiederholende Erreichen einer preußischen Suprematie in Deutschland, ahnten die deutschen Liberalen buchstäblich nichts oder wenig, als er nach einem Gespräch in Babelsberg mit Wilhelm I. überraschend an die Spitze der preußischen Regierung trat.

Der Grund für seine Ernennung ist hingegen auf das Engste mit den Liberalen verbunden. Die Dominanz ihrer Opposition im preußischen Abgeordnetenhaus, im Laufe des Heeres- und Verfassungskonflikts durch Zugewinn an Wählerstimmen und parlamentarischer und organisatorischer Professionalisierung noch gewachsen, führte 1862 in eine veritable Staatskrise um die Vorrechte der Krone, deren Träger bekanntlich an Rücktritt dachte. Bismarcks Instrumentalisierung einer anscheinenden oder scheinbaren „Lücke" in der Verfassung zerschnitt den Knoten, zumindest für den Moment. Die Indemnität für sein darauf folgendes nassforsches Regieren ohne parlamentarisch bestätigtes Budget erbat er sich im Hochsommer des Jahres 1866 und er erhielt sie auch von der Mehrheit der gemäßigten Liberalen im preußischen Abgeordnetenhaus, die sich nun Nationalliberale nannten.

Es musste also etwas geschehen sein zwischen der fundamentalen Distanzierung bei seinem Regierungsantritt am 23. September 1862 und dem „Gesetz betreffend die Ertheilung der Indemnität in Bezug auf die Führung des Staatshaushaltes vom Jahre 1862 ab und die Ermächtigung zu den Staatsaus-

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gaben für das Jahr 1866 vom 14. September 1866."[2] Damit sind nicht nur die konservativen Stimmengewinne bei den Wahlen am 3. Juli 1866 gemeint, also am Ende und recht eigentlich noch nicht ganz nach dem, vereinfacht gesagt: preußischen Sieg gegen Österreich.[3] Auch innerhalb der Liberalen musste sich etwas verändert haben, schließlich wurden Vertreter aus ihren Reihen in der Folge zu den wichtigsten Stützen der Regierung Bismarcks. Freilich waren das nicht die tapferen Abgeordneten der Fortschrittspartei, die bei ihren Prinzipien blieben und an der gesetzgeberischen Ausgestaltung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs auf traditionell oppositionelle Art und Weise teilnahmen. Durch Kooperation und Ämterübernahme sorgten vielmehr Nationalliberale wie Forckenbeck und Miquel für eine Annäherung und zeitweise Symbiose mit der Regierung Bismarck, die erst nach den genannten Veränderungen am Ausgang der 1870er Jahre ein ernüchterndes Ende fand. Bis dahin hatte sich gezeigt, dass diejenigen, die die Ergebnisse der Kriege der Jahre 1864 und 1866 begrüßten und damit auch deren in den Friedensverträgen festgeschriebene Begleiterscheinungen für den dänischen Nachbarn bzw. die annektierten oder eingehegten deutschen Staaten in Kauf nahmen, d.h. die Nationalliberalen,[4] in der Gunst der Wähler höher standen als die auf den altliberalen Prinzipien beharrende Rest-Fortschrittspartei. Deren Einwürfe wirkten in der Phase des nationalen Rausches wie Mäkeleien.[5] Dies blieb auch nach 1871 und der französischen Niederlage so. Stimmen der Vernunft wie Theodor Mommsen, die in den Sedanfeiern einen Antrieb für französische Revanchegelüste sahen, überzeugten keine liberalen Mehrheiten. Bismarck verachtete den „Professorenliberalismus" der Fortschrittspartei, Rudolf Virchow und besonders Theodor Mommsen waren ihm ein Graus. Hier sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es innerhalb des Liberalismus umfangreiche Stimmen gab, die den kriegerischen Entwicklungen der Jahre 1864, 1866 und 1870 eher skeptisch ge-

2 Vgl. Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten 1866. Berlin [1867], S. 563-572; gedruckt in Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Band 3: Bismarck und das Reich. Stuttgart 1963, S. 333–369.

3 Die Schlacht bei Königgrätz entschied am 3. Juli 1866 den Krieg zugunsten Preußens und seiner Verbündeten, der Präliminarfrieden von Nikolsburg wurde auf den 26. Juli datiert und der Definitivfrieden wurde am 23. August 1866 unterzeichnet. Vgl. dazu zuletzt den Sammelband Winfried Heinemann/Lothar Höbelt/Ulrich Lappenküper (Hrsg.): Der preußisch-österreichische Krieg 1866. Paderborn 2018.

4 Vgl. dazu umfassend Ansgar Lauterbach: Im Vorhof der Macht. Die nationalliberale Reichstagsfraktion in der Reichsgründungszeit (1866-1880). Frankfurt am Main 2000; und Karl Heinrich Pohl: Die Nationalliberalen – eine unbekannte Partei? In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 3 (1991), S. 82-112.

5 Vgl. Andreas Biefang: National-preußisch oder deutsch-national? Die deutsche Fortschrittspartei in Preußen 1861–1867. In: Geschichte und Gesellschaft. 27 (1997), H. 3, S. 360-383; und Christian Jansen: Die Fortschrittspartei − ein liberaler Erinnerungsort? Größe und Grenzen der ältesten liberalen Partei in Deutschland. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 24 (2012), S. 43-56.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

genüber standen, was in der Presse, in den Diskussionen im Nationalverein[6] und vor allem im Frühjahr 1866 auch in Antikriegskundgebungen zum Ausdruck kam. Dort ließ man sich durch die Gründung des Norddeutschen Bundes nicht moralisch erobern, sondern blieb bei der Opposition gegenüber der preußischen Dominanz nördlich des Mains.[7] Die Gründe für die gegenseitige Abneigung zwischen Bismarck und den Liberalen blieben vielgestaltig (die liberalen Reden und Interpellationen im Norddeutschem Reichstag und preußischen Landtag sind Legion). Im Folgenden liegt der Fokus allerdings etwas enger auf den von liberaler Seite mehrheitlich begrüßten Friedensverträgen[8] von Wien, Prag und Frankfurt. Hierzu sollen prominente liberale Stimmen der 1860er Jahre in ihren Einschätzungen der auf die Kriege folgenden Friedensschlüsse zu Wort kommen.

II.

Vor dem Blick in die Briefwechsel herausragender liberaler Köpfe soll ein Streiflicht auf die mediale Begleitung der Ereignisse in den „Grenzboten", der wichtigsten nationalliberalen Stimme der Zeit, geworfen werden.[9] Sicher vor der preußischen Zensur und dabei hart an der Grenze dessen, was man in Dresdner Regierungskreisen ertrug, war das seit den frühen 1840er Jahren erscheinende Blatt das Sprachrohr des deutschen Liberalismus.

Vor dem Frieden des Jahres 1864 hieß es:

> „Mag immerhin selbst in einigen liberalen Kreisen Deutschlands die Borrusophobie auch in dem gegenwärtigen schicksalsvollen Augenblicke die Stimme des Patriotismus und der gesunden Vernunft gewaltsam unterdrücken –, und wenn Preußen das richtige Wort gesprochen haben wird, wird es das Volk und die Regierungen fortreißen und allen kleinlichen Eifersüchteleien Stillschweigen auferlegen. Dass aber Preußen an der Spitze Deutschlands eine Coalition, die schon bei ihrem Entstehen die Keime des Zerfalls in sich tragen würde, nicht zu scheuen

6 Vgl. dazu Andreas Biefang (Bearb.): Der Deutsche Nationalverein 1859-1867. Vorstands- und Ausschußprotokolle. Düsseldorf 1995, passim.

7 Vgl. u.a. die Leitartikel der „Vossischen Zeitung" vom 5., 7. und 8. August 1866 (Nr. 180-182).

8 Als Ausnahme ist die „Volks-Zeitung" zu nennen, die am 1. März 1871 in den Frankreich auferlegten Friedenbedingungen „die Keime eines neuen, besser vorbereiteten Krieges in sich trügen". Zit. nach Ursula E. Koch, Berliner Presse und europäisches Geschehen 1871, Berlin 1978, S. 320.

9 Für die Darstellung und Bewertung der in den „Preußischen Jahrbüchern", dem ebenfalls wichtigen nationalliberalen Sprachrohr, vgl. neuerdings Sebastian Haas: Die Preußischen Jahrbücher zwischen Neuer Ära und Reichsgründung (1858-1871). Berlin 2017.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

braucht, darüber herrscht wohl in Preußen, und wie wir glauben in Deutschland nur eine Stimme."[10]

In den zähen Monaten nach dem Sieg über Dänemark betonten die „Grenzboten" zwar die Bedeutung der Freiheit der norddeutschen Mehrheit, da auch dort „das Volk die entscheidende Stimme haben müsse", was „ein Fundamentalgrundsatz der liberalen Politik" sei, „von dem wir unter keinen Umständen, auch bei der lockendsten Versuchung abgehen dürfen. […] In dem Respect vor dem Volkswillen liegt das letzte Geheimnis unserer Stärke, diese Rücksicht bestimmt und beschränkt auch gebieterisch die Mittel und Wege unserer Politik."[11]

Bei allen liberalen Vorbehalten in Sachen prinzipieller Autonomie staatlicher Entitäten und deren stammesmäßig-regional gestimmten Bevölkerungen blieb die kleindeutsch-nationale Stoßrichtung der Grenzboten im Taumel des Jahres 1866 kein Geheimnis.

„Eine Einverleibung aller Staaten, welche dem preußischen Bündnis von jetzt ab widerstehen, oder bereits thatsächlich occupirt sind, wäre für Preußen keine militärische Unmöglichkeit. Diese gewaltsame Anfügung würde voraussichtlich die inneren Schwierigkeiten der Neugestaltung mit einem Schlage beenden. Wenn der Schwabe, der Bayer, vollends der Hannoveraner und Sachse über Nacht zu Preußen würden, so wäre die wahrscheinliche Folge: Unzufriedenheit, viel Gemurre und Kopfschütteln, vielleicht in Oberbayern einige peinliche Aufläufe und Executionen, in Jahr und Tag wäre alles in Ordnung, in fünf Jahren die ungeheure Mehrzahl in den neuen Großstaat eingelebt. In Wahrheit wäre dies für alle Theile das unvergleichlich Beste. […] die meisten Staaten würden ihre Dynastien verlieren, aber Schwaben würde gut schwäbisch und Bayern bayerisch bleiben können bis zum Ende aller Tage."

Enttäuscht sah man aber voraus, das Bismarck wegen seines Königs und wegen Bedenken der Großmächte diesen Weg nicht einschlagen werde: „Er wird das Princip des Bundesstaats festhalten."[12]

Und wenig später hieß es weiter:

„Was der Frieden festsetzt, den wir nicht dictiren und nicht beeinflussen, muß die Grundlage werden für jede fernere Thätigkeit der nationalen Partei. Und solche Thätigkeit ist jetzt nur möglich, wenn wir die uns sichtbaren Zielpunkte Preußens unterstützen, und wenn wir uns die Beschränkungen gefallen lassen, welche sie zur Zeit unseren Wünschen auferlegt. Uns bleibt in Wahrheit keine Wahl, als im Sinne und im möglichen Einvernehmen mit Preußen zu handeln, und wo wir

10 N.N., Zur schleswig-holsteinischen Frage. In: Die Grenzboten 23 (1864), I, 2, S. 282.
11 N.N., Annexion oder Anschluß der Herzogthümer. In: Die Grenzboten 24 (1865), I, 1, S. 78.
12 N.N., Die Friedensverhandlungen. In: Die Grenzboten 25 (1866) II, 3, S. 163 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> Wunsch und Forderung erheben müssen, darüber zunächst mit der preußischen Regierung Verständigung zu suchen.“[13]

Karl Braun machte in den „Grenzboten“ im September 1870 den Vorschlag, die europäische Nachkriegsordnung solle auf der „Abschaffung der Berufssoldaten (Offiziere natürlich vor- und beibehalten) durch Einführung der wirklichen ausnahmslosen allgemeinen Wehrpflicht bei allen europäischen Nationen“ und der „Abschaffung der bisherigen Diplomatenzunft“[14] gründen. Letztere verkomplizierten einfache Dinge, eine Einschätzung der auch nach 150 Jahren kaum zu widersprechen ist, die sich aber weder am Ende des Deutsch-Französischen Krieges noch später durchsetzte. Vor dem Frankfurter Frieden 1871 waren die „Grenzboten“ wieder auf Regierungslinie:

> „So ist nun wohl die blutige Saat beendet. Möge nun eine gnädige Sonne die Früchte reifen lassen. Wie aber auch die Entscheidung des französischen Volkes lauten wird, dessen mögen wir uns getrösten, daß in jedem Falle die Feder unsres Kanzlers Deutschland erhält, was das Deutsche Schwert gewonnen hat.“[15]

III.

Die „Grenzboten“ befanden sich mit diesen gewandelten Einschätzungen und Positionierungen durchaus im Einklang mit ihren liberalen Lesern. Vielleicht kann Theodor Mommsen, einer der prominentesten Liberalen, als ein durch seinen Biographen für uns zum Kronzeugen gemachtes Anschauungsbild des Wandels dieser liberalen Bewertungen dienen. Im Verfassungskonflikt war Mommsen lange Zeit ein entschiedener Gegner von Bismarcks Realpolitik. Als der wenig zimperliche Landjunker gegen die Presse vorging, die die flagrante Verletzung des Budgetrechts kritisierte, trat der seit 1848 beruflich in Regierungskritik erprobte Mommsen dem „Verein für die verfassungsmäßige Wahrung der Pressefreiheit“ bei und brachte sich damit noch mehr als Verteidiger der Freiheit in Stellung. Als jedoch der Schleswig-Holstein-Konflikt 1864 eskalierte, konnte das (nord-)deutsche Landeskind Mommsen nicht aus seiner Haut und erklärte den durch die preußische Militärüberlegenheit erzwungenen Verbleib der nördlichsten Teile des Deutschen Bundes bei eben diesem zu einer „Frage zwischen Sein und Nichtsein.“ Als Mitglied der Fraktion der Deutschen Fortschrittspartei sprach er sich vehement für den Verbleib Schleswig-Holsteins beim Deutschen Bund aus, und das hieß – in die Sprache der Stunde übersetzt – für die Annexion durch Preußen. Hatte er in Berlin noch 1863 Versammlungen zur Einwerbung von

13 N.N.: Die Stimmung vor dem Frieden. In: Die Grenzboten. 25 (1866), II, 3, S. 204.
14 K[arl] B[raun]: Die diplomatische Zunft, September 1870. In: Die Grenzboten 29 (1870), S. 405.
15 H.B. [Hans Blum]: Nach dem Fall von Paris. In: Die Grenzboten 30 (1871), I, 1, S. 244.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Mitteln für den Thronansprüche anmeldenden Augustenburger geleitet, sahen die Dinge ein Jahr später ganz anders aus. Mommsen war, wie andere auch, ein Opfer des Siegestaumels geworden und setzte nun entgegen seinem vorherigen und vor allem entgegen seinem späteren Differenzierungsvermögen Bismarck in eins mit dem Wollen und Wünschen des deutschen Volkes. Mommsen pries den preußischen Ministerpräsidenten als deutschen Cavour. Die verstörenden, apodiktischen Sentenzen Mommsens findet man in einem Sendschreiben an seinen Wahlbezirk, in dem sich der noch junge Althistoriker damit einverstanden erklärte, „dass sich jedes Mittel", auch das der Gewalt, rechtfertige: „Denn die Notwendigkeit und die Nation reden beide im kategorischen Imperativ und da der nationale Staat jede Wunde heilen kann, darf er jede Wunde schlagen." Krieg war für den Mommsen zwischen 1864 und 1866 als Mittel zur Herstellung der Einheit Deutschlands und preußischer Vorherrschaft legitim und er machte mit solchen Erklärungen Bismarcks Politik in weiten Teilen des liberalen Publikums salonfähig.[16]

Diese hegelianische Phase im Leben des politischen Gelehrten wird gewöhnlich vom Narrativ des tapferen Kämpfers gegen Bismarck verstellt, der Mommsen seit den 1870er Jahren zweifellos war. Umso stärker verdeutlicht sie die vorherige Suggestivkraft der preußischen Siege. Mommsen waren die Rechte der Klein- und Mittelstaaten nichts wert gegenüber dem Vollstrecker des Weltgeistes, der „wie einst Caesar in der römischen Republik das Vernünftige und Notwendige verwirkliche."[17] Die drastischste Formulierung findet sich in einem Brief an seinen Bruder Tycho: „Es ist ein wunderbares Gefühl dabei zu sein, wenn der Weltgeist um die Ecke biegt. Daß Deutschland eine Zukunft hat und daß diese Zukunft von Preußen bestimmt wird, das ist nicht mehr eine Hoffnung, sondern eine Tatsache und eine gewaltige für alle Zeiten."[18] Mommsen schrieb dies am 18. Juli 1866, 15 Tage nach dem Sieg der Preußen in der Schlacht von Königgrätz, acht Tage vor dem Vorfrieden von Nikolsburg (26. Juli) und einen Monat vor dem Frieden von Prag (23. August).

Mommsen stellte sich anschließend vorbehaltlos hinter die Gründung des Norddeutschen Bundes. Die darin zementierte Vormachtstellung Preußens mochten aber nicht alle im liberalen Lager akzeptieren, und Mommsen zeichnete somit für die Spaltung der Fortschrittspartei mitverantwortlich. Er setzte auf eine Zusammenarbeit mit Bismarck, musste aber erkennen, dass sein Ziel einer Stärkung des Parlaments mit diesem nicht zu erreichen war. Auch wenn er bald „den vollständigen Sieg des Militärstaats nach innen" beklagte, war er im Herbst 1870 (wieder) auf der Seite der jubelnden Sieger

16 Stefan Rebenich: Theodor Mommsen. Eine Biographie. München 2002, S. 167.
17 Ebd.
18 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und im Januar 1871 begrüßte er emphatisch die Gründung des Nationalstaats und die Annexion Elsass-Lothringens. Aber wie schon nach dem Friedensschluss des Jahres 1866 beruhigte er sich im liberal-antigouvernementalen Sinne auch nach 1871 wieder, als die dicksten Schwaden des patriotischen Pulverdampfs verzogen waren. Mommsens harte und anhaltende Kritik an der Reichs- und an der preußischen Regierungspolitik (besonders nach 1879 in der Liberalen Vereinigung) ist bekannt. Seinem Schwiegersohn Wilamowitz-Moellendorf schrieb er 1879: „Sonst drückt denn doch die politik auf jedes menschen (der nicht im ungemeßenen Bismarckcultus verkommt […]) gemüte.“[19] Noch ein Jahr nach Bismarcks Entlassung machte er diesen für das schlechte Wetter verantwortlich: „Das Wetter ist freilich derart, daß man meinen könnte, der alte grimme Fürst sei nicht Exminister in Friedrichsruh, sondern Ministerpräsident beim Herrgott geworden.“[20] Mommsens Biograph Christian Jansen rechnete seinen Helden in Anspielung auf Lothar Galls Bild von der Rolle Bismarcks als Reichsgründer zu den „liberalen Zauberlehrlingen“, da sie zum Erreichen der deutschen Einheit den deutschen Nationalismus in den 1860er Jahren kräftig mobilisiert hatten, nach 1871 aber „über die Geister, die sie gerufen hatten“,[21] erschraken.

Was 1864 zu den euphorischen, mit dem späteren Spott nur schwer in Einklang zu bringenden Zustimmungen Mommsens geführt haben dürfte, findet sich auch bei anderen schleswig-holsteinischen Landeskindern als zeitweises politisches Narkotikum: ihr antidänisch gestimmter Patriotismus. So schrieb auch der die Ansprüche des Augustenburgers vertretende Jurist Karl Samwer am 31. Oktober 1864 an seine Frau, er sei über den Friedenschluss

> „voll Dank zu Gott und weiß nicht, daß mir je irgend ein Ereigniß solche Freude gemacht hätte. Die Hauptsache, die Trennung der Herzogthümer von Dänemark, ist erreicht, und damit die Quelle vieles moralischen und materiellen Elends für die Herzogthümer verstopft, dieselben gehören nach vier Jahrhunderten wieder zu Deutschland.“[22]

Ein weiterer Liberaler, der 1864 den Wiener Frieden begrüßte und damit ins Lager des zuvor kritisierten Bismarck wechselte, war Johann Gustav Droysen. Er hatte im Verfassungskonflikt die von der Fortschrittspartei vertretene zweijährige Dienstzeit unterstützt, nach dem Prager Frieden von 1866 hob er

19 Theodor Mommsen/Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf: Aus dem Freund ein Sohn. Briefwechsel 1872-1903 Bd. 2. Hrsg. von William III. Calder. Hildesheim 2003, S. 1010.
20 Ebd. S. 538.
21 Christian Jansen: Volk – Nation – Recht. Theodor Mommsen als engagierter Bürger, Liberaler und Nationalist. In: Josef Wiesehöfer (Hrsg.): Theodor Mommsen: Gelehrter, Politiker und Literat. Stuttgart 2005, S. 97-120, Zitat S. 119.
22 Karl Samwer (Hrsg.): Schleswig-Holsteins Befreiung. Wiesbaden 1897, S. 747.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

hervor, schon lange vom „deutschen Beruf Preußens“ gesprochen zu haben.[23] Im Tonfall Mommsen ähnlich sah er in den Annexionen des Jahres 1866 und im Beschneiden der Souveränität der Mittel- und Kleinstaaten kein mit freiheitlichen Grundsätzen unvereinbares Vorgehen, sondern einen Geniestreich Bismarcks: „Dies Jahr 1866 allein schon macht es der Mühe wert, gelebt zu haben. Ich habe die kleine Freude nebenbei, dass die §§ 2 und 3 in der Reichsverfassung, die ich mit Mühe in den Entwurf der Frankfurter Reichsverfassung gebracht habe, ‚die Frage an Österreich‘, nun ihre definitive Antwort erhalten hat.“[24] Bismarck habe es meisterhaft verstanden,

> „die unbelehrbaren Süddeutschen vorerst einmal auf halbe Portion zu setzen. Für meinen Geschmack hört bei diesen verbohrten Schwaben, diesen bockbierigen Baiern, diesen katholisierten Franken und Alemannen nicht bloß der Spaß, sondern auch der gesunde Menschenverstand auf. Zum erstenmal eine freiere Neugestaltung Deutschlands ohne Kommando fremder Mächte, zum erstenmal eine in Wahrheit nationale. Und derweil überbieten die verehrten Fragmente deutschen Volkes noch die vielgeschmähten Dynastien an blödsinnigem Widerstand gegen den größten Schritt, den wir seit Jahrhunderten vorwärts getan.“[25]

Aber Droysen überzog, wenn er sich bei einer Reichstagskandidatur 1867 dem Wahlkomitee folgendermaßen beschrieb: „Ich bin wahrlich von Herzen liberal, aber diese deutsche Freiheitsgeilheit bei schimpflichster politischer Ohnmacht ekelt mich an.“ Droysens Verständnis von Liberalismus, das sich gegen „Freiheitsübernommenheit“, „Freiheitsdusel“ und „ewigen Verfassungsdusel auf die Melodien Parlament oder Ideen von 1789“[26] richtete, wurde von den Wählern nicht geteilt, er fiel durch. Seine Einschätzung der Ergebnisse des deutsch-französischen Krieges kann man sich denken.

Heinrich von Treitschke plädierte in seinem Artikel „Die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage. Eine Erwiderung“ in den „Preußischen Jahrbüchern“ für das Übergehen dynastischer Ansprüche zu Gunsten der nationalen Frage, es müsse „ein im guten Sinne revolutionärer Entschluß“ gefasst werden und der hieß Übergehen des Selbstbestimmungsrechts der Schleswig-Holsteiner und damit Aushebeln eines fundamentalen Rechtsprinzips seiner Partei.[27] Noch weiter ging ein anderer Historiker, Heinrich von Sybel, der bereits kurze Zeit nach Königgrätz dafür plädierte, nun auch gegen Frankreich in die Schlacht zu ziehen, wenn England und Russland neutral blieben. „Ich meine, man müßte es wagen“, er wollte also das Eisen der na-

23 Wilfried Nippel: Johann Gustav Droysen. Ein Leben zwischen Wissenschaft und Politik. München 2008, S. 283.
24 Ebd. S. 284.
25 Ebd.
26 Ebd.
27 Harald Biermann: Ideologie statt Realpolitik. Kleindeutsche Liberale und auswärtige Politik vor der Reichsgründung. Düsseldorf 2006, S. 193.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tionalen Einheit schmieden, so lange es heiß war und Stimmen wie diese aus dem kleindeutschen liberalen Lager gaben Bismarck Rückendeckung bei den Verhandlungen für den Vorfrieden und den anschließenden Friedensvertrag.[28]

Ein ähnliches Bestreben lässt sich bei dem Industriellen Werner Siemens feststellen. Der Begründer des Elektrizitäts- und Kommunikationsimperiums war 1848 als Soldat seinem Nationalgefühl in den Krieg gegen Dänemark gefolgt, und danach wie viele andere auch in eine gewisse politische Resignation verfallen. Als unter Wilhelm I. die Zeichen in eine andere Richtung deuteten, engagierte er sich zunächst im Nationalverein, und als vermeintlicher Erfinder des Namens „Fortschrittspartei" saß er seit Dezember 1861 im preußischen Landtag. Als sich der Konflikt mit dem dänischen Königshaus zuspitzte, schrieb Siemens im Dezember 1863: „Die Schleswig-Holstein-Frage ist wie ein Feuerbrand in das Pulverfaß unserer inneren Zerwürfnisse gefahren und wirft Freund und Feind durcheinander. Es fragt sich jetzt in erster Linie, wer hat Sinn und Herz für ein künftiges und einiges Deutschland und wer nicht."[29] Die Präfenzen des Unternehmers standen fest, und als es 1866 zu einem Krieg gegen Österreich kam, stand er, wenn auch nicht unkritisch,[30] an der Seite Preußens. Dieses müsse, schrieb er am 2. Juli 1866, „siegreich bleiben im Interesse deutscher Kultur."[31] „Geht alles wie erwartet, so stehen wir in 4 Wochen an der Donau, und ganz Deutschland ist tatsächlich unter einem Hut." Zu fürchten sei freilich ein Separatfrieden aus dynastischen Gründen: „Es ist zwar schrecklich, daß man das Vergießen von Bürgerblut begünstigen soll – ein Separatfrieden mit Bayern macht aber die größte Gefahr Deutschlands: die Mainlinie zum möglichen Kampfresultat, und, dies zu vermeiden, ist kein Preis zu hoch!"[32] Siemens teilte Bismarcks

28 Ebd. S. 213.

29 Werner Siemens an Carl Siemens am 3. Dezember 1863, zitiert nach Johannes Bähr: Werner von Siemens 1816-1892. Eine Biographie. München 2016, S. 223.

30 Am 11. Juni 1866 schrieb er seinem Bruder Wilhelm: „Übrigens glaube ich, der Sieg wird schneller und vollständiger sein, als es in unserem Sinne wünschenswert ist. […] Dort, wo man den österreichischen Zuständen näher ist und sie genauer kennt, ist man fast einstimmig der Meinung, daß Österreich die Krisis schwerlich überstehen wird. In ganz Sachsen und dem größten Teile des übrigen Deutschlands hat die Furcht vor einem österreichischen Siege überhaupt den Haß gegen Bismarck und die preußischen Junker schon überwunden." Zitiert nach: Aus einem reichen Leben. Werner von Siemens in Briefen an seine Familie und an Freunde. Ausgewählt und herausgegeben von Friedrich Heintzenberg. Stuttgart 1953, S. 209 f.

31 Werner Siemens an Wilhelm Siemens am 2. Juli 1866, zitiert nach Bähr (wie Anm. 29), S. 224.

32 Werner an Wilhelm Siemens am 2. Juli 1866, zitiert nach: Aus einem reichen Leben (wie Anm. 30), S. 208.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

martialische Sprechweise von „Blut und Eisen“[33] und war fasziniert von dessen offenkundigem Plan der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in einem Deutschen Bund nach dem Krieg: „Bismarcks revolutionärer Schritt hat noch alles betäubt. Wir gehen vielleicht einer großen Zeit entgegen.“[34] Da wollte er auch den Verfassungsbruch nicht mehr überbewerten und stimmte vor seinem Ausscheiden als Parlamentarier nicht nur selbst für die Indemnitätsvorlage, sondern sorgte in seiner Fraktion auch aktiv für zustimmende Voten anderer: Schließlich sei der Sieger von Königgrätz „jetzt wirklich vom Geist einer großen nationalen Mission ergriffen.“[35]

Es gab innerhalb liberaler und demokratischer Kreise aber auch völlig andere Beurteilungen der Lage. Fedor Streit befürchtete 1864 in einem Brief an Johann Jacoby, einstiger Radikaldemokrat und zwischen 1863 und 1870 Abgeordneter im preußischen Abgeordnetenhaus und dort zur äußersten Linken der Fortschrittspartei gehörend, dass dem Nationalverein nach dem Wiener Frieden eine konservativere Richtung gegeben werden und er „zugleich eine mehr schwarzweiße Färbung“[36] erhalten solle, was unbedingt zu verhindern sei. Diese Tendenz fürchtete auch der moderatere Berliner Philologe Karl Müllenhoff. Als gebürtiger Dithmarscher hatte er eine ganz eigene Sicht auf die Schleswig-Holsteinischen Entwicklungen. Am 4. August 1864 schrieb er besorgt an den Meldorfer Rektor Wilhelm Heinrich Kolster:

> „Eine gute Lösung der Schleswig-Holst.-Angelegenheit […] würde nur möglich sein, wenn zugleich die deutsche Frage zu einem gedeihlichen Abschluß käme. Aber ist dazu Aussicht vorhanden! Von Preußen allein können wir und ganz Deutschland nur schlechtes und schlimmes erwarten und zwar von dem liberalen Preußen ebenso sehr wie von dem Bismarckischen.“

Der Gegensatz zu seinen Berliner Universitätskollegen war manifest:

> „Blind und verblendet rennt die Menge ins Verderben, und die Volkes Lehrer und Weise sein sollten, sind die ärgsten Thoren und Verführer. Trendelenburg hielt

33 „Ohne gewaltsame Niederwerfung [Österreichs, U.M.] würden wir weder Jesuitismus noch Kleinstaaterei je loswerden. Insoweit hatte Bismarck recht mit seinem Ausspruch im Abgeordnetenhause, nur ‚Blut und Eisen‘ könnte Deutschland zusammenkitten. Es traute ihm nur niemand den festen Willen zu noch die Geschicklichkeit und Macht, die Kamarilla zu überwinden und den König zum Kriege mit Österreich zu treiben. Ob es ihm gelingt, ist noch fraglich. Macht er wirklich einen wesentlichen Fortschritt zur Vereinigung Deutschlands, so wird er ein großer Mann, und seine alten Sünden tun seinem Ruhm wenig Eintrag.“ Werner an Wilhelm Siemens am 2. Juli 1866, zitiert nach ebd., S. 210f.

34 Werner von Siemens an Carl Siemens am 14. April 1866, zitiert nach Bähr (wie Anm. 29), S. 224.

35 Werner Siemens an Wilhelm Siemens am 25. September 1866, zitiert nach ebd., S. 224.

36 Fedor Streit an Johann Jacoby, [Oktober 1863]. In: Edmund Silberner (Hrsg.): Johann Jacoby. Briefwechsel 1850-1877. Bonn 1978, S. 312.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> hier gestern eine Rektoratsrede[37], so dick Preußisch und so lügenhaft oder doch so voll der gröbsten Selbsttäuschung und Selbstgefälligkeit, daß sich mir ein über das andere mal mein ganzes Inneres umkehrte und daß ich ihn gerne dafür durchgeprügelt hätte und noch durchprügeln würde."[38]

Ähnlich skeptisch war Hermann Schulze-Delitzsch, der Preußens Interessen an Schleswig-Holstein im Sommer 1864 anerkannte, aber eine gewaltsame Annexion ablehnte und stattdessen „den Weg moralischer Eroberungen" durch eine überzeugende liberale und nationale Politik präferierte, die er freilich mit einem Ministerium Bismarcks als illusorisch ansah.[39] Auch der radikaldemokratische Schweizer Emigrant Carl Vogt sah den Sieg der Großmächte prinzipiell skeptisch, da diese durch ihre außerdeutschen Besitzungen strukturell anational seien und nicht nur im Falle der Polen, sondern auch „gegen den deutschen Volksgeist in Waffen" das Selbstbestimmungsrecht der Völker missachteten. Dem Augustenburger werde Preußen die Erbansprüche abhandeln und Schleswig-Holstein einfach annektieren – womit Vogt eine zwar nicht in den Details, sehr wohl aber im Ergebnis zutreffende Prognose lieferte.[40] Aus der Vogelschau-Perspektive des Historikers umschreibt Christian Jansen das liberale Dilemma nach dem Wiener Frieden kompakt und umfassend:

> „Sie hatten in Bezug auf Schleswig-Holstein ihre nationalistischen Ziele vollständig, ihre liberalen überhaupt nicht erreicht, und sie hatten sie nicht selbst erreicht, sondern die Großmächte hatten sie gegen den Willen und teilweise sogar gegen den Widerstand der Nationalbewegung und der Mittel- und Kleinstaaten mit den verhaßten Mitteln der Kabinettspolitik durchgesetzt."[41]

Als noch im Sommer 1866 die Bismarckschen Erfolge allerorten gefeiert wurden, machte sich der ehemalige badische Minister Franz von Roggenbach ganz eigene Gedanken, wie zu einem im Sinne der von ihm angestrebten kleindeutschen Einigung befriedigenden Kriegsende zu kommen sei. Da

37 Die Tendenz verriet sich bereits im Titel: Friedrich Adolf Trendelenburg: Preußens Wesen in seiner Entwicklung unter dem Großen Kurfürsten Friedrich dem Großen und König Friedrich Wilhelm dem Dritten. In: Ders. Kleine Schriften, Leipzig 1871, S. 78-108. Auch der die Entwicklungen ganz anders rezipierende Philosoph Trendelenburg war ein Landeskind, er stammte aus Eutin.

38 Müllenhoff an Kolster am 4. August 1864. In: Moritz Liepmann (Hrsg.), Von Kieler Professoren. Briefe aus drei Jahrhunderten zur Geschichte der Universität Kiel. Stuttgart-Berlin 1916, S. 339.

39 Rita Aldenhoff: Schulze-Delitzsch. Ein Beitrag zur Geschichte des Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung. Baden-Baden 1984, S. 154 f.

40 Christian Jansen: Einheit, Macht und Freiheit. Die Paulskirchenlinke und die deutsche Politik in der nachrevolutionären Epoche 1849-1867. Düsseldorf 2000, S. 475.

41 Ebd. S. 503.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Frankreich noch „auf Konfrontationskurs“[42] sei und den Erfolg des Sieges bei Königgrätz zu torpedieren drohte, entwickelte er „in den so kritischen Nikolsburger Tagen“ den Plan,

> „den Österreichern eine zweite Schlacht zu liefern bei Wien, dann einen Heeresteil an der ungarischen Grenze stehen zu lassen, mit dem Gros im Gewaltschritt durch Bayern und Württemberg, in die Nähe des Rheins zu ziehen, den unterworfenen Südstaaten gute Bedingungen zu machen, den Norden, wie geschehen zu annektieren. Aber als Hauptsache den alten Bund nicht aufheben, nur Österreich hinauswerfen.“[43]

Im Grunde, so befand er bald, müsse man sich mit den gegebenen Verhältnissen abfinden. Der andauernde Widerstand der demokratischen Föderalisten sei „Philistertum im Löwenpelz der Demokratie.“[44]

Ludwig Bamberger brauchte einige Wochen, um sich den neuen Realitäten gegenüber positiv zu öffnen. „Ich kann mich aber dem Gedanken nicht verschließen, daß wir trotz Allem einen sehr wichtigen Fortschritt gemacht haben“, namentlich wegen der Annexionen Hannovers, Kurhessens und Frankfurts sei „Bismarck alles Andre [zu] vergeben“ – „Ich bin schon ganz borussifiziert.“[45] In der Rückschau erinnerte sich auch Bismarcks Vertrauter Rudolf Delbrück an das Hochgefühl des Sommers 1866, als er meinte, dass durch das Ausscheiden Österreichs aus dem Staatenbund die deutsche Handelspolitik von den Hemmnissen des bisherigen Systems des Zollvereins befreit und auf eine neue Grundlage gestellt worden sei.[46] Die einzelnen Friedensverträge mit Österreich, Bayern, Baden und Hessen klopfte er in erster Linie auf handels- und allgemeine wirtschaftspolitische Bestimmungen ab, andere Gesichtspunkte traten in den Hintergrund. Mit dem Historiker Hermann Oncken gesprochen, gehörte Delbrück also zu „denjenigen, die, ob mehr aus nationalen oder aus wirtschaftlichen Antrieben, sich mit der neuen Ordnung der Dinge abfanden, um in ihr das Möglichste für ihre politischen Ziele zu erreichen.“[47]

Andere liberale Köpfe gossen, wie erwähnt, unverdrossen Wasser in den Wein. Der Eupener Fabrikant Gustav Hansemann ließ Johann Jacoby in

42 Ulrich Lappenküper: „Date clé du règne de Napoléon III.“ Frankreich und der preußisch-österreichische Krieg 1866. In: Heinemann u.a. (Hrsg.): Der preußisch-österreichische Krieg (wie Anm. 3), S. 89-106, bes. 101 f.

43 Überliefert in einer Mitteilung Gustav Freytags, des langjährigen Herausgebers der „Grenzboten“, vom 8. Dezember 1866, zit. nach Julius Heyderhoff (Hrsg.): Im Ring der Gegner Bismarcks. Denkschriften und politischer Briefwechsel Franz v. Roggenbachs mit Kaiserin Augusta und Albrecht v. Stosch 1865-1896. Leipzig 1943, S. 19.

44 Ebd.

45 Jansen (wie Anm. 40), S. 553.

46 Lebenserinnerungen von Rudolph von Delbrück 1817-1867 Bd. 2. Leipzig 1905, S. 376.

47 Hermann Oncken: Rudolf Bennigsen. Ein deutscher liberaler Politiker. 2 Bde. Stuttgart/Leipzig 1910, Bd. 2, S. 11.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

einer Reaktion auf dessen Rede vom 23. August 1866 am gleichen Tag wissen, dass er zwar auf ein geeintes Deutschland in Folge der „preußischen Waffentaten“ hoffe, jedoch sei der Krieg

> „gegen den Willen des Volkes unternommen worden, und der errungene Sieg komme nicht der Freiheit zugute, sondern dem unumschränkten Herrschertum […]. Der Ausschluß Österreichs und die Spaltung Deutschlands durch die Mainlinie entferne das deutsche Volk von dem ersehnten Ziel der Einheit und Freiheit weiter als selbst die vor dem Kriege vorhandenen Zustände.“[48]

Und natürlich nicht erst 1866, sondern bereits 1864 hatte es erhebliche Vorbehalte gegenüber dem als wahrscheinlich angesehenen Erstarken Preußens nach dem Friedensschluss mit Dänemark gegeben. Schon seit damals war es sukzessive zu einer erst 1866 vollends eingetretenen Spaltung über die Frage gekommen, ob man „mehr und mehr die Einheit in den Vordergrund [rücken solle] und die freiheitliche Ausgestaltung des Vaterlandes eine spätere Sorge sein lassen“[49] könne – oder ob nicht die entgegensetzte Reihenfolge den Prinzipien des Liberalismus entspreche. Welche Divergenzen sich hier zeigten, ist in dem Briefwechsel Rudolf Bennigsens mit Viktor Böhmert, dem Bremer Handelskammersyndikus, aus dem Herbst 1864 ablesbar. Böhmert und seine Gleichgesinnten im Nationalverein tendierten dazu, „alle Hoffnungen auf den preußischen Staat und den kühnen Lenker seiner Geschicke zu stellen“,[50] während ihre süddeutschen Kollegen davon nichts wissen wollten und Bennigsen zum Lavieren und Beschwichtigen gegenüber beiden Positionen nötigten. Eindringlich mahnte er Böhmert: „In diesem Augenblicke unter dem Eindruck der Bismarckschen Willkürherrschaft ist alles dieses doppelt vorsichtig zu behandeln.“[51]

Doch alle Vorsicht nützte nichts, die Liberalen um Bennigsen blieben bei den wesentlichen deutschlandpolitischen Entwicklungen Zaungäste, da die Berliner wie die Wiener Regierung ihre in den Bruderkrieg des Sommers 1866 führende Außenpolitik ohne parlamentarische Rückkopplung oder den Rat des Nationalvereins betrieben. In der „Ansprache des Ausschusses an die Vereinsmitglieder“ räumte die Führungsspitze des Deutschen Nationalvereins am 8. August 1866 prinzipiell wohlwollend und die eigene ephemere Rolle nicht verschleiernd ein:

> „Eine Reihe erschütternder Ereignisse, welche Schlag auf Schlag aufeinander gefolgt sind, hat die öffentlichen Verhältnisse Deutschlands binnen weniger Wo-

48 Rekonstruktion eines Briefes von Gustav Hansemann an Johann Jacoby vom 23. August 1866. In: Silberner (Hrsg.): Johann Jacoby (wie Anm. 36), S. 391.
49 Oncken: Rudolf Bennigsen (wie Anm. 47), Bd. 1, S. 644.
50 Ebd.
51 Bennigsen an Böhmert am 26. Oktober 1864. In: ebd., S. 646.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

chen von Grund auf verändert. Die Nationalpartei steht ohne ihr Zuthun in einer neuen Lage der Dinge gegenüber, welche ihr, unbeschadet ihrer Endziele, neue Aufgaben stellt und neue Pflichten auferlegt.“[52]

Und noch Mitte November bekundete man gegenüber den Mitgliedern den anhaltenden Orientierungsbedarf angesichts der staatlichen Umwälzungen:

„Durch die Ereignisse des Krieges und den Inhalt des Friedens ist, wie in den öffentlichen Zuständen unseres Vaterlandes, so im Geiste des deutschen Volks eine Revolution hervorgebracht […]. Monate lang durch den Druck übermächtiger Thatsachen in seiner Bewegung gehemmt, hat der Nationalverein, wie die Nation selbst, auch nachdem die Bahn wieder frei geworden, längere Zeit gebraucht, sich zu sammeln und innerhalb der neuen Lage der Dinge Stellung zu nehmen.“

Diese „innere Arbeit“[53] dauere an, man schaue nun auf die angekündigten Wahlen und den Verfassungsgebungsprozess.

Auf dem Weg zur nationalen Einheit akzeptierte das Gros der Liberalen die per se antiliberalen Annexionen[54] sowie die Errichtung des Norddeutschen Bundes in Folge des Prager Friedens.[55] Die nationalliberale Mehrheit fügte sich der „Realpolitik“ und stimmte für die Indemnität; nur wenige konnten auch nach Jahren „den Konflikt nicht überwinden [und hielten, U.M] unerschütterlich an der konstitutionellen Parteidoktrin“ fest. Gegen diese essentialistische Position formulierte der Nationalliberale Johannes Miquel 1867 in einer Osnabrücker Wahlrede: „Die Zeit der Ideale ist vorüber. Die deutsche Einheit ist aus der Traumwelt in die prosaische Welt der Wirklichkeit heruntergestiegen. Politiker haben heute weniger als je zu fragen, was wünschenswert, als was erreichbar ist.“[56] In der Generaldebatte des konstituierenden Reichstags des Norddeutschen Bundes wiederholte Miquel diesen Pragmatismus. Der Norddeutsche Bund sei das Gravitationszentrum auch für die süddeutschen Staaten geworden:

„Auch der Nikolsburger Friedensvertrag wird diese Entwicklung nicht aufhalten. Der Friede von Villafranca that ein gleiches wie der von Nikolsburg; die italienische Nation ist über ihn zur Tagesordnung übergegangen. Wir […] werden auch übergehen zur Tagesordnung über diese Bestimmungen des Nikolsburger Friedensvertrages.“[57]

52 Abdruck bei Biefang: Der Deutsche Nationalverein (wie Anm. 6), S. 396.
53 Ansprache vom 18. November 1866. In: ebd., S. 403.
54 Die liberale Staatsbürgerzeitung forderte sogar die Abtretung österreichischer Provinzen, etwa Böhmens oder Mährens. Vgl. Koch: Berliner Presse (wie Anm. 8), S. 111.
55 Vgl. pars pro toto Hans Blum: Auf dem Weg zur deutschen Einheit. Erinnerungen und Aufzeichnungen eines Mitkämpfers aus den Jahren 1867 bis 1870, Bd. 1. Jena 1893, S. 3.
56 Oncken: Rudolf Bennigsen (wie Anm. 47), Bd. 2, S. 11.
57 Blum: Auf dem Weg (wie Anm. 54), S. 52.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Miquel hatte damit die Partizipationsnotwendigkeit zum Ausdruck gebracht, die den Nationalliberalen im kommenden Jahrzehnt einen nicht unerheblichen Einfluss auf die politischen Entwicklungen Preußens und im Reich sichern sollte. Ludwig Bamberger saß im Dezember 1870 in Versailles an Bismarcks Tisch und besprach mit diesem Möglichkeiten der Erstürmung, Beschießung oder Belagerung von Paris, „bis sie sich entschlössen, die eigentlichen Friedensbedingungen zu adhärieren."[58] Über Bamberger versuchten sogar Angehörige des linken Zentrums des Corps législatif in geheime Verhandlungen mit den Deutschen einzutreten.[59]

Auch bei den Friedensverhandlungen Ende Januar 1871 waren die Führer der Nationalliberalen eingebunden – sie wurden in Versailles von Bismarck persönlich über die laufenden Gespräche mit Jules Favre und dem Gesandten der Kaiserin Eugenies informiert.[60] Alte Berührungsängste der Konfliktzeit waren gewichen. Demokratische Grundüberzeugungen und situative Kooperation mit den Monarchen ließen sich unter dem Druck der Ereignisse umstandslos in eins setzen. So schrieb der badische Historiker Hermann Baumgarten seinem Kollegen Heinrich von Treitschke am 9. März 1871: „Ich bin mit dem Ausgang in Versailles sehr zufrieden, besonders auch damit, daß unsere badische echte Gesinnung gegenüber den Lügen der Könige immer mehr zur Anerkennung kommt."[61] 1872 wechselte Baumgarten an die Reichsuniversität Straßburg.

Die Nationalliberalen waren die Wahlsieger der Jahre 1867 und 1871 und stellten die wichtigste Stütze der Reichsregierung bis zum Ende der 1870er Jahre. Der Preis für die Akzeptanz der Friedensschlüsse Bismarcks und für die Integration ins Bismarck-Reich war die dauerhafte ideell-ideologische Spaltung und parteipolitische Fragmentierung des Liberalismus. Begünstigt wurde dieser Trend nach einer weitreichenden, wenn auch nicht originellen Hypothese des liberalen Sympathien einigermaßen unverdächtigen ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer durch die staatlichen Repressionen Bismarcks. Diese hätten die jeweils unterschiedlichen katholischen bzw. sozialistischen Strömungen parteipolitisch amalgamiert und dafür gesorgt, dass es nicht zu ihrem Aufgehen in den beiden politischen Hauptströmungen, dem

58 Ernst Feder (Hrsg.): Bismarcks großes Spiel. Die geheimen Tagebücher Ludwig Bambergers. Frankfurt a. M. 1933, S. 241.

59 Ebd. S. 487-500.

60 Vgl. Briefe Bennigsens an seine Frau vom 29. Januar und 6. Februar 1871 In: Oncken: Bennigsen (wie Anm. 47), Bd. 2, S. 210. Inwieweit sie Neuigkeiten aus Versailles an ihre lebhaften Anteil nehmende liberale Presse (National-Zeitung, Spenersche Zeitung, Volkszeitung, Staatsbürger-Zeitung) weitergaben, lässt sich im Einzelnen schwer nachweisen. Wie gut die Blätter informiert waren, belegt Koch: Berliner Presse (wie Anm. 8), S. 311-322, die (besonders in der Staatsbürger-Zeitung) durchaus auch kritische Stimmen dokumentiert.

61 Paul Wentzcke (Hrsg.): Im neuen Reich 1871-1890. Politische Briefe aus dem Nachlaß liberaler Parteiführer. Bonn-Leipzig 1926, S. 10.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Liberalismus (nach Adenauers zutreffender Einschätzung primär im Westen des Reiches) und dem Konservatismus im Osten des Reiches, gekommen sei. Die Bildung von „an Partikularinteressen orientierten Milieuparteien“[62] war in Adenauers Augen Bismarcks unseliges Vermächtnis.

IV.

Die liberale Rezeption der Bismarckschen Friedensschlüsse blieb wie die seiner Politik insgesamt im Laufe des 20. Jahrhunderts vielgestaltig. Gebündelt sind etliche prominente Einschätzungen im „Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung“ des Jahres 2015, das seinen Schwerpunkt auf „Bismarck und die Liberalen“ legte. Über die dort versammelten Stimmen hinaus sei hier auf eine Bemerkung von Hugo Preuß verwiesen, der 1915 über den 1866er Krieg bzw. dessen Friedensschluss schrieb:

„Wie mit Österreich so machte Bismarck auch mit dem Konstitutionalismus einen Frieden der Mäßigung. Jenem ließ er sein Gebiet, diesem seine Formen. Daß die siegreiche Obrigkeit diese Formen durch Suspendierung der Verfassung ohne ernstlichen Widerstand hätte zerstören können, bezweifelt er [Bismarck] nicht: ‚Wir hätten dann einen preußischen Eroberungskrieg geführt, aber der nationalen Politik Preußens würden die Sehnen durchschnitten worden sein.‘“[63]

Der sonst nicht unkritische Staatsrechtler Preuß lobte hier Maß und Mitte des Reichsgründers, dessen Geburt hundert Jahre zurücklag. Mitten im Ersten Weltkrieg gab es unter den Bedrohungen des Reiches mithin eine erneute Annäherung der Erben an seinen Gründer, die sich nach der Euphorie der Friedensschlüsse der Jahre 1864 bis 1871 im parlamentarisch-gesellschaftlichen Alltag bald entfremdet hatten.

62 Vgl. zu den Überlieferungen dieser gegenüber Dritten mehrfach ausgeführten Überlegung Corinna Franz: „Ein großer Außenpolitiker, aber ein sehr schlechter Innenpolitiker“. Otto von Bismarck im Urteil Konrad Adenauers, in: Ulrich Lappenküper (Hrsg.): Otto von Bismarck und das „lange 19. Jahrhundert“. Lebendige Vergangenheit im Spiegel der „Friedrichsruher Beiträge“ 1996-2016. Paderborn, S. 847.

63 Hugo Preuß: Das deutsche Volk und die Politik. Jena 1915, S. 153f. Zur Kritik an Bismarck heißt es weiter unten: „Wohl war nunmehr das Verhältnis zu Parlament und öffentlicher Meinung gründlichst verwandelt, so verwandelt, daß ihnen aus Zweckmäßigkeitsgründen in vielen Dingen Entgegenkommen gezeigt werden konnte, ohne daß der Kernpunkt, die unbedingte Überlegenheit der Obrigkeitsregierung auch nur berührt wurde. Das nennt man bei uns die ‚liberale Epoche‘. Wohl war bei der Reichsgründung das Verhältnis der preußischen Regierung zu den Parlamenten und der öffentlichen Meinung ein völlig anderes, als es bei den vorbereitenden und doch entscheidenden Schritten gewesen war; keine Gegnerschaft mehr, doch auch nicht ebenbürtiges Zusammenwirken, vielmehr Protagonist und Chor.“

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Jürgen Peter Schmied

Krieg und Frieden bei William E. Gladstone

William Ewart Gladstone war einer der faszinierendsten und schillerndsten Politiker des 19. Jahrhunderts.[1] Geboren 1809 in Liverpool als Spross einer wohlhabenden schottischen Kaufmannsfamilie, durchlief er die typische Ausbildung der britischen Elite. Nach Schuljahren in Eton studierte er am Christ Church College in Oxford Altphilologie und Mathematik. Außerdem erwarb er sich als Präsident der Oxford Union einen Ruf als herausragender Redner. Im Alter von nur 22 Jahren wurde er 1832 zum Abgeordneten der Tories in das britische Unterhaus gewählt. Schon zwei Jahre später bekleidete er einen untergeordneten Regierungsposten. Erstmals Minister war Gladstone in der zweiten Regierung Robert Peels Mitte der 1840er Jahre und folgte dem Regierungschef auch in die Opposition und in die Separation von den Konservativen. Zwischen 1852 und 1855 hatte Gladstone als Mitglied einer Koalitionsregierung mit den Liberalen erstmals das Amt des Schatzkanzlers inne, das er von 1859 bis 1866 erneut bekleidete. 1859 wechselte er zur Whig Party und wurde 1867 der Führer der Liberalen. Ein Jahr darauf wurde er erstmals zum Premierminister gewählt.

Während seiner vier Amtszeiten, zwischen 1868 und 1874, von 1880 bis 1885, 1885/1886 und dann noch einmal zwischen 1892 und 1894, kämpfte Gladstone für eine Erweiterung des Wahlrechts und eine stärkere Position des Parlaments gegenüber der Krone. Er führte die Schulpflicht ein und verbesserte die Rechte religiöser Minderheiten. Insbesondere aber lag ihm das Problem der Home Rule in Irland am Herzen. Wie die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Vormachtstellung der britischen Elite, die auf immer heftigeren Widerstand seitens der einheimischen Bevölkerung stieß, durch eine gerechtere Ordnung ersetzt werden könnte, war das innenpolitische Hauptprojekt des Premierministers Gladstone, das ihn bis an das Ende seiner Regierungszeit umtrieb.

Sein außenpolitisches Programm war nicht minder ambitioniert. Gladstone profilierte sich als Anwalt der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Des Weiteren bekämpfte er jede Art von Geheimdi-

1 Vgl. zu Gladstones Leben und Wirken im Allgemeinen die jüngeren Biographien von H. G. C. Matthew: Gladstone, 1809-1874. Oxford 1986; ders.: Gladstone, 1875-1898. Oxford 1995; Roy Jenkins: Gladstone. London u.a. 1995; Eugenio F. Biagini: Gladstone. Basingstoke/London 2000; Richard Shannon: Gladstone. God and Politics. London/New York 2007.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

plomatie und Unilateralismus. Zwischenstaatliche Probleme und Krisen sollten nach seinem Dafürhalten durch das Konzert der europäischen Mächte gelöst beziehungsweise beigelegt werden. Territoriale Annexionen, einschließlich einer Erweiterung des britischen Empires, lehnte er prinzipiell ab. „The lust and love for territory" rechnete Gladstone zu „the greatest curses of mankind". Das britische Kolonialreich sollte dementsprechend nicht durch Gewalt, sondern durch „relations of affection" zusammengehalten werden, meinte Gladstone,[2] der denn auch zumindest prinzipiell bereit war, den Teilstaaten des Empires eine beträchtliche Autonomie einzuräumen.

Mit diesem Programm wurde Gladstone zum prominentesten Verfechter fortschrittlicher Ideen seiner Zeit – und das nicht nur in Großbritannien, sondern europa-, wenn nicht weltweit. „Wie steht es mit Gladstone?",[3] lässt etwa Theodor Fontane seine Hauptfigur Jenny Treibel an einer Stelle des gleichnamigen Romans ihren Mann fragen; und die Berliner Industriellengattin war keineswegs die einzige, die sich am Ende des 19. Jahrhunderts für den britischen Premierminister interessierte. Als der englische Politiker im September 1889 Paris besuchte, wurde er, obwohl seinerzeit in der Opposition, öffentlich gefeiert. Spontan sollen bei seinem Eintreffen auf der Pferderennbahn Kapelle und Zuschauer die britische Nationalhymne angestimmt haben.[4] Die jährlichen Sitzungen des Indian National Congress sollen in den 1890er Jahren nicht selten mit einem dreifachen Hurra – entweder auf Queen Victoria oder auf William Gladstone geendet haben.[5]

Eine Reihe von ausgefallenen Passionen rundete die Persönlichkeit ab. Gladstone, der 1898 starb, war ein emsiger Leser, der im Laufe eines langen, in rastloser Tätigkeit verbrachten Lebens auch 21.000 Bände aus seiner umfangreichen Bibliothek gelesen haben soll. Zudem verfasste er selbst diverse Abhandlungen zu kirchenpolitischen und theologischen Fragen sowie zur antiken Literatur. Öffentliche Aufmerksamkeit erregte auch sein Hobby, riesige alte Bäume, von denen es auf dem Landgut seiner Frau in Nordwales etliche gab, zu fällen. Am spektakulärsten aber war seine Angewohnheit, Prostituierte anzusprechen und sich stundenlang mit ihnen zu unterhalten. Ziel dieser nächtlichen Unternehmungen war, diese Frauen auf den Pfad der Tugend zurückzuführen. Derlei Aktivitäten verweisen deutlich auf den evangelikalen Hintergrund Gladstones, der die Gespräche mit den Prostituierten auch als Prüfung seiner eigenen Tugendhaftigkeit auffasste. Musste er sich

2 William E. Gladstone: Our Colonies. Rede vor Mitgliedern des Mechanic's Institute in Chester am 12. November 1855. In: Paul Knaplund: Gladstone and Britain's Imperial Policy. London 1966, S. 185-227, hier S. 193, 225 [zuerst 1927].
3 Theodor Fontane: Frau Jenny Treibel. Die Poggenpuhls. Köln 1998, S. 88.
4 Vgl. Michael Partridge: Gladstone. London/New York 2003, S. 221.
5 Vgl. B. R. Nanda: Gokhale. The Indian Moderates and the British Raj. Delhi/London 1977, S. 379.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

im Nachhinein eingestehen, bei seiner Rettungsarbeit nicht völlig ungerührt geblieben zu sein, bekämpfte er diese Regungen mit Selbstkasteiungen.[6]

Im Folgenden soll es allerdings nicht um Gladstones (auch für englische Verhältnisse) ungewöhnliche Freizeitbeschäftigungen gehen, sondern um sein Verhältnis zu Krieg und Frieden.[7] Es werden deshalb erstens seine Ansichten zu diesem Thema dargestellt und – zweitens – diese in die Debatten und Diskurse der damaligen Zeit eingeordnet. Anschließend folgt – drittens – eine Betrachtung, inwieweit Gladstone seine Ideale in der Regierungspraxis aufrechterhalten konnte, ehe – viertens – das Fazit einen kurzen Ausblick auf das Nachwirken von Gladstones Ideen gibt.

I.

Den Ruf, ein Mann des Friedens zu sein, hat Gladstone schon sehr früh erworben. Die beiden Opiumkriege, mit denen die englische Regierung 1840 und 1857 die wirtschaftliche Öffnung Chinas erzwang und den Handel mit Opium durchsetzte – mit verheerenden Folgen für die Bevölkerung des Reichs der Mitte –, lehnte Gladstone entschieden ab. In einer Unterhausrede bezeichnete er 1857 das britische Vorgehen als sünd- und schandhaft und verurteilte vor allem, dass London die etablierten Regeln der Kriegführung verworfen habe.[8] Aber nicht nur den Krieg gegen ein unterlegenes Volk und die rücksichtslose Verursachung menschlichen Leids aus Gründen des Profits missbilligte der aufstrebende Politiker. Auch der Krieg an sich war für ihn ein unbedingt zu vermeidendes Übel. Ende September 1853, in der Anfangsphase des Krimkriegs, den Russland durch einen Angriff auf das Osmanische Reich auslöste, erklärte Gladstone im schottischen Inverness, dass ihn

6 Vgl. Peter Sewter: Gladstone as Woodsman. In: Roland Quinault/Roger Swift/Ruth Clayton Windscheffel (Hrsg.): William Gladstone. New Studies and Perspectives. Farnham/Burlington 2012, S. 155-175; Ruth Clayton Windscheffel: Reading Gladstone. Basingstoke 2008; Jenkins: Gladstone (wie Anm. 1), S. 104-115, 211 f.; Matthew: Gladstone, 1809-1874 (wie Anm. 1), S. 91-95, 156-158.

7 Vgl. zu Gladstones Sicht auf die internationalen Beziehungen und namentlich auf Krieg und Frieden die Studien von Carsten Holbraad: The Concert of Europe. A Study in German and British International Theory 1815-1914. London 1970, S. 144-148, 165-171; Martin Ceadal: Gladstone and a Liberal Theory of International Relations. In: Peter Gosh/Lawrence Goldman (Hrsg.): Politics and Culture in Victorian Britain. Oxford/New York 2006, S. 74-94; Peter Cain: Radicalism, Gladstone, and the Liberal Critique of Disraelian ‚Imperialism'. In: Duncan Bell (Hrsg.): Victorian Visions of Global Order. Empire and International Relations in Nineteenth-Century Political Thought. Cambridge u. a. 2007, S. 215-238; Roland Quinault: Gladstone and War. In: Ders. u. a. (Hrsg.): William Gladstone (wie Anm. 6), S. 235-251; Detlev Mares: „Virtuos realities". Empire und Außenpolitik bei liberalen Politikern im hochviktorianischen Großbritannien. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 28 (2016), S. 27-48, hier bes. S. 40-45.

8 Vgl. Quinault; Gladstone (wie Anm. 7), S. 237 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nicht so sehr die langfristigen Folgen eines bewaffneten Konflikts beunruhigen würden, sondern „the effusion of human blood, the dissolution of domestic ties, the letting loose of ammoral scourge over a country". Diese Faktoren, so Gladstone weiter, würden „impose an absolute obligation on Governments and statesmen to avoid it [war, JPS] at the cost of any sacrifice short of duty and honour".[9]

Als ein geeignetes Mittel für die Sicherung des Friedens betrachtete Gladstone das „Concert of Europe". Mit Genugtuung führte er 1856 vor dem Unterhaus aus, dass der Sieg der britischen und französischen Truppen im Verbund mit der Armee des Sultans und mit Unterstützung von Piemont-Sardinien und indirekt auch Österreichs im Krimkrieg gezeigt habe, dass ein moralisch geeintes, alle Kräfte bündelndes Europa in der Lage sei, Aggressionen wie die Russlands zurückzudrängen. Damit hätten die Staaten Europas allen künftigen angriffslustigen Regierungen ein mahnendes Beispiel gegeben.[10] Ganz ähnlich urteilte Gladstone über das gemeinsame europäische Vorgehen im Libanon und in Syrien 1860/61, wo es zuvor zu Ausschreitungen gegen Christen und in Damaskus sogar zu einem regelrechten Massaker gekommen war.[11]

War diese Aufgabenbeschreibung von den etablierten Usancen und Gepflogenheiten abgedeckt, so wollte Gladstone dem „Concert of Europe" noch weiterreichende Kompetenzen zugestehen. Nicht nur die Sicherheit seiner europäischen Mitglieder und annehmbare Verhältnisse außerhalb Europas sollte es gewährleisten, auch alle schwelenden Konflikte und Streitfragen sollte das internationale Gremium der Großmächte lösen. Dem habe sich dann auch Großbritannien zu beugen. So führte der liberale Oppositionsführer im Februar 1878 in einem Artikel mit dem verheißungsvollen Titel „The Peace to come" über die nicht enden wollende Diskussion, wessen Kriegsschiffe vom Mittelmeer ins Schwarze Meer fahren durften, aus: „[…] one point only I press, that it is an European, not an English question; that Europe, not England, must decide it; and that to set up a separate title for England to decide it against Europe is to lead England into the position of a public offender".[12] Anderthalb Jahre später, in der dritten Rede seiner berühmten „Midlothian Campaign", wurde Gladstone grundsätzlich: Unter den europä-

9 William E. Gladstone: Speech at Inverness. In: The Times, 30. September 1853.
10 Vgl. Holbraad: Concert (wie Anm. 7), S. 144.
11 Vgl. William E. Gladstone: England's Mission. In: The Nineteenth Century 19 (September 1878), S. 560-584, hier S. 583, sowie allgemein Davide Rodogno: The ‚Principles of Humanity' and the European Powers' Intervention in Ottoman Lebanon and Syria in 1860-1861. In: D. J. B. Trim/Brendan Simms (Hrsg.): Humanitarian Intervention: A History. Cambridge u. a. 2011, S. 159-183.
12 William E. Gladstone: The Peace to come. In: The Nineteenth Century 12 (Februar 1878), S. 209-226, hier S. 225.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ischen Großmächten für Einigkeit zu sorgen, sei deshalb so wichtig, erläuterte er seinen in West Caldern versammelten Zuhörern,

> „[b]ecause by keeping all in union together you neutralize and fetter and bind up the selfish aims of each. […] common action is fatal to selfish aims. Common action means common objects; and the only objects for which you can unite together the Powers of Europe are objects connected with the common good of them all."[13]

Herstellen wollte Gladstone dieses Verbundenheitsgefühl durch einen moralisch-ethischen Gleichklang zwischen den verschiedenen Staaten. Es gebe nur einen Weg, „the great international policy and law of Europe" aufrechtzuerhalten, erläuterte er bereits 1855 – und das seien weniger die großen Flotten oder Demonstrationen von militärischer Gewalt als „the moral union – the effective concord of Europe."[14] Gladstone glaubte dieses Ziel in Reichweite. Am 10. Oktober 1880, am Vorabend seiner zweiten Ernennung zum Premierminister, schrieb er seiner Frau Cathrine:

> „It is the working of the European concert for the purposes of justice, peace and liberty, with efficiency and success, which is the great matter at issue. That has always been the ideal of my life in Foreign Policy: and if this goes forward rightly to the end, it will be the most conspicuous instance yet recorded, the best case of success achieved."[15]

Für Gladstones Zuversicht spielte sein Gottvertrauen, das er als Evangelikaler in beträchtlichem Maß besaß, eine wichtige Rolle. „[…] there is going on a profound mysterious movement, that, whether we will or not, is bringing the nations of the civilised world, as well as the uncivilised, morally as well as physically nearer to one another", führte Gladstone 1879 aus und fügte hinzu: „and making them more and more responsible before God for one another's welfare."[16] Vier Jahre später sah diese Ambitionen offensichtlich weitgehend verwirklicht, denn er bezeichnete die europäischen Mächte als „[t]he highest and most authentic organ of modern Christian civilization".[17]

Gladstone war dementsprechend auch zuversichtlich, dass das Ziel einer Verrechtlichung der internationalen Politik und eine Abschaffung gewaltsa-

13 William E. Gladstone: Third Midlothian Speech, 27. November 1879. In: Ders: Midlothian Speeches 1879. Mit einer Einleitung von M.R.D. Foot. New York 1971, S. 95-129, hier S. 115 f.

14 William E. Gladstone: Unterhausrede. Zitiert nach Holbraad, Concert (wie Anm. 7), S. 144.

15 Brief von William E. Gladstone an Cathrine Gladstone, 10. Oktober 1880. A. Tilney Bassett (Hrsg.): Gladstone to his Wife. London 1936, S. 232 f.

16 William E. Gladstone in einer Rede 1879. Zitiert nach John Morley: The Life of William Ewart Gladstone, Bd. 2. London 1903, S. 596.

17 William E. Gladstone: Egypt and Soudan, Unterhausrede am 12. Februar 1884. London 1884, S. 14.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

mer Konflikte zumindest in Europa – wenn nicht sogar darüber hinaus – zu erreichen war. Er glaubte, dass „a new law of nations" würde allmählich „taking hold of the mind, and coming to sway the practice, of the world". Und dies sei ein Gesetz,

> „which recognises independence, which frowns upon aggression, which favours the pacific, not the bloody settlement of disputes, which aims at permanent and not temporary adjustments; above all, which recognises, as a tribunal of paramount authority, the general judgement of civilizsed mankind".[18]

Dass er diese Zeilen ausgerechnet in der Zeit des deutsch-französischen Kriegs von 1870/71 notierte, sollte jedoch vielleicht, was seine politische Weitsicht betrifft, zu denken geben, auch wenn man sich nicht der Pauschalverurteilung Otto von Bismarcks anschließen möchte, „Gladstone sei ein verrückter Professor".[19]

II.

Allerdings war die Ansicht, dass ein friedliches Zeitalter bevorstehe, keineswegs so ausgefallen, wie es heute scheinen mag, und Gladstones Vision einer Staatenwelt, die sich durch die Urteile einer zivilisierten Menschheit bändigen ließ, war mitnichten so universalistisch, wie man auf den ersten Blick meinen könnte. Denn es entsprach dem Selbstverständnis und dem Lebensgefühl vieler Briten im Zeitalter des „Viktorianismus",[20] dass man in einer Ära des rasanten Fortschritts lebe, dass die Welt sich rapide zum Besseren entwickle und dass Großbritannien so etwas wie die Speerspitze der Zivilisation sei. Der Erfolg der imperialen Expansion und der Aufstieg zur globalen wirtschaftlichen Führungsmacht, aber auch die Fortschrittlichkeit der politischen Ordnung, die hohen Standards in Justiz, Verwaltung und öffentlicher Moral sowie nicht zuletzt die atemberaubenden Triumphe auf dem Gebiet der Technik hatten im Vereinigten Königreich ein Überlegenheitsgefühl entstehen lassen, das in den zunehmenden Begegnungen mit anderen Kulturen Bestätigung und weitere Nahrung fand. „Ähnlich wie die Franzosen nach der Revolution, so fühlten sich die Briten als eine Art von ‚allgemeiner' Nation, deren Kulturleistungen von allgemeiner Gültigkeit seien und ihren Trägern damit auch das Recht vermittelten, sie universal zu verbrei-

18 Ders.: Germany, France, and England (1870). In: Ders.: Gleanings of Past Years Bd. 4: 1851-1877. London 1879, S. 197-257, hier S. 256.
19 Zitiert nach Otto Pflanze: Bismarck: der Reichskanzler. München 1998, S. 345.
20 Jürgen Osterhammel: Die Verwandlung der Welt. 3. Aufl. München 2009, S. 103.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ten.“[21] Zusätzlich verstärkt wurde das britische Sendungsbewusstsein durch einen tief empfundenen (christlichen) Humanitarismus. Erst die feste Überzeugung, zum Wohle der Menschheit zu handeln, verlieh auch Gladstones Ansichten ihre autosuggestive Durchschlagskraft.[22]

Neben der Zivilisation und den christlichen Werten gab es noch ein drittes Element, das die Hoffnungen auf eine Welt ohne militärische Konflikte damals beflügelte: den Freihandel. Schon der schottische Philosoph Adam Smith hatte 1776 in seinem Buch über „The Wealth of Nations“ auf die friedenstiftende Wirkung des internationalen Warenaustauschs hingewiesen.[23] Im 19. Jahrhundert fand die Formel „Freihandel gleich Frieden“ dann größeren Anklang, insbesondere in Großbritannien, das damals dank seiner überlegenen Produktionsmethoden und der einzigartigen Bezugs- und Distributionsmöglichkeiten des Empires zum „Workshop of the World“ aufstieg. Der liberale Denker John Stuart Mill hat 1848 in seiner Schrift über „Principles of Political Economy“ den Freihandel sogar zu einem Allheilmittel erklärt, der am Ende einer langen Liste der Segnungen des „commerce“ bemerkte: „It is commerce which is rapidly rendering war obsolete“.[24]

Als eifrigster Fürsprecher des Freihandels und des Manchesterliberalismus profilierte sich jedoch der britische Wirtschaftspolitiker Richard Cobden, ein Kattunfabrikant, der in der Mitte des 19. Jahrhunderts nicht nur unermüdlich für das Niederreißen aller Zollschranken warb, sondern auch seinen Anhängern ein Ende des aristokratisch-kriegerischen Zeitalters, ja ein Ende der Politik überhaupt in Aussicht stellte. „As little intercourse as possible betwixt the *Governments*, as much connection as possible between the *nations*, of the world“,[25] lautete sein Credo. Zugleich riet Cobden entschieden von Eroberungen, vom Erwerb von Kolonien, von Kriegen und von Interventionen jeglicher Art ab. Vergrößerungen des Staatsgebiets würden nichts einbringen, seien vielmehr nur eine sinnlose Verschwendung von Ressourcen. Hinzu kam sein moralischer Rigorismus. Es war nach Cobdens Meinung „not consistent with the supremacy of that moral law that mysteri-

21 Ebd., S. 648.

22 Vgl. auch ebd., S. 646-662; sowie ders.: „The Great Work of Uplifting Mankind“. Zivilisierungsmission und Moderne. In: Boris Barth/ders. (Hrsg.): Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert. Konstanz 2005, S. 363-425, hier bes. S. 388 u. 400.

23 Vgl. Adam Smith: An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, 2 Bde. Hrsg. von R. H. Campbell und A. S. Skinner, Textkritik W. B. Todd. Oxford 1976, hier Bd. 1, S. 493.

24 John Stuart Mill: Principles of Political Economy with Some of Their Applications to Social Philosophy. In: Ders.: Collected Works, Bd. 3, Books III-V and Appendixes. Mit einer Einführung von V. W. Bladen und hrsg. von J.M. Robson. Toronto/London 1965, S. 594.

25 Richard Cobden: Russia. In: Ders.: The Political Writings, Bd. 1. London/New York 1867, S. 155-354, hier S. 282 f. [zuerst 1836; Kursivdruck im Original] Vgl. auch Mares: „Virtuos realities“ (wie Anm. 7), S. 32-36.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ously sways the fate of empires, as well as individuals, that deeds of violence, fraud and injustice, should be committed with permanent profit and advantage."[26] Spätestens diese Forderung aus dem Jahr 1836 macht deutlich, wie sehr Gladstone von den Ideen Richard Cobdens, der die Opiumkriege der britischen Regierung ebenfalls leidenschaftlich verurteilt hatte, und vom geistigen Klima dieser Kreise inspiriert war.[27] Diese Verbindung blieb auch anderen nicht verborgen. „Gladstone really believed in Cobden's theory that men were growing too civilised for war", notierte der 15. Earl of Derby, ein ehemaliger konservativer Außenminister, nach einem Gespräch mit seinem Parteifreund Benjamin Disraeli am 19. Juli 1870, am Tag des Ausbruchs des deutsch-französischen Kriegs, in sein Tagebuch. „Hence", so der lakonische Kommentar des Tory-Politikers, „the event found them [das Kabinett, JPS] astonished and perplexed".[28]

III.

Aber hat Gladstone seine hehren Ideale auch umgesetzt? Konnte er als Schatzkanzler oder Premierminister dazu beitragen, die Welt etwas friedlicher zu machen? Dabei sind zunächst zwei grundsätzliche Punkte zu beachten.

Zum einen fällt auf, dass Gladstone seine besonders idealistischen Äußerungen zum größten Teil aus der Opposition heraus gemacht hat. So verurteilte er die beiden Opiumkriege gegen China von 1840 und 1857 zwar scharf, als aber 1859 die britische Regierung unter Lord Palmerston einen weiteren Waffengang gegen das Reich der Mitte beschloss – es ging um die Unterzeichnung des Vertrags von Tsiensin, der China endgültig für den Westen öffnen sollte –, trug Gladstone als Schatzkanzler den wiederum grausam geführten Krieg mit und äußerte nur intern seine Bedenken.[29] Richard Cobden bemerkte denn auch in einem Brief an seinen Freund John Bright, einen anderen Radikalliberalen, dass Gladstone zwar hochstehende Ziele verfolge, letztlich aber immer als Regierungsoffizieller handele.[30] Das ebenfalls brutale Vorgehen seines politischen Erzrivalen Benjamin Disraeli in Afghanistan

26 Richard Cobden: How Wars are got up in India. The Origins of the Burmese War. (1853) In: Ders.: The Political Writings, Bd. 2. London/New York 1867, S. 23-106, hier S. 106.
27 Vgl. Ders.: China War, Unterhausrede vom 26. Februar 1857. In: Ders.: Speeches on Questions of Public Policy, Bd. 2. Hrsg. von John Bright and James E. Thorold Rogers. London 1870, S. 121-156, bes. hier S. 124.
28 Edward Henry Stanley: Tagebucheintrag, 19. Juli 1870. Selection from the Diaries of Edward Henry Stanley, 15th Earl of Derby, September 1869 – March 1878. Hrsg. von John Vincent. London 1994, S. 66.
29 Vgl. Quinault: Gladstone (wie Anm. 7), S. 238.
30 Vgl. Mares: „Virtuous Realities" (wie Anm. 7), S. 44.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kritisierte Gladstone in den Jahren 1878 und 1879 gleichfalls. Mit Blick auf den Angriff der britischen Indien-Armee auf das zentralasiatische Land geißelte er in der zweiten Rede seiner „Midlothian Campaign" von 1879, einer spektakulären Wahlkampftour durch Schottland, die britische Kriegführung, die Frauen und Kinder ohne Obdach zurücklasse – und das aufgrund eines „war as frivolous as ever was waged in the history of man"[31]. Als Gladstone 1880 tatsächlich an die Macht kam, beließ er die britische Armee jedoch noch ein weiteres Jahr in Afghanistan und zog sie erst danach zurück – allerdings eher aus politischen und militärischen Gründen denn aus ethischen Erwägungen.[32]

Die moralisierenden Ausbrüche gehörten also auch zur Strategie eines Oppositionspolitikers, der Aufmerksamkeit erregen und an die Macht kommen wollte. Das prominenteste Beispiel für diese Art der Propaganda war zweifellos Gladstones öffentlicher Aufschrei angesichts der brutalen und grausamen Unterdrückung eines bulgarischen Aufstands durch türkische Truppen, darunter viele inoffizielle Freischärlerverbände, die im Frühjahr 1876 im Umland von Philippolis, dem heutigen Plovdiv, zwischen 5.000 und 30.000 Menschen ermordeten, darunter vorrangig Frauen, Kinder und Alte. Gladstone beklagte in einem Pamphlet wortgewaltig die christlichen Opfer muslimischer Gewalt. „Bulgarian Horrors and the Question of the East*"* – so der Titel seiner Schrift – erreichte innerhalb weniger Wochen eine Auflage von 200.000 verkauften Exemplaren, holte Gladstone aus dem politischen Abseits und machte ihn erneut zum Führer der Liberalen.[33] 1879/80 griff er das Thema in seiner „Midlothian Campaign" erneut auf, propagierte eine an den Menschenrechten orientierte Politik und wurde 1880 zum Premierminister gewählt.[34]

Zum anderen war Gladstone kein Pazifist. Viele Kriege seiner Zeit, insbesondere in den Kolonien, betrachtete er zwar als nutzlos beziehungsweise als überflüssig; und er verurteilte, ja verabscheute jegliche Kriegsbegeisterung, wie sie Benjamin Disraeli und die sogenannten Jingoisten vor allem im imperialen Zusammenhang verbreiteten. Gladstone waren dieses Säbelrasseln und all diese Kraftmeierei ein Gräuel. Er glaubte an die augustinische Lehre

31 William E. Gladstone: Second Midlothian Speech, 26. November 1879. In: Ders.: Midlothian Speeches (wie Anm. 13), S. 59-94, hier S. 92.

32 Vgl. Roland Quinault: Afghanistan and Gladstone's Moral Foreign Policy. In: History Today 52/12 (2002), S. 28-34.

33 Vgl. Richard Shannon: Gladstone and the Bulgarian Agitation 1876. London u.a. 1963; und in einer erweiterten Perspektive auch Matthias Schulz: „Bulgarische Greuel" und der russisch-osmanische Krieg 1877. Zur Problematik der ‚humanitären' Intervention im Zeitalter des Imperialismus. In: Historisches Jahrbuch 113 (2011), S. 118-145; Davide Rodogno: Against Massacre. Humanitarian Interventions in the Ottoman Empire 1815-1914. Princeton/Oxford 2012, S. 141-169.

34 Vgl. Matthew: Gladstone, 1875-1898 (wie Anm. 1), S. 41-60; Jenkins: Gladstone (wie Anm. 1), S. 415-434.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

vom „bellum iustum“, dem gerechten Krieg. Waffengänge konnten also notwendig sein, sie mussten jedoch wohl erwogen werden. Trotz seiner anfänglichen Reserve trug Gladstone als Schatzkanzler die britische Beteiligung am Krimkrieg mit und ermöglichte durch massive Steuererhöhungen, die Größe der Armee und der Marine innerhalb nur eines Jahres zu verdoppeln. Gladstone begründete seine Unterstützung mit dem Argument, dass ein eindeutiges Fehlverhalten des Zaren vorliege – und das sowohl gegenüber der Türkei als auch – und mehr noch – gegenüber der Bevölkerung der von den russischen Truppen heimgesuchten Provinzen.[35] Am 17. März 1880 führte Gladstone ganz grundsätzlich aus:

> „However we may detest war – and you cannot detest it too much – there is no war – except one, the war for liberty – that does not contain in it elements of corruption, as well as of misery […] but however deplorable wars may be, they are among the necessities of our condition, and there are times, when justice, when faith, when the welfare of mankind require a man not to shrink from the responsibility of undertaking them.“[36]

Interessanterweise konnten Kriege sogar aus jenen Gründen gerechtfertigt werden, die zugleich für eine friedliche Entwicklung der Geschichte sprachen. Als das britische Unterhaus im Mai 1854 dem Schatzkanzler Gladstone eine Summe von zehn Millionen Pfund Sterling für den Krimkrieg bewilligte, notierte dieser anschließend in sein Tagebuch: „Never had I more cause to feel the unutterable mercy of God, the strength of His sustaining arm, & the power of the vision of the great High Priest in Heaven offering Himself to us.“[37] Auch der Faktor Zivilisation konnte Kriege rechtfertigen, nämlich wenn es um die Zivilisierung außereuropäischer Völker ging. Wiederum war es John Stuart Mill, der intellektuelle Säulenheilige der britischen Liberalen, der diesbezüglich vorgedacht hatte. Obwohl Mill zum Teil sehr fortschrittliche Ansichten vertrat, etwa in der Frage des Frauenwahlrechts, sah er in imperialer Expansion und militärischen Interventionen – auch ohne vorausgegangene Bedrohung oder Aggression – eine gerechtfertigte Sache, solange der Eingriff seitens einer zivilisierten Nation gegenüber einem weniger zivilisierten oder gar barbarischen Volk erfolgte. Denn diesem nütze das Engagement des höher stehenden Landes vor allem.[38]

35 Vgl. Quinault: Gladstone (wie Anm. 7), S. 236 f., 239 u. 242 f.
36 William E. Gladstone: Speech at Edinburgh, 17. März 1880. In: Ders: Political Speeches in Scotland, March and April 1880. Überarb. Ausgabe Edinburgh 1880, S. 17-47, hier S. 30 f.
37 William E. Gladstone: Tagebucheintrag, 8. Mai 1854. The Gladstone Diaries, Bd. 4, 1848-1854. Hrsg. von M. R. D. Foot und H. C. G. Matthew. Oxford 1974, S. 617.
38 Vgl. Dieter Langewiesche: Liberale und Krieg – Einige einführende Überlungen. In: Jürgen Peter Schmied (Hrsg.): Kriegerische Tauben. Liberale und linksliberale Interventionisten vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Göttingen 2019, S. 25-35, hier S. 32 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Tatsächlich sollte sich die zweite Amtszeit Gladstones von 1880 bis 1885 recht kriegerisch gestalten. Der verlängerte Einsatz in Afghanistan wurde schon erwähnt, und 1885 engagierte sich die britisch-indische Armee noch einmal in dem Land, um einen russischen Einfall abzuwehren.[39] Zudem sorgte die britische Marine durch Druck für beträchtliche Gebietsverschiebungen auf dem Balkan;[40] und ein militärisches Desaster im Sudan – und namentlich der Tod von General Charles Gordon – trugen maßgeblich zum Niedergang seiner zweiten Regierung bei.[41]

Am umstrittensten und mit den weitreichendsten Konsequenzen war jedoch Gladstones Afrikapolitik, insbesondere sein Kurs in Ägypten.[42] Als ein nationalistischer Aufstand unter Führung von Arabi Pascha die schwache Herrschaft des Khediven, des Statthalters des Sultans, bedrohte und Europäer in Alexandria angegriffen wurden, bombardierte die englische Marine die ägyptische Hafenstadt. Gladstones Hoffnungen, die in Ägypten ebenfalls involvierten Franzosen würden sich der Strafaktion der Briten anschließen, erfüllten sich nicht. Der Premierminister ordnete nach der Bombardierung Alexandrias auch die Niederwerfung des Aufstands an, und unter Führung von General Garnet Joseph Wolseley besiegten englische Truppen in der Schlacht von Tel-el-Kebir am 13. September 1882 die schlecht ausgerüsteten Einheiten Arabi Paschas und seiner Bewegung. Damit leitete Gladstone – entgegen seinen ursprünglichen Absichten – die langfristige Okkupation Ägyptens ein. Für den liberalen Premierminister handelte es sich um eine gerechtfertigte Intervention, denn: „We have carried out this war from a love of peace, and, I may say, on the principles of peace. We have been putting down a military anarchy."[43]

Gladstones Ägyptenpolitik hatte aber auch eine abstoßend-egoistische Seite, denn der wohlhabende Liberale hatte einen beträchtlichen Teil seines Vermögens in Suez-Kanal-Aktien investiert, deren Kurs nach dem Aufstand der Arabi-Bewegung in Mitleidenschaft gezogen wurde. Nach der britischen Intervention schoss der Kurs in die Höhe. Dies war seinerzeit nicht öffentlich bekannt, doch scheint auch Gladstone wegen dieser Vorteilsnahme keinerlei Unrechtsempfindungen gekannt zu haben. Da der christliche Politiker seine Skrupel bei der Lektüre pornographischer Schriften hingegen akribisch genau vermerkt hat, scheint es sich um einen moralischen blinden Fleck gehandelt zu haben, den er wohl mit vielen Zeitgenossen geteilt hat.[44]

39 Vgl. Quinault: Afghanistan (wie Anm. 32); Shannon: God (wie Anm. 1), S. 360.
40 Vgl. ebd., S. 326 f.
41 Vgl. Jenkins: Gladstone (wie Anm. 1), S. 500-516.
42 Vgl. dazu Wolfgang M. Egner: William E. Gladstone und die britische Okkupation Ägyptens. In: Schmied (Hrsg.): Kriegerische Tauben (wie Anm. 38), S. 57-73.
43 William E. Gladstone: Speech at Penmaenmawr. In: The Times, 4. Oktober 1882.
44 Vgl. dazu Egner: Gladstone (wie Anm. 42), S. 64 und Thomas Stamm-Kuhlmann: Bismarck und Gladstone. Friedrichsruh 2008, S. 24 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Diese Doppelzüngigkeit – oder (freundlicher gesagt) dieser Sinn für persönliche finanzielle Vorteile – war indes kein Einzelfall. So war Gladstone, der aus einer Familie stammte, die große Plantagen in der Karibik besaß, auf denen Sklaven arbeiteten, nie ein uneingeschränkter Befürworter des britischen Kampfes gegen die Sklaverei.[45] Und selbst im Umgang mit der Waffenindustrie stellte er seine hohen moralischen Ansprüche bisweilen zurück. Das von Hiram Maxim entwickelte Maschinengewehr fand Gladstones wohlwollende Beachtung und kam auch 1893 während seiner letzten Amtszeit im Konflikt mit dem Stamm der Matabele im heutigen Simbabwe zum Einsatz – einem höchst ungleichen Kräftemessen. Bei einem Gefecht sollen damals fünfzig britische Soldaten mit Hilfe von vier Maschinengewehren gegen 5.000 Gegner die Oberhand behalten haben. Diese Vorgehensweise entsprach Gladstones Präferenz für sparsames und effizientes Regierungshandeln durchaus. Sein Sohn Henry heiratet sogar die Tochter des Direktors einer Waffenfabrik und machte später in diesem Unternehmen Karriere.[46]

IV.

Doch manchmal ist die Geschichte gnädig. Von den Ambivalenzen der Politik Gladstones ist heute nicht mehr die Rede. Vielmehr war ihm eine posthume Karriere als idealistischer Außenpolitiker beschieden, geradezu zu einem Antipoden einer rein interessengeleiteten Realpolitik stieg er im Laufe der Jahrzehnte auf.[47]

Vor allem auf zwei Feldern war er traditionsbildend: Zum einen wurde er zu einem Vorreiter und Vorkämpfer für die Verrechtlichung der internationalen Politik. Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson hatte schon als Universitätsprofessor ein Bild des britischen Premierministers auf seinem Schreibtisch und behielt diese Gewohnheit auch während der Jahre bei, als er im Weißen Haus residierte.[48] Bei der Gründung des Völkerbunds, der in den 1920er Jahren geschaffen wurde, und bei der Entstehung der Vereinten Nationen stand Gladstone jeweils Pate.[49]

45 Vgl. Richard Huzzey: Gladstone and the Suppression of the Slave Trade. In: Quinault u. a. (Hrsg.): William Gladstone (wie Anm. 6), S. 253-266.
46 Vgl. Quinault: Gladstone (wie Anm. 7), S. 247 f.
47 Vgl. etwa Henry A. Kissinger: Die Vernunft der Nationen. Über das Wesen der Außenpolitik. O.O. 1996, S. 163, 168-175.
48 Vgl. Deryck M. Schreuder: Gladstone's 'Greater World'. Free Trade, Empire and Liberal Internationalism. In: Quinault u. a. (Hrsg.): William Gladstone (wie Anm. 6), S. 267-290, hier S. 268.
49 Vgl. J. L. Hammond: Gladstone and the League of Nations Mind. In: Essays in Honour of Gilbert Murray. London 1936, S. 95-118; Paul Kennedy: The Parliament of Man. The Past, Present, and Future of the United Nations. New York 2006, S. 4 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zum anderen wirkte der liberale Premierminister traditionsbildend auf dem Gebiet der humanitären Intervention. Tony Blair berief sich auf Gladstone, um sein militärisches Eingreifen im Kosovo und im Irak zu rechtfertigen. Im Mai 1999 hielt Blair eine Rede an der Universität Sofia, wo er – mit Blick auf die Intervention gegen Serbien – sich direkt auf Gladstones Kampagne von 1876 berief: „Can the outside world simply standby when a rogue state brutally abuses the basic rights of those it governs? Gladstone's answer in 1876 was clear. And so is mine today."[50] Timothy Garton Ash prägte daraufhin die Phrase „Tony Gladstone"[51]. – So wirkt der „verrückte Professor" – um noch einmal Otto von Bismarck zu zitieren – bis in das 21. Jahrhundert hinein, und ist in dieser Hinsicht vielleicht sogar erfolgreicher als sein preußisch-deutscher Gegenspieler.

50 Zitiert nach Schreuder: Gladstone's 'Greater World' (wie Anm. 48), S. 289. Vgl. dazu auch Gary Bass: Freedom's Battle. The Origins of Humanitarian Intervention. New York 2008, S. 237, 378.

51 Timothy Garton Ash: Gambling on America. In: The Guardian, 3. Oktober 2002. Vgl. auch zu dieser Traditionslinie Roy Jenkins: The British Liberal Tradition. From Gladstone to Young Churchill, Asquith, and Lloyd George – Is Blair Their Heir? Toronto/Buffalo/London 2001.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Jürgen Frölich

„Eine Politik der Linken wird immer eine Politik des Friedens sein“? Frieden und Krieg bei Friedrich Naumann[1]

Eine persönliche Bemerkung soll vorausgeschickt werden: Seine erste intensivere Beschäftigung mit Friedrich Naumann verdankt der Verfasser Friedrich Meineckes „Deutscher Katastrophe“. Diese war während der Promotionszeit Thema eines Oberseminars seines 2018 verstorbenen Doktorvaters, der damit unwissentlich den Anstoß für eine lange währende Beschäftigung mit dieser einflussreichen und einzigartigen liberalen Persönlichkeit gab. Denn in seiner viel und heftig diskutierten Schrift setzte der Nestor der deutschen Geschichtswissenschaft Naumann unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg Naumann fast eine Art Denkmal, weil dieser einen – letztlich nicht eingeschlagenen – Weg gewiesen habe, der die Katastrophe(n) auf dem Weg Deutschlands in die Moderne wohl vermieden hätte.[2]

I.

Das Zitat, das über die folgenden Ausführungen gestellt worden ist, könnte dieses sehr positive Naumann-Bild, das Meinecke vor allem auf die innere Entwicklung Deutschlands bezog, in außenpolitischer Hinsicht ergänzen. Würde es die Behandlung des Themas „Frieden“ durch Friedrich Naumann

1 Überarbeitete Fassung des Vortrags in Jena am 30.10.2018, dessen Form aber weitgehend beibehalten wurde. Zum Zitat vgl. unten Anm. 4.

2 Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe (zuerst Wiesbaden 1946), jetzt in: Bernd Sösemann (Hrsg.): Friedrich Meinecke – Die deutsche Katastrophe. Edition und internationale Rezeption. Berlin 2018, S. 57-168, hier S. 75 ff u. 123 f. Diese Edition bringt auch breites Material zum Kontext und zur Rezeption der „Deutschen Katastrophe“, vgl. meine Besprechung https://www.recensio.net/rezensionen/zeitschriften/jahrbuch-zur-liberalismus-forschung/2018/2/ReviewMonograph766686532.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kondensieren, könnte man sich sehr kurz fassen. Denn es würde einerseits dem heute oft gewünschten Bild vom anti-bellizistischen Liberalismus am Vorabend des Ersten Weltkriegs entsprechen und zugleich alle Kritiker Friedrich Naumanns, die ihm nicht nur, aber auch Militarismus vorwerfen,[3] widerlegen. Den Ausspruch „Eine Politik der Linken wird immer ein Politik des Friedens sein", hat Naumann aber tatsächlich in dieser oder sehr ähnlicher Form getan, und zwar im Oktober 1912 auf dem zweiten Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei, als er in einer öffentlichen Versammlung über „Weltpolitik und Friede" sprach.[4]

Diese Rede ist nur in paraphrasierter Form überliefert und hatte keineswegs einen pazifistischen Grundton, sondern thematisierte durchaus die Spannungen zum damaligen Zeitpunkt, insbesondere im deutsch-britischen Verhältnis, aber auch auf dem Balkan und in Nordafrika: Entsprechend kritisierte sie auch nicht die deutschen Rüstungsanstrengungen. Aber Naumann stellte zugleich in Aussicht, dass, wenn die ersehnte Koalition von „Bassermann bis Bebel" ans Ruder käme, der Frieden sicherer würde.

Naumann, damals – und auch später – sicherlich nicht der unangefochtene Parteiführer, wohl aber einer der führenden Sprecher des Linksliberalismus, gab damit offenbar einer verbreiteten Stimmung innerhalb seiner Partei Ausdruck, wohl nicht zufällig verzeichnet der Bericht anschließend „Stürmisches Händeklatschen". Die Linksliberalen wären damit im ausgehenden Kaiserreich eindeutig den Kräften des Friedens zuzurechnen, die vor dem kommenden Krieg warnten.

Nun nicht in Bezug auf den gesamten (Links-)Liberalismus, wohl aber im Hinblick auf Friedrich Naumann soll im Folgenden dargestellt werden, inwieweit diese Einschätzung auf sein politisches Wirken insgesamt zutrifft, ob es hinsichtlich seiner Haltung zum „Frieden" – und natürlich zum „Krieg", dem unumgänglichen Pendant – Änderungen und Entwicklungen gab und – falls dies zutrifft – worin die Ursachen zu suchen sind. Im Fokus steht dabei vor allem die politische Publizistik Naumanns von ihren Anfängen Mitte der 1890er Jahre bis zu seinem Tod im Spätsommer 1919. Ein Schwerpunkt wird auf dem Weltkrieg und dem Friedensvertrag von Versailles liegen, nicht nur weil letzterer der Anlass für das letztjährige Liberalismus-Forschungskolloquium und den Themenschwerpunkt dieses Jahrbuchs gewesen ist, sondern auch weil beides Naumanns letzte Lebensjahre

3 Vgl. z. B. Helmut von Gerlach: Von rechts nach links. Hrsg. v. Emil Ludwig. Zürich 1937, S. 154, u. Götz Aly: Warum die Juden? Warum die Deutschen? Gleichheit, Neid und Rassenhass. Frankfurt/M. 2011, S. 141 f.

4 Der zweite Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei zu Mannheim, 5.-7. Oktober 1912. Berlin 1912, S. 77 f., Zitat S. 78. Hiernach auch das Folgende. Die Rede ist allerdings nur in einer Kurz-Fassung im Rahmen des Parteitagsprotokolls überliefert und wurde vermutlich frei gehalten. Das Zitat ist gesperrt wiedergegeben, so dass es wahrscheinlich (fast) wörtlich ist.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bestimmte. Und dies so sehr, dass er sogar die Gründungsversammlung für einen Dachverband der demokratischen Jugendverbände im Frühjahr 1919 nutzte, um über die Kriegsfolgen zu reden.[5]

II.

Beruflich war Naumann als evangelischer Theologe gewissermaßen von Hause aus mit dem Thema „Frieden" vertraut. Auch nach Abschied aus dem Kirchendienst während seines beginnenden politischen Engagements publizierte er zunächst weiterhin auch Andachten, etwa zur „Bergpredigt", die er allerdings als etwas „Überirdisches" ansah, oder zur „Feindesliebe".[6] Das hinderte ihn aber nicht daran, in deutlicher Absetzung zur allgemeinen linksliberalen Linie die Erhöhung des Wehretats zu unterstützen. In diesem Zusammenhang äußerte er sich auch Anfang 1895 zum „Krieg", den er für ein durchaus legitimes Mittel hielt:

> „Ob wir für den Krieg sind? Gott bewahre. Wir sehen den Krieg als ein Unglück an, uns graut vor dem großen Mord, wir schaudern vor der Verantwortung derer, die das Signal zur Mobilmachung zu geben haben, aber wir kennen die bisherige Weltgeschichte und diese lehrt, daß mit den besten Wünschen die Kriege nicht aus der Welt geschafft werden."[7]

Als diese Position unter Verweisung auf die Bergpredigt aus den Reihen der Leser seiner eigenen Zeitschrift „Die Hilfe", unter denen sich anfänglich viele Theologen befanden, Kritik hervorrief, zog Naumann selbst Jesus Christus als Kronzeugen heran. Auf die Frage, ob man wegen mangelnder Rüstung Tod und Verderben für das eigene Land riskieren wolle, würde dieser wohl antworten, so Naumann: „Das will ich nicht, geht hin, baut die Schiffe und bittet Gott, daß ihr sie nicht braucht!"[8] Am Beginn von Naumanns politischer Karriere stand also zunächst einmal eine Haltung zum Frieden, die denjenigen, die in der Zeit des „Kalten Krieges" aufgewachsen sind, recht

5 Vgl. Vossische Zeitung 213 v. 27.4.1919, S. 3 http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/index.php?id=dfg-viewer&set%5Bimage%5D=3&set%5Bzoom%5D=default&set%5Bdebug%5D=0&set%5Bdouble%5D=0&set%5Bmets%5D=http%3A%2F%2Fcontent.staatsbibliothek-berlin.de%2Fzefys%2FSNP27112366-19190427-0-0-0-0.xml u. Berliner Tageblatt 188 v. 27.4.1919, S. 3 http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/index.php?id=dfg-viewer&set%5Bimage%5D=3&set%5Bzoom%5D=default&set%5Bdebug%5D=0&set%5Bdouble%5D=0&set%5Bmets%5D=http%3A%2F%2Fcontent.staatsbibliothek-berlin.de%2Fzefys%2FSNP27646518-19190427-1-0-0-0.xml (Zugriffe 11.10.2019).

6 Vgl. Friedrich Naumann: Gotteshilfe. Gesamtausgabe der Andachten aus den Jahren 1895-1902. 2. Aufl. Göttingen 1904, S. 217 f. u. 479 f.

7 N(aumann): Wochenschau. In: Die Hilfe 10 v. 10.3.1895, S. 1 f., Zitat S. 1.

8 Ders.: Christentum und Gewalt. In: Die Hilfe 23 v. 9.5.1895, S. 1 ff., Zitat S. 2.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

vertraut anmutet, denn sie lief gewissermaßen auf ein Gleichgewicht des Schreckens hinaus.

Sie und die damit verbundene Wertschätzung von Militär und Flotte war, wie schon Dieter Düding festgestellt hat,[9] bereits ausgeprägt, bevor Naumann Kenntnis hatte von Max Webers berühmter Freiburger Antrittsvorlesung. Diese wurde wenige Wochen darauf in der „Hilfe" besprochen, wobei nun jene immer wieder zitierte, gegen den Internationalismus der Sozialdemokratie gerichtete Wendung fiel: „Was nützt uns die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen? Wer innere Politik betreiben will, der muß erst Volk, Vaterland und Grenzen sichern, er muß für nationale Macht sorgen."[10]

Hier wird deutlich, dass Naumanns Unterstützung gerade für die Flottenrüstung nicht allein defensiv motiviert war. Sie spielte in seiner politischen Gesamtstrategie eine gewichtige Rolle und war dort komplementär zu seinen innenpolitischen Reformabsichten. Denn nur ein als Großmacht nach außen starkes Deutschland konnte an die Verbesserung der Situation im Inneren gehen. Entsprechend heißt es kurz nach der Jahrhundertwende in einem Artikel über „Flotte und Freihandel": „Unsere Flottenpolitik ist nicht bloß ein Erfordernis der Großmachtspolitik, sondern eine absolut notwendige Sicherung unseres Brotes und unserer Arbeit."[11]

Hält man sich diese doppelte Funktion vor Augen, dann ist klar, dass Naumann den Abrüstungsbemühungen in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts eher misstrauisch gegenüberstand. Dass sie vom russischen Zaren ausgingen, machte die Sache wahrlich nicht besser. Sarkastisch meinte Naumann: „Wie haben wir doch den Zaren bisher verkannt."[12] 1899 veröffentlichte er dazu sogar eine Broschüre unter dem Titel „Zar und Weltfrieden", in der er Nikolaus II. nicht Friedensliebe, sondern taktisches Kalkül unterstellte: Mit seinem Vorstoß wolle dieser eigene Rückstände im Inland aufholen und zugleich die Spannungen auf dem Balkan verschärfen.

In diesem Zusammenhang äußerte sich Naumann auch grundsätzlich über die Bedeutung von Krieg und Frieden in der Menschheitsgeschichte mit Auffassungen nahe bei sozialdarwinistischen Positionen:

> „Es gibt doch tatsächlich in der Menschheitsgeschichte einen Kampf ums Dasein zwischen den Völkern, bei dem die einen steigen, die andern sinken. Ein Kampf,

9 Dieter Düding: Der Nationalsoziale Verein 1896-1903. Der gescheiterte Versuch einer Synthese von Nationalismus, Sozialismus und Liberalismus. München/Wien 1972, S. 37 f.

10 N(aumann): Wochenschau, In: Die Hilfe 28 v. 14.7.1895, S. 2, zu jener berühmten Rede vgl. mit recht unterschiedlicher Akzentuierung Jürgen Kaube: Max Weber. Ein Leben zwischen den Epochen. Berlin 2014, S. 114 f. u. Dirk Kaesler: Max Weber. Eine Biographie. München 2014, S. 407-413.

11 Friedrich Naumann: Flotte und Freihandel. In: Die Hilfe 45 v. 10.11.1901, S. 2 f., Zitat S. 2. Vgl. auch ders.: Deutschlands Seemacht. In: Die Hilfe 52 v. 27.12.1896, S. 1 f.

12 Ders.: Der Weltfrieden. In: Die Hilfe 38 v. 11.9.1898, S. 1 f., Zitat S. 1.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> der gemildert werden kann durch Verstand, Diplomatie und Mäßigung, der aber an sich in der Natur vorhanden ist und durchdringt. Die Kämpfe der steigenden und sinkenden Völker sind auch verbunden auf der anderen Seite mit dem Kampf um den wirtschaftlichen Besitz der Erdkugel. Das ist es, was immer neue Konflikte hervorruft, was immer neuen Zündstoff in die Welt hineinschafft."[13]

Für ihn gehörte das „auf Krieg aufgebaute" Deutsche Reich zweifellos zu den aufsteigenden Staaten, deren Emporkommen durch Russland und England gehindert werde.[14] Frieden sei deshalb nur dann möglich, fuhr er fort, wenn Deutschland einen ähnlichen Status wie diese beiden Weltmächte besitze: „Wie kommt die Menschheit auf dem Wege zum Frieden vorwärts? Gewiß nicht dadurch, daß man die Garantien des Friedens, die Konzentration der Macht auflöst, sondern dadurch, dass der Großbetrieb der Macht sich vergrößert."[15]

Auch nach seinem offiziellen Anschluss an den Linksliberalismus im Sommer 1903 änderte sich zunächst nichts an Naumanns sozialdarwinistischer Grundposition und seiner Einstellung zu Krieg und Frieden. Das lässt sich gut verfolgen an einem größeren Beitrag aus dem Jahr 1904 zum Thema „Was ist der Friede?", der die eben skizzierten Überzeugungen wiederaufnahm:

> „Friede ist Abwesenheit von Krieg. Krieg aber ist methodische Erledigung von Streit, Streit aber ist der Naturzustand der Menschheit. Man mag sich den Urzustand der Menschen so oder so denken, als Frieden denkt ihn keiner, der auch nur etwas von ihm weiss."[16]

Auf dieser Basis entwickelte der nunmehrige Ex-Pfarrer – sich auch auf das antike Motto „Si vis pacem, para bellum" berufend – die Vorstellung, dass Deutschland am ehesten mit weiteren Aufrüstungen dem Frieden diene. Dennoch war die Argumentation in sich nicht ganz stimmig. Denn einerseits hätte Europa Frieden „nicht trotz der Kanonen, sondern durch die Kanonen".[17] Andererseits aber, meinte Naumann an dieser Stelle, übersteige „der Gedanke einer Menschheitsorganisation zur Streitvermeidung alle verständige Überlegung" und könne man das Entstehen neuer Kriege nicht verhindern, sondern nur vermeiden, in eine Lage zu kommen, „dass wir es sind, deren Erbe man verteilen will".[18]

13 Friedrich Naumann: Zar und Weltfrieden. Berlin-Schöneberg o. J. (= 1899), S. 11. Zum Sozialdarwinismus vgl. Reinhard Löw: Darwinismus. In: Staatslexikon. Recht-Wirtschaft-Gesellschaft Bd. 1. 7. Aufl. Freiburg u.a. 1985, Sp. 1163-1165, hier Sp. 1164.
14 Naumann: Zar und Weltfrieden (wie Anm. 13), S. 14.
15 Ebd. S. 15.
16 Friedrich Naumann: Was ist der Friede? In: Süddeutsche Monatshefte 1 (1904), S. 453-459, Zitat S. 453.
17 Ebd. S. 455.
18 Ebd. S. 457 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Aber Naumann wollte nicht ausschließen, dass es am Ende nur noch eine einzige wirkliche Weltmacht als Hegemon gäbe, die dann den Frieden in ihrem Sinne garantieren oder diktieren würde; gedacht war dabei, wie gleich gezeigt wird, sicherlich an Großbritannien. Aus liberaler Sicht wäre dies indes – so Naumann – zu bedauern, denn dann fehlte die „Freiheit des Streites".[19]

Bei der Lektüre dieses Aufsatzes über den Frieden hat man schon den Eindruck, dass dem Autor selbst doch gewisse Zweifel gekommen waren, ob nur weitere Rüstungen den Frieden sicherer machen würden. Ein außenpolitisches Ereignis war es dann, welches diese Zweifel offenbar verstärkte, nämlich die russische Niederlage im Krieg mit Japan 1905. Den Ausgang des Krieges in Ostasien empfand Naumann als größten Einschnitt in die internationale Mächtekonstellation seit Sedan, wobei der eigentliche Profiteur aber nicht Japan, sondern Großbritannien sei und das Deutsche Reich sich auf Seiten der Verlierer befinde. Als dann wenige Monate später der Frieden von Portsmouth geschlossen wurde, war Naumann nicht mehr ganz so pessimistisch, auch wenn England nun dem Ziel einer globalen Hegemonie ein gutes Stück näher gekommen sei: „Wenn nicht alles täuscht, ist der Friede von Portsmouth mehr als ein Waffenstillstand zweier Nationen. Er ist Teil jenes Weltfriedens, den England stark genug ist, der Menschheit für längere Zeit aufzuerlegen." Er fuhr dann fort: „Da wir Deutsche für unsere Entwicklung Frieden brauchen, so kann es uns recht sein."[20]

Fortan wurde Naumann vorsichtiger, wenn er auf das deutsch-britische Verhältnis zu sprechen kam, da er die britische Überlegenheit für unumkehrbar hielt. Die nächste Flottennovelle unterstützte er zwar wiederum, stellte aber zugleich fest: „Wir sind froh, dass wir bisher den englisch-deutschen Seekrieg nicht gehabt haben, und hoffen, dass er vermieden werden kann."[21]

In den folgenden Jahren wuchs Naumanns Unbehagen an der außenpolitischen Situation des Deutschen Reiches, für die er auch den regierenden Monarchen verantwortlich machte, auf den er ein Jahrzehnt zuvor in seiner ersten großen politischen Schrift noch so große Hoffnungen gesetzt hatte. Ein erst postum veröffentlichter Aufsatz über „Kriegsgerüchte", der vermutlich im Umfeld der Daily-Telegraph-Affäre Ende 1908 entstanden ist, schloss die Möglichkeit eines Krieges nicht aus, der zwar von niemandem gewollt werde, mit dem aber zu viele rechneten. Naumann warnte nun seine

19 Ebd. S. 459.

20 Friedrich Naumann: Der Frieden in Ostasien. In: Die Hilfe 36 v. 10.9.1905, S. 2 f., Zitat S. 3, vgl. ders: Die Vernichtung der russischen Flotte. In: ebd. 23 v. 11.6.1905, S. 2 f., sowie Theodor Heuss: Friedrich Naumann. Der Mann – das Werk – die Zeit. 2. Aufl. Tübingen 1949, S. 186 ff.

21 Friedrich Naumann: Die neue Flottennovelle. In: Die Hilfe 47 v. 26.11.1905, S. 2 f., Zitat S. 3.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Landsleute vor einem Präventivkrieg: „(S)o wie die Dinge bei uns liegen, soll man derartigen Gedanken nicht nachgehen, denn wir wissen nicht, wie wir im Kriege geführt werden."[22] Der Aufsatz schloss mit einer Wendung, die vor allem für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg passend schien, insofern könnte man fast eine spätere Hinzufügung bzw. Abfassung vermuten: „man soll den Krieg nicht wünschen, teils weil er durch Hinauszögern vielleicht überhaupt vermieden werden kann und teils weil er in jedem Falle ein ungeheures Wagnis ist."[23]

Zweifellos stieg für Naumann in der Folgezeit erkennbar der Wert des Friedens. Sein Nachdenken über das Wesen des Liberalismus, die Ursachen für seine gegenwärtige Schwäche und mögliche Perspektiven für ein Wiedererstarken beeinflussten auch seine Sicht der internationalen Politik. Dabei ist keine radikale Abkehr, wohl aber eine allmähliche Entfernung von früheren Positionen zu konstatieren, etwa hinsichtlich des Sozialdarwinismus. In einem Aufsatz aus dem Jahr 1909 über den „Fortschritt der Menschheit" wurde dieser nun nicht mehr allein am „bloßen Eigennutz" festgemacht.[24] Drei Jahre später konnte man von Naumann sogar eine weitgehende Relativierung der oben zitierten Aussage aus dem Jahr 1904, dass Konflikt der Urzustand der Menschheit wäre, und damit eine beachtliche Revision seines bisherigen Geschichtsbildes lesen. Denn nun hieß es: „Es lebt immer beides zugleich: der Krieg aller gegen alle und das Ideal der friedlichen Gemeinschaft aller mit allen." Dabei neige sich die Waagschale nun immer mehr auf die Seite des Friedens:

> „Die Friedensauffassung steht mehr am Ende als am Anfang der Menschheitsgeschichte […]. Keine Vorzeit ist so friedlich gewesen, wie unsere Gegenwart, ein Ergebnis der steigenden Größe der Gewaltgesellschaften, die sich dann zu Verfassungsstaaten umgestalten."[25]

Das hier zum Ausdruck kommende Schwanken zwischen Friedenshoffnung einerseits und Kriegserwartung andererseits durchzieht viele der einschlägigen Artikel Naumanns in der „Hilfe" im Jahrfünft vor dem Weltkrieg. Da sind auf der einen Seite jene Entwicklungen, die den Frieden stabilisieren würden, wozu Naumann zunächst einmal den wachsenden Welthandel zählte.[26] Verstärkt werde dieser Prozess durch zweiseitige Abmachungen jenseits

22 Ders.: Kriegsgerüchte. Ein unveröffentlichter Aufsatz Naumanns aus dem Jahr 1908. In: Die Hilfe 36 v. 4.9.1919, S. 492 f., Zitat S. 493. Theodor Heuss datiert in seiner Vorbemerkung die Entstehung auf den Spätsommer 1908. Zu Naumanns Haltung in der Daily-Telegraph-Affäre vgl. Heuss: Naumann (wie Anm. 20), S. 257-260.

23 Naumann: Kriegsgerüchte (wie Anm. 22), S. 493.

24 Ders.: Der Fortschritt in der Menschheit. In: Die Hilfe 37 v. 12.9.1909, S. 578 ff., Zitat S. 579.

25 Ders.: Der Zwang zum Frieden. In: Die Hilfe 17 v. 25.4.1912, S. 258 f., beide Zitate S. 259.

26 Ders.: Englands Welthandel als Friedensgarantie. In: Die Hilfe 44 v. 31.10.1909, S. 690.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der großen Bündnissysteme: „Die Periode der einfachen Zweckverbände [gemeint sind die Entente, der Dreibund und das russisch-französische Bündnis, J.F.] wird abgelöst durch eine Periode sehr verwickelter Gegenseitigkeitsabmachungen, und die Folge davon ist ‚Entspannung'."[27] Allerdings sah Naumann hierbei Frankreich und Großbritannien nach dem Tod Edwards VII. aktiver als Deutschland.[28]

Andererseits beurteilte Naumann den deutsch-britischen Gegensatz nach wie vor als Unsicherheitsfaktor, empfahl aber jetzt eine Doppelstrategie, nämlich einerseits Aufrüstung der Art, „dass es für die anderen wichtig ist, mit Dir verbündet zu sein!"[29] Andererseits sollte man aber auch durchaus mit Großbritannien die Verständigung suchen und gegebenenfalls zu Konzessionen – er dachte hier an die Bagdadbahn – bereit sein.[30]

Höhepunkt dieser Entwicklung Naumanns in Richtung einer eher friedlichen Weltordnung, von der das titelgebende Zitat zeugt, waren ein größerer Aufsatz aus dem Jahr 1913 sowie eine Aktion zu Pfingsten 1914. In der „Patria", dem Jahrbuch zur „Hilfe", befasste sich Naumann im Vorkriegsjahr mit dem „Weg zur Menschheit" und schwankte wiederum zwischen Optimismus und Pessimismus: Das Zusammenwachsen der Welt im Zeichen der Globalisierung würde die Wahrscheinlichkeit von Krieg sinken lassen, selbst wenn allgemein aufgerüstet würde:

> „Je mehr also die Weltverbundenheit wächst, desto mehr erscheint jeder Krieg als Eingriff in notwendige Lebensvorgänge. Wenn große Nationen ihre Kanonen auffahren lassen, so setzen sie heute viel mehr aufs Spiel als früher, weil sie international verwundbar geworden sind. Diese Logik der Interessen soll man sprechen lassen! Das ist die beste Friedenspropaganda."[31]

Entsprechend wurden von ihm nun alle Abkommen zur „Zivilisierung" des Krieges begrüßt. Daneben wurde aber im gleichen Aufsatz auch wieder Pessimismus hinsichtlich der weiteren Entwicklung deutlich:

> „Sollen wir schließlich unsere Meinung darüber sagen, ob wir glauben, daß die Menschheit schon am Ende der Kriegsperiode angelangt ist, so müssen wir gestehen, daß keinerlei Sicherheit für einen ungestörten Verlauf der Menschheitsorganisierung vorhanden zu sein scheint."

27 Ders.: Der europäische Friede. In: Die Hilfe 3 v. 19.1.1911, S. 34 f., Zitat S. 35.
28 Ebd., vgl. ders.: Das Rüstungssyndikat. In: Die Hilfe 14 v. 6.4.1911, S. 210 f.
29 Naumann: Das Rüstungssyndikat (wie Anm. 28), S. 211.
30 Ders.: Abrüstung? In: Die Hilfe 1 v. 9.1.1910, S. 2 f.
31 Friedrich Naumann: Auf dem Weg zur Menschheit. In: Patria 13 (1913), S. 55-85, Zitat S. 83.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Wie bei der Entstehung von Nationen sei wohl auch der Weg zur geeinten Menschheit „nicht ohne letzten schweren Waffengang“ möglich.[32]

Bei dieser Gelegenheit distanzierte sich Naumann zugleich deutlich von allen „berufsmäßigen Friedensapostel(n)“,[33] und er tat dies ein Jahr später erneut in Bezug auf einen von ihm konstatierten „unklaren Weltverbrüderungsrausch“, nun aber innerhalb einer recht spektakulären Aktion, die eigentlich „der Verständigung dient(e)“.[34] Denn er wollte selbst dazu beitragen, den Entspannungsgedanken zu stärken, und nahm deshalb an jenem deutsch-französischen Parlamentariertreffen teil, das an Pfingsten 1914 zum zweiten Mal auf Schweizer Boden stattfand.[35] Naumann war sich dabei durchaus bewusst, dass der politische Einfluss auf beiden Seiten unterschiedlich war, da die deutschen Abgeordneten nicht „Stück der Regierung“ wie ihre französischen Gegenüber, sondern nur „Stück der öffentlichen Meinung“ waren.[36] Dennoch wollte er ein Zeichen setzen und den Friedenskräften in Deutschland den Rücken stärken, auch gegen die nationalistische Stimmungsmache beiderseits des Rheins. Er war überzeugt, ein Wort seines Parteifreundes Conrad Haußmann aufgreifend, dass die in Basel vertretenen Abgeordneten, die jeweils zumeist dem linken Spektrum angehörten, „Parlamentäre der Verständigung, Boten einer etwas günstigeren Gliederung der europäischen Politik“ sein könnten.[37]

III.

Wenige Wochen nach diesem hoffnungsvollen Signal zerschlug sich bekanntlich jeglicher Optimismus in der Friedensfrage, und Naumanns immer wieder geäußerten Befürchtungen resp. Vorhersagen wurden plötzlich Realität. Die Friedensfrage bekam damit eine völlig neue Qualität. Dieser stellte sich Naumann öffentlich aber erst Ende 1915. Zwei Prämissen müssen dabei

32 Ebd. S. 84 f. Der Gedanke von der engen Verbindung zwischen Entstehung des Nationalstaates und Krieg ist jüngst noch einmal von Dieter Langewiesche: Der gewaltsame Lehrer. Europas Kriege in der Moderne. München 2019 mit Nachdruck herausgestellt worden, vgl. vor allem ebd. Kap. IV.

33 Ebd. S. 80. Zu Naumanns distanziertem Verhältnis zum organisierten Pazifismus vgl. Peter Theiner: Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik. Friedrich Naumann im wilhelminischen Deutschland. Baden-Baden 1983, S. 220 f.

34 (Friedrich) Naumann: Deutsch-Französische Annäherung. In: Die Hilfe 24 v. 11.6.1914, S. 378 f., Zitate S. 379. Vgl. auch Theiner: Sozialer Liberalismus (wie Anm. 33), S. 222 f.

35 Zum vorherigen Treffen vgl. jetzt Thorsten Riotte: Auf der Berner Verständigungskonferenz von 1913. Ludwig Haas, die Sozialdemokratie und die deutsch-französischen Beziehungen. In: Ewald Grothe u. a. (Hrsg.): Ludwig Haas. Ein deutscher Jude und Kämpfer für die Demokratie. Düsseldorf 2017, S. 55-77.

36 Naumann: Annäherung (wie Anm. 34), S. 378.

37 Ebd. S. 379.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bedacht werden: Er sah, wie viele andere, den Weltkrieg nicht als deutschen Angriffskrieg, sondern als einen dem Reich aufgezwungenen Waffengang an.[38] Und er war von vornherein recht pessimistisch hinsichtlich seines Ausganges, aus deutscher Sicht könne er bestenfalls „remis" enden, so hat es zumindest Theodor Heuss überliefert.[39] Naumanns umstrittenes „Mitteleuropa-Buch" aus dem Jahr 1915 stellte mithin den Versuch dar, für Deutschland ein Kriegsziel zu propagieren, das auf der Basis dieser Annahme erreichbar schien und zugleich den großen Opfern irgendwie Sinn gab.[40]

Entsprechend glaubte Naumann auch nicht an ein baldiges Kriegsende. Nachdem der Krieg schon über ein Jahr gedauert hatte, befasste er sich mit der „Kunst, Frieden zu schließen", und kam nach einem Rückblick auf die verschiedenen Friedensarten von 1648, 1763 und 1871 zu dem Schluss: Das Friedenschließen sei „eine Kunst im höchsten Sinne des Wortes, ein Werk, wozu Begabung, ja Genialität gehört".[41] Das große Problem sei dabei, dass alle Beteiligten einsehen müssten, nun sei der richtige Zeitpunkt zur Verständigung gekommen. Dafür gäbe es aber gegenwärtig keine Anzeichen.

Dennoch begrüßte Naumann in der Folgezeit alle Ansätze zu einer Beendigung der Schlachten, egal ob sie von Deutschland und Österreich, oder vom Papst oder dem amerikanischen Präsidenten ausgingen.[42] Dabei wurde deutlich, dass er die – noch – Neutralen, aber auch die deutsche Führung unter Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg für friedensbereiter hielt als die Spitzen der deutschen Gegner. Dort würde wie bei einem Religionskrieg auch ideologisch mit Hilfe einer von Naumann als ungerecht empfundenen Verteufelung Deutschlands agiert.[43] Aber nur wenn beide Seiten sich auf Augenhöhe begegneten, seien sinnvolle Friedensverhandlungen möglich.

Deren Ziel könne nur in einem Verständigungsfrieden liegen, dessen war sich Naumann nun – Ende 1916 – sicher: „In jedem Frieden ist ein Nachgeben von beiden Seiten enthalten."[44] Im Vorstoß des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson Anfang 1917 erblickte Naumann trotz aller Kritik im Detail dann zunächst auch einen „großen Wurf" zur „Herbeiführung einer

38 Friedrich Naumann: Der Krieg. In: Die Hilfe 32 v. 6.8.1914, S. 511 f.
39 Heuss: Naumann (wie Anm. 20), S. 334., sowie ders: Friedrich Naumann als politischer Pädagoge (1931). In: Antonio Missiroli: Die Deutsche Hochschule für Politik. St. Augustin 1988, S. 121-129, hier S. 121.
40 Vgl. dazu Jürgen Frölich: Friedrich Naumanns "Mitteleuropa". Ein Buch, seine Umstände und seine Folgen. In: Rüdiger vom Bruch (Hrsg.), Friedrich Naumann und seine Zeit. Berlin 2000, S. 245-267.
41 Friedrich Naumann: Die Kunst, Frieden zu schließen. In: Die Hilfe 48 v. 2.12.1915, S. 772 f., Zitat S. 773.
42 Vgl. ders.: Ein erster Friedensklang. In: ebd. 50 v. 16.12.1915, S. 805 ff., ders.: Kommt der Friede? In: ebd. 51 v. 21.12.1916, S. 833 f., und ders.: Weltfriedenspläne. In: ebd. 5 v. 1.2.1917, S. 69-72.
43 Vgl. ders.: Warum wird weitergekämpft? In: Die Hilfe 2 v. 11.1.1917, S. 20 f.
44 Naumann: Kommt der Friede? (wie Anm. 42), S. 834.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Friedensstimmung“,[45] womit er sich in die Reihen der „Linken und Liberalen in Europa und Amerika“ einreihte, die zumeist Wilsons Rede vor dem Senat begrüßten.[46] Auch nachdem die USA dann kurz darauf in den Krieg eintraten, änderte sich nichts an Naumanns grundsätzlicher Überzeugung. Er übernahm die von den Sozialdemokraten geprägte Friedens-Formel „Ohne Annexionen und ohne Entschädigungen“ und stimmte am 19. Juli 1917, obwohl er Schwierigkeiten bei der Umsetzung prophezeite, für die Friedensresolution des Reichstags.[47]

Naumann verband damit weniger Hoffnung auf bald beginnende Friedensverhandlungen als vielmehr ein Signal nach außen: „(D)as Eroberungsgeschwätz muss erledigt werden“[48] und könne nun „nicht mehr der Nation im ganzen auf ihr Konto gesetzt werden“, wie er seinen in diesem Punkt skeptischen Adlatus Theodor Heuss belehrte.[49] Ob es nun solche und ähnliche Kritik war oder das Ausbleiben von positiven Reaktionen, muss zunächst offen bleiben; in jedem Fall hat Naumann einen Monat später nochmals seine Position konkretisiert: Auch der Reichstagsmehrheit ginge es nicht um Frieden um jeden Preis. Und er fügte wieder pessimistischer gestimmt hinzu: „Noch ist die Geschichte als Kampf ums Dasein nicht an ihrer Endform angelangt.“[50]

Dennoch sah er weiterhin die Notwendigkeit, zum Frieden zu gelangen. In einer Reichstagsrede im Oktober 1917 rekurrierte Naumann auf ein Beispiel, das normalerweise im national-liberalen Bürgertum eher negative Gefühle auslöste, den Westfälischen Frieden. Nun fand Naumann dessen Ansatz vorbildlich, weil damit nach langem militärischen und diplomatischen Ringen eine „Atmosphäre des Friedens“ geschaffen worden sei. Eine solche müsse auch jetzt „erst über die Erde hinwegziehen, bis ein Volk und noch eins und wieder ein anderes davon ergriffen werde“.[51] Mit der Reichstagsresolution fand er die Deutschen nun „in Friedensgesinnung an der Spitze marschieren(d)“, wie es Kanzler Bethmann Hollweg einmal gefordert hätte.[52]

Der Vertrag von Brest-Litowsk gab die nächste Gelegenheit für Naumann, sich mit der Friedensfrage zu beschäftigen. Zunächst forderte er, dass ein Friedensschluss nicht auf Kosten der kleineren Völker gehen dürfe, hier die

45 Ders.: Weltfriedenspläne (wie Anm. 42), S. 72.
46 Manfred Berg: Woodrow Wilson. Amerika und die Neuordnung der Welt. München 2017, S. 113.
47 Vgl. Friedrich Naumann: Die Friedensformel. In: Die Hilfe 20 v. 17.5.1917, S. 320 (Zitat), u. Verhandlungen des Reichstags Bd. 310, S. 3599.
48 Friedrich Naumann: Die Friedensformel. In: Die Hilfe 30 v. 26.7.1917, S. 480 ff., Zitat S. 480.
49 Theodor Heuss: Aufbruch im Kaiserreich. Briefe 1892-1917. Hrsg. von Frieder Günther. München 2009, S. 516 ff., Zitat S. 518, Anm. 8.
50 Friedrich Naumann: Zur Friedensfrage. In: Die Hilfe 34 v. 23.8.1917, S. 537 f., Zitat S. 538.
51 Verhandlungen (wie Anm. 47) S. 3798.
52 Ebd. S. 3799.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Position aus seinem Mitteleuropa-Plan übernehmend: „Wenn uns in diesen Tagen etwas die Freude am erlangten trübt, so ist es das deutsche Ungeschick, werdende Nationen zu Freunden zu machen."[53] Den Friedenschluss selbst beurteilte er nicht rundweg ablehnend, aber doch durchaus kritisch als einen „Friedensanfang". Naumann stellte dabei eine Prämisse in den Vordergrund, die sich in der Folgezeit als problematisch bzw. für Deutschland nicht erreichbar erweisen sollte: „Da jeder wahre Friede auf Leistung und Gegenleistung beruht, so tritt er nur dann unverkümmert ein, wenn beide vertragschließenden Teile sich frei und sicher bewegen können."[54] Nicht nur ging Naumann zu diesem Zeitpunkt weiterhin davon aus, dass der Krieg mehr oder minder unentschieden ausgehen würde und auf dieser Basis Friedensverhandlungen stattfinden würden; er sah die Chance dazu jetzt auch besser als jemals zuvor seit September 1914, wie er kurz darauf im Reichstag ausführte.[55]

In dieser Rede vom 25. Juni 1918 betonte Naumann, dass Deutschland zwar nicht einen „absoluten Sieg" erlangen werde, aber auch nicht besiegt werden könne. Deshalb sei die weitgehende Wiederherstellung des Status Quo von 1914 die einzige logische und mögliche Konsequenz, um zum Frieden zu kommen. Das größte Hindernis dabei sah Naumann in der britischen Führung, die immer noch die allgemeine Friedenssehnsucht der Völker ignoriere.[56] Die Klärung der Schuldfrage hielt er für müßig. Vielmehr gelte es zu verhindern, dass alles in einen neuen Dreißigjährigen Krieg münde: „Damals entstand maßloses Elend, weil die Kraft, Frieden zu schaffen, die Schöpfungskraft der Politik zu klein war für die großen Probleme der damaligen Gegenwart".[57]

Die Ursachen für die tiefe politische Depression, in die Naumann zumindest im Hinblick auf die Außenpolitik im Frühjahr 1919 stürzen sollte, werden schon 1918 erkennbar. Dabei hatte er selbst noch im September zuvor gewarnt: „Wer alles auf die Karte des Sieges setzt, darf sich dabei aber im Unterbewußtsein nicht verschweigen, dass auch der gegenteilige Fall eintreten kann und dass dieser Fall viel schlimmer ist als eine Verständigung."[58] Die Warnung richtete sich übrigens an beide Seiten in Deutschland, an die Protagonisten eines Siegfriedens, aber auch an diejenigen, die Verständigung im jeden Preis suchten: „Es muß deshalb der Verständigungsfriede mit vorsichtigem Verstande gesucht werden, weil er sonst mißlingt, er ist seiner Na-

53 Friedrich Naumann: Die neue Ostgrenze. In: Die Hilfe 10 v. 7.3.1918, S. 99 f, Zitat S. 100.
54 Ders.: Wir und Rußland. In: Die Hilfe 16 v. 10.5.1918, S. 224 f., Zitat S. 224.
55 Verhandlungen des Reichstags Bd. 313, S. 5642.
56 Vgl. ebd. S. 5643 ff., Zitat S. 5643.
57 Ebd. S. 5647.
58 Friedrich Naumann: Wie kommt man zum Frieden? In: Die Hilfe 36 v. 5.9.1918, S. 423 ff., Zitat S. 424.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tur nach ein Kunstprodukt und kann nicht im Sturm gewonnen werden."[59] Noch wollte aber Naumann seine Hoffnung nicht aufgeben, dass „(a)us der Menschheitszerstörung die Menschheitsidee neu emporgehoben" werde.[60]

IV.

Ein knappes halbes Jahr später, im Februar 1919, hatte Naumann diese Hoffnung allerdings verloren: In seiner ersten Rede in der Nationalversammlung erklärte er, die Deutschen seien zwar bereit zum „ewigen Frieden":

> „Aber dann müssen wir auch fühlen, dass die andere Welt, die Welt der Sieger uns gegenüber Gefühle der Anständigkeit, der Menschlichkeit und der Noblesse besitzt. Man kann es nicht deutlich genug aussprechen: Das, was uns jetzt zerreißt und stört, ist, dass wir seit unserer Niederlage die übrige Welt von einer Härte kennen lernen, die unerhört ist."[61]

Zu diesem Zeitpunkt waren die Friedensbedingungen noch nicht bekannt, so dass Naumann noch einige Erwartungen an den amerikanischen Präsidenten und dessen ursprüngliche Prämissen knüpfen konnte.[62]

Drei Monate später war es auch damit vorbei, und Naumann zeigte sich nun, nachdem die Konditionen klar waren,[63] tief enttäuscht, ja sogar entrüstet. Die neue Friedensordnung mutete ihm an als „Grundlage eines englisch-amerikanischen Weltherrschaftssystems", in dem für Deutschland nur „die Rolle des Heimarbeiters der Nationen" bliebe. Unter diesen Umständen könnten die Deutschen „niemals mehr erwerben, als was gerade zur Aufrechterhaltung der Arbeitskraft nötig ist".[64] In der nächsten Ausgabe der „Hilfe" führte er zehn Punkte auf, warum „der Friedensentwurf der Weltmächte tatsächlich undurchführbar ist", darunter auch die Warnung, dass damit die demokratische Ordnung auf das Stärkste gefährdet sei.[65] Er kam zu dem Schluss, „das Unterzeichnen des ‚Friedens' ist noch schlimmer als das Nichtunterzeichnen" und forderte zum passiven Widerstand auf.[66]

59 Ebd. S. 424.
60 Ebd. S. 425.
61 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung Bd. 326, S. 58.
62 Ebd. S. 59.
63 Vgl. Kriegschronik. In: Die Hilfe 20 v. 15.5.1919, S. 241 f.
64 Friedrich Naumann: Die Weltpolitik. In: ebd., S. 243 f., alle Zitate S. 244.
65 Friedrich Naumann: Was soll geschehen? In: Die Hilfe Nr. 21 v. 22.5.1919, S. 251 f., Zitat S. 251.
66 Ebd. S. 252.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Konsequent stimmte auch er mit der Mehrheit der Linksliberalen am 22. Juni 1919 gegen die Annahme der Friedensbedingungen,[67] um kurz darauf noch einmal seine Frage „Was ist der Friede?“ aus dem Jahr 1904 aufzugreifen. Angesichts des „Pariser Gewaltfriedens“ fand Naumann, dass „die pessimistische Gesamtauffassung der Friedensfrage Recht behalten“ habe.[68] Zwar habe auch die frühere deutsche Führung ein gerütteltes Maß an Mitschuld, aber das sei jetzt irrelevant, die deutsche Großmachtrolle sei vorüber, „unser Leben ist von nun an mit dem Atmen aller ringenden, blutarmen, geschlagenen Nationen verbunden. Für sie und uns suchen wir das große Recht, den großen Zwang, die große Gleichheit.“[69]

Es ist unklar, ob Naumann sich dabei bewusst war, dass das Letztzitierte und die Schlusspassage dieses Artikels – „Wir organisieren die Menschheit von unten her, vom Keller aus. Das ist deutsche Lebenshaltung“ – durchaus als außenpolitische Drohung verstanden werden konnte, gewissermaßen als Aufruf zum Kampf der Nationen analog zum Klassenkampf.

Jedoch legt ein letzter Artikel in der „Hilfe“ zum Völkerbund nahe, dass Naumann wohl eher an eine Art friedlichen „Klassenkampf“ ohne Gewalt dachte, sicherlich nicht zuletzt im Wissen um die deutsche Schwäche. Jetzt konnte er sich mit dieser früher verspotteten Idee als „Schutzmittel der Kleinen“, also auch Deutschlands, durchaus anfreunden. Ob sich der Völkerbund dazu entwickeln würde, hinge von seinem Sitz ab: „In London wird er als Herrschaftsmittel, in Genf aber als Schutzmittel gedacht.“[70] Da Naumann kurz darauf verstarb, erlebte er die Konstituierung des Völkerbundes in der Schweiz nicht mehr. Es muss offenbleiben, ob dies sein Fünkchen Hoffnung verstärkt hätte, zumal Deutschland ja erst 1926 Mitglied werden konnte. Aber der nun zuständige Leiter der deutschen Außenpolitik, Gustav Stresemann, ein früherer Gefolgsmann von Naumann übrigens, der dann parteipolitisch andere Wege ging,[71] hätte sich auf Naumann berufen können.

67 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung Bd. 317, S. 1137; zur Haltung der DDP in der Friedensfrage vgl. Andrea Kramp: Georg Gothein. Aufstieg und Niedergang des deutschen Linksliberalismus. Düsseldorf 2018, S. 441-447, sowie Volker Stalmann: Ludwig Haas als Abgeordneter der Nationalversammlung und des Reichtages in der Weimarer Republik (1919-1930). In: Grothe u. a. (Hrsg.): Ludwig Haas (wie Anm. 35), S. 119-155, hier S. 126 ff.

68 Friedrich Naumann: Was ist der Friede? In: Die Hilfe 27 v. 3.7.1919, S. 342 ff., Zitate S. 342 u. 343.

69 Ebd. S. 344.

70 Friedrich Naumann: Die Schutzmittel der Kleinen. In: Die Hilfe 33 v. 14.8.1919, S. 447.

71 Vgl. Gustav Stresemann: Friedrich Naumann (1919). In: ders.: Reden und Schriften 1897-1926. Politik-Geschichte-Literatur 1897-1926 Bd. 1. Dresden 1926, S. 241-250, sowie (Rochus Freiherr von Rheinbaben:) Biographisches Begleitwort. In: ebd. S. 7-60, hier S. 22, u. Jonathan Wright: Gustav Stresemann 1878-1929. Weimars größter Staatsmann. München 2006, S. 29, 33 u. 50.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

V.

Man gewinnt den Eindruck, dass sich unmittelbar vor Naumanns nicht ganz überraschenden, aber wiederum auch nicht absehbaren Tod – sechs Wochen zuvor hatte er, kaum von schwerer Krankheit genesen, den Vorsitz der drittstärksten Partei übernommen – ein Kreis schloss. Naumann war in der Friedensfrage wieder zu der Position zurückgekehrt, die er am Beginn seiner Karriere im Liberalismus eingenommen hatte. Diesmal war es jedoch keine eigenständig entwickelte, sondern eine von der politischen Konstellation aufgezwungene Position, die ihn in seinem zwischenzeitlichen Glauben an eine friedliche Menschheitsentwicklung erschüttert hatte. Nicht, dass Naumann jemals davor Pazifist gewesen wäre. Dagegen spricht alles. Aber der ursprüngliche Sozialdarwinist, der Krieg als ein ganz normales Mittel in der Entwicklung der Völker hielt, ihm sogar durchaus eine positive Wirkung zuschrieb,[72] war im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg vorsichtiger geworden. Der Zustand des Friedens hatte in seinen Augen eine Aufwertung erfahren, nicht unbedingt aus ethischen Motiven, sondern wohl mehr aus der Einsicht, wie schwierig die deutsche Lage im Zentrum Europas war. Die Siegeszuversicht, die den jungen Naumann noch geprägt hatte, war verschwunden. Krieg war damit als politisches Mittel nicht ausgeschlossen, aber er bekam defensiven Charakter und schien Naumann unkalkulierbarer als der Frieden. Insofern erhielt für ihn auch die friedenswahrende Politik einen höheren Stellenwert, selbst wenn Naumann nicht glaubte, dass es dauerhaft friedlich zugehen werde.

Der Ausbruch des Weltkrieges schien dies zu bestätigen und Naumann unterstützte die deutsche Politik, die in seinen Augen und denen vieler anderer nur einen Verteidigungskrieg zu führen schien. Aber Naumann erkannte spätestens zur Kriegsmitte, dass kein Weg an einer Verständigung vorbeiführen würde, und unterstützte in der zweiten Kriegshälfte mit allen Mitteln deutsche Initiativen in dieser Richtung. Dem lag zudem die feste Auffassung zugrunde, dass es keinen Sieger geben würde. Umso tiefer war seine Enttäuschung, als es schließlich anders kam. Dass die Siegermächte in seinen Augen absolut keine Verständigung suchten, machte Naumann in seinen letzten Lebensmonaten zum absoluten Gegner dieses Friedens von Versailles, was er sicherlich mit der großen Mehrheit seiner Landsleute teilte. Ob es dann nochmals zu einem Sinneswandel gekommen wäre, wie etwa bei Gustav Stresemann, wissen wir nicht. Auszuschließen ist es nicht. So bleibt hier nur seine recht wandelbare und schließlich reichlich pessimistische Einstellung

72 Nach Andreas Rödder: Wer hat Angst vor Deutschland? Geschichte eines europäischen Problems. Frankfurt/M. 2018, S. 73, war dies am Vorabend des Ersten Weltkriegs eine verbreitete Haltung.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

in der Friedensfrage zu konstatieren, mit der sich Naumann – im Gegensatz zu vielen anderen „Wilhelminern" – zweifellos nicht leichttat. Dennoch steht er als liberaler Politiker, da ist Friedrich Meinecke sicherlich Recht zu geben, für alternative und vermutlich auch friedlichere Wege Deutschlands in die Moderne.[73]

73 Vgl. auch, mit Schwerpunkt auf der national-sozialen Zeit Moshe Zimmermann: A Road not Taken. Friedrich Naumann's Attempt at Modern German Nationalism. In: Journal of Contemporary History 17 (1982), S. 689-708.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Michael Dreyer

Hugo Preuß, die DDP und Versailles

I.

Große Jubiläen werfen ihren Schatten voraus, und das gilt auch für das Jubiläumsjahr 2019, das nicht nur 100 Jahre Weimarer Republik (ganz zu schweigen von 100 Jahren Bauhaus) auf die Tagesordnung setzt, sondern auch 100 Jahre Versailler Vertrag. Es ist bemerkenswert, welche umfassende Bücherernte der Versailler Vertrag bereits vor Beginn des Jahres 2019 getragen hat.

Besonders einschlägig sind die Bände von Eckart Conze, Robert Gerwarth, Gerd Krumeich und Jörn Leonhard, die sich spezifisch mit dem Kriegsende und vor allem Versailles befassen.[1] Die drei deutschen Bücher sind in Publikumsverlagen erschienen, das Thema hat also offenbar Konjunktur.

Die Bücher kommen auch nicht gerade leichtgewichtig daher. Die vier gerade genannten Werke werfen immerhin 558 (Conze), 446 (Gerwarth), 328 (Krumeich) und 1531 Seiten (Leonhard) auf die Wagschale, also insgesamt nicht weniger als 2863 Seiten, von denen mehr als die Hälfte bereits von Jörn Leonhardt geliefert wird. Ein Irrtum wäre es nun allerdings, auf diesen vielen Seiten eine Vielzahl von Informationen zum engeren Thema dieses Aufsatzes zu erwarten, also zum Liberalismus und seiner Rolle beim Versailler Friedensschluss. Tatsächlich sieht es damit sogar recht mager aus. In Leonhards Band wird die Deutsche Demokratische Partei (DDP) acht Mal erwähnt; außer einem Hinweis auf die Ehrenerklärung nach der Verabschiedung des Vertrages in der Nationalversammlung (S. 1017) ist nichts dabei,

1 Eckart Conze: Die Große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt. München 2018; Robert Gerwarth: The Vanquished. Why the First World War Failed to End, 1917-1923. London 2016; Gerd Krumeich: Die unbewältigte Niederlage. Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Republik. Freiburg,/Basel,/Wien 2018; Jörn Leonhard: Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923. München 2018. Nicht berücksichtigt wurden hier Andreas Platthaus: 18/19. Der Krieg nach dem Krieg. Deutschland zwischen Revolution und Versailles. Berlin 2018 (da hier der Fokus etwas anders liegt) und Klaus Schwabe: Versailles. Das Wagnis eines demokratischen Friedens 1919-1923. Paderborn 2019 (das „erst" im April 2019 erschien). Über der Flut der neuen Bücher sollten wichtige ältere Abhandlungen nicht vergessen werden; etwa Margaret MacMillan: Paris 1919. Six Months that Changed the World. New York 2001, dt. Die Friedensmacher. Wie der Versailler Vertrag die Welt veränderte. Berlin 2015.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

was für unseren Kontext einschlägig wäre. Bei Conze findet sich über die zunächst einhellige Ablehnung des Versailler Vertragsentwurfes der Satz „Allein die DDP blieb ihrer ablehnenden Haltung treu“ (S. 368), was allerdings auch schon die gesamte Ausbeute darstellt.

Schaut man nach den handelnden Personen des Linksliberalismus, ist die Lage kaum anders. Friedrich von Payer, Fraktionsvorsitzender der DDP, wird zwar einmal von Conze (S. 123), zweimal von Leonhard (S. 103, 243) und viermal von Krumeich (S. 69, 121, 125 f.) erwähnt – aber alle sieben Stellen beziehen sich auf die Regierung des Prinzen Max von Baden. Eugen Schiffer, Vizekanzler und Finanzminister, ab dem 9. Juli als Nachfolger Payers Fraktionsvorsitzender der DDP und als solcher zentral für die Ehrenerklärung, wird lediglich zweimal von Leonhard (S. 437, 1017) erwähnt.

Dies ist nicht als Vorwurf an die Autoren gemeint, sondern als Beleg dafür, dass eine spezifische Untersuchung der Rolle, die die Liberalen in der Nationalversammlung im Zusammenhang des Versailler Vertrages gespielt haben, noch weitgehend aussteht. Und das ist eigentlich erstaunlich, wenn man bedenkt, dass dieser Friedensvertrag immerhin den Grund für den Bruch der Weimarer Koalition bedeutete. Dabei ist die Zahl der liberalen Akteure, die in der Auseinandersetzung um den Versailler Vertrag direkt oder indirekt eine bedeutende Rolle spielten, mindestens ebenso groß wie bei den anderen Parteien der Weimarer Koalition, wenn nicht größer.

II.

Wenn hier von liberalen Akteuren die Rede ist, dann sind damit nur Politiker der DDP gemeint. Die Deutsche Volkspartei (DVP) kommt nicht in Betracht, da sie erstens als Oppositionspartei ohnehin keinen nennenswerten Einfluss auf die Politik nehmen konnte. Es ist zweitens sehr fraglich, ob man die DVP von 1919 als liberale Partei bezeichnen kann; in jedem Fall ist sie antidemokratisch und anti-republikanisch eingestellt. Die DVP ab 1925 mag eine andere Frage sein, doch unser Untersuchungszeitraum ist auf 1919 beschränkt.

Aber auch ohne Stresemann bleiben noch viele Akteure übrig, sei es als direkt beteiligte Delegationsmitglieder in Versailles, sei es als Politiker in Weimar und Berlin. Neben dem großen alten Mann des Linksliberalismus und, ab Juli, Parteivorsitzenden Friedrich Naumann stehen der Fraktionsvorsitzende Friedrich von Payer und die Reichsminister Bernhard Dernburg, Georg Gothein, Hugo Preuß und Eugen Schiffer; letzterer scheidet zwar bereits Mitte April aus dem Kabinett, wird aber am 9. Juli, also nach der Versailler Entscheidung, Payer als Fraktionsvorsitzender ablösen. Conrad Haußmann war als Vorsitzender des Verfassungsausschusses zumindest am Rande

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

mitbeteiligt. Zentral in Versailles selbst war natürlich Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau, während des Krieges Botschafter in Dänemark und jetzt Außenminister, der der DDP zumindest nahestand. Walther Schücking war als bekannter Pazifist und Völkerrechtler Mitglieder der Weimarer DDP-Fraktion wie auch der Versailler Friedensdelegation. Als Pazifist spielte auch der Historiker Ludwig Quidde in der Fraktion eine gewisse Rolle.

Nicht unterschätzen darf man auch die Rolle der wichtigsten liberalen Journalisten. Georg Bernhard war der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung", Theodor Wolff der des „Berliner Tageblatts", und beide spielten mit ihren geschliffenen und meinungsstarken Leitartikeln, aber auch als Mitbegründer der DDP eine Rolle im Minenfeld zwischen Öffentlichkeit und Politik.

Von allen diesen Akteuren sprachen sich am Ende der Verhandlungen, als es angesichts der Entente-Ultimaten nur noch um Annehmen oder Ablehnen ging, lediglich Bernhard und der südwestdeutsche Liberale von Payer für die Annehme des Vertrages aus. Alle anderen, wie auch die DDP-Fraktion insgesamt, votierten für die Ablehnung. Dies soll zunächst nur konstatiert, aber noch nicht bewertet werden. An dieser Frage ist bekanntlich die Weimarer Koalition zerbrochen, und die DDP schied – wenn auch nur für wenige Monate – aus der Regierung aus. Die Frage, die zunächst gestellt werden muss, ist die nach der Willensbildung der liberalen Partei. Warum kam die DDP bei der Bewertung der Vertragsvorlage zu einem völlig anderen Ergebnis als ihre beiden Koalitionspartner?

III.

Von den drei zentralen Akteuren und Entscheidungsträgern, dem Kabinett, der Nationalversammlung und der Delegation in Versailles kam dem Kabinett die geringste Rolle zu. Das ist einigermaßen verwunderlich, denn eigentlich sollte das Kabinett als Leiter der Reichspolitik der primäre Entscheidungsort sein. Dazu kam es nicht, da die Delegation in Versailles und insbesondere deren Leiter, Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau, regelmäßig die Vorstellungen des Kabinetts ignorierte – bis hin zur Missachtung direkter Anweisungen.[2] Unter normalen Umständen hätte ein solches Verhalten die Absetzung des verantwortlichen Ministers zur Folge gehabt, ganz unabhängig von der Frage, wie man die Meriten der jeweiligen Positionen be-

2 Vgl. Michael Dreyer/Oliver Lembcke: Die deutsche Diskussion um die Kriegsschuldfrage 1918/19. Berlin 1993, S. 250 und passim. Zum Außenminister generell siehe Christiane Scheidemann: Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869-1928). Eine politische Biographie. Frankfurt a.M. 1998.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

urteilen mag. Aber die Umstände waren eben nicht normal. Die Verhandlungszeit in Versailles war kurz, und ein Wechsel an der Delegationsspitze war praktisch kaum möglich – eine Position der Stärke, die Brockdorff-Rantzau bis hin zur direkten Insubordination gegenüber dem Kabinett ausnutzte.

Auch in der Delegation war die DDP stärker vertreten, als es ihrem Gewicht als Partei entsprochen hätte. Neben den Reichsministern Otto Landsberg (SPD) und Johannes Giesberts (Zentrum) sowie dem Präsidenten der Preußischen Landesversammlung Robert Leinert (SPD) gehörten zur Delegation noch der Völkerrechtler und DDP-Abgeordnete Walther Schücking, der Bankier und DDP-Politiker Carl Melchior und natürlich Brockdorff-Rantzau, der der DDP nahestand. Die für die Verhandlungsstrategie der Friedensdelegation wichtigste Untergruppierung waren die vier Autoren der sogenannten „Professorendenkschrift", die zur Aufgabe hatte, der deutschen Alleinschuld am Krieg entgegenzutreten. Hierzu gehörten der Historiker Hans Delbrück, der Völkerrechtler Albrecht Mendelssohn Bartholdy, der Pazifist und ehemalige General Max Graf Montgelas und der Sozialwissenschaftler Max Weber. Delbrück ist als gemäßigt konservativ einzuschätzen – was die Suche nach einer passenden Partei in Weimar schwierig machte, und konsequenterweise schloss sich Delbrück in Weimar auch keiner Partei mehr an, obwohl er im Kaiserreich mit Mandaten im Reichstag und im Preußischen Abgeordnetenhaus durchaus auch als Politiker gewirkt hatte. Weber war Gründungsmitglied der DDP, und die beiden anderen Autoren standen ihr zumindest nahe.

Mit anderen Worten: von den zehn zentralen Akteuren der Friedensdelegation in Versailles gehörten sechs der DDP an oder standen ihr zumindest nahe; ein bemerkenswertes Ungleichgewicht. Dass sich dies zugunsten einer rationalen, abgewogenen und sachorientierten Vorgehensweise ausgewirkt hätte, kann man allerdings nicht behaupten.

Insbesondere am deutschen Außenminister, der die Delegation intellektuell und diplomatisch dominierte, scheiden sich die Geister – sowohl damals wie heute. Unbestritten ist, dass Graf Brockdorff-Rantzau seine Rede anlässlich der Übergabe der Vertragsbedingungen im Sitzen verlas, während der 28 Jahre ältere französische Ministerpräsident Clemenceau seine Rede stehend hielt.[3] Unbestritten ist, dass der Kern der Verhandlungsstrategie Brockdorff-Rantzaus darin bestand, die Entente mit einem „Notenkrieg" zu überziehen

3 Conze: Große Illusion (wie Anm. 1), S. 350, verweist darauf, dass das Sitzenbleiben gegen den Rat der Friedenskommission erfolgt sei – es beruhte also nicht auf Nervosität, sondern war geplant. An gleicher Stelle schätzt Conze den Grafen Brockdorff-Rantzau wie folgt ein: „Hohe Intelligenz paarte sich mit geradezu maßloser Ambition, aber auch Missgunst und Kritikunfähigkeit." Auch Brockdorff-Rantzau selbst behauptete, er habe sich „nach reiflicher Überlegung" entschlossen, nach der „hochfahrend[en]" und „herausfordernd[en]" Rede von Clemenceau sich nicht zu erheben. Das Original der Aufzeichnung, vermutlich vom Jahreswechsel 1919/20, findet sich im Nachlass Brockdorff-Rantzau im Politischen Archiv

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und für alle Sachthemen ganz ausführliche Eingaben und Gegenvorschläge zu machen. Es war Brockdorff-Rantzau, und nicht die Entente, der den Art. 231 des Vertragsentwurfes zum Dreh- und Angelpunkt machte und damit von den Sachfragen auf die Kriegsschuldfrage auswich.[4] Und es kommt hinzu, dass der Außenminister, wie bereits ausgeführt, mehrfach direkte Anweisungen des Reichskabinetts ebenso direkt unberücksichtigt ließ. Dies alles ist Symbolpolitik gewesen; die Form ist hier wichtiger als die Funktion der einzelnen politischen Handlungen. Es ist darüber diskutiert worden, ob die Verlesung der Rede im Sitzen den schwachen Nerven des Grafen zuzuschreiben war oder ob es eine bewusste Handlung war. Große Teile der deutschen zeitgenössischen Presse interpretierten es als mannhaft-deutsche Haltung gegenüber den ehrabschneidenden Bedingungen des Vertrages.[5] Das Problem war nur, dass dem Grafen nicht deutsche Zeitungsredaktionen gegenübersaßen, sondern die politischen Vertreter der 27 Siegermächte des Ersten Weltkriegs. Und diese nahmen die Symbolpolitik als bewusste Provokation wahr, als typisch deutsche Arroganz auch noch nach dem verlorenen Weltkrieg.

Symbolpolitik ist manchmal angemessen; man denke nur an Willy Brandts Kniefall im Warschauer Ghetto von 1970 oder Kennedys Satz „Ish bin ein Bearleener“ von 1963.[6] In Versailles war sie nicht angemessen und verkannte zudem die deutsche Position vollkommen. Das muss nicht notwendig heißen, dass bei einem flexibleren und kompromissbereiteren deutschen Auftreten, mit Reden, die stehend gehalten werden, ohne Notenkrieg und ohne Kriegsschuldfrage und unter Beachtung der Berliner Richtlinienkompetenz notwendig ein besseres Ergebnis zu erhandeln gewesen wäre. Die 27 Entente-Mächte hatten sich mühsam auf einen Kompromiss untereinander verständigen müssen, und das gemeinsame Angebot an Deutschland war kaum noch zu ändern. Zudem war die Überzeugung von der deutschen

des Auswärtigen Amtes; es wird wörtlich wiedergegeben in Dreyer/Lembcke: Kriegsschuldfrage (wie Anm. 2), S. 138, Fn. 99. Dort allerdings auch andere Interpretationen, zum Teil von Brockdorff-Rantzau selbst, die die Beweggründe komplex erscheinen lassen.

4 Conze: Große Illusion (wie Anm. 1), S. 322, ist zuzustimmen, wenn er zum Art. 231 konstatiert: „Es ging hier um die deutsche Haftung und nicht um eine prinzipielle Aussage zur Kriegsschuld.“ Ähnlich auch bereits Dreyer/Lembcke: Kriegsschuldfrage (wie Anm. 2), S. 123 ff. Anderer Auffassung, auch zur Rolle Brockdorff-Rantzaus, ist Krumeich: Unbewältigte Niederlage (wie Anm. 1), S. 160 ff.

5 Vgl. Dreyer/Lembcke: Kriegsschuldfrage (wie Anm. 2), S. 140, mit Nachweisen der Reaktionen aus Deutschland und aus dem Ausland. Zur verheerenden Wirkung der Rede in Versailles selbst vgl. auch Conze: Große Illusion (wie Anm. 1), S. 351.

6 Zum Begriff etwa Jens Jessen: Symbolische Politik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 20/2006 (15. Mai 2006), S. 3-6, sowie auch die anderen Beiträge in diesem Heft. Vgl. auch Carl Deichmann: Symbolische Politik und politische Symbolik. Dimensionen politischer Kultur. Schwalbach am Taunus 2016. Zu Kennedys Rede vgl. Andreas W. Daum: Kennedy in Berlin. Politik, Kultur und Öffentlichkeit im Kalten Krieg. Paderborn 2003.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Kriegsschuld für die Entente so evident, dass es eher auf Verblüffung stieß, dass Deutschland ausgerechnet dieses Thema nach vorne spielte. Höchstwahrscheinlich wären die letztlichen Vertragsbedingungen so oder so die gleichen gewesen. Trotzdem ändert das nichts an der katastrophalen Fehleinschätzung des deutschen Spitzendiplomaten.

Das Stichwort der Symbolpolitik behält auch Bestand, wenn man sich die Reaktionen auf den Vertragsentwurf in Deutschland ansieht. Am 7. Mai – nicht ganz zufällig der vierte Jahrestag der Versenkung der Lusitania durch ein deutsches U-Boot – war der Vertragsentwurf überreicht worden, am 12. Mai kam die Nationalversammlung zu einer Sondersitzung zusammen. Dies geschah bezeichnenderweise nicht in Weimar, sondern in Berlin, und hier auch nicht im Reichstag, sondern in der Aula der Universität, also dem Ort, an dem Fichte 1807/08 seine „Reden an die deutsche Nation" hielt. Das war bewusst so gewählt, und der Berliner Jurist Wilhelm Kahl, sowohl Professor an der gastgebenden Universität wie DVP-Abgeordneter in der Nationalversammlung ging in seinem Grußwort auf diese Reden von Fichte explizit ein – nicht unbedingt ein im Ausland überzeugender Ausdruck von Friedfertigkeit.

Die Sitzung wurde um 15:13 Uhr vom Parlamentspräsidenten Constantin Fehrenbach eröffnet und um 20 Uhr von ihm wieder geschlossen. In den knapp fünf Stunden dazwischen kamen 18 Redner zu Wort, die genau ausgesucht und nach symbolischen Kriterien für bestimmte Gruppen sprachen. Am einfachsten bekommt man den Überblick über die Redner in einer tabellarischen Zusammenstellung:

Redner	**Funktion**
Constantin Fehrenbach (Präsident der NV, Z)	Sitzungseröffnung
Prof. Dr. Dr. Dr. Wilhelm Kahl (DVP)	Begrüßung in der Universität
Philipp Scheidemann (SPD)	Reichsregierung
Paul Hirsch (SPD)	Preußischer Ministerpräsident *Länder*
Hermann Müller (SPD)	SPD
Adolf Gröber (Zentrum)	Zentrum
Clara Schuch (SPD)	*Frauen*
Conrad Haußmann (DDP)	DDP

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Redner	**Funktion**
Joseph Bitta (Zentrum)	*Oberschlesien*
Arthur Graf von Posadowsky-Wehner (DNVP)	DNVP
Andreas Blunck (DDP)	*Schleswig*
Georg Schultz (DNVP)	*Posen*
Gustav Stresemann (DVP)	DVP
Hugo Haase (USPD)	USPD
Helene Weber (Zentrum)	*Eupen-Malmedy*
Heinrich Löffler (SPD)	*Saar und Pfalz*
Alexander Graf zu Dohna-Schlodien (DNVP)	*Westpreußen*
Ludwig Quidde (DDP)	*Pazifist*
Constantin Fehrenbach (Präsident der NV, Z)	Nationalversammlung

Man merkt die sorgfältige Regie: zwei der 18 Redner haben in ihrer offiziellen Funktion gesprochen, Nationalversammlungspräsident Fehrenbach und Reichsministerpräsident Scheidemann. Sechs Redner treten für die großen Fraktionen in der Nationalversammlung an, und zwar wesentlich in der Reihenfolge ihrer Größe (SPD, Zentrum, DDP, DNVP; danach waren DVP und USPD vertauscht). Zehn Redner standen für spezielle Interessen, nämlich die Universitäten, die deutschen Länder, die Frauen, die Pazifisten und für sechs Gebiete, deren Abtrennung drohte. Auch bei den Rednern, die speziellen Interessen Gehör verschafften, wurde auf einen Parteiproporz geachtet. Drei Redner (allesamt mit deutlich kürzerer Redezeit als die Fraktionen) gehörten zur SPD, je zwei zu Zentrum, DDP und DNVP, und ein Redner zur DVP – es waren also alle Parteien vertreten, mit Ausnahme der USPD. Vielleicht hat man auf einen zweiten USPD-Redner verzichtet, weil diese Partei von Anfang an – bei aller Ablehnung des Versailler Vertragsentwurfes – darauf hinwies, dass man am Ende wohl oder übel werde unterschreiben müssen.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Damit stand die USPD in der Nationalversammlung allein, jedenfalls am 12. Mai. Alle anderen Parteien, alle anderen Redner legten dar, warum dieser Vertrag inakzeptabel wäre. Diese Haltung gipfelte bereits in der Rede Scheidemanns ganz am Anfang, in der der berühmte Satz fiel: „Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar!“[7] Noch bezeichnender ist die Reaktion der Abgeordneten auf diese Festlegung: „Minutenlanger brausender Beifall im Hause und auf den Tribünen. – Die Versammlung erhebt sich. – Erneutes stürmisches Bravo und Händeklatschen.“ Im Grunde sind die Reden austauschbar, nur die Details wechselten. Fast alle Redner erwähnten an prominenter Stelle auch den vermeintlichen Rechtsfrieden, der Deutschland im Herbst 1918 zugesichert worden sei und der jetzt verletzt würde. US-Präsident Woodrow Wilson machte an diesem Tag endgültig die Metamorphose vom erhofften Retter zum teuflischen Verräter durch.[8] Am weitesten ging in der Beschwörung des Rechtsfriedens Conrad Haußmann, als er für die DDP erklärte:

> „Aber über das hinaus ist der Vertrag rechtswidrig. […] Und ich spreche aus: Wenn unser Heer und unsere Arbeiter am 5. und 9. November gewußt hätten, daß der Friede so aussähe, dann würde unser Heer und selbst die Soldatenräte die Waffen nicht niedergelegt haben und unsere Arbeiter würden ausgeharrt haben, bevor sie Deutschland so niederwerfen ließen. (Stürmischer Beifall im ganzen Hause.) Der Vertrag ist aber auch unsittlich.“[9]

Drei Reden sind allerdings bemerkenswert in der ansonsten konsensualen Orgie der Ablehnung. Präsident Fehrenbach und der Pazifist Ludwig Quidde waren die einzigen Redner, die die Kriegsschuldfrage ansprachen. Auch in den Medien hatte dieses Thema zwischen der Übergabe des Vertragsentwurfs und der Sitzung in der Berliner Aula kaum eine Rolle gespielt; zu sehr war man damit beschäftigt, sich über die materiellen Bedingungen des Vertrages zu empören. Graf Posadowsky-Wehner und Stresemann sprachen von den Ehrenpunkten des Vertrages, aber damit meinten sie die Auslieferung des Kaisers und Art. 228 des Vertrages – den Art. 231 erwähnten sie nicht. Dies ist ein erneuter Beleg dafür, dass die Zentralität der Kriegsschuldfrage erst durch Brockdorff-Rantzau und seine Strategie konstruiert wurde, aber keineswegs von Anfang an die Rolle hatte, die sie später bekommen sollte.

Die dritte bemerkenswerte Rede ist die von Hugo Haase, dem USPD-Vorsitzenden und zugleich Fraktionsvorsitzenden seiner Partei. Nur Haase wagte es, auf einige unangenehme (und nicht zur generellen Botschaft passende)

7 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte, Berlin 1920, Bd. 327, 39. Sitzung, S. 1084.
8 Vgl. zur Rolle Wilsons und der schwankenden Einschätzung in Deutschland Manfred Berg: Woodrow Wilson. Amerika und die Neuordnung der Welt. Eine Biographie. München 2017.
9 Stenographische Berichte (wie Anm. 7), S. 1093.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Fakten zu verweisen, aber auch er prangerte die Situation an der Saar, in Ostpreußen, in Westpreußen und in Deutsch-Österreich an – allerdings mit dem Hinweis, dass die USPD sich gegen Versailles aussprechen könne, da man sich auch dem Frieden von Brest-Litowsk und dem von Bukarest verweigert habe. Niemand sonst erwähnte die beiden Friedensschlüsse aus der Zeit, in der man noch an den Sieg im Weltkrieg glaubte. Und dann fügte er hinzu:

> „Das deutsche Volk muß jetzt furchtbar für die Verbrechen und Sünden seiner Herrschenden büßen. Die ausschweifendsten Gewaltpolitiker, die am meisten dazu beigetragen haben, daß das deutsche Volk in das tiefste Unglück gestürzt ist, versuchen jetzt, von den Spuren abzulenken und die Revolution für das verantwortlich zu machen, was das deutsche Volk zu erdulden hat und noch zu ertragen haben wird. Dieses unehrliche Bemühen muß erfolglos bleiben; denn es ist historische Wahrheit, daß Hindenburg und Ludendorff Ende September vorigen Jahres der Regierung erklärt haben, da der Krieg für das deutsche Volk nicht mehr zu gewinnen sei, daß sie seine Fortführung nicht mehr verantworten könnten, und daß deshalb ein sofortiger Waffenstillstand nachgesucht werden müßte. Die Schuld an der Katastrophe tragen die deutschen und habsburgischen Militaristen, die in der imperialistisch überhitzten Atmosphäre des Sommers 1914 den Weltkrieg entzündet haben, tragen alle diejenigen, die die Kriegspolitik der früheren Regierung unterstützt, die den Krieg verlängert und es auch noch nach dem Waffenstillstand verhindert haben, daß mit dem alten Regime endgültig gebrochen wurde. […] Für unser Volk ist der Friedenszustand unentbehrlich, es braucht ihn schleunigst, um leben zu können."

Haase fügte aber auch noch hinzu:

> „Wir erkennen mit Befriedigung an, daß die Sozialisten der anderen Länder sofort mit größter Entschiedenheit das Werk der eigenen Regierungen bekämpfen und für einen gerechten Frieden für Deutschland eingetreten sind. Ob sie schon jetzt Erfolg haben werden, ist sehr zweifelhaft. Aber in allen Ländern ist der Boden revolutionär unterwühlt: die Weltrevolution ist auf dem Marsche, mag sie auch langsamer weiterschreiten, als es vielen von uns erwünscht ist. Sie wird überall die Befreiung des Proletariats und damit die Befreiung der Menschheit bringen, sie wird auch den Friedensvertrag, der uns jetzt aufgezwungen wird, revidieren."[10]

Damit lag er natürlich endgültig außerhalb der gesamten Sitzungsregie, und die Mehrheitsparteien machten im weiteren Verlauf der Rede ihren Unmut deutlich.

Der für die DDP sprechende Conrad Haußmann war nicht in dieser Gefahr. Ein Teil der Rede ist oben bereits zitiert worden; er gibt den Geist der Ausführungen adäquat wieder. Für Haußmann wollten die Entente-Mächte

10 Beide Stellen ebd., S. 1103 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

in dem Entwurf die „Grundsätze der Demokratie vergewaltigen“,[11] ja, schlimmer noch: „Dieser Friede ist die Fortsetzung des Kriegs mit anderen Mitteln.“ Jetzt erst zeige sich der „Vernichtungswille der Entente“; er sei „eine neue Form von langsamer Folterung eines ganzen Volks“, er ist „Ausdruck und Anstiftung zu einer Verrohung des Völkerrechts, wie sie bisher noch niemals dagewesen ist“, er „entrechtet und entmannt die Souveränität des deutschen Volks“. Haußmann erwähnte die Verletzungen des Völkerrechts, die Gebietsabtretungen und den verbotenen Anschluss Österreichs als Beispiele hierfür. Die Moral sah Haußmann verletzt im Art. 227, der die Anklage gegen Kaiser Wilhelm II. vorbereitete – auch hier also werden die eigentlichen Strafbestimmung aus Teil VII des Vertrages bemüht, und nicht der Art. 231 aus Teil VIII des Vertrages. Der Gipfel der Rede war vorhersehbar:

> „Wir sind wehrlos, aber nicht willenlos. Der Feind kann offen Gewalt anwenden, er kann den Krieg fortführen gegen Waffenlose, er kann einen Landvogt ins Land setzen. Wir aber können und müssen erklären, und ich erkläre es namens meiner Freunde, daß dieser Vertrag unannehmbar ist. Das ist unser fester einmütiger Wille, komme was da kommen mag. Es kann nicht schlimmer kommen, als die Selbstauferlegung dieses Jochs für uns bedeuten würde. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Der Feind wird einmarschieren. Er kann die Hungerblockade machen. Er kann der Welt das Schauspiel und den Tatbestand einer Hungererpressung geben. Aber der Anblick dieses Martyriums der Vaterlandsliebe wird für uns nur für Gerechtigkeit werben, auch in den Herzen aller anständigen Ausländer.“[12]

Der Appell an die Weltmoral ist im Grunde eine Abkehr von der Politik und damit, hinter aller Rhetorik des Widerstandes, ein Eingeständnis des Scheiterns der eigenen Linie. Die Realität im Land sah anders aus.

Bezeichnend als Indikator für die wahre Stimmung ist ein Bild des Reichstags mit der handschriftlichen Kennzeichnung „Massendemonstration gegen den Gewaltfrieden am 15. Mai 1919 vor dem Reichstagsgebäude“.[13] Man sieht eine Menschenmenge, die sicherlich einige Tausend Köpfe zählen mag. Wenn der Großraum Berlin nicht mehr Menschen zu einer „Massendemonstration“ zusammenbringen konnte, dann war dies ein Warnsignal an die Politik, dass die Bevölkerung ganz andere Sorgen hatte. Im Großraum Berlin lebten immerhin ca. vier Millionen Menschen; ein Jahr später, bei Inkrafttreten des Großberlin-Gesetzes, sollte das neue Großberlin die drittgrößte Stadt der Welt werden.

11 Alle Stellen ebd., S. 1092 f.
12 Ebd. S. 1093.
13 https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Mass_demonstration_in_front_of_the_Reichstag_against_the_Treaty_of_Versailles.jpg (Zugriff 26.5.2019.).

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zur Vorsicht mahnt auch Ernst Troeltsch, dessen „Spectator-Briefe“ in der Regel eine sehr gute Einschätzung der Lage liefern. Am 26. Juni, also sechs Tage nach dem Rücktritt der Regierung Scheidemann, vier Tage nach der notgedrungen erfolgten Zustimmung der Nationalversammlung zum Vertrag und zwei Tage vor der Unterzeichnung des Vertrages in Versailles, konstatierte er:

> „Je mehr man im Lande, namentlich im Westen, dem Wiederaufleben des Krieges als ernsthafter Konsequenz dieser Politik ins Auge sehen mußte, um so mehr entstand Widerwille vor neuem Krieg. Ein absolutes Friedensbedürfnis erfüllte die Massen, die nicht mehr wollten und nach der Äußerung von kundigen Führern auch nicht mehr konnten. Die Leute sind körperlich und seelisch gebrochen durch all die Leiden und Stürme der letzten Zeit.“[14]

Dieser nüchternen Betrachtung entspricht auch die Aktenlage. Die Zeitungen berichten zwar immer wieder von machtvollen Demonstrationen gegen den Diktatfrieden, aber die Berichte, die in der Reichskanzlei und im Reichsinnenministerium von deren Vertretern vor Ort eingehen, sprechen eine andere Sprache. Hier wird bitter geklagt über das Desinteresse der Bevölkerung an Friedensfragen. Tatsächlich sei die Bevölkerung nur am Tanzen und an Vergnügungen interessiert, nicht aber an einer Mobilisierung gegen den Diktatfrieden.[15]

IV.

Hugo Preuß war trotz seiner Position als Reichsinnenminister an all diesen Vorgängen erstaunlich wenig beteiligt. Als Minister ohne Abgeordnetenmandat stand er außerhalb der Fraktion, und zudem hatte er mit der Weiterführung des Verfassungsentwurfes und den Verhandlungen im Verfassungsausschuss ohnehin genug zu tun.

Schon 1919 legte er in der undatierten Einschätzung der Lage einen größeren Realismus an den Tag als seine ablehnenden Parteifreunde:

> „Der feindliche Entwurf war das Resultat monatelanger mühseliger Verhandlungen zwischen den Alliierten gewesen; jede Abänderung an irgend einem wesentlichen Punkte mußte den kaum erreichten und viel umstrittenen Ausgleich der

14 Ernst Troeltsch: Die Fehlgeburt einer Republik. Spektator in Berlin 1918 bis 1922. Zusammengestellt und mit einem Nachwort versehen von Johann Hinrich Claussen. Frankfurt a.M. 1994, S. 58 (26. Juni 1919).

15 Nachweise hierzu in Dreyer/Lembcke: Kriegsschuldfrage (wie Anm. 2), S. 157 ff.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

einander mannigfach durchkreuzenden Interessen der Verbündeten wieder in Frage stellen. Warum sollten sie sich dieser Gefahr aussetzen?“[16]

Aber ganz konnte sich auch Hugo Preuß dem vorherrschenden Geist seiner Partei nicht entziehen, denn er fährt fort, dass Deutschland mit der Ablehnung von Versailles nicht nur sich selbst, sondern auch die Entente in Gefahr gebracht hätte:

„Und diese Gefahr konnte nach Lage der Dinge nur eine einzige sein: daß sich nämlich keine geordnete, im Besitz organisierter Macht befindliche Regierung in Deutschland finden werde, die die Versailler Bedingungen annähme. Die Entente mußte also vor die Wahl gestellt werden: entweder ihre Bedingungen in der Richtung der deutschen Gegenvorschläge wesentlich zu modificieren, oder keine Regierung in Deutschland zu finden, mit der sie Frieden schließen konnte; abgesehen etwa von den Unabhängigen ohne Nationalversammlung und mit allen Folgen eines solchen Zustandes. Das war also der allein entscheidende Punkt.“[17]

Damit war er dann doch wieder auf der Parteilinie gelandet, wenn auch nur für einen Augenblick. Immerhin hatte Preuß auch damals schon genügend Urteilsvermögen, dass er diese Überlegungen nicht veröffentlichte. Es sind private Aufzeichnungen, die sich im Nachlass wiederfinden, die aber offenbar nicht für die öffentliche Debatte gedacht waren. Mit einigem Abstand von der Unterzeichnungskrise, die ja zugleich auch eine Regierungskrise wurde und den Reichsinnenminister um sein politisches Amt bringen sollte, fällt die Nüchternheit der Überlegungen von Preuß auf. Und das gilt gerade im Kontrast zur offiziösen Linie in der deutschen Außenpolitik, die sich mehr und mehr auf den Irrweg der Revision über den Art. 231 versteifte.

1920, in einem Artikel im „Berliner Tageblatt“, betrachtet Preuß die Wirkungen des Vertrages auf die demokratischen Institutionen und die demokratische politische Kultur in Deutschland, und hier, nicht in den konkreten Einzelbestimmungen, sieht er das eigentliche Problem:

„Ob die Unterzeichnung des beispiellosen Friedens von Versailles das äußere Schicksal Deutschlands gerettet oder auch nur gebessert habe, sei hier nicht erörtert. Unzweifelhaft aber hat keine andere Tatsache ärger und verhängnisvoller das Geschick der deutschen Demokratie im Innern beeinflußt. Nichts hat so mächtig die Wirkung jener Agitation gefördert, die von der Lüge lebt, daß der demokratische und der nationale Gedanke Gegensätze seien. [...] Seitdem [...] die Bedingungen von Versailles und ihre Folgeerscheinungen immer mehr die Hoffnungen vernichten, daß es für den deutschen Staat überhaupt eine Rettung gäbe, erheben wieder die Lobredner und Nutznießer der durch ihre eigene Schuld gestürzten al-

16 Hugo Preuß: Aufzeichnungen über die Friedenskrisis. In: Bundesarchiv Berlin, Nachlass Hugo Preuß, 90 Pr 1, Bd. 1, Bl. 24. Vgl. zum Gesamtkomplex Michael Dreyer: Hugo Preuß. Biografie eines Demokraten. Stuttgart 2018, S. 391 f.

17 Preuß: Aufzeichnungen (wie Anm. 16), Bl. 25.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> ten Mächte schadenfroh ihr Haupt. Und ihre weder durch politische Einsicht noch durch staatliches Verantwortlichkeitsgefühl gehemmte Hetze findet starken Widerhall im Volke, das durch seine geschichtliche Vergangenheit aller demokratischen politischen Selbstzucht entwöhnt wurde, und von der übermütigen Rücksichtslosigkeit seiner Besieger zur Verzweiflung getrieben wird. Diese Gewaltpolitik macht es jenen Hetzern leicht, die eigene Gewaltpolitik der Vergangenheit zu rechtfertigen und auf ihre Wiederaufnahme in der Zukunft als einzige Rettung zu verweisen. Aber wenn die Gewaltpolitik der Mächtigen verwerflich ist, so ist eine Gewaltpolitik der Ohnmächtigen verbrecherischer Irrsinn."[18]

Also strukturelle Argumente an Stelle von Moral und Gerechtigkeit. Dieser Linie wird Preuß auch in seinen weiteren Äußerungen zur Thematik treu bleiben. Das Problem ist nicht der vermeintliche Rechtsfrieden, sondern die politische Dummheit, mit der die Siegermächte den Feinden der Demokratie Munition geliefert hatten. Dieser Gedanke zieht sich auch durch die späteren Bemerkungen von Hugo Preuß zum Versailler Vertrag. In den „Bergbriefen" von 1921 beklagt er sich bitter darüber, dass 1814/15 die Solidarität der Reaktionäre größer gewesen sei als 1918/19 die der Demokraten.[19] 1922 folgt in der „Deutschen Revue" ein Aufsatz über „Republik oder Monarchie?", in dem Preuß der Entente vorwirft, sie habe angeblich für die Demokratie gekämpft hätten, den Sieg aber auf eine Art genutzt, „die nicht nur den Prinzipien der Demokratie, sondern jeder vernünftigen Politik ins Gesicht schlägt".[20] Wieder ein Jahr später, 1923, versteigt er sich gar zum Wort vom „verbrecherische[n] Wahnsinn des Versailler Diktats",[21] dessen Unerfüllbarkeit von Anfang an außer Frage gestanden habe. Und er fährt fort:

> „Und weil sich das neue Reich nun einmal zum Allerunmöglichsten verpflichtet hatte, konnten ihm in der Folge die Gegner unter dem falschen Schein der Milderung immer wieder Unmögliches auferlegen und so die deutsche Demokratie von Demütigung zu Demütigung zerren und ihre Regierungen eine nach der anderen unmöglich machen."[22]

Und die 1924 erschienene Aufsatzsammlung „Um die Reichsverfassung von Weimar" beginnt mit einem fiktiven Interview, in dem Preuß einem nicht nä-

18 Hugo Preuß: Nationale Demokratie. In: Ders.: Gesammelte Schriften. Bd. 4: Politik und Verfassung in der Weimarer Republik. Hrsg. von Detlef Lehnert. Tübingen 2008, S. 151-155, hier S. 152. Erstmals Berliner Tageblatt, Nr. 454 v. 26.9.1920.

19 Hugo Preuß: Bergbriefe. Frankfurt a.M. 1921, S. 8. Auch in ders., Gesammelte Schriften. Bd. 4 (wie Anm. 18), S. 194-211, hier S. 199.

20 Hugo Preuß: Republik oder Monarchie? Deutschland oder Preußen? In: Ebd., S. 221-241, hier S. 240. Auch in ders.: Staat, Recht und Freiheit. Hrsg. von Theodor Heuss. Tübingen 1926, S. 446–473, hier S. 472 (erstmals Deutsche Revue 1922).

21 Hugo Preuß: Deutschlands Republikanische Reichsverfassung. 2. erw. Aufl. Berlin 1923, S. 100. Auch abgedruckt in Ders., Gesammelte Schriften. Bd. 4 (wie Anm. 187), S. 307-363, hier S. 355.

22 Ebd., S. 101 bzw., S. 356.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

her bezeichneten „Amerikaner“ Rede und Antwort steht. Preuß beklagt sich dort, dass Deutschland „von den siegreichen Demokratien unter Verhöhnung jedes Rechts und ihrer eigenen Prinzipien gedemütigt, mit Füßen getreten und immer tiefer ins Elend herabgedrückt“ worden sei.[23]

Die Argumentation bleibt über die Jahre hinweg konsistent. Es geht Preuß nicht um die Verletzung der Ehre oder gar den Kriegsschuldparagraphen, auch nicht um den verletzten Rechtsanspruch (auch wenn hier gelegentlich Reminiszensen auftauchen), sondern um das Funktionieren der deutschen Demkratie, das durch die Vorgaben der Entente substantiell gefährdet sei – womit die Entente-Mächte letzten Endes sogar ihren eigenen Interessen entgegen handelten.

V.

Das sind Überlegungen, die ex post facto angestellt werden. Es wäre allerdings illusorisch, anzunehmen, dass Preuß im Juni 1919 irgendjemanden in seiner Fraktion eines Besseren hätte belehren können, selbst wenn er es gewollt hätte. Als Minister ohne Abgeordnetenmandat stand er ohnehin außerhalb der Machtverhältnisse, zudem einzelne Abgeordnete wie etwa der ehrgeizige Erich Koch-Weser ohnehin lieber sich selber als den Außenseiter Preuß auf dem Posten des Ministers gesehen hätten. Koch-Weser, einer der schärfsten Trommler für die Ablehnung des Vertrages, sollte seinen Traum erfüllt sehen. Als die Demokraten nach einer Schamfrist von wenigen Monaten im Oktober 1919 wieder in das Kabinett Bauer eintraten, übernahm er den Posten von Preuß.[24]

Vor allem aber waren es Graf Brockdorff-Rantzau und Walther Schücking, die die DDP-Fraktion auf das „nein“ einschworen. Mit dem moralischen Gewicht und dem Insiderwissen der Friedensverhandlungen konnten die beiden Versailler Delegierten jetzt die Fraktion überzeugen, in der Schücking ja auch Mitglied war. Am 19. Juni, also einen Tag vor dem Bruch der Koalition, hielt Schücking eine flammende Rede in der Fraktion, auf die er offenbar so stolz war, dass er sie später veröffentlichte. Neben den bekannten Argumenten wies er auch darauf hin, dass Deutschland vom Völkerbund

23 Hugo Preuß: Um die Reichsverfassung von Weimar. Berlin 1924, S. 10. Auch in ders.: Gesammelte Schriften. Bd. 4 (wie Anm. 18), S. 367-438, hier S. 369. Preuß schreibt diese Auffassung zwar nicht genauer benannten Gegnern der Demokratie zu, aber er macht sie sich in diesem Aspekt auch zu eigen.

24 Vgl. Michael Dreyer: Hugo Preuß (wie Anm. 16), S. 394, Fn. 225.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ausgeschlossen bleibe, während dort „(d)ie Negerrepublik Liberia [...] ihren gesicherten Platz“ habe.[25]

Nicht durchsetzen konnte sich Friedrich von Payer, der Fraktionsvorsitzende. Als Südwestdeutscher schätzte er die Gefahren eines Einmarsches der französischen Truppen in die Grenzregionen anders ein als der Graf aus dem schleswig-holsteinischen Uradel oder der Marburger Gelehrte. Payer sah in Versailles – wie bereits Haase in der Sitzung vom 12. Mai – das Vorbild von Brest-Litowsk und den deutschen Vormarsch, der sich dort an die zunächst ablehnende Haltung der Sowjetregierung gegenüber den Vertragsbedingungen angeschlossen hatte. Später notierte Payer: „Wie konnte man denn eigentlich annehmen, die Franzosen und Belgier werden uns gegenüber schonender verfahren?“[26] Damit hatte sich der Vorsitzende aber dermaßen weit von seiner Fraktion entfernt, dass ihm nur noch der Rücktritt blieb.

An Payers Stelle trat Eugen Schiffer, der ähnlich wie Koch-Weser nicht von Selbstzweifeln geplagt war. Als erstes verlangte er den Rücktritt der DDP-Minister aus der Regierung und hielt auch die Reaktion darauf fest: „Dernburg und Preuß machen saure Gesichter.“[27] Es half nichts, die DDP schied aus der Regierung aus, und auch Hugo Preuß, der sein Amt ja weit eher dem Volksbeauftragten und nunmehrigen Reichspräsidenten Ebert als seiner Partei verdankte, fühlte sich an die Parteidisziplin gebunden. Immerhin blieb er auf Drängen Eberts als „Reichskommissar“ (ein direkt für Preuß neu geschaffenes, nirgendwo vorgesehenes Amt) noch soweit und so lange im Amt, dass er die letzten Wochen der Verfassunggebung weiterhin mit seiner juristischen wie politischen Expertise begleitete.

Der Bruch der Weimarer Koalition und das Ausscheiden der DDP aus dieser Koalition war weitgehend Symbolpolitik gewesen. Weder ließ sich auf diese Art der Versailler Vertrag verhindern, noch hatte die DDP der bisherigen gemeinsamen Regierungspolitik vollkommen den Rücken zugedreht. An den Beratungen zur Verfassung nahm die DDP weiterhin konstruktiv und produktiv teil; mit Conrad Haußmann als Vorsitzendem des Verfassungsausschusses und Hugo Preuß als nunmehrigem Reichskommissar stellte sie ja auch unverändert zwei der zentralen Spieler in diesem nun wieder in den Mittelpunkt rückenden Politikfeld. Am Ende stimmte die DDP der Verfassung mit großer Geschlossenheit zu, mehr sogar als die hauptsächliche Regierungspartei SPD, bei der viele Abgeordnete aus Unzufriedenheit über die nicht erfolgte Sozialisierung wenigstens von Teilen der Wirtschaft der Abstimmung fern blieben.

25 Walther Schücking: Annehmen oder ablehnen? Rede in der Fraktion der Demokratischen Partei zu Weimar am 19. Juni 1919. Als Manuskript gedruckt. Berlin o.J. [1919], S. 9.

26 Friedrich von Payer. Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder. Frankfurt a.M. 1923, S. 297.

27 Eugen Schiffer. Tagebuch. Bundesarchiv Koblenz, Nachlass Schiffer, N 1191, Nr. 1, Bl. 55.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

In gewisser Weise hatte das Ausscheiden der DDP die weitere Arbeit an der Verfassung sogar einfacher gemacht. Der letzte große Streitfall, der bis in die letzten Tage der Verfassungsberatungen hinein nicht gelöst werden konnte, war der sogenannte Schulkompromiss. Letzten Endes einigten sich Zentrum und SPD auf eine gemeinsame Linie, die den Einfluss der Kirchen auf das Schulwesen im wesentlichen beseitigte, zugleich aber auch religiös bestimmten Privatschulen eine Daseinsberechtigung zusprach. Aber um zu diesem Kompromiss zu gelangen, musste das Zentrum kurz vor Toresschluss noch mit dem Koalitionsbruch drohen. Es ist eine offene Frage, ob die Anwesenheit der laizistischen DDP in der Reichsregierung diesen Kompromiss erleichtert oder nicht vielmehr erschwert hätte.

Dieser Aspekt ist natürlich ein nicht intendierter „outcome" des Ausscheidens der DDP aus der Regierung. Auf den unmittelbaren Friedensabschluss hatte das Ausscheiden keine Auswirkungen, und man kann vielleicht auch davon ausgehen, dass für manchen DDP-Abgeordneten aus grenznahen Regionen die mannhafte Vertragsverweigerung auch dadurch erleichtert wurde, dass die Mehrheit für den Versailler Vertrag niemals in Gefahr stand. Aber das ist natürlich nur Spekulation. Jedenfalls standen SPD, Zentrum und die in dieser Frage von Anfang an realistischen USPD-Abgeordneten ganz überwiegend zusammen, und die Verantwortungslosigkeit der DDP – oder ihr Eintreten für Recht und Moral, je nach Sichtweise des Beobachters – blieb ohne direkte Konsequenzen.

VI.

Die Nationalversammlung stimmte am 22. Juni mit 237 gegen 138 Stimmen bei fünf Enthaltungen dem Friedensvertrag zu und ebnete damit den Weg für dessen Unterzeichnung sechs Tage später in Versailles. Gegen den Vertrag gestimmt hatten außer den meisten DDP-Abgeordneten auch die DNVP und die DVP sowie vereinzelte Abgeordnete der verbleibenden Regierungsparteien, die überwiegend aus den Gebieten stammten, die nunmehr von Deutschland abgetrennt werden sollten.

Immerhin gaben DVP und DDP eine sogenannte „Ehrenerklärung" ab, die den für den Vertrag stimmenden Abgeordneten bescheinigte, dass auch sie aus ehrenwerten Gründen und nach ihrem Gewissen gehandelt hatten – eine Erklärung, die von der DNVP entgegen ursprünglichen Abmachungen verweigert wurde.[28] Die Gefahr einer Mehrheit für die Ablehnung des Vertrages war nie gegeben, und damit musste auch keiner der Vertragsgegner

28 Der Abgeordnete Georg Schultz (Bromberg) erklärte für die Fraktion der DNVP: „Sie setzt als selbstverständlich voraus, daß jedes Mitglied der Nationalversammlung seine eigene

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

letzten Endes darlegen, wie es nach der Ablehnung hätte weitergehen sollen. Preuß‘ Überlegung, dass es dann eben in Deutschland keine Regierung geben werde, mit der die Entente einen Vertrag hätte abschließen können, war schon eine der ausgefeilteren Vorstellungen. Als praktikabel wird man sie kaum bezeichnen könnten.

Erst jüngst hat Eckart Conze darauf verwiesen, dass es schon seit Mai 1919 Einmarschpläne gab, die von Marschall Foch ausgearbeitet worden waren. Der französische Einmarsch in die Rheinlande und in Südwestdeutschland war also nicht nur ein Schreckgespenst, sondern konkrete Planung. Matthias Erzberger, der die demütigenden Verhandlungen um die Waffenstillstandsverlängerungen hatte führen müssen, war anscheinend einer der wenigen, der offen aussprach, dass die Vertragsablehnung „Finis Germaniae“ bedeuten würde. Conze kommentiert lapidar: „Und er hatte recht mit seinem Szenario.“[29]

Brockdorff-Rantzau und Erzberger waren gewissermaßen die Verkörperung des Gegensatzes innerhalb des demokratischen Lagers. Beide litten nicht an geringem Ego, und beide waren davon überzeugt, den einzigen Weg aus der deutschen Misere 1919 in Händen zu halten. Erzberger setzte sich durch, aus guten Gründen, aber mit enormen Kosten für ihn selbst, die in seiner Ermordung gipfelten. Der Hass auf Erzberger war nicht auf offensichtliche Gegner wie den DNVP-Politiker und ehemaligen Vizekanzler des Reiches Karl Helfferich begrenzt.[30] Er reichte bis weit in die DDP hinein, und die Äußerungen von Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“, Brockdorff-Rantzau und anderen über Erzberger entsprechen weitgehend denen von Helfferich. Harry Graf Kessler notiert in seinem Tagebuch schon am 23. Juni 1919, „daß Erzberger das Schicksal Liebknechts teilen wird. Allerdings nicht wie Liebknecht unverdientermaßen, sondern durch seine unheilvolle Tätigkeit selbstverschuldet“.[31] Dem lässt sich kaum noch etwas hinzufügen.

Stellung nach bestem Wissen und Gewissen einnimmt.“ Eine solche „Ehrenerklärung“ war natürlich deutlich weniger wert als die Erklärung von Schiffer für die DDP: „Im übrigen habe ich zu erklären, daß bei meinen politischen Freunden kein Zweifel in die vaterländische Gesinnung und Überzeugung auch derjenigen gesetzt wird, die gestern mit Ja gestimmt haben.“ Für die DVP sagte der Abgeordnete (und spätere Justizminister in den Kabinetten Fehrenbach und Cuno) Rudolf Heinze: „Selbstverständlich erkennen wir an, daß auch die Gegner unserer Ansicht nur aus vaterländischen Grünen handeln.“ Alle drei Zitate sind aus der 41. Sitzung der Nationalversammlung vom 25. Juni 1919; Stenographische Berichte (wie Anm. 7), S. 1140 f. Vgl. auch Conze: Große Illusion (wie Anm. 1), S. 370 f.

29 Conze: Große Illusion (wie Anm. 1), S. 366.

30 Gleichwohl ist die Hetze von Helfferich beispiellos; vgl. etwa Karl Helfferich: Fort mit Erzberger! Berlin 1919. Die Gegenschrift, Matthias Erzberger: Erzberger gegen Helfferich. Berlin 1920, fand deutlich weniger Aufmerksamkeit.

31 Die Tagebücher sind neben verschiedenen Editionen auch Online zugängig; https://gutenberg.spiegel.de/buch/tagebucher-1918-1937-4378/2 (Zugriff 22.4.2019). Zum Hass auf Erzberger etwa Dreyer/Lembcke: Kriegsschuldfrage (wie Anm. 2), S. 143 ff. und S. 174 f.; Conze: Große Illusion (wie Anm. 1), S. 370 f. Vgl. auch Torsten Oppelland: Matthias Erz-

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1919 ist kein Ruhmesblatt in der Friedensgeschichte des Liberalismus. Man ließ sich von Sirenengesängen aus den eigenen Reihen locken, die einen katastrophalen Kurs vorschlugen. Von den eingangs genannten Akteuren haben sich am Ende nur Friedrich von Payer und Georg Bernhard trotz allen Bedenken für den Friedensvertrag ausgesprochen. Alle anderen traten für die Ablehnung des Vertrages ein. Wenn die liberalen Politiker sich durchgesetzt hätten, hätte die deutsche staatliche Einheit mit hoher Wahrscheinlichkeit 1919 ihr Ende gefunden.

berger – der vergessene Märtyrer. In: Michael Dreyer/Andreas Braune (Hrsg.): Weimar als Herausforderung. Die Weimarer Republik und die Demokratie im 21. Jahrhundert. Stuttgart 2016, S. 175-188.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Anne C. Nagel

„Sind die Feinde verrückt geworden?“ Martin Rade, Walther Schücking und die Diskussion um den Frieden von Versailles

Aus dem „Traumland der Waffenstillstandsperiode“ (Ernst Troeltsch) erwachte die deutsche Öffentlichkeit nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen am 7. Mai 1919 mit einem schweren Kater. Dass es kein milder Frieden werden würde, darüber war man sich im Vorfeld allgemein klar gewesen, doch hatte niemand dieses Ausmaß an territorialer, wirtschaftlicher und finanzieller Belastung erwartet. Vielmehr waren große Hoffnungen auf den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson und sein 14-Punkte-Programm gesetzt worden. Unter Berufung auf dieses Programm hatte das Deutsche Reich den Waffenstillstand vom 11. November 1918 unterschrieben und seither auf dessen Einfluss auch auf den künftigen Frieden vertraut. Doch statt eines Verständigungsfriedens drohte nun ein „Gewaltfrieden“, der zu allem materiellen Verlust den Deutschen auch noch die alleinige moralische Schuld am Weltkrieg aufbürdete. Die Diskussion über die Friedensbedingungen von Versailles beherrschte die deutsche Öffentlichkeit wochenlang. Für die Liberaldemokraten im Reich stand sofort fest, dass ihre Annahme unzumutbar sei, und sie vertraten ihre Auffassung trotz größter Bedenken bis zum Schluss. In diesem Sinne äußerte sich der Marburger Theologe und Herausgeber der Wochenschrift „Die Christliche Welt“ (ChW) Martin Rade ebenso wie sein Parteifreund, der ebenfalls in Marburg lehrende Staatsrechtler Walther Schücking. Beide waren während des Krieges öffentlich für einen Verständigungsfrieden eingetreten und hatten das Wilson-Programm vom Januar 1918 begrüßt. Entsprechend groß war die Enttäuschung, als sich in dem Friedensangebot der Siegermächte nichts vom Geist der Verständigung wiederfand.[1]

1 Zum Friedensvertrag erschöpfend: Jörn Leonhard: Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923. München 2018; Eckhard Conze: Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt. München 2018. Zu Rade: Anne Chr. Nagel: Martin Rade – Theologe und Politiker des Sozialen Liberalismus. Eine politische Biographie. Gütersloh 1996; zu Schücking: Detlev Acker: Walther Schücking (1875-1935). Münster 1970 sowie zuletzt Ulf Morgenstern: Bürgergeist und Familientradition. Die liberale Gelehrtenfamilie Schücking im 19. und 20. Jahrhundert. Paderborn u.a. 2012.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Im Folgenden fällt der Blick auf die Haltung Rades und Schückings in der Friedensfrage nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands im November 1918. Wie erlebten sie die angespannten Wochen im „Traumland", wie positionierten sie sich bei Bekanntwerden der Friedensbedingungen und wie begründeten sie ihre Auffassung? Den Anstoß zu diesem Essay gab die dem diesjährigen Jahrbuch-Themenschwerpunkt zugrunde liegende Tagung der Universität Jena und des Archivs des Liberalismus, wo insbesondere über die Haltung der Liberaldemokraten in diesem Zeitraum lebhaft diskutiert wurde. War das Wort „Unannehmbar", das Rade angesichts der Friedenbedingungen entfuhr, allein einem ersten unbedachten Impuls geschuldet? Und übte Schücking als Mitglied der deutschen Delegation in Paris wirklich nur „Symbolpolitik", weil beide wussten, dass man am Ende die Friedensbedingungen doch annehmen würde? War es ihnen nicht ernst damit, notfalls die Besetzung des Deutschen Reichs zu riskieren? Mehr als ein Schlaglicht auf diese Ausnahmezeit zwischen dem 7. Mai und dem 28. Juni 1919 ist hier nicht intendiert. Aber vielleicht öffnet die genaue Betrachtung der Haltung zweier wichtiger linksliberaler Politiker zu den Friedensbedingungen ein tieferes Verständnis für die Schwierigkeiten, unter denen sich Menschen im öffentlichen Raum nach der Kriegsniederlage zu behaupten hatten.

Als Anhänger Friedrich Naumanns verkörperten Rade und Schücking seit der Jahrhundertwende das „sozialliberale Marburg" und nahmen damit an der nationalliberal bis konservativ ausgerichteten Philipps-Universität wie in der mittelhessischen Stadt eine Sonderstellung ein. Außer für die Ziele der Fortschrittlichen Volkspartei sorgten sie in den Jahren vor 1914 offensiv für die Verbreitung pazifistischer Positionen und redeten der internationalen Verständigung das Wort. Den Kriegsausbruch im August hatten beide kommen sehen, ihn aber letztlich als eine Art Reinigungsprozess verstanden, mit dessen Ende eine neue Ära rechtlich verbriefter Völkerverständigung anbrechen würde. So warben sie während des Krieges nachdrücklich für eine Mäßigung in der Kriegszieldiskussion und unterstützten die Pläne für einen Verständigungsfrieden. 1918 traten Rade und Schücking der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) bei. Der Theologe wurde in die Preußische Verfassunggebende Landesversammlung, der Völkerrechtler in die Deutsche Nationalversammlung gewählt. Beide waren davon überzeugt, dass es zum demokratischen Volksstaat keine Alternative gebe. „Die Demokratie ist auf dem Marsch. Sie läßt sich nicht aufhalten", lautete das Motto Rades im Wahlkampf 1919.[2] Freilich stand da auch schon die Frage im Raum, ob der künftige Friede der Republik die nötigen Entfaltungsbedingungen bieten würde.

2 Zitiert nach: Nagel: Martin Rade (wie Anm. 1), S. 156.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Hoffnung der Professoren, dass sich die Siegermächte bei Kriegsende an Wilsons 14 Punkten orientieren würden, erfüllte sich nicht. Schon die ersten politischen Entscheidungen der Franzosen in Elsass-Lothringen ließen erkennen, wohin die Reise ging. Die nach 1871 in das ehemalige Reichsland eingewanderten Deutschen sollten vertrieben werden, ein Plebiszit lehnte die französische Regierung ab. Schücking empörte sich auf einer Konferenz in Berlin am 8. Dezember 1918 heftig, dass mit dergleichen Rechtsverstößen das „großartige Projekt" des Völkerbundes gefährdet sei:

> „Da müssen wir es erleben, daß die Gegner, die vor uns den Gedanken des Rechtsfriedens vertreten haben, ihre gegenwärtige politische Überlegenheit ausnutzen, um mit uns den Machtfrieden abzuschließen. Wie geht man denn vor in Elsaß-Lothringen? Wilson hat gesagt, daß die Völkerschaften nicht mehr hin- und hergeschoben werden sollten, wie die Steine auf dem Brett."[3]

Ungeachtet der unterlegenen deutschen Position forderte er die Einhaltung des Wilson'schen Programms und dessen „loyale Anwendung auch in Bezug auf Elsaß-Lothringen". Nur so sei ein Rechtsfrieden unter den Völkern Europas mit Aussicht auf Bestand zu schließen.

Unterdessen kommentierte Rade die Lage Anfang Januar 1919 auf seine Weise. „Wie der Vogel dem Blick der Schlange, die ihn fressen will, hypnotisiert stille hält, so ist unser Volk heute starr und willenlos gegenüber dem Gebahren unserer Feinde", brachte er die diffuse Situation im Land auf den Punkt.[4] Das Gefühl des Ausgeliefertseins beherrschte den Theologen, der wie die meisten Deutschen auf die militärische Niederlage gänzlich unvorbereitet gewesen war. Wie paralysiert lasse man nun „die Erfahrung des Unmöglichen" über sich ergehen und denke nicht einmal daran, „Abwehrbares noch abzuwehren", monierte er in seiner Wochenschrift. Die Passivität wie die sich bald einstellende Uneinigkeit der deutschen Regierung drückten dem Theologen aufs Gemüt. Noch größer war freilich die Unzufriedenheit mit den Entente-Mächten. Ein Bürgerkrieg stehe bevor, warnte er, hervorgerufen durch die Fortführung der britischen Blockadepolitik:

> „Sind die Feinde verrückt geworden? Sie fürchten den Bolschewismus in Deutschland und überantworten uns ihm mutwillig. Denn wodurch wird er mehr gefördert als durch die zunehmende Hoffnungslosigkeit im Volk? Statt uns mit Lebensmitteln zu versorgen, statt uns Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, hindert man uns an allen Ecken und Enden, schneidet uns jede Bahn und Aussicht ab – und wundert sich dann, wenn Deutschland ein Herd des Wahnsinns und der Verzweiflung wird."[5]

3 Walther Schücking: Durch zum Rechtsfrieden. Ein Appell an das Weltgewissen. Berlin 1919, S. 7, dort auch das folgende Zitat.
4 ChW, Nr. 1, 1919, Sp. 7, dort auch die folgenden Zitate.
5 ChW, Nr. 7, 1919, Sp. 110.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gespannt erwartete der Theologe die Verkündung der Friedensbedingungen, von denen er immer noch glaubte, dass wenigstens kleine Anzeichen der Versöhnung darin enthalten sein würden.

Als Mitglied der sechsköpfigen Delegation um Außenminister Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau erlebte Schücking die Übergabe der Friedensbedingungen in Versailles am 7. Mai 1919 persönlich mit.[6] Über den bis ins Detail inszenierten, zweifellos auf die Demütigung des Gegners zielenden Akt berichtete die In- und Auslandspresse ausführlich. Kritisiert wurde insbesondere die Haltung des deutschen Außenministers, der sich bei seiner Erwiderung auf die Ansprache Georges Clemenceaus nicht, wie es die diplomatische Höflichkeit eigentlich gebot, von seinem Sitz erhoben hatte. In den Zeitungsberichten des Auslands fehlte nirgends der Hinweis auf diesen vermeintlich bewussten Affront des Deutschen, und für manchen Betrachter drückt sich darin noch heute vor allem die aristokratische Arroganz des Grafen aus. Eine weit schlichtere Version hingegen schilderte Schücking nach Deutschland. Der Außenminister habe sich in dieser extrem angespannten Situation im Sitzen einfach sicherer gefühlt.[7] Dass er damit die deutsche Verhandlungsposition am Ende keineswegs verschlechterte, zeigt der Blick auf die Delegierten Österreichs und Ungarns. Ihre in bewusster Abgrenzung zum deutschen Außenminister stehend abgegebenen Stellungnahmen stimmten die Siegermächte um kein Jota milder.[8]

Die nach der Zeremonie ins Hotel zurückgekehrten deutschen Delegierten studierten sofort die Friedensbedingungen „und waren mehrere Tage krank davon. So etwas von Niedertracht hatte niemand erwartet“, beschrieb Schücking die Lage.[9] Die einhellige Empfehlung der Delegation an die deutsche Regierung riet darum zur Ablehnung, der man sich in Berlin in der ersten Empörung auch anschloss. Durch „zähes und energisches Verhandeln“, schließlich mit einer Denkschrift als „Appell an die ganze Welt“ verfasst, hofften Schücking und die übrigen Delegierten zuversichtlich, das Blatt noch wenden und mit den Siegern in offene Verhandlungen treten zu können. Skeptischer sah sein Parteifreund Rade die Sache. „Nun ist der Friede da. Wenigstens die Friedensbedingungen“, hieß es lakonisch in der „Christlichen Welt“.[10] Rade hatte sich als Parlamentarier ein Bild von der explosiven Stim-

6 Siehe hierzu die aufschlussreiche Edition einiger Briefe Schückings aus Paris nach Deutschland: Ulf Morgenstern: „Ach das ist schön hier!“ Privatbriefe Walther Schückings aus der Versailler Friedensdelegation 1919. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 30 (2018), S. 299-335.

7 Ebd., S. 313, wo es in Anm. 66 heißt, dass der anwesende Journalist Victor Schiff die Szene ähnlich empfunden habe.

8 Leonhard: Friede (wie Anm. 1), S. 1063-1069, 1079-1088.

9 Morgenstern: „Ach das ist schön hier!“ (wie Anm. 6), S. 313, das nächste Zitat ebd., S. 334.

10 Martin Rade: An unsre neutralen Freunde. In: ChW, Nr. 21, 1919, Sp. 326-329, hier Sp. 326, dort auch die beiden nächsten Zitate.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

mung in Berlin gemacht, das keine Illusionen über die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung aufkommen ließ. Gleichwohl kreiste bei ihm alles um die entscheidende Frage: „Und uns bleibt nichts übrig, als zu unterschreiben? Wir haben den Feinden nicht den geringsten Widerstand entgegenzustellen. Ohnmächtiger war nie ein besiegtes Volk. Oder sollen wir nicht unterschreiben?“

An diesem Tag hatte die Deutsche Nationalversammlung und die Preußische Nationalversammlung mehrheitlich die Annahme des Friedensangebots als „unannehmbar“ abgelehnt. Von Rade mit Genugtuung registriert, glaubte er gleichwohl nicht, damit auch schon bessere Bedingungen bei den Feinden zu erreichen:

> „Es wird sich für unser Schicksal gleich bleiben, ob wir zu diesem Frieden Ja oder Nein sagen. Ruiniert sind wir in jedem Falle. Aber das Nein ist wahrhaftiger. Denn halten können wir einen solchen Frieden doch nicht. Weder physisch noch moralisch.“

Wie viele seiner Landsleute schätzte Rade die drohenden Gebietsverluste und wirtschaftlichen Auflagen als derart dramatisch ein, dass das Deutsche Reich in absehbarer Zeit nicht wieder auf die Beine kommen würde. Dazu betrachtete er die Bürde alleiniger Kriegsschuld als eine schwere Hypothek für die junge Demokratie. In der Vorahnung, dass keine nennenswerten Erleichterungen gewährt würden, appellierte er an die inneren Widerstandskräfte seiner Landsleute.

> „Umso wichtiger, daß wir uns innerlich wider das Ungeheure wappnen. Dieser Ton ist doch nur selten angeschlagen worden. Eben weil man noch auf Abwehr bedacht ist, noch auf äußere Erleichterung hofft, flüchtet man noch nicht zu den innern Quellen. Die Stunde wird kommen, wo uns nichts Andres mehr übrig bleibt.“[11]

Tatsächlich lief die fieberhafte Geschäftigkeit der deutschen Delegation während der von den Feinden zunächst gewährten 14-tägigen Frist ins Leere, vermochten die Denkschriften und ausgetauschten Noten die Siegermächte von ihrer Fixierung auf einen einseitig diktierten Frieden nicht zu lösen. Dennoch hielten die Delegierten am „Unannehmbar“ fest, weil sie damit den Respekt der Siegermächte zu wecken hofften. Schon meinten sie, Anzeichen für eine Spaltung unter den Gegnern zu erkennen, und rieten der deutschen Regierung umso dringender zum Durchhalten.[12] Inzwischen hatte sich aber

11 Ebd., Sp. 328.

12 „Nach den neuesten Pariser Funksprüchen, die in Spa aufgefangen sind, zanken sich unsere Gegner noch. Die meisten Konzessionen wollen die Engländer machen, Clémenceau ist unerbittlich und Wilson scheint mehr auf Seiten von ihm wie auf Seiten von Lloyd George zu stehen.“ Walther Schücking in einem Brief an seine Frau, 7.6.1919, in: Morgenstern: „Ach das ist schön hier!“ (wie Anm. 6), S. 327-332, hier S. 332.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

das Blatt unter dem Eindruck innerer Unruhen im Reich gewendet, und die Regierung verlor zusehends die Kraft zum Widerstand. Es wären dazu wohl auch übermenschliche Kräfte vonnöten gewesen, wie Rade in seinem Blatt unter dem 17. Juni 1919 einräumte:

> „Genug, kein heißerer Wunsch nach Lautwerden dieses neusten ‚Friedens' – der kein Friede ist, sondern ein Krieg – als daß unsere Verantwortlichen ihn entschlossen zurückweisen mögen. Die Verantwortung ist zu groß. Die Folgen unabsehbar. Ein Sprung nicht ins Dunkle, sondern ins Finstre."[13]

Andererseits würde der Mut zur Standhaftigkeit die Chancen auf eine innere Einigung erhöhen, die Rade mit dem Blick auf das politisch und gesellschaftlich vielfach fraktionierte Deutsche Reich schon seit langem beklagte:

> „Indessen die Welt, die Gott für uns geschaffen hat und uns in sie hinein, dreht sich. Ich zitiere nicht das heidnische ex ossibus ultor [ein Rächer wird aus meinem Staub erstehen, A.C.N.], sondern gedenke an Luther 1, 52[14] und erhoffe aus der tiefen Not der kommenden Tage die endliche Vertiefung und Erneuerung meines Volkes. Denn an der fehlt es freilich noch. [...] Wenn diese Zeilen dem Leser zu Gesicht kommen, wissen wir mehr. Vielleicht werden wir auch getrennt, die Christliche Welt und ihre Empfänger. Wenn schon! Die Tage der Trübsal werden kurz sein."

Die Ereignisse überschlugen sich in diesen Tagen. Am 20. Juni trat das Kabinett unter Reichskanzler Philipp Scheidemann (SPD) zurück, weil die drei Minister der DDP und der parteilose Außenminister Brockdorff-Rantzau die Annahme des Friedens ablehnten. Zwei Tage später stimmte die Nationalversammlung dafür, und in der Woche darauf erfolgte die Unterzeichnung des Friedensangebots durch den Sozialdemokraten Hermann Müller und den Zentrumspolitiker Johannes Bell.

Wie hatte sich die ursprüngliche Einmütigkeit in der Ablehnung des Vertrags so rasch verlieren können, fragte Rade in seinem Blatt. Einig seien sich nur Politiker und Publizisten gewesen, während dem Volk die Ablehnung als ein heroischer Akt nicht zu vermitteln gewesen sei. Mit großem Verständnis für die Regierungsentscheidung bedauerte er dennoch ihr Einknicken in dieser existentiellen Frage. „Es wäre etwas Großes gewesen, wenn die Ablehnung zur Tat geworden wäre."[15] Darüber hinaus gab er zu bedenken, dass das Gefühl der Erleichterung über diesen Frieden nicht lange nachwirken werde. Die absehbaren Folgen des Friedensschlusses würden Land und Leute auf eine harte Probe stellen und unweigerlich die Spaltung der Nation wei-

13 ChW, Nr. 26, 1919, Sp. 422, dort auch das folgende Zitat.
14 Bezug unklar, möglicherweise ist Luthers Nachdichtung des Bußpsalms 130 gemeint, vgl. D. Martin Luthers Werke. Kritische Gesamtausgabe Bd. 35 Weimar 1923, S. 97–109.
15 ChW, Nr. 26, 1919, Sp. 438 f., dort auch das nächste Zitat im Text.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ter vertiefen. Vor diesem Szenario hätte der Theologe die zu erwartenden Sanktionen der Annahme dieses falschen Friedens vorgezogen. „Die sittliche Leistung des ‘Unannehmbar‘ weigert unser Volk; wird es den sittlichen Aufgaben gewachsen sein, die sich dennoch melden werden und nicht abgelehnt werden können?“ Angesichts der im Moment der Unterzeichnung schon einsetzenden Hetze gegen den Versailler Frieden und die Verunglimpfung der demokratischen Regierung durch ihre Gegner scheint Rade mit seinen Befürchtungen nicht falsch gelegen zu haben. Und schlimmer als es dann tatsächlich kam, hätte es auch im Falle einer Fortsetzung des Krieges kaum kommen können.

Abschließend gilt es zu fragen, was die Haltung Rades mit derjenigen seines Parteifreundes Schücking verband. Beide orientierten sich an universalen Werten, unter denen dem Rechtsgedanken zentrale Bedeutung zukam. Nicht das „Recht des Stärkeren“ sollte am Ende dieses unvergleichlichen Weltkrieges stehen, sondern ein auf die gegenseitige Verständigung der Völker basierender Rechtsfriede, der „die Menschheit auf eine ganz andere Stufe heben“ werde.[16] Davon war Schücking, aber auch Rade überzeugt, dafür hatten sie während des Krieges publizistisch gekämpft und sich vielfacher Kritik ausgesetzt. Was sich mit dem Versailler Vertragsangebot abzeichnete, konnte dagegen nur „verbittern und verstocken“, Revanchegefühle hervorrufen und jedenfalls keinem dauerhaften Völkerfrieden den Weg bahnen. Nun schien es ihnen, als sei nicht nur ihr persönliches Friedensengagement, sondern auch das millionenfache Leid der Menschen umsonst gewesen.[17]

Die Haltung der beiden Liberalen nötigt Respekt ab. In einer vom Hass der Völker aufeinander geprägten Stunde bewahrten sie Augenmaß und beschworen Vernunft und Recht. Ihre Argumente gingen leider im Meinungsstreit ihrer Zeit unter, um nach einer weiteren schrecklichen Lektion endlich aufgegriffen zu werden.

16 Walther Schücking: Ein neues Zeitalter? Kritik am Pariser Völkerbundsentwurf. Vortrag in Versailles vor der deutschen Friedensdelegation, gehalten am 5. Mai 1919. Berlin 1919, S. 20.

17 Rade: An unsre neutralen Freunde (wie Anm. 10), Sp. 328.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Wolfgang Michalka

„Wir wollen nicht Krieg, sondern Frieden. Doch nicht den Frieden der Unterwerfung.“ Walther Rathenau und die Friedensfrage

I.

> „Der Schritt war übereilt. [...] Nicht im Weichen musste man Verhandlungen beginnen, sondern zuerst die Front befestigen. [...] Die verfrühte Bitte um Waffenstillstand war ein Fehler. [...] Wer die Nerven verloren hat, muss ersetzt werden. [...] Die nationale Verteidigung, die Erhebung des Volkes muss eingeleitet, ein Verteidigungsamt errichtet werden. [...] Wir wollen nicht Krieg, sondern Frieden. Doch nicht den Frieden der Unterwerfung.“

Mit seinem anklagenden Aufruf „Ein dunkler Tag“ vom 7. Oktober 1918[1] reagierte Walther Rathenau auf das seiner Meinung nach übereilte und damit verfehlte, von der Obersten Heeresleitung der politischen Führung abverlangte Waffenstillstandsgesuch an den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vom 3. Oktober 1918. Sein Anliegen war, nicht den Krieg zu verlängern, was ihm sofort vorgeworfen wurde, sondern bessere Bedingungen für einen Waffenstillstand zu schaffen, aber vor allem auch einen Bürgerkrieg zu verhindern und die vermeintliche Gefahr der „Bolschewisierung“ Deutschlands abzuwehren. In dieser Absicht rief er zur nationalen Verteidigung, zur „Erhebung des Volkes“ auf. Ein aus Bürgern und Soldaten bestehendes Verteidigungsamt sollte eingerichtet werden mit der primären Aufgabe, möglichst umgehend nicht nur die sich in der Etappe befindenden Soldaten, sondern zusätzlich alle Wehrfähigen zu erfassen und diese ebenfalls an die Westfront zu schicken. Denn nur eine erneuerte und gestärkte Front könnte bessere Bedingungen für einen Waffenstillstand und Voraussetzung eines gerechten, würdigen Friedens schaffen, einen „Frieden in Ehren“.[2]

Bereits am 9. Oktober 1918 verdeutlichte Rathenau dem in diesen Tagen zum Kriegsminister ernannten General Scheüch seine Motive. Den als Be-

1 Walther Rathenau: Ein dunkler Tag. In: Vossische Zeitung v. 7.10.18, abgedruckt in Ders.: Nach der Flut. Berlin 1919, S. 49-51, jetzt auch in Walther Rathenau: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914-1919. Hrsg. von Alexander Jaser und Wolfgang Michalka (= Walther Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. 3). Düsseldorf 2017, S. 494-498.

2 Walther Rathenau: Festigkeit! In: Berliner Tageblatt v.2.10.1918, jetzt in Rathenau: Schriften 3 (wie Anm. 1), S. 486.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dingung für die Waffenstillstandsverhandlungen geforderten Rückzug der Truppen würde das Ende der Verteidigungsfähigkeit, somit „Ergebung auf Gnade und Ungnade“ zur Konsequenz haben. Um eine bedingungslose Kapitulation zu vermeiden, müsste seiner Ansicht nach die Front sechs bis neun Monate gehalten werden, um Aufschub für einen geordneten Rückzug gewinnen zu können. Und für einen von ihm geforderten Volkskrieg müsse „die Organisation der Kriegführung“ geändert werden. Aber auch eine Demobilisierungsstelle sollte geschaffen werden, um bürgerkriegsähnliche Zustände vermeiden zu können.

Rathenau, der bereits vor 1914 auf die akute Gefahr und die fatalen Folgen eines Krieges aufmerksam gemacht und dann während des Krieges auf die Sinnlosigkeit dieses machtpolitischen Konfliktes immer wieder hingewiesen hatte, rief exakt zum Zeitpunkt, an dem der Krieg beendet werden sollte, zu einem Volkskrieg auf und damit zur Verlängerung des Krieges.

Er kritisierte, dass, wie er später formulierte, „Konkurs statt Liquidation“ angemeldet worden sei. Er sah einen von den Siegermächten aufgezwungenen Diktatfrieden voraus und befürchtete Revolution und Bürgerkrieg im Innern.

Rathenaus Aufruf entfachte eine heftige Diskussion sowohl in politischen als auch militärischen Kreisen sowie in der Tagespresse und Öffentlichkeit.[3]

> „Die Agitation wegen meines Aufsatzes in der ›Voß‹ ist nicht sachlich; denn es ist die 4 Wochen weitergekämpft worden, die unter allen Umständen nötig waren –, nur sind diese vier Wochen für den Friedensschluß verloren. Das bedeutet den Verlust eines Menschenalters deutscher Wirtschaft.“[4]

So rechtfertigte Rathenau seinen Aufruf. Dieser hatte „eine sehr zwiespältige, teils empörende, teils geradezu nervenzerreißende Wirkung gehabt“.[5] Rathenau konnte nicht ahnen, dass er mit seinem Artikel bereits der kommenden „Dolchstoßlegende“ die Umrisse vorzeichnen würde

3 Vgl. dazu jetzt Mark Jones: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik. Bonn 2017, S. 29 ff. und vor allem auch Jörn Leonhard: Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923. München 2018, S. 237 ff.

4 An Arthur Holitscher, 21.11.18. In: Walther Rathenau: Briefe 1871-1922. Hrsg. von Alexander Jaser, Clemens Picht und Ernst Schulin (= Walther Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. 5, 1 u. 2). Düsseldorf 2006, S. 2026.

5 Ernst Schulin: Walther Rathenau. Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit. 2. verb. Aufl. Göttingen/Zürich 1992, S. 93.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

II.

Zu fragen ist, wie sich Rathenaus Vorstellungen über die Beendigung des Krieges sowie sein Bild von einem zu schließenden Frieden entwickelten. Rathenau hatte nicht zu denen gezählt, die mit einem kurzen Krieg rechneten. Diese Annahme verwarf er als illusionär, als falsch. Selbst beim möglichen Ausscheiden Frankreichs und später auch Russlands vertrat er die Überzeugung, dass es mit England zu einem langjährigen, von Deutschland letztlich nicht zu gewinnenden Wirtschaftskrieg kommen würde. Seine skeptische Analyse entsprach ganz und gar seinem bereits vor 1914 entwickelten und in verschiedenen Schriften dargelegten Bild vom Krieg, das neben machtpolitisch-militärische vor allem aber wirtschaftliche Elemente aufwies.[6]

Schon zu Kriegsbeginn, bereits am 28. August 1914, wandte er sich mit einer Denkschrift an Reichskanzler von Bethmann Hollweg, in der er einen „künftigen Friedensschluss mit Frankreich" anregte als notwendige Voraussetzung dafür, langfristig eine Einigung mit England erzielen zu können.[7]

Und am 7. September 1914 schrieb er erneut an Bethmann Hollweg. Es mache keinen Sinn, Krieg mit dem Ziel zu führen, Frankreich einen Friedensvertrag zu diktieren. Denn Großbritannien werde weiterkämpfen. Und er fügte hinzu:

> „Unter diesen Umständen erscheint es als der stärkste Umschwung unserer Politik, wenn wir Frankreich zu einem freiwilligen Frieden gewinnen, der die Lage unserem eigentlichen Feinde, England, gegenüber vollkommen verändert. Es entspräche dies der Friedenspolitik von 1866."[8]

Am 28. September 1914 wird Rathenau in einem Schreiben noch deutlicher, warum er einen baldigen Friedensschluss mit Frankreich als Gebot der Stunde forderte: „[...] was ich als höchstes und glücklichstes Ergebnis des Krieges ersehne, ist ein unauflösliches Bündnis mit Frankreich."[9]

Und am 10. Oktober 1914: „Ich würde ein[e] solche[s] für eine Erleichterung der künftigen Friedensverhandlungen ansehen."[10] Und weiter: „Der leidenschaftliche Neid und Haß der Welt, der in diesem Kriege sich ausdrückt, läßt sich nicht durch Furcht bändigen; er muß in sich gemildert werden, und ich würde es als das größte Glück ansehen, wenn es uns gelänge, einen sol-

6 Vgl. u.a. Wolfgang Michalka: »Wir müssen unsere Wiedergeburt in uns selbst finden.« Rathenau über Krieg und Katastrophen, Einkehr und Wiedergeburt. In: Christof Dipper u.a. (Hrsg.): Krieg, Frieden und Demokratie. Frankfurt a. M. u. a. 2001, S. 119-136.
7 Rathenau: Schriften 3 (wie Anm. 1), S. 898-900.
8 Ebd., S. 908-914, hier S. 911.
9 An Frederik van Eeden. In: Rathenau: Briefe (wie Anm. 4), S. 1374-1376, hier S. 1375.
10 An Gerhard von Mutius. In: Rathenau: Schriften 3 (wie Anm. 1), S. 927-930, hier S. 927.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

chen Frieden mit Frankreich zu schaffen, der uns den Feind in einen Bundesgenossen verwandelte. [...] Der künftige Friedensschluß wird für uns um so stärker sein, je versöhnlicher er ist."

Seiner Überzeugung nach werde der Krieg ein langer sein, und er mahnte, das wirtschaftlich-militärische Potential Englands nicht zu unterschätzen. In diesem Sinne musste Rathenau England letztendlich als den Schlüssel zum Frieden begreifen.

Ein entscheidendes und von Rathenau von Anfang an und immer häufiger vorgebrachtes Argument waren die Kriegskosten. Diese würden alle Kriegführenden betreffen und letztendlich zu einer Verarmung Europas führen. Schon Ende 1914 nannte er die Summe von 150 Milliarden, die pro Jahr für die Kriegführung von allen Beteiligten ausgegeben werden müssten – einen Betrag, den Rathenau immer wieder anführen sollte: „Europa erleidet durch den Krieg einen Verlust von etwa 150 Milliarden, eine Summe, die sich aus den direkten und indirekten Kriegskosten, aus der Zerstörung an Gütern und den Kosten der Wiederherstellung und ähnlichen Dingen unschwer errechnen läßt."[11]

In seinem Vortrag über „Probleme der Friedenswirtschaft" vom 18. Dezember 1916[12] fasste Rathenau die vom Krieg verursachten Kosten für Deutschland zusammen und skizzierte die zu erwartenden Folgen auch für Europa.

Seine Prognose für Frankreich fiel um nichts besser aus; denn der westliche Nachbar würde aus dem Krieg so sehr geschwächt hervorgehen, dass es „auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabfallen" werde. Aber auch Großbritannien müsse mit erheblichen Einbußen zu rechnen haben. Alleiniger Nutznießer würden die Vereinigten Staaten sein: „Die Hegemonie der Angelsachsen geht auf die Vereinigten Staaten über, London wird eine Filiale von Newyork."

Trotz dieser zu erwartenden Einbußen und Machtverschiebungen werde allerdings Frankreich ohne England keine Friedensgespräche führen und London keinerlei Einlenken zeigen, so dass für Rathenau die USA letztlich eine entscheidende Rolle bei den anzubahnenden Friedenssondierungen spielen müssten.

Ohne offiziellen Auftrag nützte Rathenau seine guten Kontakte zum amerikanischen Botschafter in Berlin James W. Gerard. Über ihr Treffen berichtete er ausführlich Staatssekretär Jagow.[13] Er erhoffte sich, mit Hilfe der Vereinigten Staaten die bedrohliche wirtschaftliche Einschnürung des Deut-

11 Dazu und im Folgenden vgl. Walther Rathenau: Wirtschaftliche Zukunftsgedanken, 18.4.15, jetzt in ebd., S. 61-65, hier S. 62.
12 Ebd., S. 154-176.
13 Ebd., S. 1480-1482.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen Reiches lockern zu können. Außerdem könnten Waffen- und Munitionslieferungen auf neutralen Schiffen unterbunden werden.

In seiner Schrift „Friedenswege“ aus dem Jahre 1916 argumentierte er, dass wohl keine der gegnerischen Mächte aus dem Krieg vorzeitig ausscheiden werde, „wenn sie nicht unvorhergesehene und unverantwortliche Fehler“[14] machen würde.

Aber – und das führte Rathenau als neues Argument ein – es sei eine neue Lage eingetreten, die eine Weiterführung des Krieges immer unverantwortlicher mache: „Der Krieg ist stationär geworden.“[15] Es gehe jetzt nicht mehr um Raumgewinn, sondern einzig und allein um das Aushalten im kräfteverzehrenden Stellungskrieg: „Alle Nationen wissen, dass jeder Tag des Kampfes unwiederbringlich ihre materielle Zukunft schwächt, und auch die nichtbeteiligten Staaten werden unter der Verarmung Europas schwer zu leiden haben.“ Aufgrund dieser Tatsache sei – so Rathenau – mit einem baldigen Kriegsende überhaupt nicht mehr zu rechnen und noch viel weniger mit irgendeinem nennenswerten Vorteil für einen der Kriegsgegner. Es sei deshalb „der größte und frivolste Fehler in diesem Kriege“, wenn irgendeine Nation von sich behaupten würde, dass die Zeit für sie arbeite;

> „die Zeit arbeitet gegen alle, so daß der Friede, der im Jahre 1918 oder 1922 oder 1930 geschlossen werden wird, genau der gleiche sein werde, wie er im Jahre 1916 erreicht werden würde, wenn die Mächte sich entschlössen, in ernste Verhandlung zu treten.“

Am 26. April 1917 wandte er sich erneut an Reichskanzler Bethmann Hollweg mit einer Denkschrift,[16] die eine Neuorientierung der deutschen Kriegführung, besonders aber der deutschen Politik forderte: Wie immer auch der Krieg enden möge, gehe man einer veränderten Weltordnung entgegen, politisch, wirtschaftlich und sozial. Ihr gerecht zu werden, bedürfe es schöpferischer Ideen. Ausführlich legte er dem Reichskanzler seine Vorstellungen einer Übergangs- und Nachkriegswirtschaft dar, die zu einem neuen Wirtschaftssystem führen werde. Bereits im Krieg, der Unsummen an menschlichen und materiellen Gütern verschlingen und vernichten werde, sei es notwendig, die kommende Wirtschaft zu planen und vorzubereiten.

Wenn der Krieg überhaupt einen Sinn haben sollte, so müsse er zu einer grundlegenden inneren Reform führen, wie das nach den Niederlagen gegen Napoleon in den Jahren 1806/07 in Preußen der Fall gewesen sei und von Rathenau immer wieder als leuchtendes Beispiel propagiert wurde: „Wir müssen unsere Wiedergeburt in uns selbst finden.“

14 Walther Rathenau: Friedenswege, 17. Juli 1916. In: Ebd., S. 140-144, hier S. 141.
15 Ebd., S. 142.
16 Ebd., S. 1634-1638.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Nun, im Jahre 1917, glaubte Rathenau, doch noch Möglichkeiten für Deutschland erkennen, das Blatt wenden und den Krieg beenden zu können. Denn die revolutionären Veränderungen in Russland hätten veränderte Bedingungen und damit neue Aussichten geschaffen, dem Krieg ein Ende zu setzen. Hatte er bereits im Sommer 1916 über einen Separatfrieden mit Russland spekuliert,[17] so schrieb er am 8. Mai 1917 erneut an Bethmann Hollweg[18] und erklärte, dass in Russland die Friedensneigung deutlich gewachsen sei, allerdings würden die Hemmungen, durch einen Separatfrieden mit Deutschland die eigenen Kampfgenossen zu verraten, nicht ohne Weiteres zu überwinden sein. Trotzdem glaubte Rathenau, die sich verbreitende Kriegsmüdigkeit nützen und sowohl Österreich als auch die Türkei bei den aufzunehmenden Friedenssondierungen vorschicken zu können. Sein „paradox erscheinender Gedanke" zielte darauf, dass sozusagen auf einer „Nebenbühne" Österreich-Ungarn und die Türkei mit dem sich revolutionär auflösenden Russland Friedensgespräche aufnehmen sollten, so dass das umworbene Russland zumindest nach außen seine Bündnispflicht England und Frankreich gegenüber nicht verletzten müsste, da ja das Deutsche Reich an diesen Sondierungen für einen Separatfrieden nicht direkt beteiligt wäre. Die erhoffte Folge würde sein, dass ein neutrales Österreich nicht mehr von Deutschland militärisch gestützt und gehalten werden müsse und dass damit auch die Ostfront wesentlich entlastet werde könnte. Eine von Rathenau schon mehrfach angeregte und für Deutschland lebensnotwendig erachtete „wirtschaftliche Durchdringung" Russlands könnte hier ihren für alle Partner nutzbringenden Anfang finden.[19] Das angestrebte Ziel müsse sein, „dass praktisch Rußland für uns endgültig aus der Reihe der Feinde ausscheidet".

Insgesamt würde diese neu zu schaffende Situation auf einen Separatfrieden auch mit Deutschland hinauslaufen, was wiederum auch im Westen erhebliche Auswirkungen haben könnte. Vor allem Frankreich „käme zum ers-

17 Das wissen wir von den Tagebuchaufzeichnungen Harry Graf Kesslers vom 13. Juni 1916, vgl. Harry Graf Kessler: Das Tagebuch Bd. V: 1914-1916. Herausgegeben Günter Riederer und Ulrich Ott unter Mitarbeit von Christoph Hilse und Janna Brechmacher. Stuttgart 2008, S. 551.

18 Rathenau: Schriften 3 (wie Anm. 1), S. 1647-1650.

19 Vgl. jetzt auch Leonhard: Friede (wie Anm. 3), S. 125 u. 129. Verwiesen wird auf ein das traditionelle »Mitteleuropa-Projekt« ablösendes »eurasisches Konzept«, das neue, vor allem wirtschaftliche Perspektiven eröffnen und die alliierte Blockade Deutschlands zu umgehen versprach. Denn wichtige Rohstoffe, auf die Deutschland für die Kriegführung angewiesen war, wie Eisen und Mangan hätten aus der Ukraine, Kuba und dem Kaukasus eingeführt, Öl aus Baku, Getreide aus der Ukraine und Baumwolle aus Persien bezogen werden können. Vgl. dazu auch Wolfgang Michalka: »Mitteleuropa geeinigt unter deutscher Führung«. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als Friedens- und Kriegsziel. In: Hans Wilderotter (Hrsg.): Die Extreme berühren sich. Walther Rathenau 1867-1922. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institute. New York/Berlin 1993, S. 179-188.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tenmal in diesem Kriege in die Lage, mit der Miene der Resignation zu erklären, man habe zwar gesiegt, aber durch Rußlands Schuld lassen sich die Früchte des Sieges nicht gewinnen, und infolgedessen könne man sich mit Ehren zurückziehen". Rathenaus Vorschläge erhielten Unterstützung von Seiten der militärischen Führung, u.a. von General Hans von Seeckt, der als Militärberater der osmanischen Armee für eine enge militärische Zusammenarbeit mit Sowjetrussland eintrat.[20]

Es ist bekannt, dass die Entwicklung im Osten anders verlief. Auch den schließlich im Frühjahr 1918 mit Russland geschlossenen Friedensvertrag von Brest-Litowsk konnte Rathenau nicht gutheißen.

Einen letzten Versuch zu einem Friedensschluss startete er selbst wenige Tage vor dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches, als er sich am 17. Oktober 1918 in einem offenen Brief an den amerikanischen Präsidenten,[21] den der deutsche Reichskanzler unterschreiben sollte, wenden wollte. Auch dieser Versuch war vergebens, wurde der Brief doch gar nicht abgesandt.

Rathenaus Zukunftsprognose sah insgesamt sehr düster aus. Sollte es zu einem Frieden kommen, dann werde dieser seiner Einschätzung nach ein „kurzer Waffenstillstand sein, und die Zahl der kommenden Kriege unabsehbar, die besten Nationen werden hinsinken, und die Welt wird verelenden". Um dies zu verhindern, müsse der kommende Frieden wirtschaftlich begründet werden. In diesem Sinne hatte er sich schon nach der verlorenen Marneschlacht im September 1914 Alfred Kerr gegenüber geäußert: „Ich bin gewiss: die letzte Entscheidung in dieser ganzen Sinnlosigkeit wird nicht durch einen ›Sieg‹ herbeigeführt, sondern durch einen ökonomischen Vergleich zwischen den Partnern; darauf kommt es hinaus."[22]

Er folgerte, dass „Privatleute von internationaler Erfahrung und internationalem Ansehen ohne Auftrag auf eignen Antrieb sich begegnen" sollten, „um festzustellen, ob die Ansprüche ihrer Nationen wirklich so unüberbrückbare Gegensätze darstellen, um die Vernichtung und Schädigung von jährlich fünf Millionen Menschenleben und die Ausgabe von jährlich mehr als hundert Milliarden europäischen Vermögens auf unbestimmte Zeit zu rechtfertigen".[23]

Rathenau empfahl deshalb eine gütlich-einvernehmliche und vor allem dauerhafte Lösung des militärischen Konflikts. Unabhängige Wirtschaftsprüfer sollten gegenseitig das jeweilige Wirtschaftspotential begutachten und auf dieser Grundlage den Krieg „liquidieren".

20 Vgl. ebd.
21 Rathenau: Schriften 3 (wie Anm. 1), S. 1807-1809.
22 Alfred Kerr: Walther Rathenau. Erinnerungen eines Freundes. Amsterdam 1935, S. 163; vgl. auch Rathenau: Friedenswege (wie Anm. 14), S. 143.
23 Rathenau: Friedenswege (wie Anm. 14), S. 140-146, hier S. 143 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Weiterhin regte er die Gründung eines Völkerbunds an, aber auch Schiedsgerichte sowie generelle Abrüstung als unverzichtbare Voraussetzungen einer stabilen und dauerhaften Friedensordnung standen auf seiner Agenda: „Doch alles bleibt wirkungslos, sofern nicht als erstes ein Wirtschaftsbund, eine Gemeinwirtschaft der Erde geschaffen wird."[24] Dieser aber wäre so zu verstehen: „Über die Rohstoffe des internationalen Handelns verfügt ein zwischenstaatliches Syndikat. Sie werden allen Nationen zu gleichen Ursprungsbedingungen zur Verfügung gestellt [...] Die gleiche zwischenstaatliche Behörde regelt die Ausfuhr nach entsprechendem Schlüssel. Jeder Staat kann verlangen, daß die ihm zustehende Ausfuhrquote ihm abgenommen werde."

Diese zu vereinbarenden grundsätzlichen Bestimmungen würden aus seiner Sicht Garantie dafür bieten, dass „nicht der stille Wirtschaftskrieg in seiner alten Form [...] ausbrechen soll, der entweder zur Verarmung der nicht selbstversorgenden Staatsgruppen oder zu unaufhörlichen Kriegsgewittern führt".

Rathenau war sich bewusst, dass Jahrzehnte vergehen würden, bis dieses System der internationalen Gemeinwirtschaft voll ausgebaut sein werde: „[…] weiterer Jahrzehnte, vielleicht Jahrhunderte bedarf es, um die zwischenstaatliche Anarchie durch eine freiwillig anerkannte oberste Behörde zu ersetzen, die nicht ein Schiedsgericht, sondern eine Wohlfahrtsbehörde sein muß, der als mächtigste aller Exekutiven die Handhabung der Wirtschaftsordnung zur Verfügung steht."

Rathenau, der vor dem Krieg gewarnt, der diesen als Katastrophe aufgefasst und sich für die baldige Aufnahme von Friedensinitiativen eingesetzt hatte, wurde aufgrund seines Aufrufs „Ein dunkler Tag" vom 7. Oktober 1918 als Kriegsverlängerer und somit als Befürworter des Krieges angeprangert. Nicht die umstrittenen Entscheidungen der Obersten Heeresleitung und speziell General Ludendorffs standen nun im Zentrum der Kritik, sondern Rathenau, dem verübelt wurde, zu einer „Levée en masse" aufgerufen zu haben.

Rathenau, der sich missverstanden und zu Unrecht beschuldigt sah, reagierte mit Erklärungen, Rechtfertigungen und Zurückweisungen. Er verteidigte seinen offensichtlich fehlgedeuteten Vorschlag. Hatte er schon in seinen Artikeln „Festigkeit" und „Die Stunde drängt" vom 2. und 4. Oktober 1918[25] darauf hingewiesen, dass die deutschen Streitkräfte keineswegs besiegt seien, stünden sie doch nach wie vor weit in Feindes Land, so folgerte er nun, dass ein Waffenstillstandsgesuch, wie es von der OHL gefordert wur-

24 Walther Rathenau: An Deutschlands Jugend (1918). In: Schriften aus Kriegs- und Nachkriegszeit. Berlin 1929, jetzt in Rathenau: Schriften 3 (wie Anm. 1), S. 404-481, hier S. 455.

25 Ebd., S. 484-488 und 492 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

de, zur falschen Zeit und mit katastrophalen Folgen von der politischen Führung dem amerikanischen Präsidenten unterbreitet worden sei. Er warnte vor den verheerenden Wirkungen dieses Schrittes auf die kämpfende Truppe und vor dessen schwerwiegenden Folgen für den inneren Frieden. Statt sich auf Gnade und Ungnade dem Gegner auszuliefern, hätten alle noch vorhandenen Kräfte mobilisiert werden müssen, um von einer stärkeren und möglichst gleichberechtigten Position aus einen Waffenstillstand auf Augenhöhe, in der Position „relativer Stärke" einen Verhandlungsfrieden aushandeln zu können: „Die Zusammenraffung des Volkes, die Gesamterhebung zur nationalen Verteidigung liegt ob [...] Der Volkswiderstand, die nationale Verteidigung, die Erhebung der Massen ist zu schaffen. Nicht zur Eroberung, nicht zur Kriegsverlängerung, sondern zum Frieden. Doch zum würdigen Frieden."[26]

Eine von militärischer und ziviler Seite zu bildende „Demobilmachungsstelle" sollte darüber hinaus für die geregelte Zurückführung der Truppen und deren Überführung in das zivile Leben sorgen, wobei der Wirtschaft eine wichtige Rolle zukommen müsste. Nur so könne ein Bürgerkrieg vermieden und vor allem auch die drohende Gefahr einer Bolschewisierung abgewehrt werden. In Reden, Denkschriften und zahlreichen Briefen an führende Militärs und Politiker warb Rathenau für seine Vorschläge und begründete diese auch. Dass er dabei auf seine Erfahrungen und Verdienste beim Aufbau der Kriegsrohstoff-Abteilung (KRA) anspielte und sich selbst für Organisation und Leitung dieses zu schaffenden Amtes in Erinnerung bringen wollte, ist offensichtlich. Dazu kam es aber nicht. Die Demobilmachungsbehörde wurde zwar geschaffen, deren Leiter wurde jedoch Rathenaus Nachfolger in der Kriegsrohstoff-Abteilung Joseph Koeth.

Rathenaus Forderungen stießen auf breite Zustimmung. Selbst die „Deutsche Zeitung", eine Stimme der Alldeutschen, griff seine Argumente auf. Und Admiral Scheer bescheinigte Rathenau ein „sehr treffendes Urteil". Im Kabinett des Prinzen Max von Baden wurden Stimmen laut, die zu bedenken gaben, dass es wohl kaum jemand verstehen würde, wenn wir „jetzt, wo wir noch in Feindesland [stehen], die Waffen streckten". Selbst der sozialdemokratische „Vorwärts" erklärte, es könnten Umstände eintreten, in denen es besser wäre, weiter zu kämpfen als einen demütigenden Frieden hinzunehmen. Und Friedrich Ebert machte in seiner Rede im Reichstag am 24. Oktober 1918 klar, dass die Sozialdemokraten ihr Land nicht im Stich lassen würden, falls der ersehnte Frieden nicht zustande käme.[27]

26 Walther Rathenau: Die Stunde drängt (4.10.1918). In: Ders.: Nachgelassene Schriften Bd. 1. Berlin 1928, S. 69, jetzt in ebd., S. 492 f.

27 Vgl. Jones: Am Anfang (wie Anm. 3), S. 30.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ernst Troeltsch war es, der nach Rathenaus Tod, dessen Motive für eine „Levée en masse“ in Erinnerung gerufen hat:

> „Rathenau wollte [...] mit allen Mitteln die Abschließung des Waffenstillstandes verhindern, den damals Ludendorff als in 24 Stunden nötig bezeichnete. Seine Weltkenntnis sagte ihm, daß das der politische und wirtschaftliche Tod sein würde. Er wollte damals mit mir zusammen einen Aufruf zur Levée en masse veröffentlichen, um das zu verhindern. Ich war der gleichen Ansicht, meinte aber, diese habe schon stattgefunden, und wenn man keine neuen Führer wisse, so sei erst recht nichts zu hoffen. So hat er den Aufruf allein veröffentlicht. Der übereilte Waffenstillstand und die von ihm befürchteten Folgen traten ein.[28]

Trotz heftiger Auseinandersetzungen auch in der Öffentlichkeit war es jedoch bezeichnend, dass die militärischen Entscheidungsträger den geforderten Volkskrieg, die Volkserhebung vor dem 11. November 1918 nicht ernsthaft in Betracht gezogen hatten, diese sogar rundherum ablehnten.[29]

An dieser Stelle ist zu fragen, wie realistisch bzw. realisierbar Rathenaus Aufruf war. Der Historiker Gerd Krumeich beantwortet diese Frage in seiner kürzlich erschienenen Untersuchung „Die unbewältigte Niederlage“[30] mit einem eindeutigen Ja. Denn nicht nur die deutschen Truppen standen vor dem Aus, Gleiches hätte auch für die der Alliierten gegolten, zumal die Hilfe der Amerikaner erst langsam Wirkung gezeigt hätte. Neben zahlreichen zustimmenden Reaktionen erhielt Rathenau noch eine besondere „Schützenhilfe“ von Oberst Bauer, der als enger Mitarbeiter Ludendorffs über genaue Kenntnisse der Lage in der Truppe verfügte. Bereits im Frühjahr 1919 erklärte er in seiner Schrift „Konnten wir den Krieg vermeiden, gewinnen, abbrechen?“, dass auch die Bevölkerung der Entente-Staaten „kriegsmüde“ gewesen sei, und hätte man in Deutschland nicht die Nerven verloren, sei ein besseres Kriegsergebnis möglich gewesen: „Deutschland ist eine Nasenlänge vor dem Ziel ruhmlos zu Fall gebracht worden.“[31]

Mit seinem „Levée en masse“-Artikel, in dem er gleichsam als „deutscher Gambetta“[32] über eine grundlegende „Mobilisierung“ auch der zivilen Bevölkerung zu einem „Volkskrieg“ aufrief, empfahl Rathenau eine Kriegsform, die in den 1920er und 1930er Jahren in Reichswehrkreisen intensiv

28 Ernst Troeltsch: Dem ermordeten Freunde. In: Die Neue Rundschau, 33. Jg., Heft 8, Berlin/Leipzig, August 1922, S. 787-792, hier S. 790, zitiert nach Rathenau: Schriften 3 (wie Anm. 1), S. 499 f.

29 Leonhard: Friede (wie Anm. 3), S. 284.

30 Gerd Krumeich: Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Republik. Freiburg/Br. 2018, S. 143 ff.

31 Zitiert ebd., S. 186.

32 So wird Rathenau beispielsweise von Franz Oppenheimer: Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes. Lebenserinnerungen. Düsseldorf 1964, S. 238 f bezeichnet.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

diskutiert und als der „Krieg der Zukunft“[33] angesehen wurde. Als Konsequenz der Niederlage und der vom Versailler Vertrag geforderten Reduzierung der Streitkräfte auf ein 100.000 Mann umfassendes Berufsheer bei Verbot von Angriffswaffen erschien eine Militarisierung und Mobilisierung der Gesellschaft mit dem Ziel einer „totalen“ Kriegführung als zwingend. Die Aufhebung der Grenze zwischen kämpfender Truppe und ziviler Bevölkerung, den gezielt vorbereiteten Guerilla-Krieg und generell die Radikalisierung des Krieges galt es für die Heeresleitung systematisch und langfristig zu planen. Nur so könnte das geschlagene Deutsche Reich aus seiner tiefsten Niederlage eine Perspektive für seinen Wiederaufstieg gewinnen.

Rathenau hatte allerdings andere Zielvorstellungen. Indem er den „Volkskrieg“ forderte, beschwor er doch den „Geist der Befreiungskrieges von 1813“, als es darum gegangen sei, sich nicht nur von der Zwangsherrschaft Napoleons zu befreien, sondern vor allem aus der erlittenen Niederlage von Jena und Auerstedt den Willen zur Reform und zu geistiger Wiedergeburt abzuleiten: „Das Herrlichste jener großen Zeit war nicht das Opfer und nicht der Sieg, sondern die Einkehr, die beiden voranschritt. [...] Der Hörige wurde frei, der Bürger verantwortlich, die Söldnertruppen zum Volksheer. Die Regierung gewann Selbständigkeit, das Land selbstverwaltetes Leben.“[34]

Vom 9. November 1918, dem Tag des Umsturzes und der folgenden Abdankung Kaiser Wilhelms II. nahm Rathenau erstaunlicherweise wenig Notiz. Er, der die geistig-moralische Wiedergeburt nach dem Vorbild der Befreiungskriege von 1813 beschworen hatte, teilte Lili Deutsch im November 1918 lapidar mit, dass wir „eigentlich [...] auf den Barrikaden stehen“ sollten, musste ihr dann jedoch gestehen: „[…] aber ich kann nicht, ich kann den Geruch der kleinen Leute nicht vertragen.“[35]

Die Alternative zum Barrikadenkampf sah Rathenau allerdings nicht im passiven Zuwarten. Schon zum 16. November lud er gemeinsam mit Ernst Troeltsch und bekannten Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst zur Gründung eines „Demokratischen Volksbundes“ ein. Und es war Rathenau, der die programmatische Eröffnungsrede[36] hielt. Die Revolution sei zwar das Werk von Soldaten und Arbeitern gewesen, aber das Bürgertum

33 Wilhelm Deist: Die Reichswehr und der Krieg der Zukunft. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 45 (1989), S. 81-92 und vor allem Michael Geyer: Insurrectionary Warfare. The German Debate about a Levée en Masse in October 1918. In: Journal of Modern History 73 (2001), S. 459-527, hier S. 474 f.

34 Walther Rathenau: Das Eumenidenopfer. In: Neue Freie Presse, Wien, 23. März 1913, jetzt in Ders.: Schriften der Wilhelminischen Zeit 1885-1914. Hrsg. von Alexander Jaser (= Walther Rathenau-Gesamtausgab, Bd. 1). Düsseldorf 2015, S. 1038-1047, hier S. 1042.

35 Zitiert nach Schulin: Rathenau (wie Anm. 5), S. 96.

36 Walter Rathenau: Rede zu der Versammlung zur Schaffung eines Demokratischen Volksbundes, 16. November 1918. In: Ders.: Gesammelte Reden. Berlin 1924, S. 27-38, jetzt in Rathenau: Schriften 3 (wie Anm. 1), S. 523-560.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dürfe nicht abseits stehen und sich vom Aufbau eines neuen Staates ausschließen lassen. Und nicht eine weitere Partei, sondern nur die Sammlung aller bürgerlichen Kräfte könne das Gelingen dieser gewaltigen Aufgabe garantieren. Die bald einzuberufende Nationalversammlung müsse daher vom Bürgertum mitgetragen werden. Fast an den klassischen Rütlischwur erinnernd, rief Rathenau zur Bildung eines „Demokratischen Volksbundes" mit den Worten auf: Dieser werde der erste Bund freier Männer im freien Lande sein.

Auch in Wahlflugblättern forderte Rathenau das baldige Zusammentreten der Nationalversammlung. Entscheidend für ihn war, dass sich das Bürgertum politisch engagieren und Verantwortung übernehmen würde. Hatte er doch schon vor dem Kriege nicht nur der politischen Führung besonders in Preußen, sondern gerade dem Bürgertum selbst vorgehalten, es würde sich von der politischen Verantwortung fernhalten und sich mit wirtschaftlichem Erfolg begnügen.

Der Sozialdemokratie warf er vor, sie würde in der Sozialisierung und Verstaatlichung der Produktionsmittel ihr Heil sehen. Dem hielt er entgegen: „Wir werden eine Wirtschaft errichten, die nicht die marxistische sein wird, die aber allen Gliedern des Volkes mehr Gerechtigkeit, Frieden und Arbeitsfreude bieten wird als die andere und dennoch im Wettbewerb der Völker standhält."

Das Ziel des wahren und gesunden Sozialismus sei nicht die Verstaatlichung, sondern die Durchstaatlichung; es sei die Ordnung, die „Regelung des bisherigen zuchtlosen und willkürlichen Produktionsvorganges".[37]

Vorbehalte und Misstrauen, vor allem gegen Rathenau, dem vorgeworfen wurde, er würde eine sozialistische Republik anstreben, ließen dessen politische Initiativen bald scheitern. Nach wenigen Tagen stellte der „Demokratische Volksbund" sein Bestehen ein. Rathenau schloss sich der Deutschen Demokratischen Partei an, hielt seine erste, gut aufgenommene Wahlrede am 15. Dezember 1918 in Weißwasser,[38] wurde jedoch auf einen aussichtslosen Listenplatz abgedrängt, so dass ihm die Tür zur Nationalversammlung verschlossen blieb.

Rathenau musste erfahren, dass weder die neuen revolutionären Kräfte noch die alten Eliten ihm ihre Zusammenarbeit anboten. Zudem musste er erkennen, dass „zu der Entfremdung zwischen den bürgerlichen Kreisen und

37 Ders.: Die Wirtschaft der Zukunft. Flugblatt vom 29.11.18. in Rathenau: Schriften 3 (wie Anm. 1), S. 551 ff.

38 Ebd., S. 568-584. Vgl. Ursula Mader: Walther Rathenau in Weißwasser (1918). Zwischen Revolution und Nationalversammlung. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 46 (Dezember 2004), S. 125-152.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

mir, die eine Folge meiner Schriften war, eine neue Entfremdung getreten ist. Die Alten sahen in mir die Revolution, die jungen in mir die Reaktion."[39]

III.

Es sollte bis zum Frühjahr 1920 dauern, bis Rathenau nach dem Scheitern des Kapp-Putsches in der deutschen Politik wieder ernsthaft eine aktive Rolle spielen konnte. Seine politische Karriere begann als Wiederaufbauminister im Kabinett Joseph Wirth. Nun in staatlicher Position stehend, geriet er zunehmend in das Fadenkreuz rechtsradikaler Kreise, die es nicht überwinden konnten, dass ein Jude politische Verantwortung für Deutschland übernahm. Sein tragisches Ende schien vorgezeichnet zu sein.

Nach dem Krieg sah Rathenau die vordinglichste Aufgabe darin, die komplexe, die deutsche Außenpolitik dominierende Reparationsproblematik dadurch zu entschärfen, sie aus dem Bereich der unversöhnlichen Politik in den der sachlichen und rationalen Wirtschaft zu verlagern und nationale Konflikte durch internationale Verflechtungen abzubauen. Er vertrat eine kompromissbereite Position, um am Verhandlungstisch Zahlungserleichterungen erzielen zu können. Die von den innenpolitischen Gegnern als „Verzichts- und Ausverkaufspolitik" geschmähte und letztlich missverstandene „Verständigungs- und Erfüllungspolitik" findet hier ihren Anfang.[40]

Schon im Juli 1919 hatte Rathenau dem Zentrumspolitiker und damaligen Finanzminister, Matthias Erzberger, sein politisches Programm dargelegt.[41] Das besiegte und durch den seiner Meinung harten Friedensvertrag geknebelte Deutsche Reich müsse in seiner „verzweifelten Lage [...] den beweglichen Punkt [...] finden, von dem aus die ganze Situation aufgerollt werden kann". Dieser Punkt – so fuhr er fort – liege in Belgien und Nordfrankreich, und zwar beim Problem des Wiederaufbaus. Nicht allein materielle und – wie es die Reparationsforderungen vorsahen – finanzielle Leistungen sollten von dem besiegten Deutschen Reich einseitig erbracht werden, sondern – und darin knüpfte Rathenau an seine bereits vor 1914 entwickelten Europapläne an[42] – die betroffenen Nationen sollten gemeinsam mittels wirtschaftlicher Verflechtung die Kriegsschäden beheben. Möglichst „geschäftlich" und

39 Rathenau: Schriften 3 (wie Anm. 1), S. 1839 f.

40 Vgl. dazu Wolfgang Michalka: Walther Rathenau – Begründer einer liberalen Außenpolitik? In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 22 (2010), S. 9–36 und demnächst ders.: Liquidierung des Krieges und Konsolidierung des Friedens. Walther Rathenaus Konzeption einer liberalen Wirtschaftsaußenpolitik. In: Andreas Braune/Michael Dreyer (Hrsg.): Weimar und globaler politischer Wandel. Stuttgart 2019.

41 Walther Rathenau: Briefe. Bd. 2. Dresden 1926, S. 167-171.

42 Vgl. dazu ausführlich Michalka: Mitteleuropa (wie Anm. 19).

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

frei von politischen Ressentiments sollte der europäische Wiederaufbau in Angriff genommen werden.

> „Der einzige Weg, der beschritten werden kann, um aus der europäischen Verwirrung herauszukommen, um die Wege der Reparation innerhalb der Grenzen der Möglichkeit zu beschreiten, ist der der verständigen Aussprache und der geschäftlichen Verhandlungen. Diese Dinge müssen aus dem Kreis der Politik herausgehoben werden, sie müssen so behandelt werden, wie wir im Kreise der Industriellen große Fragen und Projekte verhandeln."[43]

Rathenau empfahl, mit Hilfe der sogenannten „Erfüllungspolitik" die deutsche Bereitschaft zur Wiedergutmachung verursachter Schäden zu demonstrieren, aber auch die Grenzen, ja letztlich die Unmöglichkeit der geforderten Reparationsleistungen von Deutschland offenkundig zu machen. Die Erfüllungspolitik sei keinesfalls „Selbstzweck", denn die Revision des Versailler Vertrages würde niemals in Frage gestellt:

> „Wir werden erfüllen und werden bis an die Grenze unseres Könnens gehen. [...] Das hindert uns aber nicht, offen davon zu sprechen, daß die Formen, in denen die Erfüllung von uns verlangt wird, nicht entsprechen dem Kraftzustand des Landes, daß sie nicht angepaßt sind unseren deutschen Verhältnissen." [44]

Mit diesem Verständnis vertrat er einen „kooperativen Revisionismus".

Nur wenige Wochen nach seiner Ernennung zum Wiederaufbauminister traf er sich im September 1921 mit dem französischen Minister für die befreiten Gebiete, Louis Loucheur, der wie er aus der Elektroindustrie kam, zu Gesprächen in Wiesbaden. Bei dieser bemerkenswerten Begegnung entwickelten die beiden Wirtschaftspolitiker Pläne zur Lösung der Reparationsfrage. Angestrebt war ein umfangreiches Programm an Sachlieferungen, Arbeitsleistungen sowie ein System der Finanzierung und Abrechnung der erbrachten Kriegsentschädigungen. Rathenau entwarf ein europäisches Wiederaufbauprogramm, aufgrund dessen in den verwüsteten Gebieten Frankreichs und Belgiens deutsche Arbeiter konkrete Aufbauleistungen erbringen würden.

Bereits im Herbst 1919 war es zu Verhandlungen um deutsche Kohlelieferungen nach Frankreich gekommen, obwohl diese erst nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages am 10. Januar 1920 notwendig gewesen wären. Die ge-

43 Walther Rathenau: Rede auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, gehalten in München am 28. September 1921. In: Rathenau: Gesammelte Reden (wie Anm. 36), S. 252.

44 Walther Rathenau: Rede auf einem Gesellschaftsabend des Hamburgischen Ausschusses für den Aufbau der Friedenswirtschaft, gehalten am 7. Juli 1921. In: Ebd., S. 211. Vgl. Christian Schölzel: Walther Rathenau. Eine Biographie. Paderborn u. a. 2006, S. 306 und passim.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

genseitige Abhängigkeit machte den Grad der wirtschaftlichen Verflechtung deutlich.

Am 6. Oktober 1921 wurde das Wiesbadener Abkommen unterzeichnet.[45] Die erzielte Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen hatte darüber hinaus zur Folge, dass die Zollgrenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland aufgehoben wurde. Das Wiesbadener Abkommen aber scheiterte unmittelbar an den Auswirkungen der umstrittenen Oberschlesien-Aufteilung, aber auch, wie schon der Seydoux-Plan, am Widerstand Londons, das ein deutsch-französisches Arrangement befürchtete.

Auch wenn es keineswegs das erfüllte, was man sich von ihm versprach, verstand Rathenau das mit Loucheur ausgehandelte deutsch-französische Abkommen als ersten Schritt hin zu einer kooperativ-kollektiven Wirtschaftsaußenpolitik. Für ihn bedeuteten die Wiesbadener Verhandlungen einen ersten Versuch, auf dem Wege der Verständigung „zur Erträglichkeit der Lasten".[46]

Indem er die Reparationsproblematik aus dem Bereich der Politik in den der Wirtschaft überleiten wollte und vor allem unabhängige Sachverständige dafür forderte, nahm er die spezifische Form der „Bankers" und „Business Diplomacy" vorweg, die sich in der Mitte der zwanziger Jahre sukzessive gegen die nationalistische Machtpolitik durchsetzen konnte. Neben den traditionellen Diplomaten prägten immer mehr wirtschaftliche Experten die internationalen Beziehungen.[47]

Eine kollektive Wirtschaftsverflechtung gleichberechtigter Partner könnte – so argumentierte Rathenau – die vom Krieg emotionalisierte Politik versachlichen und damit auch berechenbarer machen. Entscheidend für ihn war, „diejenigen Wege zu finden, die uns mit der Welt wieder zusammenbringen" – wie er in seiner Antrittsrede als Minister im Reichstag betonte. Es ging ihm darum, „einen Kontinent wiederherzustellen", um den „Wiederaufbau der Welt". Für Deutschland würde dies die Behebung der hohen Arbeitslosigkeit, die Reduzierung des Kapitalmangels bedeuten. Der Aufschwung der durch übersteigerte und nicht zu leistende Reparationszahlungen paralysierten deutschen Wirtschaft könnte dadurch erreicht werden, was wiederum der gesamten europäischen Wirtschaft zugutekommen würde.[48]

45 Vgl. Walther Rathenau: Das Wiesbadener Abkommen. Rede am 9. November 1921. Mit einem einführenden Kommentar von Ursula Mader. Leipzig 2003.

46 Brief an Ernst Lehmann, 21.6.1921. In: Rathenau: Briefe (wie Anm. 4), S. 2584.

47 Vgl. Gottfried Niedhart: Deutsche Geschichte 1918-1933. Politik in der Weimarer Republik und der Sieg der Rechten. Stuttgart u.a. 1994, S. 92 f.

48 Walther Rathenau: Der Höhepunkt des Kapitalismus. Vortrag in der Deutschen Hochschule für Politik am 27. April 1921. In: Rathenau: Gesammelte Reden (wie Anm. 36), S. 180 und Ders.: Rede auf einem Gesellschaftsabend des Hamburgischen Ausschusses für den Aufbau der Friedenswirtschaft am 7. Juli 1921. In: Ebd., S. 207.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Nicht Widerstand gegen unsinnige Maßnahmen und Forderungen der Alliierten, wie es beispielsweise Hugo Stinnes bei der Reparationskonferenz in Spa apodiktisch gefordert hatte, was zu einem Eklat führte, sondern vielmehr der „Wille zum Aufbau" sollte die vom Krieg katastrophal geschädigte Wirtschaft Europas sanieren: „Eine Politik des sinnlosen Widerstandes werden wir nicht führen, sondern eine Politik der ruhigen und zuverlässigen Erfüllung der Verpflichtungen, soweit es eben möglich ist, nicht weiter."[49] Dies alles könne nur gelingen mit amerikanischer Hilfe: „Es ist ferner zu hoffen, daß der große Staat jenseits des Ozeans [...] erkennen wird, daß die Zustände Europas nicht geheilt werden können, wenn ein Komplex von der Riesengröße Amerikas fernbleibt." Mit Nachdruck forderte Rathenau die USA auf, endlich ihre wirtschaftliche und politische Führungsrolle in Europa wahrzunehmen.[50]

Auch war Rathenau bestrebt, das an die Peripherie der Staatenwelt gedrängte bolschewistische Russland möglichst bald in die europäische Wirtschaft und Staatengemeinschaft zurückzuholen. Denn eine stabile Nachkriegsordnung und Rekonstruktion der Weltwirtschaft wäre ohne Deutschland und Sowjetrussland nicht möglich. Internationale Wirtschaftsbeziehungen waren seiner Meinung nach die beste Voraussetzung für eine friedliche Staatensolidarität.[51]

In diesem Politikverständnis erhielt Rathenau vom britischen Premier Lloyd George Unterstützung. Dessen Ziel war der wirtschaftliche Wiederaufbau und die politische Befriedung Europas vom Atlantik bis zum Ural, so dass nun auch das bolschewistische Russland auf die politische Agenda kam und den bereits in der Endphase des Krieges aufgekommenen Gedanken der Bildung eines Syndikats zur wirtschaftlichen Erschließung Russlands, diesmal allerdings unter internationaler Beteiligung, wiederbelebte.

Die Sowjets lehnten jedoch die auch von Deutschland angebotene „internationale Hilfsmaßnahme" in richtiger Einschätzung der wahren Absichten ab. Sie baten vielmehr die Alliierten, eine Lösung für die ehemaligen Schulden bzw. Auslandsguthaben herbeizuführen. Der britische Premierminister

49 Ders.: Rede in einer Versammlung des badischen Landesverbandes der Deutsch-Demokratischen Jugend, gehalten in Mannheim am 27. Oktober 1921. In: Ebd., S. 277.

50 Ders.: Rede auf einem Gesellschaftsabend des Hamburgischen Ausschusses für den Aufbau der Friedenswirtschaft, gehalten am 7. Juli 1921. In: Ebd., S. 215.

51 Vgl. in gleichem Sinne Harry Graf Kessler in einem Gespräch mit Albert Einstein am 14.2.1921: »Ich sagte, unsere Wünsche gingen dahin die Reparationsfrage aus dem engbegrenzten deutsch-französischen Rahmen herauszunehmen und wieder zu einem Teil zu machen des grossen Problems des Weltwirtschafts-Wiederaufbaus, oder zumindesten des Wiederaufbaus Europas mit Einschluss von Russland. Denn nur auf diesem breiteren Boden sei sie lösbar. Wir betrachten sie ferner als eine Frage, die nicht blos Frankreich, Deutschland u. England angehe, sondern alle Völker, auch die Neutralen.« In: In: Harry Graf Kessler, Das Tagebuch Bd. VII: 1919-1923. Hrsg. von Angela Reinthal unter Mitarbeit von Janna Brechmacher und Christoph Hilse. Stuttgart 2007, S. 352.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Lloyd George und sein französischer Kollege Aristide Briand beantworteten diese Bitte mit dem Vorschlag, eine internationale Wirtschaftskonferenz in Genua einzuberufen, auf der alle anstehenden Probleme gelöst werden sollten. Auch die beiden „Paria-Mächte" Deutschland und Sowjetrussland wurden eingeladen, um eine Gesamtlösung für die europäische Wirtschaft zu finden. Obwohl damit das internationale Russland-Geschäft gescheitert war, bemühten sich sowohl Moskau als auch Berlin, ein einseitiges Zusammengehen des anderen mit den Westmächten zu verhindern.

Noch vor Rathenaus Ernennung zum Außenminister am 30. Januar 1922 wurden deutsch-russische Sonderverhandlungen aufgenommen mit dem gemeinsamen Ziel, sich gegenseitig Vorkriegsschulden zu erlassen. Besonders bestrebt war die deutsche Seite, Russland zu bewegen, auf Reparations-Ansprüche nach Artikel 116 des Versailler Vertrages, zu verzichten.

Die Sowjets signalisierten im Frühjahr 1922, an einer Klärung der deutsch-sowjetischen Beziehungen interessiert zu sein, und regten darüber hinaus ein Handelsabkommen an. Der Weg nach Rapallo zeichnete sich hier bereits ab. Rathenau hingegen befürwortete eine Politik der kollektiven Verständigung besonders mit den Westmächten und lehnte es ab, sich ganz nach Russland bilateral zu orientieren, weil er dem bolschewistischen Regime skeptisch gegenüberstand und auch den Konflikt mit den Westmächten vermeiden wollte.

Allerdings wurde sein Bemühen um eine kollektive Außen- und Sicherheitspolitik nicht von den Westmächten mit Entgegenkommen in der Reparationsfrage belohnt – Frankreich ließ dieses Thema von der Agenda der Weltwirtschaftskonferenz nehmen, und die USA waren gar nicht in Genua vertreten. Da Rathenau eine außenpolitische Isolierung fürchtete, gab er in diesem Dilemma einer seiner Überzeugung entgegengesetzten Position, die von der Reichswehr, der Ostabteilung im Auswärtigen Amt unter Ago von Maltzan, aber auch von Reichskanzler Wirth vertreten wurde, und die ein bilaterales Abkommen mit Moskau befürwortete, schliesslich nach.

Der Vertragsabschluss von Rapallo, der wie eine Bombe einschlug und die Konferenz von Genua zu sprengen drohte, wurde in Deutschland von den Befürwortern einer „aktiven" und damit besonders antipolnischen Ostpolitik bejubelt, glaubten sie doch, durch diesen Schritt eigene Handlungsfähigkeit zurückgewonnen zu haben, die dazu beitragen könnte, eine erfolgreiche Revision des Versailler Vertrages zu betreiben und darüber hinaus langfristig die ehemals innegehabte deutsche Großmachtposition wiederherzustellen.

Der bilateral geschlossene Rapallo-Vertrag bedeutete für Rathenau einen Notbehelf und entsprach keineswegs seiner kollektiven Verständigungs- und

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Sicherheitspolitik. Dieser erschwerte einen außenpolitischen Neuanfang und blockierte einen Paradigmenwechsel in den internationalen Beziehungen.[52]

Rathenau vertrat hingegen eine „republikanische", liberale Außenpolitik, die keineswegs auf Machtbildung verzichtete, jedoch deren ökonomische Variante den Vorzug gab. Der Macht- bzw. Militärstaat sollte in einen Handelsstaat übergeführt, die zerrüttete anarchische Struktur der Staatengemeinschaft in vernünftige Bahnen gelenkt und in ein internationales System kollektiver Sicherheit übergeführt werden. Da die moderne Ökonomie arbeitsteilig angelegt und global ausgerichtet ist, erhielt sie für Rathenau auch eine friedensstiftende, konfliktabbauende Funktion zugewiesen. Frieden durch parlamentarische Demokratie im Innern und Freihandel, gepaart mit der Einbindung in das internationale Staatensystem nach Außen, lautete demnach seine Botschaft des liberal-republikanischen Modells.[53]

Daran anknüpfend trat Rathenau für eine liberale Wirtschaftsaußenpolitik und eine auf internationaler Rechtsordnung beruhende Neuorientierung der deutschen Außenpolitik ein. Nicht mehr die tradierte militärische Machtpolitik als Mittel der Konfliktlösung sollte für ihn bestimmend sein, sondern der alternative Ansatz, der zu einer Zivilisierung und Schlichtung der Nachkriegskonflikte durch Gewaltverzicht, Konferenzdiplomatie und wirtschaftliche Kooperation führen sollte. Die nach Westen ausgerichtete, aber auch auf einen Ausgleich mit Sowjetrussland bedachte Entspannungspolitik, wie sie dann Stresemann vertrat, wurde von Rathenau als Außenminister vorbereitet und trug letztlich zur Umorientierung der deutschen wie der gesamten europäischen Außenpolitik bei.[54]

Dieses Ziel ließ sich jedoch in der unmittelbaren Nachkriegszeit kaum realisieren. Zu sehr dominierten nationale Interessen, die eine stabile und ausbalancierte internationale Friedensordnung in Europa verhinderten.

52 Vgl. dazu Wolfgang Michalka: Rathenaus blockierter Weg in die Politik. In: Sven Brömsel u. a. (Hrsg.): Walther Rathenau im Netzwerk der Moderne. Berlin/Boston 2014, S. 199-223.

53 Siehe dazu die oben in Anm. 40 angeführte Literatur.

54 Niedhart: Geschichte (wie Anm. 47), S. 91 ff.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Christiane Scheidemann

Gustav Stresemann zwischen nationaler Machtpolitik und europäischer Friedenspolitik[1]

> „[Ich] lasse [die] Frage dahingestellt, ob [die] Vorwärtsentwicklung [des] Verständigungswillens der letzten Jahre durch [den] Völkerbund unmittelbar oder mittelbar beeinflusst wurde. Das Vorwärtsschreiten dieser Entwicklung kann nur leugnen, wer blind ist oder sich blind stellt.
> Heroismus wird in den Völkern nie aussterben. Aber die technischen Kämpfe der Zukunft werden für persönlichen Heroismus wenig Betätigung abgeben. Das weite Gebiet der Siege der Menschen über [die] Natur giebt (sic!) genügend Möglichkeit [zur] Hingabe des Lebens für große Ideen.
> Wir aber haben die Aufgabe, in nüchterner Arbeit die Völker näher zu bringen und die Gegensätze zu überbrücken.
> Auch diese Arbeit wird sich nicht mit Elan und Hurra[h] lösen lassen. Aber es wird zu der Tätigkeit gehören, von der der Dichter sagt, „daß sie zum Bau der Ewigkeiten zwar Sandkorn nur um Sandkorn reicht, doch von der großen Schuld der Zeiten Minuten, Tage, Jahre streicht."[2]

In der Historiographie ist es nicht unbedingt angebracht, geschichtliche Abläufe aus der Retrospektive – etwa aus einem Zitat heraus – zu analysieren. In der Verbindung mit der biographischen Betrachtung eines Staatsmannes aber kann diese Vorgehensweise durchaus hilfreich oder gar erhellend sein.

Betrachtet man das obige Zitat, das aus dem handschriftlich verfassten Entwurf Gustav Stresemanns zur Rede vor dem Völkerbund in Genf am 9. September 1929 stammt und etwas abgeändert auch Eingang in seinen Redetext fand, so birgt es markante Hinweise über die persönliche Reflexion dieses Staatsmannes auf zehn Jahre deutsche Nachkriegsaußenpolitik. Markant und aussagekräftig ist dabei auch die Wahl des Schiller-Zitates, das der, der klassischen deutschen Dichtung zugetane Außenpolitiker in diesem Zusammenhang wählte. Es versinnbildlicht nicht nur die innere persönliche Befindlichkeit Stresemanns zu einem Zeitpunkt gesundheitlicher Angeschlagenheit und Schwäche, sondern auch eine Art Erkenntnis, die bisher müh-

1 Dem hier vorliegenden Text liegt der anlässlich der Tagung gehaltene Vortrag zugrunde.

2 Letzter, mit „10 Jahre Völkerbund – Grundsteinlegung eines [neuen] Gebäudes" überschriebener Teil der „Disposition" für die Rede Gustav Stresemanns vor dem Völkerbund am 9.9.1929, als Faksimile abgedruckt bei Gustav Stresemann: Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden. Hrsg. v. Henry Bernhard, Bd. 3. Berlin 1932, nach S. 576. Die Formulierungen finden sich in leichter Abwandlung auch im späteren Redetext, vgl. ebd. S. 579 f. Stresemann zitiert hier Friedrich Schillers im Jahre 1795 verfasstes Gedicht „Die Ideale".

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sam erarbeitete Leistung friedlicher internationaler Verständigung, den sukzessiven Abbau der „großen Schuld der Zeiten“, als unfertige Aufgabe zurücklassen und den kommenden Geschlechtern weiterreichen und antragen zu müssen. Der Faktor Zeit gehörte nicht zuletzt zu den größten Hindernissen, die Stresemann gegen sich hatte – sowohl in Anbetracht der außenpolitischen Entwicklung generell als auch angesichts der zeitgenössischen Rezeption seines Wirkens und seiner eigenen persönlichen Kapazität. Offen bleibt bei diesem Zitat daher bewusst auch das Ende dieser Entwicklung hin in eine ungewisse Zukunft.

Den weiteren Verlauf der außenpolitischen Entwicklung hat Stresemann nicht mehr weiter mitgestaltet bzw. -erlebt. Das Ende der von ihm als Reichskanzler und langjährigem Außenminister der Weimarer Republik inaugurierten Verständigungspolitik liegt uns heute offen zutage. Der ihm zugrunde liegende Gedanke einer offenen Weltwirtschaft in kooperativen Strukturen, wie er sie noch 1929 vor Auge hatte, sollte erst nach 1945 wieder als eine politische zukunftsträchtige Option zum Tragen kommen.

Das Hauptaugenmerk ruht im Folgenden auf dem Aspekt der Stresemannschen Verständigungs- und Revisionspolitik mit Frankreich, England und den USA, also den in Bezug auf einen unmittelbaren friedlichen Ausgleich und eine wirtschaftliche Überlebensstrategie Deutschlands primär maßgeblichen Staaten, die in ihrer Funktion als dessen Gläubigerstaaten unmittelbar auf die europäische Konsolidierung einwirkten und deren Haltung für die Wiedergewinnung staatlicher Souveränität Deutschlands von besonderer Bedeutung waren.

Die „Verhältnisse, die er unter der fünfjährigen Ministerschaft […] geschaffen hatte“, so Carl von Ossietzky in seinem Nekrolog, „[waren] ohne ihn nunmehr in der Tat ernsthaft erschüttert. Kann man über einen Staatsmann Ehrenderes sagen?“[3] Allein dies festzustellen, manifestiert bereits seine eigene Qualität, die kaum für andere deutsche Staatsmänner dieser Zeit derart zutraf:

> „Vieles an ihm erinnerte an gute englische Politiker. Sein Optimismus, seine die Dinge praktisch berührende Beredsamkeit und seine Bedenkenlosigkeit, unter eine Vergangenheit einen dicken Strich zu ziehen. Seine Vision von Deutschland war höchst ungenial, war die eines guten mittlern [sic!] Bürgers. Er hat die sehr gefährliche Formel aufgebracht, daß es vor allem auf »Deutschland« ankäme und nicht auf die Staatsform.[4] […] Die Republik war ihm möglichst treue Anknüpfung an die politischen und sozialen Verhältnisse des Kaiserreichs, nicht zu reak-

3 Carl von Ossietzky: Nekrolog zum Tode Gustav Stresemanns, 8.10.1929. In: Ders.: Sämtliche Schriften. Bd. 5:1929-1939, Reinbek bei Hamburg 1994, S. 880.

4 S. dazu auch Gustav Stresemann: Dankesrede für die Überreichung des Friedensnobelpreises, gehalten am 29.6.1927 auf Einladung des Storthing-Nobelkomitees in der Aula der Universität in Oslo: Der Weg des neuen Deutschlands. (Der Nobelpreis wurde ihm und dem

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> tionär und nicht zu links, die gutgetroffene Mitte, wo der Tüchtige schon durchkommen und sein Geschäft machen kann. Der Friede: Verzicht auf kostspielige Protestationen, vernünftige Übereinkunft mit den Mächten von Versailles; gegenüber allzu harten Forderungen Prinzipien und Methoden des besonnenen Kaufmanns. Die Zukunft: ein allseitig respektiertes Deutschland, bereit, im Rate der Völker ein schweres oder leichtes Wort mitzureden, keine Radikalitäten außen oder innen – o nein! – und im Hintergrund ein mäßiger von den andern Mächten gebilligter Imperialismus. Alles in allem die politische Konzeption eines guten Mittelbürgers, eine hausbackene, gut nationalliberale Vision, ganz natürlich bei dem jahrelangen Vertrauensmann der mittlern [sic!] sächsischen Industrie, die von dem Größenwahn der Montanherren vom Rhein nichts weiß. Alles in allem: haargenau das Land, in dem wir leben. Stresemanns Vision ist restlos realisiert. Welcher deutsche Staatsmann hätte je mit so sicherer Hand geformt?“ […][5]

Offene „Ratlosigkeit in den Regierungsparteien“, so Ossietzky, herrschte nach Stresemanns Tod vor. Der von ihm inaugurierte Versuch, Deutschland weiter an den Westen heranzuführen und dabei gleichzeitig eine politische Mehrheit für die demokratische Republik zu erhalten, scheiterte letztlich auch an der zunehmenden innenpolitischen Zersplitterung. Der sich bereits zu Stresemanns Lebzeiten abzeichnende Rechtsruck der eigenen Partei und die zunehmende generelle Radikalisierung der Parteien begünstigte den immer schärfer werdenden Oppositionskurs gegen die Republik und damit letztlich auch deren sukzessive Auflösung. Ob allerdings der auf innen- und friedenspolitischen Kompromiss ausgerichtete Stresemann mit seiner republikerhaltenden Konzeption der Suche nach Übereinstimmung politischer Interessen diese Entwicklung tatsächlich hätte aufhalten oder verzögern können, muss dahingestellt bleiben.

In der Stresemann-Rezeption schieden und scheiden sich die Geister bis heute an der Beurteilung seiner politischen Konzeption, insbesondere in der Frage nach Kontinuität oder Diskontinuität seiner außenpolitischen Ausrichtung in der Nachkriegszeit.

Sich mit den ihm heute zugeschriebenen Charakteristiken wie der als „Weimars größte[m] Staatsmann“ (Wright),[6] dem so genannten „Grenzgänger“ (Pohl),[7] dem europäischen Verständigungspolitiker oder dem realpolitischen Imperialisten[8] und glühenden Nationalen, dem Monarchisten oder gar

französischen Außenminister Aristide Briand rückwirkend für das Jahr 1926 vergeben) https://www.nobelprize.org/prizes/peace/1926/stresemann/26106-gustav-stresemann-nobel-lecture-1926/. (1.3.2019).

5 Ossietzky: Nekrolog (wie Anm. 3).

6 So der Titel von Jonathan Wrights Buch. Gustav Stresemann. Weimar’s Greatest Statesman. Oxford University Press. New York 2002.

7 Karl Heinrich Pohl: Gustav Stresemann. Biografie eines Grenzgängers. Göttingen 2015.

8 Vgl. Thomas H. Wagner: Krieg und Frieden. Unser „Platz an der Sonne“. Gustav Stresemann und die Außenpolitik des Kaiserreichs bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Pa

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dem Annexionisten der Vor- und Kriegszeit zu beschäftigen, bedeutet zwangsläufig eine gewisse Verortung vorzunehmen.

Im speziellen Zusammenhang mit dem Thema dieses Kolloquiums ist es die Frage nach dem liberalen Moment der Stresemannschen Außen- und Friedenspolitik.

Unstrittig erscheint Stresemanns politische Herkunft aus dem Liberalismus der wilhelminischen Ära; sein früh entwickeltes politisches Interesse spiegelt dabei nicht zuletzt die dem deutschen Liberalismus eigene innere Spaltung ebenso wider wie das zunehmende gesellschaftliche Selbstbewusstsein und das politische Engagement des ökonomisch aufstrebenden Bürgertums. Die in der Familie beim Vater augenscheinlich vorzufindende Sympathie zu liberalen freisinnigen Ideen[9] war dabei sicherlich ebenso richtungsweisend wie generell sein persönliches Interesse an den sich aus der deutschen Nationalstaatsbildung herleitenden aktuellen Fragen zu wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen seiner Zeit. Der sich daraus herleitende sozialliberale Impetus erwies sich zunächst nicht unbedingt als rein politische Entscheidung, sondern vielmehr als eine gesellschaftpolitische Weltsicht, die aus der Erkenntnis erwuchs, dass die Entwicklung des jungen Reiches zu einem technologisch modernen, hochkonzentrierten Industriesystem einem inadäquaten politisch wie gesellschaftlich vorindustriell geprägtem System gegenüberstand. Der „Übergang vom spätabsolutistischen zu einem liberalen Staatsverständnis und von der merkantilistischen Staatswirtschaft zur bürgerlich-liberalen, kapitalistischen Wirtschaft im frühen 19. Jahrhundert“[10] zeitigte zum Beispiel auch eine grundlegende Änderung in der staatlichen Verwaltungspraxis. Mit ihr einher ging auch oftmals ein Wandel in der akademischen Lehre hin zur Nationalökonomie angelsächsischer Provenienz, was das Ende der traditionellen Kameralistik bedeutete. Stresemanns Entscheidung für das Studium der Nationalökonomie mag Ausdruck dieser zukunftsorientierten Haltung sein. Als Syndikus des Sächsischen Industriellen Verbands, der Dachorganisation der sächsischen Fertigindustrie, eignete er sich fundamentale Kenntnisse nicht nur in Wirtschaftsfragen, sondern vielmehr auf dem Gebiet des Verbandswesens und in der Lobbyarbeit

derborn 2007, Eberhard Kolb: Gustav Stresemann. München 2003, John P. Birkelund: Gustav Stresemann. Patriot und Staatsmann. Eine Biographie. Hamburg 2003 u. Manfred Berg: Gustav Stresemann. Eine politische Karriere zwischen Reich und Republik. Göttingen 1992.

9 S. dazu Kolb: Stresemann (wie Anm. 8), S. 9, Berg: Stresemann (wie Anm. 8.), S. 14f. sowie Michael Fröhlich: Die Weimarer Republik. Portrait einer Epoche in Biographien. Darmstadt 2001, S. 199.

10 Hellmut Wollmann: Soziologie zwischen Kaiserreich, Weimarer Republik und NS-Regime. In: Heinz-Elmar Tenorth (Hrsg.): Geschichte der Universität Unter den Linden 1810-2010, Bd. 5, Berlin 2010, S. 257-274f., zitiert nach http://amor.cms.hu-berlin.de/~h0598bce/docs/HW-2010-Kaiserreich-Weimar-NS.pdf (1.3.2019).

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

an – Erfahrungen, die er in seiner späteren politischen Arbeit einfließen lassen konnte; Networking, Lobby- oder Öffentlichkeitsarbeit sind dafür heute adäquate, für eine effektive Interessenpolitik unerlässliche Begriffe.[11]

Letztlich erscheint sein frühes Engagement in Friedrich Naumanns Nationalsozialem Verein daher durchaus als logische Konsequenz seiner bisher gezeigten Haltung. Naumanns auf einem sozial-imperialen Fundament und einem ethischen Prinzip kultureller Vergesellschaftung beruhende Vorstellung einer Sozialreform entsprach Stresemanns Ansicht von sozialem Fortschritt ohne Klassenkampf ebenso wie die Idee des nationalistischen Machtstaates, in dessen Rahmen sich die Lösung des sozialen Problems abspielen sollte.

Aber auch an dem selbst für die Beurteilung Friedrich Naumanns oder Max Webers nicht unumstrittenen Punkt des ‚liberalen Imperialismus', der die Verbindung von Liberalisierung von Gesellschafts- und Verfassungsordnung und dem Postulat einer energischen Weltpolitik, nach überseeischen Absatzmärkten, globalem Ressourcengewinn, gesteigertem Handelsvolumen, freiem, ohne Schutzzölle begrenztem Handel und einer aktiven Handelsvertragspolitik verkörpert, wird und kann sich Stresemann messen lassen.[12] Sozialpolitik, so hieß die Devise, ist auch Weltpolitik. Die damit verbundene Verknüpfung des machtstaatlichen Moments nach außen und der sozialreformerischen Ausrichtung nach innen basierte nicht zuletzt auf der Idee eines integrativen Gesellschaftsmodells, einer national-sozialen Gesellschaft, die als Motor einer sich auf vielen Gebieten modernisierenden und prosperierenden imperialistischen deutschen Nation fungieren sollte.

Die sich im liberalen Lager, gerade auch bei Friedrich Naumann, in der Vorkriegszeit niederschlagende Reflexion und Anerkennung der Zukunftsfähigkeit des Kapitalismus als „überstaatliche Lebensgemeinschaft"[13], als neue (kulturgeschichtliche) Gesellschaftsordnung, findet sich auch bei Stresemann, insbesondere in seiner außen- und verständigungspolitischen Konzeption der Nachkriegszeit wieder. So heißt es etwa in seinem Vortrag anlässlich der Überreichung des Friedensnobelpreises in Oslo am 29. Juni 1927:

11 Vgl. dazu Pohl: Stresemann (wie Anm. 7), S. 161. Donald Warren: The Red Kingdom of Saxony. The Lobbving Grounds of Gustav Stresemann 1901-1909. The Hague 1964. S. auch Simone Lässig/ Karl Heinrich Pohl (Hrsg.): Sachsen im Kaiserreich. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch. Köln 1997.

12 S. Ulrike Jureit: Liberaler Imperialismus? Interdependenzen zwischen Imperialität, Großraumdenken und Lebensraumideologie. Vortrag gehalten anläßlich des Theodor-Heuss-Kolloquiums 2017 „Liberalismus und Nationalsozialismus – eine Beziehungsgeschichte". (https://www.theodor-heuss-haus.de/fileadmin/user_upload/pics/Unser_Programm/Heuss-Forum/THK_2017/Jureit_Liberaler_Imperialismus.pdf)(1.3.2019).

13 Friedrich Naumann: Kulturgeschichte und Kapitalismus. In: Die neue Rundschau, 22, 1911, S. 1337-1348, hier S. 1342.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Aber die Staatsform ist nicht das Entscheidende im Leben der Völker, sie hat nichts zu tun mit dem Gedanken des Sozialismus oder des Nationalismus. Ja, man kann sogar fragen, ob nicht beispielsweise auf wirtschaftlichem Gebiete die Herrschaft der Parteien dem Kapitalismus mehr Einfluss öffnet als es andere Regierungsformen getan haben. In Deutschland ist die Wirtschaft gerade durch ihre Bindung, durch die ganze Gestaltung, die Europa gewonnen hat, die erste mit gewesen, die nach dem Kriege den Weg über die Grenzen, den Weg internationaler Verflechtung gefunden hat."

Das bedeutete gleichsam: Kapitalistische Globalisierung als „Aktivum für das gegenseitige Verständnis der Völker."[14] Politische Macht gepaart mit wirtschaftlicher Potenz sollte dafür die Basis bilden.

Prämisse dieser Konzeption war dabei stets die Vormachtstellung Deutschlands in Europa und damit auch der Gewinn an weltpolitischer Bedeutung.

Generell gehörte der Gedanke an eine Internationalisierung und grenzübergreifende Kooperation auf dem Gebiet der Wirtschaft in Form eines Weltsystems freihändlerischer Staaten auch zum liberalen Denkmuster vor Ausbruch des Krieges. Stresemanns spätere revisionspolitische Ausrichtung auf eine solch grenzübergreifende Kooperation, wie sie vor ihm bereits Walther Rathenau in seiner außenpolitischen Konzeption des „kooperativen Revisionismus"[15] eingeschlossen hatte, beruhte bereits auf diesen Überlegungen. Sowohl als Syndikus des Verbands Sächsischer Industrieller, in der er vor allem über die Exportlage der weiterverarbeitenden Industrie orientiert war, aber auch als Reichstagsabgeordneter beschäftigte er sich mit der amerikanischen Überlegenheit auf dem Rohstoffsektor und übernahm es entsprechend in sein wirtschaftpolitisches Kalkül.[16] Vor allem seine Erfahrungen aus seiner USA-Reise im Jahre 1912 ließen ihn die potentielle wirtschaftliche Stärke der Vereinigten Staaten und deren Bedeutung für Deutschland – sowohl als Konkurrent als auch als Wirtschafts- bzw. Handelspartner – erkennen. Nicht zuletzt gehörte Stresemann bis 1922 zu den Geschäftsführern des Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverbandes. Bereits zuvor war er Vorsitzender des Deutsch-Kanadischen Wirtschaftsverbandes und Mitglied des Deutsch-Österreich-Ungarischen Wirtschaftsverbandes.[17] Die „kolossale Stärke" der USA, ihre objektiv wahrnehmbare Bedeutung für die Weltwirtschaft und die Weltpolitik ließ ihn bereits 1916 zu dem Schluss kommen, dass „Politik und Völkerpolitik [...] heute in erster Linie Weltwirtschaftspoli-

14 Stresemann: Dankesrede (wie Anm. 4).

15 S. dazu Christian Schölzel: Walther Rathenau. Eine Biographie, Paderborn u.a. 2006, S. 360 ff. u. Wolfgang Michalka: Rathenaus blockierter Weg in die Politik. In: Sven Brömsel u.a. (Hrsg.): Rathenau im Netzwerk der Moderne. Berlin 2014, S. 199-223, hier S. 214.

16 Felix Hirsch: Stresemann, Ballin und die Vereinigten Staaten. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), S. 20-35.

17 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tik“[18] bedeuten. Dieser Gedanke wurde insbesondere nach den Erfahrungen der Katastrophe des Ersten Weltkrieges zu einer seiner grundlegenden Richtlinien, welche ihn schließlich auch dazu veranlasste, gerade die USA als Regulator und Maxime der künftigen internationalen (Wirtschafts-)Politik in den Blick zu nehmen, weil er daran glaubte, „dass die Entscheidung über Europas Zukunft im wesentlichen in den Händen der Vereinigten Staaten liegen wird.“[19] Doch um zu dieser zielführenden Erkenntnis zu gelangen, bedurfte es erst der Katastrophe eines – das bis dahin doch weitgehend europazentrierte Weltsystem aus den Angeln hebenden – erstmalig totalen Krieges.

Stresemanns Übertritt zur Nationalliberalen Partei Ernst Bassermanns im Jahr 1903 erscheint unter den hier genannten Kongruenzen mit den linksliberalen politischen Ideen in erster Linie als pragmatisch begründet und (partei-)strategisch ambitioniert. Der nationale Liberalismus, den er fortan vertrat, „stand für einen Dreiklang aus innenpolitischen Reformen, darunter Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts und eine Parlamentarisierung des politischen Systems, einer weltwirtschaftlichen Orientierung und einer deutschen Weltpolitik, die auf eine verstärkte Flotten-, Wehr- und Kolonialpolitik setzte“.[20] Seine fortan erfolgreiche parteipolitische Karriere bei den Nationalliberalen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass seine innen-, sozial- und wirtschaftspolitische Positionen auch immer wieder auf Widerstand in den eigenen Reihen seiner Partei stießen.

Möglicherweise begann dort bereits die ihm in der Außen- und Verständigungspolitik stets nachgesagte, unter anderem im berühmten sogenannten ‚Kronprinzenbrief‘ zum Ausdruck kommende Fähigkeit zum taktischen ‚Finassieren‘ zwischen links und rechtsgerichteten Programmen, zum Ringen um die politische Mitte, um Anerkennung und Unterstützung bei der Durchsetzung seiner politischen Ziele.

Wich er mit seinem Engagement für eine konstitutionelle Monarchie etwa noch vom politischen Mainstream des rechten Flügels der Partei ab, so fanden sich gerade in seiner Einstellung zur deutschen Kolonial- und Rüstungspolitik zunehmend deutliche Übereinstimmungen. In einem Schreiben an Ernst Bassermann vom September 1908 macht Stresemann nicht zuletzt auch die für die Nationalliberalen als realpolitische Überlebensstrategie not-

18 Gustav Stresemann am 15. März 1910 im Reichstag. Verhandlungen des Reichstags. 12. Legislaturperiode, 1909/1910, II. Session, Bd. 260. Stenographische Berichte, 58. Sitzung, Berlin 1910, S. 2135.

19 Schreiben Stresemanns vom 7.4.1925 an den vormaligen Staatssekretär des Auswärtigen Amts, im Dezember 1924 zum Botschafter in Washington ernannten Ago von Maltzan. Zitiert nach: Hirsch: Stresemann (wie Anm. 16), S. 34.

20 Andreas Rödder: Gustav Stresemann und die Perspektive der Anderen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 18/20 v. 27.4.2018, vgl. http://m.bpb.de.apuz 268358/Gustav- Stresemann-und-die-perspektive-der-anderen?p=all, S. 1 (Stand 1.3.2019).

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wendigen Alleinstellungsmerkmale als Mentor des nationalen Imperialismus schlechthin deutlich, wenn es dort heißt:

> „Wenn uns irgend etwas die Zugkraft ersetzen soll, die wir früher als Partei des nationalen Gewissens hatten, so ist es die Betätigung in allen denjenigen Fragen, welche jetzt im Zeitalter der Weltwirtschaft die denkenden Kreise des Volkes namentlich die Kreise der Jugend und der nachfolgenden Generation bewegen. In Fragen der Kolonien, der Flotte und einer scharfen auswärtigen Politik müssen wir unbedingt die Führung übernehmen, damit wir die weiten Kreise, die im Flottenverein und in Kolonialgesellschaften organisiert sind, und die besonnenen Teile des alldeutschen Verbandes für uns gewinnen. (…) Die Erhaltung der weltwirtschaftlichen Stellung des Deutschen Reiches ist eine von Zufallsstimmungen unabhängige dauernde Parole, die uns begeisterte Anhänger sichern wird, während wir auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Fragen der Mittelpartei auch für die Zukunft mit den größten Schwierigkeiten werden rechnen müssen."[21]

Die zunehmende Betonung einer aktiven Flotten-, Wehr- und Kolonialpolitik ging dabei eindeutig mit einer gegen England gerichteten Haltung einher. „Wir müssen mehr Kolonien haben. Wer hindert uns daran? England. Daher Flotte. Weltwirtschaft ist Weltpolitik. Märkte öffnen", so Stresemanns Credo wenige Jahre später.[22]

Englands Konkurrenz auf dem Weltmarkt hieß es mit einer Demonstration von nationaler Macht und Größe in Schach zu halten. Dabei ist allerdings nicht von einer Forcierung eines konkreten Kriegsgedankens auszugehen, sondern eher von einer nach außen demonstrativ zur Schau gestellten Machtdemonstration und einem, auch im Verständnis anderer (Links-)Liberaler wie Friedrich Naumann oder Max Weber zu findenden, scheinbar berechtigten Nachholbedürfnis und Teilhabeanspruch des noch jungen deutschen Nationalstaates gegenüber den gleichermaßen hegemonialen Bestrebungen der übrigen Großmächte. Kampf um den Weltmarkt war damit nicht gleichbedeutend mit Krieg um den Weltmarkt. Dieser wäre konträr zur angestrebten wirtschaftlichen Kooperationspolitik – auch mit dem ‚Konsumenten' Großbritannien – gewesen. Letztlich wurde jedoch eine kriegerische Auseinandersetzung wenn nicht gewollt, so doch schließlich sehenden Auges in Kauf genommen oder als letzte Möglichkeit einkalkuliert; Krieg wurde somit nicht als Selbstzweck betrachtet, sondern als Mittel zur Wahrung bzw. Verteidigung – und dann auch Ausdehnung – deutscher Lebensinteressen. Verhaftet im historischen völkerrechtlichen Verständnis vom ‚ius ad bellum' galt

21 Schreiben Stresemanns vom 5.9.1908 an Ernst Bassermann. Zitiert nach: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Das Deutsche Kaiserreich 1871-1914. Ein historisches Lesebuch. 5. Aufl. Göttingen 1992, S. 134 f.

22 Gustav Stresemanns Rede anlässlich eines Vortrags in Konstanz am 14.10.1911, zitiert nach Kolb: Stresemann (wie Anm. 8), S. 34. Vgl. dazu auch Gustav Stresemann: Englands Wirtschaftskrieg gegen Deutschland. Stuttgart 1915.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nicht zuletzt die uneingeschränkte Befugnis zum militärischen ‚Schlagabtausch' als Zeichen staatlicher Unabhängigkeit und Souveränität und als ein letztes adäquates Mittel zur Erhaltung oder Erweiterung nationaler Interessen. Auch Stresemann war sicherlich durch diese Sichtweise geprägt. Der Gedanke, wonach die Durchsetzung politischer Ziele den Einsatz militärischer Mittel rechtfertige, zeigte sich bei ihm vor dem Krieg in der Unterstützung der kaiserlichen Flotten-, Wehr- und Kolonialpolitik ebenso wie in seiner Überzeugung vom gerechtfertigten politischen Machtanspruch des Militärs gegenüber zivilen Gewalten, wie dies etwa in seinem Eintreten für einen uneingeschränkten U-Bootkrieg zum Ausdruck kam.[23]

Es sollten schließlich vor allem die kommenden vier Kriegsjahre sein, die für Stresemanns Rezeption sowohl bei seinen Zeitgenossen als auch bis heute mitbestimmend sind und die das Bild vom aggressiven, imperialistischen Annexionisten prägten.

Wenngleich keineswegs von der im August 1914 grassierenden Kriegseuphorie ergriffen, entwickelte sich Stresemann zu einem politischen, wirtschaftlichen und territorialen Expansionisten, wenngleich er sich jedoch auch durchaus kritisch gegenüber den sich aus dem kriegsbedingten Abbruch von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie deren Rückwirkungen auf die deutsche Industrieproduktion herrührenden Problemen äußerte. Bereits drei Wochen nach Kriegsbeginn konstatierte er, dass die „Exportindustrie Sachsens schwer getroffen sei und prognostizierte für die nicht Kriegsbedarf produzierende Industrie den wirtschaftlichen Stillstand".[24]

Überzeugt davon, einen aus dem Selbstbehauptungsgefühl der Nation veranlassten Verteidigungskrieg gegen England um die deutschen „Lebensinteressen" zu führen, radikalisierte sich Stresemanns Auffassung im Verlauf des Krieges zunehmend. Aus einem von der militärischen Führung der Bevölkerung gegenüber vermittelten Gefühl der Stärke heraus gerierte sich auch Stresemann als Repräsentant für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg und einen Siegfrieden mit entsprechenden umfangreichen Gebietsgewinnen, die letztlich dem Reich eine Hegemonialstellung auf dem Kontinent ermöglichen sollten, in einem „Weltkampf", der die „ Deutschen an ihren Weltberuf

23 Vgl. Gustav Stresemann: Michel horch, der Seewind pfeift…! Kriegsbetrachtungen. Berlin 1916. Zusammengestellt aus „Grundgedanken der Notwendigkeit der deutschen Seegeltung, deutscher Weltgeltung und deutscher weltpolitischer Geltung" (so die Einleitung), vgl. u.a.: Deutsches Ringen, deutsches Hoffen. Rede, gehalten in Aurich, 4. 12.1914, ebd. S. 19.

24 Gustav Stresemann in den Dresdner Neuesten Nachrichten, 21.8.1914, zitiert nach Carsten Schmidt: Zwischen Burgfrieden und Klassenkampf. Sozialpolitik und Kriegsgesellschaft in Dresden 1914-1918. Diss. Phil. Dresden 2007, S. 53.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

erinnert als das alte, große Hoffnungsvolk der Erde“.[25] Hier zeigte sich keineswegs Stresemanns sonstige realpolitische Einstellung. Zu lange und zu konsequent gab er sich einer annexionistischen Weltanschauung hin und propagierte Durchhalteparolen, die längst jeglicher militärischen Grundlage entbehrten. Dieses unkritische Verharren in hegemonialer Grundhaltung ist sicherlich als bedeutender politischer Fehler Stresemanns zu betrachten, während etwa ursprünglich nicht minder annexionistisch ausgerichtete Politiker wie Matthias Erzberger längst die Zeichen der Zeit erkannt hatten.

„Die Kriegsniederlage stellte so [konsequenterweise C.S.] für Stresemann eine traumatische Enttäuschung dar.“[26] Dies umso mehr, als er sich bereits im November 1918 der Tatsache eines zu erwartenden Gewaltfriedens bewusst war. Die noch auf Wilson gesetzten Hoffnungen auf einen Verständigungsfrieden wurden spätestens mit dem Tag der Übergabe der alliierten Friedensbedingungen am 7. Mai 1919 zerstört. Am 14. Mai äußerte Stresemann entsprechend: „Wir sind vielleicht verloren, wenn wir den Frieden nicht unterzeichnen, aber wir sind sicher verloren, wenn wir ihn unterzeichnen“;[27] er reihte sich damit in die Riege der Unterzeichnungsgegner ein. Das sich in der Position des siegessicheren antiken Roms wähnende Deutsche Reich müsse sich nun in der Verliererrolle des niedergeschlagenen Karthagos wiederfinden, dem weiterhin ein lediglich durch einen Rechtsbruch der 14 Punkte Wilsons zustande gekommener Friede zuteil würde, so Stresemann.[28]

Die mit dem Ende des Weltkrieges einhergehende Neuordnung internationaler Verhältnisse und die damit verbundene grundlegende Veränderung hinsichtlich der Wiederherstellung eines Friedenszustandes ohne die bisher wirksame Oblivionsklausel[29] des ‚friedewirkenden Vergessens‘ traf die deutsche Nation völlig unvorbereitet. Statt der durch Wilsons Friedenspunkte geförderten Hoffnung auf traditionell verankerte Vergessens- und Amnestieklauseln prägten nun Kriegsschuldanklage und Wiedergutmachungsklauseln mit dem ihnen eigenen moralischen Impetus die unmittelbare Friedenspolitik und ließen den Frieden als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln verstehen.

25 Vgl. Gustav Stresemann: Bismarck und wir. Rede des Reichstagsabgeordneten Gustav Stresemann zum 25. Bismarck-Kommers des Berliner Bismarck-Ausschusses am 1.4.1916. Berlin 1916, S. 3.

26 Rödder: Stresemann (wie Anm. 20), S. 1.

27 Gustav Stresemann: Wilsons Frieden. In: Ders.: Von der Revolution bis zum Frieden von Versailles. Berlin 1919, S. 171.

28 Gustav Stresemann am 22.6.1919 in „Das Bittere Ende“. In: Ebd., S. 172.

29 S. Jörn Leonhard: Erwartung und Überforderung. Die Pariser Friedenskonferenz 1919. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 15/2019, S. 4-11. Eckard Conze: Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt. München 2019, Jost Dülffer: Friedenstiften. Deeskalation und Friedenspolitik im 20. Jahrhundert. Köln u.a. 2008 u. Christoph Kampmann: Europa und das Reich im Dreißigjährigen Krieg. Geschichte europäischer Konflikte. Stuttgart 2008.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Doch mehr als die Außen- und Friedenspolitik absorbierte zunächst die innen- und parteipolitische Entwicklung der jungen Republik die Kräfte Stresemanns. Wie bereits 1912, dem Zeitpunkt seiner ersten politischen Niederlage, befand er sich nun wieder in einer defensiven Rolle. Aufgrund seiner aggressiven Kriegszielpolitik förmlich diskreditiert, im Kontext der liberalen Parteigründungen durch die konsequente Abwendung der Linksliberalen unterlegen und von der Schwerindustrie bei der Konstituierung des Reichsverbands der Deutschen Industrie im Frühjahr 1919 übergangen, durchlebte er, zudem gesundheitlich geschwächt, die Anfangszeit der Weimarer Republik als eine sehr schwierige persönliche und politische Phase.

Für die Folgezeit lassen sich gerade seine Qualitäten als Realpolitiker um so deutlicher markieren. Ungeachtet seiner gesellschafts- und verfassungspolitischen Reformgedanken und seiner parlamentarischen Ausrichtung im Sinne einer Vereinigung monarchischer und demokratischer Prinzipien bekannte er sich als parlamentarischer Monarchist – eine Tatsache, mit der er als Liberaler nicht alleine stand. Seine politische Weitsicht ließ ihn das Staatserhaltende, die Staatsraison der jungen Republik als Grundprinzip erkennen und ihn auf den Boden der neuen Republik stellen. Folgt man den Charakteristiken für das Wesen des sogenannten „Vernunftrepublikanismus“,[30] so ergeben sich daraus gerade für Stresemann Übereinstimmungen, die dazu führen, ihn zu dieser Kategorie zählen zu können. Das Kriegserlebnis und der daraus resultierende gesellschaftliche und politische Umbruch wurden von ihm im Laufe der Republik als Faktum wahrgenommen und letztlich akzeptiert – eine Tatsache, die gerade ihm als Reformpolitiker mit den aus der wilhelminischen Zeit herrührenden zukunftsgerichteten Erkenntnissen über die notwendige Anpassung und Modernisierung von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen sicher leichter fiel als anderen, konservativen Politikern seiner Zeit. So erkannte er auch gerade das republikanische Potenzial Nachkriegsdeutschlands gegenüber den alliierten ehemaligen Kriegsgegnern, insbesondere den USA, Großbritanniens und Frankreichs, was ihn damit zugleich auch zum Träger einer Verständigungspolitik auf der Basis des Friedensvertrages machte. „Die wirtschaftliche und politische Entwicklung, die wir erhoffen“, so formulierte er in einer Rede vom 16. April 1925 im Überseeklub in Hamburg, „kann sich nach meiner Überzeugung nur auf der Grundlage der heutigen Staatsform vollziehen. Es gibt Millionen von Deutschen, die bereit sind, sie zu verteidigen, gegen jeden, der sich vermessen würde, uns in innenpolitische Kämpfe über die

30 Vgl. Andreas Wirsching/Jürgen Eder (Hrsg.): Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Wissenschaft, Literatur. Stuttgart 2008.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Frage hineinzuziehen; […].“[31] Aus dieser politischen Vernunft war nicht zuletzt eine Art ökonomische Vernunft erwachsen, die ihn dazu veranlasste, Schritte weiterzudenken, die im Kaiserreich unter völlig anderen Grundvoraussetzungen angedacht, nun aber in der neuen Konstellation zur Ausführung gebracht werden konnten. Unter diesem Blickwinkel ist es durchaus berechtigt festzustellen, dass Stresemann mit seiner republikanischen Praxis zwischen 1923 und 1929 den stärksten Anker sowohl einer deutschen Friedenspolitik als auch des parlamentarischen Systems darstellte.[32]

So lässt sich Stresemanns Entwicklung und seine Bejahung des neuen republikanischen Systems tatsächlich als „politische Positionierung vernunftrepublikanischen Denkens“[33] bezeichnen. Diese bezog – ebenso wie im Kaiserreich – die Wahrung der staatlichen Stabilität, den Ausbau, besser den Wiedergewinn der Machtstellung des Reiches, aber auch den Gedanken der Einheit von Volk und Staat und deren Verbundenheit mit der Nation mit ein.[34] Insofern finden sich die eigentlichen Grundtendenzen seines politischen Handelns unter den neuen Vorzeichen wieder.

Dieser Entwicklung ein sogenanntes ‚Damaskus-Erlebnis‘ zugrunde zu legen, erscheint unter diesen Gesichtspunkten weder zwangsläufig noch naheliegend. In der Phase der unmittelbaren Gefährdung durch rechtsextremistische Aktionen, wie die Ermordung Matthias Erzbergers, insbesondere aber Walther Rathenaus, festigte sich bei Stresemann die Überzeugung, die Republik nicht nur nach außen, sondern auch nach innen weiter zu stützen und zu verteidigen. Ihn jedoch gleich als *den* Begründer einer liberalen Außenpolitik zu charakterisieren, lässt die von Walther Rathenau, der ansonsten eher im Schatten Stresemanns zu stehen scheint, geleistete Vorarbeit auf dem Gebiet der Reparationspolitik unberücksichtigt. Dessen Ansatz, die Reparationsfrage durch Verständigung und mit Frankreich zusammen gemeinschaftlich zu lösen, war der Beginn einer auf parallelen wirtschaftlichen Interessen beruhenden Politik der ‚Banker’s oder Business Diplomacy‘, die den Wirkungszusammenhang zwischen internationalem Finanzfluss, internationalem

31 Rede Stresemanns im Überseeklub in Hamburg, 16.4.1925. Nach: Hamburger Überseeklub-Jahrbuch 1925, S. 107-120, leicht gekürzter Druck (mit kleinen Abweichungen) auch in Stresemann: Vermächtnis (wie Anm. 2), Bd. 2 S. 284-296. https://neuestegeschichte.uni-mainz.de/files/2018/07/Text_1925.pdf (1.3.2019).

32 Horst Möller: Friedrich Meinecke, Gustav Stresemann und Thomas Mann – drei Wege in die Weimarer Republik. In: Wirsching/Eder (Hrsg.): Vernunftrepublikanismus (wie Anm. 30), S. 257-274, hier S. 273. Stresemann ist danach u.a. auch zu der vernunftrepublikanischen Generationskohorte der zwischen 1860 und 1885 Geborenen zu rechnen.

33 Ebd.

34 S. dazu seine Regierungserklärung am 8.10.1923, Verhandlungen des Reichstags Bd. 361, 386. Sitzung vom 8.10.1923, S. 11982 und die Parteitagsrede vom 30. März 1924 in: Gustav Stresemann: Reden und Schriften. Dresden 1926, Bd. 2. S. 164-193, vgl. dazu: Jörn Retterath: „Was ist das Volk?“ Volks- und Gemeinschaftskonzepte der politischen Mitte in Deutschland 1917-1924. Berlin und Boston 2016, S. 299 ff.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Handel und internationaler Entspannung nutzte und den Weg für Stresemanns Politik des ‚peaceful change' in dieser Hinsicht ebnete.

Es ist kein Zufall, dass beide Protagonisten nicht aus den Reihen der Berufsdiplomaten kamen, sondern aus dem Wirtschaftsbereich stammten. Stresemanns Reform- und Modernisierungswille, gerade auch in Bezug auf die Betonung des wirtschaftlichen Moments in der Außenpolitik und eine Neugestaltung der internationalen Wirtschaftspolitik, hatte sich bereits vor dem Weltkrieg auch in der Kritik an bestehenden Verwaltungsstrukturen gezeigt. So plädierte er für eine Öffnung des diplomatischen Dienstes für (nichtadlige) „Quereinsteiger" als Wirtschaftssachverständige, die die deutschen Wirtschafts- und Handelsinteressen besser im Ausland zu vertreten wüssten als die klassisch ausgebildeten, primär aus der Aristokratie stammenden Diplomaten.[35]

Mit dem wirtschaftlichen Moment als Maßstab ließ sich aber, wie auch Rathenau erkannt hatte, nicht nur eine Interessenkongruenz mit ganz unterschiedlichen Partnern, entweder allein oder in einem größeren Zusammenhang erreichen, sondern auch die prekäre Reparationsproblematik aus dem Bereich des Politischen in den Bereich der Ökonomie und Handelspolitik überführen. Doch während Rathenau sich darauf berief, dass nunmehr [nur] die Wirtschaft das deutsche Schicksal bestimme,[36] klammerte Stresemann den politischen Aspekt aus seiner Konzeption nicht derart kategorisch aus. „Ich vermag diese Umkehrung nicht anzuerkennen", äußerte er in seiner Rede in Oslo am 29.6.1927. „Aber anerkennen will ich, daß die Politik der Völker und Nationen kaum jemals von wirtschaftlichen Entwicklungen und Tendenzen so beeinflusst worden ist wie gegenwärtig."[37] Wirtschaftliche Verständigung und Verflechtung unter deutscher Beteiligung, so Stresemanns Einsicht, bedingten dabei allerdings nicht nur die Voraussetzung gleicher ökonomischer Interessen, sondern sie waren nur dann durchzusetzen, wenn Deutschland offen das Prinzip eines friedlichen Wandels demonstrierte, sich

35 Vgl. Klaus Schwabe: Das diplomatische Korps 1871-1945. Boppard/Rh. 1985, S. 87, Kurt Doß: Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform. Düsseldorf 1977, S. 148 u. 152 f.

36 Stresemann nimmt dabei Bezug auf die Formulierung Rathenaus in seiner Rede vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie am 28.9.1921 in München, in dem dieser auf ein Gespräch Napoleons mit Goethe im Jahre 1808 Bezug nahm: „[…] und Napoleon sagte: ‚Was will man immer von dem Schicksal? Politik ist das Schicksal!' Dieses große Wort ist hundert Jahre lang wahr geblieben, es ist in den letzten Jahren der Kriegsentscheidung auf seinen Gipfel gestiegen, und es lastet mit seiner ganzen Schwere auf uns. Aber auch dieses Wort hat seine begrenzte Dauer. Es wird der Tag kommen, wo es sich wandelt, und wo das Wort lautet: Die Wirtschaft ist das Schicksal. Schon in wenigen Jahren wird die Welt erkennen, daß die Politik nicht das Letzte entscheidet." Zitiert nach: Die deutsche Industrie und die Wiedergutmachungsfrage. Bericht über die 3. Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Berlin 1921, S. 12-20, hier S. 20.

37 S. Stresemann: Dankesrede (wie Anm. 4).

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

deutlich zu den kooperativen multilateralen Vereinbarungen bekannte und die Interessen anderer Staaten mit berücksichtigte.

Die Londoner Konferenz im Frühjahr 1921 hatte ihn zur Erkenntnis geführt, dass politische Erwägungen, etwa die Sicherheitspolitik Frankreichs, zumindest zu diesem Zeitpunkt noch einen höheren Rang einnahmen als wirtschaftliche Interessen. Gekoppelt mit dem psychologischen Aspekt der nach wie vor vorherrschenden Feindschaft musste ein neuer Weg gefunden werden, Außenpolitik zu betreiben. „Er ging [daher] nicht ausschließlich von den deutschen Ansprüchen aus, sondern er bezog die ‚Perspektive der Anderen' mit ein".[38] Man müsse der Frage der Sicherheit für Frankreich ruhig und leidenschaftslos gegenüberstehen, konstatierte er drei Monate vor Antritt des Kanzleramtes während der Zeit der Ruhrbesetzung.[39] Und noch zwei Jahre später erkannte er, mittlerweile als Außenminister, das französische Sicherheitsbedürfnis als einen zu berücksichtigenden psychologischen Faktor in den bilateralen Beziehungen, den nicht anzuerkennen mehr außenpolitischen Schaden anrichten würde, als ihn in das politische Konzept mit einzukalkulieren. Dies mag sicherlich auch eine grundlegenden Einsicht Stresemanns aus den Erfahrungen der aggressiven deutschen Weltmachtpolitik vor 1914 gewesen sein.

Dieses aus einer politischen Ratio erwachsene Prinzip der Empathie blieb allerdings vorwiegend auf den Westen, insbesondere Frankreich ausgerichtet, nicht etwa auf Polen, und war sicher auch aus dem Verständnis heraus erwachsen, als Großmacht unter Großmächten zu agieren.

Verfolgt man die außenpolitische Zielsetzung Stresemanns über einzelne Stationen – den Dawes-Plan, den Vertrag von Locarno, den Berliner Vertrag, die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und den Kelloggpakt –, so lässt sich gerade dieses Verständnis als Maxime für die deutsche Außenpolitik generell herausstellen. Die Verbindung von Friedenssicherung bzw. -wahrung unter Beibehalten eigener nationaler Interessen ohne militärisches Potenzial ließ sich im Prinzip nur über das Selbstverständnis, nach wie vor als wichtiger politischer Faktor im Konzert der Mächte wahrgenommen zu werden, und im Zusammenhang wirtschaftlicher Verflechtung realisieren. Grundlage dafür war wiederum das noch weitgehend erhaltene wirtschaftliche Potential Nachkriegsdeutschlands und die zwischen den ehemaligen Alliierten durchaus divergierende Vorstellung von der Hegemonie in Europa. Stresemanns Gesamtkonzept erwies sich dabei als eine modernisierte, den neuen Gegebenheiten der Nachkriegsordnung wie auch des republikanischen Deutschlands angepasste Variante multilaterial operierender Außen- und

38 Rödder: Stresemann (wie Anm. 20), S. 5.
39 Gustav Stresemann in „Die Zeit" vom 15.5.1923. In: Vermächtnis (wie Anm. 2). Bd. 1. S. 64.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Friedenspolitik, die sich inhaltlich am Machtanspruch des Deutschen Reiches vor 1914, strategisch dagegen an den politischen Verhältnissen nach 1918 zu orientieren verstand.[40]

Als Kontinuität erwies sich dabei stets das nationale Denken der Vorkriegszeit. Während die Aufgabe deutscher Gebiete nie eine Option in seinem außenpolitischen Denken darstellte, das Auslandsdeutschtum dabei immer eine gewichtige Rolle spielte, chauvinistische und revisionistische Züge, gerade gegenüber Polen, immer wieder eine Reminiszenz an die vormalige Großmachtpolitik aufzeigten, wies die von ihm bewiesene Politik der Verständigung auf der Basis gegenseitigen Vertrauens bereits Züge auf, die es ihm ermöglichte, zugleich eine Revisions- und Verständigungspolitik zu praktizieren, in der sowohl nationale als auch internationale Interessen vereinbart werden konnten.

Das Akzeptieren der durch den Versailler Vertrag verursachten militärischen Schwächung stellt dabei eine wichtige Tatsache in Stresemanns Lernprozess seit dem Ersten Weltkrieg dar. Gleichwohl wurde sie durch eine ökonomische Variante der Machtpolitik ausgeglichen. Eine ebenso nach Westen, wie auch nach Osten ausgerichtete ausgleichende Verständigungspolitik stellte eine weitere Basis für seine friedliche Politik der internationalen Integration dar. Und letztlich erwies sich auch das Bemühen um Russland als eine Facette einer Politik der ‚pénétration économique' bzw. ‚pacifique'.

Allgemeine Abrüstung, Kriegsächtung, friedliche Kooperation, also eine europäische Friedenspolitik, wurden unter seiner Ministertätigkeit zu einem bestimmenden Faktor für die unter seiner Leitung geführte deutsche Nachkriegsaußenpolitik.

Grenzen fand jedes außenpolitische Konzept – gleich welcher Nation – immer in der innenpolitisch schwierigen Konstellation, die für alle Beteiligten gravierende Auswirkungen auf das außenpolitische Tagesgeschäft hatte. Für Stresemann persönlich bedeutete seine Politik bis zuletzt oft einen steten Balanceakt zwischen den politischen Blöcken, was ihn oft, insbesondere in Bezug auf eine reparationspolitische Verständigung mit Frankreich bei Entscheidungen behinderte. Mit ihm verlor die Republik ihren zumindest nach außen wirkenden wichtigsten Stabilisationsfaktor.

Resümee: Die Frage nach dem Gehalt des liberalen Moments der Stresemannschen Politik ist sicherlich nicht abschließend geklärt. Festzustellen ist jedoch, dass bereits im Kaiserreich angelegte Modernisierungstendenzen und liberale Modelle durchaus in der Nachkriegszeit Eingang in sein außen-, wirtschafts- und weltpolitisches Konzept und somit in seine ‚nationale Realpolitik' fanden. Nicht zuletzt stand Stresemann als Außenpolitiker mit seinem Konzept wirtschafts- und handelspolitischer Verflechtung und gleich-

40 Wolfgang Michalka,/Marshall M. Lee (Hrsg.): Gustav Stresemann. Darmstadt 1982.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zeitig damit verknüpfter internationaler Entspannung für ein liberales Modell der Friedenssicherung, das die Vorteile eines Wirtschaftsfriedens mit dem Ziel einer friedlichen Restitution der internationalen Politik zu verbinden wusste. Ähnlich wie bei Rathenau mischten sich bei ihm „Einflüsse und Vorprägungen" – eben auch liberaler Natur – „des wilhelminischen Deutschland mit Beziehungs- und Reaktionsmustern, die der spezifischen Situation der Nachkriegszeit geschuldet waren."[41]

41 Schölzel: Rathenau (wie Anm. 15), S. 370.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Manuel Limbach

„Anständig“ und „dauernd“. Friedensvorstellungen im bürgerlich-liberalen Widerstand gegen Hitler

„Peace for our time“! Die Worte des britischen Premierministers Neville Chamberlain nach seiner Rückkehr von der „Münchener Konferenz“ Ende September 1938 muten aus heutiger Perspektive naiv und tragisch an. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die weitere Entwicklung, die in den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust mündete, kaum absehbar war. Auch in Deutschland begrüßten sogar einige der späteren Mitglieder des bürgerlichen Widerstands den „Anschluss“ Österreichs und das „Münchener Abkommen“. Entscheidend hierfür waren die vom nationalkonservativen bis zum liberalen Spektrum reichenden Vorstellungen von einem „anständigen“ und „dauernden“ Frieden in Europa.

Der bürgerliche Widerstand gegen Hitler und dessen Pläne für eine neue Friedensordnung in Europa nach Untergang des „Dritten Reiches“ sind in der Vergangenheit gut erforscht worden. Der Fokus lag dabei in der Regel auf den am Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 beteiligten Protagonisten. Politisch standen die führenden Köpfe des Stauffenberg-Attentats insbesondere dem bürgerlich-konservativen und monarchistischen Lager nahe.[1] Zwei der in diesem Zusammenhang ohne Zweifel bedeutsamsten zivilen Widerständler, der frühere Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler und der ehemalige deutsche Botschafter in Rom, Ulrich von Hassell, bemühten sich bereits vor Kriegsausbruch 1939, den Frieden in Europa zu erhalten. Später nahmen sie mit dem westlichen Ausland Kontakt auf, um einen möglichen Friedensschluss zu erörtern.[2] Dabei entwickelten sie detaillierte Neuordnungskonzepte für Europa. Hierin stand ihnen der konservativ-christliche, sozialreformerische Kreisauer Kreis keineswegs nach. Auch die Männer um Helmuth James Graf von Moltke, Peter Yorck von Wartenburg und

1 Zum gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 siehe Peter Hoffmann: Widerstand – Staatsstreich – Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. 4. Aufl. München 1985; Joachim Fest: Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli. Neuausgabe Berlin 2004.

2 Hierüber geben insbesondere die Denkschriften Goerdelers sowie Hassells Tagebuchaufzeichnungen Auskunft, vgl. Sabine Gillmann/Hans Mommsen (Hrsg.): Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers. 2 Bde. München 2003 u. Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen (Hrsg.): Die Hassell-Tagebücher 1938-1944. Aufzeichnungen vom Andern Deutschland. Berlin 1988.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Adam von Trott zu Solz beschäftigten sich früh mit möglichen Friedenskonzepten.[3]

Bürgerlich-liberale Widerständler rückten dagegen erst vergleichsweise spät und kaum nachhaltig in den Mittelpunkt des Interesses der Widerstandsforschung. An dieser Stelle muss die liberale Robinsohn-Strassmann-Gruppe erwähnt werden, die ebenso wie der bayerische Sperr-Kreis ihre Friedensfühler ins westliche Ausland ausstreckte.[4] Die Gruppe um den letzten bayerischen Gesandten in Berlin, Franz Sperr, sowie den beiden ehemaligen DDP-Reichsministern Otto Geßler und Eduard Hamm trat im Verlauf des Krieges mit einigen der bereits erwähnten bürgerlichen Widerstandskreise in Kontakt. Diskutiert wurden Grundsatzfragen der künftigen Staats- und Regierungsform sowie Sachthemen wie die Wirtschaftspolitik oder das Verhältnis von Kirche und Staat. Ausgeklammert wurden dagegen die Friedensvorstellungen, was erstaunlich ist, weil die anderen Gruppen – nicht zuletzt die am 20. Juli 1944 beteiligten – untereinander regelmäßig dieses Thema anrissen. Es sei vorweggenommen, dass eine Übereinkunft in diesen Fragen für den Sperr-Kreis wohl ein schwieriges Unterfangen gewesen wäre, da die einzelnen Widerstandsgruppen zum Teil höchst unterschiedlichen Friedensvorstellungen anhingen.

Im Folgenden sollen einige Überlegungen zu den Wurzeln und Ausprägungen der Friedensvorstellungen des bürgerlich-liberalen Widerstands gegen Hitler angestellt werden. Exemplarisch werden die Positionen der Liberalen Eduard Hamm und Otto Geßler sowie jene der Robinsohn-Strassmann-Gruppe dargelegt. Als vergleichende Beispiele dienen die Ideen Carl Goerdelers und Ulrich von Hassells sowie die des Kreisauer Kreises. In einem ersten Abschnitt werden zum einen die Rahmenbedingungen beschrieben, vor deren Hintergrund die theoretischen Friedensvorstellungen entstanden. Hier wird die Sicht der handelnden Akteure auf den Versailler Friedensvertrag eine Rolle spielen. Zum anderen werden die Friedensinitiativen der Widerständler im westlichen Ausland geschildert, die ihnen die Bedingungen eines Friedensschlusses und die Perspektiven einer möglichen Nachkriegsordnung in Europa vor Augen führten.

3 Zum Kreisauer Kreis als Quellengrundlage weiterhin maßgeblich Roman Bleistein (Hrsg.): Dossier: Kreisauer Kreis. Dokumente aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Frankfurt a. M. 1987 sowie Ger van Roon: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung. München 1967. Zu den Friedensvorstellungen und europäischen Neuordnungspläne der Kreisauer vgl. mehrere Beiträge des Sammelbandes Ulrich Karpen (Hrsg.): Europas Zukunft. Vorstellungen des Kreisauer Kreises um Helmuth James Graf von Moltke. Heidelberg 2005.

4 Vgl. Horst R. Sassin: Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934–1942. Hamburg 1993. Zum Sperr-Kreis sei nun auf die Dissertation des Verfassers verwiesen, vgl. Manuel Limbach: Bürger gegen Hitler. Vorgeschichte, Aufbau und Wirken des bayerischen „Sperr-Kreises“. Göttingen 2019.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Anschließend sollen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei den Friedensvorstellungen des bürgerlichen Widerstands gegen Hitler herausgearbeitet werden.[5] Hierfür werden die als friedenssichernde Maßnahmen entwickelten Konzepte und Ideen in Bezug auf eine Neuordnung Europas, die künftige territoriale Gestalt Deutschlands und die Vorstellungen von den künftigen zwischenstaatlichen Beziehungen untersucht und miteinander verglichen. Hierdurch soll abschließend die Frage beantwortet werden, ob die Herausbildung bestimmter Friedensvorstellungen innerhalb des bürgerlichen Widerstands durch eine bestimmte politische Sozialisation oder gar frühere Parteimitgliedschaft beeinflusst war oder ob nicht andere Faktoren, wie etwa eine generationale Spaltung, eine Rolle spielten.

I.

Die Friedensvorstellungen des bürgerlichen Widerstands gegen Hitler sind nicht zu trennen von seiner Sicht auf den „Versailler Vertrag", der ihm sozusagen als Blaupause für die Überzeugung diente, wie ein „anständiger" und „dauernder" Frieden nicht auszusehen hatte. Aus Sicht der meisten späteren Mitglieder des bürgerlichen Widerstands, so auch bei den dem politischen Liberalismus nahestehenden, hatte „Versailles" keinen Frieden geschaffen, sondern vielmehr Deutschland demütigen und künstlich kleinhalten sollen. Entsprechend sprach Eduard Hamm stets vom „Unfrieden von Versailles".[6] Auch die Wendung vom „Diktat von Versailles"[7] fiel gelegentlich.

Die Revision dieses Friedenskonstrukts schrieben sich viele der späteren bürgerlich-konservativen und bürgerlich-liberalen Widerständler seit den frühen 1920er Jahren auf ihre Fahnen. Ihr Ziel war mit unterschiedlicher Akzentsetzung die Durchsetzung einer neuen, dauerhaften und gerechten Friedensordnung. Dadurch gerieten sie nicht selten in einen inneren Zwiespalt. Schließlich nahm auch Hitler eine Revision des „Versailler Vertrages" vor. Während sie den NS-Unrechtsstaat in der Regel teilweise früh ablehnten, erblickten deshalb einige in der Außenpolitik des „Dritten Reiches" eine Übereinstimmung mit den eigenen Vorstellungen. Die Mittel, derer sich Hitler be-

5 Das Wort „bürgerlich" wird in diesem Beitrag im (partei-)politischen Sinne verstanden. Der Begriff „bürgerlicher Widerstand" bezieht sich entsprechend auf Widerständler, die aufgrund ihrer Rolle im Kaiserreich und der Weimarer Republik einem bestimmten politischen Lager zwischen linksliberalem und nationalkonservativem Parteienspektrum zuzuordnen sind. Dass sich politische Positionen über frühere Parteigrenzen hinweg annähern bzw. innerhalb einer politischen Strömung differieren können, wird durch die folgenden Ausführungen in Bezug auf die Friedensvorstellungen des bürgerlichen Widerstands unterstrichen.

6 Eduard Hamm an Pierre Vasseur (5. Oktober 1938), Bayrisches Hauptstaatsarchiv, München (BayHStA), NL Hamm 94.

7 Gillmann/Mommsen (Hrsg.): Politische Schriften (wie Anm. 2), S. 611 u. 665.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

diente, klammerten sie dabei häufig aus. Hans Mommsen hat die These aufgestellt, die bürgerlichen Widerständler hätten sich zwar in der Methode, nicht aber in der Zielsetzung von Hitler unterschieden.[8] Diese Ansicht führt aber zu weit. Denn Hitlers Ziel bestand niemals in der Befriedung Europas. Es existierte somit allenfalls teilweise eine Zielparallelität. Allerdings ist Mommsen durchaus zuzustimmen, dass konservative Männer wie Goerdeler und Hassell, aber eben auch – dies sei vorweggenommen – Liberale wie Hamm und Geßler, „trotz aller Bekenntnisse zu einer künftigen europäischen Friedensordnung einem national motivierten Wunschdenken verhaftet blieben".[9]

Die Zurückweisung von „Versailles" und die Ablehnung der vermeintlich grenzenlosen Beschränkung des deutschen Selbstbestimmungsrechts kamen besonders stark in jenen Wochen und Monaten zum Vorschein, als das nationalsozialistische Deutschland sich anschickte, offensiv und aggressiv seine nationalen Grenzen auszudehnen.

Eduard Hamm hatte sich ebenso wie Otto Geßler seit Ende der 1920er Jahre in der Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft (DÖAG) für einen nicht nur wirtschaftlichen Zusammenschluss Deutschlands und Österreichs eingesetzt. Stark beeinflusst von Friedrich Naumanns „Mitteleuropa-Idee" feierte Hamm den „Anschluss" Österreichs 1938 als „ungeheuren aussen- und volkspolitischen Erfolg".[10] Er sprach von der „genial zupackenden Tat des Führers" und von einer „'Wendung durch Gottes Fügung!' im Namen des wahren Rechts".[11] Er selbst habe „seit jeher deutsche Grösse nur im Einklang aller deutschen Stämme und Einzelstaaten gesehen".[12] Daher verstand er den „Anschluss" einerseits als „Endpunkt im Verhältnis zwischen dem Bismarckschen Reich und Deutschösterreich", andererseits „als Ausgangspunkt neuer Besitzfestigung und -ausweitung des d[eutschen] Volkstums darüber hinaus in Mitteleuropa".[13]

Ganz in diesem Duktus fiel dann auch Hamms Reaktion auf die Beendigung der so genannten „Sudetenkrise" aus. Das „Münchener Abkommen" bezeichnete er als die Grundlage eines „wirklichen inneren Frieden[s]". Einem französischen Freund schrieb er fast schon überschwänglich: „Lassen

8 Vgl. Hans Mommsen: Der deutsche Widerstand gegen Hitler und die Überwindung der nationalstaatlichen Gliederungen Europas. In: Ders.: Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes. München 2000, S. 266-283, hier S. 267.

9 Ebd.

10 Eduard Hamm an Friedrich Heilbron (18. März 1938), BayHStA, NL Hamm 85; vgl. zu Hamms Sicht auf die „Mitteleuropa-Idee" und den „Anschluss" Österreichs Wolfgang Hardtwig: Freiheitliches Bürgertum in Deutschland. Der Weimarer Demokrat Eduard Hamm zwischen Kaiserreich und Widerstand. Stuttgart 2018, S. 420-422.

11 Eduard Hamm an Richard Riedl (23. März 1938), BayHStA, NL Hamm 91.

12 Eduard Hamm an Friedrich Heilbron (18. März 1938), BayHStA, NL Hamm 85.

13 Eduard Hamm an Richard Riedl (23. März 1938), BayHStA, NL Hamm 91.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Sie mich Ihnen heute die Hand reichen, dem französischen Patrioten und dem guten Europäer. Großdeutschland, und das mit französischer Zustimmung – welche Wandlung, die nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht gerade hier tiefstes göttliches und menschliches Recht“ zu Grunde gelegt worden wäre.[14]

Auf dem Höhepunkt der so genannten „Appeasementpolitik“ der einstigen Siegermächte erblickte Hamm somit keine diplomatische Schwäche des Westens gegenüber Hitler-Deutschland, sondern einen lobenswerten Schritt in die richtige Richtung. Dies unterschied Hamm von Widerständlern wie dem früheren Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler. Für diesen bedeutete das „Münchener Abkommen“ einen tiefen Rückschlag in seinem zu diesem Zeitpunkt bereits bestehenden Bemühen, Hitler, der aus seiner Sicht eindeutig auf einen Krieg zusteuerte, durch einen Umsturz im Inneren zu entmachten.[15] Dabei darf die Einstellung Goerdelers in diesen Wochen nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch er seit den frühen 1920er Jahren mit aller Kraft für eine Revision des „Versailler Vertrages“ eingetreten war. Und auch er hegte die hoffnungsvolle Erwartung, dass sich England und Frankreich weiter bewegen würden. Nur sollten sie eben nicht Hitler gegenüber nachgeben, mit dessen Politik Goerdeler seit 1933 mehr und mehr in Konflikt geraten war.[16]

Das „Münchener Abkommen“ hatte gezeigt, dass die Bereitschaft des Westens, eine dauerhafte Übereinkunft mit Deutschland zu erzielen, zunächst nicht zwingend an einen Regimewechsel geknüpft war. Allerdings vernahm Otto Geßler – schon einige Jahre aktives Mitglied des bayerischen Sperr-Kreises und in dessen Auftrag ab 1939 auf diversen Friedensmissionen unterwegs[17] – auf einer Reise nach England im Juni 1939 die leise Hoffnung und den Wunsch Englands auf einen Verständigungsfrieden, der einen Krieg verhindern könnte. Ähnlich wie Hamm, missdeutete aber auch Geßler im Gespräch mit britischen Diplomaten die tatsächlichen Absichten Hitlers. Vom deutschen Anspruch auf die abgetretenen Ostgebiete überzeugt, will er erklärt haben: „Auch für uns ist Danzig kein Eroberungszug, sondern die Wiedergutmachung eines durch Wortbruch begangenen Unrechts“, woraufhin Geßler umgehend die schroffe Antwort erhalten habe: „Sie werden kein zweites Versailles bekommen“. Wenn Hitler-Deutschland sich einer Verstän-

14 Eduard Hamm an Pierre Vasseur (5. Oktober 1938), BayHStA, NL Hamm 94.
15 Vgl. hierzu das Kapitel „Septemberverschwörung“ bei Fest: Staatsstreich (wie Anm. 1), S. 76-104.
16 Zu Goerdelers Rolle als Oberbürgermeister von Leipzig siehe Ines Reich: Carl Friedrich Goerdeler. Ein Oberbürgermeister gegen den NS-Staat. Köln 1997.
17 Vgl. hierzu jetzt ausführlich Limbach: Bürger gegen Hitler (wie Anm. 4), S. 326-366.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

digung verschließe, „sei man entschlossen, mit Hitler und seinen Leuten keinen Frieden zu machen“.[18] Und weiter: „Ihr Vaterland wird zerschlagen“.[19]

Entsprechend bezeichnete Geßler im September 1939 den gerade ausgebrochenen Krieg in einem Schreiben an Theodor Heuss als den „weltgeschichtlichen Kampf um die Neuordnung Europas und der Welt“. Es sei „der alte Streit um die balance of power“ zwischen Deutschland und England, der die Hoffnung auf einen schnellen Frieden in weite Ferne rücken lasse, „wenn England nicht ein[en] Kompromiß such[e]“.[20] Und Eduard Hamm ging etwa um die gleiche Zeit noch einen Schritt weiter. In einem Schreiben an den ständigen Vertreter der Deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer (IHK), Gerhard Riedberg, schob er im Oktober 1939 die Verantwortung für den Kriegsausbruch eindeutig dem Westen zu:

> „Jetzt haben wir die Folge davon, dass Frankreich und England nicht selbst an einer sich aufzwingenden Neuordnung rechtzeitig teilnahmen, sondern trotz Einsicht in die Unhaltbarkeit der ‚Ordnung’ von Vers. starr ablehnten. [...] Gerade jetzt war der Krieg auch vom Standpunkt der Westmächte widersinnig; entweder früher oder später, wenn wirklich das Reich über die Bereinigung von Versailles und über die Ordnung seines Volksraums und nächsten Umlands hinaus nach der ‚Weltherrschaft’ langen würde. Bisher fehlt jeder Beweis, dass die politische Konzeption des Führers des Reichs wirklich dahin geht [...].“[21]

Seine exzellenten Verbindungen nach Frankreich und zur Internationalen Handelskammer suchte Hamm derweil für die Anregung möglicher Friedensvorbereitungen zu nutzen. Daher schrieb er ebenfalls an Riedberg:

> „So könnte ich mir denken, dass unter Bekannten der IHK, die erfreulicherweise ja vom Berliner Kongress her auch bei der Reichsregierung gut bekannt und beglaubigt sind namentlich unter neutraler Zusammenführung unverbindliche Gespräche, selbstverständlich nach Verständigung mit der Staatsleitung, geführt werden könnten zu einer Zeit, wo aus irgendwelchen Gründen verbindliche Gespräche zwischen Staatsmännern nicht geführt werden können. Und wenn dann die Kräfte der IHK kräftig für Frieden reden und wirken, tun sie damit nicht nur ihrem eigensten Zweck, sondern der ganzen Menschheit und nicht zuletzt dem Wohl auch Frankreichs und Englands entsprechendes.“[22]

18 Tagebucheintrag (Ebenhausen, 13. Juli 1939). In: Hiller von Gaertringen (Hrsg.): Die Hassell-Tagebücher (wie Anm. 2), S. 98.
19 „Eindrücke von einer Reise in England vom 22. Juni bis 7. Juli 1939“ (Manuskript), Bundesarchiv Koblenz, NL Geßler (N 1032) 62.
20 Otto Geßler an Theodor Heuss (Lindenberg, 16. September 1939), auszugsweise abgedr. bei Otto Gessler: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit. Hrsg. von Kurt Sendtner. Mit einer Vorbemerkung von Theodor Heuss. Stuttgart 1958, S. 525.
21 Eduard Hamm an Gerhard Riedberg (21. Oktober 1939), BayHStA, NL Hamm 91.
22 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Während Hamm sein Glück bei der Internationalen Handelskammer suchte, beteiligte sich Otto Geßler seit Mitte 1939 an den Auslandskontakten des bürgerlichen und militärischen Widerstands, die beim Amt Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht und bei Carl Goerdeler zusammenliefen.[23] Ende November 1939 hatte Goerdeler in einem Gespräch mit dem ehemaligen Botschafter in Rom, Ulrich von Hassell, erstmals die Überlegung angestellt, den früheren Reichswehrminister Geßler zu veranlassen, „nach Rom zum Vatikan zu fahren, um eine Äußerung des Papstes in dem Sinne, daß er sich immer noch für einen anständigen Frieden einsetzen werde, herzubringen".[24]

Beide, Hassell und Geßler, bauten sich in jenen Wochen bereits eigenständig ein Netzwerk an Verbindungsleuten im In- und Ausland auf. Der nationalkonservative Hassell war spätestens seit August 1939 fest entschlossen, alles, „was man an Einfluß habe", gegen einen sich andeutenden Kriegsausbruch einzusetzen.[25] In den Jahren 1940 und 1941 traf er in der Schweiz mehrmals mit britischen Kontaktmännern zusammen. Immer wieder lotete er die Möglichkeiten eines Friedensschlusses aus. Im März 1940 erkundigte er sich danach, ob „Aussichten auf [einen] brauchbaren Frieden vorhanden" seien.[26] Nach dem Angriff auf Norwegen im April 1940 erörterte er die Frage, ob nach wie vor die Möglichkeit bestehe, mit einem nationalen Deutschland, „das andere politische Methoden wie das jetzige anwende, zu einem anständigen Frieden zu kommen".[27] Und schließlich erhielt er sogar noch im Februar 1941 die Mitteilung aus England, dass „immer noch ein vernünftiger Friede geschlossen werden könne".[28]

Hassell benutzte somit zumindest drei verschiedene Attribute für einen möglichen Frieden. Unter „brauchbar", „anständig" und „vernünftig" verstand er ein und dasselbe: einen Kompromissfrieden, und somit das Gegenteil von „Versailles". Es ging ihm um eine die deutschen Ansprüche befriedigende Lösung. Darauf, wie seine Friedensvorstellungen konkret aussahen und wie sie im Verhältnis zu entsprechenden Positionen der Liberalen im Widerstand standen, wird noch zurückzukommen sein.

Die Auslandsbeziehungen des liberal-konservativen Otto Geßler im Dienste des Sperr-Kreises gestalteten sich ähnlich. Seine Kanäle nach London liefen ebenfalls über die Schweiz und den Vatikan. Der ehemalige Reichskanzler Joseph Wirth erinnerte sich nach 1945, dass Geßler noch vor Weihnach-

23 Vgl. unter anderem Klemens von Klemperer: Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938–1945. Berlin 1994.
24 Tagebucheintrag (5. Dezember 1939). In: Hiller von Gaertringen (Hrsg.): Die Hassell-Tagebücher (wie Anm. 2), S. 143-147, hier S. 146.
25 Tagebucheintrag (Westerland, 17./18. August 1939). In: ebd., S. 110.
26 Tagebucheintrag (Berlin, 19. März 1940). In: ebd., S. 178-182, hier S. 182.
27 Tagebucheintrag (Arosa, 15. April 1940). In: ebd., S. 188-191, hier S. 189.
28 Tagebucheintrag (Ebenhausen, 3. Februar 1941). In: ebd., S. 224-229, hier S. 228.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ten 1939 in die Schweiz gekommen sei, um ihm „den Wunsch des General Halder“ – Generalstabschef des Heeres – zu übermitteln, „mit England Fühlung zu nehmen, um zu erfahren, unter welchen Voraussetzungen England bereit sei, mit der deutschen Armee zu einem Waffenstillstand und Frieden zu kommen“.[29]

Wenige Wochen später erhielt Geßler in der Schweiz eine Antwort aus London zwecks Weiterleitung an die unter Umständen zum Umsturz bereiten deutschen Militärs: Es war ein Stillhalteangebot, wonach Großbritannien einen etwaigen Umsturz nicht für die eigenen Kriegsziele ausnützen würde.[30] Allerdings stieß Geßler beim deutschen Generalstab auf taube Ohren. Gegenüber Goerdeler hatte Halder fast um die gleiche Zeit erklärt: „England und Frankreich hätten uns den Krieg erklärt, der nun durchgeschlagen werden müßte; ein Kompromißfriede sei sinnlos.“[31]

Um die gleiche Zeit streckte die liberale Robinsohn-Strassmann-Gruppe ihre Friedensfühler nach England aus. Die Widerstandsgruppe war bereits 1934 unter maßgeblicher Mitwirkung von Hans Robinsohn und Ernst Strassmann entstanden, die beide ehemalige Mitbegründer des DDP-Jugendverbandes, der Jungdemokraten, waren. Die Kontaktaufnahme erfolgte unter anderem über Dänemark, wohin Robinsohn aufgrund seiner jüdischen Herkunft ins Exil geflüchtet war. Die Gruppe stand ebenfalls mit Goerdeler in Verbindung und warb in London um Unterstützung für den bürgerlichen Widerstand in Deutschland. Doch auch ihre Initiative blieb erfolglos.[32]

So verliefen die Friedensbemühungen des bürgerlichen Widerstands der Jahre 1939/40 im Sande. Durch die weiteren Angriffe Deutschlands auf Norwegen, Holland, Belgien und schließlich Frankreich fühlten sich die Engländer in ihrer skeptischen Haltung gegenüber den deutschen Friedensfühlern bestätigt. Im Januar 1941 gab Premierminister Churchill die interne Weisung der „absolute silence“ heraus, womit weitere Annäherungsversuche von Seiten des deutschen Widerstands von vornherein zum Scheitern verurteilt schienen.[33]

Dies bekamen auch die Männer um Helmuth James Graf von Moltke, Peter Graf Yorck von Wartenburg und Adam von Trott zu Solz zu spüren. Vor allem Trott trat in jenen Jahren durch seine regelmäßigen Auslandsreisen als „informelle[r] ‚Außenminister’“ des deutschen Widerstands gegen Hitler in

29 Joseph Wirth an F. de la Fontaine (Luzern, 24. April 1948), Bundesarchiv Koblenz, NL Wirth (N 1342), Bl. 117.
30 Vgl. Limbach: Bürger gegen Hitler (wie Anm. 4), S. 344.
31 Tagebucheintrag (Ebenhausen, 6. April 1940). In: Hiller von Gaertringen (Hrsg.): Die Hassell-Tagebücher (wie Anm. 2), S. 184-188, hier S. 184.
32 Zu den „Verbindungen mit britischen Behörden vor Kriegsbeginn“ vgl. das gleichnamige Kapitel bei Sassin: Liberale im Widerstand (wie Anm. 4), S. 190-195.
33 Vgl. Winston Churchill an Anthony Eden (20. Januar 1941), abgedruckt in Dokumente zur Deutschlandpolitik. Reihe I. Bd. 1, S. 269.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Erscheinung.[34] Über ihn hatte der Kreisauer Kreis spätestens seit 1940 den Versuch unternommen, insbesondere in London seine Widerstandsaktivitäten sowie nicht zuletzt die sich herausbildenden Widerstands- und Neuordnungspläne außenpolitisch abzusichern.[35] Auch den Kreisauern ging es bis zuletzt darum, in Erfahrung zu bringen, wie die Westalliierten auf einen Umsturz in Deutschland reagieren würden.

Mit der Verkündung des alliierten Kriegsziels der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands nach der Konferenz von Casablanca Ende Januar 1943 schwanden innerhalb des bürgerlichen Widerstands die Hoffnungen auf einen „anständigen" Frieden. Im März 1943 war Ulrich von Hassell überzeugt, dass allein ein Systemwechsel „noch wenigstens die Möglichkeit eines erträglichen Friedens, eine innere Gesundung und eine Genesung Europas bringen könnte".[36] Man war sich einig, dass man diese Vorleistung erbringen müsse, um Frieden zu erreichen. Umsturzpläne wurden geschmiedet, mehrere Attentatsversuche scheiterten, zuletzt am 20. Juli 1944.

Man schien somit auf Seiten des bürgerlichen Widerstands auf die Kriegslage und die wenig ermutigenden Äußerungen aus dem westlichen Ausland bis zuletzt auch durch eine Modifizierung der ursprünglichen Vorstellungen von einem „anständigen" und „dauernden" Frieden reagiert zu haben. Von Beginn an kursierten diverse Vorstellungen über die künftige politische Struktur Europas und die Rolle, die Deutschland hierin spielen sollte. Sämtliche bereits erwähnte bürgerliche Widerständler stimmten darin überein, dass ein engeres Zusammenwirken der europäischen Staaten die notwendige Lehre aus den vorausgegangenen Jahrzehnten sein musste. Darüber, wie weit eine europäische Integration gehen sollte, gingen die Meinungen allerdings auseinander.

34 Mommsen: Der deutsche Widerstand (wie Anm. 8), S. 268.

35 Vgl. zu den vielfältigen Kontakten ins Ausland weiterhin ausführlich Van Roon: Neuordnung im Widerstand (wie Anm. 3), S. 295-344.

36 Tagebucheintrag (Ebenhausen, 6. März 1943). In: Hiller von Gaertringen (Hrsg.): Die Hassell-Tagebücher (wie Anm. 2), S. 349-355, hier S. 349.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

II.

Carl Goerdelers Ideen für „einen wahren und dauerhaften Frieden“[37] für Europa bewegten sich „zwischen territorialer Revision und europäischer Integration“.[38] Die deutschen Erfolge in den ersten beiden Kriegsjahren wiesen in Richtung einer Vormachtstellung Deutschlands in Europa. Aufgrund seiner zentralen Lage, numerischen Stärke und kulturellen Leistungsfähigkeit sei Deutschland dazu auserkoren, die Führung in diesem Europa zu übernehmen.[39] Der frühere Leipziger Oberbürgermeister vertrat die Ansicht, dass „eine vernünftige und glückhafte Entwicklung“ nur durch die Verbindung des „Gedanken[s] der Nationalstaaten mit der Notwendigkeit des Großraumes“ gelingen könne.[40] Für den Erhalt eines dauernden Friedens regte Goerdeler die Errichtung eines europäischen Staatenbundes an. Eine europäische Arbeitsgemeinschaft müsse seinen Mitgliedern „einheitliche Spielregeln“ auf dem Feld der Haushalts-, Wirtschafts- und Finanzpolitik auferlegen.[41]

Ab Mitte 1943 wurden Goerdelers Pläne von einer friedensstiftenden europäischen Wirtschaftsunion konkreter. Ein ständiger Wirtschaftsrat sollte mit Kompetenzen auf den Gebieten Verkehr, Recht, Währung und Zöllen ausgestattet sein.[42] Wichtig für einen dauerhaften Frieden erschien Goerdeler zudem die militärische Abrüstung, die sich jedoch am Verhältnis Europas zu Russland zu orientieren habe.[43] Europa sollte ein Gegengewicht zum asiatischen Kontinent bilden.

Seit 1944 stellte sich Goerdeler den „Bund des ewigen Friedens“[44] nicht mehr ausdrücklich als Verwirklichung eines deutschen Hegemonialanspruchs in Europa vor. Vielmehr war er davon überzeugt, dass nur eine „Politik der Versöhnung der Völker auf der Grundlage der Vertragstreue, der gegenseitigen Achtung, der Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe“ einen „langen

37 „Grundsätze und Ziele der Reichsregierung“ [Jahreswechsel 1942/43]. In: ebd., S. 1024-1032, hier S. 1025.

38 Sabine Gillmann: Die Europapläne Carl Goerdelers. Neuordnungsvorstellungen im nationalkonservativen Widerstand zwischen territorialer Revision und europäischer Integration. In: Thomas Sandkühler (Hrsg.): Europäische Integration. Deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Westeuropa 1920–1960. Göttingen 2002, S. 77-98.

39 Vgl. „Das Ziel“. In: Gillmann/Mommsen (Hrsg.): Politische Schriften (wie Anm. 2)., S. 889.

40 Vgl. ebd., S. 881.

41 Ebd., S. 889 f.

42 Vgl. „Positionspapier für die britische Regierung“ [19./20.5.1943]. In: ebd., S. 944-949, hier S. 947.

43 Vgl. ebd., S. 948.

44 „Vorgesehene Rundfunkrede nach der Übernahme der Regierungsgewalt“ [Frühsommer 1944]. In: ebd. S. 1036-1045, hier S. 1039.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Frieden bringen“ könne.[45] Dagegen hielt er an seinen frühen Gedanken fest, wonach es bei der Schaffung eines europäischen Staatenbundes lediglich um die Entäußerung jener nationalen Souveränitätsrechte gehen dürfe, „um seine Zwecke wirksam zu machen“.

Gleich Goerdeler nannte Ulrich von Hassell im Februar 1940 gegenüber einem britischen Vertrauensmann als Grundsätze für eine dauernde Befriedung und Gesundung Europas zuallererst „the principle of nationality“.[46] Auch der frühere deutsche Botschafter in Rom war bis weit in den Krieg vom Großmacht- und Hegemonialanspruch Deutschlands in Europa überzeugt. Die „Führungsrolle“ in Europa sollte Deutschland auf dem Wege der „Neuordnung der europäischen Machtverhältnisse“ sowie durch die „wirtschaftliche Durchdringung“ des Kontinents zukommen.[47] Hassell knüpfte damit nahtlos an seine mitteleuropäischen Vorstellungen und Positionen der 1920er Jahre an.[48] Ab Ende 1941 beschäftigte sich Hassell mit der Etablierung eines um das Mittelmeergebiet und Nordafrika erweiterten und von Deutschland dominierten „Großeuropas“, das im Wettkampf mit Asien und Amerika bestehen könne.[49]

Ebenso wie Goerdeler stand auch Hassell in der Tradition der „Weltpolitik“-Idee[50] des ausgehenden 19. Jahrhunderts, die er mit Verlauf des Krieges vom reinen deutschen Machtstaatsdenken auf Europa ausweitete. Für einen Friedensschluss und einen gemeinsamen Neuaufbau Europas erschienen für ihn zwar auch die „Anerkennung gewisser Leitmotive“, unter anderem das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, die Gewaltenteilung sowie individuelle Freiheitsrechte, notwendig.[51] Allerdings konnten Goerdeler und er mit ihren Friedensvorstellungen bei ihren alliierten Gesprächspartnern nicht durchdringen und kein Vertrauen wecken. Diese sahen in ihnen die alten preußischen Eliten am Werk und befürchteten daher die Rückkehr zum Nationalismus und Militarismus vergangener Tage. Tatsächlich glaubten Goerdeler und Hassell eine „europäische Kooperation ohne Abstriche von der nationalstaatlichen Souveränität Großdeutschlands erreichen zu können“.[52]

45 „Die Aufgaben der deutschen Zukunft“ [Aug. 1944]. In: ebd., S. 1013-1024, hier S. 1019. Hierher stammt auch das folgende Zitat dieses Absatzes.
46 „Wortlaut des von Bryans gewünschten Statements, nach dem von Hassell zurückbehaltenen zweiten Exemplar“. In: Hiller von Gaertringen (Hrsg.): Die Hassell-Tagebücher (wie Anm. 2), S. 172.
47 Vgl. Gregor Schöllgen: Ulrich von Hassell 1881–1944. Ein Konservativer in der Opposition. München 1990, S. 144.
48 Vgl. ebd., S. 144 f.
49 Vgl. ebd., S. 147.
50 Vgl. Gillmann: Europapläne (wie Anm. 38), S. 97.
51 Vgl. „Wortlaut des von Bryans gewünschten Statements, nach dem von Hassell zurückbehaltenen zweiten Exemplar“. In: Hiller von Gaertringen (Hrsg.): Die Hassell-Tagebücher (wie Anm. 2), S. 172.
52 Mommsen: Der deutsche Widerstand (wie Anm. 8), S. 270.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Auch die Männer um Helmuth James Graf von Moltke und Adam von Trott zu Solz sahen einzig in der Neuordnung Europas die Möglichkeit für einen dauerhaften Frieden. Sie gehörten jedoch einer Generation an, die außenpolitisch nicht mehr in den unbedingt nationalstaatlichen Kategorien der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg dachte. Im Gegenteil: Sie sprachen sich für die Überwindung des Nationalstaats aus. In Abgrenzung zu Goerdeler und Hassell plädierten die Kreisauer nicht für einen zwar engen, aber stets freiwilligen Zusammenschluss der Nationen, sondern regten die Errichtung eines europäischen Bundesstaates an. Dieser sollte umfangreiche Weisungsbefugnisse gegenüber den Selbstverwaltungseinheiten besitzen, in die die früheren Nationalstaaten, allen voran Deutschland und Frankreich, aufgeteilt werden sollten.[53]

Aus ihrer Sicht konnte eine Überwindung der prognostizierten Auseinandersetzung zwischen Ost und West nur „durch eine eigenständige soziale, wirtschaftliche und politische Neugestaltung" Europas gelingen.[54] Die Kreisauer Friedensvorstellungen, die sie als „deutsche [...] Friedensideale"[55] überschrieben, forderten eine grundlegende, insbesondere institutionelle Neuordnung Europas und trugen die Grundzüge der späteren Europäischen Gemeinschaft. So plädierten sie etwa für den gleichberechtigten Zusammenschluss aller europäischen Staaten unter Preisgabe bestimmter, festumrissener Souveränitätsrechte auf militärischem, rechtlichem, außenpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet. Auch sahen sie den Aufbau von Gemeinschaftsorganen vor. Unter anderem sprachen sie sich für die Einrichtung eines europäischen Gerichtshofs aus, der letztinstanzlich die Menschenrechte jedes Europäers ohne Rücksicht auf seine Rassen-, Klassen-, Glaubens- und Volkszugehörigkeit sichern solle. Daneben schlugen sie die Bildung eines europäischen Rates vor, der die laufenden politischen Geschäfte sowie die Vertretung der europäischen Gemeinschaft nach außen übernehmen solle.[56]

Retrospektiv muss man die Ideen des Kreisauer Kreises als progressiv, fast schon modern bezeichnen. Ihm ging es um eine nachhaltige Überwindung der nationalen Gegensätze durch den gemeinsamen Aufbau eines europäischen Bundesstaats. Von den Nationalkonservativen hoben sich seine Pläne vor allem durch seine europazentrierte Sichtweise ab. Die Befriedung des europäischen Kontinents war von Beginn an das primäre Ziel seiner außenpolitischen Überlegungen. Die Gruppe rückte also nicht vorrangig die

53 Vgl. Hans Mommsen: Der deutsche Widerstand gegen Hitler und die Zukunft Europas. In: Karpen: Europas Zukunft (wie Anm. 3), S. 125-134, hier S. 132.
54 „Zur Befriedung Europas" [vor Jan. 1943]. In: Bleistein (Hrsg.): Dossier (wie Anm. 3), S. 249-260, hier S. 250.
55 Ebd., S. 258.
56 Ebd., S. 258-260.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Befriedigung der Interessen Deutschlands in den Mittelpunkt ihrer Friedensvorstellungen.

Das Hauptwiderstandsziel des liberal-gesinnten, bayerischen Sperr-Kreises bestand in der Errichtung einer „Auffangorganisation" für eine Zeit nach Untergang des „Dritten Reiches". Das bedeutet nicht, dass führende Mitglieder wie Eduard Hamm und Otto Geßler sich keine Gedanken über einen Friedensschluss und die Möglichkeiten eines dauerhaften Friedens machten. Im Gegensatz zum Kreisauer Kreis oder Carl Goerdeler mündeten ihre Ansichten derweil nicht in schriftlich fixierte Ausarbeitungen, so dass man ihre Idealvorstellungen von der Neuordnung Europas vor allem anhand ihrer Positionen aus den Jahren der Weimarer Republik und der Frühphase des Krieges herleiten muss.

Gegen Ende der 1920er Jahre hatte Eduard Hamm vor dem Hintergrund von Plänen einer europäischen Zollunion seine „Vision von Europa"[57] verkündet:

> „Ein Europa aber, dessen Staaten erkannt haben, wie sie aus voller Wahrung ihrer Souveränität sich stärker aneinanderschließen können, um gemeinsam besser das Beste Europa, nämlich die Kultur ihres eigenen Volkstums mit einem gemeinsamen Grundzug europäischen Denkens und Fühlens aufrechtzuerhalten, scheint mir auch um Deutschlands willen großes Ziel."[58]

Die Gedanken eines zwar stärker verbundenen Europas, aber mit unbedingt souveränen Mitgliedstaaten, liefen den späteren Vorstellungen etwa des Kreisauer Kreises zuwider. Sie ähnelten hingegen durchaus den Positionen des Nationalkonservativen Goerdeler, der die wirtschaftliche Einigung Europas zum Ausgangspunkt seiner Neuordnungspläne machte. Von der Notwendigkeit großer Wirtschaftsräume war Hamm spätestens seit Mitte der 1920er Jahre überzeugt.[59] Hierzu passend warb er auf der 5. Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung im Februar 1930 in Breslau für die Fortsetzung der „Gedanken einer engeren mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft". Derweil stand auch hier für ihn fest, dass eine wirtschaftliche Einigung „keine Vermischung der Völker bedeuten" dürfe: Es solle „vielmehr Mitteleuropa auch in Zukunft eine Stätte starker Volkspersönlichkeiten nebeneinander sein, und seine wirtschaftliche Stärke [...] nicht zuletzt der Erhaltung und Erstarkung seiner eigenen Volkspersönlichkeiten dienen".[60]

Zudem schien Hamm unter dem Eindruck der so genannten „Abendland-Idee" gestanden zu haben. Der bereits erwähnte Gerhard Riedberg zitierte

57 Hardtwig: Freiheitliches Bürgertum (wie Anm. 10), S. 248.
58 Zit. n. ebd., S. 248 f.
59 Ebd., S. 255.
60 Eduard Hamm: Grundlagen und Wege eines mitteleuropäischen Wirtschaftsblocks. In: Mitteleuropäische Wirtschaftspolitik 1 (1930), S. 59-68, hier S. 67.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nach 1945 eine Bemerkung Hamms aus dem Jahr 1928, wonach „die kulturelle Wohlfahrt Europas [...] von seiner wirtschaftlichen Stärke“ abhänge: „Soll das Wort vom Untergang des Abendlands kulturell nicht wahr werden, darf es auch wirtschaftlich nicht wahr werden.“[61] Vor allem die gemeinsame humanistische Bildung und das Christentum betrachte Hamm als die Grundlagen der europäischen Kultur.[62] Für eine europäische Rückbesinnung und stärkere Betonung dieser beiden Säulen dürfte er auch für die Zeit nach Untergang des „Dritten Reiches“ eingetreten sein. Der Idee einer kulturellen Erneuerung des abendländischen Erbes von Europa hingen wiederum auch Teile des Kreisauer Kreises an.[63]

Auf einer Tagung der „Österreichisch-Deutschen Arbeitsgemeinschaft“ in Wien sprach Otto Geßler 1937 offen über seine Sicht auf Europa und die Rolle Deutschlands zu diesem Zeitpunkt. Für ihn stand fest, dass es im Vertrag von St. Germain 1920 darum gegangen sei, „das deutsche Volk im Ganzen, trotz aller feierlichen Zusagen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, für immer niederzuhalten.“[64] Nun da sich Deutschland bereits über Bestimmungen des Versailler Vertrages hinweggesetzt hatte, forderte Geßler als Grundlage „für eine echte europäische Befriedung“ ein Einlenken der europäischen Mächte im Hinblick auf die deutsche Selbstbestimmung. Deutschland werde sich künftig nicht mehr nur mit seiner Rolle als passive Kraft in Europa abfinden. Wie Jahrzehnte zuvor unter Bismarck der „mitteleuropäische Ohnmachtsraum“ zu einem „Kraftfeld allerersten Ranges“ geworden sei und damit in Geßlers Augen zu einer „Friedenssicherung allerersten Ranges“ beigetragen habe, so sei es nun an der Zeit, dass England und Frankreich ihre Auffassung des alten europäischen Gleichgewichts aufgäben, das deutsche Selbstbestimmungsrecht akzeptierten und somit vor dem Hintergrund der Machtverschiebungen in der Welt eine neue, stabile europäische Ordnung erst ermöglichten.

Geßler forderte damit für Deutschland nichts weniger als eine Hegemonialstellung in Europa ein, die aus seiner Sicht jedoch Europa zu Gute kom-

61 Zit. n. Gerhard Riedberg: Eduard Hamm’s Wirken in der Internationalen Handelskammer (Stockholm, 20. Oktober 1946), BayHStA, NL Hamm 42. Eduard Hamm war in den Jahren 1925 bis 1931 als Interessensvertreter der deutschen Wirtschaft intensiv in die deutsche Außenwirtschaftspolitik eingebunden. Als Geschäftsführer der deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer forcierte er seit 1927 seine Bemühungen, eine Liberalisierung insbesondere des europäischen Handelsverkehrs zu erreichen. Dies alles scheiterte allerdings an den „protektionistischen Widerständen überall in Europa“ (vgl. Hardtwig: Freiheitliches Bürgertum (wie Anm. 10), S. 235-250, hier S. 247 f).

62 Vgl. Gertrud Hardtwig-Hamm: Aus der privaten Lebenssphäre von Eduard Hamm (Frühjahr 1947), BayHStA, NL Hamm 110.

63 Vgl. Mommsen: Der deutsche Widerstand (wie Anm. 53), S. 132.

64 Otto Geßler: Das deutsche Volk und die europäische Ordnung. Rede gehalten am 8.3.1937 auf der Tagung der Österreichisch-Deutschen Arbeitsgemeinschaft in Wien. München 1937. Hierher stammen auch die folgenden Zitate dieses Absatzes.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

men solle. Ebenso wie die Nationalkonservativen Goerdeler und Hassell waren auch die älteren Liberalen im Widerstand gegen Hitler durch die Weltpolitik der Jahrhundertwende geprägt und standen dem durch Friedrich Naumann mit entworfenen Konzept des „liberalen Imperialismus“ nahe.[65] Ihre in den ersten Monaten des Krieges offenbarte ambivalente Einstellung zu Hitlers Außenpolitik lässt sich durch diese politische Prägung erklären. Hamm sehnte um diese Zeit „einen dauernden Frieden Europas nicht auf der Grundlage des fragwürdigen Gleichgewichts, sondern einer inneren Verständigung der Völker über Lebensrecht und Lebensraum“ herbei.[66]

Hamm schien damit zugleich an seinen frühen Idealvorstellungen eines losen Staatenbundes festzuhalten. Für Geßler und ihn stand offenbar das deutsch-französische Verhältnis im Zentrum ihrer Überlegungen. Eine Verständigung dieser beiden Nationen betrachtete Hamm stets als Grundlage einer Erneuerung Europas.[67]

Den Richtungsstreit, der zwischen der nationalkonservativen Goerdeler-Gruppe und dem Kreisauer Kreis in einigen Fragen der Neuordnung vorlag, betrachtete Hassell bereits zeitgenössisch als Konflikt unterschiedlicher Generationen.[68] Eine generationale Spaltung innerhalb des bürgerlich-liberalen Widerstands wird durch den Vergleich der friedens- und europapolitischen Vorstellungen der Männer um Hamm und Geßler mit der liberal gesinnten Robinsohn-Strassmann-Gruppe ebenfalls deutlich. Die Männer um Hans Robinsohn und Ernst Strassmann traten spätestens seit 1937 für eine „gesamteuropäische Außenpolitik“ ein.[69] Im NS-Regime erblickten sie „das größte Hindernis für die Wiederkehr geordneter europäischer Zustände“[70] und sahen zugleich im Frieden die „unbedingte Voraussetzung jeder weiteren Politik“.[71] Eine auf Hitler folgende deutsche Regierung werde auf eine „Politik eines großen, föderativ gegliederten Mitteleuropa[s]“ einschwenken müssen, so eine Denkschrift vom März 1939.[72]

65 Vgl. den Sammelband Karl Holl/Günther List (Hrsg.): Liberalismus und imperialistischer Staat. Göttingen 1975.
66 Eduard Hamm an Gerhard Riedberg (21. Oktober 1939), BayHStA, NL Hamm 91.
67 Vgl. Gerhard Riedberg: Eduard Hamm’s Wirken in der Internationalen Handelskammer (Stockholm, 20. Oktober 1946), BayHStA, NL Hamm 42.
68 Eindrücklich hierzu die Notiz Hassells über ein Treffen vom Januar 1943, wo er die Gesprächsteilnehmer in die „Jungen“ und die „Alten“ einteilt (vgl. Tagebucheintrag (Ebenhausen, 20. Januar 1943). In: Hiller von Gaertringen (Hrsg.): Die Hassell-Tagebücher (wie Anm. 2), S. 345-347, hier S. 347).
69 Sassin: Liberale im Widerstand (wie Anm. 4), S. 63.
70 Zit. n. ebd., S. 63.
71 Denkschrift Hans Robinsohns [Nov./Dez. 1941], abgedruckt als „Dokument Nr. 12“ ebd., S. 345-370, hier S. 349.
72 Achter Bericht Robinsohns, abgedruckt als „Dokument Nr. 9“ bei ebd., S. 319-329, hier 324.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

In ihren Augen durfte der Friede aber nicht bloß „Endpunkt des Krieges" sein, sondern sei „Ausgangspunkt einer Entwicklung zwischenstaatlicher Beziehungen auf ein bestimmtes Endziel".[73] Das Ziel müsse dabei „das gleichberechtigte und freie Zusammenleben der in Bundes- oder Nationalstaaten vereinten europäischen Völker in und unter einer europäischen Staatenföderation" sein. Hierfür sei eine Modifizierung des „Begriffs einer absoluten Staatensouveränität" zwingend notwendig: „Kein Staat kann Mitglied der europäischen Staatenföderation sein und seine uneingeschränkte Souveränität behalten."

Der noch durch die Verträge von 1919/1920 gestärkten Idee des Nationalstaats erteilte die Gruppe im Hinblick auf das künftige Europa eine deutliche Abfuhr: „Die Zusammenfassung mehrerer Gebiete mit verschiedenen in ihnen lebenden Völkerschaften zu größeren dauerhaften, wirtschaftlich und sozial lebensfähigen Bundesstaatsgebilden ist eine absolute Voraussetzung, um der europäischen Anarchie ein Ende zu bereiten", hieß es entsprechend in einer Denkschrift Robinsohns vom Dezember 1941.[74]

Horst Sassin spricht im Hinblick auf die friedens- und europapolitischen Positionen der Robinsohn-Strassmann-Gruppe treffend von einem „europäisch eingebetteten Patriotismus", der sich eindeutig vom „maßlosen Chauvinismus der Nationalsozialisten" unterschied,[75] aber – und das wäre nach den oben stehenden Ausführungen zu ergänzen – sich auch von der nationalkonservativen Spielart des bürgerlichen Widerstands und darüber hinaus von den Positionen älterer Liberaler, namentlich von denen Eduard Hamms und Otto Geßlers, abhob.

III.

Bei der Frage der künftigen territorialen Gestalt Deutschlands ging es für die Mitglieder des bürgerlichen Widerstands um die Abwägung, ob die Befriedung Europas und der Welt an erster Stelle stehen müsse, oder ob man der Genugtuung deutscher Ansprüche, zum Teil deutscher Großmachtwünsche, nach wie vor zumindest gleichrangige Bedeutung beimessen müsse.

Auf die Grenzen des zukünftigen Deutschlands ging Carl Goerdeler konkret in einem Positionspapier für die britische Regierung vom Mai 1943 ein. Während er im Westen „die Sprachgrenze" als jene betrachtete, die „gerecht" sei und Frieden verspreche, plädierte er im Osten für eine Festsetzung

73 Denkschrift Hans Robinsohns [Nov./Dez. 1941], abgedruckt als „Dokument Nr. 12" ebd., S. 345-370, hier S. 349. Hierher stammen auch die folgenden Zitate dieses Absatzes.
74 Ebd., S. 350.
75 Sassin: Liberale im Widerstand (wie Anm. 4), S. 66.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der deutsch-polnischen Grenze durch Verhandlung.[76] Wenn es nach ihm ginge, würde es zu einer territorialen Verschiebung Polens nach Osten kommen, inklusive der von Russland zu Beginn des Krieges okkupierten Gebiete. Deutschland sei bereit, für diese polnische Ostgrenze zu kämpfen: „Denn westlich dieser Grenze muß sich die europäische Interessen- und Kulturgemeinschaft bilden, unter deren Mitgliedern es nie wieder Krieg geben darf."[77]

In Gestapo-Haft wurden Goerdelers diesbezügliche Vorstellungen im September 1944 noch konkreter: Für Deutschland dachte er sich nun etwa die Grenzen von 1914. Zusätzlich sollten Österreich, das Sudetenland sowie Süd-Tirol bis Bozen-Meran dem Reich zugeschlagen werden. Über den Status von Elsass-Lothringen sollte derweil gemeindeweise im Zuge einer Volksabstimmung entschieden werden. Polen solle als souveräner Staat zwischen deutscher Ost- und russischer Westgrenze existieren, während der ehemals polnische Korridor „als Trennung deutscher Gebiete unhaltbar" sei und deshalb zu Deutschland kommen müsse. Hierfür sei eine „ruhige Umsiedlung zu echten Volksgrenzen" notwendig.[78]

Ulrich von Hassell forderte im Februar 1940 gegenüber London für den Fall eines Friedensschlusses eine weitestgehende Befriedigung der deutschen Gebietsansprüche. Als Verfechter des „Mittteleuropa-Gedankens" standen für den Botschafter a. D. der „Anschluss" Österreichs und auch der Verbleib des Sudetenlandes nicht zur Disposition. Die Grenze im Osten solle im Falle eines Friedensschlusses im Wesentlichen mit derjenigen von 1914 übereinstimmen, wobei Hassell sich abweichend davon für die Wiederherstellung eines unabhängigen Polens und einer tschechischen Republik aussprach.[79] Gleich Goerdeler hielt also auch Hassell in Bezug auf die territoriale Gestalt Deutschlands nach erfolgtem Friedensschluss an seinen Großmachtvorstellungen fest.

Nach Ansicht des Kreisauer Kreises werde das bestehende Kriegschaos zunächst allgemein anerkannte Grenzziehungen in Europa nach Einstellung der Kampfhandlungen verhindern. Daher plädierte der Kreis für einen „Zwischenzustand", in dem der Kontinent nach Völkern bzw. Volksgruppen „nötigenfalls unter einer rohen vorläufigen Grenzziehung" aufzuteilen sei.[80] In

76 „Positionspapier für die britische Regierung" [19./20.5.1943]. In: Gillmann/Mommsen (Hrsg.): Politische Schriften (wie Anm. 2), S. 944-949, hier S. 947.

77 Ebd.

78 „Gedanken eines zum Tode Verurteilten über die deutsche Zukunft" [Sept. 1944]. In: ebd., S. 1148-1189, hier S. 1179.

79 Vgl. „Wortlaut des von Bryans gewünschten Statements, nach dem von Hassell zurückbehaltenen zweiten Exemplar". In: Hiller von Gaertringen (Hrsg.): Die Hassell-Tagebücher (wie Anm. 2), S. 172.

80 „Das europäische Verfassungsproblem" [o. Dat.]. In: Bleistein (Hrsg.): Dossier (wie Anm. 3), S. 260-269, hier S. 265.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ihrem „Vorschlag für eine vorläufige Einteilung“ tauchen neben Deutschland 23 weitere Länder auf.[81] Ein eigenständiges Polen war hiernach vorgesehen. Die Aussöhnung mit den Polen war ebenso wie die Verständigung mit Frankreich ohnehin eine Konstante im Denken des Kreisauer Kreises. Den Ausgleich mit den beiden Nachbarn sah man als „das stabile, auf Dauer eingerichtete Fundament des künftigen Europa“ an.[82] Helmuth James Graf von Moltke war zudem offenbar bereit, den Verlust seiner Heimat Schlesien an Polen zu akzeptieren.[83] Das unterschied ihn von dem gleichsam durch die in Versailles festgelegten östlichen Gebietsabtretungen persönlich betroffenen Carl Goerdeler. Österreich tauchte in der europäischen Länderliste der Kreisauer nicht auf. Moltke schien davon auszugehen, dass sich Österreich freiwillig für Deutschland entscheiden werde.[84]

Welche Position nahmen die liberalen Widerständler in der Grenzfrage ein? Eduard Hamm und Otto Geßler hegten lange Zeit die Hoffnung, Verständnis für die aus ihrer Sicht berechtigten deutschen Bedürfnisse und Wünsche zu erlangen, um schließlich zu einem wahren Frieden in Europa zu kommen. Was die territoriale Gestalt Deutschlands nach einem möglichen Friedensschluss betraf, hielten die ehemaligen liberalen Politiker an ihren großdeutschen Hegemonialvorstellungen in Mitteleuropa fest. Gleich der Mehrheit der nationalkonservativen Widerständler[85] spielte auch im Denken Hamms spätestens seit 1925 die Relevanz von wirtschaftlichen Großräumen eine große Rolle. Ab diesem Zeitpunkt setzte er sich nicht zuletzt in seiner Funktion als geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstags für den Abbau von Handelshemmnissen im Donauraum ein, um auf eine Vereinigung Mitteleuropas hinzuwirken und gleichzeitig die deutsche Außenpolitik in diese Richtung hin zu beeinflussen.[86] In diesem Zusammenhang stand auch sein stetes Engagement für die Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft (DÖAG), an deren Spitze sein Freund Geßler 1934 treten sollte.

Eduard Hamm blieb auch nach Ausbruch des Krieges 1939 von den „elementaren Tatsachen der Völkerkarte in Europa und dem deutschen Bevölkerungsblock in Mitteleuropa überzeugt“.[87] Im Oktober 1939 spielte er das

81 Vgl. ebd., S. 266.
82 So der ehemalige SPD-Politiker Theo Haubach (zit. n. Van Roon: Neuordnung im Widerstand (wie Anm. 3), S. 458).
83 Vgl. Klaus Hildebrand: Die ostpolitischen Vorstellungen im deutschen Widerstand. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 29 (1978), S. 213-241, hier S. 222.
84 Vgl. ebd., S. 227.
85 Vgl. Mommsen: Widerstand gegen Hitler (wie Anm. 53), S. 127.
86 Tatsächlich ist noch in der Amtszeit Stresemanns, der sich zumindest offiziell zu den „Mitteleuropa“-Projekten lange Zeit auf Distanz hielt, eine Schwerpunktverlagerung der deutschen Außenpolitik hin zum südost- und osteuropäischen Raum feststellbar, vgl. Hardtwig: Freiheitliches Bürgertum (wie Anm. 10), S. 254.
87 Eduard Hamm an Gerhard Riedberg (21. Oktober 1939), BayHStA, NL Hamm 91.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Szenario eines langen Krieges durch, der „nach der Hoffnung der Feinde" mit einer „Erschöpfung Deutschlands" enden würde.[88] In diesem Falle befürchtete er die Rückkehr zu den Gedanken, „dass Deutschland um der Sicherheit Frankreichs und der Ruhe Europas willen zerstückelt, entwaffnet [innerlich] schwach und zwiespältig gehalten und äusserlich von französischen Bundesgenossen umstellt sein müsse". Denn dies werde seines Erachtens am „Dauerschicksal Europas" nichts ändern. Vielmehr werde „das deutsche Problem [...] am andern Tag wieder dastehen und der unbezwingbare Drang zur Einheit und Freiheit" weiter existieren. England aber werde seinen Großmachtstatus, den Hamm insbesondere in dessen Finanz- und Handelskraft erblickte, nachhaltig gegenüber Amerika und Asien einbüßen und Frankreich endgültig aufzehren. Hieraus schlussfolgerte Hamm, dass es im Krieg zwischen den europäischen Ländern nur einen „sicheren Besiegten", nämlich Europa, und einen „sicheren Sieger", nämlich Asien, geben werde. Ein die deutschen Interessen berücksichtigender Friede – darauf lief Hamms Argumentation hinaus – müsse somit im eigenen Interesse der europäischen Kriegsgegner liegen.

Inwiefern Hamm angesichts der sich abzeichnenden Niederlage Deutschlands und vor dem Hintergrund der alliierten Forderung einer „bedingungslosen Kapitulation" an seinen großdeutschen Vorstellungen festhielt, lässt sich nur noch vermuten. Zumindest bis Ende Dezember 1941 sah er etwa Polen weiterhin als „kerndeutsches Gebiet" an.[89] In dieser Hinsicht lag er ganz auf der Linie der Nationalkonservativen Goerdeler und Hassell und in eindeutigem Widerspruch zu den Kreisauern. Wenn auch programmatische Aussagen und Positionen hierzu fehlen, ist somit anzunehmen, dass Hamm sich nach dem Krieg für eine die kulturelle Schaffenskraft und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit entsprechende räumliche Größe Deutschlands eingesetzt hätte.

Otto Geßler fühlte sich indessen nach 1945 in der damaligen Einschätzung der Lage bestätigt. Er bedauerte zutiefst, dass Hitler „wohl für immer eine gemeindeutsche Zukunft verspielt" hatte. Deutschland werde „zu zwei oder drei Vasallenstaaten zerfallen bis sich das Schicksal Europas […] erfüllt: Ex oriente lux! An den Komposthaufen der abendländischen Moral kann ich nicht mehr glauben, von hier kommt keine Erneuerung mehr".[90] Geßler hob in diesen Zeilen die nationale Bedeutung Deutschlands für Europa hervor, indem er das Schicksal des Kontinents, an die territoriale Integrität des Reiches knüpfte und prophezeite, dass im Falle einer Zerschlagung Deutschlands die Zukunft dem Osten gehören werde. Zugleich verwies er

88 Ebd. Hierher stammen auch die folgenden Zitate dieses Absatzes.
89 Eduard Hamm an Erwin Hardtwig (4. Dezember 1941), BayHStA, NL Hamm 143.
90 Otto Geßler an Nelly Planck (Lindenberg im Allgäu, 12. Juli 1948), Staatsbibliothek Berlin, NL Planck (NL 334) 114.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

auf die verspielte „gemeindeutsche Zukunft“, woraus sich schließen lässt, dass er auch nach 1945 an seiner großdeutschen Überzeugung festhielt.

Was die territoriale Gestalt Deutschlands anbelangte, forderte auch die liberale Robinsohn-Strassmann-Gruppe zumindest eine Rückkehr zu den Grenzen Deutschlands von Ende 1938, also ein Deutsches Reich mit Österreich und dem Sudetenland.[91] Volksabstimmungen sollten letztlich über einen Verbleib im Reich entscheiden. Ansonsten sprach sich die Gruppe für die Wiederherstellung der Vorkriegsgrenzen aus. Wenn sie auch Danzig und den Korridor als Fehlkonstruktionen bzw. Mängel von „Versailles“ betrachtete, sah sie eine zwingende Voraussetzung für die Durchsetzung des Gedankens einer europäischen Einheit in der Überwindung des deutsch-polnischen Gegensatzes. Hans Robinsohn betonte deshalb Ende 1941, dass die „Anerkennung eines dauerhaften polnischen Staates [...] im deutschen Interesse“ liege.[92] Ähnlich dachte die Gruppe bezüglich der deutsch-französischen Erbfeindschaft. Es gebe „kein dringenderes Ziel der deutschen Außenpolitik, als das französische Mißtrauen zu beseitigen“.[93] Das Vertrauen der Kriegsgegner gegenüber dem entworfenen „neuen“ Deutschland zu wecken, stand nicht nur für die Mitglieder der Robinsohn-Straßmann-Gruppe im Mittelunkt ihrer Friedensvorstellungen.

IV.

Die Friedensverträge von Versailles 1919 und St. Germain 1920 wurden insbesondere aufgrund ihrer die Selbstbestimmungsrechte des deutschen Volkes einschränkenden und die alleinige Kriegsschuld Deutschlands feststellenden Punkte von den späteren Mitgliedern des bürgerlichen Widerstands gegen Hitler abgelehnt. Dabei waren es nicht nur die konkreten Bestimmungen, die von Beginn an als Belastung für den Frieden empfunden wurden, sondern ebenso das hiermit einhergehende Misstrauen gegenüber dem deutschen Volk und seinen gewählten Vertretern. Die künftigen zwischenstaatlichen Beziehungen waren deshalb ein entscheidendes Element der Friedensvorstellungen des bürgerlichen Widerstands gegen Hitler.

In deutlicher Abgrenzung zum Versailler Vertrag betonte Carl Goerdeler um die Jahreswende 1942/43 die Notwendigkeit, einer neuen deutschen Regierung Vertrauen und Achtung entgegenzubringen:

91 Vgl. hierzu und im Folgenden Sassin: Liberale im Widerstand (wie Anm. 4), S. 65 f.
92 Denkschrift Hans Robinsohns [Nov./Dez. 1941], abgedruckt als „Dokument Nr. 12“ ebd., S. 345-370, hier S. 352.
93 Ebd., S. 351.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Nur eine von gegenseitigem Vertrauen erfüllte Welt ist fähig, einen Frieden herzustellen, der den ungeheuren Opfern würdig ist, dem Leben eine wahre und dauerhafte Grundlage zu geben, die den Namen Frieden verdient und nach dem Unglück dieses Krieges zu vermeiden, daß ihm das noch schlimmere Unheil eines verfehlten Friedens folgt.“[94]

Zum Frieden sei die neue Reichsregierung bereit und wisse doch, dass es nicht allein auf ihre Friedensbereitschaft ankomme. Deshalb betonte Goerdeler, eine neue deutsche Regierung werde „an alle Möglichkeiten anknüpfen, die aus den Äußerungen der gegnerischen Staatsmänner über die Zukunft der Welt hervorgehen, um ihren Willen zu einem dauerhaften Frieden kundtun, der allen Völkern den Weg öffnet, in Freiheit und gegenseitiger Achtung miteinander zu leben“.[95]

Entschieden trat Goerdeler jedoch angeblichen polnischen Forderungen einer Einverleibung Ostpreußens und Teilen Schlesiens entgegen: Wenn solche Forderungen tatsächlich gestellt würden, dann müsse „man schwarz in die Zukunft Europas und der weißen Völker sehen“.[96] Denn die Zukunft Europas könne „nur auf ihrem freien Bund, auf Selbständigkeit und Achtung, nicht auf neue Entwürdigung gegründet werden“. Selbstverständlich werde man Hitler und seine Mitverbrecher zur Rechenschaft ziehen, aber ansonsten die eigene „Selbständigkeit verteidigen“.

Ulrich von Hassell verbat sich 1941 in einem Gespräch mit dem Schweizer Historiker und Diplomaten Carl Burckhardt jegliches Einmischen der westlichen Kriegsgegner in die inneren Angelegenheiten Deutschlands. Vor allem die Frage der künftigen Regierungsform gehe allein die Deutschen etwas an: „Jedes Fordern eines deutschen Regimewechsels von der Feindtribüne“ aus sei zudem ein „taktischer Fehler“.[97] Außerdem dürfe es nicht zu einer „Identifikation“, einer Gleichsetzung Deutschlands mit dem „System“, mit dem NS-Regime kommen. Hier spielte Hassell auf eine schon längere Zeit von ihm beobachtete Entwicklung an, die nun aus Punkt 8 der Atlantik-Charta herausgelesen werden könnte. Hier sei das Ziel der „militärischen Unschädlichmachung ‚gewisser Nationen’“ benannt worden,[98] eine Forde-

94 „Grundsätze und Ziele der Reichsregierung“ [Jahreswechsel 1942/43]. In: Gillmann/Mommsen (Hrsg.): Politische Schriften (wie Anm. 2), S. 1024-1032, hier S. 1025.

95 Ebd., S. 1032.

96 „Positionspapier für die britische Regierung“ [19./20.5.1943]. In: ebd., S. 949. Hierher stammen auch die folgenden Zitate dieses Absatzes.

97 Vgl. Tagebucheintrag (Ebenhausen, 13. August 1941). In: Hiller von Gaertringen (Hrsg.): Die Hassell-Tagebücher (wie Anm. 2), S. 267-271, hier S. 267.

98 Im Originaltext der Atlantik-Charta vom 14. August 1941 war die Rede von der „disarmament of such nations“, die über ihre Grenzen hinaus mit dem Einsatz von Waffen zu Angriffszwecken drohen oder gedroht haben. Die Entwaffnung müsste zunächst einseitig geschehen, bis die Schaffung eines „wider and permanent system of general security“ vollzogen worden sei, zitiert nach „Die Atlantik-Charta“ vom 14. August 1941. In: Peter Opitz/Volker Rittberger (Hrsg.): Forum der Welt. 40 Jahre Vereinte Nationen. Bonn 1986, S. 316.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rung, die ebenso wie die spätere Losung der „bedingungslosen Kapitulation" dem deutschen Widerstand Schwierigkeiten bereitete. Hassells Befürchtung klang einleuchtend: Die unter Umständen zum Umsturz bereiten Generale könnten hieraus den Schluss ziehen, dass eine Regimeänderung nichts nütze, da der Gegner auch einer Nachfolgeregierung nicht über den Weg trauen und vielmehr die Vernichtung Deutschlands im Sinn haben würde. „Jede vernünftige Friedenschance" werde hierdurch vergeben, so Hassell gegenüber Burckhardt. Dabei stelle seiner Ansicht nach das „nationale Deutschland", zu dem er sich offenbar auch zählte, „sehr maßvolle Forderungen".[99]

Natürlich sorgte auch innerhalb des Kreisauer-Kreises der alliierte Beschluss der „bedingungslosen Kapitulation" zeitweise für eine gewisse Ratlosigkeit. Eugen Gerstenmaier erinnerte sich später, dass man sich im Juni 1943 die Frage gestellt habe, ob man womöglich „mit den Sowjets zu besseren Bedingungen kommen" könnte „als mit dem Westen". Vielleicht würden diese jedoch „die sterile Formel von der bedingungslosen Kapitulation noch kategorischer in deutsche Ohren blasen, als es der Westen tagaus tagein inzwischen tat?"[100]

Dennoch schätzten die Kreisauer die Handlungsspielräume von diesem Zeitpunkt an deutlich realistischer ein als etwa Carl Goerdeler. Sie forderten keinen Führungsanspruch, waren aber von der Notwendigkeit eines gleichberechtigten Mitbestimmungsrechts Deutschlands in einem zusammengeschlossenen Europa zutiefst überzeugt. Daher forderten auch sie einen gewissen Vertrauensvorschuss, ein Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes sowie ein Abwehrrecht gegenüber negativen Einflüssen von außen her ein: Es müsse klar sein, dass Deutschland „die Wendung zu einer echten europäischen Befriedungspolitik aus innerem Entschluß und tatsächlicher Abkehr von der gegenwärtigen Gewaltpolitik vollzogen hat, daß es aber seinerseits bei Vergewaltigung dieses Erneuerungswillens von außen her unter allen Umständen zur Notwehr berechtigt und fähig" bleibe.[101] Die Kreisauer Pläne für ein „cooperatives Europa" dürften „nicht unter dem Vorzeichen erzwungener Entmachtung durchgeführt werden".[102] Militärpolitisch sei dies natürlich notwendig. Doch würden in anderen Bereichen, etwa der Kultur und Verwaltung, etwaige „Erziehungsmaßnahmen" sicherlich nicht zu „Grundgesinnungen des Friedens" führen. Die Rückkehr zum Rechtsstaat müsse das deutsche Volk aus eigenem Interesse und Antrieb vollziehen.

99 Tagebucheintrag Hassell (Ebenhausen, 13. August 1941). In: Hiller von Gaertringen (Hrsg.): Die Hassell-Tagebücher (wie Anm. 2), S. 267.
100 Zit. n. Bleistein (Hrsg.): Dossier (wie Anm. 3), S. 239 f.
101 „Zur Befriedung Europas" [vor Jan. 1943]. In: ebd., S. 252.
102 Ebd., S. 246.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Nicht zuletzt aus Gründen der Selbstachtung müsse den Deutschen das Gefühl der Erniedrigung möglichst erspart bleiben.[103]

Auch der Sperr-Kreis bat die westlichen Alliierten um einen Vertrauensvorschuss, indem er ihnen 1943 die Nachricht vom Bestehen der Widerstandsgruppe als „Auffangorganisation" zukommen ließ. Sie sei „mit der Praxis, des gegenwärtigen Regimes nicht belastet". Man kenne sie „als redliche und erfahrene Männer" und man beabsichtige, „Deutschland vor dem Schlimmsten zu bewahren und die Grundlagen einer neuen Ordnung ohne unnützes neues Blutvergiessen zu schaffen."[104] Hamm und Geßler setzten somit ihre bereits vor und zu Beginn des Krieges verfolgte Taktik fort, im Ausland als unbelastete deutsche Vertrauensleute wahrgenommen zu werden. Sie bestritten insofern ebenfalls eine Gleichsetzung von NS-System und deutschem Volk.

Für den jüngeren Liberalen Hans Robinsohn stand fest: Das NS-Regime habe „einen wesentlichen Bestandteil des Kapitals jeder auswärtigen Politik völlig zerstört, nämlich das Vertrauen".[105] Es dürfe nicht erneut zu einem Friedensvertrag à la Versailles kommen. Entsprechend lehnte die Gruppe einen vorzeitigen, von Militärs ausgehandelten Waffenstillstand ab, da man nicht abermals „wehrlose Friedensverhandlungen" wie 1919 führen wollte.[106] Dagegen kritisierte sie Stimmen, die grundsätzlich das Prinzip der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten" aufrechterhalten wollten und insbesondere für Deutschland reklamierten.[107] Hiermit trat die Gruppe in deutlichen Gegensatz zur nationalkonservativen Denkart eines Ulrich von Hassell. Wie dieser sprach sie sich jedoch entschieden gegen die Gleichsetzung von Hitlertum und deutschem Volk aus.[108] Die Verantwortung für die Entstehung des Krieges wies man zwar eindeutig dem NS-Regime zu, wandte sich jedoch zugleich gegen die Zuschreibung einer „Alleinverantwortung" oder „Vollverantwortung". Damit einher ging die Ablehnung von überzogenen Reparationsforderungen, wenn auch die Notwendigkeit eines „deutschen Beitrags zur Beseitigung der Kriegsschäden und Kriegsfolgen" keinesfalls verneint wurde. Doch müssten die Verpflichtungen, die Deutschland eingehen dürfe, „quantitativ wie auch qualitativ so begrenzt und bestimmt sein, daß sie übersehbar" seien und „nicht mit Sicherheit schwere, das gesamte

103 Vgl. ebd.

104 So beschrieb der bayerische Kronprinz Rupprecht, der maßgeblich an der Entstehung der Widerstandsgruppe mitgewirkt hatte, seine „Mitarbeiter", auf die er sich als Integrationsfigur an der Spitze Bayerns nach Kriegsende stützen wollte, vgl. Abschrift Memorandum Kronprinz Rupprecht, The National Archives (Kew), FO 371/34458.

105 Denkschrift Hans Robinsohns [Nov./Dez. 1941], abgedruckt als „Dokument Nr. 12" bei Sassin: Liberale im Widerstand (wie Anm. 4), S. 352.

106 Ebd., S. 354.

107 Ebd., S. 349.

108 Vgl. ebd., S. 355. Hierher stammen auch die folgenden Zitate dieses Absatzes.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Europa erschütternde Krisen nach sich ziehen“ würden. Entsprechend sollte die Devise nicht „Wiedergutmachen“, sondern „Besser machen“ lauten, also gemeinsam im Einklang mit den Siegermächten am „Aufbau von etwas Neuem“ arbeiten. Diese Haltung der Robinsohn-Strassmann-Gruppe ähnelte den Gedankengängen des Kreisauer Kreises, der sich ebenso von Beginn an für ein kooperatives Europa einsetzte.

V. Fazit

Sämtliche exemplarisch behandelte Mitglieder des bürgerlichen Widerstands gegen Hitler setzten sich vor und während des Zweiten Weltkriegs für den Friedenserhalt bzw. den Friedensschluss ein. Sie alle verband die Ablehnung von „Versailles“ und die Hoffnung auf eine Neuordnung Europas, die sich hiervon grundsätzlich abheben sollte. Deutliche Unterschiede existierten derweil in den Friedensvorstellungen, die mit ihren Ideen von einem künftigen Europa und der territorialen Gestalt Deutschlands sowie ihren Positionen im Hinblick auf die zwischenstaatlichen Beziehungen nach einem erfolgten Friedensschluss einhergingen.

Die dargestellten theoretischen Konzepte und geäußerten Friedensansichten offenbarten vor allem eine divergierende Prioritätensetzung: Während die eine Seite vorrangig die Befriedung Europas und der Welt erörterte, an der ein gleichberechtigtes Deutschland mitwirken sollte, rückte die andere Seite lange Zeit die Befriedigung deutscher Ansprüche, zum Teil deutscher Hegemonialvorstellungen und Großmachtwünsche in den Vordergrund und betrachtete dies als notwendigen Ausgangspunkt für einen dauerhaften Frieden in Europa. Ein Kompromissfriede, und damit ein Entgegenkommen der Westalliierten, wurde von dieser Seite bis weit in den Krieg hinein erhofft, teilweise erwartet.

Und in dieser Prioritätensetzung lassen sich die hier als Beispiele herangezogenen bürgerlichen Widerständler auf Grund ihrer politischen Prägung nicht eindeutig der einen oder der anderen Seite zuordnen. Vielmehr hat der Vergleich der als friedenssichernde Maßnahmen entworfenen Ideen und Konzepte gezeigt, dass die Sozialisation in einem speziellen politischen Lager für bestimmte Friedensvorstellungen innerhalb des bürgerlichen Widerstands gegen den Nationalsozialismus nicht ausschlaggebend war. So ließen sich einige Parallelen zwischen den Vorstellungen Hamms und Geßlers sowie jenen Goerdelers und Hassells feststellen, die ursprünglich unterschiedlichen politischen Strömungen angehörten, sich jedoch im Widerstand, insbesondere im Hinblick auf ihre außenpolitischen Positionen, aneinander annäherten.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Es scheint eher die Generationenzugehörigkeit eine wichtige Rolle für die Ausbildung gewisser Friedensvorstellungen gespielt zu haben. Als ältere Generation im Widerstand gegen Hitler standen Goerdeler, Hassell, Hamm und Geßler unter dem Eindruck von machtstaatlichen außenpolitischen Denkmustern des ausgehenden 19. Jahrhunderts wie der „Weltpolitik"-Idee und dem „Mitteleuropa"-Gedanken sowie teilweise der in den Jahren der Weimarer Republik aufkommenden „Abendland"-Idee. Allesamt im Kaiserreich politisch sozialisiert, hingen sie seither den großdeutschen bzw. mitteleuropäischen Idealvorstellungen an. Dies erklärt ihr ambivalentes Verhältnis zur frühen NS-Außenpolitik und ihr Festhalten am Ziel einer Befriedigung der deutschen Ansprüche auch angesichts von Hitlers Kriegspolitik.

Im Gegensatz hierzu traten die jüngeren Liberalen Robinsohn und Strassmann ebenso wie die gleichfalls jüngeren konservativ-christlich geprägten Mitglieder des Kreisauer Kreises für eine befriedende, teils utopische, teils zukunftsweisende Neuordnung des europäischen Kontinents ein. Ein kooperatives Europa sollte den Frieden dauerhaft sichern. Sie waren bereit, den Nationalstaatsgedanken zu überwinden, den sie als Gift für eine dauerhafte Friedenssicherung in Europa empfanden.

Einen „anständigen" und „dauernden" Frieden hatten alle hier behandelten Widerständler im Sinn, doch verstanden sie hierunter nicht das Gleiche. Auch hätten sie unterschiedliche Wege zur Erreichung dieses Ziels gewählt. Eine liberale Besonderheit bei den Friedensvorstellungen des bürgerlichen Widerstands ließ sich nicht feststellen.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Tim Geiger

Frieden, Sicherheit und Einheitsstreben im Kalten Krieg. Zur Außen- und Deutschlandpolitik der FDP in den 1950/60er Jahren

In der „Bonner Republik" galt die FDP als die „ständige Regierungspartei". Für die beiden Anfangsjahrzehnte, d. h. von der Ära Adenauer bis zur Bildung der sozial-liberalen Koalition 1969, ist das nur eingeschränkt zutreffend: In diesen zwanzig Jahren regierten die Liberalen auf Bundesebene zwölf Jahre mit (1949-1956 und 1961-1966), acht Jahre verbrachten sie auf den harten Bänken der Opposition.[1]

Für die Unionsparteien, die damals stets den Bundeskanzler stellten, waren sie alles andere als bequeme Koalitionspartner: „Von der FDP abhängig zu sein – ein elender Gedanke. Ich denke hier vor allem an die Außenpolitik"[2], notierte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Ernst Majonica, am Tag nach der Bundestagswahl 1961. Bei dieser verloren die Unionsparteien ihre absolute Mehrheit, während die FDP mit 12,8 Prozent ihr bis dahin bestes Wahlergebnis erzielte. Zwei Monate später, nach äußerst harten und komplizierten Koalitionsverhandlungen, erklärte Bundeskanzler Konrad Adenauer in Washington auf die Frage des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy, für welche Politik die FDP stehe: „Wenn sie das nur selbst wüsste."[3] Im CSU-Vorstand konstatierte Franz Josef Strauß, die Palette der Liberalen reiche von „extrem linksliberal bis zum kaum getarnten Nazismus. Dazwischen ist ein sehr starker Kern von liberalen, aufrechten Demokraten, die aber so viel Demokraten sind, daß sie vor lauter Individualismus beinahe zum Anarchismus kommen".[4]

Drei Stimmen aus dem Jahr 1961 vom alten und zugleich neuen Koalitionspartner über die FDP, die zum einen zeigen, dass Koalitionsfrust nicht

1 Der Artikel beruht auf dem Vortrag des Autors auf dem „Kolloquium zur Liberalismus-Forschung 2018". Auch in der erweiterten und ergänzten Schriftfassung ist die Vortragsform im Wesentlichen beibehalten worden.

2 Ernst Majonica: Das Politische Tagebuch 1958–1972. Bearb. von Hans-Otto Kleinmann und Christopher Beckmann. Düsseldorf 2011, S. 177 (17.9.1961).

3 Gespräch Adenauer mit Kennedy, 20.11.1961. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1961. Bearb. von Mechthild Lindemann und Christoph Franzen. Berlin/Boston 2018, Dok. 508, S. 2009.

4 Strauß im CSU-Landesvorstand, 11.11.1961. In: Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP) München, LGF-LV 11.11.1961, S. 9.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

erst ein Phänomen unserer Tage ist und zum anderen, dass die FDP der 1950er/60er Jahre sich durch besondere Heterogenität und Vielstimmigkeit auszeichnete. Auch wenn Individualismus und Pluralismus konstitutive Wesensmerkmale jeder liberalen Weltanschauung sind, so erschien die FDP als besonders polyphone Partei mit einer Vielzahl von Abweichlern von der offiziellen Parteilinie. Deren Mindermeinung konnte jedoch innerhalb weniger Jahre zum „mainstream" werden, wie die außenpolitischen Vordenker Karl-Georg Pfleiderer und Wolfgang Schollwer zeigen. Umgekehrt wandelten sich „Zentristen" wie Thomas Dehler, erster Bundesjustizminister und 1954 bis 1957 Partei- und Fraktionsvorsitzender, zu unberechenbaren Einzelgängern. Angesichts dieser Vielstimmigkeit konnte selten von einer einheitlichen Linie der Liberalen gesprochen werden.

Die innere Zerrissenheit der frühen FDP zeigte sich jedoch primär in der politischen Diversität der eigenständigen Landesverbände. Vereinfacht gesprochen, standen eher linksliberale Landesverbände in Süddeutschland, vor allem im „Stammland" Baden-Württemberg, und in den Stadtstaaten betont nationalliberal bis deutschnational-nationalistischen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen gegenüber. Letztere vertraten den Gedanken der „nationalen Sammlungsbewegung" und schreckten auch vor einem „Fischen im braunen Sumpf" nicht zurück – was dann 1953 in die Naumann-Affäre mündete. Das Ringen dieser beiden Strömungen erreichte 1952 beim Bundesparteitag in Bad Ems gleichsam den Höhepunkt, dauerte aber darüber hinaus fort. Auch das trug zur Vielstimmigkeit des liberalen Agierens im Kalten Krieg bei.[5]

Der Kalte Krieg schuf eine grundlegend neue bipolare Weltordnung, in der sich die antagonistischen Supermächte USA und UdSSR, verstärkt durch ihre jeweiligen Verbündeten, hochgerüstet und voll wechselseitigem Misstrauen gegenüberstanden. Die Atombombe, über die ab 1949 auch die Sowjetunion verfügte, erwies sich als *der* entscheidende „game changer", da fortan stets die Gefahr bestand, dass jeder Konflikt zwischen den Blöcken den fragilen Frieden in existenzbedrohlicher Weise gefährden und in einem nuklearen Inferno enden könnte. Als akuter Gefahrenherd galt dabei das durch den Kalten Krieg gespaltene Deutschland, denn die meisten Deutschen empfanden ihre nationale Teilung als eine schwärende Wunde, auf deren Heilung Politik hinzuwirken habe. Das galt in besonderem Maße für die Liberalen, die gleichsam seit ihrer Entstehung im 19. Jahrhundert ein besonderes Verhältnis zur nationalen Einheit pflegten.

5 Vgl. dazu Udo Wengst: Einleitung. In: Ders. (Bearb.): FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher. Sitzungsprotokolle 1949–1954, S. XIII–LXIX; zur Naumann-Affäre Kristian Buchna: Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhauve und die nordrhein-westfälische FDP 1945–1953. München 2010.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Entsprechend versuchten die Liberalen etwas länger als ihre politischen Mitkonkurrenten, sich auf parteipolitischer Ebene der durch die Rivalitäten der Besatzungsmächte verursachten deutschen Teilung entgegenzustemmen. Noch im März 1947 bemühten sich Liberale aus allen vier Besatzungszonen, mit Gründung der „Demokratischen Partei Deutschlands“ (DPD) einen zonenübergreifenden Dachverband mit der Doppelspitze Wilhelm Külz als Repräsentanten der sowjetischen und Theodor Heuss als Vertreter der westlichen Besatzungszonen zu bilden. Doch die Mitwirkung der ostzonalen Liberaldemokratischen Partei (LDP[D]) an der Volkskongress-Bewegung, der entscheidenden Vorstufe auf dem Weg zur DDR, führte Ende 1947 auch hier zur Trennung und damit zum Scheitern des Versuchs, der zunehmenden Zweiteilung Deutschlands in Ost und West entgegenzuwirken.[6]

Die massiven politischen Repressionen, denen die LDP(D) in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) seitens der Sowjetischen Militäradministration bzw. des SED-Regimes ausgesetzt waren, prägten auch die Liberalen im Westen. Deren genuin antikommunistische, antisozialistische und antisowjetische Haltung wurde dadurch weiter gefördert, zumal in der FDP der Anteil Ost- und Mitteldeutscher in Führungspositionen über Jahrzehnte besonders hoch blieb. Bekannte Beispiele sind Hans-Dietrich Genscher, Wolfgang Mischnick und Burkhard Hirsch – der eine aus Halle, der andere aus Dresden, der dritte aus Magdeburg. Wolfgang Döring, einer der führenden Köpfe der nordrhein-westfälischen FDP, stammte aus Leipzig, Erich Mende und Heinz Starke, 1961/62 Bundesfinanzminister, waren Schlesier, Karl-Hermann Flach Ostpreuße.[7] So überrascht nicht, dass die Deutsche Frage und ihre Lösung durch Überwindung des Kalten Krieges ein zentrales Politikfeld für die FDP wurde und ihre Haltung zur Außen- und Friedenspolitik insgesamt präjudizierte. Innerhalb der außenpolitischen Zielkoordinaten der Liberalen, die sich mit Freiheit, Sicherheit, Einheit und Friede, umreißen lassen, gab es dabei eine klare Rangordnung: Eine Verhinderung von Krieg, also die Sicherung von Frieden, blieb zwar Grundkonstante liberaler Politik, doch stand dieses Ziel nie allein oder gar dominant im Vordergrund der Tagespolitik. Der zentrale politische Fixpunkt war nicht Frieden, sondern „individuelle Freiheit“. Diese konnte angesichts der Bedrohung aus dem Osten nur bei entsprechender politischer, wirtschaftlicher, militärischer und sozialer Sicherheit erhalten bleiben, sprich durch Verankerung im freien Westen. Das Ziel der Wiederherstellung der nationalen Einheit behielten die Liberalen dabei fest im Blick, waren sie doch überzeugt, die Überwindung der deutschen Einheit sei ein wesentlicher Beitrag, wenn nicht gar die Voraussetzung, zur

6 Vgl. Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955. 5. Aufl., Bonn 1991, S. 149.

7 Vgl. Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen. Berlin 1995, S. 73.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Überwindung der Ost-West-Spannungen und damit zur bleibenden Sicherung des Friedens.

Wie die FDP in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik die schwierige Balance zwischen diesen außen- und deutschlandpolitischen Zielkoordinaten zu halten bzw. zu optimieren versuchte, ist Gegenstand der folgenden Ausführungen. Sie gliedern sich – entsprechend der Phasen, in denen sich die Partei unterschiedlich positionierte – in drei Abschnitte:

In der ersten Phase bis 1955/56 trug die FDP als Regierungspartei Adenauers Politik der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Westintegration und das dahinterstehende Konzept „westlicher Stärke" vollständig mit; in der zweiten Phase von 1956 bis 1961 – den Jahren der Opposition – prangerte die FDP die Einseitigkeit der Westbindungspolitik als Gefährdung der deutschen Einheit an; in der dritten Phase von 1961 bis 1966, trug die FDP als „Copilot"[8] und liberale Reformkraft in den Regierungen Adenauer und Erhard dazu bei, dass sich die Bundesrepublik mühsam an das beginnende Entspannungszeitalter anzupassen begann.

Endgültig neu in der Außen- und Deutschlandpolitik positionierte sich die FDP dann ab 1966 in der Opposition gegen die erste Große Koalition – eine zwingende Voraussetzung für den Erfolg der sozial-liberalen neuen Ostpolitik unter Brandt/Scheel ab 1969.

I.

Schon im Frankfurter Wirtschaftsrat der Bizone und im Parlamentarischen Rat hatte sich ein Bündnis von Union und FDP abgezeichnet, als es um die Durchsetzung einer markt- statt planwirtschaftlichen Ordnung ging. Politische Westorientierung und dezidierter Antikommunismus verbanden diese Parteien. Die Bildung einer bürgerlichen Regierung im Herbst 1949 aus Unionsparteien, FDP und der kleinen Deutschen Partei war insofern konsequent.

Die FDP teilte Adenauers Konzept einer „Politik westlicher Stärke' in vollem Umfang: Angesichts der Bedrohung durch eine als expansiv-aggressiv wahrgenommene Sowjetunion galt es zunächst, Sicherheit und Freiheit Westdeutschlands durch feste Einbindung in den entstehenden Zusammenschluss des europäischen bzw. transatlantischen Westens zu sichern. Diese westliche Allianz galt es im Sinne der Magnet-Theorie so stark zu machen, dass sie eine unaufhaltsame Anziehungskraft auf den Ostteil des Landes ausüben und die UdSSR zwingen würde, ihren Teil Deutschlands preiszugeben. In nuce kommt dieses Rationale im Rundschreiben des FDP-Vorsitzenden

8 Vgl. Volker Erhard: Copilot im Höhenflug. Erich Mendes Begegnung mit John F. Kennedy vom 19. März 1962. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 11 (1999), S. 168–180.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Franz Blücher an die Parteimitglieder zu „Weihnachten 1949“ zum Ausdruck.[9] Dort wird dargelegt, Ausgangspunkt liberaler Politik sei der Glaube „an die Freiheit des Menschen überhaupt als das höchste Gut“. Daraus resultiere die „Ablehnung eines jeden politischen Systems, welches die Töchter und Söhne unseres Volkes der Freiheit des Gewissens, der Freiheit des Gedankens, der Freiheit des Wortes und der Freiheit der Tat berauben würde.“ Die Bundesrepublik sei integraler Teil des Westens, doch dabei friedensbereit gegenüber dem Osten:

> „Wir sind ein Stück des Abendlandes in seinem weitesten Begriff und wir wollen nichts anderes sein. Das aber bedeutet keineswegs Feindschaft gegen Völker, die sich dieser abendländischen Gemeinschaft nicht zugehörig fühlen. Wir können in Ruhe und Frieden neben ihnen leben, wenn sie unsere Lebensform und unser Recht auf Selbstbestimmung nicht antasten.“

Letztendlich, so Blücher weiter, sei

> „der Inbegriff unseres außenpolitischen Denkens überhaupt: die tiefe Achtung vor dem gleichen Anspruch eines jeden Volkes. Das rechtfertigt uns auch, nicht nur nach dem Osten hin so deutlich unser Recht zu verteidigen. Um des Friedens willen geht unser Weg überall dahin, daß wir durch die Wiedererlangung des gleichen Rechtes die Grundlage für die Gesinnung des Friedens erhalten und für ihre Stärkung in unserem Volke sorgen.“

Die Aussöhnung mit Frankreich sei „Kernstück dieses Weges zum Frieden“ und ermögliche zudem ein einheitliches, friedliches Europa. Der westeuropäische Zusammenschluss strahle wiederum auf den Osten aus:

> „Deutschland sieht in der Neuordnung Europas nichts anders als den Versuch, durch die soziale und sittliche Festigung des europäischen Menschen den Osten zu überzeugen, daß jedes Abenteuer sinnlos wäre. Es handelt sich hierbei darum, eine Waffe des Friedens zu schaffen. Es geht um den Versuch, eine solche innere Kraft, sittliche Festigung, soziale Befriedung, wirtschaftliche Leistung zu zeigen, daß nicht nur der Versuch der gewaltsamen Eroberung unterbleibt, sondern daß dem Osten eines klar wird: im Westen steht eine Welt, die in innerster Überzeugung jedem die Freiheit läßt, in seinem Lande sich das Leben nach eigenem Willen zu gestalten, die aber auch in der Lage ist, durch ihre Kraft unendlich viel beizutragen zur Teilnahme aller an den Gütern und an der Erzeugung dieser Welt. So könnte dieser Weg des Friedens auch die Menschen des Ostens reicher und glücklicher machen.“

9 Rundschreiben des FDP-Vorsitzenden Blücher, „Weihnachten 1949“, in: Institut für Zeitgeschichte München – Berlin (IfZ), ED 135 (Nachlass Heinz Krekeler), Bd. 9. Daraus auch die folgenden Zitate.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Wie gelang es den Liberalen, dieses außenpolitische Konzept in der Praxis umzusetzen? Teil der Absprachen zur Bildung der Regierung Adenauer war, dass der bisherige FDP-Vorsitzende Theodor Heuss Bundespräsident wurde und sein Nachfolger im Parteivorsitz, Blücher, Vizekanzler. Doch zu außenpolitischer Durchschlagskraft verhalfen beide Spitzenämter nicht. Im Falle des qua Grundgesetz auf repräsentative Aufgaben beschränkten Bundespräsidenten war dies auch kaum zu erwarten gewesen, obwohl Heuss' Anteil am Erfolg der Westintegrationspolitik nicht geringgeschätzt werden sollte[10]. Blücher gewann zwar als Bundesminister für Angelegenheiten des Marshall-Plans rasch internationale Erfahrungen im Ministerrat der Organisation for European Economic Cooperation (OEEC) und in der Internationalen Ruhrbehörde,[11] doch zog Adenauer alle außenpolitischen Amtsangelegenheiten an sich und monopolisierte vor allem die Gespräche mit den Alliierten Hohen Kommissaren.

Das Grundgesetz räumt dem Bundeskanzler eine starke Stellung ein, die weit über den Status eines primus inter pares im Kabinett hinausgeht. Durch seine machtbewusste Amtspraxis und einen patriarchalisch-autoritären Regierungsstil gelang es Adenauer, Außenpolitik weitgehend als ein Arkanum des Kanzlers zu monopolisieren.[12] Wenn schon Mitglieder der Unionsparteien und der CDU/CSU-Fraktion über mangelnde Einbindung und Unterrichtung über außenpolitische Fragen klagten, galt dies in noch größerem Maße für den Koalitionspartner. Gewiss, die FDP konnte einige außenpolitisch relevante Posten besetzen, etwa mit dem aus der Chemieindustrie stammenden nordrhein-westfälischen Landtagsabgeordneten Heinz Krekeler als erstem Generalkonsul bzw. dann erstem Botschafter in den USA als dem wichtigsten Partner der jungen Bundesrepublik.[13] Mehrere FDP-Bundestagsabgeord-

10 Vgl. dazu Ernst Wolfgang Becker und Wolfram Werner: Einführung. Die Kehrseite des Erfolges: Zwischen Integration und Trivialisierung. Briefe des Bundespräsidenten Theodor Heuss 1954–1959. In: Theodor Heuss: Der Bundespräsident. Briefe 1949–1954. Hrsg. und bearb. von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt und Wolfram Werner. Berlin/Boston 2012, S. 32–52.

11 Zu Franz Blücher vgl. Anne Rüter: Blücher als Marshallplan-Minister und Parteivorsitzender – Mitstreiter für eine liberale Wirtschaftsordnung. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 20 (2008), S. 59–82.

12 Vgl. dazu Anselm Doering-Manteuffel: Strukturmerkmale der Kanzlerdemokratie. In: Der Staat 30 (1991), S. 1–18; Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart. München 1999, S. 106–109; Eckard Conze: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart. München 2009, S. 122–126.

13 Vgl. Schreiben Blücher an Adenauer, 3.5.1950. In: Adenauer und die FDP. Bearb. von Holger Löttel. Paderborn u.a. 2013, Dok. 9, S. 142 f. Krekeler war weit mehr als der „Hinterbänkler aus der nordrhein-westfälischen FDP", als der er bei Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. München 2010, S. 459 abgetan wird (und zu-

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nete wechselten in den 1951 wiederentstehenden Auswärtigen Dienst,[14] in dem etliche Diplomaten – nicht selten ehemalige Angehörige des „Wilhelmstraßen-AA“ aus der Zeit vor 1945 – als FDP-nah galten. Gleichwohl, entscheidende außenpolitische Führungsposten blieben der Partei versagt: Adenauer besetzte das Außenministerium, auf das die Liberalen Anspruch erhoben, zunächst mit dem aus seiner Sicht dafür fähigsten Mann, nämlich sich selbst, ab 1955 schließlich mit dem bisherigen Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Heinrich von Brentano.

Auch beim neu gebildeten Verteidigungsministerium gingen die Liberalen leer aus. Dabei stand mit Wohnungsbauminister Eberhard Wildermuth, einem hochdekorierten Oberst der Reserve, über den Adenauer wichtige Kontakte zu den nun wieder benötigten Wehrmachtsgeneralen knüpfte, ein befähigter Anwärter als Verteidigungsminister zur Verfügung; doch aus innen- und außenpolitischen Gründen kam der christliche Gewerkschafter Theodor Blank (CDU) zum Zuge.[15] Trotz massiven Drängens erhielt die FDP im Verteidigungsministerium nicht einmal einen Staatssekretärsposten für ihren „shooting star“, den Ritterkreuzträger und einzigen Berufsoffizier im Ersten Deutschen Bundestag, Erich Mende.[16] Dabei fand die FDP bei ehemaligen Wehrmachtsangehörigen großen Anklang; erinnert sei nur an den vormaligen Panzergeneral der Wehrmacht, Hasso von Manteuffel, der in der zweiten Legislaturperiode als verteidigungspolitischer Sprecher der Partei fungierte.[17] Sympathien in ehemaligen Wehrmachtskreisen erwarb sich die FDP nicht zuletzt auch durch ihr massives Engagement für eine Freilassung bzw. Amnestie noch einsitzender „Kriegsverurteilter“, also von NS-

gleich als „unbelastete[r] Außenseiter“ gelobt wird, ebd., S. 507); so war er 1949 bereits aktiv in der Liberalen Internationalen, vgl. Krekeler an Blücher, 10.11.1949. In: Institut für Zeitgeschichte München – Berlin (IfZ), ED 135 (Nachlass Krekeler), Bd. 9. Zur Person vgl. Rainer A. Blasius: In heikler Mission. Die Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington 1955–1968. In: Detlef Junker u.a. (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges. Ein Handbuch, Bd. 1: 1945–1968. Stuttgart, München 2001, S. 249-251; Beate Neuss: Europa mit der linken Hand? Die deutschen Personalentscheidungen für die Kommission der Europäischen Gemeinschaften. München 1988, S. 206–220.

14 So Fritz Oellers, Margarete Hütter und Karl-Georg Pfleiderer, vgl. Volker Stalmann: Einleitung. In: Ders. (Bearb.): Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1969. 1. Halbband: 1949–1962. Düsseldorf 2017, S. 30* f.

15 Vgl. Henning Köhler: Adenauer. Eine politische Biographie. Frankfurt/Main u.a. 1994, S. 619 f.; Erich Mende: Die neue Freiheit, 1945–1961. München, Berlin 1984, S. 183, 188 f., 352 f. Als einstiger Festungskommandant von Le Havre wäre ein Verteidigungsminister Wildermuth Frankreich sicher schwer zu vermitteln gewesen.

16 Vgl. Hans-Heinrich Jansen: Erich Mende. In: Torsten Oppelland (Hrsg.): Deutsche Politiker 1949–1969. 16 Biographische Skizzen aus Ost und West. Bd. 2. Darmstadt 1999, S. 135; Schreiben Dehler an Adenauer, 31.8.1955. In: Adenauer und die FDP (wie Anm. 13), Dok. 127.

17 Vgl. Mende: Neue Freiheit (wie Anm. 15), S. 182 f. Mende zufolge wurde die FDP „immer mehr zum politischen Sammelbecken ehemaliger Soldaten“, ebd.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Kriegsverbrechern.[18] Gerade aufgrund dieser Nähe zu den Soldaten sollten die Liberalen aus dem Kalkül der Kanzlerpartei heraus vom Verteidigungssektor fern gehalten werden.[19]

Derlei Zurücksetzungen, vor allem das als enttäuschend empfundene Abschneiden bei der Bundestagswahl 1953, bei der die Union nicht nach Stimmen, aber de facto nach Mandaten die absolute Mehrheit erzielte, während die FDP Stimmen verlor,[20] führten zu fortschreitender Entfremdung in der Koalition. Gleichwohl stand die FDP zunächst, insbesondere in der ersten Legislaturperiode 1949 bis 1953, außenpolitisch fest an der Seite Adenauers, wenn auch mit teils anderen Akzentsetzungen. 1950 unterstützte die FDP den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat wie zur Montanunion, vor allem aber die Westverträge von 1952 in Form von Generalvertrag und Europäischer Verteidigungsgemeinschaft (EVG).[21] Die Notwendigkeit einer Wiederbewaffnung, auch die Bejahung der Wehrpflicht, war für die FDP unstrittig.

18 Vgl. Dietrich Wagner: FDP und Wiederbewaffnung. Die wehrpolitische Orientierung der Liberalen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1955. Boppard 1978; Jörg Echternkamp: Soldaten im Nachkrieg. Historische Deutungskonflikte und westdeutsche Demokratisierung 1945–1955. München 2014, S. 362–382. Zum Einsatz der FDP für die „Kriegsverurteilten" bzw. für eine Generalamnestie vgl. Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1999 (Taschenbuch-Ausgabe).

19 Stattdessen versuchte Adenauer, die für die „große Wehrkoalition" benötigte SPD durch einen Staatssekretärsposten im Bundesverteidigungsministerium einzubinden. Vgl. Heinrich Krone: Tagebücher. Bd. 1: 1945–1961. Bearb. von Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 1995, S. 183, 186 (Einträge vom 30.6. bzw. 4.8.1955); Konrad Adenauer und Theodor Heuss: Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949–1959. Bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1997, Dok. 37, S. 162 (25.4.1955) und Dok. 38, S. 164 (6.6.1955); Hans Ehlert: Innenpolitische Auseinandersetzungen um die Pariser Verträge und die Wehrverfassung 1954 bis 1956. In: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Bd. 3: Die NATO-Option. Hrsg. von Hans Ehlert, Christian Greiner, Georg Meyer und Bruno Thoß. München 1993, S. 438–441. Noch 1961 betonte Strauß im CSU-Landesvorstand, die Union habe der FDP das Verteidigungsministerium nicht überlassen wollen, „da Mende als ehemaliger aktiver Offizier und Ritterkreuzträger hier ein besonderes Interesse habe und viele Offiziere FDP gewählt hätten" Vgl. ACSP LGF-LV 11.11.1961, S. 46.

20 Die FDP erhielt 1953 9,5 % der Stimmen (gegenüber 11,9 % 1949), die Union 45,2 % (statt 31,0 %). Abzüglich der 22 nicht voll-stimmberechtigten Berliner Abgeordneten umfasste der 2. Deutsche Bundestag 487 Abgeordnete, davon 191 von CDU und 52 von CSU. Zwar lag die Unionsfraktion exakt ein Mandat unter der absoluten Mehrheit, doch waren ihr zusätzlich mindestens zwei der drei Zentrums-Abgeordneten zuzuordnen, deren Einzug ins Parlament nur durch Listenabsprachen mit der CDU geglückt war. Martin Heix, einer der drei Zentrums-MdBs, trat bereits 1953 zur CDU über; Josef Rösing, Nachrücker für den 1954 verstorbenen Franz Böhner, folgte diesem Beispiel 1955. Vgl. auch Hans Fenske: Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Paderborn u.a.1994, S. 262.

21 Vgl. Stalmann: Einleitung (wie Anm. 14), S. 81* f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Stalin-Noten vom März 1952 wurden als durchsichtiges Störmanöver der Sowjetunion gegen die Westbindung betrachtet. So unterstrich der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Hermann Schäfer, „daß das von uns erstrebte Ziel nur mit Hilfe des Westens erreicht werden kann. […] Der Russe beabsichtigte, uns durch lockende Versprechungen aus der wachsenden Bindung an den Westen herauszulösen."[22] Justizminister Thomas Dehler sah das zu diesem Zeitpunkt übrigens genauso.[23] Das hielt ihn freilich nicht davon ab, genau diesen Verzicht auf ein „Ausloten" der sowjetischen Offerte sechs Jahre später – in seiner berühmt-berüchtigten Abrechnung mit Adenauers Politik in der Nachtsitzung des Bundestags am 23. Januar 1958 – als „verpasste Chance" und als Beweis dafür anzuprangern, dass der Bundeskanzler an der deutschen Einheit gar kein Interesse habe.[24]

Streit gab es indes im Mai 1952 um Artikel 7 Absatz 3 des Deutschlandvertrags, die sogenannte „Bindungsklausel": Nach dem Willen von Bundeskanzler Adenauer sollte Gesamtdeutschland auch im Falle einer Wiedervereinigung auf die Fortgeltung der von der Bundesrepublik eingegangenen Westverträge verpflichtet sein. Hierin sah der Koalitionspartner FDP eine Präjudizierung, die erfolgreiche Wiedervereinigungsgespräche mit der UdSSR verhindern würde. Erstmals brach öffentlich ein außenpolitischer Konflikt auf, bei dem die FDP freilich im Gleichklang mit allen anderen Fraktionen der Koalition agierte. Selbst der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Heinrich von Brentano, sonst stets getreu auf Adenauers Kurs und alles andere als ein Freund der Liberalen, widersetzte sich hier dem Bundeskanzler.[25] Das führte schließlich zur entsprechenden Vertragskorrektur im Sinne der FDP bzw. der Parlamentarier der Koalition.

Dass die Westintegration noch keineswegs generell in Frage gestellt wurde, zeigt die Diskussion um den „Pfleiderer-Plan", der genau genommen aus

22 Vgl. FDP-Fraktionssitzung, 1.4.1952, S. 3 f. In: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag", FDP, 1. Wahlperiode, URL: https://fraktionsprotokolle.de/handle/1720 (abgerufen am 11.3.2019).

23 Vgl. Udo Wengst: Thomas Dehler. 1897–1967. Eine politische Biographie. München 1997, S. 203; Gustav Adolf Sonnenhol: Untergang oder Übergang? Wider die deutsche Angst. Stuttgart, Herford 1984, S. 202; Rainer Zitelmann: Dehler und Adenauer. In: Nach-Denken. Thomas Dehler und seine Politik. Berlin 1998, S. 34. Mende: Neue Freiheit (wie Anm. 15), S. 222, verortet dagegen Dehler und sich selbst bereits 1952 auf Seiten Pfleiderers, der für ein Austesten der Stalin-Noten eintrat.

24 Vgl. dazu Wengst: Dehler (wie Anm. 23), S. 309-311; Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Bd. 2: Der Staatsmann. München 1994 (TB-Ausgabe), S. 405-409; Köhler: Adenauer (wie Anm. 15), S. 971 f.

25 Vgl. Schreiben Blücher an Adenauer, 6.5.1952. In: Adenauer und die FDP (wie Anm. 12), Dok. 53; FDP-Bundesvorstand 1949–1954 (wie Anm. 5), Nr. 16, S. 289-319; Hans-Peter Schwarz: Adenauer, Bd. 1: Aufstieg. München 1994 (TB-Ausgabe), S. 928–931; zu Brentanos Widerstand gegen die Bindungsklausel vgl. dessen Schreiben an Adenauer, 25.4.1952. In: Arnulf Baring (Hrsg.): Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer, 1949–1964. Hamburg 1974, S. 91-97.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

einer Rede im Juni 1952 im Waiblingen und einer ausführlicheren Denkschrift für den Auswärtigen Ausschuss vom September desselben Jahres bestand.[26] Karl-Georg Pfleiderer aus dem schwäbischen Wahlkreis Waiblingen war nicht nur einer der wenigen direkt gewählten FDP-Abgeordneten; er war vor allem ehemaliger Diplomat, der in den 1920er und 30er Jahren auch in der Sowjetunion auf Posten gewesen war; er vertrat seine Partei (der er erst im Januar 1952 offiziell beitrat) im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags und im Europarat.[27]

Pfleiderer ging von der Erkenntnis aus, dass Moskau sich kaum freiwillig aus der DDR zurückziehen oder dort Reformen, geschweige denn freie Wahlen, zulassen werde, wenn nicht dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis gegenüber Deutschland Rechnung getragen werde, das angesichts der verheerenden jüngsten Erfahrungen mit Deutschland durchaus verständlich war. Daher solle Deutschland keinem Militärbündnis angehören, also faktisch neutral sein, und lediglich Streitkräfte in begrenztem Umfang besitzen. Alle vier Siegermächte sollten das Recht zur Truppenstationierung in Randgebieten des wiedervereinigten Deutschland behalten – die Westalliierten links des Rheins und die Sowjets in den „derzeit unter polnischer Verwaltung" stehenden Gebieten jenseits von Oder und Neiße, die Pfleiderer als weiter zu Deutschland gehörig betrachtete. Gedankliche Anleihen bei der Locarno-Politik seines früheren Dienstherrn Gustav Stresemann sind im Pfleiderer-Plan offensichtlich, der von einer in der geopolitischen Mittellage begründeten selbständigen Position Deutschlands, das lediglich gewissen Rüstungskontrollbeschränkungen unterworfen wurde, in einer europäischen Friedensordnung ausging. Nachdrücklich plädierte Pfleiderer zudem für eine eigenständige deutsche Ostpolitik: „Gerade wer […] die verfahrene Lage zwischen Ost und West betrachtet, muß erkennen, wie nötig die deutsche Stimme zum Ausgleich und Frieden ist."[28]

Mit der Realität der bipolaren Blockkonfrontation hatten diese Überlegungen wenig zu tun. In der FDP blieb Pfleiderer 1952 mit seinen Gedanken

26 Vgl. die Waiblinger Rede „Für oder wider die Verträge", 6.6.1952, und Denkschrift „Vertragswerk und Ostpolitik" vom September 1952. In: Karl Georg Pfleiderer: Politik für Deutschland. Reden und Aufsätze 1948–1956. Stuttgart 1961, S. 83–99, 100-123. Zum Pfleiderer-Plan vgl. Hans-Heinrich Jansen: Karl Pfleiderers Gegenentwürfe zur Deutschlandpolitik Adenauers. In: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM) 3 (1997), S. 35–71; Karl-Heinz Schlapp: Alternativen zur deutschen Außenpolitik 1952–1955. Karl Georg Pfleiderer und die „Deutsche Frage". In: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hrsg.): Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Stuttgart 1976, S. 211-238.

27 Zu Pfleiderers Lebenslauf vgl. Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871-1945, Bd. 3: L-R. Bearb. von Gerhard Keiper und Martin Kröger. Paderborn u.a. 2008, S. 472 f. Zum späten Parteieintritt vgl. FDP-Bundesvorstand 1949-1954 (wie Anm. 5), Dok. 16, S. 313.

28 Karl-Georg Pfleiderer: Vertragswerk und Ostpolitik. In: Ders.: Politik für Deutschland (wie Anm. 26), S. 107.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

trotz großen öffentlichen Wellenschlags weitgehend isoliert. Unterstützung fand er allein bei Reinhold Maier, dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg. Das war freilich zusätzlich zweischneidig, da manche auf eine antimarxistische „Bürgerblock"-Position festgelegten Parteifreunde, vor allem in Hessen und Nordrhein-Westfalen, angesichts von Maiers Koalitionsbildung mit SPD und GB/BHE im neugeschaffenen Südweststaat sogar dessen Parteiausschluss forderten.[29] Erst später, als die Entfremdung von Adenauers Politik fortgeschritten war, wurde Pfleiderer als gern zitierter außenpolitischer Vordenker wiederentdeckt. Sein tragender Gedanke, dass auch das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion gestillt werden müsse, sollte sich in der Tat als innovativ und dauerhaft relevant erweisen.

Doch zunächst war Pfleiderer isoliert. Sämtliche Westverträge wurden mit Zustimmung der FDP ratifiziert – einzig Pfleiderer stimmte dagegen –, ebenso, nach dem Scheitern der EVG in der französischen Nationalversammlung, die Neufassung in Form der Pariser Verträge vom Oktober 1954. Nur zwei Ausnahmen gab es: Zum einen verweigerte die FDP – wie freilich auch Teile der Union – die Zustimmung zum Luxemburger Wiedergutmachungsabkommen mit Israel und der Jewish Claims Conference against Germany; das Abkommen konnte 1952 daher nur mit Hilfe der SPD-Opposition durch den Bundestag gebracht werden.[30] Zum anderen aber lehnten die Liberalen 1954 vor allem das Saarabkommen mit Frankreich ab. Dieses sah eine „europäische Verwaltung" für das seit 1947 „eigenständige" Saarland vor, das bislang de facto ein französisches Protektorat gewesen und somit jahrelang ein Zankapfel geblieben war, der eine Entgiftung des Verhältnisses zu Frankreich behinderte. Nun sollte die Abspaltung der Saar von Deutschland, europäisch verbrämt, prolongiert werden.

Adenauers durchaus auch in der eigenen Partei umstrittene Saarpolitik wurde zu einem zentralen Knackpunkt, an dem sich der Weg der FDP von der Politik des Gründungskanzlers zu scheiden begann.[31] In einer „Europäisierung" der deutschen Saar erblickten die Liberalen keinen Beitrag zum Völkerfrieden und der von ihnen nur auf Basis von Gleichberechtigung un-

29 Vgl. Christof Brauers: Liberale Deutschlandpolitik 1949–1969. Positionen der F.D.P. zwischen nationaler und europäischer Orientierung. Münster 1993, S. 52 Anm. 46, sowie Schreiben von Heuss an Blücher, 31.5.1952, bzw. an den FDP-Vorsitzenden von Nordrhein-Westfalen, Friedrich Middelhauve, 6.6.1952, in: Heuss: Briefe 1949–1954 (wie Anm. 10), Dok. 123 und 124, S. 343-347.

30 Vgl. Niels Hansen: Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad-Adenauer und David Ben Gurion. Düsseldorf 2002, S. 333-343. Vgl. auch Erich Mende: Von Wende zu Wende, 1962–1982. München 1986, S. 18.

31 Zum Folgenden vgl. Hans-Peter Schwarz: Ära Adenauer: Gründerjahre der Republik 1949–1957. Stuttgart/München 1981, S. 282-286; Ulrich Lappenküper: Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der „Erbfeindschaft" zur „Entente élémentaire". München 2001, Bd. 1, S. 316-497 und 1076-1138; Köhler: Adenauer (wie Anm. 15), S. 890-905.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

terstützten Einigung Europas; sie sahen darin vielmehr ein einseitiges Zugeständnis an Frankreich, das gegen die Selbstbestimmung der (deutschen) Bevölkerung verstoße. Sie argumentierten zudem, eine endgültige Abtrennung der Saar schaffe ein verhängnisvolles Präjudiz mit Blick auf den Osten. Daher ging die FDP unter Führung des neuen Partei- und Fraktionsvorsitzenden Dehler hier klar auf Konfrontation zum Kanzler.

In der Bundestagsdebatte über das Saarstatut am 25. Februar 1955 kam es zu einem Eklat: Max Becker, außenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, die er 1949/50 und 1957 kurzzeitig führte, rückte den Bundeskanzler unter Verweis auf dessen frühere Äußerungen zur Saar nun in die Nähe des Separatismus, worauf dieser postwendend ausgerechnet diesen engagierten Verfechter der pro-europäischen Westbindung bei den Liberalen als hinterwäldlerischen „kleinen Notar aus Bad Hersfeld" herabwürdigte.[32] Bei der Abstimmung über das Saarstatut zwei Tage später bot die FDP-Fraktion ein höchst uneinheitliches Bild, das ihre Glaubwürdigkeit kaum erhöhte: 31 FDP-Abgeordnete stimmten gegen die Regierungsvorlage, sieben dafür, vier enthielten sich. Von den vier FDP-Ministern stimmte lediglich Vizekanzler und Ex-FDP-Vorsitzender Franz Blücher mit der Regierung – und damit gegen seine eigene Partei; ausgerechnet er bot Adenauer anderentags seinen Rücktritt an, den dieser natürlich ablehnte.[33].

Seit Abschluss der Westverträge forderte die FDP immer lauter eine aktive Ostpolitik, etwa durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur UdSSR. Doch als dies im September 1955 bei Adenauers Moskau-Reise erfolgte, war ausgerechnet die FDP – anders als die SPD-Opposition (mit Carlo Schmid als stellvertretendem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses) – nicht in der Kanzlerdelegation vertreten, weil Adenauer ihr dies schlicht verweigert hatte.[34]

Unterdessen häuften sich Äußerungen Dehlers und anderer Liberaler, die Westverträge – voran die NATO-Mitgliedschaft – könnten zur Disposition gestellt werden, wenn das der deutschen Einheit diene, die für die Liberalen Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden und der Königsweg zur Überwindung des Kalten Krieges blieb. Solche Querschüsse förderten allerdings im Westen schwerlich Vertrauen. Adenauer forderte die FDP daher Ende No-

32 Vgl. Löttel, Einleitung. In: Adenauer und die FDP (wie Anm. 13), S. 57; Brauers, Liberale Deutschlandpolitik (wie Anm. 29), S. 70. Zur Person von Max Becker, immerhin als einer von fünf liberalen Mitgliedern des Parlamentarischen Rats einer der „Väter des Grundgesetzes", vgl. Stalmann: Einleitung. (wie Anm. 14), S. 54* f.

33 Vgl. Schreiben Blücher an Adenauer, 28.2.1955. In: Adenauer und die FDP (wie Anm. 13), Dok. 111.

34 Vgl. Vermerk über Telefonat Dehler mit Adenauer, 5.9.1955, bzw. Schreiben Adenauer an Dehler, 7.9.1955. In: ebd., Dok. 128 und 129.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

vember 1955 ultimativ auf, sich zur weiteren Gültigkeit des bisherigen Regierungskurses zu bekennen.[35] Die Koalition stand vor dem Bruch.

Dieser erfolgte 1956, ausgelöst durch die Wahlrechtsfrage. Um ein für die FDP vermutlich tödliches „Grabenwahlrecht" über entsprechende Mehrheiten im Bundesrat zu verhindern, stürzten die Düsseldorfer „Jungtürken" Walter Döring, Willi Weyer und Walter Scheel im Februar 1956 den CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold, obwohl der eigentlich ein unionsinterner Dauerrivale des Bundeskanzlers war. Ausgerechnet die rechtslastige nordrhein-westfälische FDP – selbst von Bundespräsident Heuss als „Nazi-FDP" geschmäht[36] – setzte fortan auf ein Bündnis mit der SPD.

Über diesen so genannten „Jungtürken-Putsch", letztlich aber über die Frage: „weiter mit oder künftig gegen Adenauer?" spalteten sich die Liberalen: Ein knappes Drittel der Abgeordneten (16 von 52), darunter alle vier FDP-Bundesminister, verließ am 23. Februar 1956 unter Führung des hessischen Landesvorsitzenden und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden August Martin Euler die FDP-Fraktion und konstituierte sich bald danach als eigene, allerdings kurzlebige Freie Volkspartei.[37] Die Rest-FDP schied aus der Bundesregierung aus und verfolgte fortan einen dezidierten Oppositionskurs gegen Adenauer und die bisherige Außenpolitik.

II.

Der neue liberale Kurs mit dem Primat der Deutschland- und Ostpolitik schlug sich wenige Tage später im sogenannten „Mende-Plan" nieder. Die Darlegungen des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden auf einer Pressekonferenz im baden-württembergischen Landtagswahlkampf waren letztlich eine Neuauflage des Pfleiderer-Plans mit einer begrenzten Nationalarmee und einer militärisch ausgedünnten Zone in Mitteleuropa, NATO-Einheiten im linksrheinischen Deutschland und Sowjettruppen in den Oder-Neiße-Gebieten. Neu war die Forderung nach der Einbindung Gesamtdeutschlands in ein europäisches Sicherheitssystem, das auf einem Fünf-Mächte-Pakt Deutschlands mit den vier Mächten oder einem – weitere europäische Staaten umfassenden – System kollektiver Sicherheit beruhen sollte. Das griff

35 Vgl. Schreiben Adenauer an Dehler und vice versa, 22.11. bzw. 29.11.1955. In: ebd., Dok. 141 und 147.

36 Vgl. Heuss an Toni Stolper, 7.2.1956. In: Theodor Heuss: Tagebuchbriefe 1955–1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper. Hrsg. von Eberhard Pikart. Stuttgart 1970, S. 143. Ferner Mende: Neue Freiheit (wie Anm. 15), S. 253.

37 Vgl. Brauers, Liberale Deutschlandpolitik (wie Anm. 29), S. 90 f.; Stalmann: Einleitung. (wie Anm. 14), S. 31* f.; Andrea von Lucke: Die Krise von 1956. Die Spaltung der FDP-Bundestagsfraktion unter der Führung August Martin Eulers und die Folgen für die hessische FDP. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 20 (2009), S. 97-112.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

entsprechende sowjetische und britische Überlegungen der letzten Vier-Mächte-Außenministerkonferenzen von 1954/55 auf.[38]

Unter der Ägide Dehlers suchte die FDP nun Kontakte nach Osten und forderte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Ostblockstaaten. So konstatierte das „Berliner Programm", das am 26. Januar 1957 vom FDP-Bundesparteitag „in der Reichshauptstadt" beschlossen wurde:

> „Wir haben die Pflicht, zur Milderung der Gegensätze zwischen Ost- und West auf unserem eigenen Boden beizutragen. Wenn durch die Pariser Verträge ein dauerhaftes Freundschaftsverhältnis mit den Westmächten angestrebt und erreicht wurde, so stellt sich uns ebenso die Aufgabe, durch eine aktive und konstruktive Politik das Verhältnis Deutschlands zu den osteuropäischen Völkern friedlich zu regeln."[39]

Die Hallstein-Doktrin, die 1957 gegenüber Jugoslawien mit dem Abbruch diplomatischer Beziehungen erstmals praktiziert wurde, lehnten die Liberalen ab. 1959 reiste der Parlamentarische Fraktionsgeschäftsführer Wolfgang Mischnick im Zuge eines Treffens der Interparlamentarischen Union, einer weltweiten Parlamentarierorganisation, erstmals nach Warschau, um mit Polen Kontakte zu knüpfen.[40] Etliche Ostkontakte liefen über FDP-nahe Vertreter der Großindustrie. So besuchte der langjährige FDP-Schatzmeister Hans Wolfgang Rubin in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied der Gelsenkirchener Eisen und Metall AG häufiger Ostblock-Länder wie die UdSSR oder die DDR.[41] Ex-Parteichef Dehler, inzwischen auf den Posten eines Bundestagsvizepräsidenten abgeschoben, führte – anders als Vertreter der Bundesregierung – im Sommer 1963 sogar Gespräche im Kreml mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow und Außenminister Andrej Gromyko.[42]

38 Vgl. Mende: Neue Freiheit (wie Anm. 15), S. 370-372; Stalmann: Einleitung (wie Anm. 14), S. 87*; Brauers, Liberale Deutschlandpolitik (wie Anm. 29), S. 93 f.

39 Vgl. Berliner Programm der FDP, in: ADL, Druckschriftenbestand, D1-29, Titulatur bzw. These 9, online abrufbar unter https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1957berlinerprogramm.pdf, Bl. 4 und 10.

40 Vgl. Wolfgang Mischnick: Dehler und die deutsche Einheit. In: Nach-Denken. Thomas Dehler (wie Anm. 23), S. 72; ders.: Die deutschlandpolitischen Aktivitäten der FDP 1945-1970. Autobiographische Reflexionen. In: Reinhard Hübsch/Jürgen Frölich (Hrsg.): Deutsch-deutscher Liberalismus im Kalten Krieg. Zur Deutschlandpolitik der Liberalen 1945-1970. Potsdam 1997, S. 98.

41 Vgl. Arnulf Baring: Machtwechsel. Die Ära Brandt–Scheel. Stuttgart 1982, S. 221. Ähnlich Bonn – Berlin – Moskau –Washington. Die Deutschlandpolitik der Liberalen im Kontext bundesdeutscher Außenpolitik. Erich Mende im Gespräch mit Reinhard Hübsch. In: Ders./Frölich (Hrsg.): Deutsch-deutscher Liberalismus (wie Anm. 40), S. 137.

42 Vgl. Gespräch Dehler mit Gromyko am 2.9.1961, Vermerk Staatsekretär Lahr über Gespräch mit Dehler am 5.9.1962. In: Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963. Bearb. von Mechthild Lindemann u. Ilse Dorothee Pautsch. München 1994, Dok. 325 u. 328; Gespräch Dehler mit Chruschtschow am 4.9.1963. In: Gerhard

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Bereits 1956 hatte die FDP durch spektakuläre deutsch-deutsche Kontakte eine Art Tabubruch begangen. Wolfgang Döring, inzwischen Fraktionsvorsitzender in Düsseldorf, Erich Mende und Walter Scheel sprachen zunächst in Garmisch-Partenkirchen, dann in Weimar mit Vertretern der liberalen Blockpartei LDPD, darunter mit deren Generalsekretär (und späterem Vorsitzenden) Manfred Gerlach. Auch wenn die Gespräche inhaltlich nicht weit führten und durch die Ungarn- und Suez-Krise im Herbst ein rasches Ende fanden, signalisierten sie doch die Gesprächsbereitschaft der Liberalen über den Eisernen Vorhang hinweg und deren Willen, den Status quo zu überwinden.[43] Ein deutliches Zugeständnis war zudem die zeitgleiche Schließung des „Ostbüros" der Partei, das vom Ostblock als feindliche Agentenzentrale angeprangert worden war.[44] Mit diesem demonstrativen Friedensangebot gen Osten waren die Liberalen der CDU und SPD um Jahre voraus.

Zur liberalen Offenheit für eine Politik der Entspannung gehörte ab 1956/57 auch die Unterstützung der FDP für „disengagement"-Pläne und eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, wie sie der polnische Außenminister Adam Rapacki oder der britische Labour-Vorsitzende Hugh Gaitskell vorschlugen.[45] Dass dies den fragilen Frieden im Kalten Krieg sicherer machen würde, bestritt die unionsgeführte Bundesregierung und beharrte, Voraussetzung für jede Form militärischer Entspannung und Abrüstung müssten vorherige Zugeständnisse des Ostens in der offenen Deutschen Frage sein. Faktisch lief das auf eine Absage an jegliche Form von Détente hinaus.

Angesichts dieses Gegensatzes war es konsequent, dass die FDP trotz ihrer bekannten Wehrfreundlichkeit eine „Atombewaffnung" der Bundeswehr ablehnte, also eine Ausrüstung der westdeutschen Truppen mit Trägersystemen für amerikanische Nuklearsprengköpfe, die dabei streng unter amerikanischer Alleinverantwortung bleiben sollten (und blieben). Die Liberalen fürchteten, dies könne den Frieden gefährden, weil Moskau nicht taten-

Wettig (Hrsg.): Chruschtschows Westpolitik 1955 bis 1964 – Gespräche, Aufzeichnungen und Stellungnahmen. Bd. 4: Außenpolitik nach der Kuba-Krise (Dezember 1962 bis Oktober 1964). Berlin 2016, Dok. 18. Vgl. ferner Wengst: Dehler (wie Anm. 23), S. 333 f.

43 Vgl. dazu Roger Engelmann: Brüchige Verbindungen. Die Beziehungen zwischen FDP und LDPD 1956–1966. In: Ders./Paul Erker: Annäherung und Abgrenzung. Aspekte deutsch-deutscher Beziehungen 1956-1969. München 1993, S. 12-89; ders.: Innerdeutsche Beziehungen im Kalten Krieg. Die Deutschlandpolitik der FDP und ihre Kontakte zu LDPD und SED 1956–1966. In: Hübsch/Frölich (Hrsg.): Deutsch-deutscher Liberalismus (wie Anm. 40), S. 54-81.

44 Vgl. Wolfgang Buschfort: Das Liberale Ostbüro – Widerstand von außen? In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 17 (2005), S. 161-198.

45 Vgl. FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier: Sitzungsprotokolle 1954–1960. Bearb. von Udo Wengst. Düsseldorf 1991, Nr. 46, S. 324.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

los bleiben werde, zudem vertiefe es die deutsche Teilung.[46] Allerdings ging die Ablehnung der Atombewaffnung durch die Liberalen nicht so weit, dass sich die Partei insgesamt an der primär von SPD, Gewerkschaften und Evangelischer Kirche getragenen „Kampf dem Atomtod"-Kampagne beteiligt hätte; dies taten nur einzelne Protagonisten wie Dehler oder die „grande dame" des Liberalismus, Marie-Elisabeth Lüders.[47] Bei der entscheidenden Abstimmung im Bundestag am 25. März 1958 enthielten sich die liberalen Abgeordneten überwiegend der Stimme.[48] Das verfestigte in der Öffentlichkeit das Bild von unberechenbaren, in sich zerstrittenen Liberalen. Dabei versuchte vor allem die NRW-FDP, die Wahlen zum Düsseldorfer Landtag am 6. Juli 1958 zu einem Plebiszit gegen die Atombewaffnung zu stilisieren, doch diese Strategie scheiterte: Die Liberalen verloren deutlich an Stimmen, und die SPD-FDP-Landesregierung unter Fritz Steinhoff musste einer CDU-Alleinregierung unter dem neuen Ministerpräsidenten Franz Meyers weichen. Selbstkritisch räumte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Siegfried Zoglmann, später ein, die Antiatomdebatte habe der Partei nichts eingebracht, „weil wir hier in einer Ecke agierten, in die wir nicht hineingehörten (Panzerhauptmann Döring mit deutschem Kreuz in Gold paßt nicht neben Kriegsdienstverweigerer)".[49] Gleichwohl blieb die FDP bei der Forderung nach einem dauerhaften deutschen Verzicht auf Nuklearambitionen, um einer Verschärfung der Ost-West-Spannung vorzubeugen und zugleich die eigene Friedfertigkeit zu unterstreichen.[50]

Während es bisher stets die SPD gewesen war, die alle Verträge zur (west-)europäischen Integration als Hindernis für die deutsche Einheit abgelehnt hatte, übernahm nun die FDP diese Rolle. 1957 lehnten die Liberalen darum im Bundestag die Römischen Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und EURATOM ab, aber auch weil die neu entstehenden Europäischen Gemeinschaften zu dirigistisch seien.[51] Zudem fürchteten die auf globalen Freihandel hin orientierten Liberalen, das neue „Kleinsteuropa" der Sechs werde das freie Westeuropa zusätzlich wirtschaft-

46 Vgl. Informationsbericht des Bonn-Korrespondenten der Wochenzeitschrift „Die Zeit", Robert Strobel Nr. 2 vom 7.1.1958. In: IfZ, ED 329 (NL Strobel), Bd. 10.

47 Vgl. die Diskussion im FDP-Bundesvorstand, 28.2.1958. In: FDP-Bundesvorstand 1954-1960 (wie Anm. 45), S. 339 f.

48 Vgl. Brauers, Liberale Deutschlandpolitik (wie Anm. 29), S. 115.

49 In; FDP-Fraktion (wie Anm. 14), Nr. 155, S. 897 (12.2.1964).

50 Vgl. z. B. Punkt B.7 c) des „Deutschlandplans der FDP" vom Januar 1959, in: Peter Juling: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente. Meisenheim am Glan 1977, S. 161.

51 Zur Europapolitik der FDP in den 50er Jahren vgl. Peter Jeutter: EWG – Kein Weg nach Europa. Die Haltung der Freien Demokratischen Partei zu den Römischen Verträgen 1957. Bonn 1985; Mechthild Winking: Liberale Außenpolitik zwischen Profilierung und Anpassung beispielhaft dargestellt an der Abstimmung der FDP zu den Römischen Verträgen 1957. Münster 2004.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lich spalten. Gegenüber der EWG bevorzugte die FDP die OEEC – womit die Liberalen ein weiteres Mal ganz auf der Linie von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard lagen, der sich indes innerhalb der Bundesregierung gegen Adenauer und Integrationsverfechter wie Finanzminister Franz Etzel nicht durchsetzen konnte.[52] Intern war die FDP über den Ausbau der westeuropäischen Integration durchaus gespalten; doch die Integrationsbefürworter um Parteichef Reinhold Maier und den in die Bundespolitik gewechselten Walter Scheel, der die FDP 1956 bis 1961 in der Parlamentarischen Versammlung der Europäischen Gemeinschaften („Europäisches Parlament") vertrat, unterlagen knapp den innerparteilichen Gegenspielern um den europapolitischen Fraktionssprecher Robert Margulies.[53] Die weitere Integration Westeuropas, die bis heute gerne zum Friedensprojekt verklärt wird,[54] ordneten die Liberalen ihren deutschland- und ostpolitischen Prioritäten unter: „Die friedliche Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland und den ostdeutschen Gebieten in einem deutschen Reich mit freiheitlicher Ordnung ist unser oberstes Ziel. Alle innen- und außenpolitischen Anstrengungen müssen in erster Linie der Erreichung dieses Zieles dienen", verkündete das „Berliner Programm" unbekümmert aller dem entgegenstehenden Realitäten.[55] Demonstrativ wurde dort vielmehr betont, „daß der europäische Gedanke nicht an der Elbe aufhört." Notwendig sei, „den Europagedanken aus seiner bisherigen Enge zu befreien und ihn im Sinne der geschichtlichen Verbundenheit, des kulturellen Erbes und des abendländischen Geistes zur Idee des ‚größeren Europa' auszuweiten."[56]

Im Zuge der Berlin-Krise ab November 1958 drohte Chruschtschow, einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abzuschließen. Das hätte die Teilung weiter vertieft. Wie die SPD legte daher die FDP Anfang 1959 einen Deutschlandplan vor. Dieser baute sicherheitspolitisch auf dem Pfleiderer-/Mende-Plan auf, d.h., er plädierte für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem, deutsche Bündnislosigkeit und eine militärisch ausgedünnte, konkret:

52 Vgl. Ulrich Lappenküper: „Ich bin wirklich ein guter Europäer". Ludwig Erhards Europapolitik 1949–1966. In: Francia 18/3 (1991), S. 85-121.

53 Allerdings entsandte die FDP 1964 ausgerechnet Margulies als ersten EG-Kommissar aus ihren Reihen nach Brüssel, vgl. Neuss: Europa mit der linken Hand (wie Anm. 13), S. 220-230. Margulies' Amtsvorgänger Krekeler hatte bei seiner Entsendung 1958 zur EURATOM bereits mit der FDP gebrochen und wurde als „Überläufer geächtet", vgl. Informationsbericht Strobels, 10.6.1958. In: Adenauer und die FDP (wie Anm. 13), Dok. 189.

54 Vgl. dazu Klaus Kiran Patel: Projekt Europa. Eine kritische Geschichte. München 2018, S. 65-107.

55 Vgl. Berliner Programm (wie Anm. 39), These 10. Schon 1952 hatte Heuss den FDP-Vorsitzenden Dehler für dessen häufige Verwendung des antiquierten Reichsbegriffes gerügt, vgl. Schreiben Heuss an Dehler, 25.11.1952. In: Heuss: Briefe 1949–1954 (wie Anm. 10), Dok. 141, S. 380 f.

56 Vgl. Berliner Programm (wie Anm. 39), These 9.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Gefordert wurde daher, neben dem eigentlichen Friedensvertrag mit Deutschland zeitgleich „einen Vertrag über ein europäisches Sicherheitssystem, wie es seit der Berliner Konferenz von 1954 in West und Ost erörtert wird, abzuschließen“[57] – ein Gedanke, der letztlich auf die „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) hinführte, auch wenn diese erst Anfang der 1970er Jahre Gestalt annehmen sollte. Neu hinzu kam der Gedanke von Auftragsverhandlungen, die die beiden deutschen Staaten namens der Vier Mächte über Modalitäten der deutschen Einigung führen sollten. Das ermöglichte Gespräche mit der DDR, ohne diese staatsrechtlich anerkennen zu müssen.[58]

Durch den nach dem amerikanischen Außenminister benannten „Herter-Plan“, den die Westmächte wenige Monate später bei der Genfer Außenministerkonferenz als lange Zeit letzten Wiedervereinigungsplan vorlegten, sahen sich die Liberalen bestätigt. Auch dieser Stufenplan sah nach der Vereinigung Berlins (nach freien Wahlen) die Einsetzung gesamtdeutscher Kommissionen vor, die, im Verhältnis 2:1 von der Bundesrepublik und der DDR beschickt, ein Wahlgesetz erarbeiten sollten, um in beiden deutschen Staaten freie Wahlen und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zu ermöglichen.[59] Die Idee gesamtdeutscher Kommissionen – offiziell unter Vier-Mächte-Ägide – wurde in den kommenden Jahren zum Kernelement der deutschlandpolitischen Vorschläge der Liberalen.

III.

Seit die Supermächte in der Doppelkrise um Berlin und Kuba 1961/62 am Rande des nuklearen Weltkriegs gestanden hatten, bemühten sich die USA unter den Präsidenten John F. Kennedy und seinem Nachfolger Lyndon B. Johnson energisch um internationalen Spannungsabbau, um Détente. Die Deutschen drohten, wie der Adenauer-Vertraute Heinrich Krone notierte, zum „Opfer der amerikanischen Entspannungspolitik“ zu werden.[60] Denn spätestens seit mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 die Tei-

57 Vgl. Punkt A.2 des Deutschlandplans vom Januar 1959, in: Juling: Programmatische Entwicklung (wie Anm. 50), S. 159.

58 Vgl. Brauers: Liberale Deutschlandpolitik (wie Anm. 29), S. 120 f.; Stalmann: Einleitung. In: FDP-Fraktion (wie Anm. 14), S. 87* f.

59 Für den Herter-Plan vom 14.5.1959 vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Bd. 2: 9. Mai bis 10. August 1959. 1. Halbband. Bearb. von Ernst Deuerlein und Werner John. Frankfurt a.M./Berlin 1971, S. 78-82; vgl. ferner Hans-Peter Schwarz: Die Ära Adenauer. Bd. 2: Epochenwechsel 1957–1963. Stuttgart/Wiesbaden 1983, S. 91 f.

60 Vgl. Heinrich Krone: Tagebücher. Bd. 2: 1961–1966. Bearb. von Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 2003, S. 206 (5.8.1963).

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lung Deutschlands im Wortsinne zementiert worden war, war klar, dass am territorialen Status quo in Europa nicht mehr zu rütteln war.

International – allerdings noch nicht in Westdeutschland – war die Ansicht längst Allgemeingut, dass Entspannung nicht durch eine deutsche Wiedervereinigung (als Heilung der Ost-West-Spannungsursache), sondern primär durch (nukleare) Abrüstung und Rüstungskontrolle zu bewerkstelligen sei. Eine Wiedervereinigung konnte fortan, wenn überhaupt, nur langfristig durch Entspannung herbeigeführt werden. Diese Erkenntnis zu akzeptieren und zu praktizieren, fiel der FDP deutlich leichter als den Unionsparteien.

Nach ihrem fulminanten Ergebnis bei den Bundestagswahlen 1961 trat die FDP wieder in die Regierung ein, sogar unter dem ungeliebten Adenauer. Dies war der berühmt-berüchtigte „Umfall", der die Partei noch über Jahrzehnte hinaus als Stigma verfolgen sollte. Die FDP hatte zwar nicht den Bundeskanzler stürzen können, doch erzwang sie zumindest die Vertreibung von dessen Paladin von Brentano. Dieser verkörperte als Außenminister all das, was die FDP am Adenauer-Kurs ablehnte: katholisch-kleineuropäisch-abendländische Gesinnung, rigiden Antikommunismus und Sprachlosigkeit gegenüber dem Osten.[61]

Neuer Außenminister wurde Gerhard Schröder von der CDU. Dieser hatte als Innenminister als konservativer Hardliner gegolten, entfaltete aber im neuen Amt rasch ein progressives Profil, so dass der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Ewald Bucher bereits 1962 bemerkte, durch diesen von den Liberalen herbeigeführten Amtswechsel seien gleich zwei Ministerien besser besetzt worden.[62] Schröder initiierte in enger Anlehnung an die amerikanische Schutzmacht eine „Politik der Bewegung" gegenüber dem Osten. Dies lief auf eine vorsichtige Neuinterpretation der Hallstein-Doktrin im Sinne der „Geburtsfehler-Theorie" hinaus: Da die osteuropäischen Satelliten nie frei in ihrer Entscheidung gewesen seien, welchen der beiden deutschen Staaten sie anerkennen wollten, sollte es fortan möglich sein, zu ihnen Beziehungen zu pflegen, obschon sie das „Pankower Regime" anerkannten. Die Errichtung westdeutscher Handelsmissionen in diesen Ländern war ein erster Schritt zum Aufbau diplomatischer Beziehungen, um den Spielraum der DDR gleichsam in deren eigenem Hinterhof einzuschränken.[63]

61 Zu den Koalitionsverhandlungen vgl. Daniel Koerfer: Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer. Stuttgart 1987, S. 579-637; Tim Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU, 1958–1969. München 2015, S. 133-141; Löttel: Einleitung. In: Adenauer und die FDP (wie Anm. 13), S. 93-98.

62 Zitiert nach Georg Schröder: „Wer nicht steigt, hat verloren". In: Die Welt vom 14.7.1962.

63 Vgl. dazu und zum Folgenden Franz Eibl: Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961–1966. München 2001; Torsten Oppelland: Gerhard Schröder (1910-1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession. Düsseldorf 2002; Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten (wie Anm. 61), S. 218-222.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

In den Unionsparteien ging bereits diese vorsichtige Flexibilisierung der bisherigen Deutschland- und Ostpolitik vielen zu weit. Sie fürchteten die Preisgabe geheiligter Grundsätze und vor allem einen Dammbruch hin zur internationalen Anerkennung der DDR, von der man annahm, sie würde die Teilung Deutschlands weiter vertiefen und verfestigen. Die FDP dagegen unterstützte Schröders Politik nachdrücklich. Sie forderte seit langem die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu den Osteuropäern – ein Schritt, den der zögerliche neue Kanzler Ludwig Erhard letztlich nie wagte angesichts der massiven Widerstände in seiner eigenen Partei und Fraktion.[64]

All das gehört zum Gesamtkomplex der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse, in der über Selbstverständnis und Verortung der Bundesrepublik im internationalen System gestritten wurde.[65] Die FDP stand klar im Lager der Atlantiker, also jener, die den engst möglichen Schulterschluss mit der transatlantischen Schutzmacht und ihrem Entspannungskurs suchten.

Dagegen kritisierte die FDP den nationalen Chauvinismus des französischen Präsidenten Charles de Gaulle und dessen Auflehnung gegen die amerikanische Hegemonialmacht. Als de Gaulle mit seiner Politik des „leeren Stuhls" die EWG seit Sommer 1965 ebenso in die Krise stürzte wie ein halbes Jahr später die NATO durch den Rückzug Frankreichs aus der integrierten Militärstruktur, avancierten die Liberalen zu Verteidigern dieser davor oft kritisierten Organisationen. Vor allem de Gaulles auf eine protektionistische Abschottung des bestehenden Sechser-Europas gerichtete Agrar- und Handelspolitik erregte den Zorn der Liberalen. Leidenschaftlich unterstützte die FDP 1958 das von London forcierte, aber bald fehlgeschlagene Projekt einer Großen Europäischen Freihandelszone und ebenso die Erweiterung der EWG durch den Beitritt Großbritanniens – beides Projekte, die am Veto Frankreichs scheiterten.[66] Den deutsch-französischen Vertrag sahen die Liberalen 1963 weniger als Manifestation der friedlichen Aussöhnung beider Völker, sondern angesichts der Koinzidenz mit de Gaulles Veto gegen Großbritannien höchst skeptisch. Dehler nannte den Elysée-Vertrag „unnötig wie einen bayerischen Kropf"[67]. Zusammen mit der SPD und „Atlantikern" in der Union erwirkte die FDP die Einfügung jener „atlantischen Präambel",

64 Vgl. dazu Mathias Siekmeier: Restauration oder Reform? Die FDP in den sechziger Jahren – Deutschland- und Ostpolitik zwischen Wiedervereinigung und Entspannung. Köln 1998.

65 Vgl. dazu Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten (wie Anm. 61); Eckard Conze: Staatsräson und nationale Interessen. Die „Atlantiker-Gaullisten"-Debatte in der westdeutschen Politik- und Gesellschaftsgeschichte der 1960er Jahre. In: Ursula Lehmkuhl u. a. (Hrsg.): Deutschland, Großbritannien, Amerika. Politik, Gesellschaft und Internationale Geschichte. Stuttgart 2003, S. 197-226; Rainer Marcowitz: Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958–1969. München 1996.

66 Vgl. mit weiteren Nachweisen Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten (wie Anm. 61), S. 83-87, 171-176.

67 FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende. Sitzungsprotokolle 1960–1967. Bearb. von Reinhard Schiffers. Düsseldorf 1993, S. 450 (22.2.1963);

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

durch die jedem deutsch-französischen Sonderverhältnis – „Zweibund", wie man damals in historischer Analogie formulierte[68] – eine Absage erteilt wurde.[69]

Dabei teilte der Großteil der FDP eigentlich de Gaulles nationalstaatlich-intergouvernementalen Ansatz eines „Europas der Vaterländer". Doch dessen provokanter Stil und auch das Faktum, dass die sogenannten deutschen „Gaullisten", also Unionspolitiker wie Franz Josef Strauß, Karl Theodor von und zu Guttenberg, Heinrich Krone und Konrad Adenauer, als entschiedene FDP-Gegner auf eine Große Koalition mit der SPD hinwirkten, ließ die meisten in der FDP das progressive ostpolitische Element in de Gaulles Konzept eines „Europas vom Atlantik bis zum Ural" übersehen. Mittels des Dreischritts „détente – entente – coopération" zielte de Gaulle auf eine Wiederannäherung und ein Zusammenwachsen der europäischen Staaten über die Trennlinien des Kalten Krieges hinweg.[70] Im Sinne einer „Europäisierung der deutschen Frage" eröffnete das durchaus spannende Perspektiven – auch für eine langfristige Annäherung der beiden deutschen Staaten. In der FDP-Führung scheint einzig Walter Scheel, seit 1961 Bundesminister für Entwicklungshilfe, diese Komponente rezipiert zu haben.[71] Zusammen mit dem langjährigen (1961–1968) Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses der Fraktion, Ernst Achenbach, und Gustav Adolf Sonnenhol, zwei alten Wilhelmstraßen-Diplomaten (mit einschlägiger NS-Belastung), die während des „Dritten Reichs" in Frankreich tätig gewesen waren, gehörte Scheel zu den wenigen offenen de Gaulle-Sympathisanten in der FDP.[72]

Udo Wengst: Thomas Dehler und der Élysée-Vertrag. In: Peter R. Weilemann u. a. (Hrsg.): Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag. Paderborn u.a. 1999, S. 237–242.

68 Vgl. Hans-Peter Schwarz: Erbfreundschaft. Adenauer und Frankreich. Amitié héréditaire. Adenauer et la France. Bonn 1992, S. 51.

69 Vgl. Oliver Bange: English, American, and German interests behind the Preamble to the Franco-German Treaty 1963. In: Gustav Schmid (Hrsg.): Zwischen Bündnissicherung und privilegierter Partnerschaft. Die deutsch-britischen Beziehungen und die Vereinigten Staaten von Amerika 1955–1963. Bochum 1995, S. 225–280; Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten (wie Anm. 61), S. 197–217.

70 Zu de Gaulles Europakonzeption vgl. Wilfried Loth: De Gaulle und Europa. Eine Revision. In: Historische Zeitschrift 253 (1991), S. 629-660; Hans-Dietrich Lucas: Europa vom Atlantik bis zum Ural. Europapolitik und Europadenken im Frankreich der Ära de Gaulle (1958–1969). Bonn 1992.

71 Vgl. z. B. Scheel am 27.9.1960. In: FDP-Fraktion (wie Anm. 14), Nr. 114, S. 349; Rede Scheels im (Außenpolitischen) Arbeitskreis I auf dem FDP-Bundesparteitag in Düsseldorf, 24.5.1962. In: Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949–1963. Hrsg. von Horst Möller und Klaus Hildebrand. Bd. 3: Parteien, Öffentlichkeit, Kultur. Bearb. von Herbert Elzer. München 1997, S. 673-677.

72 Vgl. Wolfgang Schollwer: FDP im Wandel. Aufzeichnungen 1961–1966. Hrsg. von Monika Faßbender. München 1994, S. 165 (8.10.1963), 243 f. (10.2.1965); Sonnenhol, Untergang oder Übergang (wie Anm. 23), S. 219. Achenbach und Sonnenhol, letzterer unter Blücher zunächst Leiter der Pressestelle im Marshallplan-Ministerium, dann nach seiner Zeit

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Während de Gaulle bereits 1959 die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze forderte, blieb dies für die Liberalen – wie die anderen bundesdeutschen Parteien – vorerst tabu.[73] Exzeptionell waren insofern entsprechende Überlegungen in der Studie, die der außen- und deutschlandpolitische Referent der Bundesgeschäftsstelle, Wolfgang Schollwer, im April 1962 vorlegte.[74] Der gebürtige Potsdamer Schollwer, als früherer DDR-Flüchtling und letzter Leiter des FDP-Ostbüros zunächst überzeugter „Kalter Krieger", entwickelte sich damit zum Vordenker einer Entspannungs- und Ostpolitik, wie sie dann ab 1969 in der sozialliberalen Koalition ins Werk gesetzt wurde[75]: Der „Egon Bahr der FDP"[76] zog die Konsequenz aus der Tatsache, daß unter den Gegebenheiten des Kalten Krieges eine friedliche nationalstaatliche Wiedervereinigung der beiden in antagonistische Systeme eingebundenen deutschen Staaten unmöglich war. Darum entwarf Schollwer eine langfristig angelegte Politik, die auf die innere Liberalisierung der DDR zielte, um für die Gegenwart eine Verklammerung und für die fernere Zukunft dadurch eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu ermöglichen: „Heißt das Fernziel nach wie vor die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit, so lautet das Nahziel: Entstalinisierung Mitteldeutschlands und Wiederverklammerung der beiden deutschen Teile." Voraussetzung da-

als stellvertretender Leiter der OEEC-Botschaft in Paris von 1962-1968 Ministerialdirektor im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, gehörten zu den wenigen im FDP-Bundesvorstand, die im Frühjahr 1963 trotz aller Empörung über de Gaulles Veto gegen den britischen EWG-Beitritt von Anfang an konsequent für die Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrags eintraten, vgl. FDP-Bundesvorstand 1960–1967 (wie Anm. 67), Nr. 36, S. 425 (1.2.1963) bzw. Nr. 37, S. 463 (22.2.1963).

73 Vgl. dazu Oliver Bange/Tim Geiger: Die kirchlichen Versöhnungsinitiativen und die Polenpolitik der deutschen Volksparteien 1965–1972. In: Friedhelm Boll u. a. (Hrsg.): Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er-Jahre und die Entspannungspolitik. Bonn 2009, S. 269-295. Im Deutschlandplan von 1959 wurde nur deshalb auf den gängigen Rekurs auf „Deutschland in den Grenzen von 1937" verzichtet, weil Siegfried Zoglmann seine sudetendeutsche Heimat nicht ausgeklammert sehen wollte, vgl. Wolfgang Schollwer: Liberale Opposition gegen Adenauer. Aufzeichnungen 1957–1961. Bearb. von Monika Faßbender. München 1990, S. 69 (28.1.1959).

74 Zum Folgenden vgl. Schollwer: FDP im Wandel (wie Anm. 72), S. 8, 44 f.; Volker Erhard: Die Schollwer-Papiere 1962 und 1966. In: Hübsch/Frölich (Hrsg.), Deutsch-deutscher Liberalismus (wie Anm. 40), S. 237–251; Siekmeier: Restauration oder Reform (wie Anm. 64), S. 103-110, 216 f.

75 Zur Person vgl. die autobiographischen Selbstzeugnisse: Wolfgang Schollwer: Potsdamer Tagebuch 1948-1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung. München 1988; ders.: „Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung". Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951–1957. Bearb. von Jürgen Frölich. Bremen 2004; ders.: Liberale Opposition (wie Anm. 73); ders.: FDP im Wandel (wie Anm. 72); ders.: „Da gibt es in der FDP noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten...". Aufzeichnungen aus der FDP-Bundesgeschäftsstelle 1966–1970. Bremen 2007; ders.: Die neue Ost- und Entspannungspolitik im Auswärtigen Amt: Aufzeichnungen 1970 bis 1972. Köln 2005; ders.: Das letzte Kabinett Brandt/Scheel: Aufzeichnungen 1972 bis 1974. Köln 2006.

76 Siekmeier: Restauration oder Reform (wie Anm. 64), S. 103.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

für waren für Schollwer zunächst Konzessionen des Westens – in Form einer Anerkennung der DDR und der deutschen Zweistaatlichkeit, aber auch des atomwaffenfreien Status und der „gegenwärtigen deutschen Ostgrenzen bis zu einer endgültigen vertraglichen Regelung in einem deutschen Friedensvertrag“. Die Hallstein-Doktrin und das Verdikt gegen diplomatische Beziehungen mit Osteuropa sollten fallen. Dafür hoffte Schollwer im Gegenzug auf innere Reformen in der DDR bis hin zur Absetzung des DDR-Staats- und Parteichefs Walter Ulbricht, der Freilassung politischer Gefangener und einer Beseitigung der Mauer.[77]

Schollwers Überlegungen brachen gleich mit mehreren deutschlandpolitischen Tabus, etwa durch die Hinnahme der Zweistaatlichkeit, durch die in Aussicht gestellte Kooperation statt der bisherigen Konfrontation mit der DDR und durch die de-facto-Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze (auch wenn diese formal unter dem Vorbehalt einer endgültigen friedensvertraglichen Regelung blieb). Nach kontroverser Diskussion in den Führungsgremien von Partei und Fraktion verschwand die Studie zunächst wieder in der Schublade. Als sie an die Illustrierte „Quick“ durchgestochen und dort 1964 skandalisierend veröffentlicht wurde, erfolgte – schon aus wahltaktischen Gründen im Vorfeld der nahenden Bundestagswahl im Folgejahr – eine öffentliche Distanzierung durch die FDP-Führung. Doch wie beim Pfleiderer-Plan im Jahrzehnt zuvor mehrten sich nach und nach Stimmen in der Partei, die genau in diese von Schollwer vorgezeichnete Richtung einer Wiedervereinigung durch Entspannung drängten.[78]

So weit war insbesondere der stark auf das Bündnis mit den Unionsparteien festgelegte FDP-Vorsitzende Erich Mende nicht bereit zu gehen. Dabei gab Mende, der 1963 nach dem Kanzlerwechsel zu Erhard Minister für gesamtdeutsche Fragen geworden war, der Deutschlandpolitik mit seiner „Politik der kleinen Schritte“ wichtige Impulse, um die Folgen der hermetischen Abriegelung der innerdeutschen Grenze zu lindern. Ohne den Vizekanzler Mende hätte es im Dezember 1963 kein Passierscheinabkommen zwischen dem West-Berliner Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt und der DDR gegeben. Dieses ermöglichte rund 1,2 Millionen West-Berlinern über Weihnachten erstmals seit dem Mauerbau ihre Familienangehörigen und Freunde im anderen Teil der Stadt wiederzusehen. Drei weitere Passierscheinabkommen folgten, bis 1966 die DDR dieses Fenster in der

77 Vgl. Wolfgang Schollwer: Denkschrift zur deutschen Frage. „Verklammerung und Wiedervereinigung“. Juni 1962. In: ADL, Bestand Wolfgang Schollwer, Sig. 10806/20, Zitate S. 14 und 15; online unter https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1962schollwer-papier.pdf.

78 Erhard: Schollwer-Papiere (wie Anm. 74), S. 245 f.; Siekmeier: Restauration oder Reform (wie Anm. 64), S. 119-123, 127.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Mauer wieder schloss.[79] Zu nennen sind ferner der Häftlingsfreikauf[80], die – indirekt über die sowjetische Botschaft in Bonn erwirkte – Verordnung der DDR für Rentnerreisen in den Westen oder der Bau der Autobahnbrücke über die Saale bei Hof.[81] Dabei blieb Mende stets im Rahmen der bundesdeutschen Rechtspositionen von Nichtanerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, auch wenn seine Politik durchaus dem Schollwerschen Gedanken einer stärkeren deutsch-deutschen Verklammerung auf alltagspraktischer Ebene entsprach.

Spätestens 1966 wurde offenkundig, dass die FDP außen- und deutschlandpolitisch längst der SPD näher stand als der noch immer in alten Denkmustern verharrenden Union. Während die Republik noch über einen möglichen Redneraustausch zwischen SPD und SED diskutierte, trafen sich auf Einladung hessischer Jungdemokraten am 31. März 1966 bereits – wie zehn Jahre zuvor – erneut FDP-Politiker, darunter der stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Wolfgang Mischnick, mit Vertretern der LDPD-Schwesterpartei in Bad Homburg.[82]

Gleichwohl erfolgte die eigentliche deutschland- und ostpolitische Neuausrichtung der Liberalen erst in der erneuten Oppositionsphase ab Ende Oktober 1966. Diese zentrale Phase würden einen eigenen Beitrag verdienen und kann hier nur noch angerissen werden.[83]

Da war zunächst die zweite Schollwer-Studie vom Januar 1967, die von der FDP-Führung bei der Parteizentrale in Auftrag gegeben worden war – durchaus in der Absicht, in der Opposition mittels einer fortschrittlichen Ost- und Deutschlandpolitik das eigene Profil zu schärfen.[84] Doch das Ergebnis war ein – zunächst für viele allzu kühner – radikaler Bruch mit dem bislang so vehement vertretenen nationalstaatlichen Wiedervereinigungspostulat der Liberalen. Das Streben nach nationaler Einheit wurde nun eindeutig der im Nuklearzeitalter alles überragenden Pflicht zum Frieden untergeordnet und trat im Sinne der bereits 1962 skizzierten Verklammerungspolitik hinter das

79 Vgl. dazu Siekmeier,:Restauration oder Reform (wie Anm. 64), S. 178-199; Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten (wie Anm. 61), S. 266-269; Eibl: Politik der Bewegung (wie Anm. 63), S. 293-302.

80 Dazu Jan Philipp Wölbern: Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen. Göttingen 2014.

81 Vgl. Hans Fenske: Erich Mende. In: Udo Kempf/Hans-Georg Merz (Hrsg.): Kanzler und Minister 1949–1998. Wiesbaden 2001, S. 474-477; Jansen: Mende (wie Anm. 16), S. 139.

82 Vgl. Mende: Wende (wie Anm. 30), S. 216; Siekmeier: Restauration oder Reform (wie Anm. 4), S. 263 f.; Engelmann: Innerdeutsche Beziehungen (wie Anm. 43), S. 79 f.

83 Beim „Kolloquium zur Liberalismus-Forschung 2018“ referierte dazu Oliver Bange.

84 Vgl. dazu und zum Folgenden Daniel Koerfer: FDP in der Identitätskrise. Die Jahre 1966–1969 im Spiegel der Zeitschrift „liberal“. Stuttgart 1981, S. 57–60; Klaus Hildebrand: Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969. Stuttgart, Wiesbaden 1984, S. 343-345; Erhard: Schollwer-Papiere (wie Anm. 74), 246–250; Siekmeier: Restauration oder Reform (wie Anm. 64), S. 310–314.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Streben zurück, den nationalen Zusammenhalt der Deutschen in Bundesrepublik und DDR zu fördern und eine innere Liberalisierung der DDR voranzutreiben. Die Studie postulierte, es sei die „geschichtliche Aufgabe Deutschlands als mitteleuropäisches Land", dass beide deutsche Staaten „ihre Funktionen als Speerspitzen des Westens und Ostens im Kalten Krieg zugunsten der selbstgewählten Aufgabenstellung aufgeben"; sie sollten vielmehr als „ein Modell für die Verständigung zwischen Ost und West und für die Zusammenarbeit zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen" firmieren. Die Deutschen müssten im eigenen Interesse Vorreiter der Entspannungspolitik werden, denn: „Eine neue europäische Friedensordnung setzt nicht unbedingt den Zusammenschluß getrennter Volksteile, jedoch die Beendigung des Kalten Krieges zwischen ihnen sowie die allmähliche Überwindung politischer Unterdrückungsmaßnahmen in ganz Europa voraus."[85] Oberstes Ziel sollte fortan nicht mehr die angesichts des verfestigten Ost-West-Konflikts schlicht unrealistische nationalstaatliche Wiedervereinigung sein, sondern vielmehr die „Überwindung der europäischen und mit ihr der deutschen Spaltung sowie die Schaffung einer dauerhaften gesamteuropäischen Friedensordnung".[86] Neben klassischen FDP-Postulaten, wie der Forderung nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Ostblockstaaten, nach einem Verzicht auf jedwede Nuklearwaffenambition sowie nach einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, plädierte die Studie für die Anerkennung der DDR sowie der Oder-Neiße-Grenze – diesmal sogar dauerhaft und ohne Rekurs auf spätere friedensvertragliche Regelung.[87]

Vor allem die beiden letzten Punkte gingen vielen, insbesondere der Parteispitze um den Oberschlesier Mende, entschieden zu weit; für diese Traditionalisten blieb eine langfristige Anerkennung der Zweistaatlichkeit und des Verlusts der Oder-Neiße-Gebiete Anathema. Die parteiinternen Reformkräfte zwangen der FDP jedoch genau darüber eine öffentliche Diskussion auf, indem Kernpunkte der zweiten Schollwer-Studie am 3. März 1967 in der Zeitschrift „Stern" veröffentlicht wurden.[88] Kurz darauf erschien ebenfalls im „Stern" die Kampfschrift „Die Stunde der Wahrheit" des Bundesschatzmeisters Rubin, der geschäftlich viel mit Ostfragen befasst war und nun engagiert Schollwer zur Seite sprang, indem auch er öffentlich für die Anerkennung der DDR und der bestehenden Ostgrenzen eintrat und dafür plädierte, die un-

85 „Material zur Klausurtagung des Vorstandes der Freien Demokratischen Partei. ‚Deutschland- und Außenpolitik' (zweite Schollwer-Studie), S. 7. In: ADL Bestand Wolfgang Schollwer, Sig. 10804/11; online unter https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1967schollwer-papier.pdf.

86 Ebd., S. 12.

87 Ebd., S. 9.

88 Vgl. Manfred Bissinger: „Ein radikaler Plan macht in der FDP Furore: keine Angst vor Ulbricht!" In: Stern Nr. 11 vom 12.3.1967, S. 18 ff., Teildruck in Archiv der Gegenwart 1967, S. 13061 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

realistisch gewordene Wiedervereinigung hinter den Primat von Friedenswahrung und europäischem Ausgleich zurückzustellen.[89]

Der darauf voll entflammte, öffentlich teils über die Medien ausgefochtene parteiinterne Streit um den künftigen außen- und deutschlandpolitischen Kurs überlagerte den Bundesparteitag in Hannover im April 1967. Er klang erst aus, als sich im Januar 1968 mit der Ablösung des inzwischen als „Bremser" angesehenen Parteichefs Mende durch Walter Scheel, der den Reformkräften als Hoffnungsträger galt, mit der personellen auch die ost- und deutschlandpolitische Erneuerung der FDP abzeichnete.[90]

Ein sichtbarer Ausdruck dieser Neupositionierung war der in Form einer Großen Anfrage am 12. Februar 1969 in den Bundestag eingebrachte Entwurf eines Generalvertrags mit der FDP, der unverblümt die deutsche Zweistaatlichkeit anerkannte, einen Gewaltverzicht aussprach und dafür im Sinne der Verklammerungspolitik auf humanitäre Erleichterungen in der DDR und im deutsch-deutschen Verhältnis abzielte.[91]

Die Entwicklung hin zur sozial-liberalen Politik unter Brandt-Scheel ist offensichtlich. Doch sollte über den Erfolg von deren Politik ab 1969 nicht vergessen werden, dass der politische Richtungsschwenk innerhalb der FDP hochumstritten blieb: Bei der Bundestagswahl am 28. September 1969 übersprangen die Liberalen mit 5,8 Prozent nur haarscharf die Fünf-Prozent-Hürde, und bald schon verließen etliche Mandatsträger, darunter Größen wie Mende, der langjährige Fraktionsvorsitzende Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm oder Ex-Finanzminister Heinz Starke, im Protest gegen den neuen Kurs Fraktion und Partei.

IV.

Zusammenfassend lässt sich festhalten:

In den Anfangsjahren der Bundesrepublik half die FDP an der Seite Adenauers mit, den freien Teil Deutschlands politisch, wirtschaftlich, militärisch

89 Vgl. Hans Wolfgang Rubin: „Stunde der Wahrheit". In: Stern Nr. 12 vom 19. März 1967, S. 26 ff., 196-200, Teilabdruck in: Kleßmann: Zwei Staaten (wie Anm. 7), S. 534-537. Der Text erschien kurz danach in der von Rubin mit herausgegebenen Parteizeitschrift „liberal", die als inoffizielles Sprachrohr der Reformkräfte galt: vgl. liberal 9 (1967), S. 161-164. Vgl. dazu auch Koerfer: FDP in Identitätskrise (wie Anm. 84), S. 55-57; Siekmeier: Restauration oder Reform (wie Anm. 64), S. 315-325.

90 Vgl. dazu Koerfer: FDP in Identitätskrise (wie Anm. 84), S. 63-69, 121-132; Siekmeier: : Restauration oder Reform (wie Anm. 64), S. 326-380.; Brauers: Liberale Deutschlandpolitik (wie Anm. 29), S. 152–157.

91 Vgl. Antrag der FDP-Fraktion, in: Deutscher Bundestag, Drucksache V/3866, online unter http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/05/038/0503866.pdf.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und kulturell fest im Westen zu verankern und dadurch den Frieden im Kalten Krieg zu sichern. Weit früher als die Unionsparteien erkannten die Liberalen allerdings die Notwendigkeit, auch zum Ostblock Kontakte zu suchen. Für die FDP stand außer Frage, dass der Schlüssel zur deutschen Einheit in Moskau zu finden war. Die Deutschlandpolitik als ein für sie zentrales Politikfeld nie aus den Augen verlierend, rezipierten und gestalteten die Liberalen frühzeitig den „Gezeitenwechsel“,[92] dass Entspannung nicht mehr durch die Wiedervereinigung, sondern umgekehrt die Wiedervereinigung erst durch Entspannung zu bewerkstelligen sei. Allerdings verrannte sich die Partei – insbesondere in der Ära Dehler – in einen teils realitätsblinden Aktionismus mit deutschlandpolitischen Postulaten und Wunschträumen, die angesichts der fortdauernden bzw. sich weiter verschärfenden Blockkonfrontation schlicht illusionär waren bzw. – im Fall militärischer Neutralität – verhängnisvoll gewesen wären. Hellsichtig war jedoch der von der FDP früh akzeptierte und im Gegensatz zur Union, ja teils sogar zur SPD, beharrlich verfolgte Ansatz, auf jede Form deutscher Atombewaffnung zu verzichten – angesichts entsprechender östlicher (und westlicher) Ängste vor einem solchen Schritt ein sicherlich wichtiger Beitrag zur Friedenssicherung im Kalten Krieg. Zudem verarbeiteten die Liberalen produktiv die zunächst vornehmlich von östlicher Seite lancierte Idee für eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur, deren vertrauensbildendes und verbindendes Potential sie im Gegensatz zu ihrem damaligen Koalitionspartner erkannten und aufgriffen. Letztlich war dies der Nukleus für die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die 1975 mit dem Gipfel von Helsinki den Höhepunkt der Détente-Ära markiert. Es ist insofern nicht erstaunlich, dass die KSZE zum Lieblingsprojekt gerade von FDP-Außenministern, von Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher, wurde.[93]

Genscher, der zeitlebens Thomas Dehler als ein prägendes politisches Vorbild benannte,[94], knüpfte 1990 mit seiner „Tutzinger Rede“ gedanklich gleichsam an entsprechende Überlegungen der FDP aus den späten 1950er Jahren an, etwa wenn er NATO und Warschauer Pakt als Bauelemente einer kooperativen Sicherheitsstruktur für ganz Europa bezeichnete, die die im

92 Peter Siebenmorgen: Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik. Bonn 1990.

93 Vgl. dazu Matthias Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess 1975–1983. Die Umkehrung der Diplomatie. Berlin/Boston 2015; Petri Hakkarainen: Realistische Entspannungspolitik, multilaterale Deutschlandpolitik. Der Weg zur KSZE-Schlußakte von Helsinki 1974–75. In: Kerstin Brauckhoff/Irmgard Schwaetzer (Hrsg.): Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik. Wiesbaden 2015, S. 125-138.

94 Vgl. Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 7), S. 73; ders.: Dehler als liberaler Politiker. In: Nach-Denken über Thomas Dehler (wie Anm. 23), S. 75, 78. Wie Hildegard Hamm-Brücher anmerkte, verdankt sich auch die Benennung der Bonner Bundesgeschäftsstelle der FDP nach Thomas Dehler einer einsamen Entscheidung des Parteichefs Genscher, vgl., ebd., S. 80.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Wandel begriffenen Militärbündnisse zunehmend überwölben und am Ende obsolet machen würde.[95] Dieser Gedanke findet sich schließlich bereits schon im „Berliner Programm“ von 1957.[96] Entsprechend misstrauisch reagierten manche in Bonn und Washington und ziehen Genscher insgeheim neutralistischer Tendenzen.

Aktuell geblieben ist vor allem die, dann von Genscher als Außenminister perfektionierte, Grundeinsicht liberaler Außenpolitik, dass ständige Kontakte und offene Gespräche auch mit politischen Gegnern bzw. Feinden gerade in Zeiten von Krisen und Spannungen zentrales Mittel einer Außenpolitik zur Bewahrung des Friedens sein müssen[97] – eine Erkenntnis, die in heutiger Zeit nichts von ihrer Richtigkeit verloren hat.

95 Zu Genschers Tutzinger Rede am 31.1.1990 vgl. Karl Kaiser (Hrsg.): Deutschlands Vereinigung. Die Internationalen Aspekte. Bergisch Gladbach 1991, S. 190 f. (Auszug). Vgl. dazu ferner Andreas Wirsching: Die „deutsche Frage“ als roter Faden in der Politik Hans-Dietrich Genschers. In: Brauckhoff/Schwaetzer (Hrsg.): Genschers Außenpolitik (wie Anm. 93), S. 245-261.

96 Berliner Programm (wie Anm. 39), These 8.

97 Vgl. Eckart Conze: Das Geheimnis des „Genscherismus“. Genese, Möglichkeiten und Grenzen eines außenpolitischen Konzepts. In: Brauckhoff/Schwaetzer (Hrsg.): Genschers Außenpolitik (wie Anm. 93), S. 67–83.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Elke Seefried

Liberale Friedensforschung. Peter Menke-Glückert, die FDP und der Wandel des Friedensbegriffs im Kalten Krieg

1966 veröffentlichte Peter Menke-Glückert, Vorstandsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung, den Beitrag „Planziel Frieden" in der Zeitschrift „liberal". Angesichts der atomaren Hochrüstung im Kalten Krieg sei Frieden, so Menke-Glückert, „heute ein Zustand des Fast-Krieges, ein Zustand des labilen – jede Sekunde bedrohten – Gleichgewichts des Schreckens." Es brauche daher die „neue Disziplin" Friedensforschung, die „alle Möglichkeiten der Wissenschaft und des technischen Fortschritts für Modelle, Pläne, Strategien" ausnütze, um bessere Voraussetzungen für den Frieden zu schaffen.[1]

Menke-Glückert warb in der liberalen Öffentlichkeit für das neue wissenschaftliche Feld der Friedensforschung, das sich im Schatten der atomaren Hochrüstung des Kalten Krieges formierte.[2] Die Friedensforschung speiste sich aus unterschiedlichen Disziplinen, verschiedenen methodischen Zugängen und Ordnungsvorstellungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.[3] Grundsätzlich aber war sie normativ und anwendungsorientiert angelegt: Sie widmete sich dem *Wert* des Friedens und dessen *Ermöglichung*, und damit generierte sie nicht nur normativ aufgeladenes Wissen, sondern verstand sich als engagierte, „wirklichkeitsverändernde" Wissenschaft, die mit der Politik verkoppelt war.[4] Die Geschichte der deutschen Friedensfor-

1 Peter Menke-Glückert: Planziel Frieden. In: liberal 8 (1966), S. 745-759, hier S. 747, 745, 749. Ich danke dem Archiv des Liberalismus für Recherchen in den Beständen, Klaus Gottstein (München) für den Einblick in sein Privatarchiv und Jost Dülffer (Köln) sowie Agnes Bresselau von Bressensdorf (Berlin) für die kritische Durchsicht des Beitrags.

2 Zum „wissenschaftlichen Feld" und seiner Prägung durch wissenschaftliche Konkurrenz Pierre Bourdieu: The Specificity of the Scientific Field and the Social Conditions of the Progress of Reason. In: Social Science Information 14 (1975), S. 19-47.

3 Im Folgenden wird aus Gründen der Lesbarkeit das generische Maskulinum gesetzt.

4 Karl Kaiser: Friedensforschung in der Bundesrepublik. Gegenstand und Aufgaben der Friedensforschung, ihre Lage in der Bundesrepublik sowie Möglichkeiten und Probleme ihrer Förderung. Studie im Auftrag der Volkswagenstiftung. Göttingen 1970, S. 60; vgl. Thorsten Bonacker: Forschung für oder Forschung über den Frieden? Zum Selbstverständnis der Friedens- und Konfliktforschung. In: Peter Schlotter/Simone Wisotzki (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Baden-Baden 2011, S. 46-77; Christoph Weller: Friedens- und Konfliktforschung – Herausforderung für die Internationalen Beziehungen. In: Frank Sauer/Carlo Masala (Hrsg.): Handbuch Internationale Beziehungen. Wiesbaden 2017, S. 551-572.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schung, ihre Verflechtung in internationale Kontexte der Wissensproduktion und ihre Interaktion mit der Ebene des Politischen – die auch die Friedensbewegung einschloss – sind noch weitgehend Desiderate der Forschung.[5] Deshalb geriet bislang auch nicht in den Blick, dass sich die bundesdeutsche Friedensforschung Ende der 1960er Jahre in besonderer Weise unter der Ägide des Liberalismus institutionalisierte. Einen besonderen Anteil daran trug Peter Menke-Glückert. Er betrachtete den Frieden als rational durchdenkbar und planbar, knüpfte damit an ein klassisch liberales Vernunfttheorem an und agierte als Vernetzungsfigur zwischen Wissenschaft und Politik.[6] Dabei bezog er sich nicht nur auf Konzepte der Planung und Verwissenschaftlichung von Politik, die in den 1960er Jahren breit zirkulierten, sondern auch auf entspannungspolitische Überlegungen des Reformflügels innerhalb der FDP; umgekehrt trug die Friedensforschung dazu bei, in der Partei einen neuen, geweiteten Friedensbegriff zu etablieren, der in die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition einfloss. In den 1970er und frühen 1980er Jahren allerdings konfligierten unterschiedliche Denkstile der Friedensforschung vor dem Hintergrund schwierigerer Rahmenbedingungen im Kalten Krieg. Die FDP, in welcher der Linksliberalismus an Einfluss verlor, orientierte sich in der Debatte um die Nachrüstung verstärkt an der engen Abschreckungslogik, und damit schwand auch ihr Engagement für die Friedensforschung.

Der Beitrag beleuchtet zunächst die Triebkräfte und Strömungen der entstehenden Friedensforschung in den 1950er und 1960er Jahren im transatlantischen Kontext und in der Bundesrepublik (I), analysiert Peter Menke-Glückerts Weg in die Friedensforschung (II), um dann zu erkunden, welchen Beitrag der parteipolitisch organisierte Liberalismus für die Institutionalisierung der bundesdeutschen Friedensforschung besaß und welche Rückwir-

5 Zur Geschichte der Friedensforschung in der Bundesrepublik vgl. Corinna Hauswedell: Friedenswissenschaften im Kalten Krieg. Friedensforschung und friedenswissenschaftliche Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren. Baden-Baden 1997; aus politikwissenschaftlicher Perspektive Ulrike C. Wasmuht: Geschichte der deutschen Friedensforschung. Entwicklung, Selbstverständnis, politischer Kontext. Münster 1998; als Zeitzeuge Karlheinz Koppe: Zur Geschichte der Friedens- und Konfliktforschung im 20. Jahrhundert. In: Peter Imbusch (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung. Wiesbaden 2010, S. 17-66; zuletzt Christoph Weller/Stefan Böschen: Friedensforschung und Gewalt. Zwischen entgrenzter Gewaltanalyse und epistemischer Gewaltblindheit. In: Zeithistorische Forschungen Online-Ausgabe 15 (2018) 2, URL: http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2018/id=5597; in transnationaler Perspektive The Pugwash Conferences and the Global Cold War: Scientists, Transnational Networks, and the Complexity of Nuclear Histories. In: Journal of Cold War Studies 20 (2018) 1.

6 Überlegungen zu dieser Vernetzung von Wissensformen gründen auch im Austausch mit Stefan Böschen; vgl. Stefan Böschen/Oliver Dimbath: Wissensfigurationen. Die akteursabhängige Konstitution und Transformation von Wissensordnungen in modernen Gesellschaften. In: Ulrich Wengenroth (Hrsg.): Grenzen des Wissens – Wissen um Grenzen. Weilerswist 2012, S. 56-89.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kungen dies auf die FDP hatte (III). Ein Ausblick thematisiert FDP und Friedensforschung in der außenpolitischen und wissenschaftlichen Polarisierung der späten 1970er und frühen 1980er Jahre (IV). Damit fokussiert der Beitrag nicht nur die Entstehung der Friedensforschung, sondern den Wandel des liberalen Friedensbegriffs im Kalten Krieg und formuliert die These, dass mit dem nachlassenden liberalen Interesse an der Friedensforschung eine Chance vertan wurde.

I.

Das Nachdenken über den Frieden ist kein Signum der Moderne. In der Spätaufklärung allerdings – etwa durch Immanuel Kant – gewann die intellektuelle Reflexion über das Wesen des Friedens eine neue Qualität. Im Europa des 19. Jahrhunderts entstanden ein sozialistischer Antimilitarismus, der die Ursache von Kriegen und Aufrüstung in sozioökonomischen Strukturen ausmachte, christlich-pazifistische Gruppierungen wie die Quäker sowie bürgerliche Friedensgruppen, die ein Gegenmodell zum europäischen Imperialismus entwarfen. Dabei waren es vor allem Protagonisten aus dem linksliberalen Bürgertum, die in den 1880er und 1890er Jahren die Friedensgesellschaften trugen. Diese operierten aus einem klassisch liberalen Fortschrittsbewusstsein, das von den Entwicklungsmöglichkeiten des freien Menschen und der Vorstellung eines Prozesscharakters der Geschichte ausging. Ebenso bezogen sie sich auf das Prinzip der Vernunft, das in der Tradition der Aufklärung stand und das gegen die „Dummheit der Kriegsgläubigen“ durchgesetzt werden müsse. Die Friedensgesellschaften drängten auf internationale Regeln der Kriegführung und der friedlichen Beilegung von Konflikten, und dies floss in die Beschlüsse der Haager Friedenskonferenzen ein.[7] Es war die Erfahrung des Ersten Weltkrieges, aus der nach 1918 eine eigene Wissenschaft von den internationalen Beziehungen hervorging, die sich in erster Linie mit den Bedingungen des Friedens als Verhinderung zwischenstaatlicher Kriege befassen sollte. Diese Wissenschaft stand zunächst im Zeichen eines liberalen Idealismus, der auf den Menschen als vernunftbegabtes Wesen, auf den Freihandel als Modell der Wohlstandsmehrung aller und auf den Grundsatz des Friedens durch Recht setzte. Eine solche liberale

7 A[lfred] H. F[ried]: Vor zwanzig Jahren. Aus Anlaß des zwanzigjährigen Bestehens der deutschen Friedensgesellschaft (1892–1912). In: Die Friedenswarte XIV (1912), S. 361-365, hier S. 364; vgl. den Beitrag von Andreas Braune in diesem Band; Andreas Wirsching: Hans-Dietrich Genscher. Liberale Außenpolitik zwischen Kontinuität und Wandel. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 22 (2010), S. 67-77; Jost Dülffer: Regeln gegen den Krieg? Die Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907 in der internationalen Politik. Frankfurt a.M. 1981.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Friedensforschung – wie sie in der Weimarer Republik etwa der Völkerrechtler Walther Schücking repräsentierte – geriet allerdings im Sog des Nationalismus der Zwischenkriegszeit rasch ins Hintertreffen. In den liberalen Parteien wurden Radikalpazifisten wie Ludwig Quidde und Vertreter des liberalen Idealismus zunehmend marginalisiert. In den 1930er Jahren entstand hingegen eine realistische Schule der internationalen Beziehungen, die in den USA konzeptionalisiert wurde, von den Machtinteressen der Staaten ausging und die internationale Politik in erster Linie als Nullsummenspiel verstand.[8]

Ab 1945 besaß die Friedensforschung als wissenschaftliches Feld, das sich genuin mit dem Wesen und der Ermöglichung von Frieden beschäftigte, einen spezifischen Bedingungsrahmen: An ihrer Wurzel lagen der Einsatz der Atomwaffe am Ende des Zweiten Weltkrieges und der atomare Rüstungswettlauf im Kalten Krieg. In den USA entstand eine „Cold War Science", die sich im binären Denkmodell des Kalten Krieges bewegte und die strategisch-militärische Forschung teilweise in großer Nähe zu den politisch Verantwortlichen mit entwickelte. Das galt für die realistische Schule der Internationalen Beziehungen, die das System der gegenseitigen atomaren Abschreckung und das Gleichgewichtsmodell verwissenschaftlichte. Zudem bildeten sich interdisziplinär arbeitende „Think Tanks", wie sie die RAND Corporation repräsentierte. „Defense intellectuals" wie der prominente Physiker Herman Kahn stellten hier Szenarien über den möglichen und gewinnbaren Atomkrieg auf.[9]

Umgekehrt waren die USA auch für die ersten friedenswissenschaftlichen Initiativen nach 1945 wegweisend.[10] Den Ausgangspunkt bildete die Erfahrung der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki durch US-Streitkräfte. Noch im Jahr 1945 gründeten amerikanische Wissenschaftler die „Federation of Atomic Scientists" (später „Federation of American Scientists"), die auch in ihrem Selbstverständnis als Gruppe der „concerned scientists" Schule machen sollte. Getragen wurde sie insbesondere von Physikern aus dem „Manhattan Project", die über die Folgen ihrer eigenen wissenschaftlichen Arbeit reflektierten. Die Federation erklärte es zu ihrer Aufga-

8 Hauswedell: Friedenswissenschaften (wie Anm. 5), S. 31-34; zu Theorien des Friedens im Überblick Nicole Deitelhoff/Michael Zürn: Lehrbuch der Internationalen Beziehungen. München 2016, S. 44-63.

9 Zur „Cold War Science" u.a. Martin J. Collins: Cold War Laboratory. RAND, the Air Force, and the American state, 1945–1950. Washington, D.C. 2002; Ron Robin: The Making of the Cold War Enemy. Culture and Politics in the Military-Intellectual Complex. Princeton 2001; mit weiteren Literaturhinweisen Elke Seefried: Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980. Berlin [u.a.] 2015.

10 Wasmuht: Geschichte (wie Anm. 5), S. 147; so auch die insgesamt wenig ergiebige Arbeit von Katrin Köhl: Denkstilwandel im Kalten Krieg. Nachdenken über Krieg und Frieden und die Entstehung von Friedens- und Konfliktforschung in den amerikanischen und westdeutschen Sozialwissenschaften. Baden-Baden 2005.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

be, über die nuklearen Gefahren aufzuklären und Vorschläge für eine internationale Atomkontrollinstanz auszuarbeiten.[11] Darüber hinaus etablierte sich im Feld zwischen Naturwissenschaften und Politikwissenschaften bzw. internationalen Beziehungen eine „Arms Control"-Schule, die im Sinne eines neorealistischen Ansatzes über Rüstungskontrolle innerhalb des Systems der Abschreckung sinnierte. Zugleich nutzten Politikwissenschaftler neue methodisch-theoretische Ansätze wie Kybernetik und Systemanalyse für friedenswissenschaftliche Überlegungen. Der Politikwissenschaftler Karl W. Deutsch, ein emigrierter Deutscher, der in Harvard lehrte, argumentierte im Band „Politische Kybernetik", ein Gesellschaftssystem könne nur dauerhaft existieren, wenn es systemisch offen sei, also Rückkopplungsprozesse integriere, und dies erfordere auf internationaler Ebene die dauernde politische Kommunikation.[12] Angesichts der amerikanischen Vorreiterrolle ist es nicht überraschend, dass viele Protagonisten der ersten Generation bundesdeutscher Friedensforscher – auch Peter Menke-Glückert – eine amerikanische Studienerfahrung besaßen.

In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre entstanden transnationale Initiativen, die sich angesichts der atomaren Bedrohung der Erforschung und der Ermöglichung des Friedens widmen wollten. Mit dem Abschluss der militärischen Blockbildung und dem militärisch-technologischen Gleichgewicht im Kalten Krieg schien sich das fragile System der Abschreckung zunächst durchgesetzt zu haben. 1957 tagten erstmals die „Pugwash Conferences on Science and World Affairs", deren Mitglieder, zunächst fast durchweg Physiker, Ideen für Abrüstungsvorschläge diskutierten, um so die eigene Verantwortung der Wissenschaft zum Ausdruck zu bringen. Die Pugwash-Bewegung überwand Blockgrenzen, weil ihr auch Wissenschaftler aus den sozialistischen Staaten angehörten. Zugleich „verwestlichte" sich in den 1950er und 1960er Jahren die keimende Friedensforschung in Westeuropa, etwa in der in London angesiedelten „International Peace Research Association". Transnationalen Einfluss hatte ferner die Forschung in den skandinavischen Ländern, die sich – wie die Bundesrepublik – an der geographischen Schnittstelle des Kalten Krieges befand und daraus ein besonderes Friedensinteresse ableitete; dazu gehörte das „International Peace Research Institute" in Oslo mit seinem Direktor Johan Galtung.[13]

11 Vgl. Ulrike Wunderle: Experten im Kalten Krieg. Kriegserfahrungen und Friedenskonzeptionen US-amerikanischer Kernphysiker 1920–1963. Paderborn 2015, S. 191-229; zur USA auch Koppe: Geschichte (wie Anm. 5), S. 19-27.

12 Vgl. Karl W. Deutsch: The Nerves of Government. Models of Political Communication and Control. New York 1963; Ders.: Die Analyse internationaler Beziehungen. Konzeption und Probleme der Friedensforschung. Frankfurt a.M. 1971.

13 Vgl. Lawrence S. Wittner: Resisting the Bomb. A History of the World Nuclear Disarmament Movement. Stanford, Cal. 1997, S. 5-7, 29-37; Katsuya Kodama: International Peace

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

In der jungen Bundesrepublik herrschten in zweifacher Hinsicht spezifische Bedingungen für eine entstehende Friedensforschung. Zum einen besaß der Pazifismus durch die Erfahrung des Nationalsozialismus und des zerstörerischen Zweiten Weltkriegs eine gewisse Strahlkraft. So begründete sich die Deutsche Friedensgesellschaft 1948 mit über 10.000 Mitgliedern, entstanden neue Organisationen wie die katholische Gruppe Pax Christi und protestierten Eliten wie Innenminister Gustav Heinemann gegen die Wiederbewaffnung. Dennoch löste der westdeutsche NATO-Beitritt keine Massenmobilisierung aus, und dies führt zum anderen Punkt: Die Erfahrung der deutschen Teilung und ein virulenter Antikommunismus in der politischen Kultur trugen dazu bei, dass pazifistische Stimmen in der Ära Adenauer fast mit dem Odium des Verrats behaftet schienen.[14]

In den Denksystemen des Kalten Krieges bewegte sich zunächst auch die wiedererstehende bundesdeutsche Politikwissenschaft, die stark von der angloamerikanischen Forschung beeinflusst war. So entstanden eigene Forschungsinstitute, die im Feld der internationalen Beziehungen beheimatet waren und sich auch Sicherheitsfragen im Atomzeitalter widmeten. Hierzu gehörten das Forschungsinstitut der 1955 geschaffenen Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und das 1966 unter der Leitung der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Ebenhausen bei München etablierte Forschungsinstitut für Fragen der internationalen Politik und Sicherheit.[15] Vor dem Hintergrund der einziehenden Entspannungspolitik im Kalten Krieg verstanden führende Protagonisten der Politikwissenschaft Mitte der 1960er Jahre die Friedensforschung als genuinen Teil der politikwissenschaftlichen Unterdisziplin Internationale Beziehungen. Dies galt für Ernst-Otto Czempiel, der 1970 die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) mit begründete, wie für Karl Kaiser, der an der Harvard University bei Henry Kissinger studiert hatte und 1969 eine Professur für Theorie und Soziologie der Politik an der Universität des Saarlandes übernahm.[16]

Abseits der Politikwissenschaft waren es wie in den USA auch in der Bundesrepublik vor allem Atomphysiker, die das Feld der Friedensforschung profilierten. 1957 stellten sich 18 Physikprofessoren und Nobelpreisträger in der öffentlichen „Göttinger Erklärung“ gegen eine mögliche atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Ausgelöst worden war die Erklärung vom unver-

Research Association. In: Nigel Young (Hrsg.): The Oxford International Encyclopedia of Peace. Bd. 2, Oxford 2010, S. 455-457; Pugwash Conferences (wie Anm. 5).

14 Hauswedell: Friedenswissenschaften (wie Anm. 5), S. 42 f.; vgl. Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.): „Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik. München 2014.

15 Hauswedell: Friedenswissenschaft (wie Anm. 5), S. 52.

16 So Kaiser: Friedensforschung (wie Anm. 4), S. 15; Ernst-Otto Czempiel: Die Entwicklung der Lehre von den internationalen Beziehungen. In: Politische Vierteljahresschrift 6 (1965), S. 270-290, hier S. 274-276; Wasmuht: Geschichte (wie Anm. 5), S. 111-114.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

hohlenen Interesse des Verteidigungsministers Franz Josef Strauß, diese Option für die Bundeswehr zu prüfen, und von Kanzler Konrad Adenauers Äußerung, taktische Atomwaffen seien nur eine Verbesserung der Artillerie. Initiiert vom Atomphysiker Carl Friedrich von Weizsäcker erklärten die Wissenschaftler, dass keiner der Unterzeichnenden bereit sei, sich an der Herstellung, Erprobung und dem Einsatz solcher Waffen zu beteiligen.[17] Befeuert von der öffentlichkeitswirksam platzierten „Göttinger Erklärung", entstand 1957/58 eine bundesrepublikanische Protestbewegung „Kampf dem Atomtod", die den Beginn der Ostermarschbewegung markierte und zugleich eine neue Protestkultur signalisierte, die sich aus dem sozialen und kulturellen Wandel speiste.[18] Erkennbar wird damit auch eine charakteristische Interaktion zwischen Friedensforschung und Friedensbewegung.

Mit der Göttinger Erklärung keimte ein erster Institutionalisierungsprozess der bundesdeutschen Friedensforschung, der in erster Linie mit der prominenten Figur Carl Friedrich von Weizsäckers verknüpft war. Der Atomphysiker und Philosoph wechselte 1957 vom Max-Planck-Institut für Physik auf eine Professur für Philosophie an der Universität Hamburg. Ihn trieb die Überlegung, dass Wissenschaftler auch eine besondere Verantwortung für die von ihnen entwickelten Erkenntnisse – wie die Atomspaltung – trugen. Das System der Abschreckung genüge im „Atomzeitalter"[19] nicht als Basis einer Friedensordnung. Angesichts der dynamischen Entwicklung der Technik werde die Menschheit auf Dauer nur überleben können, wenn eine „föderative Zentralinstanz" geschaffen werde, die das Monopol an Waffen besitze.[20] Hieraus entwickelte Weizsäcker das an Kant angelehnte Leitbild der „Welt-Innenpolitik".[21] Damit ging es ihm um weit mehr als Frieden in den internationalen Beziehungen, nämlich um die Zukunft des Menschen in der

17 Vgl. Elisabeth Kraus: Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung. Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers. Würzburg 2001, insbes. S. 47-64, 152-246; Cathryn Carson: Heisenberg in the Atomic Age. Science and the Public Sphere. Washington D.C./Cambridge, Mass./New York 2010, S. 317-330.

18 Vgl. Holger Nehring: National Internationalists. British and West German Protests against Nuclear Weapons, the Politics of Transnational Communications and the Social History of the Cold War. In: Contemporary European History 14 (2005), S. 559-582; Hans Karl Rupp: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Köln 1984.

19 Z.B. Carl Friedrich von Weizsäcker: Die Atomwaffen. Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter (1957). In: Ders.: Der bedrohte Friede. Politische Aufsätze 1945-1981. München 1983, S. 31-42.

20 Ders.: Über weltpolitische Prognosen. In: Ders.: Gedanken über unsere Zukunft. Drei Reden. Göttingen 1966, S. 29-53, hier S. 48.

21 Ders.: Bedingungen des Friedens. Rede in Frankfurt am Main in der Paulskirche am 13.10.1963. In: Ders.: Der bedrohte Friede (wie Anm. 19), S. 125-137, hier S. 131; zu Weizsäcker Elke Seefried: Die politische Verantwortung des Wissenschaftlers. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 65 (2014), S. 177-195.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

modernen, technischen Welt. Diese Überlegungen präsentierte Weizsäcker 1963 in einer vielbeachteten Rede in Frankfurt, mit der er den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels entgegennahm.

Weizsäcker war es auch, der Institutionalisierungen in diesem Forschungsfeld initiierte. Die „Göttinger Erklärung" löste eine Diskussion in der Evangelischen Kirche aus, wie sie sich zur Atombewaffnung positionieren sollte. Auch deshalb entstand 1957/58 die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), die zum Nukleus einer – rechnet man die internationalen Beziehungen hinzu – zweiten, christlich-ethisch geleiteten Strömung der Friedensforschung avancierte. Die FEST machte es sich zur Aufgabe, interdisziplinäre Forschungen anzustoßen, die sich mit den menschlichen Lebensbedingungen in der modernen, technischen Welt beschäftigten. Dabei ging sie davon aus, dass Christen eine Verantwortung für die politische Gestaltung der Welt und den Frieden trügen. Geleitet wurde sie vom Religionsphilosophen und Philologen Georg Picht, einem engen Weggefährten Weizsäckers.[22]

Eine dritte, planerische Strömung der Friedensforschung stützte sich stärker auf neue wissenschaftlich-technische Methoden der Systemanalyse und Computermodellierungen, bewegte sich zwischen Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften und besaß Schnittmengen mit einer empirischen Strömung der Zukunftsforschung. Hierzu rechnet auch die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), die breiter angelegt war und sich als Pendant zur „Federation of Atomic Scientists" und bundesdeutsche Gruppe der Pugwash-Bewegung verstand. Auch hier spielte Weizsäcker eine wichtige Rolle: Er nahm 1958 an einer Pugwash-Konferenz teil und war 1959 federführend beteiligt, die VDW zu begründen.[23] Leitgebend war etwa ihr Projekt „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung", das die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen eines atomaren Krieges auf dem Territorium der Bundesrepublik abschätzte. Die Forschergruppe nutzte einerseits verschiedene „Kriegsbilder"[24] – also qualitative Szenarien – und prognostizierte andererseits mittels eines quantitativen, computerunterstützten Simulationsmodells mögliche Kriegsschäden. In keinem der genannten Szenarien, so das Ergebnis, besitze die Bundesrepublik eine Verteidigung, also ein Vermögen, den Gegner durch

22 Vgl. Wasmuht: Geschichte (wie Anm. 5), S. 90-92; Seefried: Zukünfte (wie Anm. 9), S. 75-95, 324-348; vgl. Georg Picht: Was heißt Friedensforschung? In: Merkur 25 (1971), S. 105-122.

23 Vgl. Elisabeth Kraus: Die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler. Gründung, Aufbau und Konsolidierung (1958 bis 1963). In: Stephan Albrecht (Hrsg.): Wissenschaft – Verantwortung – Frieden. 50 Jahre VDW. Berlin 2009, S. 27-71; Wasmuht: Geschichte (wie Anm. 5), S. 68-71; zur Gesellschaft zur Förderung von Zukunfts- und Friedensforschung vgl. Seefried: Zukünfte (wie Anm. 9), S. 348-374.

24 Carl Friedrich von Weizsäcker: Einleitung. In: Ders. (Hrsg.): Kriegsfolgen und Kriegsverhütung. München 1970, S. 3-21, hier S. 3; vgl. im Folgenden ebd.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Einsatz militärischer Mittel an der Verwirklichung der Drohung zu hindern; gerade weil die Westdeutschen keine Aussicht hätten, einen Atomkrieg auf deutschem Boden zu überleben, sei man darauf angewiesen, ihn unter allen Umständen zu verhindern.

Ende der 1960er Jahre entstand eine vierte, kritische Strömung der Friedensforschung. Sie speiste sich aus der Ostermarschbewegung und der Protestkultur der späten 1960er Jahre sowie der Imperialismus- bzw. Kapitalismuskritik der Neuen Linken; eine besondere Rolle spielte der Protest gegen den Vietnam-Krieg. Zugleich bezog sie sich auf kritisch-dialektische, sozialwissenschaftliche und erkenntnistheoretische Grundlagen sowie insbesondere die Kritische Theorie.[25] Hier grenzte man sich explizit von der Lehre der internationalen Beziehungen und einer „herkömmlichen" Friedensforschung ab, da diese nur größere Systemstörungen und den Krieg zu vermeiden suche, den Status Quo aber nicht in Frage stelle. Diese Strömung verkörperte in den transnationalen Netzwerken Johan Galtung. In der Bundesrepublik verwarf Dieter Senghaas das System der Abschreckung als System „organisierter Friedlosigkeit", weil die systematische Vorbereitung auf den Krieg zu einem Dauerzustand geworden sei.[26] Galtung und Senghaas votierten hingegen dafür, Kommunikationsstrukturen zu stärken und Konfliktursachen ausfindig zu machen, die ebenso in innergesellschaftlichen Strukturen ruhten.[27] Die im Kern ältere Unterscheidung zwischen einem negativen und positiven Friedensbegriff kleidete Galtung in ein neues Gewand: Frieden sei nicht nur die Absenz von Krieg, sondern auch die Abwesenheit kollektiver Anwendung oder Drohung von Gewalt. Neben „personaler" gebe es „strukturelle Gewalt", die sich in „ungleichen Machtverhältnissen und folglich in ungleichen Lebenschancen" manifestiere. Damit verwies Galtung darauf, dass abseits von militärischer Gewalt auch viel subtilere Instrumente in Gesellschaften wirkten, um Macht durchzusetzen. Zugleich allerdings dehnte er den Friedensbegriff extrem weit bis hin zur These, dass „soziale Ungerechtigkeit" Nicht-Frieden bedeute. Insofern geriet auch die Lösung des sogenannten Nord-Süd-Konflikts zum Element der Friedensforschung. Die Entwicklungspolitik war in ihrer modernisierungstheoretischen Prägung lange im Bereich der politischen Systemanalyse verortet worden; doch verknüpfte sich diese im Zeichen einer Ausweitung von Gerechtigkeits- und Solidaritätsforderungen der Neuen Linken auf die globale Ebene nun mit dem Frie-

25 Dieter Senghaas (Hrsg.): Kritische Friedensforschung. Frankfurt am Main 1972; vgl. Wasmuht: Geschichte (wie Anm. 5), S. 143-147, 165-178.

26 Dieter Senghaas: Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit. Frankfurt am Main 1969; Wasmuht: Geschichte (wie Anm. 5), S. 136-147.

27 Johan Galtung: On the Future of the International System. In: Robert Jungk/Johan Galtung (Hrsg.): Mankind 2000. Oslo 1971, S. 12-41, Zit. S. 14, 23.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

densbegriff.[28] Auch im Zeichen dieser Überlegungen formte der Berliner Politikwissenschaftler Theodor Ebert aus Galtungs Überlegungen zum „positiven“ Friedensbegriff und Mahatma Gandhis Ansatz der „Friedenswehr“ das Konzept der sozialen Verteidigung, das eine rein passive Verteidigung in Form von zivilem Widerstand im Falle eines gegnerischen Angriffs propagierte.[29] Mithin nahm die kritische Friedensforschung den Zusammenhang von Unfrieden und gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen in den Blick. Zugleich gingen Friedens- und Konfliktforschung eine elementare Verbindung ein.

So entstanden in den 1960er Jahren verschiedene Strömungen der Friedensforschung, die jeweils eigenen Disziplinen entstammten und Frieden anders definierten. Insofern bildete das Nachdenken über das Wesen des Friedens bereits einen zentralen Teil des Selbstverständnisses und der Arbeit der Friedensforschung.

II.

Diese differenten Strömungen einer bundesdeutschen Friedensforschung suchte Peter Menke-Glückert zusammenzuführen. Er entstammte einer liberalen Familie. Vater Emil war in den 1920er Jahren Abgeordneter der linksliberalen DDP gewesen, hatte als Referent im sächsischen Volksbildungsministerium gewirkt und nach 1945 zu den Mitbegründern der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDP(D)) in der sowjetischen Besatzungszone gehört. Sohn Peter, 1929 geboren, studierte zunächst in Leipzig, engagierte sich in der sächsischen LDPD, ging dann aber – aus politischen Gründen – in den Westen und nahm in Göttingen ein Studium der Psychologie, Ökonomie und des Rechts auf; dieses setzte er an der Universität Berkeley fort. Nach Abschluss des Studiums zunächst für die Westdeutsche Rektorenkonferenz und die Universität Tübingen tätig, wurde der Freidemokrat Menke-Glückert, der ab 1964 Vorstandsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung war, im gleichen Jahr Referent im Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung.[30]

28 Johan Galtung: Gewalt, Frieden und Friedensforschung (Orig. 1969). In: Senghaas (Hrsg.): Kritische Friedensforschung (wie Anm. 25), S. 55-104, hier S. 61 ff. vgl. Ders.: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek b. Hamburg 1975; dazu Koppe: Geschichte (wie Anm. 5), S. 43-47; Weller: Friedens- und Konfliktforschung (Anm. 4), S. 7f.

29 Vgl. Theodor Ebert: Einleitung. Friedensforschung und gewaltfreie Aktion. In: Ders. (Hrsg.): Ziviler Widerstand. Fallstudien aus der innenpolitischen Friedens- und Konfliktforschung. Düsseldorf 1970, S. 9-18; Wasmuht: Geschichte (wie Anm. 5), S. 95-102.

30 1963/64 war Menke-Glückert bereits Kuratoriumsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung, vgl. Menke-Glückert, Peter. In: Munzinger Online/Personen. Internationales Biogra-

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Forschungspolitik der Bundesrepublik befand sich zu dieser Zeit im Umbruch. Schon der sowjetische Sputnik-Flug 1957, der den technologischen Wettlauf im Kalten Krieg beschleunigte, hatte zu einer aktiveren Forschungsförderung des Bundes beigetragen. Mitte der 1960er Jahre nun rückte die Forschungspolitik mit der vielseits erhobenen Forderung, Politik modern auszurichten, ins Licht der Öffentlichkeit. Mit dem Ende der Ära Adenauer schien der Wiederaufbau abgeschlossen, und der wirtschaftliche Boom erweiterte die Planungs- und Handlungsspielräume des Bundes. Versteht man Planung als „öffentliche[n], verfahrensgestützte[n] Vorgriff auf die Zukunft", der die Ausgestaltung von Gesellschaften zum Gegenstand hat, so prägte sie seit je die politische Praxis.[31] Mitte der 1960er Jahre aber schienen neue Methoden der Voraussage und Steuerung – nämlich computerunterstützte Modellsimulationen, wie sie in den Think Tanks entwickelt wurden, oder der Keynesianismus in der Wirtschaftspolitik – eine neue Rationalisierung und Planung der Zukunft durch Wissenschaft, Technologie und Expertise möglich zu machen.[32] Wissenschaft und Technik waren indes nicht nur Mittel, Zukunftsaufgaben zu lösen, sondern auch Gegenstand der Zukunftspolitik, der beschleunigtem Wandel unterlag: Großforschung, Atomtechnik und Computerisierung galten nun als Insignien der Zukunft, an denen sich Forschung auszurichten hatte. Hinzu kam 1965 eine zugespitzte Auslegung einer OECD-Studie, die argumentiert hatte, der Bundesrepublik und Westeuropa drohe eine „technologische Lücke" gegenüber den USA. Als dann die Bundesrepublik 1965/66 in eine erste wirtschaftliche Krisensituation schlitterte, forderten viele eine Stärkung der Großforschung nach dem vielbewunderten amerikanischen Vorbild.[33]

Auch für Peter Menke-Glückert avancierten die US-Think Tanks mit ihrer interdisziplinären Struktur und ihrer Expertise in der Voraussage und Planung geradezu zum Inbegriff des Fortschritts. Im Ministerium war der Libe-

phisches Archiv. URL: http://www.munzinger.de/document/00000015250 (abgerufen am 10.3.2019); Karl-Heinz Paqué: Ein Mann des liberalen Geistes und der liberalen Geisteshaltung. In: Friedrich-Naumann-Stiftung. URL: https://www.freiheit.org/ein-mann-des-liberalen-geistes-und-der-liberalen-geisteshaltung (letzter Aufruf: 10.3.2019); Gespräch der Verf. mit Menke-Glückert am 23.9.2009.

31 Dirk van Laak: Planung. Geschichte und Gegenwart des Vorgriffs auf die Zukunft. In: Geschichte und Gesellschaft 34 (2008), S. 305-326, hier S. 306; vgl. Gabriele Metzler: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft. Paderborn 2005; Helmuth Trischler: Planungseuphorie und Forschungssteuerung in den 1960er Jahren in der Luft- und Raumfahrtforschung. In: Margit Szöllösi-Janze/Helmuth Trischler (Hrsg.): Großforschung in Deutschland. Frankfurt am Main/New York 1990, S. 117-139; Elke Seefried/Andreas Malycha: Planen, um aufzuschließen. Forschungsplanung in der Bundesrepublik und der DDR. In: Elke Seefried/Dierk Hoffmann (Hrsg.): Plan und Planung. Deutsch-deutsche Vorgriffe auf die Zukunft. Berlin 2018, S. 35-67.

32 Dazu Seefried: Zukünfte (wie Anm. 9).

33 Vgl. Trischler: Planungseuphorie (wie Anm. 31).

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rale als Referent für Forschungsplanung in erster Linie für die Erstellung des Bundesberichts Forschung zuständig. Doch ging sein Reformhabitus, den Zeitgenossen auch als „übertriebene Betriebsamkeit“ wahrnahmen[34], weit über die Forschungspolitik im engeren Sinne hinaus. Es bestünde, so Menke-Glückert, zunehmend die „Notwendigkeit, Probleme der Wirtschafts-, Verteidigungs- oder Außenpolitik mit Mitteln der Planungsforschung durchzurechnen und modelltypische Alternativen für strategische Planungsaufgaben dem Politiker an die Hand zu geben“, wie dies etwa die RAND Corporation leiste. Dazu seien auch langfristige Zeiträume über 15 bis 20 Jahre zu avisieren: „Nur aus dem Modell der Gesellschaft der Zukunft können Zielwerte für den Ausbau von Bildungs- und Forschungseinrichtungen oder anderer Sachbereiche […] abgeleitet werden.“[35] Ziel war es, alle Politikfelder zukunftsorientierter auszurichten, indem der technische Fortschritt durch Einbindung wissenschaftlicher Expertise und Planungskonzepte genutzt werde. Diese Expertise machte Menke-Glückert vor allem in kybernetisch bzw. systemtheoretisch unterlegten Steuerungskonzepten und der elektronischen Datenverarbeitung aus:

> „Die Bundesregierung braucht dringend ein modernes Informationssystem mit einer Datenbank (oder besser mehreren kleinen Datenbanken), einem formalisierten Berichtssystem (das Kontrolle der Planungen und Korrektur der Planziele ermöglicht) und einem ‚zivilen Generalstab‘ im BKA, das alle diese Instrumente für eine bessere Politik nutzt.“[36]

Deshalb sollten deutsche Wissenschaftler in amerikanischen Think Tanks ausgebildet werden. Zudem schlug er die Schaffung eines politiknahen Instituts für Planungsforschung vor.[37] Zweifellos überschätzte Menke-Glückert hier die Möglichkeiten von Prognostik und Planung, weil gesamtgesellschaftliche mittel- und langfristige Entwicklungen – so auch die spätere Einsicht der Zukunftsforschung – schwerlich modelliert werden können und Politik nicht nur der Wissenschaft folgt; zudem stellte sich die grundsätzliche

34 Picht an Carl Friedrich von Weizsäcker, 11.1.1968. In: Bundesarchiv Koblenz (BArch), N 1225, 115: „Er ist ein ziemlich unruhiger Geist und neigt zu übertriebener Betriebsamkeit“, doch er sei „wirklich intelligent und hat besser als die meisten unserer Gesprächspartner begriffen, auf welche Fragen es heute ankommt“.

35 BMwF, Menke-Glückert, an Staatssekretär Wolfgang Cartellieri, 12.5.1965 (hs.: ab am 17.5.); vgl. BMwF, Menke-Glückert, Sprechzettel für Staatssekretär zur Vorbereitung der Sitzung am 26.7.1965, 22.7.1965, mit Anlage 2: Unterlage zur Besprechung, 26.7.1965, alles in: BArch, B 138, 6585; Menke-Glückert an Hans Paul Bahrdt, 26.1.1967. In: ebd., 6239.

36 Menke-Glückert an Picht, 21.12.1966. In: BArch, N 1225, 107.

37 BMwF, Menke-Glückert an Staatssekretär Cartellieri, 12.5.1965 (hs.: ab am 17.5.). In: BArch, B 138, 6585.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Frage, welche demokratische Legitimation Planern und wissenschaftlichen Experten in der Setzung gesamtgesellschaftlicher Ziele zukam.[38]

Menke-Glückert argumentierte allerdings durchaus nicht isoliert: Grundsätzlich gewann der Planungsdiskurs in der Bundesrepublik Mitte der 1960er Jahre enorme Kraft, und er verband sich mit der Forderung, die wissenschaftliche Politikberatung zu stärken, um eine „rationale" Steuerung politischer Prozesse zu ermöglichen.[39] Die FDP, die sich genau in diesem Zeitraum für den Sozialliberalismus öffnete, stand in ihrer marktwirtschaftlichen Signatur dem Planungsthema traditionell fern. Gleichwohl durchzog der Reform- und Modernisierungsgeist, der den diskursiven Unterbau des Planungsthemas bildete, auch einen neuen reformerischen Flügel der FDP, der sich mit dem Wechsel in die Opposition im Bund 1966 durchzusetzen begann. Neue Protagonisten aus der Wissenschaft, zu denen Ralf Dahrendorf zählte, profilierten das traditionell im Liberalismus beheimatete Thema einer Stärkung von Bildung und Forschung. Sie verknüpften es nicht nur mit der Forderung nach Chancengleichheit, sondern mit neuen Planungsansätzen, wie sie Dahrendorf mit dem Bildungsgesamtplan für Baden-Württemberg erarbeitet hatte.[40] In diesem Sinne ließ sich die Vorstellung einer expertenbasierten, rationalen Politik durchaus mit dem Vernunftparadigma des Liberalismus verbinden, wie es Menke-Glückert tat. Gleichwohl war dies angesichts der Flügelkämpfe in der FDP keineswegs unumstritten.

Menke-Glückert hatte seine Planungs-Überlegungen aus dem Austausch mit Wissenschaftlern gewonnen, die das Feld der Voraussage und Planung bestellten. Dazu gehörte die Studiengruppe für Systemforschung in Heidelberg, die an das Forschungsministerium angegliedert war, sich mit Fragen der Forschungs- und Systemplanung beschäftigte und deren Leiter Helmut Krauch intensive Verbindungen zu amerikanischen Think Tanks besaß.[41] Zudem pflegte Menke-Glückert spätestens seit 1965 Kontakte mit Robert Jungk, der forderte, die soziale Phantasie in das Nachdenken über Zukünfte und Planung einzubeziehen. Es war insofern durchaus folgerichtig, dass Menke-Glückert Mitte der 1960er Jahre an der Bildung einer Gesellschaft für Zukunftsfragen beteiligt war.[42]

38 Vgl. Seefried: Zukünfte (wie Anm. 9).

39 Vgl. Metzler: Konzeptionen (wie Anm. 31); Elke Seefried: Mehr Planung wagen? In: Axel Schildt/Wolfgang Schmidt (Hrsg.): „Wir wollen mehr Demokratie wagen". Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens. Bonn 2019, S. 105-124.

40 Vgl. auch zu den Flügelkämpfen Klaus Weber: Der Linksliberalismus in der Bundesrepublik um 1969. Konjunktur und Profile. Frankfurt am Main 2012, S. 142-159; zu Dahrendorfs kurzem Wirken in der FDP Franziska Meifort: Ralf Dahrendorf. Eine Biographie. München 2017, S. 146-199.

41 Vgl. Seefried: Zukünfte (wie Anm. 9), S. 348-374.

42 Zu Jungk und zur Gesellschaft für Zukunftsfragen ebd., S. 125-154, 374-396.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ab 1965/66 applizierte Menke-Glückert seine Überlegungen zu Vorausschau und Planung auf das Thema Frieden. Er publizierte mehrere Aufsätze zu Friedensforschung und Friedenssicherung und legte 1969 eine Monographie „Friedensstrategien" vor, die im Rowohlt-Verlag erschien.[43] Zum einen leitete ihn der veränderte außen- und innenpolitische Kontext. Mit dem Mauerbau und der Kuba-Krise war Bewegung in die Deutschland- und Ostpolitik gekommen, die auch Menke-Glückert mit seiner ostdeutschen Vita tangierte. Der Mauerbau hatte die Erfolglosigkeit der Adenauerschen „Politik der Stärke" vor Augen geführt. Nach Beendigung der Kuba-Krise, die die Welt an den Rand des Atomkriegs geführt hatte, durchzog ein Geist der Entspannung die Beziehungen zwischen den Supermächten im Kalten Krieg, und beide Seiten orientierten sich am territorialen Status Quo in Europa, um neue Eskalationen zu verhindern. Damit wurde auch die Frage, was Frieden in einer Welt des möglichen Atomkrieges sei, neu gedacht. US-Präsident John F. Kennedy plädierte 1963 für eine „Strategie des Friedens", die in gewisser Weise an das sowjetische Prinzip der Koexistenz beider Systeme anknüpfte und für einen Vorrang von politischen vor militärischen Lösungen warb. Er verwarf das System der Abschreckung nicht, aber plädierte darüber hinausgehend für einen Prozess hin zu einem „echten Frieden" als einem „zwangsläufig vernünftigen Ziel vernünftiger Menschen".[44] Erst vor diesem Hintergrund erregte Weizsäckers Rede zur Verleihung des Friedenspreises im Herbst 1963 solches Aufsehen. Frieden im Atomzeitalter machte auch die Evangelische Kirche verstärkt zum Thema, nicht nur auf dem Evangelischen Kirchentag 1965 in Köln[45], sondern vor allem mit ihrer ostpolitischen Denkschrift 1965, die im Geist christlicher Versöhnung stand.[46] Die kirchliche Initiative verlieh der Ostermarschbewegung neue Dynamik, und ebendies galt für die Proteste gegen den Vietnamkrieg. Kennedys Semantik von der Strategie des Friedens griffen Sozialdemokraten um Willy Brandt und Egon Bahr auf, zielten aber mit dem „Wandel durch Annäherung" einerseits auf die Anerkennung teilungspolitischer Realitäten, andererseits auf eine Politik der kleinen Schritte hin zu menschlichen Erleichterungen und deutsch-deut-

43 Peter Menke-Glückert: Friedensstrategien. Wissenschaftliche Techniken beeinflussen die Politik. Reinbek b. Hamburg 1969.

44 John F. Kennedy: Rede des Präsidenten vor der Universität Washington am 10. Juni 1963. In: Ernst-Otto Czempiel/Carl-Christoph Schweitzer (Hrsg.): Weltpolitik der USA nach 1945. Einführung und Dokumente. Opladen 1984, S. 277-283.

45 So auch Menke-Glückert. In: Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft (Hrsg.): Ist der Weltfriede unvermeidlich? Referent: Carl Friedrich von Weizsäcker. Hamburg 1967, S. 24.

46 Martin Greschat: Vom Tübinger Memorandum (1961) zur Ratifizierung der Ostverträge (1972). Protestantische Beiträge zur Aussöhnung mit Polen. In: Friedhelm Boll u.a. (Hrsg.): Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er Jahre und die Entspannungspolitik. Bonn 2009, S. 29-51.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

scher Kontakte.[47] In diese Richtung bewegte sich auch die FDP, die damit ihren Friedensbegriff revidierte, wie in Kapitel III genauer erläutert wird.

Zum anderen öffnete sich Menke-Glückert friedenswissenschaftlichen Fragen, weil er Kontakte zu Zukunftsforschern pflegte, die sich ebenso in der Friedensforschung zuhause fühlten. Die Grenzen zwischen beiden neu entstehenden wissenschaftlichen Feldern waren in den frühen 1960er Jahren fließend: Die Orientierung an der Kybernetik als übergreifender Steuerungswissenschaft und die Suche nach Frieden als wünschbarer Zukunft leiteten die Zukunftsforschung wie auch die entstehende Friedensforschung.[48] Prägend für Peter Menke-Glückert wurde Robert Jungk, Protagonist einer kritischen Zukunfts- und Friedensforschung, dem er im Vorwort der Monographie ausdrücklich dankte[49]; darüber hinaus besuchte er Konferenzen der VDW, auf denen Georg Picht zur Zukunfts- und Friedensforschung sprach[50], und nahm an einer Tagung des Bergedorfer Gesprächskreises zum Thema „Ist der Weltfriede unvermeidlich?“ teil, die 1966 unter Leitung Carl Friedrich von Weizsäckers stattfand. An Robert Jungk schrieb Menke-Glückert wenige Tage später: „Die Gespräche in Hamburg werden mir noch für lange Zeit Stoff zum Nachdenken geben.“[51] Ferner kehrte er im September 1967 mit vielfältigen Eindrücken von einer Tagung „Mankind 2000“ zurück, die Jungk und Galtung in Oslo veranstaltet hatten und die mit der Frage nach der Menschheit des Jahres 2000 Zukunfts- und Friedensforschung verknüpfte.[52] 1967 wechselte Menke-Glückert als Leiter der Abteilung Wissenschaftsressourcen zur OECD nach Paris. Hier war er innerhalb eines Kreises transatlantischer Experten mit Fragen der Wissenschaftsförderung befasst, hielt aber weiter engen Kontakt nicht nur zum Forschungsministerium[53], sondern auch zu den Netzwerken der Zukunfts- und Friedensforschung[54].

Erkennbar sog Menke-Glückert Überlegungen aus verschiedenen Ansätzen der Friedensforschung in sich auf. Vor allem aber verstand er Friedens-

47 Vgl. Wolfgang Schmidt: Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948–1963. Wiesbaden 2001; Andreas Vogtmeier: Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung. Bonn 1996, S. 59-73.

48 Vgl. Seefried: Zukünfte (wie Anm. 9), S. 179-210, 324-348.

49 Menke-Glückert: Friedensstrategien (wie Anm. 43), S. 10.

50 Menke-Glückert an Abteilungsleiter, 4.11.1966, und an den Geschäftsführer der VDW, Horst Afheldt, 24.11.1966. In: BArch, B 138,1549.

51 BMwF, Menke-Glückert an Robert Jungk, 14.11.1966. In: ebd.; Bergedorfer Gesprächskreis (Hrsg.): Weltfriede (wie Anm. 45), Hamburg 1967.

52 Mankind 2000 an Menke-Glückert, 7.2.1967. In: BArch, B 138,1549; dazu Seefried: Zukünfte (wie Anm. 9), S. 179-234.

53 Vgl. etwa das Manuskript Menke-Glückerts „Aktiv für den Frieden“. In: BArch, B 138, 1551.

54 Gespräch der Verf. mit Menke-Glückert, 23.9.2009.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

forschung als Teil von Planungs- oder Zukunftsforschung.[55] Er ging davon aus, dass Frieden mittels neuer wissenschaftlich-technischer Methoden zu planen sei:

> „Die Basis für jede Friedensplanung ist technologischer Natur. […] Forschungsinstitutionen für soziale Innovation und Friedensplanung [sind] notwendig, die Gegenmodelle oder Alternativen überlegen und mit neuen Zukünften experimentieren, das heißt eine zivile humane Technologie in einem Lernprozeß mit der Öffentlichkeit, der Politik und der Wirtschaft entwickeln."[56]

Mithin forderte Menke-Glückert, wissenschaftliche Expertise systematisch in die politische Entscheidungsfindung einzubinden, um nicht mehr den Krieg, sondern den Frieden zu planen. Frieden sei, so zitierte er Weizsäcker, die „Lebensbedingung des technischen Zeitalters",[57] und deshalb sollte die Politik die

> „gleiche Energie, den gleichen Scharfsinn und die gleichen Budgetmittel für den Entwurf positiver Friedensentwürfe und Modelle aufwenden, wie sie jetzt für die Vorbereitung auf den Krieg und den Entwurf negativen Friedens in der klassischen Sicherheitspolitik mobilisiert werden."[58]

Credo Menke-Glückerts war es, dass die neuen Möglichkeiten wissenschaftlich-technischer Voraussage und Planung, die aus dem Methodenarsenal der amerikanischen Think Tanks und der Zukunftsforschung stammten, auch für die Planung des Friedens genutzt werden könnten. Szenarien und computerisierte Modellierungen, die in den USA entwickelt worden seien, versprach er vollmundig, könnten die Folgen bestimmter Maßnahmen auch in Friedensfragen voraussagen, also antizipieren oder prognostizieren:

> „Die Friedensforschung spielt u.a. Entscheidungsspiele durch, um politische Großwetterlagen in ihren Interessenverflechtungen zu erkennen. Sie setzt planmäßig die Kenntnisse von Forschung und Technik ein. Kontroll- und Inspektionssysteme werden durchgerechnet, für den Ernstfall durchgespielt (simuliert). Programme zur Umformung von Sozialstrukturen werden entworfen, Abrüstungspläne entwickelt. Die Planung des technischen Fortschritts (Innovationspolitik) als Mittel zur Friedenssicherung gehört zum virtuos beherrschten Handwerkszeug der Friedensforschung"[59].

55 Vgl. Akte „Planungsforschung, Friedens- und Konfliktforschung". In: BArch, B 138, 1549 und 1551; hingegen mit der Summierung unter Zukunftsforschung Menke-Glückert: Friedensstrategien (wie Anm. 43), S. 147-149.
56 Ders.: Friedensstrategien. In: liberal 11 (1969), S. 526-534, hier S. 527 f.
57 Ders.: Friedensstrategien (wie Anm. 43), S. 144.
58 Ebd., S. 140.
59 Menke-Glückert: Planziel (wie Anm. 1), S. 757.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Damit vermittelte Menke-Glückert nicht nur ein explizit positives Bild des technischen Fortschritts (den etwa Weizsäcker skeptischer bewertete), sondern offenbarte szientistisch-sozialtechnokratische Züge. Erneut berief er sich auf die Kybernetik und deshalb auf die Rolle der *Information*: Viele soziale und politische Konflikte beruhten, so Menke-Glückert in Anknüpfung an Karl Deutsch, auf „ungenügender oder bewußt falscher Information". Vorbild müsse hier Schweden sein, wo die Ministerin für Abrüstungsfragen, Alva Myrdal, vorgeschlagen habe, „Wahrheitszentren" einzurichten. Analysen internationaler Institute für Konfliktforschung könnten so falsche Informationen, die „Freund-Feind-Gefühle" auslösten, richtigstellen.[60] Damit stellte Menke-Glückert das „Freund-Feind-Gefühl" (die Emotion) dem Ideal einer wissenschaftlichen Rationalität (als Vernunftorientierung) gegenüber. Sein Vorbild, das Ehepaar Myrdal, hatte in Schweden eine auf Rationalität und Expertise setzende Politik installiert, die heute als Paradebeispiel eines ambivalenten, strikt technisch-funktionalistischen „Social Engineering" gilt und etwa auch eugenische Maßnahmen rechtfertigte.[61] Auch Menke-Glückert sprach von sozialer Innovation und der Umformung von Sozialstrukturen. Dies konnte einerseits an Jungks Forderung nach einer Planung von unten durch Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure anknüpfen und damit die junge Generation ansprechen, die Menke-Glückert angesichts der Studentenbewegung besonders im Blick hatte. Andererseits verband sich dies mit einem technisch-funktionalistischen Gestus, der etwa entwicklungspolitisch einer westlichen Modernisierungsperspektive folgte, ja zivilisationsmissionarische Züge trug: Die Entwicklungsländer sollten auf dem Weg zum Frieden „den Leistungs-Rhythmus westlicher Lebensweise einführen", die „Pünktlichkeit des Acht-Stundentages" lernen und die „wissenschaftliche Zivilisation" einführen.[62]

Konkret forderte Menke-Glückert zum einen, neue Forschungsinstitute für Abrüstung und Friedensforschung in der Bundesrepublik zu schaffen, zum anderen drängte er auf ein eigenes Ministerium für Friedensplanung. Dieses Ministerium sollte nicht nur die Zuständigkeit für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrollpolitik erhalten, sondern auch die internationale wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe verantworten und die Friedensforschung und Friedenspädagogik vorantreiben, ja eine Akademie zur Ausbildung von „Konfliktschlichter[n]" begründen. Ebenso müsse das Ministerium die Vermittlung in die Öffentlichkeit verantworten, also die Ergebnisse von Analysen internationaler Institute für

60 Ders.: Friedensstrategien (wie Anm. 43), S. 141.
61 Vgl. Thomas Etzemüller: Die Romantik der Rationalität. Alva & Gunnar Myrdal – Social Engineering in Schweden. Bielefeld 2010.
62 Menke-Glückert: Planziel (wie Anm. 1), S. 752.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Konfliktforschung in „Amtsblättern, Rundfunk- und Fernsehsendungen“ kommunizieren, wie es ähnlich für die „Wahrheitszentren“ gedacht war.[63]

Mithin begriff Peter Menke-Glückert den Frieden als denkbar, machbar und planbar. Seine Überlegungen zog er vor allem aus einer Wissenschaft und Politik erfassenden Zukunfts- und Planungsaffinität der späten 1960er Jahre, die bei ihm bisweilen szientistische und zivilisationsmissionarische Züge annahm.

Zugleich ist für unseren Zusammenhang interessant, dass Menke-Glückerts Friedensstrategie eine liberale Handschrift trug. Erstens steckt gerade im Verweis auf planerische Rationalität eine liberale Deutung, denn im Kern ging er davon aus, dass der Mensch und mündige Bürger die Irrationalität des Krieges begreifen werde. Dabei setzte er nicht auf das Recht, wie es dem Liberalismus ebenfalls traditionell nahe lag,[64] sondern auf Freiheit und Vernunft: Der Krieg sollte durch die menschliche Vernunft gebändigt werden,[65] und in einer fast euphorischen Deutung der Wissenschaft wies er dieser die Aufgabe zu, deren rationalen Zugang zum Frieden in Politik und Gesellschaft zu vermitteln.

Zweitens verfolgte Menke-Glückert – trotz der Planungsfixierung – einen pluralistischen Ansatz. So bezog er sich auf verschiedene Strömungen der Friedensforschung, die sich durchaus kritisch gegenüberstanden. Einerseits gewannen seine Ausführungen sozialtechnokratische Züge, andererseits suchte er den Frieden in einem christlich-ethischen Sinne herzuleiten, indem er darauf verwies, dass Frieden „ein Zustand innerer Ruhe und Gelassenheit, […] Vertrauen auf Gottes Gnade“[66] sei. Einerseits berief er sich auf die amerikanische „Arms Control“-Schule, die innerhalb des Systems der Abschreckung über Möglichkeiten der Rüstungskontrolle nachdachte; andererseits zitierte er den amerikanischen Soziologen Amitai Etzioni, der radikale Abrüstung, Demokratisierung und eine Weltregierung als neue politische Strategien empfohlen hatte.[67] Damit waren seine Ausführungen additiv, ja nicht immer stringent, wie auch andere anmerkten.[68] Doch ging es dem Liberalen Menke-Glückert darum, verschiedene Ansätze in einem pluralistischen Sinne zuzulassen, einzubinden und ins Gespräch zu bringen.

63 Ders.: Friedensstrategien. In: liberal 11 (1969), S. 529.
64 Vgl. den Beitrag von Andreas Braune in diesem Band.
65 Peter Menke-Glückert: Ziele und Methoden der Friedensforschung, Vortrag auf der Arbeitstagung „Der geplante Frieden“ der Friedrich-Naumann-Stiftung, 3.–6.4.1968. In: Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), AFK Vorstand, Mappe 2; Ders. In: Bergedorfer Gesprächskreis (Hrsg.): Weltfriede (wie Anm. 45), S. 24.
66 Ders.: Planziel (wie Anm. 1), S. 755.
67 Ebd., S. 750; vgl. Amitai Etzioni: Der harte Weg zum Frieden. Eine neue Strategie. Göttingen 1965 [englisch 1962].
68 Uwe Nerlich, Stiftung Wissenschaft und Politik, an Peter Menke-Glückert, 22.12.1966. In: BArch, B 138, 1549.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Drittens war es Menke-Glückert darum zu tun, mit dem Verweis auf eine Verklammerung des außen- und innenpolitischen Friedens im (sozial-)liberalen Sinne für mehr Pluralismus und Dialog nach innen zu werben. Die FDP dürfe nicht in die Nähe der APO rücken. Doch sei gerade nach den innenpolitischen Zuspitzungen des Jahres 1968 Friedenspolitik auch in einer offenen Gesellschaft verwirklicht, die die „Sache des freien, mündigen Bürgers in allen Bereichen der Politik mit gleicher Energie" vertrete. Schließlich mache erst eine „konsequent liberale Politik für eine größere (europäische) und demokratische (offene) Gesellschaft" eine neue Friedenspolitik nach außen glaubwürdig.[69]

Viertens verknüpfte sein Konzept von Friedensforschung – und dies ist für die FDP jener Jahre typisch – westliche und gesamtdeutsch-neutralistische Ziele. In seinem Beitrag für „liberal" 1966 drängte Menke-Glückert auf eine politische Förderung der Friedensforschung auch mit dem Argument, dass eine aktive konzeptionelle Rolle der Bundesrepublik auf diesem Feld das bundesdeutsche Gewicht im westlichen Bündnis und in der Welt stärken würde. Das starre Festhalten an Rechtspositionen und nationalen Ansprüchen führe nicht weiter, und Bezüge zum Deutschen Reich seien der heranwachsenden Generation ohnehin fremd. Damit votierte er für eine flexiblere Ostpolitik, die nicht mehr auf staatliche Wiedervereinigung drängte, aber mehr weltpolitische Verantwortung übernahm; dass sich daraus womöglich doch noch deutschlandpolitische Dynamiken ergeben könnten, deutete Menke-Glückert – der ja selbst eine ostdeutsche Vita hatte – an: „Die unbewältigte Gegenwart des Provisoriums Bonn kann nur durch ein kühnes Konzept für die Zukunft überwunden werden."[70] In seinem Buch „Friedensstrategien" entwarf er im Zeichen einer möglichen sozialliberalen Koalition 1969 ein „Deutsches Programm Frieden für die Welt", welches der Bundesrepublik „wieder eine glaubwürdige Rolle in der Weltpolitik zwischen den Atomgroßmächten" verleihen sollte.[71] Damit griff er Semantiken einer neuen liberalen Deutschland- und Ostpolitik auf und prägte diese mit, wie im Folgenden zu zeigen ist.

III.

Schon seit Gründung der Bundesrepublik war die FDP geradezu zerrissen zwischen links- und nationalliberalen Kräften; in den 1950er Jahren wurde

69 Peter Menke-Glückert: Plattform für eine Friedenspolitik. In: liberal 11 (1969), S. 406-410, hier S. 406 f.
70 Ders.: Planziel (wie Anm. 1), S. 748.
71 Ders.: Friedensstrategien (wie Anm. 43), S. 256-283, Zitat ebd. S. 8.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sie von einer nationalistischen Sammlungsbewegung infiltriert, die in den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen nationalsozialistische Positionen vertraten.[72] Insofern war auch der deutschlandpolitische Kurs der FDP starken Schwankungen unterworfen. Als Regierungspartei Adenauers hatte sie die Politik der Westintegration zunächst mitgetragen, doch diese in der Opposition 1957 bis 1961 mit dem Argument, die Westbindung vereitele die Wiedervereinigung, mehrheitlich verworfen. So hatte die FDP im „Deutschlandplan" 1959 „Grundrisse eines Friedensvertrags" entworfen, der die volle Rückgewinnung der Souveränität eines wiedervereinigten Deutschlands postulierte – ein Plan, der mit dem Mauerbau obsolet wurde.[73] Ab 1961 erschloss deshalb der Parteivorsitzende Erich Mende – obwohl nationalliberal orientiert – vorsichtig neue Wege in der Außen- und Deutschlandpolitik, unterstützte die „Politik der Bewegung" des Außenministers Gerhard Schröder, die auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Warschauer-Pakt-Staaten mit Ausnahme der DDR zielte, und die Berliner Passierscheinabkommen. Zugleich aber hielt die FDP an ihren vereinigungsorientierten Postulaten – etwa einer ständigen Deutschlandkonferenz der Vier Mächte und einem Stufenplan zur deutschen Einheit – fest. Dabei argumentierte sie – im liberalen Sinne – mit dem Recht: Erste Rufe nach einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie lehnte sie mit dem Verweis auf das Völkerrecht ab.[74]

Geradezu revolutionär mutete so das erste „Schollwer-Papier" an, das der Chefredakteur des FDP-Pressedienstes und Referent für gesamtdeutsche Fragen in der Bundesgeschäftsstelle, Wolfgang Schollwer, 1962 vorlegte. Da die starre Außen- und Deutschlandpolitik Adenauers gescheitert sei, votierte er für eine neue Politik der „Verklammerung" beider deutscher Staaten, erreicht durch eine Liberalisierung der DDR und Wiederannäherung beider deutscher Gesellschaften, um langfristig eine Wiedervereinigung zu ermöglichen – freilich zum Preis einer de facto-Anerkennung der DDR und der

72 Vgl. Kristian Buchna: Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhauve und die nordrhein-westfälische FDP 1945-1953. München 2010; Ders.: Von der liberalen Versuchung einer nationalen Rechtspartei. Die rheinische FDP in der frühen Bundesrepublik. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 30 (2018), S. 235-260.

73 Grundrisse eines Friedensvertrages. Deutschlandplan der FDP, am 27.1.1959 von der FDP-Bundestagsfraktion beschlossen, am 20.3.1959 veröffentlicht. In: Wolfgang Benz u.a. (Hrsg.): Einheit der Nation. Diskussionen und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945. Stuttgart 1978, S. 179-184; auch im Folgenden Mathias Siekmeier: Restauration oder Reform? Die FDP in den sechziger Jahren. Deutschland- und Ostpolitik zwischen Wiedervereinigung und Entspannung. Köln 1998; mit weiterer Literatur der Beitrag von Tim Geiger in diesem Band.

74 Vgl. Wolfgang Schollwer: FDP im Wandel. Aufzeichnungen 1961-1966. Hrsg. von Monika Faßbender. München 1994, S. 294 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Oder-Neiße-Linie.[75] Dies war in nationalliberalen Zirkeln zunächst nicht hinnehmbar. Und doch setzte sich der Kurs der Reformer durch, der auf Entspannung setzte und die Ziele einer raschen Wiedervereinigung und Rückgewinnung der Ostgebiete davon entkoppelte. Der Kurswechsel hatte auch taktische Gründe: Die FDP wurde 1966 im Bund in die Opposition gedrängt, und mit einer neuen Ostpolitik ließ sich Anschluss an die entspannungsbereite SPD finden, was neue Mehrheiten für eine Reformkoalition versprach. Dies galt gerade vor dem Hintergrund der in der Großen Koalition diskutierten Wahlrechtsreform und des Erstarkens der NPD, die nationalkonservative Stimmen aus der FDP abzog. Zugleich positionierte sich die FDP neu: In harten innerparteilichen Auseinandersetzungen drängten reformerische Kräfte – vor allem die Jungdemokraten – auf einen Kurswechsel hin zu einer linksliberalen Reformpolitik.[76] Dennoch bedeutete dies keinen Bruch mit alten gesamtdeutschen Befindlichkeiten: Das Festhalten an Rechtspositionen erschien zunehmend illusionär, weil sich die Bundesrepublik so dem internationalen Geist der Entspannung entgegenstellte; und die Politik der Verklammerung trug ja – ebenso wie Bahrs Konzept des „Wandels durch Annäherung" – im Kern eine gesamtdeutsche Zielrichtung, weil nur durch deutschdeutsche Kontakte noch eine langfristige Wiedervereinigung möglich schien. Dies mag auch erklären, warum viele Protagonisten der FDP, die einen ostdeutschen Hintergrund besaßen, den neuen ostpolitischen Kurs stützten.

Dieser neue Kurs implizierte auch eine neue Deutung von Frieden. Die FDP hatte in ihrem Deutschlandplan 1959 Frieden vor allem als vertragliche Beendigung des Zweiten Weltkrieges definiert.[77] Ebenso hatte Schollwer in seinem ersten Papier 1962 nicht den Frieden, sondern die „Wiedervereinigungspolitik" in den Fokus gestellt. Frieden verstand er als Absenz des (Atom-)Krieges: Die politische Öffentlichkeit bange um die „Erhaltung des Friedens", weil man den Ausbruch eines militärischen Konflikts wegen Berlin fürchte.[78] In seinem zweiten Arbeitspapier zur „Deutschland- und Außenpolitik" für die FDP-Bundestagsfraktion 1967, das zentrale Bedeutung für den neuen Kurs in der Entspannungs- und Ostpolitik besaß, bezog sich Schollwer auf einen viel weiteren Friedensbegriff, der auf internationale Verständigung und innergesellschaftliche Konfliktlösung setzte. Unter „Zielvorstellungen" formulierte Schollwer, dass die „friedliche Entwicklung aller europäischen Völker einschließlich des deutschen Volkes" im besonderen In-

75 Wolfgang Schollwer: Verklammerung und Wiedervereinigung. Denkschrift zur Deutschen Frage. Gedankenskizze für den Vorstand der FDP-Bundestagsfraktion, März/April 1962. In: Benz u.a. (Hrsg.): Einheit (wie Anm. 73), S. 185–204; Siekmeier: Restauration (wie Anm. 73), S. 103-110, 118-122.

76 Vgl. Weber: Linksliberalismus (wie Anm. 40), S. 160-170.

77 Peter Juling: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Meisenheim am Glan 1977, S. 158-162.

78 Schollwer: Verklammerung (wie Anm. 75), S. 185.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

teresse Deutschlands liege. Die beiden deutschen Staaten sollten ihre Funktionen als „Speerspitzen des Westens und Ostens im Kalten Krieg" zugunsten eines neuen Modells der Verständigung zwischen Ost und West aufgeben. Eine „neue europäische Friedensordnung" setze nicht unbedingt den Zusammenschluss getrennter Volksteile, aber die „allmähliche Überwindung politischer Unterdrückungsmaßnahmen in ganz Europa voraus".[79]

Der Hannoveraner FDP-Bundesparteitag von 1967, der die tiefen Risse in der Deutschland- und Ostpolitik offenbarte, trug schließlich im Aktionsprogramm „Ziele des Fortschritts" die friedenspolitischen Überlegungen Schollwers und anderer Reformer zum größten Teil mit. Zwar setzte das Programm in Kontinuität zur gesamtdeutschen Prägung die „friedliche Vereinigung der Deutschen in freiheitlicher demokratischer Ordnung" an die erste Stelle. Doch erklärte es die „europäische Friedensordnung" zum Ziel, deklarierte die Entspannung in Europa zur wichtigen Aufgabe und bekräftigte den „Verzicht auf die Anwendung von Gewalt", der für alle Grenzen gelte. Als Mittel der Entkrampfung setzte man nun auf die „Verklammerung" und ein „zeitlich begrenztes geregeltes Nebeneinander beider deutscher Teilgebiete", um das „Solidaritätsgefühl der Deutschen" zu stärken und eine Liberalisierung in Ostdeutschland anzustoßen. In einer eigentümlichen Verbindung entspannungs- und nationalpolitischer Semantiken argumentierte die FDP, die Deutschen seien „es der Würde ihrer Nation wie dem Weltfrieden, dessen Aufrechterhaltung ihre Lebensinteressen gebieterisch verlangen, schuldig, sich untereinander zu verständigen".[80]

In eben diese Kerbe hieb auch Peter Menke-Glückert: Deutschland müsse einen besonderen Beitrag zum Weltfrieden leisten, um nun nicht mehr kriegs-, sondern friedenspolitisch hervorzutreten. Mithin unterstützte er Schollwers entspannungspolitischen Kurs und generell die Neuorientierung der Partei; und er prägte diesen Kurs mit, auch wenn ein direkter Einfluss Menke-Glückerts auf Schollwer nicht nachweisbar ist. Die Zeitschrift „liberal" gab er gemeinsam mit profilierten Sozialliberalen wie Hans Wolfgang Rubin, Karl-Hermann Flach und Hildegard Hamm-Brücher heraus.

Der neue entspannungspolitische FDP-Kurs indes betonte zugleich die friedliche Funktion wirtschaftlichen Austauschs und votierte deshalb für neue deutsch-deutsche Handelskommissionen und eine „wechselseitige Einbeziehung" von Bundesrepublik bzw. DDR in die EWG und den Rat für ge-

79 Wolfgang Schollwer: Deutschland- und Außenpolitik. Arbeitspapier für den FDP-Bundesvorstand, Januar 1967. In: Benz u.a. (Hrsg.): Einheit (wie Anm. 73), S. 208-217, Zit. S. 213f.; zur innerparteilichen Diskussion auch Fraktionssitzung vom 18.4.1967. In: Volker Stalmann (Bearb.): Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1969. Zweiter Halbband Januar 1963 bis Juni 1969. Düsseldorf 2017, S. 1263 f.

80 Ziele des Fortschritts. Aktionsprogramm der Freien Demokratischen Partei (107 Thesen), XVIII. Bundesparteitag 1967. In: Juling (Hrsg.): Programmatische Entwicklung (wie Anm. 77), S. 180-199, hier S. 197.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

genseitige Wirtschaftshilfe als Weg zu einem gesamteuropäischen Wirtschaftssystem.[81] Dieser genuin liberale Aspekt einer Friedenssicherung durch Handel spielte hingegen für den auf politische Planung und Expertise konzentrierten Menke-Glückert nur eine untergeordnete Rolle. Er versuchte, Kontakte zwischen Wissenschaft und Politik zu etablieren, um die Friedensforschung als Reservoir wissenschaftlicher Expertise für die bundesdeutsche Deutschland- und Außenpolitik – und für innenpolitische Felder – anzuempfehlen.

Es war deshalb folgerichtig, dass Menke-Glückert im Herbst 1967 eine Fachkonferenz in der Theodor-Heuss-Akademie der parteinahen Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach organisierte, die sich der Friedensforschung widmen und eine größere Tagung vorbereiten sollte. Die Stiftung plante, im Fall eines erfolgreichen Verlaufs regelmäßige Konferenzen zu diesem Thema anzusetzen.[82] Die Vorbereitung übernahm der Studienleiter der Stiftung Reinhold Schulze, Mitte der 1950er Jahre außenpolitischer Referent in der FDP-Bundesgeschäftsstelle. An der Konferenz nahm nicht nur der Geschäftsführer der Stiftung Barthold C. Witte teil, sondern mit Oberregierungsrat Hans Sauer auch ein einflussreicher Vertreter des Wissenschaftsministeriums.[83] Menke-Glückert gelang es, zwei der prominentesten Protagonisten der internationalen Friedensforschung für einen Vortrag zu gewinnen. Der Niederländer Bert Röling, Generalsekretär der „International Peace Research Association", zog eine Bilanz der Friedensforschung als „neue(r) Wissenschaft", und Johan Galtung sprach über die Zukunftsaufgaben der Friedensforschung. Den Abendvortrag mit dem charakteristischen Titel „Der Frieden kann geplant werden!" hielt Menke-Glückert selbst; er reiste aus Paris an und war laut Tagungsprotokoll „erschöpft" und „nur sehr unzureichend vorbereitet". Darüber hinaus erhielten Protagonisten verschiedener Institutionen der bundesdeutschen Friedensforschung die Gelegenheit, sich dem Plenum zu präsentieren. Dazu gehörten die FEST, das Otto-Suhr-Institut der FU mit Theodor Ebert und die VDW. Hinzu kam der „Abrüstungsausschuss des Liberalen Studentenbundes", den engagierte Jungdemokraten während der Tagung konstituierten und der, so das Tagungsprotokoll, sich mit neuen Ansätzen der sozialen Verteidigung und einer Disengagement-Zone in Europa beschäftigen wollte.[84]

81 Ebd.
82 So Wasmuht: Geschichte (wie Anm. 5), S. 154, aus einem internen Schreiben.
83 Zu den Teilnehmern Friedrich-Naumann-Stiftung, Reinhold Schulze, an Helmut Rosenfeld, 30.10.1967. In: AdsD, AFK Vorstand, Mappe 2.
84 O.V., Bericht über die Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach vom 2. bis 5.11.1967 über das Thema „Friedensforschung", 20.11.1967 und 15.11.1967. In: AdsD, AFK Vorstand, Mappe 2.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Tagung diskutierte nicht nur Kennedys Deutung des Friedens als andauernden Prozess, sondern auch Definitionsformen des Friedens, die Galtung prominent ein Jahr später niederlegte, nämlich die Unterscheidung zwischen dem negativen Frieden als Absenz des Krieges und dem positiven Frieden; letzterer wurde hier sehr offen und kommunitaristisch anmutend als „Leben in einer gemeinsam konzipierten Form" gefasst. Röling betonte, dass es nicht möglich sei, Konflikte zu lösen, ohne dabei den positiven Frieden im Auge zu haben. Zudem brach eine Kontroverse über die Interaktion zwischen Friedensforschung und der Lehre der internationalen Beziehungen auf: Czempiel erklärte, dass sich letztere seit ihrer Begründung 1919 die „Rationalisierung der internationalen Beziehungen zum Zweck der Friedenssicherung" zur Aufgabe gemacht habe. Nur durch den Aufstieg der USA zur Weltmacht nach 1945 sei eine „Verschiebung der Ziele ins Pragmatische" eingetreten. Dagegen setzte Röling, die Friedensforschung arbeite interdisziplinär und trage einen pädagogischen Ansatz, da sie eine Veränderung der Zustände anstrebe. Dies sei, so das Protokoll, schließlich auch von Czempiel akzeptiert worden.[85] Mithin brachte die Tagung Protagonisten unterschiedlicher Strömungen der Friedensforschung in einen produktiven Austausch. Zugleich trug sie neue Konzepte, die den Friedensbegriff weiter fassten und eine Entspannungs- und Gewaltverzichtspolitik wissenschaftlich unterlegten, mittelbar in die FDP hinein.

An das Treffen in Gummersbach schloss sich die angekündigte Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung unter dem Titel „Der geplante Frieden" an, die im April 1968 in Baden-Baden stattfand. An dieser nahmen über 200 Personen teil, darunter die Führungsriege der Naumann-Stiftung mit ihrem Vorstandsvorsitzenden Paul Luchtenberg, Vorstandsmitglied Werner Stephan und Barthold C. Witte sowie Vertreter der Liberalen Weltunion. Der frühere FDP-Justizminister Schleswig-Holsteins Bernhard Leverenz übernahm die Diskussionsleitung. Das Referat des neuen Parteivorsitzenden Walter Scheel, der erkrankt war, wurde verlesen. Darin präsentierte Scheel entspannungspolitische Überlegungen als „Katalog progressiver Maßnahmen zur Entwicklung einer Friedensordnung", zu denen er weitreichende Forderungen nach Abzug der Nuklearwaffen aus Mitteleuropa, Gewaltverzichts- und Schlichtungsabkommen und ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem (die spätere KSZE) rechnete; notwendig sei als innenpolitische Konsequenz die „Institutionalisierung der Friedensforschung in all ihren Bereichen". Auch Menke-Glückert trug erneut seine Argumente für eine systematische Förderung und Einbeziehung der Friedensforschung in die Politikberatung vor. Ein sehr prononcierter Vertreter eines Entspannungskurses innerhalb der FDP, der später

85 Ebd.; siehe auch Protokoll Fachkonferenz Friedensforschung, 2.–5.11.1967. In: Archiv des Liberalismus (ADL), Bestand Friedrich-Naumann-Stiftung 8477.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

als Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit enttarnte William Borm, warb für einen deutschlandpolitischen Kurs, der die Anerkennung der DDR insinuierte: Es sei ein Politikum, dass die Bundesrepublik als einziger Staat in Europa mit ihrem Status und ihren Grenzen nicht einverstanden sei. Zudem referierten erneut Bert Röling sowie der Beauftragte der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, Swidbert Schnippenkötter.[86]

In Baden-Baden schlug Menke-Glückert die Bildung einer Berufsvereinigung der Friedensforscher vor. Dies stieß auf breite Zustimmung. Zum einen erhofften sich viele Wissenschaftler davon höhere Chancen auf adäquate wissenschaftliche Stellen und mehr politische Schlagkraft, zumal den entstehenden Netzwerken der Friedensforschung überproportional viele jüngere Forscherinnen und Forscher angehörten.[87] Zum anderen versprachen sich auch die anwesenden Vertreter aus der Politik, mithilfe einer organisierten Friedensforschung eine sich ankündigende neue Ostpolitik wissenschaftlich zu rechtfertigen.[88] Es ist deshalb nicht überraschend, dass die Naumann-Stiftung eine weitere Zusammenkunft förderte, um eine solche Arbeitsgemeinschaft ins Leben zu rufen.[89] Auf Einladung der Stiftung und des Politikwissenschaftlers Iring Fetscher fanden sich im Juni 1968 im Institut für Politikwissenschaften der Universität Frankfurt am Main 16 WissenschaftlerInnen bzw. Vertreter der Wissenschaftsverwaltung und -politik – darunter Menke-Glückert, Theodor Ebert und Dieter Senghaas – zusammen, um die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) ins Leben zu rufen. Diese konstituierte sich als Verein, der als Sektion der „International Peace Research Association" firmieren sollte. Interims-Vorsitzender wurde der Völkerrechtler Otto Kimminich, der in den vorhergehenden Tagungen keine auffällige Rolle gespielt hatte. Als Aufgaben der AFK definierte der Kreis nicht nur die Bestandsaufnahme laufender Forschungsaufgaben und Forschungslücken sowie die Information der Mitglieder. Vor allem sollte die AFK einen neuen Forschungsstil durch „Zusammenwirken von Gesellschaft, Wissenschaft und Regierung" erproben. Zugleich war einem Aktionsaus-

86 Bericht über die vom 4. bis 6. April 1968 von der Friedrich-Naumann-Stiftung in Baden-Baden durchgeführte Arbeitstagung „Der geplante Frieden". In: ebd. 8494; siehe auch Arbeitstagung „Der geplante Frieden". Baden-Baden, 4.–6.4.1968 sowie Menke-Glückert: Ziele und Methoden (wie Anm. 65).

87 O.V., Bericht über die Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach vom 2. bis 5.11.1967 über das Thema „Friedensforschung", 20.11.1967 und 15.11.1967. In: AdsD, AFK Vorstand, Mappe 2.

88 Wasmuht: Geschichte (wie Anm. 5), S. 155, zitiert aus einem Interview mit der Friedensforscherin Gerda Zellentin; vgl. Helmut Rosenfeld: Forschungs- und Förderprobleme der Friedensforschung in der Bundesrepublik. In: Karl Kaiser (Red.): Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik. Düsseldorf 1971, S. 283-293.

89 Barthold C. Witte an Peter Menke-Glückert, 19.9.1968, mit dem Verweis auf die „von uns bisher so erfolgreich vorangetrieben(e)" Initiative der Arbeitsgemeinschaft Friedensforschung. In: ADL, Nachlass Luchtenberg, N 113-19.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schuss aufgegeben, eine Satzung für eine eigentliche Gründungsversammlung vorzubereiten.[90]

Diese Gründungsversammlung der AFK fand im September 1968 in der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik" (DGfAP) statt, deren Mitarbeiterin Helga Haftendorn die Sitzung gemeinsam mit der Friedrich-Naumann-Stiftung organisierte. Die verabschiedete Satzung unterschrieben sieben Personen – darunter mit Menke-Glückert und Reinhold Schulze zwei Vertreter der FDP bzw. der Naumann-Stiftung. Der AFK, die sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen finanzierte, traten neben Einzelmitgliedern korporative Organisationen wie die FEST und dann auch die DGfAP bei. Menke-Glückert wurde mit einer knappen Mehrheit der Stimmen zum Vorstandsvorsitzenden, Haftendorn zur geschäftsführenden Vorsitzenden gewählt (aus vereinsrechtlichen Gründen zunächst bis Ende 1968).[91] Letzteres Amt übernahm nach einer Vorstandssitzung im März 1969 Menke-Glückert. Vorstandsvorsitzender wurde Klaus Gottstein. Der Abteilungsleiter am Max-Planck-Institut für Physik, langjähriges Vorstandsmitglied der VDW, hatte seit den frühen 1960er Jahren enge Verbindungen in die internationale Friedensforschung und 1966 eine Zusammenkunft westdeutscher Friedensforscher organisiert; er sollte – auch auf Betreiben Menke-Glückerts – AFK und VDW enger verzahnen. Als Geschäftsführer ergänzte Helmut Rosenfeld, pensionierter Beamter und FDP-Mitglied, auf Vermittlung Werner Stephans das Führungstrio, nachdem die Naumann-Stiftung – so Menke-Glückert – „die Geschäftsführung nicht fortführen wollte (oder konnte)".[92] Gottstein organisierte für die AFK mit der VDW 1970 ein erstes großes Kolloquium zu „Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik", an dem über 280 Personen teilnahmen. Zudem schuf die AFK ein eigenes Jahrbuch und installierte Arbeitsgruppen.[93]

Die Naumann-Stiftung hatte mithin die administrative Alimentierung der AFK nicht fortgeführt. Dennoch hatte sich in der Führung der Bundespartei und im Reformflügel ein Bewusstsein für die Bedeutung einer Friedensforschung etabliert. Die FDP-Bundestagsfraktion richtete im Juni 1969 eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung, die eine finanzielle Unterstützung

90 Reinhold Schulz: Kurzprotokoll der vorbereitenden Sitzung zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft für Friedensforschung am 13. Juni 1968 in Frankfurt am Main 26.7.1968. In: AdsD, AFK Vorstand, Mappe 2.

91 Protokoll über die konstituierende Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung am 28.9.1968 im Hause der DGfAP in Bonn. In: AdsD, AFK Vorstand, Mappe 2; vgl. Rosenfeld: Forschungs- und Förderprobleme (wie Anm. 88), S. 285.

92 Menke-Glückert an Rosenfeld, 25.12.1969. In: ADL, Nachlass Rosenfeld, N 48-1; Gottstein an Menke-Glückert, 15.5.1968; Menke-Glückert an Gottstein, 3.2.1969; Gottstein an Menke-Glückert, 7.2.1969. In: Privatarchiv (PA) Klaus Gottstein, Ordner AFK Politikwiss. M–Z; vgl. Rosenfeld: Forschungs- und Förderprobleme (wie Anm. 88), S. 286–288.

93 Vgl. Kaiser (Red.): Bedrohungsvorstellungen (wie Anm. 88).

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Bemühungen um Koordinierung der Friedens- und Konfliktforschung durch den Bund – Auswärtiges Amt, Verteidigungs-, Innen- oder Wissenschaftsministerium – insinuierte. Die Fraktion erkundete, ob die Bundesregierung die Auffassung teile, dass es eine europäische Friedensordnung erfordere, „Entscheidungshilfen und Modelle durch die Forschung zu erhalten", und erkundigte sich nach den Instrumenten der „Friedensplanung". Erkennbar manifestierten sich hier Menke-Glückerts Überlegungen.[94] Auch das FDP-Programm für die Bundestagswahl 1969 benannte als Ziele nicht nur die europäische Friedensordnung und ein europäisches Sicherheitssystem, was den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen und – deutlicher als Scheel dies 1968 formuliert hatte – Verhandlungen mit der DDR und die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs implizierte. Ebenso verwies die FDP nun darauf, dass äußere und innere Politik „untrennbar" seien und dass die Friedens- und Konfliktforschung „die wissenschaftlichen Voraussetzungen dafür" schaffe, eine europäische Friedensordnung zu erreichen; zu dieser rechnete die FDP nun auch die Nord-Süd-Politik. Neben der Bundeswehr, die die Sicherheit garantiere, führte das Programm explizit das in der Friedensforschung erarbeitete Konzept der zivilen Verteidigung an.[95]

Nicht nur in der FDP, sondern auch in der SPD war das Anliegen der Friedensforschung auf Resonanz gestoßen. Der Parteivorsitzende Willy Brandt hatte sich ja bereits seit seinen Berliner Jahren der Konzeptionalisierung des „Wandels durch Annäherung", der neuen Ostpolitik und dem Thema Frieden gewidmet. 1968/69 unterlagen Teile der Partei nachgerade einer Planungsbegeisterung und entfalteten ein starkes Interesse an der Zukunftsforschung[96], und damit rückte auch die Friedensforschung in den Fokus der Sozialdemokratie. Der neue Bundespräsident Gustav Heinemann, der ehedem wegen der Wiederbewaffnung als Innenminister zurückgetreten war und über die Gesamtdeutsche Volkspartei in die SPD gefunden hatte, verwies in seiner Antrittsrede am 1. Juli 1969 auf die Notwendigkeit, die militärischen, sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Zusammenhänge zwischen Rüstung, Abrüstung und Friedenssicherung wissenschaftlich zu erforschen. Damit griff er den weiten Friedensbegriff der Friedensforschung auf, der auch innergesellschaftliche und wirtschaftliche Faktoren und Konfliktlagen einbe-

94 Kleine Anfrage der FDP-Fraktion: Friedensforschung, 26.6.1969. In: Deutscher Bundestag, Drs. V/4371.

95 Praktische Politik für Deutschland – Das Konzept der F.D.P. verabschiedet vom 20. Ordentlichen Bundesparteitag der Freien Demokratischen Partei am 25. Juni 1969 in Nürnberg. In: Juling (Hrsg.): Entwicklung (wie Anm. 77), S. 200-209, hier S. 207 f.

96 Vgl. Elke Seefried: Partei der Zukunft? Der Wandel des Fortschrittsverständnisses der SPD 1960-2000. In: Fernando Esposito (Hrsg.): Zeitenwandel. Transformationen geschichtlicher Zeitlichkeit nach dem Boom. Göttingen 2017, S. 193-225.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zog.[97] Noch im Juli 1969 wurde Menke-Glückert bei Egon Bahr, Chef des Planungsstabes im Auswärtigen Amt, bezüglich einer Förderung der AFK vorstellig, zunächst ohne Erfolg.[98] Nach der Bildung der sozialliberalen Koalition, welche die FDP zurück in die Regierung brachte, erklärte Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungsklärung, dass die Regierung „die Initiative des Herrn Bundespräsidenten aufgreifen und die Friedensforschung […] koordinieren" werde. Carl Friedrich von Weizsäcker sollte der Regierung dafür beratend zur Seite stehen.[99]

Damit bereitete die sozialliberale Koalition den Boden für eine öffentliche Förderung der Friedensforschung. Hatte Menke-Glückert aber gehofft, dass die AFK jene „effektive Organisation" werde, die der Bund zu einer Art Forschungsinstitut für Friedensforschung aufbaue[100], so wurde rasch deutlich, dass die Regierung vor allem eine eigene Förderinstanz schaffen wollte, die die politische Alimentierung der Friedensforschung steuern und deren politische Unabhängigkeit sichern sollte. Dabei kam dem nun FDP-geleiteten Auswärtigen Amt (AA) eine zentrale Rolle zu. Im Herbst 1969 gelangte ein Entwurf aus dem Außenamt, der Leitlinien für die Bildung und Förderungsschwerpunkte einer „Deutsche(n) Gesellschaft zur Förderung der Friedensforschung" skizzierte, in die Presse – unter anderem in der „freien demokratischen korrespondenz". Erstellt worden war er nicht vom Parlamentarischen Staatssekretär Ralf Dahrendorf, dem neuen Star der FDP, der sich ja als Experte für Konfliktsoziologie profiliert hatte und dem das Papier zunächst zugeschrieben wurde, sondern von Botschafter Helmut Roth aus dem Planungsstab des AA (einem Sozialdemokraten) sowie dem Bonner Politikwissenschaftler Hans-Adolf Jacobsen (der FDP-Mitglied war). Dem Entwurf entsprechend sollte ein ehrenamtlich arbeitendes Kuratorium die staatliche Förderung der Friedensforschung organisieren und Themen festlegen; dazu gehörten Kriegsverhütung, Konfliktursachen und Konfliktbeherrschung, regionale Sicherheitssysteme und die Organisation des Friedens, ferner die Erziehung zum Frieden. Damit folgte man ebenfalls einem geweiteten Friedensbegriff.[101] Über inhaltliche Fragen hinaus erschien dem Vorstand der AFK im Roth-Jacobsen-Papier hingegen die wissenschaftliche Selbstorganisation und Unabhängigkeit nicht genügend berücksichtigt. Nun preschte die

97 Vgl. Gustav Heinemann: Antrittsrede, 1.7.1969. In: Deutscher Bundestag. Sten. Berichte 5. Wahlperiode, S. 13664-13667, hier S. 13665; zu Heinemanns Wirkung Rosenfeld: Forschungs- und Förderprobleme (wie Anm. 88), S. 285.

98 Menke-Glückert an Bahr, 17.7.1969. In: AdsD, Vorstand AFK, Mappe 1.

99 Willy Brandt: Regierungserklärung, 28.10.1969. In: Deutscher Bundestag. Sten. Berichte 6. Wahlperiode, S. 20-34, hier S. 30.

100 Menke-Glückert an Staatssekretär im Bundespräsidialamt, Dietrich Spangenberg, 17.7.1969. In: ADL, Nachlass Rosenfeld N 48-1.

101 Vgl. Wasmuht: Geschichte (wie Anm. 5), S. 199; Rosenfeld: Forschungs- und Förderprobleme (wie Anm. 88).

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

VDW vor, weil deren Geschäftsführer Horst Afheldt in Abstimmung mit Botschafter Roth – also dem Auswärtigen Amt – einen Alternativ-Entwurf ausarbeitete (den der von Menke-Glückert wenig gelittene Publizist Claus Koch mit verfasste). Menke-Glückert hatte – obwohl ja das Auswärtige Amt nun FDP-geführt war – offenkundig keinen privilegierten Kontakt in das Außenministerium.

Hingegen beauftragten der AFK-Vorstand und sein einflussreicher „Methodenausschuss" (dem Weizsäcker und Picht angehörten) Karl Kaiser, ein Gutachten zu erstellen, und warben hierfür Mittel der Volkswagen-Stiftung ein. Ein zweites Papier für die AFK lieferte der junge Bonner Politikwissenschaftler Theo Schiller, der 1963/64 als stellvertretender Bundesvorsitzender des Liberalen Studentenbundes agierte und 1974 Vorsitzender der Jungdemokraten werden sollte. Die Autoren und Vertreter von AFK und VDW erarbeiteten dann gemeinsam ein Konzept, welches das Programm Friedensforschung über eine neue Stiftung abseits bestehender Förderungsformate zu organisieren gedachte. Dieses freie Konzept ließ sich in den Verhandlungen, die zunächst im Auftrag des neuen parteilosen Wissenschaftsministers Hans Leussink der Wissenschaftsrat führte, nicht voll durchsetzen. In diesen Verhandlungen spielte Weizsäcker als Berater der Regierung und öffentlicher Intellektueller eine Schlüsselrolle; Menke-Glückert war nicht Teil dieser Verhandlungsdelegation.[102]

In einer Kompromisslösung entstand die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) im Oktober 1970 als Bund-Länder-Konstruktion, mit einem Kuratorium, das die Grundsätze der Förderung konzipierte und als vermittelnde Instanz zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit wirkte, und einer Kommission, die bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gebildet wurde und die über Förderungsanträge entschied. In das Kuratorium der DGFK wurden nicht nur Vertreter von Bund und Ländern, Wissenschaft und Verbänden, sondern auch Repräsentanten der Bundestagsfraktionen entsandt.[103] Die FDP-Fraktion entsandte Peter Menke-Glückert.[104]

102 Vgl. ebd.; Wasmuht, Geschichte (wie Anm. 5), S. 159-164.; Korrespondenz Menke-Glückert – Gottstein; Menke-Glückert an Roth, 16.12.1969. In: PA Gottstein, Ordner AFK Allg. Korr. ab 1.8.1969; Rosenfeld an Menke-Glückert, 13.12.1969. In: ADL, Nachlass Rosenfeld, N 48-1; Protokoll der AFK-Mitgliederversammlung vom 27.2.1970 in Frankfurt am Main, 24.3.1970. In: AdsD, Vorstand AFK, Mappe 1; das Gutachten Kaisers wurde veröffentlicht als Kaiser: Friedensforschung (wie Anm. 4).

103 Vgl. Wasmuht: Geschichte (wie Anm. 5), S. 197-216.

104 FDP-Fraktion, Wolfgang Mischnick, an Staatssekretärin im Kanzleramt Katharina Focke, 15.10.1970. In: ADL, FDP-Bundestagsfraktion, A 49-161; Ministerbüro, Woelker, an Minister Scheel, 8.12.1970. In: ADL, Bestand Scheel, A 35-4.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Mithin hatten der Liberale Menke-Glückert und die Friedrich-Naumann-Stiftung eine wichtige initiierende Rolle in der Institutionalisierung der bundesdeutschen Friedensforschung gespielt. Dieser Prozess interagierte mit dem Wandel hin zu neuen entspannungs- und ostpolitischen Konzeptionen – und einem neuen, geweiteten Friedensbegriff – in der FDP. Wie sich das Verhältnis des Liberalismus zu Friedensforschung und Friedenspolitik in den 1970er und 1980er Jahren entwickelte, ist in künftigen Forschungen genauer zu analysieren.[105] Doch deutet sich an, dass diese liberale Schlüsselrolle erodierte.

Menke-Glückert kandidierte auf der Mitgliederversammlung der AFK in Frankfurt Anfang 1970 für den stellvertretenden Vorsitz, unterlag aber Dieter Senghaas, der zum Kreis der kritischen Friedensforscher gehörte.[106] Vorsitzender wurde Karl Kaiser. Dessen Gutachten für die VW-Stiftung hatte Menke-Glückert hart kritisiert, weil es in seinen Augen den Beitrag von Naturwissenschaft und Technik, von Zukunftsforschung und Systemanalyse für die Friedensforschung nicht genügend berücksichtigte[107] und zugleich in einer Fixierung auf internationale Beziehungen und „Bonner Tagespolitik" die Pluralität der Ansätze in der Friedensforschung nicht genügend abgebildet habe.[108] Hintergrund war wohl auch, dass Kaiser eine Konzentration auf Steuerungs- und Planungsmodelle als Szientismus und „Gefahr" für die Friedensforschung bezeichnet hatte, und dabei hatte er sich erkennbar auf Menke-Glückert bezogen.[109] Der Liberale wirkte noch im Vorstand, spielte aber in der AFK – die in den 1970er Jahren in finanzielle Probleme geriet – keine herausragende Rolle mehr.[110] Dennoch unterstützten er und andere Linksliberale in den 1970er Jahren die Sache der Friedensforschung. Innenminister Gerhart Baum betraute Menke-Glückert, der als Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium zwischenzeitlich für Sport und Medien zuständig war, 1977 mit dem Thema Zivile Verteidigung. Die Jungdemokraten, die in den

105 Zu Hans-Dietrich Genscher vgl. Agnes Bresselau von Bressensdorf: Frieden durch Kommunikation. Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten Kalten Krieg 1979-1982/83. Berlin u.a. 2015.

106 AFK, Protokoll der Mitgliederversammlung vom 27.2.1970 in Frankfurt, 24.3.1970. In: AdsD, AFK Vorstand, Mappe 1; Rosenfeld: Forschungs- und Förderprobleme (wie Anm. 88), S. 191.

107 Menke-Glückert an Kaiser, 18.2.1970. In: PA Gottstein, Ordner AFK Allg. Korr. ab 1.8.1969.

108 Menke-Glückert an Gottstein, 1.3.1970; vgl. Menke-Glückert an Gottstein, 21.2.1970. Beides in: ebd.

109 Kaiser: Friedensforschung (wie Anm. 4), S. 62. Diesen Dissens zwischen Menke-Glückert und Kaiser bestätigte im Gespräch auch Klaus Gottstein (23.4.2019).

110 Rosenfeld: Forschungs- und Förderprobleme (wie Anm. 88), S. 293.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1970er Jahren weit links von der Bundespartei positioniert waren, zeigten sich gar offen für dezidiert kritische Ansätze der Friedensforschung.[111]

Doch die Friedrich-Naumann-Stiftung führte die 1967/68 aufgebotene starke personelle und finanzielle Unterstützung der Friedensforschung nicht weiter. Auch das vom FDP-Vorsitzenden Scheel geführte Auswärtige Amt bzw. dann das Bundespräsidialamt lieferten den Friedensforschern nicht jene Unterstützung, die sie sich erhofft hatten, zumal die federführende Zuständigkeit für die Friedensforschung 1970 beim Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) lag.[112] So sprach Ernst-Otto Czempiel als Vorsitzender der DGFK 1975 bei Bundespräsident Scheel vor; er klagte über die fehlende Unterstützung der Friedens- und Konfliktforschung durch die Parteien und erkundete, in welcher Weise die Friedensforschung für die Außenpolitik „hilfreich" sein könne. Scheel erteilte den wenig zielführenden Rat, „nicht im akademischen Bereich zu verharren", sondern die breite Öffentlichkeit anzusprechen, und wegen der politikberatenden Funktion einmal mit der „Gesellschaft für Politik und Wissenschaft" (gemeint war wohl die Stiftung Wissenschaft und Politik) zu sprechen.[113]

1979 votierte der Freistaat Bayern dafür, die Förderung der DGFK einzustellen, und dem folgten wenig später auch andere CDU/CSU-regierte Länder. Die FDP forderte im Programm für die Bundestagswahlen 1980 hingegen, den Ausfall von Ländermitteln in der DGFK über den Bund aufzufangen.[114] Als der Zerfall der DGFK absehbar war, sprachen sich die zuständigen Arbeitskreise der Bundestagsfraktion und die FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz dafür aus, eine Dachorganisation auf föderaler Basis zu schaffen, um die pluralistische Struktur der Friedens- und Konfliktforschung zu erhalten.[115] Nachdem die Partei den Koalitionswechsel hin zur Union vollzogen hatte, pochte Menke-Glückert, im CSU-geführten Innenministerium in den Ruhestand versetzt, auf die Wahlaussagen von 1980.[116] Auch das Wahl-

111 Vgl. Martin Diebel: Atomkrieg und andere Katastrophen. Zivil- und Katastrophenschutz in der Bundesrepublik und Großbritannien nach 1945. Paderborn 2017, S. 116; Deutsche Jungdemokraten: Jungdemokraten für Abrüstung (Redaktion: Berthold Meyer). Bonn 1978.

112 Deutscher Bundestag, Auswärtiger Ausschuss, 2. Sitzung des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle: Bericht über Stand der Organisation der Friedensforschung, 22.9.1970. In: ADL, Bestand Scheel, A35-4.

113 Vermerk Dönig, 20.6.1975. In: ebd., N 82-73.

114 Wahlprogramm der Freien Demokratischen Partei für die Bundestagswahlen am 5. Oktober 1980. Verabschiedet auf dem Bundesparteitag Freiburg, 7.6.1980. In: FDP (Hrsg.): Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P. 1980 bis 1990. Baden-Baden 1990, S. 12-84, hier S. 14-26.

115 FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, Arbeitskreis V, Blaukat, Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, 8.6.1982, und Pressemeldung der 73. Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Wiesbaden. In: ADL, Bestand Mischnick, A 41-331.

116 Menke-Glückert an Mischnick, 2.12.1982. In: ADL, Bestand Helmut Schäfer, N74-234; vgl. Menke-Glückert: Frieden als Verfassungsauftrag. In: liberal 23 (1981), S. 814-822.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

programm 1983 nahm nochmals auf die notwendige Finanzierung der Friedens- und Konfliktforschung und die „aktive Friedenserziehung an unseren Schulen“ Bezug.[117] Nachdem allerdings ein Gutachten des Wissenschaftsrates empfahl, die Förderung angesichts der politischen Polarisierung auf die DFG zu übertragen und die Vermittlungsarbeit in die Hände der HSFK oder Landeszentralen für politische Bildung zu legen,[118] ließ sich der Plan von Sozialliberalen wie Olaf Feldmann und Hildegard Hamm-Brücher, eine eigene Stiftung zu begründen, in der Fraktion und der Koalition nicht mehr durchsetzen.[119] Die DGFK löste sich 1983 erzwungenermaßen auf. Die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung übernahm die DFG. Zudem richtete die HSFK eine kleine Arbeitsstelle Friedensforschung in Bonn ein.[120]

Warum die liberale Unterstützung der Friedensforschung in den 1970er und frühen 1980er Jahren bröckelte, ist nicht monokausal zu erklären. Erstens ließ sich zweifellos argumentieren, dass die Friedensforschung mit der Gründung der DGFK institutionalisiert war und systematisch Bundesmittel erhielt. Hinzu kamen die Neugründungen des Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, das 1970 in Starnberg seine Pforten öffnete, der HSFK in Frankfurt und des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Eine dezidierte Alimentierung der Friedensforschung durch Parteien oder politische Stiftungen erschien nicht unbedingt notwendig. Gleichwohl sah sich die AFK als Berufsvereinigung der Friedensforscher, die eben den pluralistischen Geist der neuen Disziplin sichern sollte, von politischer Förderung weitgehend abgekoppelt.[121]

Zweitens unterlag die Friedens- und Konfliktforschung in den 1970er Jahren einer Politisierung, ja Ideologisierung und Polarisierung. Eine solche Entwicklung wurzelte ein Stück weit im Selbstverständnis der Friedensforschung als angewandter, engagierter Wissenschaft, die eine ganz enge Kopplung von Wissenschaft und Politik insinuierte; dieses dezidiert normative Wissenschaftsverständnis drohte die Grenzen der Wissenschaftlichkeit zu

117 Wahlaussage der Bundestagswahl 1983. Verabschiedet auf dem Bundesparteitag Freiburg, 29./30.1.1983. In: FDP (Hrsg.): Programm der Liberalen (wie Anm. 114), S. 191-213, hier S. 200.

118 FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, Arbeitskreis V, Friedens- und Konfliktforschung – Empfehlung des Wissenschaftsrates, 16.5.1983. In: ADL, Nachlass Friedrich Neuhausen, N59-68.

119 Deutscher Bundestag, 10. WP, Beschluß der F.D.P.-Bundestagsfraktion 15/83 und Protokoll Fraktion, 6.9.1983. In: ADL, Bestand Mischnick, A 41-78.

120 Vgl. Wasmuht: Geschichte (wie Anm. 5), S. 329-340; Koppe: Geschichte (wie Anm. 5), S. 37-40.

121 So auch Klaus Gottstein im Gespräch am 23.4.2019.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

verwischen und trug zu einer wachsenden Politisierung bei.[122] Dass die kritische und die „traditionelle", vornehmlich auf die internationalen Beziehungen gerichtete Friedens- und Konfliktforschung in den 1970er Jahren konfligierten, lässt sich darüber hinaus mit den Einflüssen neomarxistischer Ansätze in der kritischen Friedensforschung und einer gewissen Gegenbewegung der „Tendenzwende" erklären. Dynamisiert durch die 1968er-Protestbewegung, den Regierungswechsel und Ideen der Neuen Linken, positionierten sich kritische Friedensforscher dezidiert links und nahmen sich emphatisch der Sache der wirtschaftlich „Ausgebeuteten" in innenpolitischer Hinsicht und im Nord-Süd-Verhältnis an, wie in der „Wannsee-Erklärung" kritischer Friedensforscher 1971 deutlich wurde: „Kritische Friedensforscher begreifen sich als Parteigänger von Menschen, die durch die ungleiche Verteilung sozialer und ökonomischer Lebenschancen in und zwischen Nationen (d.h. durch strukturelle Gewalt) betroffen sind: von Ausgebeuteten, von sozial Diskriminierten und in ihrer physischen Existenz Bedrohten".[123] Nur ein kleiner Teil ging so weit, sich als „revolutionäre Konfliktforschung" gegen die „*ideologisch* Verblendeten" der traditionellen Friedensforschung zu stellen[124] oder – wie eine von der DGFK geförderte Arbeit – alltägliche Gewalt als strukturelle Gewalt zu untersuchen; dies las der DGFK-Vorsitzende Werner Link als Entgrenzung des Gewaltbegriffs, die auch „Gegengewalt" als Widerstand gegen die Staatsgewalt rechtfertigen konnte.[125] Die Bayerische Staatsregierung jedenfalls erklärte mit Blick auf die Förderungspraxis den Austritt des Freistaates aus der DGFK. Zudem wurde 1981 nach der Emeritierung Weizsäckers und dem Weggang von Jürgen Habermas auch das Starnberger Max-Planck-Institut aufgelöst.[126] Der Streit der Friedensforscher und die erkennbare Ideologisierung unterminierten zweifellos die Position der FDP, pluralistische Ansätze zu fördern.

Drittens positionierte sich die FDP in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre inhaltlich neu. Die Neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition schien mit

122 Jacobsen: Friedensverständnis. In: DGFK-Informationen 2/1983, zitiert nach Hauswedell: Friedenswissenschaften (wie Anm. 5), S. 238.

123 Erklärung zur Friedensforschung. Angenommen auf einer wissenschaftlichen Tagung „Zum Stand kritischer Friedensforschung" am 24./25. April 1971 in der Ev. Akademie Berlin-Wannsee. In: Senghaas (Hrsg.): Kritische Friedensforschung (wie Anm. 25), S. 416-419.

124 Lars Dencik: Plädoyer für eine revolutionäre Konfliktforschung. In: ebd., S. 247-270, hier S. 268.

125 Werner Link als Vorsitzender der DGFK im Gespräch mit Bundespräsident Scheel am 14.12.1977, Vermerk vom 16.12.1977. In: ADL, Bestand Scheel, N82-563; vgl. Koppe: Geschichte (wie Anm. 5), S. 43-47; Hauswedell: Friedenswissenschaften (wie Anm. 5), S. 57-61.

126 Vgl. Seefried: Zukünfte (wie Anm. 9), S. 324-348; vgl. Ariane Leendertz: Die pragmatische Wende. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985. Göttingen 2010, S. 14-49.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

den Ostverträgen und der KSZE-Schlusskonferenz von Helsinki 1975 erfolgreich abgeschlossen. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Eintrübung und einer neuen Sockelarbeitslosigkeit rückte das Ökonomische ins Zentrum. Der Sozialliberalismus hatte seinen Höhepunkt überschritten, die Partei suchte sich nun in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu profilieren und propagierte eine Abkehr vom Keynesianismus und eine verstärkte Angebotsorientierung. Die Entspannungspolitik wurde damit nicht gegenstandslos: Die neue Verschärfung des weltpolitischen Klimas im „Zweiten Kalten Krieg", die spätestens mit dem NATO-Doppelbeschluss und dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979 einsetzte, machte den Frieden wieder zum überwölbenden innenpolitischen Thema.[127] Doch wurde nicht mehr in erster Linie die FDP als die Friedenspartei wahrgenommen, sondern es waren nun die Grünen, die die Gewaltfreiheit zu einem der vier Pfeiler ihres Programms machten und in der öffentlichen Wahrnehmung zu „der" Friedenspartei avancierten.[128] Dabei speisten sich die Grünen maßgeblich aus der Friedensbewegung, die Anfang der 1980er Jahre in der Debatte um die Nachrüstung eine nie zuvor erreichte öffentliche Präsenz erreichte. Der Streit um die kritische Friedensforschung – die viele personelle Schnittmengen mit der Friedensbewegung aufwies – Anfang der 1980er Jahre ist nur vor diesem Hintergrund der Nachrüstungsdebatte zu verstehen.[129]

Hingegen rang die FDP um ihre Positionierung zur Nachrüstungsdebatte, und dies wurde zur Auseinandersetzung über das eigene Friedens- und Demokratieverständnis.[130] Die FDP hatte sich schon in der sozialliberalen Koalition zum NATO-Doppelbeschluss bekannt. Der Vorsitzende und Außenminister Hans-Dietrich Genscher kommunizierte auch nach dem Regierungswechsel von 1982 die Überzeugung, den Stationierungsbeschluss umzusetzen und zugleich den Dialog mit den Warschauer Pakt-Staaten – etwa im Rahmen der KSZE – fortzusetzen. Dies entsprach einem Verständnis von Frieden, das auf Kommunikation und Dialog in den internationalen Beziehungen setzte, aber letztlich vor allem in der Stationierung – und damit im System der Abschreckung – die „richtige Entscheidung zur Friedenssiche-

127 Philipp Gassert u.a. (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive. München 2011; zur Wirtschaftspolitik Tim Schanetzky: Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982. Berlin 2007, S. 211-229.

128 Zur Konkurrenz der Grünen Peter Menke-Glückert: F.D.P. alternativ? In: liberal 24 (1982), S. 321–324; Silke Mende: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn". Eine Geschichte der Gründungsgrünen. München 2011.

129 Vgl. Bonacker: Forschung (wie Anm. 4).

130 Vgl. Agnes Bresselau von Bressensdorf: Entspannung, Sicherheit, Frieden. Innerparteilicher Willensbildungsprozess und liberales Selbstverständnis der FDP im Zweiten Kalten Krieg. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29 (2017), S. 23-40.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rung“ ausmachte.[131] Der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick, der die Meriten der FDP in der Entspannungspolitik seit den 1960er Jahren hervorhob, stellte nicht mehr den Frieden, sondern Entspannung und vor allem Sicherheit – die eigene Sicherheit und die des anderen – in den Fokus.[132] Hingegen ging es Protagonisten des linksliberalen Flügels darum, den Friedensbegriff in seiner Breite zu propagieren. Menke-Glückert rechtfertigte einerseits die Abschreckung, die „eine für europäische historische Verhältnisse sehr lange Friedensperiode“ gebracht habe. Andererseits unterdrücke die „Abschreckungsgesellschaft“ nur Konflikte und schaffe einen „negative[n] Frieden“. Deshalb sei eine neue Entspannungsinitiative notwendig.[133] Auch Günter Verheugen machte im Band „Das liberale Gewissen“, den Sozialliberale im Herbst 1982 in Abgrenzung von der Parteispitze publizierten, „noch deutsche Gestaltungsmöglichkeiten der deutschen Friedenspolitik“ aus. Diese lägen in der KSZE, in umfassenden Abrüstungsgesprächen zwischen West und Ost und der kritischen Überprüfung der NATO-Strategie. Auch er appellierte in der Abgrenzung vom Doppelbeschluss im liberalen Sinne an die Vernunft: „Erst aufzurüsten, um abrüsten zu können – das ist eine Politik, die eine nicht gelinde Zumutung an den menschlichen Verstand darstellt.“[134]

Die Auseinandersetzung, wie sich die FDP zur Nachrüstung positionierte, wurzelte auch in ihrer ambivalenten Haltung zur Friedensbewegung – und dies rührte an ihrem liberalen Selbstverständnis. Linksliberale wollten prüfen, wie Teile der Friedensbewegung integriert werden könnten, und warnten davor, die heterogene Friedensbewegung als rein kommunistisch unterwandert zu dämonisieren. Die Demonstrationen für den Frieden seien auch eine Chance.[135] Damit reklamierten sie das bürgerliche und zivilgesellschaftliche Erbe des Liberalismus für sich. Die FDP sei nun einmal, so Menke-Glückert, keine „gutgeölte Funktionärstruppe“, sondern „Wächter für Bürgerrechte, […] für Meinungsfreiheit und Toleranz“.[136] In ihrer Wahlaussage für die Bundestagswahl, die im Januar 1983 getroffen wurde, erklärte die FDP denn auch: „Weil Liberale jedes ernsthafte Engagement für den Frieden unterstüt-

131 Genscher in der Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion vom 20.11.1983, zit.nach ebd., S. 32.

132 Wolfgang Mischnick: Liberale Ostpolitik im Zeichen von Kontinuität und Innovation, 16.11.1984. In: ADL, Bestand Mischnick, A41-614.

133 Menke-Glückert: Verfassungsauftrag (wie Anm. 116), S. 816 f.

134 Günter Verheugen: Kontinuität allein genügt nicht. Gedanken zur Außen- und Sicherheitspolitik. In: Helga Schuchardt/ders. (Hrsg.): Das liberale Gewissen, Reinbek 1982, S. 118- 134, hier S. 128 f.; vgl. Olaf Feldmann: Frieden schaffen, Frieden sichern. Von der Nachrüstung zur Abrüstungshilfe. Mit einem Vorwort von Hans-Dietrich Genscher. Baden-Baden 1993 (trotz des Vorworts mit einer Kritik an der Parteispitze).

135 Vgl. Verheugen: Kontinuität (wie Anm. 134), S. 126-129; Feldmann: „Ja“ zur Friedensdemonstration, 1.10.1981, in: Ders.: Frieden (wie Anm. 134), S. 21; Menke-Glückert: Verfassungsauftrag (wie Anm. 116), S. 822.

136 Menke-Glückert: F.D.P. alternativ (wie Anm. 128), S. 322.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zen, treten wir […] für die Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung ein", auch wenn es unterschiedliche Ziele und Bewertungen gebe.[137] Doch intern distanzierte sich die Fraktion von der Bewegung und ihren Initiativen „psychologischen Terrors", die man gar mit dem Vorgehen der Nationalsozialisten gleichsetzte. Man müsse dem Bürger die eigene sachlich richtige Politik nur hinreichend erklären.[138]

Die FDP hatte sich – entsprechend der liberalen Tradition – immer einem repräsentativen Demokratieverständnis verschrieben; insofern war es nicht verwunderlich, dass sie keine enge Verbindung zur Friedensbewegung herstellte. Doch hatte sich ihr Reformflügel Mitte der 1960er Jahre – freilich in der Opposition – offen für neue Ansätze des Nachdenkens über den Frieden und die Diskussion mit der Studentenbewegung gezeigt und damit auch das eigene Selbstverständnis als bürgerliche Partei geschärft. 1982/83 hingegen präsentierte sich die Partei mehrheitlich als „staatstragende Regierungspartei",[139] die den NATO-Doppelbeschluss als richtigen Weg zum Frieden kommunizierte und damit zu zivilgesellschaftlichen Initiativen und neuen Praktiken der Friedensarbeit von unten keinen Zugang fand. Dabei leitete sie offenkundig auch ein traditioneller Antikommunismus, der die kommunistische Prägung und Infiltration der Friedensbewegung durch die DDR-Staatssicherheit überschätzte.[140] Auch weil die Friedensbewegung in Teilen mit der Friedensforschung vernetzt war, ließ das Engagement der Partei für die Sache der Friedensforschung nach.

V.

Damit freilich, so lässt sich argumentieren, vergab die FDP eine Chance. Peter Menke-Glückert als liberaler Advokat einer Friedensplanung und die Friedrich-Naumann-Stiftung hatten in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre die Institutionalisierung der bundesdeutschen Friedensforschung vorangetrieben; umgekehrt hatten friedenswissenschaftliche Debatten dazu beigetragen, in der Partei einen neuen, geweiteten Friedensbegriff zu etablieren, der den eigenen Kurs der Entspannung prägte und einen liberalen Pfeiler der neuen Ostpolitik bildete. Dieser Friedensbegriff integrierte außenpolitische Strategien des Gewaltverzichts, der Abrüstung und des Dialogs sowie – im klassisch liberalen Sinne – eine Ausweitung des blockübergreifenden Han-

137 Wahlaussage (wie Anm. 117), hier S. 200.
138 Zit. nach Bressensdorf: Entspannung (wie Anm. 130), S. 37.
139 Ebd., S. 37.
140 Vgl. Helge Heidemeyer: NATO-Doppelbeschluss, westdeutsche Friedensbewegung und der Einfluss der DDR. In: Gassert u.a. (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg (wie Anm. 127), S. 247-268.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dels, um schrittweise mehr Freiheiten für die Menschen in den sozialistischen Staaten zu erreichen und durch deutsch-deutsche Kontakte eine langfristige Wiedervereinigungsoption zu erhalten. Darüber hinaus sollten Überlegungen zur Verklammerung außenpolitischen und innergesellschaftlichen Friedens liberale Vorstellungen einer offenen Gesellschaft nach innen stützen.[141] Auf diese Weise stärkte die FDP ihren Anspruch, sich als Partei des Friedens zu präsentieren. Hingegen kehrte die Partei in den frühen 1980er Jahren zu einer engeren Deutung des Friedens zurück, die sich vermehrt an der Abschreckungslogik orientierte. Damit verlor sie den Anspruch, die Sache des Friedens zu repräsentieren, vermehrt an die Grünen. In dieser Hinsicht hatte sich der Sozialliberalismus eben nicht zu Tode gesiegt.[142]

141 Zu neuen liberalen Ansätzen in der Friedensforschung der 1990er Jahre, die Frieden durch Demokratie, durch wirtschaftlichen Austausch und durch internationale Institutionen betonten, Andreas Hasenclever: Liberalismus in den internationalen Beziehungen. In: Sauer/Masala: Handbuch (Anm. 4), S. 75-105.

142 So die These von Julia Angster: Politischer Liberalismus und gesellschaftlicher Wandel zwischen 1960 und 1990. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29 (2017), S. 89-108, hier S. 108.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Matthias Oppermann

Lieber Krieg als Knechtschaft. Raymond Aron und der Zusammenhang von Frieden und Freiheit

I.

Die 1970er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland sind als das „sozialdemokratische Jahrzehnt“[1] bezeichnet worden. In Frankreich waren sie die Zeit des „libéralisme avancé“ – jedenfalls die sieben Jahre von 1974 bis 1981, in denen Valéry Giscard d’Estaing das Land als Präsident der Republik regierte.[2] Den Begriff erfanden die Berater Giscard d’Estaings im ersten Jahr seiner Präsidentschaft.[3] Der Präsident selbst, der am 19. Mai 1974 im zweiten Wahlgang François Mitterrand mit 50,81 Prozent der Stimmen geschlagen hatte, erläuterte 1976 in seinem Essai „Démocratie française“, was er unter „libéralisme avancé“ verstand.[4] „Fortgeschritten“ sollte dieser Liberalismus vor allem angesichts einiger gesellschaftspolitischer Reformen sein, die Giscard freilich alle am Anfang seiner Amtszeit umsetzte.[5] 1976 war der Elan bereits verflogen. Darüber hinaus glaubte Giscard das schaffen zu können, was Charles de Gaulles für unmöglich gehalten hatte: die politischen Spaltungen der Franzosen zu überwinden. Hatte der in – nicht immer ganz richtigen – historischen Analogien denkende General geglaubt, die „vieille propension gauloise aux divisions et aux querelles“[6] könne nur durch eine starke, dem Parteienstreit enthobene Exekutive im Zaum gehalten werden, so hielt Giscard es für möglich, Harmonie in der französischen Gesellschaft durch soziale und wirtschaftliche Reformen herzustellen. Dabei sollte die Dichotomie von Links und Rechts, die das politische Leben seit der Franzö-

1 Bernd Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969-1982. Bonn 2011.
2 Der Begriff findet sich z.B. in Valéry Giscard d’Estaing: Entretiens avec Louis Pauwels. In: Le Figaro Magazine. 28. Februar 1981. Zu Giscards „septennat“ als einer kohärenten, mit diesem Begriff zu beschreibenden Periode vgl. René Rémond: Notre siècle. De 1918 à 1991. Avec la collaboration de Jean-François Sirinelli. Erweiterte Neuausgabe Paris 1991, S. 685-694.
3 Vgl. Mathias Bernard: Valéry Giscard d’Estaing. Les ambitions déçues. Paris 2014, S. 210.
4 Siehe Valéry Giscard d’Estaing: Démocratie française. Paris 1976.
5 Vgl. Rémond: Notre siècle (wie Anm. 2), S. 694-699.
6 Charles de Gaulle, Discours de Bayeux. 16. Juni 1946. In: Fondation Charles de Gaulle (http://www.charles-de-gaulle.org/wp-content/uploads/2017/03/Discours-de-Bayeux-16-juin-1946.pdf, S. 2, Zugriff am 26.4.2019).

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sischen Revolution ebenso strukturiert wie belastet hatte, der Vergangenheit angehören.[7] „La France souhaite être gouvernée au centre", sagte er am 8. Oktober 1972 in Charenton vor Mitgliedern seiner Partei, der Fédération nationale des républicains et indépendants.[8]

Dass eine solche Aussage den Gaullisten nicht einleuchtete, ist klar. Bemerkenswert ist dagegen, dass Giscard auch im liberalen Milieu nicht so viel Anklang fand, wie er vielleicht gehofft hatte. „Liberales Milieu" – das sind große Worte. Es bestand im damaligen Frankreich im Grunde aus zwei Komponenten: Da war zum einen die Fédération nationale des républicains et indépendants, seit 1977 Parti républicain, die aber innerhalb der den Präsidenten stützenden Mehrheit in der Nationalversammlung nur 55 Abgeordnete stellte. Selbst zusammen mit den kleineren zentristischen Parteien, die Giscard bei den Präsidentschaftswahlen unterstützt hatten, kamen sie nur auf 119 Abgeordnete gegenüber 183 für die gaullistische Union des démocrates pour la République.[9]

Der andere Bestandteil des liberalen Milieus war das Seminar des politischen Soziologen Raymond Aron, eine Art Schule des politischen Liberalismus.[10] Von 1960 an versammelte Aron regelmäßig seine Schüler und Freunde um sich – bis 1968 an der Sorbonne, dann bis 1970 an der École pratique des hautes études und schließlich von 1970 bis 1977 am Collège de France. Mit Blick auf ganz Frankreich hieß das zwar nicht viel, denn Arons Einfluss reichte nur bis zu den Mauern der Universität, in der man gerade tagte. Zumindest aber machte er einen bleibenden Eindruck. Insofern war er durchaus nicht, wie der amerikanische Philosoph Allan Bloom wohlwollend festgestellt hat, „the last of the liberals"[11] in Frankreich. Denn wer damals zu Aron stieß, blieb in der Regel beim Liberalismus. So ist es kein Wunder, dass zwei Teilnehmer des Seminars, George Liébert und Patrick Devedjian, im Jahr 1970 mit „Contrepoint" eine Zeitschrift im aronianischen Geist gründeten.[12] Zwar wurde „Contrepoint" schon 1976 wieder eingestellt, aber Aron gründe-

7 Zur Entstehung des Antagonismus zwischen Linker und Rechter in Frankreich vgl. Michel Denis: 1815-1848. Que faire de la Révolution française? In: Jean-François Sirinelli (Hrsg.): Les droites françaises. De la Revolution à nos jours. Paris 1992, S. 61-182, hier S. 61 f.

8 Zit. nach Bernard: Giscard d'Estaing (wie Anm. 3), S. 151.

9 Vgl. Gilles Richard: Histoire des droites en France. De 1815 à nos jours. Paris 2017, S. 404.

10 Vgl. Gwendal Châton: Désaccord parfait. Le Contrepoint libéral dans les configurations intellectuelles des années soixante-dix. In: François Hourmant/Jean Baudouin (Hrsg.): Les revues et la dynamique des ruptures. Neuaufl. (online). Rennes 2015 (https://books.openedition.org/pur/12778#notes, Abschnitt 16 (Zugriff am 26.4.2019).

11 Allan Bloom: The Last of the Liberals. In: ders.: Giants and Dwarfs. Essays 1960-1990. New York 1990, S. 256-267.

12 Vgl. Châton: Désaccord parfait (wie Anm. 10), Abschnitt 32.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

te zwei Jahre später eine neue Zeitschrift, und zwar „Commentaire", bis heute das Zentralorgan des aronianischen Liberalismus.[13]

Giscard d'Estaing hatte gehofft, „Contrepoint" könnte zum Think Tank seines „libéralisme avancé" werden.[14] Aber die Aronianer waren wenig begeistert von dieser Idee. Vor allem Liébert ging hart mit dem Präsidenten ins Gericht und bezeichnete dessen Liberalismus als „avancé vers son contraire".[15] Etwas nuancierter war Aron selbst, der Giscard 1974 im Präsidentschaftswahlkampf publizistisch unterstützt hatte und das auch 1981 wieder tat.[16] In der liberalen Tageszeitung „Le Figaro", für die Aron seit 1947 als Leitartikler schrieb, lobte er Giscard im Oktober 1976 dafür, dass er als erster Präsident der Republik in der Tradition des Liberalismus nach Lösungen für die sterile Konfrontation der französischen Linken und Rechten suche.[17] Auf der anderen Seite kritisierte er Giscards zu starke Neigung zur Sozialdemokratisierung der französischen Gesellschaft, die der Präsident selbst Jahre später vehement bestritt.[18] Vor allem aber störte sich Aron an Giscards demonstrativer Gelassenheit in einem Jahrzehnt ökonomischer und politischer Krisen. „Valéry Giscard d'Estaing", so schrieb er, „se fait du libéralisme ou du pluralisme une représentation fausse à force d'irénisme."[19]

Was in der Innenpolitik galt, traf aus Arons Sicht um so mehr auf die Außenpolitik zu. Das hatte er gleich einige Wochen nach Giscards Wahlsieg erfahren, als der frischgebackene Präsident ausgewählte Experten zu einem Gespräch über die Nuklearstrategie in den Elysée-Palast eingeladen hatte.[20] Unter den Gästen war auch der damals am Collège de France lehrende Aron. Giscard gab bei der Gelegenheit unumwunden zu, von der Nuklearstrategie nichts zu verstehen. Und am Ende des Gesprächs stellte er fest, er könne sich eigentlich keine Situation vorstellen, in der er einmal den roten Knopf drücken müsse.

Etwas später wurde Aron zu einem weiteren Gespräch gebeten, dieses Mal unter vier Augen. Abermals kam der Oberbefehlshaber der Force de

13 Zu „Commentaire" vgl. die zugehörige Homepage: https://www.commentaire.fr.
14 Vgl. Châton: Désaccord parfait (wie Anm. 10), Abschnitt 74.
15 Zit. nach ebd.
16 Siehe Raymond Aron: Le choix. In: Le Figaro, 17. Mai 1974. Wiederabgedruckt in: Raymond Aron: Les articles de politique internationale dans *Le Figaro* de 1947 à 1977. Présentation et notes par George-Henri Soutou. Bd. III: Les Crises (Février 1965 à avril 1977). Paris 1997, S. 1375-1379; ders., Explication de vote. In: L'Express. 18.-24. April 1981. Wiederabgedr. in: Raymond Aron: De Giscard à Mitterrand 1977-1983. Paris 2005, S. 376 f.
17 Siehe Raymond Aron: Un libéral à l'Élysée. In: Le Figaro, 12. Oktober 1976.
18 Siehe ders.: Du libéralisme à la social-démocratie. In: Le Figaro, 13. Oktober 1976; Giscard d'Estaing: Entretiens (wie Anm. 2).
19 Aron: Du libéralisme à la social-démocratie (wie Anm. 18).
20 Vgl. dazu und zum Folgenden Nicolas Baverez: Raymond Aron. Un moraliste au temps des idéologies. Paris 1993, S. 437 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Frappe auf die Nuklearstrategie zu sprechen und verblüffte Aron mit der Aussage, dass er all diese komplizierten Debatten nicht so recht verstehe. Als Aron später am Tag seine Tochter Dominique traf und sie ihn auf den Termin beim Präsidenten ansprach, soll er nur geantwortet haben: „Tu sais, ce jeune homme ne sait pas que l'histoire est tragique."[21] Damit machte Aron den Unterschied zwischen sich selbst und dem damals immerhin schon 48 Jahre alten „jungen Mann" deutlich, also das, was den Liberalismus des einen von dem des anderen trennte. Worin bestand dieser Unterschied und inwiefern wirkte er sich auf ihre jeweilige Sicht auf die internationale Politik aus?

II.

Aron und Giscard d'Estaing standen gemeinsam in der Tradition des politischen Liberalismus, der sich in Frankreich seit der Restauration zwar nicht unbedingt im politischen Leben, dafür aber im Denken entfaltet hatte. Doch innerhalb dieser Tradition repräsentierten sie zwei verschiedene Standpunkte. Giscard reihte sich in die Linie ein, die mit Benjamin Constant begonnen hatte und den Akzent auf die persönliche Freiheit legte. Das Glück der Nationen lag in der Freiheit der Individuen, der Entwicklung der Wirtschaft und der Sitten. Die Interdependenz freier Gesellschaften sollte aus Constants Sicht den Frieden bringen: „Nous sommes arrivés à l'époque du commerce, époque qui doit nécessairement remplacer celle de la guerre, comme celle de la guerre a dû nécessairement la précéder."[22] Ganz in diesem Sinne glaubte Giscard nicht daran, dass der weltpolitische Konflikt des Kalten Krieges auf einem unüberwindbaren ideologischen Gegensatz beruhte. Giscard d'Estaing vertraute auf einen Wandel der Sowjetunion und damit die Sicherung des Friedens durch Handel.[23]

Aron schüttelte darüber nur den Kopf. Hatte er den Franzosen nicht seit 1945 zu erklären versucht, dass die Sowjetunion kein Staat wie jeder andere sei, sondern ein durch eine „religion séculière" getriebenes militärisches Imperium?[24] Nicht Handelsbeziehungen bestimmten aus seiner Sicht das Verhältnis der Staaten untereinander, sondern ihre innere Verfasstheit und die

21 Zit. nach ebd., S. 438.

22 Benjamin Constant: De l'Esprit de conquête et de l'usurpation dans leurs rapports avec la civilisation européenne (1814). In: ders.: Écrits politiques. Textes choisis, présentés et annotés par Marcel Gauchet. Paris 1997, S. 117-302, hier Teil I, Kap. II, S. 130.

23 Siehe dazu Valéry Giscard d'Estaing, Préface. In: Samuel Pisar: Transactions entre l'est et l'ouest. Le cadre commercial et juridique. Préface de Valéry Giscard d'Estaing. Paris 1972, S. 11–14.

24 Vgl. Matthias Oppermann: Raymond Aron und Deutschland. Die Verteidigung der Freiheit und das Problem des Totalitarismus. Ostfildern 2008, S. 458-462. Zum Begriff der „religi-

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ideen, die ihnen zugrunde lagen. Man musste mit Blindheit geschlagen sein, um die Bedeutung des ideologischen Faktors in den internationalen Beziehungen nicht zu sehen. In „Paix et guerre entre les nations", Arons im Jahr 1962 erschienenem Opus magnum über die internationalen Beziehungen, klingt das so:

> « Le vrai réalisme, aujourd'hui, consiste a reconnaître l'action des idéologies sur la conduite diplomatico-stratégique. À notre époque, au lieu de répéter que tous les régimes ont ‹ le même genre de politique extérieure ›, il faudrait insister sur la vérité plus complémentaire que contradictoire: nul ne comprend la diplomatie-stratégie d'un État s'il n'en connaît le régime, s'il n'a étudie la philosophie de ceux qui le gouvernent. »[25]

Einen „wahren Realismus" also verlangte Aron von den Staatsmännern seiner Zeit. Doch die Fähigkeit, das Ideologische als das Signum der Epoche zu erkennen, war nicht alles, was Aron erwartete.

Um sich den Problemen der Staatenwelt auf angemessene Weise nähern zu können, musste ein Politiker auch den fundamentalen Unterschied erkennen, der in Arons Augen die Außen- von der Innenpolitik trennte.[26] Angelehnt an Thomas Hobbes und Jean-Jacques Rousseau, betrachtete Aron das internationale System als durch den Naturzustand geprägt: „Les États ne sont pas sortis, dans leurs relations mutuelles, de l'*état de nature*."[27] Deshalb lebten die Staaten eines gemeinsamen Systems „à l'ombre de la guerre", das heißt sie waren ständig mit der Alternative von Frieden und Krieg konfrontiert.[28] Diese „anarchie internationale"[29] war Aron zufolge etwas völlig anderes als die Herrschaft des Rechts, die im Inneren der Staaten galt oder idealerweise gelten sollte. Dem Liberalen musste somit an einem liberal-demokratischen System im Innern der Staaten gelegen sein, aber er durfte nicht glauben, dass es auch im internationalen System gelingen könne, ein für allemal auf das Mittel der Gewalt zu verzichten:

on séculière" siehe Raymond Aron: L'avenir des religions séculières, I und II. In: La France libre 8, 45 (1944), S. 210-217, und 8, 46 (1944), S. 269-277. Wiederabgedruckt in ders.: Chroniques de guerre. La France libre 1940-1945. Préface de Jean-Marie Soutou. Édition revue et annotée par Christian Bachelier. Paris 1990, S. 925-948.

25 Raymond Aron: Paix et guerre entre les nations. Nachdr. der 8. Aufl. Paris 1992 (erstmals 1962), S. 587.

26 Siehe ebd., S. 582.

27 Ebd., S. 19. (Hervorhebung im Original.) Siehe dazu Jean-Jacques Rousseau: Écrits sur l'Abbé de Saint-Pierre. In: Ders.: Œuvres complètes. Bd. III. Paris 1964, S. 563-682, hier S. 610; Thomas Hobbes: Leviathan. Reprinted from the Edition of 1651. With an Essay by the Late W. G. Pogson Smith. Nachdr. Oxford 1965 (erstmals 1909), Teil I, Kap. 13, 63, S. 98.

28 Aron: Paix et guerre (wie Anm. 25), S. 18.

29 Ebd., S. 711.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> « En politique intérieure, en dépit de tout, si nous sommes dans un régime démocratique, les hommes politiques obéissent à une sorte d'éthique professionnelle, qui n'est certainement pas l'éthique kantienne, ou les dix commandements de la morale chrétienne, mais ils ne sont pas non plus des hommes qui font le mal. Ils font leur métier, et souvent avec le désir de faire le bien; donc leur conduite ‹ amorale › est éventuellement inspirée par le désir du mieux ou du bien. En ce qui concerne la politique étrangère, la question est autre, parce que, malheureusement, il subsiste entre les États ce que Hobbes ou Rousseau auraient appelé l'état de guerre. […] De ce fait, la situation dans laquelle se trouvent les États exige une éthique d'un caractère particulier, que j'appellerais l'éthique de la guerre retenue. »[30]

Immer auf den Krieg vorbereitet sein zu müssen, ohne ihn zu wollen, mitunter zu Entscheidungen gezwungen zu sein, die kein Mensch treffen möchte oder sollte – darin lag für Aron die Tragik des Staatsmanns, die Constant und Giscard d'Estaing nicht kannten.

Die tragische Bedingtheit der internationalen Politik war in Arons Augen überdies eng mit dem Streben nach Gütern verbunden, deren Wert dem Homo oeconomicus verschlossen blieb. Das macht er zum Beispiel in „Paix et guerre entre les nations" deutlich:

> « Les États comme les individus, ne veulent pas seulement la vie mais l'honneur, pas seulement la sécurité mais le rang. Ils préfèrent souvent le danger dans l'autonomie à la paix sous la protection d'un plus fort. Sont-ils ‹ irrationnels ›? Le commandant qui coulait avec son navire était-il irrationnel? S'il l'était, souhaitons que l'humanité ne cesse pas d'être irrationnelle! »[31]

Charles de Gaulle hätte es kaum anders formuliert. Manchen Zeitgenossen mögen diese Zeilen tatsächlich wie die Äußerung eines außenpolitischen Gaullisten erschienen sein – aber nur denjenigen, die sich nicht den fundamentalen Unterschied zwischen der Weltsicht Arons und derjenigen de Gaulles klar machten. Aron teilte zwar das langfristige Ziel der de Gaulleschen Außenpolitik: Auch er träumte davon, dass Frankreich und ganz Westeuropa eines Tages nicht mehr auf den Schutz der Vereinigten Staaten angewiesen sein würden. Das stellte er schon im Dezember 1948 fest: „Comme le plan Marshall, le pacte atlantique n'a d'autre fin dernière que de se rendre lui-même inutile."[32] Das änderte aber nichts daran, dass er den destruktiven Stil dieser Politik kategorisch ablehnte und – in diesem Fall Realist und Idealist zugleich – den Nordatlantikpakt ohne Einschränkungen befürworte-

30 Ders. : Sur le machiavélisme. Dialogue avec Jacques Maritain (1985). In: Machiavel et les tyrannies modernes. Texte établi, présenté et annoté par Rémy Freymond. Paris 1993, S. 408-416, hier S. 415.

31 Ders. : Paix et guerre (wie Anm. 25), S. 615.

32 Ders.: Le pacte de l'Atlantique. In: Le Figaro, 21. Dezember 1948. Wiederabgedruckt in ders.: Articles du Figaro. Bd. I (wie Anm. 16), S. 157-160, hier S. 160.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

te. Schließlich soll es Aron gewesen sein, der de Gaulle 1949 davon überzeugte, nicht öffentlich gegen den Vertrag Stellung zu beziehen.[33]

Eine solche Haltung konnte er einnehmen, weil er seit 1947 dem von de Gaulle gegründeten Rassemblement du peuple français (RPF) angehörte, das sich im Jahr 1953 selbst auflöste, nachdem der General sein Interesse daran verloren hatte.[34] Trotz seiner Mitgliedschaft im RPF nahm Aron in vielen politischen Fragen eine andere Haltung ein als de Gaulle, nicht zuletzt in der Deutschlandpolitik. Zudem hatte er wenig für den gaullistischen Widerstandsmythos übrig. Und doch war diese Mitgliedschaft weniger erstaunlich, als manche Freunde Arons meinten, denn in zwei entscheidenden Punkten stimmte Aron ganz mit de Gaulle überein: im Antikommunismus und in der Skepsis gegenüber der Verfassung der Vierten Republik.

Nachdem de Gaulle im Juni 1958 an die Macht zurückgekehrt war und die Fünfte Republik aus der Taufe gehoben hatte, trennten sich ihre Wege allerdings endgültig. Obwohl Aron wie de Gaulle an den Wert der nationalen Souveränität glaubte, trat er nun vor allem als Kritiker des Gaullismus auf. Zum einen war er davon überzeugt, dass Frankreich und Europa keine andere Wahl hätten, als durch eine lange Phase des Atlantizismus zu gehen, sich also dem Schutz der Vereinigten Staaten anzuvertrauen.[35] Zum anderen sah er keinen Widerspruch zwischen der atlantischen Gemeinschaft und einer eigenständigen Rolle Frankreichs. Aron war kein „Souveränist", kein Verteidiger einer durch nichts geschmälerten nationalen Unabhängigkeit Frankreichs, sondern einer der in Paris seltenen Vertreter des „Euro-Atlantizismus".[36] Und überdies: Brauchte er denn de Gaulle, um die Bedeutung nationaler Souveränität hervorzuheben?

Gewiss, im Frankreich der Fünften Republik wurden Verteidiger der nationalen Souveränität stets mit dem Gaullismus identifiziert. Zu übermächtig war die Person des Generals. Aber in Wirklichkeit hat sie eine längere Tradition, die keineswegs im Widerspruch zur Schule des politischen Liberalismus steht. Mehr als de Gaulle war es nämlich Alexis de Tocqueville, den Aron in der oben zitierten Passage reflektierte. Anders als Constant maß der normannische Aristokrat der politischen Freiheit mindestens ebenso große Bedeutung zu wie der persönlichen, was auch die Selbstbehauptung der Na-

33 Siehe Claude Mauriac: Un autre de Gaulle. Journal 1944-1954. Paris 1970, S. 340-342.

34 Siehe dazu und zum Folgenden Raymond Aron: Le Spectateur engagé. Entretiens avec Jean-Louis Missika et Dominique Wolton. Paris 1981, S. 161-168; ders.: Mémoires. 50 ans de réflexion politique. Paris 1983, S. 225-237. Vgl. auch Baverez: Raymond Aron (wie Anm. 20), S. 227-234.

35 Siehe z.B. Raymond Aron: La loi-programme militaire. J'aurais voté contre. In: Le Figaro, 7. Dezember 1964. Wiederabgedruckt in ders., Articles du Figaro. Bd. 2 (wie Anm. 16), S. 1438-1441, hier S. 1440.

36 Vgl. Christian Malis: Raymond Aron et le debat strategique français 1936-1966. Paris 2005, S. 756.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tion in der internationalen Politik einschloss. Aron schätzte diesen Zug des Tocquevilleschen Denkens und zitierte dazu gern eine Stelle aus einem Brief Tocquevilles an John Stuart Mill vom 18. März 1841:

> « Ce n'est pas à vous, mon cher Mill, que j'ai besoin de dire que la plus grande maladie qui menace un peuple organisé comme le nôtre c'est l'amolissement graduel des mœurs, l'abaissement de l'esprit, la médiocrité des goûts; c'est de ce côté que sont les grands dangers de l'avenir. Ce n'est pas une nation démocratiquement constituée comme la nôtre et chez laquelle les vices naturels de la race ont une malheureuse coïncidence avec les vices naturels de l'état social, ce n'est pas à cette nation qu'on peut laisser prendre aisément l'habitude de sacrifier ce que'elle croit sa grandeur à son repos, les grandes affaires aux petites; ce n'est pas à une pareille nation qu'il est sain de laisser croire que sa place dans le monde est plus petite, qu'elle est déchue du rang où l'avaient mise ses pères, mais qu'il faut s'en consoler en faisant des chemins de fer et en faisant prospérer au sein de la paix, à quelque condition que cette paix soit obtenue, le bien-être de chaque particulier. Il faut que ceux qui marchent à la tête d'une pareille nation y gardent toujours une attitude fière s'ils ne veulent laisser tomber très bas le niveau des mœurs nationals. »[37]

Tocqueville spricht in diesen Zeilen nicht einfach von nationaler Größe, sondern von der Größe einer Nation mit demokratisch verfasster Gesellschaft und liberalen Institutionen. Damit traf er bei Aron einen Nerv. Dieser bemerkte dazu, Tocqueville habe „par instant un ton gaullien" gefunden.[38] Ebenso richtig, wenn nicht richtiger, wäre es wohl zu sagen, de Gaulle habe sich mitunter eines „ton tocquevillien" bedient.

Wichtig ist dabei freilich vor allem eines: Mehr als in de Gaulle fand Aron in Tocqueville – 1968 nannte er ihn „mon maître"[39] – einen verwandten Geist, weil er vor Augen führte, dass nationale Größe und Liberalismus zusammengehörten. Unter den Bedingungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hieß das freilich etwas anderes als im 19. Jahrhundert. Wenn Aron in manchen Momenten an so etwas wie nationale Größe dachte, dann immer nur im Rahmen einer sowohl europäischen als auch atlantischen Gemeinschaft der liberalen Demokratien. Der Primat der Freiheit unterschied Aron von de Gaulle und machte ihn zu einem kritischen Freund Amerikas, zu einer Art Vernunftatlantiker. Die Ursprünge dieses Imperativs der Verteidi-

37 Alexis de Tocqueville an John Stuart Mill, 18. März 1841. In: Alexis de Tocqueville: Œuvres complètes. Édition définitive publiée sous la direction de J.-P. Mayer. Bd. VI: Correspondance anglaise. Teil 1: Correspondance d'Alexis de Tocqueville avec Henry Reeve et John Stuart Mill. Paris 1954, S. 335. Siehe dazu Raymond Aron: Discours lors de la réception du Prix Tocqueville. In: The Tocqueville Review 2, 1 (1980), S. 117-121, hier S. 120.

38 Aron: Discours (wie Anm. 37), S. 120.

39 Ders.: La Revolution introuvable. Reflexions sur la Revolution de Mai. Paris 1968, S. 30.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gung der Freiheit lagen in den politischen und intellektuellen Erfahrungen, die Aron in den 1930er und 40er Jahren gemacht hatte.

III.

Der am 14. März 1905 als dritter Sohn einer jüdischen Familie des gehobenen Bürgertums in Paris geborene Aron, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als Professor für politische Soziologie Experte in vielen Disziplinen.[40] Besonders wichtig waren ihm jedoch stets die Internationalen Beziehungen, das heißt im Kern die Frage nach dem Verhältnis von Frieden und Krieg. In einem Aufsatz mit dem Titel „Pourquoi on ne peut pas exclure la guerre" schrieb er 1962: „Depuis un quart de siècle, depuis que l'expérience de l'histoire m'a guéri des illusions de la culture académique [...], je suis obsédé par le phénomène de la guerre."[41] Tatsächlich hat sich kein anderer französischer politischer Denker des 20. Jahrhunderts so intensiv mit der Dialektik von Frieden und Krieg auseinandergesetzt wie Aron.

Wenn er schrieb, er sei vom Krieg besessen, dann nicht, weil er bellizistische Neigungen hatte, sondern weil der Krieg in der Geschichte der Menschheit die Regel und nicht die Ausnahme war. Und wenn Aron erklärte, die Geschichte habe ihn von seinen Illusionen geheilt, spielte er damit darauf an, dass er in den 1920er Jahren als Philosophiestudent an der École normale supérieure Sozialist und leidenschaftlicher Pazifist gewesen war.[42] Erst in den Jahren 1930 bis 1933 kam er davon ab, als er als Lektor an der Universität Köln und dann als Stipendiat des Französischen Akademikerhauses in Berlin hautnah die Krise der Weimarer Republik und den Aufstieg des Nationalsozialismus beobachtete.[43]

Als Aron im Frühjahr 1930 in Köln eintraf, betrachtete er die französische Politik gegenüber Deutschland als ungerecht und schädlich.[44] Der Versailler Vertrag war in seinen Augen ein unmenschliches Diktat. Frankreich benehme sich wie ein „bourgeois repu qui defend son coffre-fort", der endlich seine „„psychose' [...] de la securite" ablegen müsse.[45] Nur eine einseitige Abrüstung der Franzosen könne den Frieden retten, denn „[s]i la France ne désarme pas, l'Allemagne réarmera, legitimement sinon legalement".[46] Die all-

40 Zu Arons Biographie vgl. allgemein Baverez: Raymond Aron (wie Anm. 20).
41 Raymond Aron: Pourquoi on ne peut pas exclure la guerre. In: Realités. März 1962, S. 56-61, hier S. 57.
42 Siehe Ders.: Spectateur engagé (wie Anm. 34), S. 26.
43 Vgl. Oppermann: Raymond Aron (wie Anm. 24), S. 37-68.
44 Siehe z. B. Raymond Aron: „Autre impasse" ou „devoir présent". In: Europe 25, 98 (1931), S. 281-286.
45 Ders.: Simples Propositions du pacifisme. In: LP 5, 2 (1931), S. 81-83, hier S. 81 f.
46 Ebd., S. 82.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gemeine nationalistische Stimmung in Deutschland, vor allem aber der Erfolg der NSDAP brachten ihn im Laufe seines Deutschland-Aufenthalts von solchen Vorstellungen ab. Nach und nach fand er zu dem für seine Familie typischen republikanischen Patriotismus zurück, den ihm das Philosophiestudium ausgetrieben hatte. Und er kam zu dem Schluss, dass das Böse nicht allein eine religiöse Kategorie sei. In seinen 1983 erschienenen Memoiren stellte er dazu in der Rückschau fest: „[V]ue de près la révolution est rarement édifiante; en ce cas, il y avait Hitler dont je pressentais le satanisme."[47]

Als er im Herbst 1933 nach Frankreich zurückkehrte, hatte er sich jedenfalls zu einem realistischen und wehrhaften Liberalismus bekehrt.[48] Das war der Moment, in dem er auf die zentrale Frage stieß, die sein gesamtes wissenschaftliches und journalistisches Werk zusammenhält: Wie konnten die Liberalen den Frieden in einer Epoche bewahren, die ein anderer französischer Liberaler, Élie Halévy, als „l'ère des tyrannies"[49] bezeichnete? Im Jahr 1933 schien ihm die Antwort klar zu sein: durch Festigkeit und die Vermeidung jeder Art von Beschwichtigung. Gleichwohl hielt er sich bis 1939 mit öffentlichen Aussagen weitgehend zurück: zum einen um die politische Linke, der er sich selbst trotz allem noch zugehörig fühlte, nicht vor den Kopf zu stoßen; zum anderen, weil er befürchtete, man werde ihm vorwerfen, er warne nur wegen seiner jüdischen Herkunft vor Hitler-Deutschland.[50] Aber an zwei wichtigen Stationen auf dem Weg zum Zweiten Weltkrieg, der Remilitarisierung des Rheinlands im März 1936 und dem Münchener Abkommen vom September 1938, ließ er im Privaten keinen Zweifel daran, dass eine Politik des Friedens um jeden Preis der Freiheit einen Bärendienst erweisen werde.

Erst kurz bevor Hitler den Krieg entfesselte, wagte er sich mit diesem Thema in die Öffentlichkeit. In einem heute berühmten Vortrag mit dem Titel „États démocratiques et États totalitaires" vor der Société française de philosophie erklärte Aron im Juni 1939, welche Folgen die Konfrontation zwischen liberalen Regimen und totalitären Regimen für den Frieden in Europa habe. Die Demokratie, so führte er aus, sei in einer problematischen Lage, weil sich ihre Gegner nicht nur in den totalitären Staaten befänden, sondern auch in der Demokratie selbst aktiv seien.[51] Zudem scheine der Zeitgeist alle europäischen Gesellschaften zu der einen oder anderen Form

47 Ders.: Mémoires (wie Anm. 34), S. 76.
48 Vgl. Oppermann: Raymond Aron (wie Anm. 24), S. 64 f.
49 Élie Halévy: L'Ère des tyrannies. Études sur le socialisme et la guerre. Preface de Célestin Bouglé. Postface de Raymond Aron. Paris 1990 (erstmals 1938).
50 Siehe Aron: Spectateur engagé (wie Anm. 34), S. 33.
51 Siehe Ders.: États démocratiques et États totalitaires. Communication à la Societe française de philosophie. Juin 1939. In: Bulletin de Société française de philosophie 40 (1946), S. 41-92. Wiederabgedruckt in Commentaire 6 (1983/84), S. 701-719, hier S. 708.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

autoritärer oder totalitärer Herrschaft zu führen.[52] Und schließlich kultivierten die unfreien Regime Tugenden, die die liberale Demokratie nur schwer erreichen könne, „essentiellement des vertus militaires, vertu d'action, d'ascétisme, de dévouement."[53]

Aron zweifelte daran, dass die Bürger in Frankreich und Großbritannien bereit und in der Lage seien, ihre Freiheiten im Ernstfall zu verteidigen. Dass die Regierenden es nicht waren, hatte ihm die Appeasement-Politik vor Augen geführt. Für Aron gab es nur einen Grund für die offensichtliche Schwäche der beiden Garantiemächte der Pariser Friedensordnung: eine tiefgehende Krise des Liberalismus. Nicht ohne Grund gehörte er 1938 zu den Teilnehmern des Walter-Lippmann-Kolloquiums in Paris, bei dem diskutiert wurde, welche Überlebenschance der Liberalismus überhaupt noch habe.[54] In seinem Vortrag vor der Société française de philosophie sagte Aron 1939:

> « La décomposition croissante des democraties ne se manifeste pas seulement dans l'ordre materiel, elle se manifeste en ceci que, dans une large mesure, les peuples mêmes qui vivent en démocratie, au moins en France, ne croient plus trop à la valeur du régime sous lequel ils vivent. »[55]

In Frankreich förderte diese Haltung in Arons Augen einen zweiseitigen Defätismus, denjenigen der Linken, die zur Erhaltung des Friedens zu allen Konzessionen bereit waren; und denjenigen der Rechten, die aus innenpolitischen Gründen durchaus Sympathie für die Entwicklung in Deutschland hätten.[56] Einige Wochen nach dem Münchener Abkommen schrieb Aron an den Philosophen und Jesuitenpater Gaston Fessard, der ihm zu seiner Habilitation gratuliert hatte, es sei unerträglich für einen wahren Franzosen, dass diejenigen als „bellicistes" bezeichnet würden, die an eingegangene Verpflichtungen erinnerten. Und er fuhr fort: „Et puis, il est clair aujourd'hui que si la France n'arrive pas à triompher de sa désunion et à se redresser, dans dix ans elle n'existera plus, avec ou sans guerre, par hitlérisation venue de l'interieur ou de l'exterieur."[57]

Im „Zeitalter der Tyranneien", sollte das heißen, vollziehe sich der Konflikt zwischen Liberalismus und Totalitarismus nicht nur zwischen, sondern auch im Innern der Staaten: Angesichts dessen mussten die Menschen einen

52 Siehe ebd., S. 710.
53 Ebd., S. 705.
54 Siehe die Teilnehmerliste in Jurgen Reinhoudt/Serge Audier: The Walter Lippmann Colloquium. The Birth of Neo-Liberalism. Cham 2018, S. 96. Zum Kolloquium selbst vgl. die Einleitung in ebd., S. 3-52.
55 Raymond Aron: États démocratiques (wie Anm. 51), hier S. 708.
56 Siehe ebd.
57 Raymond Aron an Gaston Fessard. 28. Oktober 1938. Lettres inedites. In: Commentaire 26 (2003), S. 611-615, hier S. 613 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„choix historique“[58] treffen, wie Aron später sagte, sich also bewusst für das System der liberalen Demokratie entscheiden. Sie müssten für die Bewahrung des Bestehenden gegen die Revolution optieren, für den traditionellen Liberalismus und gegen die totalitäre Tyrannis. Das war die Alternative der Epoche. In diesem Spiel um Freiheit oder Unfreiheit, so Aron in „États démocratiques et États totalitaires“, seien „les régimes totalitaires […] authentiquement révolutionnaires, les démocraties essentiellement conservatrices.“[59] Denn die liberalen Demokratien wollten „les valeurs traditionnelles“ bewahren,

> « sur lesquelles est fondée notre civilisation; par rapport à ceux qui veulent instituer une existence pleinement nouvelle, une existence militaire, fondée sur la mobilisation permanente, par rapport à ceux-là, nous sommes conservateurs. Par rapport à ceux qui veulent diriger complètement l'économie et introduire la technique jusque dans la propagande; par rapport aux hommes qui veulent utiliser tous les hommes comme objets de propagande, nous sommes encore conservateurs, puisque nous sommes des libéraux, qui voulons sauver quelque chose de la dignité et de l'autonomie personnelle. Je pense que même une démocratie renouvelée serait conservatrice en ce sens. J'ai peur que l'on ne prête un coefficient de valeur au terme révolutionnaire et un coefficient de mépris au terme de conservateur; historiquement il s'agit de savoir si l'on veut conserver en transformant, en améliorant. La révolution, en revanche, c'est la destruction. Je ne suis pas pour la destruction radicale de notre société actuelle. »[60]

Arons zumeist linksintellektuelle Zuhörer begriffen nicht, was er damit sagen wollte, und wiesen es weit von sich, für ein konservatives Regime einzutreten. Dass der Liberale in der Epoche der modernen Tyranneien nur konservativ sein könne, war in ihren Augen eine ungeheuerliche Behauptung. Ebenso schwer zu ertragen war für sie die Definition, die Aron dem Begriff der Revolution gab. Victor Basch etwa, der Präsident der Ligue des droits de l'homme, hielt Aron in der Diskussion vor, die Bedeutung von „konservativ“ und „revolutionär“ in ihr Gegenteil verkehrt zu haben; die Idee der Revolution war für ihn mit den Jahren 1789, 1830 und 1848 verbunden und keinesfalls mit dem Jahr 1933.[61] Aron dagegen hatte die Machteinsetzung der Nationalsozialisten und den darauf folgenden radikalen Umbau des deutschen Staates schon 1933 und dann wieder 1936 eine Revolution genannt.[62] Das war jedoch nicht alles, was Aron Basch und seinen Freunden zumutete.

58 Ders.: Spectateur engagé (wie Anm. 34), S. 56.
59 Ders.: États démocratiques (wie Anm. 51), S. 704.
60 Ebd., S. 711 f.
61 Siehe Baschs Beitrag in ebd., S. 712.
62 Siehe Raymond Aron: La révolution nationale en Allemagne. In: Europe, 15. August 1933, S. 125-138; ders.: Une révolution antiprolétarienne. Idéologie et réalité du national-socialisme. In: Élie Halévy u.a.: Inventaires. Bd. 1: La crise sociale et les idéologies nationales. Paris 1936, S. 24-55.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Schon gar nicht konnten diese wohlmeinenden Pazifisten den Weg zur Selbstbehauptung der liberalen Demokratien gutheißen, den ihnen Aron aufzeigte: „Être capables des memes vertus!“[63] Angesichts der Bedrohung durch totalitäre Staaten, sollte das heißen, mussten die Demokratien für sich reklamieren, genauso heldenhaft und arbeitsam zu sein wie die modernen Tyranneien, allerdings mit dem wichtigen Unterschied, dass diese Tugenden in den Demokratien nicht verordnet werden konnten.[64]

Davon wollten Arons Zuhörer freilich nichts wissen.[65] Wahrscheinlich war es ohnehin schon zu spät, das Ruder herumzureißen. Als Frankreich im Juni 1940 vor Hitler-Deutschland kapitulierte, hatte die totalitär-revolutionäre Seite gesiegt – vorerst zumindest. Aron ging ins Exil nach London und setzte seinen Kampf gegen den Nationalsozialismus als Chefredakteur der Zeitschrift „La France libre“ fort.[66] Er dachte weiter über das Problem des Pazifismus und darüber nach, dass Frankreich beim Versuch, den Frieden durch Konzessionen an ein unfreies Regime zu retten, am Ende sowohl den Frieden als auch die Freiheit verloren hatte. Fast beiläufig schrieb er 1941 in dem Aufsatz „Philosophie du pacifisme“: „[I]l fallut les triomphes de l’hitlérisme pour que l’immense majorité des pacifistes découvrit qu’un mal, en tout cas, était pire que la guerre: la servitude.“[67] Das war eine Anspielung auf den Ausspruch „Plûtot la servitude que la guerre“, der zeitgenössisch dem Gewerkschaftsführer André Delmas in den Mund gelegt wurde.[68] Delmas, der in den 1930er Jahren Generalsekretär der Grundschullehrergewerkschaft gewesen war, bestritt allerdings nach dem Krieg, diese Worte je gesagt zu haben.[69] Heute weiß man, dass sie, wie auch Delmas in seinen Erinnerungen behauptete, von Jean Mathé stammten, dem Generalsekretär der Postgewerkschaft.[70]

Doch ganz gleich, ob nun Delmas oder Mathé: Indem Aron die Worte in „Philosophie du pacifisme“ implizit umkehrte, formulierte er ein politisches Programm: „Lieber Krieg als Knechtschaft“ – so kann man die Haltung zusammenfassen, die er aus seinen Erfahrungen der Zwischenkriegszeit ableitete. Niemals wieder sollten die liberalen Demokratien ihre Freiheiten einem

63 Aron: États démocratiques (wie Anm. 54), S. 708.
64 Siehe ebd.
65 Siehe dazu die Diskussion in ebd., S. 710-717.
66 Vgl. dazu ausführlich Oppermann: Raymond Aron (wie Anm. 24), S. 166-278.
67 Raymond Aron: Philosophie du pacifisme. In: La France libre 1, 3 (1941), S. 267-274. Wiederabgedruckt in ders.: Chroniques de guerre. La France libre 1940-1945. Préface de Jean-Marie Soutou. Édition revue et annotée par Christian Bachelier. Paris 1990, S. 481-491, hier S. 486.
68 Siehe z.B. Hesso de Reinach Hirtzbach: La Tragique Destinée de l’Alsace. Préface du Docteur P. Specklin. Paris 1938, S. 172.
69 Siehe André Delmas: Mémoires d’un instituteur syndicaliste. Préface par Georges Lefranc. Paris 1979, S. 269 f.
70 Vgl. z.B. Jean Defrasne: Le pacifisme. Paris 1983, S. 109.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

radikalen Pazifismus unterordnen. Denn was hatte ihnen diese Haltung gebracht? Einen Krieg von bisher unbekanntem Charakter und Ausmaß: „Pour le choc des idéologies, elle ressemble aux guerres de Religion; par la puissance de destruction, à une guerre d'extermination."[71] Obwohl Aron nicht im Geringsten zum Schwarz-Weiß-Denken neigte, glaubte er, dass es in solch einem „Religions- und Ausrottungskrieg" eine gerechte und eine ungerechte Seite gebe:

> « Une guerre qui vise à sauver l'indépendance des petites nations, l'égalité des races et des peuples, les principes même d'un ordre humain est juste par excellence. Ce n'est pas même assez dire: la notion que nous avons du juste et de l'injuste est un des enjeux du conflit. »[72]

Der Krieg gegen Hitlerdeutschland war für Aron eine Art „gerechter Krieg", weil er der Verteidigung der Freiheit diente.[73] Er übertrug diese Sichtweise nach 1945 auf den sich abzeichnenden Konflikt zwischen dem liberalen Westen und der Sowjetunion. Nirgendwo in seinem Werk hat Aron den Nationalsozialismus mit dem Kommunismus gleichgesetzt. Er machte feine Unterschiede, wenn es um Entstehung und Motivation beider Ideologien ging, glaubte aber, dass diese Unterschiede für die Haltung der liberalen Demokratien ihnen gegenüber keine Rolle spielten sollten, weil beide Weltanschauungen ähnliche Wirkungen hatten.[74] Anders als Hitler sei Stalin kein Abenteurer, denn er gehe ohnehin davon aus, dass dem Marxismus-Leninismus die Zukunft gehöre.[75] Das änderte Aron zufolge aber nichts daran, dass Stalins Feindschaft gegenüber dem Westen ebenso absolut war, wie diejenige Hitlers, oder, wie Aron 1951 selbst schrieb: „Stalin had stepped into Hitler's shoes."[76]

Schon 1948 machte Aron in seinem Buch „Le Grand Schisme" deutlich, was das bedeutete. „L'absence de paix n'est pas la guerre", erklärte er. Und weiter:

> « La diplomatie totale, la disparation des équilibres partiels, la tendance de l'humanité à un empire universel, même le découpage absurde de l'Allemagne et de l'Europe, excluent la paix traditionnelle, ils n'appellent pas pour demain l'écrase-

71 Raymond Aron: La stratégie totalitaire et l'avenir des démocraties. In: La France libre 19 (1942), S. 29-37. Wiederabgedruckt in: ders.: Chroniques de guerre. La France libre 1940-1945. Préface de Jean-Marie Soutou. Édition revue et annotée par Christian Bachelier. Paris 1990, S. 559-571, hier S. 563.
72 Ders.: Philosophie du pacifisme (wie Anm. 67), S. 485.
73 Vgl. auch Émile Perreau-Saussine: Émile, Raymond Aron et Carl Schmitt lecteurs de Clausewitz. In: Commentaire 26 (2003), S. 617-622, hier S. 622.
74 Vgl. Oppermann: Raymond Aron (wie Anm. 24), S. 363-387.
75 Siehe Raymond Aron: Le Grand Schisme. Paris 1948, S. 30 f.
76 Ders.: France in the Cold War. In: The Political Quarterly 22, 1 (1951), S. 57-66, hier S. 63.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ment des villes par les bombes atomiques. La paix est impossible, mais la guerrre est provisoirement improbable. »[77]

Statt von Kaltem Krieg sprach Aron deshalb seit 1946 lieber von „paix belliqueuse“[78]. In diesem „kriegerischen Frieden“ hatte der Westen in Arons Augen nicht die schlechtesten Karten. Denn während ein Sieg für die Sowjetunion immer nur die Vernichtung des Liberalismus bedeuten konnte, hatte der Westen ein bescheideneres Ziel: Es galt, den „kriegerischen Frieden“ nicht zu einem echten Krieg werden zu lassen, und auf lange Sicht darum zu überleben. „Survivre c’est vaincre“, so heißt es in „Paix et guerre entre les nations“.[79] Die wichtigste Aufgabe der westlichen Demokratien sah er deshalb in der Eindämmung der Sowjetunion. Und nachdem der amerikanische Präsident Harry S. Truman, den Aron bewunderte, 1947 die Politik des Containment verkündet hatte, war die Zeit für eine neue „historische Entscheidung“ gekommen. Gegenüber der totalitären Sowjetunion gab es für Aron keine Neutralität.[80] Dessen war er sich seit 1945 gewiss. Er sollte seine Meinung niemals ändern.

IV.

Auch wegen seines Antitotalitarismus nahm Aron eine ganz besondere Position unter den Intellektuellen im Frankreich des Kalten Kriegs ein. Will man seine Rolle verstehen, muss man sich zweierlei vergegenwärtigen: Erstens handelte er durchgehend in Übereinstimmung mit dem militanten und in gewisser Weise konservativen Liberalismus, den er in der intellektuellen Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Deutschland entwickelt hatte. Aron war kein „Cold War Liberal“; sein Liberalismus entwickelte sich nicht als Reaktion auf den Kalten Krieg.[81] Vielmehr war Aron seit Mitte der 1930er Jahre ein politischer Liberaler, der seinen Antitotalitarismus zu jeder Zeit gegen die jeweilige Gefahr in Stellung brachte: erst gegen den Nationalsozialismus, dann gegen den Sowjetkommunismus. Diese beiden Kämpfe

77 Ders.: Le Grand Schisme (wie Anm. 75), S. 26.

78 Ders.: La paix belliqueuse. In: Promotions. Revue de l’École nationale de l’administration 3 (1946). Wiederabgedruckt in: Commentaire 19 (1996/97), S. 913-917, hier S. 914. Wirkliche Bekanntheit erlangte der Begriff aber erst, als Aron ihn auch in „Le Grand Schisme“ gebrauchte. Siehe ders.: Le Grand Schisme (wie Anm. 75), S. 11.

79 Ders.: Paix et guerre (wie Anm. 25), S. 654. Siehe dazu das entsprechende Kapitel in ebd., S. 654-690.

80 Siehe z.B. ders.: Le Grand Schisme (wie Anm. 75), S. 9.

81 Zur Einordnung Arons als „Cold War Liberal“ vgl. zum Beispiel Jens Hacke: Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik. Göttingen 2006, S. 21; Steven B. Smith: Reading Leo Strauss. Politics, Philosophy, Judaism. Chicago 2007, S. 1.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

waren zwei Seiten derselben Medaille. Und zweitens beurteilte Aron den Kalten Krieg nicht mit einer geschlossenen Theorie der Internationalen Beziehungen, sondern mit einem flexiblen Konzept, das auf den Erfahrungen der 1930er und 1940er Jahre beruhte.

Aron gehörte zu keiner Schule der Internationalen Beziehungen; ebenso wenig zur liberalen oder idealistischen wie zur realistischen Schule. Von den Liberalen und Idealisten trennte ihn die schon erwähnte Auffassung, dass die internationale Politik niemals auf wirksame Weise einer höheren Instanz unterworfen werden könne. Gleichzeitig unterschied sich sein „wahrer Realismus" – davon ist hier schon die Rede gewesen – aber auch von den Theorien orthodoxer Realisten wie Hans J. Morgenthau. Aron störte sich in soziologisch-philosophischer Hinsicht an dem Bemühen der Realisten, eine allgemeine Theorie der Internationalen Beziehungen auf den absoluten Primat der Macht aufzubauen. Morgenthau schreibt in seinem theoretischen Hauptwerk „Politics among nations", dass „[i]nternational politics, like all politics, is a struggle for power. Whatever the ultimate aims of international politics, power is always the immediate aim."[82] Daran hatte Aron erhebliche Zweifel. Aus seiner Sicht strebten die Staaten keineswegs nur nach Macht, sondern verfolgten eine Vielzahl von Zielen, die er in drei sogenannten „ewigen Zielen" zusammenfasste: Staaten ging es um die Erweiterung ihrer Macht, um Ruhm oder um die Verbreitung einer Idee.[83]

Vor allem auf letzteres kam es Aron an. Dass die orthodoxen Realisten die Macht und das Nationalinteresse in ihren Theorien privilegierten, störte ihn auch, weil sie auf diese Weise, wie Giscard d'Estaing, die innere Verfasstheit von Staaten und die sie antreibenden Ideologien aus dem Blick verloren. Nach dem Ersten Weltkrieg war ein „heterogenes System" entstanden, in dem die Staaten – im Gegensatz zu denjenigen in einem „homogenen System" – unterschiedliche Werte und Prinzipien für sich in Anspruch nähmen.[84] Deshalb habe sich eine liberale Demokratie totalitären Regimen gegenüber anders zu verhalten als gegenüber ihresgleichen. Das müsse jeder Politiker innerhalb der liberalen Demokratie verstehen, der den Frieden unter den Bedingungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erhalten wolle.

Hier liegen die Ursachen für die Kritik, die Aron in den 1970er Jahren an der westlichen Entspannungspolitik äußerte. Diese Politik ging aus seiner Sicht von falschen Voraussetzungen aus. Schon 1955 hatte er im „Figaro" geschrieben, die Entspannung sei für die Sowjets kein politisches Ziel an

82 Hans J. Morgenthau: Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace. 5. Aufl. New York 1973 (erstmals 1948), S. 27.
83 Siehe Aron, Paix et guerre (wie Anm. 25), S. 85 ff.
84 Siehe ebd., S. 108.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sich, sondern ein Mittel, um andere Ziele zu erreichen.[85] Die „friedliche Koexistenz“ oder die Détente, bemerkte er dann 1958, seien für die Sowjetunion nur Modalitäten des Kalten Krieges.[86] Eine wirkliche „friedliche Koexistenz“ könne es mit einem Staat wie der Sowjetunion gar nicht geben. Zeige sie während der Spannungsphasen ihre Aggressivität, verschleiere sie diese, wenn sie Entspannung wolle, ohne ihre Ziele aufzugeben.

Auch in den 1970er Jahren, der Hochphase der Entspannungspolitik, konnte Aron keine Veränderung des Status quo feststellen. Dabei hatte sich vordergründig einiges geändert. So schlug sich die Détente von 1973 an in der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) nieder und mündete im Juli 1975 in die Schlussakte von Helsinki.[87] Das jedoch war für Aron nicht entscheidend, sondern die eigentlich nicht zu übersehende Tatsache, dass die Détente den Konflikt zwischen den Weltmächten nicht aus der Welt geschafft hatte und dass die Sowjetunion im Grunde nicht weniger expansionistisch war als vor Beginn des KSZE-Prozesses.

Zudem verlor die Détente schon nach Helsinki bald wieder an Schwung.[88] Zunächst in den Vietnamkrieg verwickelt, dann von Watergate erschüttert, überließen die Vereinigten Staaten der Sowjetunion die Initiative. Schon bald ging das kommunistische Imperium in die Offensive, und zwar sowohl in der „Dritten Welt“ als auch, in Fragen der Rüstungspolitik, in Europa. Die Jahre nach Helsinki waren für Aron deshalb keine echte Phase der Entspannung. Vielmehr offenbarten sie die Krise, in die der Westen seit Jahren abzudriften schien. Sie war, darauf hat Aron immer wieder hingewiesen, nicht zuletzt ein Ergebnis der amerikanischen Außenpolitik, namentlich der Politik Henry Kissingers.[89]

Doch auch die französische und bundesdeutsche Politik flößte Aron wenig Vertrauen ein. Sorgen machte ihm in erster Linie, dass es sowohl Helmut Schmidt als auch Valéry Giscard d’Estaing vor allem darum ging, die Entspannungspolitik zu retten – ganz gleich, welchen Kurs die Herren des Kreml einschlugen. Als die Rote Armee Ende Dezember 1979 in Afghanistan einmarschierte, konnte er Zweifel daran, ob Bonn und Paris die internationale Lage richtig einschätzten, nicht mehr verbergen.[90] Die Schlussfolgerungen der amerikanischen Administration leuchteten ihm dagegen alles in

85 Siehe ders.: Ne laissons pas libre course au visionnaire si le notaire doit avoir le dernier mot. In: Le Figaro, 14. Januar 1955. Wiederabgedruckt in ders.: Articles. Bd. I (wie Anm. 16), S. 1347-1350, hier S. 1349.

86 Siehe dazu und zum Folgenden ders.: Reprise de la guerre froide. In: Le Figaro, 28. Juni 1958. Wiederabgedruckt in ders., Articles. Bd. 2 (wie Anm. 16), S. 419-422, hier S. 419 f.

87 Vgl. Georges-Henri Soutou: La guerre de Cinquante Ans. Les relations Est-Ouest 1943-1990. Paris 2001, S. 549.

88 Vgl. dazu und zum Folgenden ebd., S. 567.

89 Vgl. ebd., S. 584-586.

90 Vgl. ebd., S. 613-621.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

allem ein: Hinter der vordergründigen Absicht der Sowjets, das kommunistische Regime in Afghanistan zu verteidigen, verbargen sich weiterreichende Ziele, nämlich eine Expansion in Richtung des Iran.[91]

Präsident Jimmy Carter und die amerikanische Regierung wollten es der Sowjetunion nicht erlauben, ein großangelegtes Unternehmen zur gewaltsamen Verbreitung des Kommunismus zu beginnen. Am 4. Januar 1980 kündigte Carter Wirtschaftssanktionen gegen die Sowjetunion an und rief am 20. Januar zum Boykott der Olympischen Spiele auf, die in diesem Jahr in Moskau stattfinden sollten. Die Entspannungspolitik, das war die Überzeugung in Washington, war überholt.

In Paris und Bonn kam man zu einem etwas anderen Schluss: Auf der einen Seite schloss sich die Bundesregierung zwar dem amerikanischen Boykott an, teilte aber auf der anderen Seite das Anliegen der französischen Regierung, die Détente nicht zu gefährden. Für die Bundesregierung kam noch die Fragilität des innerdeutschen Dialogs hinzu.[92] Für Aron hatten Giscard d'Estaing und Schmidt entweder nicht begriffen, um welchen Einsatz es ging, oder sie setzten die falschen Prioritäten, indem sie es bei „protestations, en dernière analyse platonique" gegen das sowjetische Vorgehen beließen, statt die amerikanische Haltung voll und ganz zu unterstützen.[93] Aron hielt den Preis, den der Westen für die Bewahrung der Entspannungspolitik zu zahlen hatte, für zu hoch, nämlich der Sowjetunion immer neue Zugeständnisse machen zu müssen.[94]

Als Ursache für die Politik Giscard d'Estaings und Schmidts identifizierte Aron ein altes Missverständnis westlicher Politiker und Intellektueller, nämlich den Glauben, die Sowjetunion werde sich durch Zugeständnisse ändern. Und natürlich fühlte er sich an die 1930er Jahre erinnert. Die wirtschaftliche Rationalität, die Giscard und Schmidt zu ihrer beider Markenzeichen erhoben hatte, war in seinen Augen kein Maßstab, den man an die Sowjets anlegen konnte. Der Handel mit dem Ostblock führte nicht zu seiner Liberalisierung, wie Schmidt und Giscard hofften, sondern band die furchtsamen Europäer an die Sowjetunion: »Les armes de la paix, bien loin de libérer les peuples opprimés, ligotent les peuples libres«[95]. Diese Politik war in Arons Augen umso sträflicher, als sie nicht nur den Graben zwischen den Vereinigten

91 Vgl. dazu und zum Folgenden Klaus Wiegrefe: Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Berlin 2005, S. 328-331, 334-338.

92 Vgl. Haig Simonian: The Privileged Partnership. Franco-German Relations in the European Community 1969-1984. Oxford 1985, S. 298-306.

93 Raymond Aron: Unité de l'Europe et solidarité occidentale. In: Les Dernières Nouvelles d'Alsace. 13. Januar 1980.

94 Siehe Raymond Aron: L'heure de vérité. In: L'Express. 19.-25. April 1980.

95 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Staaten und den Westeuropäern vertiefte.[96] Sie führte nicht einmal zu einem stärkeren Engagement für eine selbstständige westeuropäische Verteidigung.

Alles in allem hieß das für ihn, dass Europa in einer mindestens ebenso großen Krise steckte wie die Vereinigten Staaten – in einer Krise, die freilich nicht allein auf die militärische Unterlegenheit gegenüber der Sowjetunion zurückzuführen war, sondern politisch-moralischer Natur war. Was er dazu zu sagen hatte, findet sich im Wesentlichen in seinem im Jahr 1977 erschienenen Buch „Plaidoyer pour l'Europe décadente", in dem er sich zu zeigen bemühte, dass das liberale Europa dem totalitären Europa der Sowjetunion im Grunde überlegen sei, aber Opfer seiner eigenen Verzagtheit zu werden drohe.[97] Vieles, was sich in diesem Buch findet, erinnert an Arons Stimmung in den späten 1930er Jahren, auch wenn die konkreten Themen andere sind. Auch jetzt hatte er wieder den Eindruck, die Menschen in den liberalen Demokratien wollten sich aus der großen Geschichte – „celle qui s'écrit avec la sueur, le sang et les larmes" – auf den „balcon de la grande histoire" davonstehlen, um dort im Schatten der Détente halkyonische Tage zu verleben.[98] Die Europäer versuchten Schweizer zu sein, „sans [...] avoir les vertus civiques des Suisses eux-mêmes".[99] Für Aron war das nur eine Illusion, Europa musste sich wohl oder übel den Herausforderungen der Staatenwelt stellen.[100]

Diese Illusion war nicht zuletzt ein Ergebnis des Versuchs, die internationalen Beziehungen mit den Mitteln einer am Wirtschaftlichen ausgerichteten Rationalität zu betrachten. Dieses Denken war typisch für Schmidt und Giscard d'Estaing und in Arons Augen charakteristisch für jenen „libéralisme avancé", den der französische Präsident propagierte. Und was war das Ergebnis dieses fortgeschrittenen Liberalismus, der sich im Innern als eine milde Version der Sozialdemokratie entpuppte und in der Außenpolitik zu einer Haltung des Appeasement führte? Er löste eine Verbindung auf, die aus Arons Sicht niemals aufgelöst werden durfte: die Verbindung eines echten Friedens mit der Freiheit. Eine solche Politik entfernte den Westen von seinem Ziel in diesem „kriegerischen Frieden": „Survivre c'est vaincre." Man kann nicht sagen, dass das Giscard d'Estaings Absicht gewesen wäre. Auch Aron warf ihm das nicht vor. Aber er glaubte, dass Giscards Außenpolitik ungewollt zu diesem Ergebnis führte oder doch dazu beitragen konnte. Das

96 Ebd.

97 Siehe dazu ausführlich den zweiten und den dritten Teil des Buches – „L'Europe inconsciente de sa supériorité" und „L'Europe victime d'elle-même" – in ders.: Plaidoyer pour l'Europe decadente. Paris 1977, S. 155-457.

98 Ders: L'idee européenne. Du discours de Zurich au Marche commun. In: Schweizer Monatshefte 48,3 (1968), S. 225-240, hier S. 239 f.

99 Ders.: Vers un nouvel équilibre mondial (Interview). In: Histoire Magazine. Juli-August 1980, S. 56-59, hier S. 59.

100 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

war aus Arons Sicht die Tragik eines Präsidenten, der nicht wusste, dass die Geschichte tragisch war.

Am Ende hatte die Politik Giscard d'Estaings und Schmidts nicht die Folgen, die Aron befürchtet hat. Wäre er so weit gegangen, die europäische Wende von 1989 der Entspannungspolitik zuzuschreiben? Das kann niemand wissen. Wahrscheinlich ist jedoch, dass er, seinen Grundüberzeugungen folgend, das Ende des Kalten Kriegs als einen Sieg des Westens empfunden hätte. Dabei kommt sicherlich Klaus Hildebrand dem sehr nahe, was auch Aron festgestellt hätte, dass nämlich der Zusammenbruch der Sowjetunion letztlich eine Folge der westlichen Politik der Stärke gewesen sei, die den Beginn des Kalten Kriegs und dann wieder die Zeit von 1979 an geprägt habe.[101] Es ist schwer vorstellbar, dass sich Aron mit Giscard und Schmidt auf eine Interpretation hätte einigen können.

101 Vgl. Klaus Hildebrand: Willy Brandt, Charles de Gaulle und „la Grande Europe", in: HZ 279 (2004), S. 387-408, hier S. 406.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Weitere Beiträge

Philippe Alexandre

„Herr Friedrich Naumann ist eine der interessantesten Figuren des zeitgenössischen Deutschland." Zur Wahrnehmung eines deutschen Liberalen in Frankreich

Naumann gehört zu den wenigen deutschen Politikern, die sich in der wilhelminischen Zeit in Frankreich regelmäßig aufhielten; über seine Reisen durch das Nachbarland berichtete er entweder in seiner Wochenschrift „Die Hilfe" oder in Broschüren. Allerdings ist es zwischen ihm und französischen Parteiführern oder Intellektuellen nie zu direkten Kontakten gekommen; die deutsch-französische Parlamentarierkonferenz an Pfingsten 1914 ist eine Ausnahme.[1] Dem Platz, den Frankreich in Naumanns Denken und Schriften einnimmt, sind schon mehrere Studien gewidmet worden;[2] mit dem vorliegenden Beitrag soll diese Arbeit fortgesetzt werden, und zwar mit einer Analyse über die Frage, wie er in der französischen Presse und in Werken von maßgebenden französischen Publizisten und Historikern rezipiert worden ist.

Das Ergebnis der Recherche war erstaunlich ergiebig.[3] Aus unterschiedlichen Gründen fand Naumann in Frankreich Ende des 19. Jahrhunderts allgemeine Aufmerksamkeit und kann auch dort als öffentliche Figur angesehen werden.

In der frühen Zeit seines öffentlichen Wirkens als Pfarrer der Inneren Mission in Frankfurt am Main während der 1890er Jahre war er vor allem in den protestantischen Kreisen Frankreichs bekannt; der damals noch junge

1 Friedrich Naumann: Deutsch-französische Annäherung. In: Die Hilfe, Nr. 24, 11.6.1914, S. 378 f.

2 Philippe Alexandre: Friedrich Naumann und Frankreich, 1899-1919. Der Gegensatz von nationalem Ethos und untersuchender Vernunft bei einem Intellektuellen und Politiker der wilhelminischen Zeit. Stuttgart 2003.

3 Es wurde eine möglichst vollständige Erfassung der entsprechenden Quellen auf der Grundlage eines Korpus angestrebt, das dank der digitalen Bestände der Bibliothèque nationale de France, „gallica", zusammengestellt werden konnte.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Geistliche zeichnete sich durch seinen Willen aus, ganz mit sozialpolitischen Fragen befasst zu sein und seinen Ideen Geltung zu verschaffen. Als Folge dieses Engagements, das damals im Rahmen der Kirchen kaum möglich war, legte er sein Amt als Pfarrer nieder und wurde einer der führenden Redner und Publizisten des Evangelisch-Sozialen Kongresses. Mit seinem Amtsbruder Paul Göhre gründete er im Jahre 1896 den Nationalsozialen Verein. In der französischen Presse begann man ihn „den berühmten Pfarrer Naumann" zu nennen; für die Franzosen sollte er immer „der frühere Pfarrer" bleiben, auch nachdem er sich 1903, nach dem Scheitern des Vereins, der Freisinnigen Vereinigung angeschlossen hatte und einer der maßgeblichen linksliberalen Politiker Deutschlands geworden war. Er wurde im Jahre 1907 vom Wahlkreis Heilbronn in den Reichstag gewählt, dann im Jahre 1913 in Waldeck wiedergewählt, was ihm die Möglichkeit gab, im Rahmen des Parlaments zu wichtigen Zeitfragen Stellung zu nehmen. Seine Reichstagsreden weckten in der französischen Presse großes Interesse. Eng verbunden blieb aber der Name Naumanns mit der „Mitteleuropa"-Idee; sein gleichnamiges Buch von 1915 wurde in Frankreich wie in ganz Europa in einer geradezu unüberschaubaren Menge von Rezensionen kommentiert, und zwar nicht nur während des Ersten Weltkrieges, sondern auch in der Zeit nach 1918.

Bei der durchgeführten Rezeptionsanalyse stellte sich heraus, dass große Unterschiede in der politischen Kultur der beiden Nachbarländer die Wahrnehmung des deutschen Politikers Naumann in Frankreich bestimmt haben. Er erschien als ein Kuriosum, um so mehr als seine Entwicklung als atypisch und seine Ideen als äußerst komplex bezeichnet werden konnten. Eine weitere Feststellung drängte sich aber auch auf: Die Beschaffenheit der deutsch-französischen Beziehungen nach dem Krieg von 1870/1871 beeinflusste das Urteil der meisten französischen Beobachter über deutsche Verhältnisse in vielen Bereichen, so auch über Naumann. Deshalb musste man bis zu den 1950er Jahren warten, bis Naumanns Ideen von französischen Historikern unvoreingenommen wissenschaftlich beleuchtet werden konnten.

I. „Der tapfere Vorkämpfer des christlichen Sozialismus in Deutschland": Das Bild Naumanns in den protestantischen Zeitschriften Frankreichs

Der Name Naumanns erschien erstmals 1894 in der französischen Publizistik. Wenn er aber 1895 in der Pariser Presse bekannt wurde, so verdankte er dies den Angriffen des Freiherrn von Stumm, des konservativen Industriellen, der im Reichstag den rührigen sozialen Pfarrer von Frankfurt als Feind der bestehenden Ordnung denunzierte. Indem er den Teufel des sozialen Protestantismus an die Wand malte, bewirkte der einflussreiche „Saarkönig" schließlich das Gegenteil von dem, was er erreichen wollte. Von einem Tag

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

auf den anderen wurde der junge Pfarrer der Inneren Mission berühmt. Er hatte Ende 1894 die Wochenschrift „Die Hilfe“ ins Leben gerufen mit Unterstützung zahlreicher Amtskollegen[4]. Von „Neugier“ getrieben, suchte der Spezialkorrespondent der republikanischen Pariser Tageszeitung „Le Temps“ Naumann auf. Nach dem Gespräch schrieb dieser:

> „Er ist noch jung; einige Minuten Diskussion reichen und schon manifestieren sich die Klarheit seiner Gedanken und seine Warmherzigkeit. Unter dem sanften und tiefen Blick Wicherts, dessen Bild sich an einem Ehrenplatz in seinem Arbeitszimmer befindet, arbeitet der Pfarrer an der nächsten Nummer seiner Zeitung. Wichert, der in Frankreich wenig bekannt ist, hat die Anregung zu den sozialen Initiativen gegeben, die in der Evangelischen Kirche Deutschlands seit einem halben Jahrhundert entwickelt worden sind; er ist für die Protestanten, was Ketteler für die Katholiken bedeutet. Schon 1847 hat Wichert zwei Perioden in der künftigen Entwicklung der Gesellschaft vorausgesagt: Während der ersten wird die Not der Armen durch die Wohltätigkeit gemildert werden; während der zweiten werden die Armen ihre Not selber durch Selbsthilfe in Vereinen mildern.“[5]

Der Korrespondent des „Temps“ erzählte in diesem sehr langen Bericht, wie schonungslos der Freiherr von Stumm gegen Naumann vorging, und betonte, dass er und seine konservativen Freunde sich (seltsamerweise) gegen die „Hilfe“ aggressiver zeigten als gegen die sozialdemokratische Presse. Seinen Mitbürgern, die sich seiner Bewegung anschließen wollten, empfehle Naumann zwei Lektüren, erzählte er weiter: „Das Kapital“ von Marx, um die Ideen, die jetzt in den Massen verbreitet werden, besser zu verstehen, und das Evangelium, um sich mit dem Ideal Jesu vertraut zu machen. Und wenn sie sich erst einmal von dem Inhalt dieser beiden Bücher haben durchdringen lassen, dann können sie sich den Wirtschaftswissenschaftlern zuwenden, die als Experten ihre Schlüsse bekannt geben sollen.

Das soziale Christentum war damals erst „im Werden“; laut dem französischen Journalisten vertrat Naumann die Ansicht, die Bewegung brauche Zeit, bis sie zur vollen Entfaltung gelange: Der Sozialismus scheine die Generation von morgen für sich gewonnen zu haben, die Hoffnung des sozialen Christentums sei, auf die Generation von übermorgen Einfluss gewinnen zu können. Vorderhand gelte es, auf diese Zeit hinzuarbeiten; dies sei die Aufgabe des Evangelisch-Sozialen Kongresses. „Auf diesem tauschen zwar

4 Philippe Alexandre: Une Allemagne forte et prospère dans une Europe en paix. Le point de vue européen de la revue national-sociale „Die Hilfe“, publiée par Friedrich Naumann (1894-1914). In: Michel Grunewald/Helga Abret/Hans-Manfred Bock (Hrsg.): Le discours européen dans les revues allemandes/Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1871-1914). Berne/Berlin u.a. 1996, S. 257-291.

5 Von unserem Spezialkorrespondenten. En Allemagne. Le pasteur Naumann et le protestantisme „social“. In: Le Temps, 35. Jg., Nr. 12.333, 5.3.1895, S. 1. Die französischen Originaltexte sind vom Verfasser des vorliegenden Aufsatzes ins Deutsche übersetzt worden.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Männer wie Stoecker, Weber und Göhre Gedanken aus, Entscheidungen werden aber nicht getroffen", bemerkte der Korrespondent des „Temps".

Ein Beitrag zur Ausformulierung der christlich-sozialen Idee und Organisation waren die „Sozialen Briefe an reiche Leute", die von Naumann herausgegeben worden waren. Dieser machte aber kein Hehl daraus, dass eine solche Lektüre für viele Leser zu früh erschienen war. Zu viele reiche Protestanten, meinte Naumann, setzten sich zwar aktiv in Wohltätigkeitsvereinen ein, sie zeigten sich aber wegen der Fortschritte des Sozialismus kaum besorgt. Sie seien zu wenig demokratisch gesinnt; das Volk verstünden sie nicht, sie wollten es nicht verstehen, so Naumann. Ein weiterer Hemmschuh für die sozialen Pfarrer war der Widerstand der evangelischen Konsistorien, während die katholischen Bischöfe dem von Ketteler eröffneten Weg folgten. Es gebe zwar im Kreis um Naumann Pfarrer verschiedener theologischer Richtungen, aber auch viel guten Willen, zusammenzuarbeiten. Diese vielversprechende Erscheinung sei noch zu neu, als dass man ihre Bedeutung und Tragweite messen könne, so der „Temps"-Korrespondent.

Dieses lange Interview, das in „Le Temps" veröffentlicht wurde, verdient unsere Aufmerksamkeit: Naumann und die christlich-soziale Bewegung sowie der Evangelisch-Soziale Kongress waren offensichtlich für französische Republikaner eine interessante Erscheinung in einer Zeit, als die Enzyklika „Rerum novarum" von Papst Leo XIII. in Frankreich eine Debatte ausgelöst hatte und in den katholischen Kreisen schon viel bewegt hatte. „Le Temps", das ein gemäßigt republikanisches Organ war, zählte manche Protestanten zu seinen Lesern.

Auch protestantische Zeitschriften Frankreichs begannen damals ihr Augenmerk auf die christlich-soziale Bewegung im Nachbarland zu richten. Die „Revue du christianisme pratique" veröffentlichte Berichte aus Frankfurt, die von Freunden eingesendet wurden. Einer von ihnen kommentierte Anfang 1894 eine Rede Naumanns zum Thema „Die Evangelisation in den Gewerkvereinen". Naumann und sein Kreis galten damals als Wortführer eines „socialisme chrétien", in dem das Christentum als Antrieb zur Tat wirken sollte. Der Mitarbeiter aus Frankfurt setzte den Akzent auf die radikalen Seiten dieses Sozialismus: Die Bodenreform und andere mit der Nächstenliebe begründete Reformen. Als Pfarrer der Inneren Mission galt Naumann schon damals als ein hochkarätiger Redner, der das Volk zu packen verstand.[6] In derselben Zeitschrift wurden auch ausführliche Berichte über den Evangelisch-Sozialen Kongress veröffentlicht.

6 Édouard Fuster: En Allemagne. II. Le parti protestant social et l'infiltration socialiste; Göhre, Wächter, Schall et Naumann. In: Revue du christianisme social, 7. Jg., 15.1.1894, S. 52-61. In einer langen Fußnote gab Fuster den Brief eines Freundes aus Frankfurt wieder, in dem Naumanns Persönlichkeit geschildert wurde. Dieser Freund war wohl Charles Correvon.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ein Mann spielte eine wichtige Rolle in der Übermittlung dieser Informationen nach Frankreich: Charles Correvon (1874-1928), ein Pfarrer aus Yverdon-les-Bains in der Schweiz, der in Frankfurt die Französisch-reformierte Kirche betreute und selber im sozialen Bereich sehr aktiv war.[7] Da er zweisprachig war, konnte er in seinen „Lettres d'Allemagne" die Substanz der Tätigkeit und der Reden der deutschen sozialen Pfarrer, mit denen er außerdem enge Kontakte pflegte, ins Französische übersetzen und die Fakten liefern, durch welche die Bewegung im Nachbarland besser verstanden werden konnte.

Correvon kennzeichnete die Arbeit der Inneren Mission und der Christlich-Sozialen als „eine Reaktion des Geistes der Solidarität gegen den Individualismus der Pietisten und die trockenen Theorien des Rationalismus". Sie sei ein Versuch, die Massen anzusprechen und der Agitation der Sozialdemokratie entgegenzuwirken, wobei sie einige ihrer Parolen übernommen hatten.[8] Er lobte das Wirken Naumanns, „des jungen Pfarrers aus Sachsen, der mit hervorragenden geistigen Fähigkeiten begabt war".[9] Laut Correvon erhob sich Naumann im Namen des Evangeliums gegen die Haltung des ‚laissez faire, laissez passer'", und seine erste Sorge lautete: „Wie lassen sich die Massen mit dem Christentum versöhnen?" „Durch die allmähliche und geduldige Durchdringung mit den christlichen Ideen", sei die Antwort.[10]

Charles Correvon berichtete auch ausführlich über den Kongress der Christlich-Sozialen in Frankfurt im Mai 1894, den er als einen Versuch darstellte, eine Annäherung zwischen Arbeit und Kapital herbeizuführen.[11] Über tausend Teilnehmer waren aus allen Teilen Deutschlands gekommen; sie bildeten eine Gemeinschaft, die trotz manchmal tiefer Meinungsverschiedenheiten etwas zu bewirken suchte. Correvon erwähnte die Gegensätze zwischen den von Naumann vertretenen „Jungen"[12] und dem konservativen Stoecker, von dem man sich schließlich trennte. Er war sich bewusst, dass

7 Charles Correvon. In: https://frankfurter-personenlexikon.de/node/6251 (Zugriff 15.4.19).
8 Charles Correvon: Le pasteur Naumann et le mouvement socialiste chrétien en Allemagne. In: Revue chrétienne. Recueil mensuel, 41. Jg., 14. Bd., 1894, S. 207-210.
9 Ebd., S. 208.
10 Charles Correvon: Lettre d'Allemagne. Un auto-plaidoyer de M. Naumann. In: Revue chrétienne. Recueil mensuel, 41. Jg., 14. Bd., 1894, S. 313-315.
11 Charles Correvon: Congrès des socialistes chrétiens à Francfort. In: Revue du christianisme pratique, 7. Jg., Nr. 4, 15.7.1894, S. 261-268; siehe auch ders.: Lettre d'Allemagne. Le pasteur Naumann et le congrès de la démocratie sociale à Francfort. In: Revue chrétienne. Recueil mensuel, 41. Jg., N.S., 15. Bd., 1894, S. 455-460.
12 Siehe dazu Laurent Duchesne: Le mouvement social-évangélique en Allemagne. In: Revue d'économie politique, 10. Jg., 1896, S. 1001-1016, hier bes. S. 1012; Georges Goyau: L'Allemagne religieuse. Le protestantisme. Paris 1898 und die Rezension von P. Muller Simonis. In: Revue catholique de l'Alsace, N.S., 16. Jg., Dez. 1897, S. 938-944, hier bes. S. 942; Germanicus: Lettre d'Allemagne. Lassitude. – Tâtonnements. – Médiocrité. – Les „Jeunes". – Les „Vieux". – L'avenir. In: Revue chrétienne. Recueil mensuel, 52. Jg., 4. Reihe, 1. Bd., 1905, S. 127-132.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Begriffe wie „christlich-sozial“ oder „evangelisch-sozial“ für französische Leser sehr schwer verständlich waren; deshalb benutzte er den Begriff „socialisme chrétien“.

Die „Revue du christianisme pratique“ veröffentlichte Naumanns Programm dieses „christlichen Sozialismus“ offensichtlich durch die Vermittlung von Correvon, der sich selbst einen „Freund Naumanns“ nannte.[13] Dieser Aufsatz, der eine christliche Antwort auf die Forderungen der Sozialdemokratie versuchte, war zuerst unter dem Titel „Christlich-Sozial“ in Maximilian Hardens „Zukunft“ erschienen. Er war wohl von Correvon ins Französische übersetzt worden. In diesem Aufsatz trat Naumann für das soziale Engagement von Pfarrern ein.

> „Der Pfarrer soll das Wort verkündigen, meinte er, nicht das Wort des Geistlichen, sondern das Wort Gottes, wie es aus dem Mund Christi hervorquillt. Er soll dieses Wort ebenso konkret und scharf verkündigen, wie es Jesus seinerzeit gemacht hat. Über die Nächstenliebe vage predigen ist etwas Leichtes, aber in der Predigt sagen: Wer zwei Kleider besitzt, solle demjenigen, der keines hat, eines geben, das ist schwierig. Doch so hat Jesus gepredigt. So lautet Gottes Wort.“

Aus solchen Überlegungen schloss Naumann konsequent: Auch die Pfarrer sollen in die große Bewegung der sozialen Fragen herunterkommen, das heißt die Höhen verlassen und an der Bewegung teilnehmen. Dann werden sich die Menschen allmählich verändern.[14]

In der Folgezeit konnten die Leser der beiden französischen Zeitschriften dank der ausführlichen Berichte von Charles Correvon den Verlauf des Evangelisch-Sozialen Kongresses in Erfurt verfolgen. Der Zweck war wohl, durch gemeinsame grenzüberschreitend-protestantische Bemühungen auf dem praktischen Gebiet zu wirken, ohne die eigenen religiösen Gesinnungen preiszugeben; man hatte die Forderungen des Tages erkannt: Der revolutionäre Sozialismus erschien als eine ernste Gefahr, und im deutschen Protestantismus stellte man sich die Frage, welche Stellung musste man zu ihm einnehmen; es galt die Gesellschaft vor dem drohenden religiösen und wirtschaftlichen Ruin zu bewahren.[15]

Was Naumann damals in Frankreich bekannt machte, waren seine „Sozialen Briefe an reiche Leute“, die zunächst in der „Zukunft“, dann als eigenständige Broschüre erschienen waren. Wenn sie in Frankreich gelesen wer-

13 Pasteur Frédéric Naumann: Un programme de socialisme chrétien. In: Revue du christianisme pratique, 7. Jg., Nr. 3, 15.5.1894, S. 174-181.

14 Ebd., S. 181; vgl. Alfred Milatz: Friedrich-Naumann-Bibliographie. Düsseldorf 1957, S. 16, Nr. 82.

15 Charles Correvon: Lettre d’Allemagne. Le congrès social évangélique à Erfurt. In: Revue chrétienne. Recueil mensuel, 42. Jg., 2. Bd., Nr. 1, 1.7.1895, S. 67-72.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

den konnten, so war dies einer Übersetzung aus der Schweiz zu verdanken.[16] In einer Rezension lobte Charles Correvon den Stil Naumanns und fasste die Botschaft des Autors so zusammen, dass die Reichen die Zeichen der am Horizont auftauchenden neuen Zeiten nicht erkennen würden. Für die Reichen sei die bestehende Ordnung die einzig vernünftige, weil sie ihren Vorstellungen entspreche, und weil sie in der Tradition verwurzelt sei. Doch war die Bürgerschicht, die heute den Sozialismus verkannte und verurteilte, auch diejenige, die früher gegen Reaktion und Stillstand gekämpft habe. Immerhin würde Naumann zeigen, dass die Besitzenden schon viel gelernt hätten, indem sie zum Beispiel Wohltätigkeitsvereine stifteten.[17]

Nachdem Naumann und seine Freunde 1896 den Nationalsozialen Verein gegründet hatten, schenkten politische Zeitschriften den Stellungnahmen dieser Gruppe Interesse, und zwar zum großen Teil deshalb, weil sie in ihrem Programm die beiden Begriffe „national" und „sozial" verknüpften und weil Naumann den Übergang von der engagierten Theologie zur praktischen Politik vollzogen hatte.

Diese Entwicklung konnte für Christen ein Problem darstellen. Der Schweizer Roger Bornand, reformierter Pfarrer in Moudon, der Naumanns „Briefe über Religion" ins Französische übersetzt hatte,[18] beschäftigte sich 1911 mit diesem Problem. Überzeugte Christen wie Guizot, Gladstone und Roosevelt hatten maßgebend im politischen Leben gewirkt; ehemalige Pfarrer wie Stoecker, Bodelschwingh oder Naumann hatten sich für das politische Engagement entschieden. Bornand meinte später im Jahre 1911:

> „Die Bildung einer christlichen Partei scheint uns jedoch nicht möglich zu sein; Jesus hat keine wirtschaftliche und politische Theorie hinterlassen, so dass man nicht alle diejenigen, die sich auf ihn berufen, zu einer einheitlichen und festen Organisation zusammenfassen könnte. Herr Friedrich Naumann, ein ehemaliger Pfarrer und jetzt Reichstagsabgeordneter, hat Recht, wenn er sagt, er habe darauf verzichtet, in der Bergpredigt eine Lösung für die grundsätzlichen Fragen des Staates zu finden, aber er geht zu weit und schränkt ungerecht die Macht des Christentums ein, wenn er denkt, dass der politische Betrieb von der Einflusssphäre der guten Botschaft des Heils zu trennen ist."[19]

16 Friedrich Naumann: Lettres sociales aux riches; traduction de l'allemand par J. Philip Barjeau, avec préface de L. Comte. Vals-les-Bains 1899. Jean Philip de Barjeau war ein französischer Protestant. Die Digitalbibliothek der Bibliothèque Nationale de France hat von ihm „Le protestantisme dans le vicomté de Fezensaguet". 1891, digitalisiert.

17 Charles Correvon: À propos des „Lettres sociales aux riches" de M. Naumann. In: Revue du christianisme pratique, 8. Jg., Nr. 2, 15.3.1895, S. 94-104.

18 Friedrich Naumann: Lettres sur la religion; traduites de l'allemand avec une introduction biographique et des notes par Roger Bornand. (Extrait de la Revue de théologie et de philosophie.) Lausanne 1905.

19 Roger Bornand: Le chrétien et la politique. In: Revue chrétienne, 48. Jg., 4. Reihe, 1. Bd., 1.1.1911, S. 220-233, hier S. 232.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Auch später sollten sich wichtige Vertreter der evangelischen christlich-sozialen Bewegung wie Élie Gounelle weigern, „die religiöse Erfahrung von dem Bereich des politischen Wirkens“ zu trennen. Er wollte zuversichtlich auf das Kommen des Reichs Gottes warten und konnte deshalb Naumann, der von seinen ursprünglichen Anschauungen Abschied genommen hatte, nicht zustimmen. Beeindruckt vom „Weltkongress für freies Christentum“, der 1910 in Berlin getagt hatte, schrieb er nach den Reichstagswahlen 1912:

> „Wir werden in der Nacht warten, so lange es nötig sein wird, auf den sicheren Anbruch des Tages. Diese Haltung, die ein bisschen zu sehr an den ‚kategorischen Imperativ‘ erinnert, wird sich auf die Dauer als die praktischere, opportunistischere und realistischere erweisen! Der ‚christlich-soziale‘ Naumann hat früher die Seelen wirklich geprägt und ihnen eine Orientierung gegeben, und nicht der ‚national-liberale‘, so hervorragend er auch weiterhin wirken und so viel Achtung er immer noch genießen mag. – Der Rückschlag, den er bei der neuesten Reichstagswahl [in Heilbronn] erlebt hat, bringt allerdings nicht den Beweis, dass seine Taktik und seine jetzige Doktrin falsch sind; jedoch können wir nicht umhin, zu bemerken, dass ein Politiker, der den direkten Einfluss des Evangeliums aus seinen politischen Stellungnahmen ausgeschlossen hat, nichts als ein gewöhnlicher Bürger ist, wenn er bei Wahlen geschlagen wird, während ein Naumann, der als erster Wortführer des sozialen Christentums kandidiert hätte, auch wenn und vor allem wenn er geschlagen werden sollte, mehr denn je in der sozialen wie in der geistigen Sphäre Sieger geblieben wäre in einem weiten unsichtbaren Wahlkreis in ganz Deutschland und weltweit.“[20]

II. „Le fameux pasteur Naumann“:[21] Der nationalsoziale und liberale Politiker

Die Verknüpfung von „national“ und „sozial“ war offensichtlich für die Franzosen ein Kuriosum und der Doppelbegriff „nationalsozial“ schwer zu übersetzen. Im Jahre 1899 finden wir in der Rezension einer Rede Naumanns zum Thema „Bebel und Bernstein“ die Übersetzung „social-nationaliste“. Auf einer öffentlichen Versammlung in Berlin hatte er über den Ge-

20 Élie Gounelle: Évangéliques sociaux allemands et chrétiens sociaux français. Réflexions franches et cordiales. In: Christianisme social. Revue mensuelle, 25. Jg., Nr. 3, März 1912, S. 172-177, hier S. 173-174.

21 Mit dem deutschen Adjektiv „berühmt“ wird die ironische Note, die „fameux“ manchmal haben kann, wie hier, nicht wiedergegeben. Diesem Ausdruck „le fameux pasteur Naumann“, der in der französischen Presse regelmäßig wiederkommt, begegnet man z.B. in der Erzählung von Jeanne und Frédéric Regamey: Au service de l’Alsace. Paris 1906, S. 47. Während eines Abendessens dreht sich das Gespräch um die China-Expedition von 1900. Erwähnt wird dabei die radikale Stellung des „berühmten“, dann auch „ungestümen („impétueux“) Pfarrers Naumann“. Ein Gast zitiert die Rede Naumanns auf dem nationalsozialen Kongress in Leipzig, in der er erklärt hat, die Barbarei in Kriegszeiten sei kein Zeichen für einen Niedergang; im Gegenteil, denn ein aufsteigendes Volk, das an seine Zukunft glaube, habe nie während eines Krieges eine Politik des Mitleids getrieben. Ebd., S. 59.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gensatz zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteiführern gesprochen, der laut dem Redner eine Sezession zur Folge haben könne.

In der Publikation „Les hypothèses du socialisme et les tâches de la social-démocratie“ hatte Eduard Bernstein erklärt, die Sozialdemokratie müsse sich auf das Ziel der Reformen konzentrieren, was dem Wunsch vieler Parteimitglieder entspreche. Naumann begrüßte darin das Erwachen des Geistes Ferdinand Lassalles, der von den Marxisten beseitigt worden sei; also eines praktischen Sozialismus für die jetzige Zeit auf der Grundlage der deutschen Nationalität. Der These Bernsteins stellte August Bebel entgegen: Erstens: sollte es zu einer Sezession kommen, dann würde eine neue noch radikalere Partei entstehen; zweitens: die Vorstellungen von Bernstein würden nur von einem unbedeutenden Teil der Sozialdemokraten geteilt. Naumann bemerkte, Bebel möge vielleicht für den Augenblick Recht haben, wie jeder Beobachter feststellen könne, das Kräfteverhältnis würde sich aber bald zugunsten von Bernsteins Ideen umkehren.

Christiaan Cornelissen, der Rezensent, kommentierte: Bebel verkörpere die Gefühle der Masse, Bernstein „Reformen“ im demokratischen Sinne des Wortes. Die Hoffnung von Naumann sei, dass dereinst ein neues Ideal das der Revolution ersetzen würde, und dieses Ideal sei eine Verknüpfung der sozialistischen Idee mit dem Nationalismus. Naumann gehe davon aus, dass Bernstein und seine Freunde einen Teil der Sozialdemokraten zum Nachdenken darüber bringen könnten.[22]

Eine Feststellung lässt sich aber bei der Analyse nicht umgehen: In den Beiträgen wurde Naumann zwar regelmäßig zitiert, wenn er auf Kongressen, später auch im Reichstag zu wichtigen Zeitfragen Stellung nahm und dabei oft aufsehenerregende Thesen vertrat. Vor dem Erscheinen des Buches „Mitteleuropa“ ist unseres Wissens aber keine seiner großen Schriften wie „Demokratie und Kaisertum“ oder „Neudeutsche Wirtschaft“ in Frankreich Gegenstand einer Rezension gewesen.

Der Historiker Georges Blondel, einer der besten Kenner Deutschlands im damaligen Frankreich, der auf wirtschafts- und agrarpolitische Fragen spezialisiert war, unternahm im Jahre 1895 mit einer Gruppe von Wissenschaftlern eine Studienreise nach Deutschland. Die „Revue d’économie politique“ veröffentlichte 1902 eine Studie von ihm über die Handelspolitik des Deutschen Reiches. Blondel war in der sozialkatholischen Bewegung engagiert; deshalb schenkte er auch den Ideen der deutschen „démocrates chrétiens“ (christlichen Demokraten) Aufmerksamkeit. Im Kapitel, das der Schutzzollpolitik gewidmet war, zitierte er die Rede Friedrich Naumanns auf dem

22 Christiaan Cornelissen: Friedrich Naumann, Bebel und Bernstein. In: L’Humanité nouvelle. Revue internationale. Sciences, Lettres et Arts (Paris/Brüssel), 3. Jg., 2. Bd., 1899, S. 764-765.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Münchner Kongress, in der er sich entschieden gegen den Protektionismus ausgesprochen hatte. Naumann hatte erklärt: Umsonst versuchen die radikalen Befürworter des Schutzzolls ihr Gewissen zu beruhigen, indem sie die Sozialreformen als Ausgleich gelten lassen. Bismarck konnte vor zwanzig Jahren zu diesem Mittel greifen; aber die Situation sieht heute ganz anders aus: Die „agrarische Gefahr" existierte noch nicht, d.h. der Einfluss der Junker war noch nicht so stark, und die Sozialdemokratie, die damals durch Unterdrückungsmaßnahmen behindert wurde, war nicht so mächtig wie jetzt.[23]

Die anarchistische Zeitschrift „L'Humanité nouvelle" widmete Naumann drei Artikel. Sie kommentierte im Jahre 1899 die Broschüre „Bebel und Bernstein",[24] lobte im Jahre 1900 Naumanns Bemühungen als „Chef der patriotisch-reformerischen Partei", die in der „Zuchthausvorlage" vorgesehenen Repressionsmaßnahmen vom Reichstag mildern zu lassen und „die Schande dieses Attentats gegen die Freiheit abzuwenden".[25] Der holländische, kommunistisch-libertäre Grundschullehrer und Gewerkschafter Christiaan Cornelissen rezensierte die Schrift „Weltpolitik und Sozialreform", in der Naumann die These vertrat, eine große deutsche Weltpolitik sei ohne tiefgreifende Sozialreformen unmöglich. Worauf Cornelissen in seinen Kommentaren den Akzent legte, war die Verknüpfung der beiden Begriffe „national" und „sozial" und die Begründung dieser Politik. Naumann stelle fest, dass der Weltmarkt von England beherrscht werde. Wolle sich Deutschland gegenüber dieser Weltmacht behaupten, dann müsste es alle seine Volkskräfte sammeln, was erst dann möglich würde, wenn man die Arbeitermassen für diese Idee gewonnen hätte. Diesen müsste man aber die Möglichkeit geben, sich zu organisieren, um ihre Lebensverhältnisse zu verbessern.[26]

Naumanns Ideen über die Sozialreform wurden Gegenstand recht vieler Kommentare in den damaligen Zeitschriften. Von einem anderen Standpunkt aus analysierte sie auch die „Revue franco-allemande/Deutsch-französische Rundschau", wo vor allem ihr Zweck, das heißt die „nationale Bedeutung", in den Vordergrund gestellt wurde. Die Arbeitermassen hätten, so Naumann, eine große Bedeutung für den Militär-, Finanz- und Rechtsstaat. Deshalb trete der nationalsoziale Politiker für den Arbeiterschutz ein.[27]

Seine Ideen präsentierte Naumann auch auf dem Evangelisch-Sozialen Kongress, der jedes Mal das Interesse der Presse, auch in Frankreich, auf

23 Georges Blondel: La politique commerciale de l'Empire allemand. In: Revue d'économie politique, 16. Jg., 1902, S. 515-536, hier S. 524.
24 Bebel und Bernstein. In: L'Humanité nouvelle. Revue internationale. Sciences, Lettres, Arts, 3. Jg., 2. Bd., 1899, S. 764-765.
25 Die Zuchthausvorlage. In: Ebd., 4. Jg., 2. Bd., 1900, S. 240-241.
26 Christiaan Cornelissen: Weltpolitik und Sozialreform, par Friedrich Naumann, Berlin-Schöneberg, 1899. In: Ebd., 4. Jg., 1. Bd., 1900, S. 244.
27 Hermann Ell: Pfarrer Naumann und seine soziale Reform. In: Revue franco-allemande/Deutsch-französische Rundschau (München/Paris), 3. Jg., 5. Bd., Nr. 55, Juli 1901, S. 109.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sich lenkte. Das katholische Organ „La Croix“ berichtete 1904 über den Breslauer Kongress, weil Naumann in seiner Rede die Arbeit der katholischen Kirche in den sozialen Werken gelobt hatte, ein Beispiel, das, meinte er, die Evangelischen nachahmen sollten.[28]

Nach dem Scheitern des Nationalsozialen Vereins bei den Reichstagswahlen im Jahre 1903 schloss sich Naumann der Freisinnigen Vereinigung an und gehörte bald zu den einflussreichsten liberalen Politikern Deutschlands. Von nun an behandelte er – namentlich in der Zeitschrift „Die Hilfe“ – immer mehr außenpolitische Themen.

Die Korrespondenten der Pariser Presse schickten aus Berlin Berichte, die für Naumanns Wahrnehmung in Frankreich eine entscheidende Rolle spielten, z.B. während der Marokkokrise im Jahre 1905. In „Le Temps“ hieß es: Der „ehemalige Pfarrer“ Naumann weist in seiner nationalsozialen Zeitschrift „Die Hilfe“ auf die Notwendigkeit hin, in Deutschland ein starkes Heer zu erhalten entgegen allen pazifistischen Theorien; ohne dieses starke Heer als Rückhalt hätte die deutsche Diplomatie das Prestige des Deutschen Reiches nicht wiederherstellen können.[29] Während des Wahlkampfes bedauerte Reichskanzler von Bülow Anfang 1907 das Fehlen einer großen liberalen Partei mit antisozialdemokratischer Stoßrichtung. „Naumann und Barth allein können von einem Block der Linken träumen, schrieb die sozialistische Zeitung von Jean Jaurès, „L’Humanité“. Für den Reichskanzler ist ein solcher Traum ein Aufruf gegen die Nation.“[30]

Nach der Reichstagswahl, bei der Naumann im Wahlkreis Heilbronn gewählt wurde, berichtete der „Mercure de France“ über eine Polemik zwischen ihm und Werner Sombart, dessen Buch über den Kapitalismus eine große Resonanz gefunden habe. Sombart interessierten die schmutzigen und erniedrigenden Geschäfte im politischen und im Wahlbetrieb nicht, so der „Mercure“; von Naumann, der sich – anders als Sombart – tatkräftig engagieren wollte, sagte er: „Herr Friedrich Naumann ist jener ehemalige Pfarrer, der heute Reichstagsabgeordneter ist, der Erfinder des nationalen Sozialismus, der sich ständig bemüht, die zersplitterten Teile des liberalen Blocks zusammenzufügen.“[31]

Die sozialistische Zeitung „L’Humanité“ verfolgte aufmerksam die deutsche Debatte um die Verfassung und richtete dabei ihr Augenmerk auf Naumann, denn dieser gehöre zu den liberalen Politikern, die für eine Erweiterung der Rechte des Parlaments eintreten. Immer wieder bemängelte er, dass

28 Lettre d’Allemagne. Le Congrès évangélique social. In: La Croix, 25. Jg., Nr. 8495, 10.6.1904, S. 3.

29 De notre correspondant de Berlin: Les relations franco-allemandes. In: Le Temps, 45. Jg., Nr. 16.071, 19.6.1905, S. 1.

30 En Allemagne. M. de Bülow va-t-en-guerre. In: L’Humanité, 4. Jg., Nr. 992, 4.1.1907, S. 1.

31 Revue de la quinzaine. In: Mercure de France, Bd. 69, Nr. 248, 15.10.1907, S. 750-751.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Reichstag nicht genug an dem politischen Entscheidungsprozess teilnahm. Er erhob also konsequent die Forderung nach einem Gesetz, das dem Reichstag zu einem tieferen Gefühl seiner Verantwortung verhelfen würde. „L'Humanité" schrieb: „Herr Naumann will, dass diese anstehende Frage nicht allein eine Forderung der demokratischen oder der national-liberalen Partei sei, sondern eine deutsche Frage, die über alle Parteigrenzen hinausgeht."[32]

Zweifelsohne gehörte Naumann vor 1914 zu den politischen Persönlichkeiten Deutschlands, die in der französischen Presse Neugier weckten. Nach seiner Wahl in den Reichstag veröffentlichte die „Revue chrétienne" eine lange Schilderung des neuen Abgeordneten von Heilbronn, „Fritz Naumann", die aus berufener Feder stammte, nämlich aus der von Germanicus, einem seiner früheren Amtsbrüder. Hinter dem Pseudonym versteckte sich wohl der erwähnte Charles Correvon. Während des Gesprächs erzählte ihm Naumann, er habe nicht weniger als 42 Wahlreden binnen drei Wochen gehalten. Germanicus bemerkte dazu:

> „Er bleibt körperlich und geistig derselbe Athlet, der er immer war, schon in der Zeit, da er als Mitarbeiter der Inneren Mission jene evangelischen Arbeitervereine ins Leben rief, die ihn allmählich von der Kanzel entfernten und ihn dazu führten, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen. Vergessen Sie nicht, sich den Namen dieses Abgeordneten zu merken, denn, wenn Gott ihm das Leben lässt, wird er sicher von sich reden machen."[33]

Germanicus fuhr fort, Naumann habe sich vielen Illusionen hingegeben, er habe aber inzwischen Abstriche daran machen müssen. Mit seinem Freund Barth, einem der fortschrittlichsten Elemente der „radikalen Partei", habe er auf ein Bündnis mit der Sozialdemokratie hinarbeiten wollen; der Plan sei aber an der unversöhnlichen Haltung der äußersten Linken und an dem Widerstand seiner eigenen Freunde kläglich gescheitert. Naumann sei aber ein Pragmatiker, der sich bewusst sei, dass er abwarten müsse, dem Germanicus zustimmte:

> „Es wäre bedauerlich, fügte er hinzu, wenn ein Mann dieses Wertes verurteilt sein sollte, weil er zu streng an seinen Prinzipien festhält oder zu genau seinem Gewissen gehorcht, auf längere Zeit von den höheren, ja von den Regierungssphären entfernt zu bleiben, die sich schwierig mit seinen eindeutig freihändlerischen und festen liberalen Überzeugungen abfinden werden. Denn abgesehen von einigen namhaften Persönlichkeiten der universitären Welt wie unter anderem die Professoren Brentano und Max Weber, ist Naumann unbestritten neben

32 En Allemagne. La question constitutionnelle. In: L'Humanité, 5. Jg., Nr. 1691, 4.12.1908, S. 1 und 4.

33 Germanicus: Silhouettes berlinoises. In: Revue chrétienne. Recueil mensuel, 54. Jg., 4. Reihe, 1. Bd., 1907, S. 300-311, hier S. 305.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dem Grafen Posadowsky und Dr. Gothein, seinem Kollegen in der fortschrittlichen Partei, der Sachverständigste in den sozialpolitischen Fragen.“[34]

Germanicus meinte abschließend in seiner Charakteristik von Naumann als liberalem Politiker: „In den Händen eines solchen Mannes wird die Sache des Volkes nie der Willkür von Parteien oder dem Egoismus von Kabinetten ausgeliefert sein.“[35]

Die Leser der großen Pariser Zeitungen, wenn sie sich überhaupt für deutsche Fragen interessierten, konnten Berichte über Naumanns Stellungnahmen auf den Evangelisch-Sozialen Kongressen lesen, z.B. auf dem, der 1907 in Straßburg stattfand.[36] Da Naumann nun auch Abgeordneter war, wurde er regelmäßig von Berliner Korrespondenten zitiert, wenn im Reichstag über die Verfassungsreform debattiert wurde. Im Januar 1908 gab „Le Temps“ Stellen aus einem Artikel von Naumann wieder, der in der „Hilfe“ erschienen war und in dem es hieß, die Liberalen hätten von Bülow nichts mehr zu erwarten. Wenn sie sich weiterhin versöhnlich zeigten, wären sie nicht ehrlich; der Fürst habe mit seiner Erklärung vom 10. Januar den Liberalen und sich selbst den Gnadenstoß versetzt.[37] Im Dezember desselben Jahres konnte man in „La Croix“ lesen: „In einer sehr schönen Rede hat Herr Friedrich Naumann die Ursachen der Schwäche des Parlaments dargelegt: die Zersplitterung der Parteien, das Fehlen parlamentarischer Traditionen, vor allem das Fehlen einer Mehrheit.“[38]

Auch in der Frage der Wahlreform in Preußen[39] wurde Naumanns Stellungnahme in der französischen Presse kommentiert, denn er setzte sich für die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts ein. Der Korrespondent des „Temps“ bemerkte dazu: Der Block sei nicht in Gefahr, auch wenn man zugab, dass die Wahlrechtsfrage der effizienten Arbeit der Mehrheit schaden könne. Die meisten Radikalen betrachteten die Herren Naumann und Gothein, die den Zusammenbruch des Blocks vorausgesagt hatten, als „Einzelgänger“. „Der eine [Naumann]“, fügte der Korrespondent hinzu, „ist eine Art Radikal-Sozialist, der andere [Gothein] hatte schon einen Streit mit seiner Fraktion, als im Dezember die Parteien der Mehrheit den Fürsten Bülow

34 Ebd., S. 305.
35 Ebd., S. 306.
36 Nouvelles de l’étranger. Le socialisme municipal en Allemagne. In: Le Temps, 47. Jg., Nr. 16.771, 24.5.1907, S. 2.
37 Bulletin de l’étranger. La situation politique en Allemagne. In: Le Temps, 48. Jg., Nr. 17.010, 20.1.1908, S. 1.
38 La crise intérieure en Allemagne. Suite de la discussion au Reichstag. Berlin, 3 décembre. In: La Croix, 29. Jg., Nr. 7882, 5.12.1908, S. 5.
39 Gemeint ist die Frage der Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts anstelle eines ungleichen „Dreiklassenwahlrechts“.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

um Verzeihung baten, ein Schritt, dem er sich als Einziger anzuschließen weigerte."[40]

Für die französische Presse gehörte also Naumann, wie diese Beispiele zeigen, zur „radikalen" Partei in Deutschland; man weiß natürlich nicht, ob er selber diese Bezeichnung akzeptierte.[41] Von „Le Temps" wurde er sogar als „radical-socialiste" bezeichnet, d.h. dass er dem linken Flügel der radikalen Partei zugeordnet wurde. Man mag aus heutiger Sicht über eine solche Zuordnung urteilen, wie man will; französische Leser sollten aber damals wissen, wo Naumann in der Parteienkonstellation zu verorten war.

Anlässlich einer sozialpolitischen Reichstagsdebatte berichtete „Le Temps", Naumanns Reden würden immer von seinen Kollegen mit großer Aufmerksamkeit angehört, und fügte hinzu:

> „Herr Friedrich Naumann ist eine der interessantesten Figuren des zeitgenössischen Deutschland. Der frühere Pfarrer und Konservative ist heute einer der entschiedensten Wortführer der Sozialpolitik. Er war zuerst neben Stoecker einer der fanatischen Anhänger Wilhelms II. in der Zeit der Berliner Arbeiterschutzkonferenz [1890]. Seitdem hat sich seine Einstellung grundlegend geändert, und in manchen Punkten stimmt er mit den revisionistisch orientierten Sozialdemokraten überein. Doch: der ‚Sozialismus' des Herrn Naumann ist ein sehr eigentümlicher geblieben. Er ist kühn, wenn es um die Durchführung der Reformen zugunsten der Arbeiter geht, aber er zeigt sich noch entschiedener antimarxistisch, antirevolutionär und mit einem Wort nationalistisch gesinnt. Herr Naumann sagte neulich in einem Interview: ‚Ich bin ein überzeugter Nationalist und fast ein Militarist.' Er will ein starkes Heer. Er will eine starke Flotte. Er wird, das hat er öffentlich erklärt, für alle Kredite stimmen, die die Regierung für Heer und Flotte verlangen wird. Er wird ebenso für alle Kolonialkredite seine Stimme hergeben, denn die Kolonien betrachtet er als unentbehrlich für die wirtschaftliche Entwicklung, die eine Voraussetzung sei für den sozialen Fortschritt. Darin steht er, wie man sieht, fern von Herrn Bebel – und von Herrn Jaurès. Viel näher steht er Herrn Millerand." [42]

Merkwürdigerweise scheint die französische Presse Naumanns Stellungnahme zur Verfassungsfrage in Elsass-Lothringen 1910/1911 kein besonderes Interesse entgegengebracht zu haben, obwohl er sich doch damals für die Autonomie des Reichslands einsetzte. Die „Revue catholique d'Alsace", die

40 La situation politique en Allemagne. (Dépêches de notre correspondant particulier.) In: Le Temps, 48. Jg., Nr. 17.012, 22.1.1908, S. 1-2.

41 In den offiziellen Berichten der deutsch-französischen Parlamentarierkonferenzen, die 1913 in Bern und 1914 in Basel stattfanden, wurden die Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei der Kategorie der „radicaux" zugeordnet.

42 Le bulletin de l'étranger. La politique sociale au Reichstag. In: Le Temps, 47. Jg., Nr. 16.782, 15.4.1907, S. 1. Auf diesen langen Artikel kann hier nicht näher eingegangen werden. Der Korrespondent des „Temps" fasste eine Rede Naumanns zum „Industrieparlamentarismus" zusammen.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

auch in Frankreich gelesen wurde, berichtete ausführlich über die Rede, die er am 14. März im Reichstag gehalten hatte.[43]

Außer der Tagespresse und den Zeitschriften wird sich kaum eine Studie finden lassen, die sich damals theoretisch mit Naumanns Ideen auseinandergesetzt hätte. Eine Ausnahme bildet der „Essai sur le libéralisme allemand" von Jean de Grandvilliers,[44] der im Frühjahr 1914 erschien.[45] Der französische Publizist hatte deutsche Politiker interviewt: Friedrich Naumann, Franz von Liszt, Eduard Bernstein, Franz Oppenheimer, Georg Engelhardt, August Pieper und viele andere.[46] Mit Naumann, dem „unbestrittenen Wortführer der Linksliberalen", hatte er über die Entwicklungen gesprochen, die sich seit der Jahrhundertwende in der Ideologie des deutschen Liberalismus vollzogen hatten; er hatte ihm erklärt, dass auch die Linksliberalen den strikten Individualismus preisgegeben hätten, weil sie festgestellt hatten, dass sich die private Initiative gegenüber den Wandlungen, die der moderne Staat durchgemacht hatte, als machtlos erwiesen hätte. Sie betrachteten nun den Staat nicht mehr als einen Feind, sondern als einen Beschützer des Individuums. Laut Grandvilliers hatte ihm Naumann auch gesagt: „Der Liberalismus hat einen großen Fehler begangen, indem er verkannte, dass der Mensch weniger ein isoliertes als ein soziales Wesen ist."[47] Grandvilliers hatte „Demokratie und Kaisertum" von Naumann gelesen; aber was für einen französischen Republikaner damals schwer verständlich schien, war die Tatsache, dass Demokraten sich zur Monarchie bekennen konnten.[48]

Grandvilliers zeigte für Naumann eine gewisse Bewunderung; deshalb widmete er ihm eine Kurzbiographie, in der er besondere Züge an der Entwicklung dieses deutschen Liberalen hervorhob: Der Pfarrerssohn, der selber Pfarrer der Armen geworden war; sein „Arbeiterkatechismus" (1888), der, so Granvilliers, der Ausgangspunkt der christlich-sozialen Bewegung im pro-

43 Siehe dazu Philippe Alexandre: Une conquête morale. La question de l'Alsace-Lorraine dans la revue libérale „Die Hilfe" (1895-1914). In: Michel Grunewald (Hrsg.): Le problème de l'Alsace-Lorraine vu par les périodiques (1871-1914)/Die Elsass-lothringische Frage im Spiegel der Zeitschriften (1871-1914). Bern/Berlin u.a. 1998, S. 149-173.

44 Jean de Grandvilliers: Essai sur le libéralisme allemand. Paris 1914. Grandvilliers (1884-1956) war Mitarbeiter der „Revue de France"; er veröffentlichte im Jahre 1925 in diesem Organ Reportagen über Deutschland, in denen er zeigen wollte, dass alle Deutschen nur an Eines dachten: die Revision des Versailler Vertrags. Siehe Jean de Grandvilliers: Les revues. L'Allemagne telle qu'elle est. In: Le Temps, 65. Jg., Nr. 23.218, 7.3.1905, S. 3.

45 Für Aspekte, die die Geschichte des deutschen Liberalismus berührten, stützte sich Grandvilliers auf die zeitgenössischen „Klassiker": Die „Geschichte des deutschen Liberalismus" von Oskar Klein-Hattingen und den Band 2 von Oskar Stillichs „Die politischen Parteien in Deutschland". Siehe auch die Rezension: Le courrier historique. Dans les jardins de l'Histoire. Une étude sur le libéralisme allemand. In: Le Temps, 54. Jg., Nr. 19.380, 29.7.1914, S. 4 f.

46 Grandvilliers: Essai (wie Anm. 44), S. 5.

47 Ebd., S. 116.

48 Ebd., S. 125.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

testantischen Deutschland gewesen war; das Buch „Demokratie und Kaisertum“ (1900), in dem er die Herausbildung einer Mittelpartei zwischen dem extremen Sozialismus und dem Linksradikalismus vorausgesehen hatte. Grandvilliers charakterisierte Naumann als den „poète de l’économie politique“ und sagte:

> „Herr Friedrich Naumann ist eine der interessantesten Persönlichkeiten im heutigen Deutschland.
> Es steckt in ihm ein Alter, ein Mann von 1848, ein Mann unserer Zeit, ein Mann der Zukunft; ein Aristokrat, ein Demokrat; ein Künstler, ein Realist; ein Pazifist, ein Alldeutscher; ein reiselustiger und bodenständiger Mensch und sonst noch Anderes; und dies alles wirkt nicht dunkel und verschwommen, sondern, im Gegenteil, klar und leuchtend, eng miteinander verbunden durch einen brillanten, wendigen und scharfen Geist, eine vollkommene Uneigennützigkeit, eine lächelnde Unparteilichkeit. Solche Männer gehören zu denjenigen, die in einem Land, wo es eine öffentliche Meinung gibt, eine Generation über sie selbst aufklären, die Massen bewegen und die Geschichte vorantreiben.“[49]

Dieses Bild Friedrich Naumanns steht in krassem Gegensatz zu dem, das sich aus den Reaktionen ergibt, die sein Buch „Mitteleuropa“ in Frankreich ausgelöst hat.

III. „Mitteleuropa“ im Urteil der Franzosen: Naumann der „brutale Alldeutsche“

Im Herbst 1914 erschien Naumann in der französischen Presse als Unterzeichner des Aufrufs der 93 deutschen Intellektuellen, die sich an die Kulturwelt wandten, um ihre Empörung über die Lügen der Propaganda der Alliierten zum Ausdruck zu bringen. Sie wurden aber in Frankreich als „Komplizen der deutschen Kriegsverbrechen“ denunziert;[50] ihr Aufruf wurde mit Entrüstung aufgenommen, und das Wort „Kultur“ wurde von nun an ironisch in der französischen Kriegspropaganda ausgenutzt.

Mitten im Krieg lieferte Naumann, der seit Ende 1914 davon ausging, dass der Krieg „remis“ enden würde,[51] einen Beitrag zur Kriegszieldebatte, in dem er eine Form zwischenstaatlicher Organisation in „Mitteleuropa“ vorschlug. Was er sich dabei vorstellte, war ein engerer Zusammenschluss zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn, dem sich Nachbarstaa-

49 Ebd., S. 252.
50 Henri Welschinger: La barbarie allemande. In: La Revue hebdomadaire, 24. Jg., Nr. 4, 23.1.1915, S. 325-350.
51 Theodor Heuss: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. Stuttgart/Tübingen ²1949, S. 334., s. allgemein Friedrich Naumann: Mitteleuropa (1915). In: Ders.: Werke Bd. 4. Opladen/Köln 1966, S. 486-767.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ten anschließen könnten. Auch Frankreich wurde aufgefordert, unter bestimmten Bedingungen dieser Organisation beizutreten.

Im Kontext eines Stellungskrieges, der nicht enden wollte, und unter dem Einfluss der Kriegspropaganda ist das Buch „Mitteleuropa“ mehr oder weniger bewusst falsch interpretiert worden. Sein Autor wurde als einer der radikalsten Wortführer des Alldeutschtums abgetan. Er wurde um so heftiger angegriffen, als sein Buch ein Bestseller geworden war: 100.000 Exemplare wurden binnen sechs Monaten verkauft. Selten war eine Schrift der Gegenstand so zahlreicher Rezensionen. In der Flut der Literatur, die damals in Frankreich Naumann gewidmet wurde, können hier nur einige Beispiele angeführt werden.

Einer der aktivsten Propagandisten während des Ersten Weltkriegs war in Frankreich der Vater der französischen Germanistik Charles Andler, damals Professor an der Pariser Sorbonne. Er veröffentlichte 1915 „Le Pangermanisme. Ses plans d’expansion dans le monde“[52]. Das Alldeutschtum zählte zu den Begriffen, die in der französischen Kriegspropaganda ausgenutzt wurden, um Deutschland die alleinige Schuld am bewaffneten Konflikt zuzuschieben. Laut Andler war Naumann einer der „thuriféraires“ (Beweihräucherer) Wilhelms II., die 1898 mit großer Begeisterung die Reise des Kaisers in den Orient begrüßt hatten und selbst nach Jerusalem gereist seien.

> „Dieser Prediger des Evangeliums, schrieb Andler, hat immer den Pazifismus gehasst. Seine einzige Sorge gilt der teutonischen Größe. Ihm blutet das Herz, wenn Christen niedergemetzelt werden, aber Politik und Christentum, das ist zweierlei. Man muss der höheren moralischen Pflicht gehorchen. Diese Pflicht besteht darin, das größere Deutschland zu verwirklichen.“

Um sein vernichtendes Urteil zu begründen, wählte Charles Andler ausschließich Stellen aus der Schrift „Asia“, die Naumann 1899 veröffentlicht hatte und in der es hieß: Jede Schwächung der deutschen nationalen Energie durch die Gründung von Friedensvereinen oder ähnliche Initiativen diene nur der wachsenden Macht derjenigen, die heute vom Kap bis Kairo, von Ceylon bis zum arktischen Ozean herrschen.[53] Andler zitierte nur aus „Asia“, als ob Naumann sonst nichts geschrieben hätte. Seine Beweisführung war eben Kriegspropaganda. Dem ganzen Streben Deutschlands unterlag laut der französischen These der „pangermanisme“, womit ein Beitrag zur Kriegsschulddiskussion geliefert wurde.[54]

52 Charles Andler: Le Pangermanisme. Ses plans d’expansion dans le monde (Études et documents sur la guerre). Paris 1915.

53 Ebd., S. 41.

54 Charles Andler (Hrsg.): Les origines du pangermanisme (1800 à 1888). Textes traduits de l’allemand par P.-H. Michel, u. a. Avec une préface de Charles Andler. 4. Ausgabe. Paris 1915.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Im Jahre 1916 erschien ein weiteres Propagandabuch, das auch dem Alldeutschtum gewidmet war: „Le pangermanisme colonial sous Guillaume II" mit einem Vorwort von Charles Andler;[55] dieser Band erschien in der Reihe: „Collection de documents sur le Pangermanisme". Mit solchen Publikationen sollte Beweismaterial zusammengestellt werden, das die Schuld der Deutschen am Krieg feststellte. In diesem Buch beschäftigten sich die Herausgeber eingehend mit Naumann und dem „Kolonialismus des Nationalsozialen Vereins".[56]

In den christlich-sozialen Kreisen Frankreichs hatte sich die Wahrnehmung Naumanns inzwischen geändert. Wilfred Monod, einer der einflussreichen Vertreter dieser Bewegung, ordnete ihn 1918 in der „Revue chrétienne" den „malfaiteurs intellectuels" zu, die in den Köpfen der Deutschen den „Größenwahn" verstärkt hatten, während der mutige Professor Foerster, der Münchner Pädagoge, sich diesem „Kult der Macht" widersetzte und sich deshalb den Hass der „evangelischen Orthodoxen" am Hof zuziehen musste, die gegen ihn eine Kampagne initiiert hatten.[57] Der elsässische katholische Pfarrer Émile Wetterlé, der sich während des Krieges unermüdlich für die Sache der französischen Propaganda einsetzte, meinte 1917 über Naumann, den er aus dem Reichstag kannte:

> „Wer hätte vermutet, dass dieser wirklichkeitsfremde Soziologe sich eines Tages in einen praktischen und positiven Realisten verwandeln würde? Naumann ist es, der diesen Plan eines ‚Mitteleuropa' ausgedacht hat, der – auch im Fall einer deutschen Niederlage – für die Mittelmächte einen bedeutenden Vorteil darstellen und die Alliierten um den Gewinn ihres Sieges bringen würde."[58]

Sehr bald nach dem Erscheinen des Buches „Mitteleuropa" konnte man Rezensionen in der französischen Presse lesen. Der Inhalt der Kritik änderte sich mit den aufeinanderfolgenden Phasen des Krieges. Erstens findet man viel Widersprüchliches in den Kommentaren, wohl deshalb, weil die Autoren das Buch selber nicht durchgelesen oder falsch verstanden hatten; zweitens brauchte es eine gewisse Zeit, bis Stellungnahmen dazu aus Deutschland und in Österreich-Ungarn der Öffentlichkeit bekannt wurden.

55 Le pangermanisme colonial sous Guillaume II. Avec une préface de Charles Andler. Textes traduits par M. Louis Simonnot, Professeur agrégé à l'École Chaptal (Collection de documents sur le Pangermanisme, publiée sous la direction de M. Charles Andler). Paris 1916.

56 Vgl. ebd., Kapitel III: Friedrich Naumann. Le colonialisme du parti national-social, S. 181-194.

57 Wilfred Monod: V[iktor]-H[enri] Friedel, Pédagogie de guerre allemande (2e éd.). Paris 1918. In: Revue Chrétienne. Recueil mensuel, 63. Jg., 1918, S. 266.

58 Émile Wetterlé in: Les Annales vom 5. August 1917. Zitiert nach Paul Fargues: À travers les journaux et revues. Les coulisses du Reichstag [Presserundschau]. In: Revue chrétienne. Recueil mensuel, 64. Jg., 1. Bd., Juli 1917, S. 452-458, hier S. 452.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Im Jahre 1915 widmete der „Temps“ den Reaktionen in Deutschland und Österreich einen langen Artikel. Das Zollunion-Projekt stoße in Wien auf Widerstand, glaubte er behaupten zu können; die Wiener Bankiers und Industriellen, weil sie Deutsche seien und in ihren Geschäften immer wieder die Unterstützung der reichsdeutschen Banken und Fabriken bräuchten, nähmen den Plan dieser „sogenannten Zollunion“ eher günstig auf. Die Wiener Regierungskreise und der Hof schienen aber zu zögern, denn sie hätten wohl erkannt, dass dieser „zweite Zollverein“ einer „absorption“, also einer Einfügung Österreichs in das Deutsche Reich, gleichkommen würde.[59] Im Juli 1916 glaubte der deutsche Journalist und Historiker Hermann Rösemeier, der damals in der Schweiz lebte, das Mitteleuropa-Projekt als eine getarnte Form der Annexion entlarven zu können.[60] Im August 1916 ironisierte der „Temps“:

> „Das Mitteleuropa bleibt seiner Verwirklichung eben so fern wie im Oktober 1915; damals begrüßten die Deutschen das neue Evangelium des ehemaligen Pfarrers, der Reichstagsabgeordneter geworden ist, heute sparen sie nicht mit der Kritik gegen ihn, denn die Interessengegensätze sind wirklich zu groß.“[61]

Das Mitteleuropa-Projekt wurde auch auf der Pariser Konferenz besprochen, auf der im Juni 1916 die Alliierten die Organisation ihrer Handelsbeziehungen nach dem Krieg ins Auge fassten. Die künftige Organisation sollte eine Antwort auf eine deutsch-österreichische Zollunion sein. Die Zeitung „Le Temps“ meinte, es gelte jetzt nicht eine Gegenorganisation auszuarbeiten, sondern das Zustandekommen von „Mitteleuropa“ zu verhindern. Es gehe hier um eine „lebenswichtige Frage“; die Entstehung eines „Mitteleuropa“ unter der Herrschaft von Berlin sei eines der deutschen Kriegsziele, ja vielleicht sogar das Hauptziel. Sollte es erreicht werden, dann würde Deutschland völlig siegen, und alle Zolltarife der Welt würden daran nichts ändern. Die Pariser Zeitung sah in dem Buch Naumanns den Ausdruck des ganzen deutschen Programms. „Hier ist alles vorgesehen. Alles wird ausführlich dargelegt“, schrieb sie.[62] Der „Temps“ stimmte zu, als Lloyd George mahnte, erstmal müsse der Krieg gewonnen werden.

Von nun an erschien Naumann in der französischen Presse als einer der Protagonisten in der deutschen Kriegszieldebatte. Immer wieder wurde er zitiert: Deutschland sollte sich einig zeigen in der Kriegszieldiskussion. Laut Naumann war diese Diskussion an und für sich ein Geständnis der Schwä-

59 Union ou fusion austro-allemande. In: Le Temps, 55. Jg., Nr. 19.893, 24.12.1915, S. 2.
60 Bulletin du jour. Un témoignage [von Hermann Rösemeier]. In: Le Temps, 56. Jg., Nr. 20.094, 12.7.1916, S. 1.
61 Max Hoschiller: Mittel-Europa. In: Le Temps, 56. Jg., Nr. 20.144, 31.8.1916, S. 3.
62 Paris, 11.6. Bulletin du jour. La conférence économique et les buts de guerre. In: Le Temps, 56. Jg. Nr. 20.067, 15.6.1916, S. 1.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

che; 1914 wurde nicht diskutiert, sagte er, damals wussten alle Deutschen, worum es in diesem Krieg ging. Das Kriegsziel war allen bekannt, von allen akzeptiert.[63] Im September 1916 fand in Salzburg eine deutsch-österreichische Parlamentarier-Konferenz statt, auf der die Frage erörtert wurde, wie die Lage beurteilt werden sollte: Die beiden Staaten müssten auf ihre vollständige Annäherung hinarbeiten, um militärisch und wirtschaftlich bis zum Ende durchhalten zu können. Zehn deutsche Reichstagsabgeordnete hatten sich an dieser Konferenz beteiligt, darunter Naumann, der „Apostel von Mitteleuropa" („Le Temps"), Müller-Meiningen, Graf Westarp und Freiherr von Zeidlitz.[64]

In vielen Studien, auf die hier nicht im Einzelnen eingegangen werden kann, wurde Naumann zitiert. Der Journalist André Chéradame, der für seine geopolitischen Studien und seinen Kampf gegen das Alldeutschtum bekannt war, veröffentlichte 1916 „Le plan pangermaniste démasqué"; er behauptete hier, dass durch das Projekt eines Staatenbunds in der Mitte Europas sich der Wille der Deutschen offenbarte, ihren Einfluss auf den europäischen und asiatischen Orient auszudehnen.[65] In einer Schrift zur Frage des Völkerrechts im Zusammenhang mit der Verletzung der belgischen Neutralität wurde die „Hilfe" zitiert, wo Naumann geschrieben hatte, ein kleiner Staat wie Belgien könne sich nicht von der historischen Umgestaltungsarbeit fernhalten und dass der jetzige Krieg eine neue Phase in der Entwicklung der Welt bedeute: Es gäbe aufsteigende Staaten und Völker, andere befänden sich in einem Niedergangsprozess. Es gehe in diesem Krieg um die Führung der Menschheit, man beobachte eine Zentralisierung der Herrschaft in der Welt.[66]

Einer der Vorwürfe, die in den Anklagen gegen Naumann erhoben wurden, war seine Haltung in der armenischen Frage. Die Zeitschrift „Foi et Vie" widmete 1916 ihr eine doppelte Nummer. Hier wurde Naumann als

63 Paris, 23 juillet. Bulletin du jour. Les deux courbes. In: Le Temps, 56. Jg., Nr. 20.106, 24.7.1916, S. 1.

64 Paris, 27 septembre. Bulletin du jour. In: Le Temps, 56. Jg., Nr. 20.172, 28.9.1916, S. 1. Schon Mitte September berichtete der „Temps", Naumann habe sich im Reichstag an die Spitze einer neuen Gruppe innerhalb der liberalen Partei gestellt mit der Absicht, die annexionistische Tendenz zu verstärken. Siehe: Allemagne. Le malaise politique. In: Le Temps, 56. Jg., Nr. 20.159, 15.9.1916, S. 2.

65 Paris, 11.6. Bulletin du jour. La conférence économique et les buts de guerre. In: Le Temps, 56. Jg. Nr. 20.067, 15.6.1916, S. 1. Siehe auch E. D. [Ernest Denis]: André Chéradame: Le plan pangermaniste démasqué. – Le redoutable piège berlinois de la „partie nulle". Paris 1916. In: La Nation Tchèque. Revue bi-mensuelle, 2. Jg., Nr. 9, 1.9.1916, S. 132-137, hier S. 136. In dieser Zeitschrift, die die Sache der Tschechen verteidigte, hieß es: Das Buch „Mitteleuropa" zeige „unter der vorgetäuschten schönenden Ausdrucksform" den entschlossenen Willen der Deutschen, die gehassten Slawen „unter eine erniedrigende Zwangsherrschaft zu stellen".

66 Robert Perret, Docteur ès-lettres: L'Allemagne, les neutres et le droit des gens (Pages actuelles, 1914-1916). Paris 1916, S. 55.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Militarist“ und „Ultranationalist“, als „einer der maßgebenden Wortführer der *Kultur* der Reichsregierung“ und als „einer der brutalsten Alldeutschen“ hingestellt. Hier wurden Stellen aus „Asia“ zitiert, nicht nur die französische Übersetzung, sondern auch der Originaltext, in dem es hieß:

> „[…] und ich sage, die Türken haben recht gethan, als sie Armenier tot schlugen. Anders kann sich der Türke vor dem Armenier nicht schützen. […] Der Armenier ist der schlechteste Kerl von der Welt. […] Nicht die Türken haben angegriffen, sondern die Armenier. Ein geordnetes Mittel, um sich gegen die Armenier zu schützen, giebt es nicht. Der Türke handelt in Nothwehr.“[67]

Naumann zitierte an dieser Stelle einen deutschen Töpfermeister in Konstantinopel,[68] was auch in „Foi et Vie“ richtig angegeben wurde. Man sieht aber an diesem Beispiel, wie französische Propagandisten mit deutschen Quellen umgingen. Bewusst wurden hier solche Stellen aus „Asia“ wiedergegeben, die Naumanns eigene Äußerungen zu bekräftigen schienen.

In einem Kapitel wurde aber auch die Gründung einer deutsch-armenischen Gesellschaft im Jahre 1914 erwähnt, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, in einem philanthropischen Geist enge Beziehungen zwischen Armeniern und Deutschen zu pflegen: Naumanns Vorstellungen hatten sich also geändert?[69]

Die französische Presse verfolgte mit Aufmerksamkeit Naumanns Tätigkeit im Reichstag, da er nun als einer der „Vertrauten des Reichskanzlers“ galt. Der „gefährliche Träumer“ habe sich zur „Realpolitik“ des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg bekehrt, meinte die „Revue hebdomadaire“.[70] Im August 1917 zeigte sich Naumann sehr kritisch, als Michaelis zum Reichskanzler ernannt wurde. „In der Wochenzeitung die ‚Hilfe‘“, berichtete der „Temps“, „äußert sich Herr Naumann, der Mitteleuropa-Apostel und einer der Führer der demokratischen Partei, über das Regime Michaelis.“ Erstens bedauerte Naumann, dass ein Mann ohne Erfahrung plötzlich auf den Plan trete ohne vorherige Zustimmung der Volksvertretung; dies sei mitten im Krieg etwas Unerhörtes. Zweitens bezweifelte er die Energie des neuen Reichskanzlers. Naumanns Befürchtung sei mit einem Wort, dass das Mitteleuropa-Projekt bei künftigen Friedensverhandlungen nicht durchge-

67 E.D. [Émile Doumergue]: L’Arménie. Les massacres et la question d’Orient. In: Foi et Vie, 19. Jg., Nrn. 6/7, 1. u. 16.4.1916, S. 107-167, hier bes. das Kapitel: „Les massacres d’Abdul-Hamid et le pasteur allemand Friedrich Naumann“, S. 143-147, hier S. 144.

68 Siehe Friedrich Naumann: Asia. Eine Orientreise über Athen, Konstantinopel, Baalbek, Nazareth, Jerusalem, Kairo, Neapel. Berlin 1913, S. 31 f.

69 E.D. [Émile Doumergue]: L’Arménie. Les massacres et la question d’Orient. In: Foi et Vie, 19. Jg., Nrn. 6/7, 1. u. 16.4.1916, S. 107-167, hier bes. das Kapitel: „Les massacres d’Abdul-Hamid et le pasteur allemand Friedrich Naumann“, S. 143-147.

70 Émile Wetterlé, früherer elsässischer Abgeordneter: Reichstag et chancelier. In: La Revue hebdomadaire, 25. Jg., Nr. 35, 26.8.1916, S. 421-436.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

setzt werden könnte.[71] Laut einem anderen Bericht aus Genf, der etwas später in „Le Temps“ veröffentlicht wurde, hatte der frühere Reichskanzler Bethmann Hollweg die Notwendigkeit erkannt, wenigstens scheinbar die öffentliche Meinung zufriedenzustellen und ein Kabinett zu bilden, in das auch Parlamentarier der Linken aufgenommen worden seien; eine Idee, die aber auf den Widerstand von Ludendorff und Hindenburg gestoßen wäre. Naumann war für ein solches Kabinett vorgesehen.[72]

Im Oktober gab „La Croix“ einen langen Passus aus einer Reichstagsrede Naumanns wieder, in der er sich gegen Tirpitz‘ Agitation für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg aussprach, insofern damit Deutschland einem kaum kalkulierbaren Risiko ausgesetzt würde. Tirpitz würde sich für diesen U-Boot-Krieg und dessen Folgen vor der Geschichte verantworten müssen, erklärte er.[73] Im November meldete „La Croix“, dass Naumann immer mehr kritisiert werde: Man werfe ihm vor, Deutschland auf einen gefährlichen Weg geführt zu haben. Mit seinem Mitteleuropa-Projekt habe er bei der Entente Tendenzen gefördert, die sich bei der Pariser Wirtschaftskonferenz im Jahre zuvor manifestiert hätten.[74]

Damals erschien in Paris eine französische Version von „Mitteleuropa“.[75] „Das ist ein deutsches Buch, ein erzdeutsches Buch, meinte ein Rezensent in „La Croix“. Es fände jenseits des Rheins eine ungeheure Resonanz. Die wirkliche Ursache dieses Erfolgs sei, dass in diesem Buch der Traum aller deutschen führenden Politiker oder der deutschen öffentlichen Meinung Gestalt annähme und mit Kraft zum Ausdruck gebracht wird. Deshalb machen wir auf das Erscheinen seiner Übersetzung aufmerksam. Es bedeutet die Einflussnahme auf Österreich und die Entstehung des mächtigsten Staates in Europa.“[76]

„L’Europe centrale“ wurde in vielen französischen Organen rezensiert. Eines schrieb: Naumann zeigte sich vorsichtig, und meinte, man sollte sich hüten, Druck auf den Verbündeten an der Donau auszuüben; er gebe zu, dass eine echte Zollunion nicht zu verwirklichen sei, vom österreichischen, ungarischen und auch vom deutschen Standpunkt aus. Naumann könne man vorwerfen, dass er sich Illusionen hingegeben habe; aber er halte an seiner Idee

71 Dernières nouvelles. Le chancelier Michaelis et l’opinion. Bâle, 26 août. In: Le Temps, 57. Jg., Nr. 20.505, 27.8.1917, S. 2.

72 Dernières nouvelles. L’Allemagne „parlementaire“. Le projet du chancelier Bethmann. In: Le Temps, 57. Jg., Nr. 20.512, 3.9.1917, S. 4.

73 Dernières nouvelles. Tirpitz jugé par un progressiste. In: La Croix, 38. Jg., Nr. 10.618, 16.10.1917, S. 4. Der Titel dieses Artikels bedeutet auf Deutsch: Tirpitz im Urteil eines Abgeordneten der Fortschrittspartei (Naumann).

74 X.: Sachons user de nos avantages. In: La Croix, 38. Jg., Nr. 10.645, 17.11.1917, S. 1.

75 Friedrich Naumnn: L’Europe centrale (Mitteleuropa). Traduction de l’Argus Suisse de la presse; préface de l’édition française par S[alomon] Grumbach. Neuchâtel/Paris 1917.

76 Notes bibliographiques. In: La Croix, 39. Jg., Nr. 10.707, 31.1.1918, S. 8.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

fest: Sollte Österreich-Ungarn nach dem Krieg ein fremdes Land bleiben, dann müsste es wirtschaftlich von Deutschland wie alle anderen Länder behandelt werden; sollte es aber ein Verbündeter sein und mit Deutschland gemeinsame Interessen zu wahren haben, dann würde es anders behandelt.[77]

Ein anderer Rezensent betonte, dass das Mitteleuropa-Projekt nicht nur zu einer Zollunion führen sollte, sondern auch zu einem politischen und militärischen Bündnis, dem sich Nachbarstaaten anschließen könnten. Naumann habe seinen Plan aus den Erfahrungen des Krieges hergeleitet. Er sei nicht allein ein Friedensziel, sondern auch ein Kriegsziel; die Entente solle daraus Lehren ziehen, namentlich die, dass die Alliierten sich organisieren müssten.[78] In seiner Rezension kam ein Mitarbeiter der „Croix" zu den gleichen Schlüssen: Die Entente habe die Anziehungskraft eines solchen Bündnisses zu befürchten; deshalb müsse sie alles aufbieten, um es zu verhindern.[79] Ein weiterer sah in „Mitteleuropa" ein Buch mit einem „fast mystischen Charakter", das deshalb den Deutschen so gut gefallen habe:

> „Es ist ein Ruf an das Leben", schrieb er, „die Schilderung eines neuen Volkes, eines mitteleuropäischen Volkes. Es ist der Aufruf einer neuen Religion, die mitteleuropäische Konfession, die Fortsetzung in Friedenszeiten der Schützengrabengemeinschaft. Es ist der Höhepunkt einer neuen Form der Politik, eines Oberstaates, der Deutschland, Österreich, Ungarn, ihre Verbündeten und, wenn nötig, die neutralen Nachbarstaaten überlagern soll. Naumann bleibt der neudeutschen Lehre treu, nach der die kleinen Staaten zum Tod verurteilt sind oder sie in immer größere Gebilde integriert werden müssen."[80]

In einer vernichtenden Rezension kritisierte der Philosoph und Schriftsteller Julien Benda Naumanns historische Methode. Als Hegelianer wollte er, dass „sein Produkt dem Willen der Geschichte entspreche". Bendas Interpretation des Mitteleuropa-Projekts verdient unsere Aufmerksamkeit, weil sie von den übrigen Thesen abweicht:

> „Was an diesem Buch besonders interessant ist, ist, dass es uns sehr konkret spüren lässt, dass die Ziele, die der Deutsche verfolgt und immer verfolgt hat, im

77 E. Castelot: Friedrich Naumann. L'Europe centrale (Mitteleuropa). Paris 1917. In: Revue historique, 128. Bd., 1918, S. 130-132. Die Rezension lobte das „ausgezeichnete Vorwort" des elsässischen Sozialisten Salomon Grumbach. Dieser gab 1917 ein Propagandabuch heraus: „L'Allemagne annexionniste. Recueil de documents publiés ou répandus secrètement en Allemagne depuis le 4 août 1914. Avec un appendice: Manifestations antiannexionnistes. Paris 1917.

78 P.F. [Paul Fauchille]: Bulletin bibliographique. In: Revue générale de droit international public, 25. Bd., 1918, S. 104-105.

79 X.: L'Union économique entre les Empires centraux. In: La Croix, 39. Jg., Nr. 10.802, 23.5.1918, S. 1.

80 Henri Hauser: Friedrich Naumann, L'Europe centrale (Mitteleuropa). In: Revue d'économie politique, 32. Jg., 32. Bd., 1918, S. 321-322.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Wesentlichen wirtschaftliche Ziele sind; dass der Militarismus zum Beispiel in diesem Land weit davon entfernt ist, wie man gewöhnlich glaubt, aus einem Bedürfnis nach Ruhm zu resultieren und ganz einfach als ein Mittel betrachtet wird, für die Nation neue Märkte zu erwerben und seinen Umsatz zu erhöhen."[81]

Am Ende des Ersten Weltkrieges galt Naumann als Nationalist. Der Schweizer Jurist Otfried Nippold, der vor 1914 einige Jahre in Deutschland gelebt und den deutschen Verband für internationale Verständigung ins Leben gerufen hatte, berichtete über seine Erfahrungen in der Vorkriegszeit. Als Augenzeuge schilderte er 1918 im Mitteilungsblatt der Conciliation internationale, wie in den Jahren vor dem Konflikt der Nationalismus, nicht zuletzt wegen der Presse, um sich griff. Über Naumann, mit dem er Kontakte gepflegt hatte, schrieb er:

„Der unheilvolle Einfluss von Friedrich Naumann, der vor allem Nationalist war und immer nur wenig Verständnis für internationale Fragen zeigte, machte sich in der jungen Generation der deutschen Demokratie sehr bemerkbar. Jede Spur des Geistes von 1848 war verschwunden. […] Es ist schade um diesen Mann. Er wäre – wie kein zweiter – in der Lage gewesen, das deutsche Volk zur Freiheit und zur Demokratie zu führen. Aber der Nationalismus hatte schon längst in ihm alle wohltuenden Fähigkeiten erstickt. Und deshalb sank er stufenweise und schließlich setzte er sich nur noch für den alldeutschen Gedanken ein."[82]

IV. Das Bild Naumanns in Frankreich nach 1919: Der Vordenker einer europäischen Organisation?

Das Bild vom Nationalisten schlechthin überdauerte auch Naumanns Tod. Der „Temps" betonte im Nachruf, dass er „über ein Vierteljahrhundert eine beträchtliche politische Rolle gespielt" habe.

„Die militärische Niederlage und die Revolution haben diesen Wortführer der großdeutschen Idee hart getroffen. Er wurde Mitglied der neuen demokratischen Partei, zu deren Vorsitzenden er gewählt wurde. Er gehörte in Weimar zu denjenigen, die sich erbittert der Unterzeichnung des Versailler Vertrags widersetzten. Er wurde als einer der besten politischen Redner in Deutschland betrachtet und die öffentliche Meinung sah in ihm den möglichen Nachfolger Eberts als Präsidenten der Republik."[83]

81 Julien Benda: L'Europe centrale (Mitteleuropa), par Friedrich Naumann. In: Le Figaro, 64. Jg., Nr. 251, 8.9.1918, S. 3.

82 Otfried Nippold: L'Allemagne avant la guerre (Souvenirs personnels 1909-1914). In: La Conciliation internationale (Paris). Bulletin trimestriel, 1918, Nr. 3, S. 87-130, hier S. 96, 101-102.

83 Nouvelles de l'étranger. La mort de Friedrich Naumann. In: Le Temps, 59. Jg., Nr. 21.233, 27.8.1919, S. 2; siehe auch En Allemagne. Mort de Frédéric Naumann. In: La Croix, 40. Jg., Nr. 11.190, 27.8.1919, S. 2.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„La Croix“ meldete den Tod des Vorsitzenden der demokratischen Partei mit einigen Kommentaren. Sie erinnerte, dass Naumann sich gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg ausgesprochen hatte mit dem Argument, er würde die Zahl der Gegner Deutschlands vermehren; sie erinnerte auch, dass er vor der großen Offensive im Frühling 1918 Ludendorff geschrieben hatte, um ihm zu raten, nicht zu diesem letzten Mittel zu greifen, ohne vorher versucht zu haben, einen ehrenvollen und gerechten Frieden zu erreichen.

In der „Revue historique“ wurde behauptet, Naumann habe „den Ausbruch des Krieges mit Freude begrüßt, denn er sah im Krieg ein Mittel der Wirtschaftspolitik, die sein Vaterland an die Spitze der Nationen stellen sollte“. Sie fügte hinzu: „Unter seinem Einfluss wurde in die Verfassung ein Artikel eingefügt, der den Anschluss Deutsch-Österreichs an Deutschland vorsieht; man kann sagen, dass er auch in diesem Punkt gescheitert ist: Die Entente widersetzt sich einer solchen Verschmelzung.“[84]

Französische Zeitschriften beschäftigten sich nach 1919 mit der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Die einen bezweifelten ihre Lebensfähigkeit, weil sie gespalten sei zwischen einer nationalen und einer sozialen Tendenz. Die Verbindung von „national“ und „sozial“ sei „das alte Ideal des größten Denkers, den diese Partei unter ihren Mitgliedern gezählt“ habe, „des verstorbenen Doktor Naumann“. Dieses „national-soziale“ Ideal, meinte der Historiker Firmin Roz, sei nicht zu verwirklichen, denn es schließe einerseits die kapitalistische Klasse aus, andererseits alle Elemente, die einen so gemäßigten Nationalismus vertreten, dass sie das nationale Ideal einem internationalen Ideal unterordnen wollen.[85]

Der Germanist Edmond Vermeil schilderte die Außenpolitik der Nachkriegszeit als eine „neue Form des Alldeutschtums“: Diese Politik sollte eine „moralische Eroberung“ möglich machen. Und er zitierte Naumann, der auf dem Kongress der DDP erklärt hatte, dass trotz der Not und der Niederlage die Partei an der großdeutschen Idee festhalte, dass sie aber jenes Alldeutschtum verwerfe, das dem deutschen Volk und dem deutschen Gedanken so sehr geschadet habe. Vermeil bemerkte dazu: „Von welchem Alldeutschtum ist hier die Rede? Als Imperialist war Naumann nicht berechtigt, sich vom Alldeutschtum zu distanzieren?“[86]

84 G. Bn.: Allemagne. In: La Revue historique, 44. Jg., 132. Bd., Sept./Dez. 1919, S. 205.
85 Firmin Roz: Les partis politiques en Allemagne. In: La Revue hebdomadaire, 29. Jg., 7. Bd., Juli 1920, S. 233-237, hier S. 235-236.
86 Edmond Vermeil: L’Allemagne politique. I. La nouvelle forme du pangermanisme. In: Revue des Deux-Mondes, 90. Jg., 58. Bd., S. 347-373.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

In vielen Studien nach 1918 wurde Naumann zitiert als Vertreter der deutschen „Weltanschauung“,[87] als große Figur des Evangelisch-Sozialen Kongresses,[88] als Initiator der national-sozialen Bewegung.[89] In pazifistischen Kreisen wurde daran erinnert, dass er als „der angesehenste Führer der fortschrittlichen Partei“ nach der Marne-Schlacht für einen Verständigungsfrieden mit Frankreich eingetreten war.[90] Er wurde auch als Erbe von Fichte und Friedrich List betrachtet,[91] d.h. als Befürworter eines geschlossenen Wirtschaftsstaates, hier in der Form eines riesigen „zwischenreichlichen“ Gebildes; ein solches Projekt wurde aber von französischen Fachleuten als „utopisch“ angesehen.[92] Wenn die Stellungnahmen zum Mitteleuropa-Projekt die zahlreichsten und immer negativ waren, so war dies darauf zurückzuführen, dass in Frankreich Mitteleuropa als eine Gefahr für die eigenen Interessen betrachtet wurde. Man findet etliche Widersprüche in den Studien, die eine Meinung zu Naumanns Buch äußern wollten. Der Diplomat André Soulange-Bodin z.B. behauptete 1926, dass Naumann keine Hindernisse in der Durchführung seines Plans gesehen habe.[93] Und zu Beginn der 1930er Jahre, als nach dem deutsch-österreichischen Abkommen die Frage des „Anschlusses“ erneut besprochen wurde, erschien sein Name wieder in den Spalten französischer Zeitungen.[94]

87 Siehe z.B. den Historiker Georges Blondel: L’évolution de la pensée allemande au XIX^{e} siècle. In: Bulletin de la Section des sciences économiques et sociales. Ministère de l’Instruction publique et des Beaux-Arts. Comité des travaux historiques et scientifiques, 1923, S. 277-281, hier S. 277. Als Ausgangspunkt seiner Studie zitiert Blondel (ohne Fußnote) Naumann, der am Anfang des Krieges erklärt hatte, es bestehe ein tiefer Gegensatz zwischen der Vorstellung, die sich die westlichen Nationen von Zivilisation und Fortschritt machen, und derjenigen, an der die Deutschen festhalten.

88 Charles Gide und Charles Rist: Histoire des doctrines économiques depuis les physiocrates jusqu’à nos jours. 4^{e} édition, revue et corrigée. Paris 1922, S. 603.

89 Agnès de Neufville: Le mouvement social protestant depuis 1880. Thèse pour le doctorat en droit, sciences politiques et économiques. Université de Paris. Paris 1927, S. 11, 112, 143, 226.

90 Henri Lichtenberger: L’Allemagne d’aujourd’hui dans ses relations avec la France. Introduction de M. d’Estournelles de Constant. In: La Conciliation internationale. Bulletin trimestriel, 1923, Nr. 1, Kap. I: L’antagonisme franco-allemand, S. 20.

91 Siehe z.B. J.D.: Analyses bibliographiques. A. Robinet de Cléry. – La politique douanière de l’Allemagne depuis l’avènement de Caprivi jusqu’à nos jours (1890-1925). Paris 1937 In: Sciences politiques, 52. Jg., N.S., Nr. 4, Okt. 1937, S. 413-414.

92 Antoine de Tarlé: À l’Exposition de Wembley. In: Revue des Deux-Mondes, 94. Jg., 22. Bd., 1924, S. 165-182, hier S. 178.

93 André Soulange-Bodin, Ministre plénipotentiaire: À travers la nouvelle Europe: hier-aujourd’hui. Paris 1926, hier S. 5 f.

94 Siehe z.B. Georges Oudard: De Genève aux Chequers. In: La Revue hebdomadaire, 40. Jg., Nr. 26, 27.6.1931, S. 104-111, hier S. 106; siehe auch Bulletin du jour. L’accord économique franco-allemand. In: Le Temps, 71. Jg., Nr. 25.413, 23.3.1931, S. 1; Jean Darcy: Lettre de Berlin. Berlin, 28.3.1931. In: La Croix, 52. Jg., Nr. 14.753, 3.4.1931, S. 4; Étienne Clémentel (früherer Wirtschaftsminister, Senator): La France et la politique économique interalliée (Histoire économique et sociale de la Guerre mondiale). Paris 1931, S. 67; Baron

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Beachtenswert ist die Studie des ungarischen Juristen Charles de Balas, der über Naumanns Bemühungen in der Kriegszeit kein negatives Urteil fällte. In das Mitteleuropa-Projekt war schließlich die Tendenz zur Bildung großer wirtschaftlicher Einheiten eingeflossen[95]. Er schrieb dazu:

> „Es wäre leicht, […] hier die Geschichte der Tendenzen zu schreiben, die verdienen, unsere Aufmerksamkeit zu wecken. Es wäre vielleicht interessant, das Fortbestehen der Probleme zu zeigen, die in Plänen behandelt wurden, die die politischen und militärischen Ereignisse scheitern ließen; weder die Sieger noch die Besiegten wussten diese Probleme zu lösen, weil juristische Regeln, Zwangsbestimmungen keine Lösung bringen können in Fällen, wo das wirtschaftliche Leben, das aus der Arbeit von Millionen Menschen resultiert, allein helfen würde."[96]

In den 1930er Jahren trug die politische Entwicklung dazu bei, dass sich das Bild Naumanns – als „Machtpolitiker" – noch mehr verdunkelte.[97] In einem Artikel des „Mercure de France" über Hitlers Redekunst erschien er neben Stoecker als ein Rednertyp, „der eine Zuhörerschaft zu packen versteht, indem er ihre Leidenschaften erregt".[98] Die Verknüpfung von „national" und „sozial" wurde als ein unheilvolles geistiges Erbe interpretiert.[99] Und schließlich wurde Naumann neben Johann Gottfried Herder und Friedrich Christoph Dahlmann als Vordenker der Expansionspolitik des Dritten Reiches hingestellt.[100]

Diese Übersicht kann mit einer positiven Note enden: Wenn man sie nämlich bis in die heutige Zeit fortsetzt, stellt man fest, dass sich Naumanns Bild ab den 1950er Jahren in der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung Frank-

Louis Nolde (Mitglied des Instituts für Völkerrecht, früherer Professor an der Juristischen Fakultät in Petrograd): Le problème international de l'Union douanière austro-allemande. In: Revue générale de droit international public, 39. Bd., 1.6.1932, S. 261-359, hier S. 276, 290, 291.

95 Naumann hatte sich schon in den 1890er Jahren über diese Tendenz geäußert. Siehe z.B. Die Hilfe, Nr. 10, 10.3.1895 und Nr. 3, 15.1.1899.

96 [Charles] de Balas : La politique commerciale en Europe centrale (Les systèmes de la politique commerciale en rapport avec la situation de l'Europe centrale). In: Académie de droit international de La Haye. Recueil de cours, 51. Bd., 1935, S. 119-201, hier S. 177-178.

97 Charles Dupuis: École supérieure de l'Intendance. Conférences de Droit international, Organisation internationale, faites par Charles Dupuis, membre de l'Institut, professeur à l'École des Sciences politiques. Paris 1933, S. 149.

98 Édouard Spenlé: Les assises morales de l'Allemagne hitlérienne. In: Mercure de France, 257. Bd., Nr. 879, 1.2.1935, S. 449-480, hier S. 467.

99 John Brech: Le III^{e} Reich et le capitalisme. In: Politique étrangère, 2. Jg., Nr. 6, Dez. 1937, S. 503-519.

100 Albert Mousset: Après les entretiens de Rome. L'Europe orientale et son destin. In: Le Temps, 80. Jg., Nr. 28.870, 4.10.1940, S. 1-2; La Roumanie est inquiète des conséquences, pour elle, des accords de Munich. In: La Croix, 59. Jg., Nr. 17.079, 9/10.10.1940, S. 2.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

reichs geändert hat. Das verdankt Naumann dem Historiker Jacques Droz, einem guten Kenner der deutschen Politik- und Ideengeschichte. In einer Rezension von Friedrich C. Sells „Tragödie des deutschen Liberalismus" (1953) schrieb er:

> „Das berühmte Buch ‚Mitteleuropa', das zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn anregen wollte, darf nicht als ein Handbuch für den alldeutschen Annexionismus interpretiert werden, sondern als eine Warnung vor einer unbesonnenen Politik territorialer Expansion."[101]

Diese Äußerung stellte eine jahrzehntealte Interpretation von „Mitteleuropa" in Frage. In den 1950er Jahren, d.h. in einem anderen europäischen und deutsch-französischen Kontext, konnte ein französischer Historiker eine objektive Lesart des vorher berüchtigten Buches vorschlagen. In einer Deutschen Geschichte, die 1961 in der „Revue historique" erschien, ging diese Art Ehrenrettung Naumanns weiter. Jacques Droz schrieb:

> „Es sollte die Aufgabe des Herrn Naumann sein, im Liberalismus einen neuen Geist zu wecken, indem er für diesen eine imperialistisch-soziale Ideologie ausdachte: eine Entwicklung, die seiner Ansicht nach mit dem allgemeinen Wahlrecht vereinbar sei; es sollte ein ‚Sicherheitsventil gegen Revolutionen' sein."[102]

Jacques Droz widmete Mitteleuropa eine ideengeschichtliche Studie,[103] in der er dieselbe These vertrat: Naumanns „Mitteleuropa" könne nicht in einem imperialistischen und alldeutschen Sinne interpretiert werden, ohne die Gedanken des Autors zu verdrehen. Ein Rezensent meinte: „Diejenigen (Masaryk), die es deswegen verurteilt haben, haben sich getäuscht, auch diejenigen, die sich später darauf zu nazistischen Zwecken berufen haben. Darin müssen wir ihm [Jacques Droz] zustimmen."[104] Einschränkend fügte aber der Rezensent über Naumann hinzu:

> „Wenn er die kleinen Kulturen des Ostens besser versteht als frühere Autoren, wenn er mit dem Föderalismus die Frage der Nationalitäten lösen will, beruft sich Naumann nichtsdestoweniger auf Bismarck, dessen Werk es zu vollenden gilt. Er stellt sich einen Oberstaat vor, der in Mitteleuropa errichtet werden wird, als eine vierte Weltmacht, die neben England, Amerika und Russland bestehen wird. Er

101 Jacques Droz: Friedrich C. Sell, Die Tragödie des deutschen Liberalismus. Stuttgart 1953. In: Revue historique, 79. Jg., 213. Bd., 1953, S. 134-137, hier S. 136.
102 Jacques Droz : Histoire de l'Allemagne de 1789 à 1914. In: Revue historique, 85. Jg., 226. Bd., 1961, S. 171-200, hier S. 177.
103 Jacques Droz: L'Europe centrale. – Évolution historique de l'idée de Mitteleuropa. Paris 1960.
104 Victor-L. Tapié: Jacques Droz, L'Europe centrale. In: Revue historique, 86. Jg., 227. Bd., 1962, S. 240-245.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

regt diesen Staat dazu an, an einem Wettbewerb teilzunehmen, sucht aber weniger aus ihm den Ausgangspunkt für eine Versöhnung und eine neue Organisation Europas zu machen."[105]

Laut Jacques Droz bestand das Neue an Naumanns Projekt darin, dass er sich Mitteleuropa als einen supranationalen Staat vorstellte, in dem die Nationen gleichberechtigt sein würden.[106] Auch mit Jacques Le Rider, einem der besten Kenner des Komplexes Mitteleuropa in Frankreich, verbindet sich eine wissenschaftliche Betrachtungsweise, Naumann in einem anderen Licht erscheinen zu lassen. Dieser Autor erinnerte, dass das Buch „Mitteleuropa" von einer darwinistischen Ideologie geprägt war: Gegenüber dem Kampf ums Dasein und den Herausforderungen der modernen Welt musste eine Antwort gefunden werden. Deshalb hatte Naumann schon früh an ein deutsch-österreichisches Zusammengehen gedacht („Deutschland und Österreich", 1900). Mitteleuropa, schreibt Le Rider, stellte sich Naumann wie einen „Staatenbund" vor, auch „Oberstaat" von ihm genannt, der von der Geschichte zusammengeschweißt worden wäre.[107] Viel später, im Jahre 2007, sollten zwei Soziologen der Universität Straßburg noch weiter gehen als Jacques Droz: Für sie wurde Mitteleuropa von Naumann als eine Kernorganisation ausgedacht, die zu einer Organisation des ganzen Kontinentaleuropa ausgebaut werden könnte.[108]

V. Schlussbetrachtungen

Aus dieser Übersicht über Naumanns Rezeption in Frankreich lassen sich mehrere Schlüsse ziehen. In den 1890er Jahren interessierten sich französische protestantische, christlich-soziale Kreise, für sein Wirken als Pfarrer der Armen und der evangelischen Arbeitervereine. Später weckte er Interesse in der französischen Publizistik als „national-sozialer" Politiker, und nachdem er 1907 in den Reichstag gewählt worden war, berichtete die französische Presse regelmäßig über die Stellungnahmen des liberalen Politikers zu wichtigen Zeitfragen. Er blieb im Nachbarland vor allem wegen seines Buches „Mitteleuropa" bekannt, das lange als der Ausdruck des deutschen Imperialismus betrachtet, seit den 1950er Jahren aber objektiver interpretiert wurde.

105 Ebd., S. 244.
106 Jean-Baptiste Duroselle: Jacques Droz, L'Europe centrale, In: Revue française de science politique, 12, Nr. 1, 1962, S. 216-218, hier S. 218; siehe auch Jacques Droz: La „Mitteleuropa" de Friedrich Naumann. In: Austriaca, Nr. 32, Juni 1991, S. 59-70.
107 Jacques Le Rider: La Mitteleuropa (Que sais-je?). Paris ²1996, Kap. VII: Friedrich Naumann, les idées de 1914 et la géopolitique impérialiste, S. 92-100.
108 Emmy und Stéphane Jonas: Friedrich Naumann et l'idée germanique de Mitteleuropa. In: Revue des sciences sociales, 2007, Nr. 37 („(Re)penser l'Europe"), S. 100-106.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Eine Feststellung drängt sich auf: Die schwierigen deutsch-französischen Beziehungen, die aus dem Krieg von 1870/1871 resultierten, und dann vor allem der Erste Weltkrieg und seine Folgen haben Naumanns Rezeption in Frankreich stark beeinflusst. Deshalb wurde vieles, was er sagte oder schrieb, entweder missverstanden oder verdreht; deshalb blieben seine Bemühungen um eine deutsch-französische Annäherung ohne Echo.[109] Naumann war zwar kein Pazifist, es wäre aber ungerecht, diese Dimension seiner politischen Arbeit unerwähnt zu lassen.[110]

Kurzum, während vor 1914 im Nachbarland eher positive Urteile über sein Wirken als christlich-sozialer und später als liberaler Politiker abgegeben wurden, kann man seit dem Beginn des Ersten Weltkrieges von einer einseitig negativen Naumann-Rezeption in Frankreich sprechen. Französische Germanisten, die sich als Propagandisten betätigten, haben seinen Namen nachhaltig diskreditiert. Seine Ehrenrettung verdankt er der wissenschaftlich fundierten Reflexion einer neuen Generation französischer Germanisten und Historiker.

Wenn man jetzt die Qualität dieser Rezeption in Betracht zieht, lässt sich Folgendes feststellen. Seine „Sozialen Briefe an reiche Leute“ und seine „Briefe über Religion“ wurden ins Französische übersetzt, was für eine gewisse Resonanz sorgte, aber nur in protestantischen Kreisen Frankreichs; während die Übersetzung von „Mitteleuropa“ ein viel breiteres Publikum erreicht haben muss, nicht nur in Frankreich, sondern auch in der Schweiz und in Belgien. Sonst wurde Naumann vor allem durch die politische Berichterstattung in der französischen Presse bekannt; nur gebildete Kreise lasen die Fachzeitschriften, die in der vorliegenden Studie zitiert wurden.

Will man von einem Einfluss Naumanns in Frankreich sprechen, so muss dieser Einfluss als negativ bezeichnet werden: Wahrgenommen durch die französische Presse und die Literatur, die oben analysiert wurde, verkörpert der deutsche Liberale jene deutschen Ideen, die die Franzosen seit 1871 als die Ursache ihrer Niederlage und ihres Unglücks, nach 1918 als die Ursache des Ersten Weltkriegs und der weiteren Entwicklung Deutschlands betrachteten. Naumann dachte zwar in Machtkategorien, wie viele Politiker seiner Zeit, er sprach offen, aber damit kann seine ganze Persönlichkeit nicht umrissen werden. Er reiste gern nach Frankreich, wünschte ehrlich eine „faire Bereinigung der Beziehung zu Frankreich“,[111] wie Theodor Heuss einmal schrieb. Die Zahl der Schriften, die er Frankreich gewidmet hat, ist sehr

109 P. F.: Devant une photo. In: Le Temps, 72. Jg., Nr. 25.958, 21.9.1932, S. 1. Dieser Artikel erwähnt die deutsch-französische Parlamentarierkonferenz von Basel zu Pfingsten 1914, an der Naumann teilnahm; er kann als eine Ausnahme betrachtet werden.

110 Siehe dazu Philippe Alexandre: Ein früher Verständigungspolitiker? Friedrich Naumann und Frankreich. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 23 (2011), S. 95-112.

111 Theodor Heuss: Friedrich Naumanns Erbe. Tübingen 1959, S. 37.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

groß; man kann sich nur darüber wundern, dass sie bis vor kurzem unbeachtet geblieben sind.

Diese Studie ist zugleich eine Ergänzung und das Pendant zu einer früheren,[112] in der gezeigt wurde, dass Naumann Sympathie für Frankreich bekundete.[113] Aus dem Ganzen geht ein ambivalentes Bild über ihn hervor. Die Geschichte seiner Rezeption in Frankreich ist durch eine gewisse tragische Dimension gekennzeichnet, die unseres Erachtens zwei Tatsachen widerspiegelt: Deutschland und Frankreich haben ziemlich verschiedene geistige Traditionen und politische Kulturen, was oft große Missverständnisse in der gegenseitigen Wahrnehmung zeitigte; und weil diese Wahrnehmung kontextbedingt blieb, das heißt lange Zeit von wiederholten Konflikten beeinflusst, hatte sie radikale oder ungerechte Urteile über Persönlichkeiten des anderen Landes zur Folge. Das lässt sich um so mehr im Fall von komplexen Persönlichkeiten verifizieren. Der Fall von Friedrich Naumann liefert uns einen Beweis dafür.

112 Siehe Anm. 2.
113 Le Rider behauptet das Gegenteil (wie Anm. 107), S. 93.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ursula Krey

„Gedenkworte an Friedrich Naumann“. Elly Heuss-Knapps Rundfunkrede zum dreißigsten Todestag am 24. August 1949 als Paradigma narrativer Erinnerungskultur

I. Einleitung

Historische Jubiläen haben Konjunktur. Als Ausdruck einer tradierten Gedenkkultur bieten sie willkommene Gelegenheiten zur Reflexion überlieferter Traditionsbestände. Die Erinnerung an renommierte Persönlichkeiten ist ein spezifisches Jubiläum, das häufig die Geburts- oder Todesdaten zum Anlass einer Würdigung ihrer Meriten bzw. ihres Lebenswerks nimmt. Auch wenn Gedenktage periodisch wiederkehren, sind Veränderungen in der Rezeption zu beobachten, geprägt vom Diskurs um die Vorbildfunktion zeitgemäßer Leitfiguren.

Diese Metamorphose im „kulturellen Gedächtnis“ wird nachfolgend exemplarisch an einer Rundfunkrede von Elly Heuss-Knapp am 24. August 1949 beleuchtet.[1] Das bereits einen Tag vorher aufgenommene Tondokument wurde im Südwestrundfunk zum dreißigsten Todestag von Friedrich Naumann gesendet, der 1919 59jährig gestorben war. Er hat die Anfänge der Rundfunkübertragungen nicht mehr erlebt, während Elly Heuss-Knapp im Umgang mit diesem Medium geübt war und früh darüber reflektiert hat: „Das ist die wunderlichste Gemeinde, zu der man sprechen kann, diese große oder kleine Zahl unsichtbarer Hörer.“[2] Darauf wird in der folgenden biographischen Skizze eingegangen; doch zunächst stellt sich die Frage, wie diese Tonquelle einzuordnen ist.

1 Das Tondokument (Audio-Cassette) befindet sich im Südwestrundfunk Stuttgart, Abt. Wortdokumentation, Archivnummer.60-01344 (Aufnahmedatum: 23.8.1949, Erstsendedatum: 24.8.1949, Sendedauer: 8´35). Laut Archivportal im Internet gibt es eine Kopie dieses Tondokuments auch im Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Archivaliensignatur R 5/001 D451087/007. Zum kulturellen Gedächtnis vgl. Aleida Assmann: Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses. 3. Aufl. München 2006.

2 Elly Heuss-Knapp: Ausblick vom Münsterturm. Erinnerungen, geschrieben in Badenweiler 1934. Neudruck mit kleinen Änderungen hrsg. von Hans Bott. Tübingen 1952, S. 157.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Tondokumente entziehen sich als historische Momentaufnahmen gängiger Kategorisierung – mehr noch: Bis vor kurzem fanden sie als eigenständige Quellengattung in der Historiographie kaum Beachtung.[3] Inzwischen hat die Erforschung von Tonquellen Fortschritte gemacht und wird methodisch im Zuge des „acoustic turns" als „sound history" in der „public history" verortet.[4] Die „Geschichte der Töne" ist natürlich ein facettenreiches Forschungsterrain. Im Fokus steht ihre öffentliche Wirksamkeit, die inzwischen auch unter systematischen und chronologischen Aspekten kategorisiert wird.[5] Etwa ab 1890 sind Tonaufzeichnungen überliefert, doch erst mit den technischen Innovationen der Aufnahme- und Wiedergabeverfahren gewann die so konservierte und reproduzierbare Art der Vermittlung von Tönen durch akustische Massenmedien an Einfluss und Durchsetzungskraft. Seit den 1920er Jahren übernahm der Rundfunk in der Öffentlichkeit mehrere Funktionen: als Bildungs- und Erziehungsmedium sowie – verstärkt im Nationalsozialismus – als Unterhaltungsmedium. Hinzu kam seine Funktion als kommerzieller Werbeträger.[6]

Von Beginn an gab es Kontroversen über den kulturellen Erziehungsauftrag des Rundfunks, auch in Verbindung mit politischer Bildung und Propaganda. Neben Werbung, Hörspielen und Musikdarbietungen sind auch Ansprachen aller Art überliefert. Einige vermitteln eine auditive Ahnung von ihrer Wirkmächtigkeit, wie von der aufgeheizten Stimmung bei Goebbels rhetorisch suggestiver Rede im Berliner Sportpalast am 18. Februar 1943, die vom Rundfunk übertragen wurde.[7] Hierbei wurde das Massenmedium als Propagandainstrument für Durchhalteparolen im Vernichtungskrieg eingesetzt. Dagegen wirkte der leidenschaftliche Appell von Ernst Reuter vor dem Berliner Reichstag am 9. September 1948 während der Berlin-Blockade im Kalten Krieg: „Ihr Völker der Welt … schaut auf diese Stadt" als Anstoß für eine beispiellose Solidaritätsaktion der USA, die Berliner Bevölkerung

3 So Jürgen Müller: „The Sound of Silence". Von der Unhörbarkeit der Vergangenheit zur Geschichte des Hörens. In: Historische Zeitschrift 292 (2010), S. 1-29.

4 Vgl. Muriel Favre: Hört zu! Erkenntnispotenzial von Tonquellen für die Geschichte des 20. Jahrhunderts. In: Lisa Regazzoni (Hrsg.): Schriftlose Vergangenheiten. Geschichtsschreibung an ihrer Grenze – von der Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart. Berlin/Boston 2019, S. 289-306, sowie Daniel Morat: Der Klang der Zeitgeschichte: Eine Einleitung. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 8 (2011), S. 172-177.

5 Vgl. Paul Gerhard/Ralph Schock (Hrsg.): Sound des Jahrhunderts. Geräusche, Töne, Stimmen – 1889 bis heute. Bonn 2013.

6 Vgl. Hans-Jörg Koch: Wunschkonzert. Unterhaltungsmusik und Propaganda im Rundfunk des Dritten Reichs. Graz 2006.

7 Vgl. im Internet unter https://www.1000dokumente.de: 100(0) Schlüsseldokumente zur Deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, hier: Kundgebung der NSDAP, Gau Berlin, im Berliner Sportpalast, Joseph Goebbels, 18. Februar 1943, Auszug aus der Rundfunkübertragung, DRA-Nr. 2600052. Vgl. auch Karl-Heinz Göttert: Wollt ihr den totalen Krieg? Der Lautsprecher und die Medialisierung der Stimme des Politikers. In: Gerhard/Schock: Sound (wie Anm. 5), S. 292-297.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

durch eine Luftbrücke zu versorgen. Auch diese Rede ist durch die Übertragung im Radio weltweit gehört worden und prägt die akustische Wahrnehmung jener Zeit bis heute – ein weiterer Beleg für kollektive Wirkungen aufgrund einer einzelnen Stimme mit Hilfe massenmedialer Vermittlungskanäle.[8] Derartige spektakuläre Reden gelten als typischer Sound der Krisenzeit.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte das Radio in Deutschland zunächst einen enormen Aufschwung. Es übernahm zentrale Aufgaben zur Übermittlung von Basisinformationen und zur Unterhaltung.[9] Bis heute hat sich die öffentlich-rechtliche Bedeutung des Rundfunks erhalten und ist im Grundgesetz verankert; seine zeitgeschichtliche Erforschung schreitet voran.[10] Gegenwärtig kann der Rundfunk zwar seinen Platz in der Medienlandschaft behaupten, allerdings ist sein Marktanteil im unterschwelligen Wettbewerb mit den audiovisuellen Medien stark geschrumpft. Auch die gesellschaftliche Rolle des Rundfunks steht im „digitalen Zeitalter" auf dem Prüfstand.

Im Sammelband „Sound des Jahrhunderts" wird der Versuch unternommen, anhand ausgewählter Tondokumente die akustische Wahrnehmung der Tonangebenden und ihres Auditoriums aus den jeweiligen sozialen, politischen und kulturellen Entstehungskontexten zu erschließen sowie zu periodisieren.[11] Nach dieser Periodisierung markiert das Jahr 1949 eine entscheidende Zäsur nicht nur als „Nachhall und neuer Sound" in den Klanglandschaften der deutschen Nachkriegszeit, sondern auch auf konstitutioneller Ebene: Am 23. Mai wurde die Bundesrepublik in den drei westlichen Besatzungszonen etabliert und das Grundgesetz in Kraft gesetzt. Zehn Tage vor Elly Heuss-Knapps Rundfunkrede über Friedrich Naumann fand die erste Bundestagswahl statt, und am 7. September nahm die Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP ihre Arbeit auf. Am 12. September wurde Theodor Heuss zum ersten Bundespräsidenten gewählt. Diese wenigen Eckdaten vermitteln allerdings nur einen rudimentären Eindruck von der politischen Disposition einer „Zusammenbruchsgesellschaft" (Kleßmann) mit massivem Orientierungsbedarf.

8 Vgl. Sven Felix Kellerhoff: Ihr Völker der Welt, schaut auf diese Stadt. Die Rede Ernst Reuters vom 9. September 1948. In: Gerhard/Schock: Sound (wie Anm. 5), S. 338-341.

9 Vgl. Axel Schildt: Hegemon der häuslichen Freizeit. Rundfunk in den 50er Jahren. In: Ders./Arno Sywottek (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1993, S. 458-476.

10 Die Ergebnisse lassen sich im „Studienkreis Rundfunk und Geschichte" (http://www,rundfunkundgeschichte.de) recherchieren. Der Studienkreis besteht aus einem medienhistorischen Forum und mehreren Fachgruppen, veranstaltet Tagungen und gibt eine Zeitschrift heraus.

11 Vgl. Gerhard/Schock: Sound (wie Anm. 5). In der Typologie von Tondokumenten wird zwischen Sprache, Musik, Geräuschen und Mischformen differenziert. Die jeweiligen Botschaften (in ihrer Inszenierung, Performanz und dem Kontext) erreichen ihre Adressaten durch Medien und werden weitergehend rezipiert.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

II. Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte im Leben von Elly Heuss-Knapp

Zur biographischen Einordnung des Tondokuments wird im Folgenden Elly Heuss-Knapps Werdegang hinsichtlich ihres Umgangs mit Medien skizziert. Da sie selbst dem Naumann-Kreis[12] angehörte, verdienen ihre Äußerungen als Zeitzeugin Aufmerksamkeit. Es stellen sich insbesondere die Fragen, wie sie nachträglich ihre eigene Rolle beurteilt hat und welche Schlussfolgerungen sich aus ihren Einschätzungen ziehen lassen. So gewährt die Darstellung der 68jährigen Elly Heuss-Knapp zumindest fragmentarische Einblicke in ihren eigenen Erfahrungshintergrund und Überzeugungshaushalt. Bereits als junge Frau war Elly Knapp von den sozialreformerischen Ideen Naumanns so beeindruckt, dass sie ihm 1902 ein kleines Legat mit den Worten anvertraute: „Ich kann sagen, dass Sie keinen geringen Teil an meiner Erziehung hatten, ich war fast noch ein Kind, als ich mir schon von meinem ersten Taschengeld die ‚Hilfe´ hielt."[13] Zusammen mit Rudolf Schwander, Walter Leoni und Albert Schweitzer engagierte sie sich als gewähltes Mitglied im Straßburger „Armenrat", einem kommunalen Gremium für die Gesetzgebung und Verteilung öffentlicher Mittel. Vorher hatte die Professorentochter mit 18 Jahren bereits ihr Lehrerinnenexamen abgelegt und unterrichtete das Fach „Bürgerkunde" in einer Fortbildungsschule für Mädchen.

Als Studentin der Volkswirtschaft lernte sie Naumann 1904 in Berlin persönlich kennen. Diese Begegnung erwies sich als weichenstellend für ihren weiteren Lebensweg, sowohl beruflich als auch privat: Hier traf Elly Knapp den drei Jahre jüngeren Theodor Heuss;[14] die beiden heirateten erst, nachdem Naumann dem Ehebündnis zugestimmt hatte. Enthusiastische Kommentare vermitteln das Bild einer begeisterungsfähigen jungen Frau, die später bekannte: „Wenn Naumann damals Mohammedaner geworden wäre, hät-

12 Vgl. stellvertretend für zahlreiche Äußerungen Theodor Heuss: Erinnerungen 1905-1933, Tübingen 1963 (ungekürzte Taschenbuchausgabe 1965), S. 22-34. Vgl. auch Ursula Krey: Charisma und politische Emanzipation. In: Rüdiger vom Bruch (Hrsg.): Friedrich Naumann in seiner Zeit. Berlin/New York 2000, S. 115-147. Zur Rezeption Naumanns durch Heuss vgl. Thomas Hertfelder: Von Naumann zu Heuss. Über eine Tradition des sozialen Liberalismus in Deutschland. Stuttgart 2013. Die jüngste Dissertation von Frederick Bacher: Friedrich Naumann und sein Kreis. Stuttgart 2017, verfolgt die Absicht, über die Memoiren-Literatur von Zeitzeugen Naumanns und ihrer Nachgeborenen der Persönlichkeit Naumanns auf die Spur zu kommen.

13 Vgl. Margarethe Vater (Hrsg.): Bürgerin zweier Welten Elly Heuss-Knapp. Ein Leben in Briefen und Aufzeichnungen. Tübingen 1961, S. 32.

14 Zu Theodor Heuss (1884-1963) vgl. die Biographien von Ernst Wolfgang Becker: Theodor Heuss. Bürger im Zeitalter der Extreme. Stuttgart 2011, von Peter Merseburger: Theodor Heuss. Der Bürger als Präsident. München 2012, und von Joachim Radkau: Theodor Heuss. München 2013. Vgl. auch Kristian Buchna: Im Schatten des Antiklerikalismus. Theodor Heuss, der Liberalismus und die Kirchen. Stuttgart 2016.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ten wir es sicher nachgemacht."[15] Während des Nationalsozialismus war Elly Heuss-Knapp für den Lebensunterhalt der Familie verantwortlich, da ihr Gatte 1933 sein Reichstagsmandat und die Dozentur an der Deutschen Hochschule für Politik verloren hatte. Die folgenden Jahre nutzte er vor allem für die Abfassung seiner opulenten Naumann-Biographie.[16]

„Nivea bei Tag und Nivea bei Nacht, von morgens bis abends nichts andres gedacht", schrieb Elly Heuss-Knapp 1935 ihrem 25jährigen Sohn Ernst Ludwig.[17] Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die 54-Jährige bereits als erfolgreiche Geschäftsfrau einen Namen in der Wirtschaftswerbung gemacht. Sie erfand das akustische Warenzeichen, das „Radio-Jingle", und ließ es patentieren. Seit Mai 1933 entwarf Elly Heuss-Knapp für den Rundfunk Werbeschallplatten, u.a. für die Firmen Henkel, Tack, Reemtsma und Beiersdorf. Aus dieser Zeit existieren einige Tondokumente, bei denen auch ihr Gatte als Statist mitwirkte.[18] Ende 1935 wurden die ersten selbstentworfenen Nivea-Werbefilme gedreht

Trotz immer wiederkehrender gesundheitlicher Probleme erwarb sich Elly Heuss-Knapp über die praktische Arbeit hinaus einen Ruf als theoretisch versierte Werbeexpertin durch vielfältige Bildungsaktivitäten, wie ihre Mitarbeit im Seminar der Höheren Reichswerbefachschule Berlin (ab 1936), sowie zahlreiche Aufsätze und Vorträge. Sie gestaltete den Text der Broschüre „Kriegswaschfibel" im Auftrag des Reichsausschusses für volkswirtschaftliche Aufklärung (1940) und konzipierte Propagandafilme über „Schuhpflege" der Reichsstelle für Lederwirtschaft (1942). Mit ausgeprägtem Geschick für sprachlichen Rhythmus komponierte sie kleine Hörspiele, Lieder und flotte Slogans. Elly Heuss-Knapp agierte mit dem Ziel einer „Massierung des Unterbewusstseins", nach dem Motto: „Worte und Sätze müssen unter die Haut kriechen".[19] Diese Einstellung verrät nicht nur, wie sehr sie die tiefenpsychologische Dimension ihrer Arbeit durchschaut hatte, sie lässt auch Parallelen zur Vermittlung politischer Botschaften erkennen.

Neben ihrer kreativen und finanziell lukrativen Erwerbstätigkeit in der Rundfunkwerbung engagierte sich Elly Heuss-Knapp verstärkt in der Berliner Kirchengemeinde um Otto Dibelius. Sie selbst brachte diese Zeit später

15 Heuss-Knapp: Münsterturm (wie Anm. 2), S. 35. Vgl. auch Vater: Bürgerin zweier Welten (wie Anm. 13), S. 36.

16 Theodor Heuss: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. 2. neubearb. Aufl. Tübingen 1949, 3. Aufl. 1968.

17 Vater: Bürgerin zweier Welten (wie Anm. 13), S. 252.

18 Deutsches Rundfunkarchiv (DRA), Abt. Musik- und Wortdokumentation in Frankfurt a.M. Elly Heuss-Knapp: Rundfunkwerbung für Wybert-Hustentabletten, Perwoll-Waschmittel, Erdal-Schuhcreme, Nivea-Creme, Süßigkeiten, Blaupunkt-Radio, Kaffee Hag, Tacks Herrenschuhe, Leica-Photoapparate, Kaloderma-Handcreme, Kathreiner-Mineralwasser usw. Standort: X130. Weitere Tondokumente befinden sich in den Rundfunkarchiven der Länder (WDR, SWR, SDR).

19 Vater: Bürgerin zweier Welten (wie Anm. 13), S. 225.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

auf die Formel: „Halb Werbeverse, halb Gott im Herzen."[20] Das Reizvolle ihrer Tätigkeit lag für Elly Heuss-Knapp sowohl auf der kreativ-künstlerischen als auch auf der ökonomisch-geschäftlichen Ebene. Sie verstand es mit großem Geschick, beide Bereiche möglichst effektiv miteinander zu verknüpfen und konnte insbesondere bei den Verhandlungen mit den Firmen ihre volkswirtschaftlichen Kenntnisse und pädagogischen Erfahrungen mit einbringen. Auf diese Weise genoss sie als Geschäftspartnerin Ansehen und Respekt. In einer männlich dominierten Erwerbswelt leistete sie einen Beitrag zur Professionalisierung und Modernisierung der Massenmedien im Nationalsozialismus.[21]

Kurz nach dem Krieg kandidierte Elly Heuss-Knapp 1946 für die Demokratische Volkspartei und wurde als Abgeordnete in den württembergischen Landtag gewählt. Durch ihre Mitarbeit in den Schulbuch-Kommissionen wandte sie sich wieder der Familien- und Sozialpolitik zu. Der neugegründeten FDP bescheinigte sie zwar durchaus ein hohes Niveau, aber „sonst ist es die alte Geschichte: leichter einen Sack voll Flöhe einigen als den Liberalismus."[22] Überdies knüpfte sie an ihre frühere Arbeit beim Rundfunk an, hielt weitere Vorträge bei Tagungen der Evangelischen Akademie in Bad Boll und veröffentlichte ein Buch über Menschenschicksale im Nationalsozialismus mit dem Titel „Schmale Wege", um die humanitären Seiten des autoritären Regimes zu zeigen. Anscheinend ungebrochen, jedoch schwer gezeichnet, stand für Elly Heuss-Knapp die Beschäftigung mit den unmittelbaren Problemen der Nachkriegszeit im Mittelpunkt: So übernahm sie das Präsidium der so genannten Hoover-Speisung und engagierte sich in der Nachbarschaftshilfe.

Als ihr Mann im September 1949 zum ersten Bundespräsidenten gewählt wurde, widmete sich Elly Heuss-Knapp zusammen mit Antonie Nopitsch dem letzten großen Projekt, das die Belastungen der Mütter in der Nachkriegszeit lindern sollte. Trotz zunehmender Hinfälligkeit verfolgte sie bis zu ihrem Tod im Juli 1952 aktiv die Idee einer überparteilichen, interkonfessionellen, gesamtdeutschen Initiative für Frauen mit Kindern als Kern der Familie. Am 31. Januar 1950 wurde das Deutsche Müttergenesungswerk der „Elly-Heuss-Knapp-Stiftung" gegründet.[23] Diesem Zusammenschluss der konfessionellen Verbände des Evangelischen Hilfswerks und der Caritas, der Arbeiterwohlfahrt, des Roten Kreuzes und des Paritätischen Wohlfahrtsver-

20 Ebd., S. 264.
21 Vgl. Ursula Krey: Elly Heuss-Knapp (1881-1952). In: Inge Mager (Hrsg.): Frauen-Profile des Luthertums. Lebensgeschichten im 20. Jahrhundert. Gütersloh 2005, S. 175-201.
22 Vater: Bürgersinn (wie Anm. 13), S. 327.
23 Vgl. Alexander Goller, Elly Heuss-Knapp – Gründerin des Müttergenesungswerkes. Eine Biographie. Köln 2012. Eine ausführliche Literatur-Übersicht zu Elly Heuss-Knapp ist bei der Stiftung Bundespräsident Theodor-Heuss-Haus einsehbar.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bandes kam eine wichtige symbolische Bedeutung in konfessioneller, sozialpolitischer und geschlechterparitätischer Hinsicht zu.

III. Transkription der Rundfunkrede vom 24. August 1949 zum Gedenken an Friedrich Naumann[24]

Von Elly Heuss-Knapp sind aus dieser Zeit zahlreiche Rundfunkreden überliefert, beispielsweise am 12. August 1949 zur Hoover-Speisung, zum Advent 1949 über die Nachbarschaftshilfe, ebenso ein inszenierter Dialog mit Konrad Adenauer über das neugegründete Müttergenesungswerk.[25] Hierbei standen die Präsentation aktueller Projekte und Spendenappelle angesichts sozialer Notlagen der Nachkriegszeit im Zentrum. Anders als dort werden bei diesem Fund – der Rede vom 24. August 1949 über Friedrich Naumann – aus dem Rundfunkarchiv mehrere Rezeptionsebenen narrativ miteinander verknüpft: Erstens adressierte Elly Heuss-Knapp ihre Gedenkworte explizit an die „heutige Jugend" und hob so die Bedeutung des Denkwürdigen auch für die zukünftige Generation hervor; zweitens schöpfte sie aus ihren persönlichen Erinnerungen am Beispiel einer Rede Naumanns und veranschaulichte so die Glaubwürdigkeit ihrer Aussagen; drittens berief sie sich auf die Erzählung eines Gewährsmannes, mit dessen Unterstützung die Vielseitigkeit Naumanns dokumentiert wurde. Am Ende ihrer Ausführungen lüftete Elly Heuss-Knapp das Geheimnis der Faszination Naumanns auf die Jugend durch Bergengruens Aphorismus der reinen und handelnden Hände.

Im Familienarchiv Heuss in Basel konnte ein offenbar dazugehöriges Typoskript unter dem Titel „Gedenkworte an Friedrich Naumann" ausfindig gemacht und mit der Tonquelle verglichen werden.[26] Das Typoskript ist auf den „25.VIII.49" datiert und mit dem handschriftlichen Vermerk „einverstanden" sowie dem Kürzel „ehk" versehen worden. Hinzu kommen einige, z.T. handschriftliche Modifikationen bzw. Einfügungen. Wahrscheinlich handelt es sich um das Originalskript für die Rede im Rundfunk am 24. August 1949, das vorab im Auftrag von Elly Heuss-Knapp entweder nach einer

24 Vgl. Daniel Morat/Thomas Blanck: Geschichte hören. Zum quellenkritischen Umgang mit historischen Tondokumenten. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 66 (2015), S. 703-726.

25 Vgl. aus dem Archiv des Südwestrundfunks Stuttgart, Abteilung Wortdokumentation, Archivnummer 60-01343, 003 (zu Hoover), 004 (Adventsansprache) und 60-02599 (mit Adenauer). Eine detaillierte vergleichende Untersuchung dieser Tonquellen wäre sicher ein lohnendes Unterfangen.

26 Für die Vermittlung und Weiterleitung der Informationen danke ich Dr. Jürgen Frölich vom Archiv des Liberalismus, Gummersbach. Ein Dank geht auch an die wissenschaftliche Mitarbeiterin im Familienarchiv Heuss, Marina Sindram, M.A. für die Bereitstellung des dazugehörigen Scans. Quellenangabe des Typoskripts: Familienarchiv Heuss, Basel.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

handschriftlichen oder diktierten Vorlage getippt worden ist. Vermutlich diente das Redemanuskript darüber hinaus als Vorlage für eine spätere Druckfassung mit kleineren Beiträgen der Urheberin.[27] Die abschließende Datierung „Bühlerhöhe, den 25. August 1949“ lässt darauf schließen, dass Elly Heuss-Knapp den Text einen Tag nach der Ausstrahlung der Rede in der idyllischen Landschaft des Nordschwarzwalds im Sanatorium selbst redigierte.

Die Gegenüberstellung des Typoskripts mit der im folgenden transkribierten Rede hat kleinere Abweichungen zutage gefördert, die hier in den Fußnoten vermerkt werden.

„Es tut mir immer von **Herzen**[28] leid, wenn ich merke, dass die heutige Jugend kaum mehr etwas von Friedrich Naumann weiß. Verwunderlich ist es ja nicht, denn er ist gleich nach dem Ersten Weltkrieg, <**heute** vor dreißig Jahren>[29], noch nicht sechzigjährig, gestorben, und für die Jugend liegt jede Periode, die sie nicht miterlebt hat, so weit zurück wie die Punischen Kriege!

Aber **Naumann** war – wie kaum eine andere politische Persönlichkeit – geschaffen, um auf die Jugend zu wirken. Das lag zunächst an der **Unmittelbarkeit** seines Wesens: Da gab es nie eine Redensart, keine rhetorische Floskel, kein falsches Traditionsgefühl, keine Eitelkeit, keinen persönlichen Ehrgeiz, sondern – wie selten ist das in dieser Welt, und zwar nicht nur bei Politikern – **quellklares**, einfaches Denken und Reden. Er war der **beste** Redner seiner Generation, obwohl er keine gute Stimme hatte.

Ich denke da an einen Abend des Evangelisch-Sozialen Kongresses in Heilbronn, wo er unter einem Dach von frisch grünem, elektrisch angestrahlten <Gesträuch>[30] – wie unter einem Baldachin – stand, und eine Rede hielt über **Deutschland**, das Land der Dichter und Denker. Es lohnt heute noch, sie nachzulesen, obwohl eine gedruckte Rede sich zur **gesprochenen** verhält wie ein gut präparierter, säuberlich aufgespannter, toter Schmetterling zum **lebenden**, flügelschlagenden Falter. Übrigens war dieser Vortrag – der Titel

27 Elly Heuss-Knapp: Gedenkworte an Friedrich Naumann. In: Dies.: Alle Liebe ist Kraft. Aufsätze und Vorträge von Elly Heuss. Hrsg. und eingel. von Anna Paulsen. München/Hamburg 1965, S. 82-85.

28 Besonders betonte Worte in der gesprochenen Rede Elly Heuss-Knapps werden im folgenden Redetext fett gedruckt.

29 Mit Bleistift in eckige Klammern gesetzt und am Rand mit einem Deleaturzeichen markiert (ebenso wie der letzte Satz des Typoskripts).

30 Im Typoskript: „Bäumen“. Auch wenn der Unterschied zwischen Bäumen und Gesträuch inhaltlich nicht gravierend erscheint, könnte er in diesem Zusammenhang ein Hinweis auf eine gedankliche Präzisierung im Redefluss sein. Damit entspräche die Abweichung vom Typoskript ihrer Erinnerung und wäre authentischer. Für diese Annahme spricht, dass Elly Heuss-Knapp die gesamte Szene in wenigen Worten spürbar emotional bewegt ausführt.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

könnte so klingen – nicht etwa **Romantik**: Davon war Naumann **sehr weit** entfernt. Dazu hat, hatte[31] er einen viel zu scharfen Blick für Wirklichkeiten.

Aber die Feststellung, dass er ein glänzender **Redner** und <ebenso guter Schriftsteller>[32] war, genügt ja nicht. Also fragen wir, besonders im Hinblick auf die Jungen unter unsern Hörern: **Wer** war denn dieser Friedrich Naumann?

Man könnte seine Vielseitigkeit etwa so aufzeigen, wie es der Stuttgarter Hermann Losch[33] einmal ähnlich versucht hat. Denken wir uns ein Eisenbahnabteil, in welchem acht Reisende über diese Frage ins Gespräch kommen. Der Erste <sagt>[34]: **Nun**, Naumann war ein evangelischer **Pfarrer** und gehörte zu den Theologen, die, von der Sozialen Frage erschüttert, in die Erziehungsarbeit der Inneren Mission gingen statt ins Pfarramt. Der zweite <Redner>[35] sagte: Naumann war **Politiker**, Reichstagsabgeordneter, Liberaler, auf den im Parlament auch die Gegner hörten. <Da antwortet>[36] der Dritte: Er war **Künstler**! Er malte in jedem freien Augenblick Aquarelle. Er zeichnete bei jeder Sitzung die Köpfe der Anwesenden. Er sah die Welt mit Maleraugen an. `Form und Farbe´, das ist mir das liebste seiner Bücher. Der Vierte: Die Reiseschilderungen, etwa die Ausstellungsbriefe sagen mir noch mehr. <Hier>[37] findet man das Bekenntnis zur **modernen** Welt, zu Stahl und Eisen. Einen **Hymnus** an den Eifelturm kann man da lesen. Der Fünfte <fiel ein>[38]: Er war **Sozialpolitiker**! <Der Sozialpolitiker>[39], der das Statistische Jahrbuch des Deutschen Reichs wie eine Grundfibel benutzte, immer zur Hand hatte und dem aus den Zahlen lauter lebendige Menschen herauswuchsen, in lebensvoller Verbundenheit und Abhängigkeit.

31 Hier korrigierte sich Elly Heuss-Knapp im Redefluss – ein Indiz für die Lebendigkeit Naumanns in ihrem Gedächtnis.

32 Im Typoskript handschriftlich eingefügt. Das legt die Vermutung nahe, dass dieser Eintrag erst nach der gesprochenen Rede im Rundfunk eingetragen wurde. Die folgende Frage, wer denn dieser Friedrich Naumann war, richtete sich besonders an die Jungen „unter unseren Hörern" – auch dieser Hinweis auf das Radio ist nachträglich umklammert und zur Tilgung vorgesehen.

33 Hermann Julius Losch (1863-1935) war ein evangelischer Theologe, habilitierter Nationalökonom und ab 1922 Präsident des Württembergischen Statistischen Landesamts in Stuttgart. Er betätigte sich auch schriftstellerisch: „Unerwartete Geschichten" lautete der Titel einer Anekdotensammlung, die 1916 in Stuttgart erschien. Darin findet sich die Geschichte „Im Nichtraucherwagen" (S. 99-104), an die sich Elly Heuss-Knapp möglicherweise erinnerte.

34 Im Typoskript: „antwortet".

35 Im Typoskript: „Reisende".

36 Fehlt im Typoskript.

37 Im Typoskript handschriftlich über das ursprüngliche „Da" geschrieben.

38 Fehlt im Typoskript. Die erweiterten Formulierungen lassen darauf schließen, dass Elly Heuss-Knapp die schriftliche Vorlage im Redefluss rhetorisch ausgestaltet bzw. ergänzt hat.

39 Im Typoskript nur einmal angeführt. Die Wiederholung: „Er war Sozialpolitiker! Der Sozialpolitiker, der das Statistische Jahrbuch …" in der Rede ist nur dem Tondokument zu entnehmen und sollte der Aussage mehr Nachdruck verleihen.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Der Sechste: Aber er war <doch>[40] **Europäer**! Vergesst nicht, dass er in Kontinenten dachte und dass **er** als erster das Wort von `Mitteleuropa´ prägte. Mitteleuropa, das ist unter all seinen Büchern dasjenige, das heute am aktuellsten anmutet. Unser Verhältnis zu Frankreich erschien ihm als das Wichtigste – und ist es das nicht heute wieder? Hängt nicht auch **jetzt** das Schicksal Europas davon ab, dass diese beiden Nachbarn sich finden und verstehen?

Der Siebente sprach: Vergesst nicht, dass er nach dem Ersten Weltkrieg, obwohl er diese Zeit als Götterdämmerung bezeichnete, der Vater einer neuen **Verfassung** wurde. Zwar musste das, was er als eine volkstümliche Verfassung entworfen und geschrieben hatte, in Weimar <vielerleier>[41] Änderungen und Abschwächungen erfahren, aber **ganz** sicher wäre manches besser geworden, wenn er noch einige Jahre **führend** und **leitend** mit an der Spitze der neuen Republik hätte sein dürfen.

Nun meldet sich <auch>[42] noch ein **Achter** – mehr gehen ja in ein Abteil nicht hinein – und fragt zögernd: Aber ist Naumann nicht auch ein Vorläufer Hitlers gewesen? Nannte er seine Gruppe nicht **nationalsozial**? – Die anderen <verneinen>[43] lebhaft: Gewiss – er gründete, als er aus dem Pfarramt ausschied, den National**sozialen** – <nicht -sozialistischen>[44] – Verein. Das bedeutete, um mit seinen eigenen Worten zu reden: Die **Größe** der Nation und die Volkswerdung der <Masse>[45] sind nur zwei Seiten einer und derselben Sache.“ Nicht Vermassung mit einem allgewaltigen Führer, dem die andern blind folgen, war sein Ziel, sondern <„**Volkswerdung>**[46] der Masse“.

Der erste Diskussionsredner ergreift nun noch einmal das Wort: Das <heißt>[47] aber immer auch **Beseelung** der Masse. In der menschlichen Seele – und dies ist ein **religiöser** Begriff – muss die Änderung beginnen. Deshalb schrieb Naumann in seiner Zeitschrift „Die Hilfe“ jede Woche eine Andacht. Es sind nicht nur sprachliche Kunstwerke. Hier wurde der Versuch gemacht, mit den <**vor>**[48] der Kirchtür Stehenden, in ihrer Sprache, aus dem Gedan-

40 Fehlt im Typoskript. Durch den fehlenden Artikel wird die Aussage, dass Naumann „Europäer“ war, rhetorisch zum Kollektivsingular, wodurch seine besondere Stellung hervorgehoben wird.
41 Im Typoskript: „vielerlei“.
42 Fehlt im Typoskript.
43 Im Typoskript korrekt: „verneinten“.
44 Fehlt im Typoskript. Dies ist ein Indiz für einen spontanen Zusatz beim Sprechen und könnte ein Ausdruck innerer Distanz zum Nationalsozialismus sein – ebenso jedoch ein unterschwelliger Rechtfertigungsbedarf angesichts der jüngsten Vergangenheit.
45 Im Typoskript: „Massen“.
46 In der Druckfassung von Heuss-Knapp: Alle Liebe ist Kraft (wie Anm. 27), S. 84 heißt es abweichend „Volkwerdung“.
47 Im Typoskript handschriftlich, ursprünglich: „bedeutet“.
48 Im Typoskript ist ein Unterstrich enthalten. In der Rede wird das „vor“ entsprechend betont.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kengang des modernen Menschen heraus, Wege zu einer religiösen Betrachtung und Durchdringung des Lebens zu finden. Vielleicht haben **die** Kritiker recht, wenn sie anmerken, dass gegen das Ende zu das Christliche sich eher verflüchtige als verstärke. <Aber diese **Andachten**>[49], worin das Wort steht: „Die Ratlosigkeit gehöre selbst zur Religion", bleiben ein getreues Spiegelbild vom Suchen einer Zeit, einer, eben seiner Generation. <Und>[50] zugleich liegt hier ein Bekenntnis vor, von einer fröhlichen **Glaubensgewissheit**, aus der in allen Nöten und Anfechtungen eine wunderbare Gelassenheit aufstieg.

Aber nun kehren wir zurück zu unserer Frage vom Anfang: Warum hat Naumann der **Jugend** auch heute noch viel zu sagen? Der Dichter **Bergengruen** wandelt in einem seiner Romane den verführerischen Satz ab, dass reine Hände nicht handeln, handelnde aber nicht rein bleiben können. Bergengruen selbst überwindet diese Versuchung – und <gegen sie>[51] wird die Jugend sich **immer** wehren, immer den Versuch unternehmen, die **Macht** mit der Gerechtigkeit, die **Stärke** mit der Reinheit der Hände zu vereinen.

Das hat der Politiker Naumann in seinem **ganzen** Leben versucht. Die <Routiniers>[52] nannten ihn deshalb geringschätzig einen **Idealisten**. Die Jugend aber liebte ihn und bildete seine <**freiwillige Gefolgschaft**>.[53] Damit lassen Sie mich diese kurzen Gedenkworte abschließen – in der Hoffnung, dass aus der **Vielseitigkeit** doch <die **Einheit** seines Wesens>[54] herauswuchs – die Einheit, die ein **großes**, schlichtes Menschentum ausmacht."[55]

IV. Zur Deutung des Dokuments im Kontext der Rezeptionsgeschichte Friedrich Naumanns

Der dreißigste Todestag Naumanns ist untrennbar mit den desolaten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg verbunden. Akuter Handlungsbedarf ging einher mit vorsichtig-skeptischer Hoffnung auf die erneute Chance einer Demokratisierung. Das Massenmedium des Rundfunks schien in diesem Aufbau- bzw. Gestaltungsprozess prä-

49 Im Typoskript ursprünglich: „Aber es bleiben diese Andachten".
50 Fehlt im Typoskript.
51 Im Typoskript handschriftlich, ursprünglich: „dagegen".
52 Die völlig sinnentstellenden (vermutlich von der Sekretärin Elly Heuss-Knapps) getippten „Hoteliers" wurden im Typoskript handschriftlich durch „Routiniers" ersetzt. Der Irrtum beruhte entweder auf einem Hör- oder einem Schreibfehler in der Vorlage.
53 Im Typoskript gesperrt, in der Rede wurden diese Begriffe lang gedehnt vorgetragen.
54 Im Typoskript ist die Formulierung stark verkürzt: Es fehlt „seines Wesens" und die folgende Wiederholung der Einheit, d.h. im Grunde der persönliche Bezug auf Naumann. Der gesamte letzte Satz ist auf der linken Seite in eckige Klammern gesetzt.
55 Im Typoskript folgt dann: „Bühlerhöhe, den 25. August 1949", die Druckfassung (wie Anm. 27) verzichtet auf den letzten Satz.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

destiniert, um möglichst viele junge Menschen zu erreichen.[56] Wie nach dem Ersten Weltkrieg waren die physischen und mentalen Kräfte der Vorkriegsgeneration weitgehend aufgezehrt. Zu den gesellschaftlichen Überlebensstrategien gehörten deshalb Appelle an die Jugend, um mit ihr eine zukünftige Gesellschaftsordnung aufzubauen. Damit ist die erste wesentliche Rezeptionsebene und zugleich das Grundgerüst der Rede benannt. In ihren Gedenkworten spannte Elly Heuss-Knapp einen Bogen von der Jugend als Adressatin ihrer Rundfunkbotschaft über die Jugend als „freiwillige Gefolgschaft" Naumanns[57] bis hin zu verallgemeinerbaren Äußerungen über das (unterstellte) kritisch-innovative Potential der neuen Generation für den Prozess der Meinungsbildung. In dieser Argumentation übernahm die Jugend eine Schlüsselrolle bzw. Scharnierfunktion im Verhältnis der Generationen. Welche historischen, politischen und kulturellen Bezugspunkte kamen darin zum Ausdruck, welche Stilmittel nutzte die Rednerin?

Bereits im ersten Satz verband Elly Heuss-Knapp die „heutige Jugend" mit der politischen Persönlichkeit Friedrich Naumann. Ihre bedauernde Äußerung, dass die nach Naumanns Tod Geborenen kaum mehr etwas mit seiner Persönlichkeit anzufangen wüssten, wird durch ihren humorvollen Verweis auf die „Punischen Kriege" (von 264 bis 146 v. Chr.) relativiert. Als Begründung für die persönliche Faszination Naumanns verweist sie am Anfang ihrer Rede auf die „Unmittelbarkeit seines Wesens", er sei der „beste Redner seiner Generation" gewesen (siehe oben). Diese Feststellung lenkt den Blick auf die Rezeptionsebene der persönlichen Erinnerung von Elly Heuss-Knapp an ihren politischen Mentor und deckt sich mit den Erinnerungen anderer Zeitgenossen – auch in Bezug auf den Kontrast zwischen den Inhalten der Rede Naumanns und ihrer stimmlichen Artikulation.[58] Die Überzeugungskraft lag für Elly Heuss-Knapp in der Synthese von rationalanalytischer Durchdringung der Themen und ihrer publikumsfreundlichen Darbietung.

Als Beispiel für einen gelungenen Auftritt Naumanns erinnerte sich Elly Heuss-Knapp an einen Abend in Heilbronn auf Einladung des Evangelisch-

56 Vgl. Christoph Hilgert: „… den freien, kritischen Geist unter der Jugend zu fördern". Der Beitrag des Jugendfunks zur zeitgeschichtlichen und politischen Aufklärung von Jugendlichen in den 1950er Jahren. In: Franz-Werner Kersting u.a. (Hrsg.): Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955-1975. Stuttgart 2010, S. 21-41.

57 Vgl. Ursula Krey: Friedrich Naumann und seine „freiwillige Gefolgschaft". Ein zivilgesellschaftliches Netzwerk mit religiösen Wurzeln und politischen Auswirkungen auf die junge Bundesrepublik (1890-1960). In: Frank-Michael Kuhlemann/Michael Schäfer (Hrsg.): Kreise – Bünde – Intellektuellen-Netzwerke. Formen bürgerlicher Vergesellschaftung und politischer Kommunikation 1890-1960. Bielefeld 2017, S. 71-108.

58 Zur Stimme Naumanns vgl. Heuss: Friedrich Naumann 1968 (wie Anm. 16), S. 241. Vgl. Hans Cymorek: Und das soll Naumann sein? Wege zu einer Biographie Friedrich Naumanns. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 14 (2002), S. 245-257.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Sozialen Kongresses. Ihre knappe Schilderung der Szenerie assoziiert ein Konglomerat aus naturnaher Umgebung („frischgrünem Gesträuch"), zivilisatorischen Komponenten („elektrisch angestrahlt") und kirchlichen Elementen („Baldachin"). Ihre Metaphorik lässt auf eine kulturell verankerte, sensibel wahrgenommene Naturverbundenheit schließen. Dies kommt auch in ihrer Beschreibung der Differenz zwischen gedruckter und gesprochener Rede zum Ausdruck: Sie verhielten sich zueinander „wie ein gut präparierter, säuberlich aufgespannter, toter Schmetterling zum lebenden, flügelschlagenden Falter".

Ihrer Erinnerung nach hielt Naumann die rezipierte Rede zum Thema: „Deutschland, das Land der Dichter und Denker", eine vielfach tradierte und abgewandelte Zwillingsformel. Diese Rede vom „Volksabend der Heilbronner Tagung" ist unter dem Titel: „Das Volk der Denker" in den „Mitteilungen des Evangelisch-Sozialen Kongresses" abgedruckt.[59] Wer ihren Appell beherzigt und die Rede nachliest, stellt fest, dass die Dichter darin nicht vorkommen. Naumann verwies auf bekannte Autoritäten wie den ESK-Ehrenpräses Adolf Wagner und reihte sich in die Kette einer allgemein anerkannten Überlieferungs- und Deutungstradition ein. Er verknüpfte gedanklich die Evangelischen Arbeitervereine mit der sozialdemokratischen Bewegung, den Bau der Zukunft mit den Schätzen aus der Vergangenheit. In einer pointierten, wenig präzisen[60] Tour d`Horizon vom Mittelalter über die Reformation ließ er die Geschichte Revue passieren, um am Ende das Verhältnis von Mensch und Maschine als entscheidende Herausforderung des Industriezeitalters zu bezeichnen.

Naumann versuchte in seiner Rede, durch einen Rückgriff auf spezifische historische Denktraditionen deutsche Alleinstellungsmerkmale im internationalen Vergleich herauszufiltern und mit den industriellen gesellschaftlichen Umbrüchen in Einklang zu bringen. Diese Art der kombinierten Betrachtung, aus historisch relevant erscheinenden Elementen moderne Entwicklungslinien zu filtern, war zu jener Zeit ungewöhnlich, wirkte aber auf die Zuhörenden offenbar authentisch und begeisterte die Anwesenden. Da auch die Reaktionen des Publikums vermerkt wurden: vor allem „Heiterkeit", gefolgt von „Bravo" und „Beifall", jeweils steigerungsfähig von „groß" über „anhaltend" bis „stürmisch", ist auch für die Nachgeborenen rekonstruierbar, welche Passagen der Rede besonderen Anklang fanden und wie stark die Re-

59 Friedrich Naumann: „Das Volk der Denker". In: Evangelisch-Sozial (1909), Nr. 6/7, S. 191-197, eine Fotografie zum Evangelisch-Sozialen Kongress in Heilbronn 1909 aus dem Familienarchiv Heuss, Basel, ist abgedruckt bei Buchna: Antiklerikalismus (wie Anm. 14), S. 18.

60 Eine kleine Kostprobe: „… und auf dem Tage zu Rastatt wurden, ich weiß nicht: 103 oder 120 Souveränitäten beerdigt (Heiterkeit), und auch hier herum nach rechts und links liegen solche beerdigte Souveränitäten von einstmals." Ebd., S. 194.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sonanz insgesamt gewesen sein musste. Dieser Befund lässt auf eine intensive Interaktion zwischen Naumanns Ausführungen und den Erwartungen des Publikums schließen, was die Atmosphäre des Abends bestimmte.

Auch über vierzig Jahre nach der Rede Naumanns identifizierte sich Elly Heuss-Knapp mit den in dieser Rede entfalteten Denkkategorien. Der Umstand, dass sie aus ihren reichhaltigen Erinnerungen an Naumanns Reden genau diese abrief, lässt zu diesem Zeitpunkt auf eine nationale Selbstvergewisserung mit tröstenden Funktionen schließen. Ihre Einschätzung, dass Naumann „sehr weit entfernt" von der Romantik gewesen sei, kombinierte sie mit seinem „viel zu scharfen Blick für Wirklichkeiten", das heißt der Bereitschaft, empirisch wahrgenommene Realitäten zum Ausgangspunkt eigenen Handelns zu machen.

Im nächsten Schritt verließ Elly Heuss-Knapp die Gedächtnisebene ihrer persönlichen Erinnerungen an Naumann zugunsten einer scheinbar leichter objektivierbaren Ebene der Rezeption Naumanns durch den Gewährsmann Hermann Losch. Unklar bleibt aufgrund des Zusatzes „wie es der Stuttgarter Hermann Losch einmal ähnlich versucht hat", ob es sich um eine authentische Geschichte von Hermann Losch handelt oder um eine analoge Erzählung von Elly Heuss-Knapp: Acht Reisende in einem Eisenbahnabteil gehen der Frage nach, wer dieser Friedrich Naumann gewesen sei. Das Spektrum ihrer persönlichen Zuschreibungen ist weit gefasst (siehe oben).[61] Aufschlussreich ist die Textpassage mit den Antworten auf die Frage des achten Reisenden im Eisenbahnabteil, ob Naumann nicht auch ein Vorläufer Hitlers gewesen sei. In der gesprochenen Rede „verneinen" die anderen lebhaft und werden mit den Worten zitiert, dass er „den Nationalsozialen – nicht -sozialistischen – Verein" gründete. Dies ist einer der wenigen expliziten Hinweise auf die jüngste Vergangenheit des Nationalsozialismus.

Die frühere vielzitierte Formel Naumanns lautete: „Das Bekenntnis zur Nationalität und zur Menschwerdung der Masse sind für uns nur zwei Seiten ein und derselben Sache".[62] Daraus wurde in der gesprochenen Rede Elly Heuss-Knapps: „Die Größe der Nation und die Volkswerdung der Masse sind nur zwei Seiten ein und derselben Sache". Diese offenkundige Differenz ist aussagekräftig hinsichtlich der Zuverlässigkeit von Erinnerungen. Während Naumann zu seiner Zeit hoffte, mit einem Bekenntnis zur funktional begründeten Nationalität insbesondere die wachsende Industriearbeiterschaft in einem staatsbürgerlich-politischen Sinne zu integrieren, assoziierte

61 Eisenbahnfahrten sind als Vorlage für Geschichten jener Zeit besonders beliebt. Da die Eisenbahn als wichtiges Symbol des Industriezeitalters galt, dokumentierte sie quasi den rasanten Fortschrittsmodus.

62 So exemplarisch das handschriftliche Zitat auf dem vorderen Deckblatt mit Foto bei Friedrich Naumann: Das Blaue Buch von Vaterland und Freiheit. Auszüge aus seinen Werken. Königstein imTaunus./Leipzig 1913.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Elly Heuss-Knapp eine (wie auch immer quantifizierbare) „Größe“ der Nation mit der „Volkswerdung der Masse“. Dahinter verbarg sich eine tiefe Unsicherheit über das nationale Selbstverständnis, einhergehend mit einem Bedürfnis nach gesellschaftlicher Orientierung und Stabilität. Naumanns – sicher auch zeitgenössisch mehrdeutiger – Begriff der „Menschwerdung“ ist dagegen im heutigen Sprachgebrauch allenfalls biologisch konnotiert.

Darüber hinaus zeugt es von einer inneren Auseinandersetzung Elly Heuss-Knapps mit ihrem politischen Lehrmeister, wenn sie mit Nachdruck auf seine religiösen Grundüberzeugungen zu sprechen kommt, die ihn lebenslang geleitet und begleitet hätten.[63] Durch seine wöchentlichen Andachten in der „Hilfe“ habe Naumann auch die Kirchenfernen erreichen wollen. Sie seien ein Spiegelbild einer suchenden Generation, die religiöse Deutungsschablonen hinterfrage und darin ein Bekenntnis „von einer fröhlichen Glaubensgewissheit, aus der in allen Nöten und Anfechtungen eine wunderbare Gelassenheit aufstieg“ offenbare. In der akademischen Theologie war Naumann dagegen – trotz eines Ehrendoktors an der Universität Heidelberg 1903 aufgrund seiner „Briefe über Religion“ – stets ein umstrittener Außenseiter geblieben.[64] Doch gab es eine öffentlich anerkannte religiöse Deutungskompetenz Naumanns jenseits der Wissenschaften, die in dem Hinweis der Zugreisenden zum Ausdruck kommt, dass sich Naumanns Botschaften an die „vor der Kirchtür Stehenden“ richteten, zusammen mit der Erkenntnis, dass die „Ratlosigkeit selbst zur Religion“ gehöre – eine Einsicht, die in der Zeit des Nationalsozialismus auf erschreckende Weise bestätigt wurde.

Das Fundament des Glaubens verkörperte demnach aus der Perspektive Elly Heuss-Knapps den Deutungsrahmen Naumanns und lenkte sein Handeln. Den Zusammenhang griff sie am Ende ihrer Rundfunkrede noch einmal auf und bezog sich auf eine bekannte Sentenz des Schriftstellers Werner Bergengruen, die aus seinem Roman „Der Großtyrann und das Gericht“ von 1935 stammt.[65] Dieser historische Kriminalroman thematisiert die vielfachen moralischen und rechtlichen Verstrickungen in einer Diktatur während der

63 Vgl. Christian Mack: Friedrich Naumann und der „Kampf um den Glauben“. Politische Theologie zwischen Macht, Moral und Moderne. Schopfheim 2015, und Frank Fehlberg: Protestantismus und Nationaler Sozialismus. Liberale Theologie und politisches Denken um Friedrich Naumann. Bonn 2012. Vgl. auch Ursula Krey: „Die Zukunft der inneren Mission“: Friedrich Naumanns Prognosen zur Diakonie als Modell für zivilgesellschaftliches Engagement. In: Beate Hofmann/Martin Büscher (Hrsg.): Diakonische Unternehmen multirational führen. Grundlagen – Kontroversen – Potentiale. Baden-Baden 2017, S. 241-266.

64 Die Promotion erfolgte während des Dekanats von Adolf Deißmann und mit der Unterstützung von Ernst Troeltsch. Vgl. Hartmut Ruddies: „Kein spiegelglattes, problemloses Christentum“. Über Friedrich Naumanns Theologie und ihre Wirkungsgeschichte. In: vom Bruch (Hrsg.): Friedrich Naumann (wie Anm. 12), S. 317-343.

65 Werner Max Oskar Paul Bergengruen (1892-1964) konvertierte 1936 zum Katholizismus. Sein Roman „Der Großtyrann und das Gericht“ wurde erstmals 1935 in Hamburg veröffentlicht und ist seither in viele Sprachen übersetzt, 1966 von Günther Fleckenstein ver-

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Renaissance in dem fiktiven Stadtstaat Cassano in Oberitalien. Die verwickelte Handlung orientiert sich an der Schuldfrage eines ermordeten Mönchs im Umfeld eines Großtyrannen. Der Roman war bis in die 1960er Jahre sehr populär. Das Wechselspiel aus der zeitlichen Nähe zum Nationalsozialismus bei gleichzeitiger Verlagerung des Romans in ein Nachbarland und in eine frühere Zeitepoche bot über Jahrzehnte hinweg zahlreiche Interpretationsmöglichkeiten. Er erörtert die gesellschaftlichen Ursachen von Machtmissbrauch und Manipulierbarkeit der Menschen im Spannungsverhältnis zu einer göttlichen Transzendenz. Neben einer Abrechnung mit dem Hitler-Regime eröffnete der Roman profunde Lebenseinsichten in die multirationale Logik menschlichen Handelns. Das Zitat lautet im Original:

> „Alle Rechts- und alle Staatskunst, will sie mehr sein als ein handwerksmäßiges Verwalten vorgefundener Gegenstände, wird immer von neuem den einen Versuch zu wagen, ja an ihm zu zerschellen haben: den Versuch, die Macht mit der Gerechtigkeit, die Stärke der Hände mit der Reinheit der Hände zu versöhnen. Und auch jeder einzelne Mensch hat ja seine tägliche Aufgabe in einer ähnlichen Versöhnung. Die Kleinheit der Erde aber mag ebenso ihr Recht und ihren Raum haben in der Ordnung des Weltalls wie die Größe Gottes und seiner himmlischen Gerechtigkeit!“[66]

Auch wenn diese Pathosformeln der Vereinbarkeit von Macht und Gerechtigkeit zwischen Himmel und Erde aus heutiger Perspektive fremd anmuten, dienten sie Elly Heuss-Knapp als lebenslang wirksames Überzeugungsgerüst. Sie sah darin die universelle Motivation der Jugend ebenso wie das Proprium der Anziehungskraft Naumanns auf die Jugend.

Mit diesem Tondokument setzte Elly Heuss-Knapp ihrem Mentor quasi ein auditives Denkmal und entsprach damit einer Traditionslinie des Rundfunks, nämlich der Erfüllung seines kulturell-politischen Erziehungsauftrags. Zugleich positionierte sie Friedrich Naumann in der kollektiven Erinnerung. Damit knüpfte sie – durchaus konträr zu ihrer erwerbstätigen Phase im Nationalsozialismus – an eigene jugendliche Wertvorstellungen an, erweitert um die Erfahrungen des Scheiterns der Weimarer Reichsverfassung und insofern hohem Rechtfertigungsbedarf. Ihre pragmatische Grundeinstellung, bei der die Ideale an den Realitäten gemessen wurden, blieb lebenslang handlungsleitend.

filmt, und in unzähligen Ausgaben und Formaten neu aufgelegt worden (zuletzt als Taschenbuch in München 1994). Vgl. Hans Joachim Dill: Gerechtigkeit bei Bergengruen: rechtliches und überrechtliches Richten in den Erzählungen und Novellen. The University of British Columbia (MS) 1963 (http://hdl.handle.net/2429/38725, Zugriff 28.4.2019).

66 Werner Bergengruen: Der Großtyrann und das Gericht. Berlin/Darmstadt 1953, S. 276.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

V. „Kollektives Tongedächtnis“ – Zu Naumanns Bedeutung in der narrativen Erinnerungskultur

Die eingangs erwähnte Metamorphose im „kulturellen Gedächtnis“ Naumanns lenkt den Blick auf die auditiven Aspekte seines Wirkens.

> „Die Zeit, in der Naumann Deutschlands stärkste rednerische Kraft war, liegt vor der Ausweitung der technischen Möglichkeiten, wie sie mit Riesenhallen, Mikrophon, Lautsprecher, Radio gegeben ist. Daran muß man denken, wenn man Rede-Charakter und Eindruck verstehen will. … Die stenographische Wiedergabe ist ja nur protokollarischer Notbehelf – daß die Stenographie erfunden wurde, sei ein Unglück für die Redekunst, merkt er (Naumann, U.K.) einmal an; man solle Reden nie nachschreiben. Es fehlt beim Lesen die Atmosphäre und das Visuelle.“[67]

Diese Einschätzung von Theodor Heuss führt noch einmal vor Augen, dass aufgrund fehlender Tondokumente von Naumann persönlich dessen akustische Dimension unwiderruflich verloren ist. Die auf Tonmedien gespeicherten und beliebig abrufbaren Reden Nachgeborener über Naumann schöpfen aus subjektiven Erinnerungen oder sonstigen Informationsquellen außerhalb der eigenen Wahrnehmung. Die so praktizierte Rezeption durchläuft diverse Wahrnehmungsfilter, gesteuert von individuellen Assoziationen und abhängig von kulturellen Deutungsmustern, kognitiv wirksamen Sprachcodes, Bildung, Erfahrungsräumen und Erwartungshorizonten.[68] Doch diese selektive Betrachtungsweise wird nicht den Voraussetzungen öffentlicher Wirksamkeit gerecht, die auch im Zeitalter der Digitalisierung weiterhin gültig bleiben. Dazu gehört die individuelle Aneignung der Welt durch lebenslange, audiovisuell vermittelte Rezeption. Elly Heuss-Knapp sah hierin eine wesentliche Stärke ihres politischen Mentors:

> „Naumann gehörte zu denen, die mehr von Menschen als aus Büchern lernten. Ich saß einmal staunend dabei, wie er einen Landbriefträger während der Eisenbahnfahrt ausfragte. Die ganze Organisation des unteren und mittleren Dienstes wurde durch Fragen herausgeholt. Solche Einzelheiten bewahrte Naumann dann, und zur rechten Zeit wurden sie so lebendig vorgetragen, als ob er selbst jahrelang in der Verwaltung gestanden hätte.“[69]

Aus dem unmittelbaren Anschauungsunterricht der jeweiligen Lebenswirklichkeiten schöpfte Naumann seine Erkenntnisse. Er war stets bereit, eigene

67 Heuss: Friedrich Naumann 1968 (wie Anm. 16), S. 243.

68 Vgl. Reinhart Koselleck: `Erfahrungsraum´ und `Erwartungshorizont´ – zwei historische Kategorien. In: Ders.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt a.M. 1979, S. 349-375.

69 Heuss-Knapp: Persönliche Erinnerungen an Friedrich Naumann. In: dies.: Alle Liebe ist Kraft (wie Anm. 27), S. 85-87, hier S. 85 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Denkschablonen kritisch zu hinterfragen, die dann im Lichte neuer Einsichten entweder vertieft oder über Bord geworfen wurden. „Anders als etwa Bodelschwingh, der immer den Einzelnen in seinem Leid sah, überblickte Naumann ganze Schichten und Klassen und suchte die Ursache der sozialen Not wesentlich in der ökonomischen Lage des Proletariats“, umriss Elly Heuss-Knapp sein soziostrukturelles Erkenntnisinteresse.[70] Naumann liebte Statistiken. Auch wenn seine daraus resultierenden Prognosen nicht immer zutrafen, stellte er sich den gesellschaftlichen Herausforderungen und suchte Verbündete in der Politik und den Wissenschaften.[71] Um die Jahrhundertwende erweiterte er seine persönliche Vorstellungswelt durch ausgedehnte Studienreisen. Sie führten ihn über europäische Nachbarländer bis nach Palästina und Nordafrika.[72] Seine unmittelbaren Eindrücke vor Ort verglich er mit dem Traditionsbestand überlieferter Geschichten und revidierte angesichts erkennbarer Diskrepanzen bisher gültige Urteile, die in Reiseberichten und durch Zeichnungen präsentiert wurden.[73] Sie vermitteln in ihrer Zeitgebundenheit authentische Stimmungsbilder und geben Auskunft über die visuelle und akustische Wahrnehmung des Empirikers Naumanns. Sein empirisches Vorgehen, die so gewonnenen Erkenntnisse über die Lebenswirklichkeiten unterschiedlicher Kulturen mit aktuellen Fragestellungen zu kombinieren, fiel aus dem Rahmen zeitgenössischer Konventionen.

Bereits zu Lebzeiten wurde Naumann vielfach instrumentalisiert, heroisiert und sakralisiert.[74] Auf politischer Ebene gehört er parteiübergreifend zum Gründungskonsens der Bundesrepublik Deutschland.[75] Der Diskurs um die Vorbildfunktion der Leitfigur Naumanns war im Laufe des letzten Jahrhunderts von einer Vielzahl polarisierender Deutungsansätze geprägt. Trotz aller unterschiedlichen Interpretationsversuche und Gewichtungen in der Rezeption Naumanns herrscht Konsens darüber, dass sein Werdegang ein Para-

70 Dies.: Ein Wort der Würdigung für Friedrich Naumann. (Aus einem Vortrag in Kassel 1926). In: ebd., S. 87-88, hier S. 88.

71 Vgl. Ursula Krey: Friedrich Naumann (1860-1919): Vom kirchlichen Theologen zu einem Christen mit moderner Naturanschauung“. In: Michael Häusler/Jürgen Kampmann (Hrsg.): Protestantismus in Preußen. Lebensbilder aus seiner Geschichte, Bd. 3: Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. Berlin 2013, S. 305-337.

72 Vgl. Friedrich Naumann: „Asia“. Eine Orientreise über Athen, Konstantinopel, Baalbek, Damaskus, Nazaret, Jerusalem, Kairo, Neapel. (1899), 9. Aufl. 1913. Ein Auszug unter dem Titel „Religiöse Erlebnisse“ ist abgedruckt in: ders.: Werke Bd. 1. Köln/Opladen 1964, S. 535-553.

73 Im Archiv des Liberalismus, Gummersbach, N 46-69 bis N 46-89 befinden sich seine Skizzenbücher, Landschaftsbilder, Portraits u.a.

74 Vgl. biographische Studien zu Lebzeiten, beispielsweise von Heinrich Meyer-Benfey: Friedrich Naumann. Seine Entwicklung und seine Bedeutung für die deutsche Bildung der Gegenwart. Göttingen 1905; Fritz Auer: Friedrich Naumann. Leipzig 1908; Martin Wenck: Die Geschichte der Nationalsozialen von 1895 bis 1903. Berlin 1905, ders.: Friedrich Naumann. Ein Lebensbild. Berlin 1920.

75 Vgl. Hertfelder: Von Naumann zu Heuss (wie Anm. 12).

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

debeispiel öffentlichen Wirkens darstellt. Den Anspruch auf Deutungshoheit im Chor der männlich dominierten Meinungsbildung verteidigte zweifelsohne Theodor Heuss. Demgegenüber verkörperte Elly Heuss-Knapp als Akteurin, Zeitzeugin und Rezipientin Naumanns nach außen ein klassisches Geschlechterarrangement, das jedoch intern vielfach durchbrochen wurde: nicht nur durch ihren privaten Ehevertrag mit Regeln des Zusammenlebens und durch ihre Rolle als Familienernährerin im Nationalsozialismus, sondern auch in einer eigenständigen Lebensgestaltung. Darüber hinaus engagierte sie sich lebenslang für die weibliche Unabhängigkeit, auch wenn ihr Verhältnis zur bürgerlichen Frauenbewegung mit ihren Vertreterinnen, wie Gertrud Bäumer, als zwiespältig zu bezeichnen ist (und ein Forschungsdesiderat darstellt).[76]

Die Rundfunkrede Elly Heuss-Knapps am 24. August 1949 über Friedrich Naumann wurde als Paradigma für eine spezifische Form der Rezeption ausgewählt, die auf Hören abzielt. Durch das Einbetten der Betrachtung Naumanns in die Anekdote des Eisenbahnabteils verbindet sie die Statements der acht Reisenden mit einer für die Empfängerebene vorstellbaren Situation. Rezeptionsvorgänge sind immer reziprok angelegt: Senden und Empfangen, Reden und Hören, Schreiben und Lesen, Erinnern und Vergessen. Diese Wechselbezüglichkeit ist von der unmittelbaren Interaktion zeitspezifischer Voraussetzungen abhängig, die sich nicht einfach in eine andere Epoche übertragen lassen. Auch wenn die meisten der Themen aus Naumanns Zeit in Vergessenheit geraten sind, bleibt die Überzeugungskraft seiner empirischen Vorgehensweise weiterhin aktuell.

Welche empirischen Aspekte seines Wirkens lassen sich in die narrative Erinnerungskultur der Zukunft überführen? Elly Heuss-Knapp hat in ihrer Rundfunkrede die drei wesentlichen Rezeptionsebenen von auditiver Bedeutung im öffentlichen Diskursthematisiert: erstens Friedrich Naumann als Redner bzw. seine Reflexionen über das Reden. Da er zeitlebens unzählige Vorträge aller Art und zu unterschiedlichen Anlässen (nicht zuletzt im Reichstag) gehalten hat, von denen viele auch publiziert worden sind, ist reichhaltiges Quellenmaterial in gedruckter Form für weitere Analysen zu

76 Vgl. Angelika Schaser: Helene Lange und Gertrud Bäumer. Eine politische Lebensgemeinschaft. Köln u.a. 2. Aufl. 2010, dies.: Bürgerliche Frauen auf dem Weg in die linksliberalen Parteien (1908-1933). In: Historische Zeitschrift 263 (1996), S. 641-679, dies.: „Innere Emigration“ als `konformer Widerstand´. Gertrud Bäumer 1933 bis 1945. In: Ariadne, H. 32, Nr. 11 (1997), S. 16-25.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

finden.[77] Darüber hinaus hat Naumann über die „Kunst der Rede“[78] und die „Gabe des Zuhörens“ in allen denkbaren Gesprächssituationen nachgedacht.[79] Für die Zukunft prognostizierte er in seinen letzten Überlegungen ein „Weltaustauschsvolk“: Es „vermittelt den Handel, die Technik, die Modernität und den Allerweltsluxus. In ihm bewegen sich Christen, Heiden, Juden; Weiße, Gelbe, Mischlinge bunt durcheinander. […] Man braucht sie überall, denn kein Volk lebt mehr für sich allein.“[80] Hier verband sich die Überzeugung von der Unumkehrbarkeit moderner Entwicklungen mit der Erkenntnis einer national übergreifenden, funktional ausgerichteten Fortentwicklung der Menschheit.

Zweitens Friedrich Naumann als Vermittler zwischen den sozialen Fronten bzw. seine politischen Überlegungen zur Nationalität. Die von Elly Heuss-Knapp in ihrer Rundfunkrede beschworene Pathos-Formel von der Nation für die Volkswerdung der Masse täuscht darüber hinweg, dass diese als offenes Konzept und vergemeinschaftende Referenzgröße nach staatsbürgerlichen Kriterien angelegt waren. Diese Überlegungen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg von „G. W.“ (vermutlich der Schulrat Georg Wolff 1882-1967) aufgegriffen. Er würdigte – ebenfalls zum 30. Todestag Friedrich Naumanns – sein 1913 publiziertes „Blaues Buch von Vaterland und Freiheit“ als wertvolles Quellenbuch liberalen Gedankenguts.[81] Den vielzitierten Slogan „Das Bekenntnis der[82] Nationalität und zur Menschwerdung der Masse sind für uns nur zwei Seiten einer und derselben Sache“ übertrug er auf die Schaffung der deutschen Einheit. Als Zeitgenosse und Anhänger Naumanns zog er eine kritische Bilanz: „Das Weltbürgertum unserer klassischen Epoche war nicht Glaubensbekenntnis des ganzen Volkes, sondern Überzeugung der kleinen geistigen Elite. Der Masse des Volkes fehlte zugleich auch das Bewußtsein des Staatsbürgertums.“ Er kam zu dem Schluss:

> „Und so ist uns Naumann auch in diesen Tagen, da wir uns um Einheit und Frieden mühen, das Vorbild und der Wegweiser, und es mögen die drei Grundgedan-

77 Die Bände 1-6 der Friedrich Naumann Werke enthalten ausgewählte Reden u.a. zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Debattenreden zu religiösen Fragen, Reichstagsreden. Die Publikation von Albrecht Grözinger: Friedrich Naumann als Redner. Ein Beitrag zur gegenwärtigen homiletisch-rhetorischen Diskussion. Stuttgart 1978, ist nur eingeschränkt brauchbar.

78 Friedrich Naumann: Die Kunst der Rede. In Ders.: Werke 5. Bd. Köln/Opladen 1964, S. 660-706.

79 Friedrich Naumann: Die Gabe des Zuhörens. In: Die Hilfe 39 v. 29.9.1907, S. 619. Ein Entwurf befindet sich im NL Friedrich Naumann, BA Berlin, N 3001, Nr. 63, Bl. 38. Zu Naumann als Redner vgl. auch Bacher: Naumann (wie Anm. 12), S. 59-79.

80 Friedrich Naumann: Verkehrszeitalter. In: Ders.: Werke 6. Bd.: Ästhetische Schriften. Köln/Opladen 1964, S. 202.

81 Vgl. die LDP-Informationen vom August 1949, S. 269.

82 An dieser Stelle hätte es korrekt „zur“ Nationalität heißen müssen.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ken, die wir vor dreißig Jahren über die Weimarer Verfassung gestellt haben, uns leiten: Nationale Einheit, liberale Freiheit, soziales Pflichtgefühl."

Bis heute ist dieser Dreiklang im öffentlichen Diskurs heftig umstritten.[83]

Drittens Friedrich Naumann als jugendliche Erscheinung bzw. seine Beziehung zur Jugend und umgekehrt – ungeachtet seines korpulenten Körperbaus.[84] Hermann Dechent sprach von einer wunderbaren „Verbindung von Männlichkeit und Kindlichkeit, die mir immer als eine besondere Eigenart Naumanns erschien."[85] In Elly Heuss-Knapps Rundfunkrede entsprach Naumanns besondere Beziehung zur Jugend einem Generationsverständnis, das einen intensiven Dialog erforderte. Er selbst hatte vielfach über die Jugend im Verhältnis der Generationen reflektiert und prognostizierte im Ersten Weltkrieg:

„Ohne den Versuch zu machen, über fernliegende Entwicklungen zu weissagen, halte ich für wahrscheinlich, dass die Jugend, die hinter dem Krieg ist, viel individualistischer sein wird, sowohl im guten wie im bösen Sinne des Wortes. … Bei allen diesen Andeutungen muss im Sinne behalten werden, dass der Einzelmensch nicht nur Mitglied seiner Altersgruppe ist, sondern auf seinem eigenen Entwicklungsgang marschiert, so dass mancher Alte mehr zu den Jungen und mancher Junge mehr zu den Alten gehört."[86]

Seine generationsspezifische Botschaft lautete: „Von den Alten muß man lernen, wie man jung bleibt."[87]

In den vier Reden an junge Freunde verknüpfte Naumann die Aspekte des Redens, die politische Dimension und die Generation der Jugend zu einer Synthese.[88] Er differenzierte zwischen den Geschlechtern („männliche und weibliche") und definierte das „Innerlichste an der Politik" als

„den Trieb zur Gestaltung menschlicher Gemeinschaft. Wie dieser Trieb sich äußert, hängt von den Umständen ab. Derselbe Mensch kann, je nach Lebensführung, ein militärischer Organisator werden oder ein Gewerkschaftsführer oder ein Eisenbahndirektor … Er muss eine besondere Leidenschaft besitzen, die nicht in

83 Zum Konzept der Nation vgl. Dieter Langewiesche: Der gewaltsame Lehrer. Europas Kriege in der Moderne. München 2019. .

84 Vgl. die Charakterisierung Naumanns von seinem Freund Paul Haag: „Auch er blieb sein Leben lang das `große Kind´, wie ihn einmal einer seiner Freunde bezeichnete. In der naiven Unmittelbarkeit und Unverbildetheit, mit der er an die Dinge heranging." In: Die Gemeinde, Nr. 36, 22. Jg., Frankfurt am Main, den 6. September 1919, S. 227.

85 Ebd., S. 226.

86 NL Naumann (wie Anm. 79), Nr. 30, Bl. 17 f.

87 Zit. nach Heuss-Knapp: Alle Liebe ist Kraft (wie Anm. 27), S. 85, vgl. auch NL Naumann (wie Anm. 79), Nr. 30, Bl. 14.

88 Friedrich Naumann: Vier Reden an junge Freunde. In: Ders.: Werke 5. Bd. (wie Anm. 78), S. 709-735.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der eigenen Vollendung liegt, sondern in der Herstellung eines größeren Gemeinwesens.“[89]

Doch er konstatierte auch: „Es gibt unpolitische Menschen, bei denen jeder Versuch einer politischen Bildung zwecklos ist, weil sie den Kern der Sache doch nie erfassen.“ Bei ihnen differenzierte er zwischen den Geschäftemachern, den Ästhetischen, den Phantastischen, den „Begriffsspaltern“ und Eigenbrötlern sowie eine „Haltung der angeborenen Unklarheit“. Diese immer noch lesenswerte Typologie zeugt von einer scharfen Beobachtungsgabe menschlicher Charaktere.[90]

Das gilt m.E. auch heute – unter den Bedingungen der Digitalisierung – für eine kompetente Teilnahme an politischen Diskursen jenseits parlamentarischer Partizipation. Im Wettbewerb um die Plausibilität zukünftiger Deutungsangebote ist die Politikfähigkeit ein entscheidender Indikator für die demokratisch unverzichtbaren Prozesse der politischen Meinungsbildung, denn:

„Ihr wollt Bürger sein, das heißt: Wissende, Mitdenkende, Helfende! Ihr werdet den Inhalt eures eigenen Lebens bereichern, wenn ihr eure öffentliche Pflicht in ihrer Größe erfaßt und übernehmt, und Deutschland wird besser blühen, wenn es sich zur tatkräftigen Demokratie entwickelt.“[91]

Dieser Appell Naumanns hat auch zum Gedenken seines 100. Todesjahres nichts an Aktualität eingebüßt.

89 Ebd., S. 711.
90 Vgl. Norbert Friedrich: Friedrich Naumann und die politische Bildung. In: vom Bruch (Hrsg): Friedrich Naumann (wie Anm. 12), S. 345-367.
91 Friedrich Naumann: Politische Pflicht. In: Ders.: Werke 5. Bd. (wie Anm. 78), S. 739.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Christoph Stamm

„…und keineswegs als ‚Mitläufer'." Die politischen Anfänge von Johannes Dieckmann in der Deutschen Volkspartei 1918-1933

Der langjährige Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann, im Sommer 1945 Mitbegründer der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands in Dresden und bald einer ihrer führenden Vertreter, gehörte zu den ganz wenigen Politikern in der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR, die vor 1933 Funktionsträger in der Deutschen Volkspartei (DVP) waren.[1] Kritikern, die ihn aufgrund seiner nationalliberalen Vergangenheit in der Weimarer Republik „als eine politische Belastung" ansahen,[2] begegnete er mit dem Hinweis:

> „Ich bin, was ich nie zu verleugnen Anlass gehabt habe […] bei der DVP gewesen – und keineswegs als ‚Mitläufer'. Ein Mitläufertum hat mir überhaupt niemals gelegen; es würde meiner natürlichen Anlage widersprechen. Wenn man […] Politiker ‚aus Leidenschaft' ist, dann kann man nicht irgendwo ‚mitlaufen'. Ich bin also auch in der DVP nicht ‚mitgelaufen', sondern habe die Dinge, um die es damals ging, mit zu gestalten gesucht."[3]

In der DDR-Historiographie – auch in der parteioffiziellen Geschichtsschreibung der LDPD – wurde zwar erwähnt, dass Dieckmann am Ende des Zweiten Weltkriegs bereits „ein bewegtes politisches Leben hinter sich" hatte,[4] es wurde aber nicht erforscht.[5] Die Deutsche Volkspartei galt als „offen reaktio-

1 So waren etwa 1948 nach einer Aufstellung aller 130 sächsischen LDP(D)-Vorstandsmitglieder der Landes-, Bezirks- und Kreisebene über ihre Parteizugehörigkeit vor 1933 lediglich elf in der DVP aktiv gewesen. „Aufstellung des gesamten Vorstandes der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Sachsen" [1948]. Privatarchiv Friedrich Dieckmann, Berlin, Nachlass (NL) Johannes Dieckmann.

2 Johannes Dieckmann an Walther Schieck, 5.7.1945. Archiv des Liberalismus, Gummersbach (ADL), Bestand Johannes Dieckmann, LN 4-82, Bl. 11.

3 Johannes Dieckmann an Hermann Kastner, 21.11.1946. Bundesarchiv (BArch), Nachlass Johannes Dieckmann, N 2500/126, Bl. 27.

4 Rudolf Agsten: Johannes Dieckmann. In: Sekretariat des Zentralvorstandes der LDPD (Hrsg.): Wegbereiter unserer Partei. Berlin 1986, S. 30-39, hier S. 30.

5 Auch zwei vom LDPD-Zentralvorstand in den Jahren 1973 und 1983 veranstaltete wissenschaftliche Kolloquien zur Biographie Dieckmanns beschäftigten sich nicht mit seiner politischen Arbeit in der DVP.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

näre Partei“,[6] die für eine „Konsolidierung der Herrschaft des Monopolkapitals“ eintrat und „durch ihre konterrevolutionäre Politik“ zwischen 1918 und 1933 „die Errichtung der faschistischen Diktatur […] mit vorbereitet“ hat, wenn diese letztlich auch „ohne ihre direkte Beteiligung“ erfolgte.[7] Rudolf Agsten, der langjährige Fraktionsvorsitzende der Liberaldemokraten in der Volkskammer, konstatierte:

> „Die Deutsche Volkspartei war eine zutiefst antikommunistische und antisowjetische Partei. Das prägte den bürgerlichen Politiker Johannes Dieckmann bis 1933. Seine persönliche Abneigung gegenüber der faschistischen Radau-Politik im Sächsischen Landtag und in öffentlichen Versammlungen änderte daran nichts.“[8]

Die Beschäftigung mit der Deutschen Volkspartei und ihrem Gründungsvorsitzenden Gustav Stresemann – so Friedrich Dieckmann – „war zu DDR-Zeiten ein heißes Eisen.“[9] Daher soll im Folgenden – trotz ungünstiger Quellenlage[10] – auf die Tätigkeit Johannes Dieckmanns in der ‚Stresemann-Partei‘ näher eingegangen und somit dieser Aspekt der Biographie des fast zwei Jahrzehnte lang amtierenden Parlamentspräsidenten der DDR näher beleuchtet werden.[11]

6 Neues Deutschland, Nr. 45, 22.2.1947, S. 3.

7 Wolfgang Ruge: Deutsche Volkspartei (DVP) 1918-1933. In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von Dieter Fricke, Bd. 2. Leipzig 1984, S. 413-446, hier S. 437.

8 Rudolf Agsten: Johannes Dieckmann – sein Verhältnis zur Arbeiterklasse und sein Beitrag zur Bündnispolitik. Referat vom 17.1.1983 anlässlich des 90. Geburtstages von Johannes Dieckmann. BArch, Bestand Kulturbund, DY 27/690, Bl. 87.

9 Friedrich Dieckmann an den Verfasser. Brief vom 16.7.2018. An dieser Stelle sei Herrn Dr. Friedrich Dieckmann, dem Sohn von Johannes Dieckmann, für seine Unterstützung gedankt.

10 Dieckmanns Privatwohnung und Büro wurden im Februar 1945 ausgebombt. Wenige Wochen später bemerkte er, „meine Familie ist heil aus der Dresdener Unglücksnacht herausgekommen; Heim, Büro und alles Habe sind bei uns allerdings restlos verlorengegangen.“ Johannes Dieckmann an Herrn Direktor Röttges, 24.3.1945. BArch, N 2500/105, Bl. 388. Im Jahre 1965 erklärte er: „Wertvolle persönliche Dokumente aus der Zeit der Weimarer Republik […] waren in der Nacht des Untergangs Dresdens ein Raub der Flammen geworden.“ Johannes Dieckmann: Vorwort. In: Wolfgang Hoffmann: Bürgertum im Aufbruch. Die Gründung der LDPD in Sachsen. Berlin 1965, S. 5-7, hier S. 5. Die vom Archiv des Liberalismus und vom Bundesarchiv gesicherten Nachlassteile enthalten ebenso lediglich Dokumente ab 1945 wie die noch im Privatarchiv seines Sohnes Friedrich Dieckmann befindlichen Unterlagen.

11 Eine politische Biographie Johannes Dieckmanns ist nach wie vor ein Forschungsdesiderat. Nach 1990 sind bislang lediglich zwei Abhandlungen über ihn erschienen: Jürgen Frölich: Johannes Dieckmann. In: Thorsten Oppelland (Hrsg.): Deutsche Politiker 1949-1969, Bd. 1. Darmstadt 1999, S. 60-71; Erich Zeidler: Justiz und Politik zwischen Dresden und Berlin. Johannes Dieckmann, Justizminister in Sachsen 1948-1952. In: Justiz in Sachsen. Prozesse, Personen, Gebäude. Sächsische Justizgeschichte, Bd. 2. Dresden 1994, S. 96-132.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

I.

Johannes Dieckmann wurde am 19. Januar 1893 in Fischerhude bei Bremen als Sohn des evangelischen Pastors Wilhelm Dieckmann und dessen Frau Catharina Haugaard geboren. Nach seinem Abitur an der Oberrealschule Bremen wollte er zunächst Kaufmann werden und besuchte im April 1913 die Handelshochschule Berlin, wechselte allerdings zum Wintersemester 1913/14 an die Berliner Universität und studierte anschließend dort sowie in Gießen und Göttingen Rechtswissenschaften, Nationalökonomie und Sprachen. Unterbrochen wurde seine Studienzeit durch Einsätze im Ersten Weltkrieg.[12]

Die Begegnung mit Gustav Stresemann, dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, im Hause seines Onkels Friedrich Dieckmann in Osnabrück markierte den Beginn seines politischen Engagements, denn er trat auf „Anraten und Veranlassung“[13] des späteren Reichskanzlers und Außenministers der DVP bei. „Was vor dem ersten Weltkrieg in mir damals jungen Menschen […] noch ein Suchen und ein Hasten war“ – so Dieckmann in der Rückschau –,

> „erhielt in meiner politischen Vorstellungswelt in und nach dem Kriege Form und Gestalt. Ich wurde zum bewussten liberalen Demokraten. […] Mein Weg führte mich zu dem späteren Reichsaußenminister Dr. Stresemann und zu seiner Partei[14] […], die in dieser wirren Zeit den deutschen Frontsoldaten vor Diffamierungen schützte, deren Namen mich anzog und deren führender Mann […] mich sehr beeindruckte.“[15]

Den Vertretern des politischen Liberalismus war es während des Systemwechsels am Ende des Ersten Weltkriegs nicht gelungen, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts bestehende Parteispaltung zu überwinden. Aller Fusionsbemühungen zwischen Vertretern der Freisinnigen und Nationalliberalen zum Trotz betraten im November und Dezember 1918 mit der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Deutschen Volkspartei (DVP) wiederum

12 Persönlich verfasster Lebenslauf Johannes Dieckmanns, 3.11.1950. AdL, LN 4-241, Bl. 5 ff.; Marc Zierlewagen: Biographisches Lexikon der Vereine Deutscher Studenten, Bd. 1. Norderstedt 2014, S. 163.

13 Persönlich verfasster Lebenslauf Johannes Dieckmanns, 14.12.1948. BArch, Bestand Ministerrat der DDR, DC 20/7869, Bl. 8.

14 Rede von Johannes Dieckmann auf der erweiterten Tagung des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front, 31.7.1964. Ebd., Bestand Nationalrat der Nationalen Front, DY 6/214, o. Bl.

15 Johannes Dieckmann: Aus meinem Leben (verfasst am 27.6.1962). Sonderdruck aus dem Greifen-Almanach 1963, S. 14. Privatarchiv Christoph Stamm, Berlin.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zwei liberale Parteien die politische Bühne der neuen Republik.[16] Die am 15. Dezember 1918 unter Stresemanns Vorsitz gegründete DVP war „eine verstümmelte Wiedergeburt“[17] der alten Nationalliberalen Partei (NLP), sah sich selbst aber fortan – wie Johannes Dieckmann im Jahre 1927 bemerkte – als deren „Erbin“.[18] Dementsprechend basierte ihre programmatische Ausrichtung weitgehend auf den Prinzipien der NLP und war insofern „von vornherein mit Residuen einer monarchistischen und imperialistischen Tradition behaftet.“[19] Die DVP verstand sich als ‚Partei der Mitte‘, die in ihrem Kern bürgerlich und antisozialistisch war, individuelle Freiheit und freies Unternehmertum forderte und für die nationale Einheit eintrat.

Auch Friedrich Dieckmann, der bereits seit 1912 den NLP-Bezirksverband Osnabrück leitete[20] und dem Zentralvorstand der Nationalliberalen angehörte,[21] zählte zu den Gegnern einer Fusion mit der linksliberalen DDP. Die „Aufgabe der Selbständigkeit unserer Partei“ – so teilte er seiner Parteiführung per Telegramm im November 1918 mit –, „werde die meisten Wähler in [ein] anderes Lager treiben, ich warne.“[22] Nach Gründung der DVP behielt Friedrich Dieckmann die Verantwortung für die neue Partei im Bezirk Osnabrück sowie im Wahlkreis Weser-Ems, dessen Spitzenkandidat für die anstehenden Wahlen zur Nationalversammlung Gustav Stresemann wurde. Sein Neffe Johannes Dieckmann verzichtete auf die Fortsetzung seines Studiums und übernahm für den DVP-Vorsitzenden die Organisation des Wahlkampfs.

Stresemann war nach wie vor Anhänger einer Wiederherstellung der Hohenzollern-Monarchie, da er „dem Kaisertum als sozialem pouvoir neutre eine gesellschaftliche Ausgleichsfunktion“ zumaß.[23] Gleichwohl er dem Kaiserreich nachtrauerte, nahm Stresemann letztlich „die Republik als Status

16 Ludwig Richter: Von der Nationalliberalen Partei zur Deutschen Volkspartei. In: Dieter Dowe/Jürgen Kocka/Heinrich August Winkler (Hrsg.): Parteien im Wandel vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Rekrutierung – Qualifizierung – Karrieren. München 1999, S. 135-160; Wolfgang Hartenstein: Die Anfänge der Deutschen Volkspartei. Düsseldorf 1962, S. 17 ff.; Lothar Albertin: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei. Düsseldorf 1972, S. 45 ff.

17 Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933. Düsseldorf 2002, S. 46.

18 Sachsenstimme, Nr. 14, 3.4.1927, S. 5.

19 Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. 5. Aufl. Düsseldorf 1984, S. 78.

20 Niedersächsisches Landesarchiv Osnabrück (NLA OS), Dep 3b XVI, Nr. 71, Bl. 112.

21 Von Bassermann zu Stresemann. Die Sitzungen des nationalliberalen Zentralvorstandes 1912-1917. Bearbeitet von Klaus Peter Reiß. Düsseldorf 1967, S. 306.

22 Friedrich Dieckmann an Robert Friedberg, 17.11.1918. BArch, Bestand Deutsche Volkspartei, R 45-II/301, Bl. 52.

23 Sven K. F. Prietzel: Gustav Stresemanns Liberalismusbegriff. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 25 (2013), S. 201-222, hier S. 216.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

quo“[24] hin und war bereit, die „Neuerungen der Demokratie wenigstens (partiell) zu akzeptieren und an sein Weltbild anzupassen.“[25] Johannes Dieckmann bemerkte Anfang 1931, die „Konsolidierung des Reiches, nicht aber die Festigung der Staatsform als solche“ sei „Stresemanns Ziel und Streben“ gewesen.[26] Dieckmanns damalige politische Einstellung dürfte mit der seines politischen Mentors nahezu identisch gewesen sein. Rückblickend erklärte er im Frühjahr 1929, er habe „schwer eine Verbindung mit dem neuen Staat“ gefunden.[27]

Als enger Mitarbeiter des DVP-Vorsitzenden betätigte sich Johannes Dieckmann bereits zu Beginn des Jahres 1919 als Redner auf Wahlkampfveranstaltungen der Volkspartei in Stresemanns Stimmbezirk.[28] Die Härte der politischen Auseinandersetzung, besonders „im ‚Bruderkampf' der beiden liberalen Parteien“,[29] bekam Stresemann in seinem Wahlkreis unmittelbar zu spüren. In einer von fast tausend Personen besuchten Kundgebung in Nordhorn kam es am 15. Januar 1919 zu heftigen Ausschreitungen und der wegen seiner annexionistischen Forderungen als ‚Kriegshetzer' und ‚Mörder' beschimpfte DVP-Vorsitzende wäre beinahe einem Attentat zum Opfer gefallen.[30] Der an der Wahlveranstaltung teilnehmende Johannes Dieckmann schilderte den entstehenden Tumult, nachdem Stresemann in seiner Rede Kaiser Wilhelm II. verteidigt hatte:

> „Die Pforten der Hölle schienen aufgesprungen zu sein, die Menschen sich in Irre und Tiere verwandelt zu haben. Hunderte von Bänken, Stühlen und Brettern brachen unter Donnerkrachen zusammen, um sich im Augenblick zu Waffen in den Händen von zu Bestien gewordenen Männern und zu Hyänen gewordenen Wei-

24 Andreas Rödder: Gustav Stresemann und die Perspektive der Anderen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 18-20/2018, 30. April 2018, S. 27-32, hier S. 27.

25 Karl Heinrich Pohl: Gustav Stresemann. Biographie eines Grenzgängers. Göttingen 2015, S. 208.

26 Johannes Dieckmann: Partei und Republik. In: Die Reichsgemeinschaft. Blätter der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler, Nr. 1/2, Januar 1931, S. 3-5, hier S. 4.

27 Pressemitteilung der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler, 26.5.1929; BArch, R 45-II/306, Bl. 29.

28 Siehe Abdruck einer Zeitungsanzeige mit Dieckmann als Redner verschiedener DVP-Wahlversammlungen vom 9. bis 11. Januar 1919 bei: Hermann Heddendorp: Stresemann in Nordhorn. In: Jahrbuch des Heimatvereins der Grafschaft Bentheim, Bd. 65/1969, S. 84-92, hier S. 91. Da in der Anzeige der bei seinem Onkel Friedrich Dieckmann stets aufgeführte akademische Titel („Prof.“) fehlt, ist davon auszugehen, dass es sich bei dem Redner dieser Kundgebungen um Johannes Dieckmann handelte.

29 Wolfgang Stresemann: Mein Vater Gustav Stresemann. Frankfurt/Main u.a. 1992, S. 163 f.

30 Heddendorp: Stresemann in Nordhorn (wie Anm. 28); Jonathan Wright: Gustav Stresemann 1878-1929. Weimars größter Staatsmann. München 2006, S. 136.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bern zu verwandeln. […] Stresemann, im Saal zu Boden geschlagen und am Knie erheblich verletzt, war wie durch ein Wunder gerettet worden.“ [31]

Aus Sicherheitsgründen musste der DVP-Vorsitzende Nordhorn verkleidet auf Schleichwegen verlassen und traf erst im Morgengrauen wieder in Osnabrück ein. Vier Tage später gelang der Deutschen Volkspartei bei den Wahlen mit 4,4 Prozent der Stimmen ein Achtungserfolg. Der in die Nationalversammlung gewählte Stresemann teilte seinem Wahlkreis-Obmann Friedrich Dieckmann mit, dass die DVP aufgrund der organisatorischen und finanziellen Defizite mit dem Ergebnis „zwar relativ zufrieden sein“ könne, „aber doch nicht dasjenige erreicht“ habe, „was man angesichts der Grundsätze unserer Partei erwarten konnte.“[32]

Neben der parlamentarischen Arbeit bestand die Hauptaufgabe für die DVP zunächst darin, die organisatorische Konsolidierung voranzutreiben und an einer Schärfung des programmatischen Profils zu arbeiten. Bereits im Frühjahr 1919 konnte die Reichsgeschäftsstelle vermelden, dass „im Regierungsbezirk Osnabrück […] Aufbau und Ausbau der Organisation erfreuliche Fortschritte“ gemacht[33] und „die Deutsche Volkspartei hier seit den Wahlen ganz erheblich an Boden gewonnen“ habe.[34] Als Parteisekretär und Geschäftsführer des im Frühjahr gegründeten DVP-Wahlkreisverbandes[35] trug Johannes Dieckmann dafür wie in der Folgezeit die Hauptverantwortung.

Zu seinen Aufgaben als „tüchtige[r] Parteibeamte[r]“[36] zählten administrative Arbeiten, die Rede- und Agitationstätigkeit sowie die politische Schulung. Im Juli 1919 etwa war Dieckmann für die Gesamtleitung eines fünftägigen „Ausbildungs- und Rednerkursus“ verantwortlich, in dem unter anderem die Stellung der Partei zur „Annahme der Friedensbedingungen“ behandelt wurde.[37] Als dann die Forderungen der Entente-Mächte bekannt wur-

31 Johannes Dieckmann: Attentate auf Stresemann. In: Almanach zum Presseball, hrsg. von Heinrich Zerkaulen, Dresden 1930, o. S. Privatarchiv Friedrich Dieckmann, NL Dieckmann.

32 Gustav Stresemann an Friedrich Dieckmann, 3.12.1919. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA-AA), Nachlass Gustav Stresemann/208, Bl. 97.

33 Nationalliberale Correspondenz, Nr. 74, 1.4.1919.

34 Ebd., Nr. 104, 13.5.1919.

35 Am 25. April 1919 schlossen sich die Bezirksverbände Osnabrück und Aurich sowie der Landesverband Oldenburg zum DVP-Wahlkreisverband des 15. Wahlbezirks Weser-Ems mit Sitz in Osnabrück zusammen. Ebd, Nr. 95, 2.5.1919.

36 Adolf Kempkes: Die Organisation der Deutschen Volkspartei. In: Ders. (Hrsg.): Deutscher Aufbau. Nationalliberale Arbeit der Deutschen Volkspartei. Berlin 1927, S. 16-24, hier S. 23.

37 Nationalliberale Correspondenz, Nr. 163, 31.7.1919. Weitere Schulungsthemen waren: „Deutschlands auswärtige Politik von 1871-1914“, „Die Schule und die Kulturprobleme der Gegenwart“, „Die historische Entwicklung des nationalen Gedankens in Deutschland“ sowie „Deutschlands Kriegspolitik von 1914-1918“.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

den,[38] teilten nicht nur die Anhänger der Deutschen Volkspartei die Ansicht ihres Vorsitzenden, der im Versailler Vertrag ein „moralisches, politisches und wirtschaftliches Todesurteil“ für das Deutsche Reich erblickte.[39] In Stresemanns Wahlkreis fanden in der Folge zahlreiche Protestkundgebungen statt, auf denen DVP-Generalsekretär Johannes Dieckmann gegen den „brutalen ‚Friedensvertrag‘“ energisch Stellung bezog.[40] „Die Folgen einer Ablehnung“ – so betonte er fünf Jahre später –, hätten „das deutsche Volk weniger schwer getroffen […], als die der Annahme dieses uns einseitig belastenden fälschlicherweise ‚Vertrag‘ genannten Diktats.“[41]

Stresemann, dessen Vorstellungen nach einiger Skepsis mit der Zeit verstärkt auf eine Regierungsbeteiligung unter Einschluss republikanischer Kräfte abzielte, gelang es, sich gegenüber dem rechten Flügel seiner Partei durchzusetzen, der wiederholt eine Fusion der DVP mit der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) forderte. Im Reichstagswahlkampf 1920 versuchten DNVP-Landesverbände mit einer gezielten Propaganda, DVP-Mitglieder in den nachgeordneten Parteigliederungen abzuwerben. Auch aus seinem Wahlkreis erhielt Stresemann von Johannes Dieckmann die Meldung, dass die dortigen Deutschnationalen „ihr unverantwortliches Treiben gegen die DVP bedenkenlos und gewissenhaft“ fortsetzten, gleichwohl „die überwältigende Mehrheit unserer Anhänger […] ihren entschiedenen Willen zum Festhalten an unserer Selbständigkeit“ bekundet hätten.[42]

Im Frühjahr 1920 zeigte sich, dass die DVP nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch in der Frage der Unterstützung der legitimen Reichsregierung eine „laue, zweideutige Haltung“[43] einnahm und „ausgesprochen opportunistisch“ taktierte.[44] Ihre ‚Neutralitätserklärung‘[45] führte in den regionalen Parteigliederungen der DVP zu großer Verwirrung. Einige Verbände schlugen sich offen auf die Seite der Putschisten, andere, wie Wahlkreisobmann Friedrich Dieckmann betonte, „waren entsetzt über die doppeldeutige Erklärung“ der Parteileitung.[46] In einer von Johannes Dieckmann mit verfassten Stel-

38 Jörn Leonhard: Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923. München 2018, S. 946 ff.
39 So Stresemann in einem Artikel vom 18.5.1919. Zit. nach: Wright: Stresemann (wie Anm. 30), S. 139.
40 Nationalliberale Correspondenz, Nr. 119, 2.6.1919.
41 Sachsenstimme, Nr. 26, 24.8.1924, S. 1.
42 Johannes Dieckmann an Gustav Stresemann, 6.3.1920. PA-AA, NL Stresemann/217, Bl. 17 f. .
43 Albertin: Liberalismus und Demokratie (wie Anm. 16), S. 375.
44 Heinrich August Winkler: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie. München 1993, S. 204.
45 Abdruck der DVP-Erklärung vom 13.3.1920 bei Hartenstein: Anfänge (wie Anm. 16), S. 156.
46 Friedrich Dieckmann an Gustav Stresemann, 25.3.1920. PA-AA, NL Stresemann/217, Bl. 143.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lungnahme übte die Leitung des Bezirksverbandes Osnabrück zwar deutliche Kritik an der republikanischen Reichsregierung, unterstrich aber, dass die DVP „eine Partei der gesetzmäßigen Entwicklung“ sei und „auf das entschiedenste jeglichen gewaltsamen Umsturz, von welcher Seite er auch kommen mag“ missbillige.[47] Nachdem reichsweit die fehlende Unterstützung für die Putschisten offenbar wurde, musste die DVP-Führung „gewaltig zurückrudern“[48] und Stresemann vermittelte zwischen der Reichsregierung und dem Kreis um Kapp und Lüttwitz.

Dieses Lavieren schadete der Volkspartei im bevorstehenden Reichstagswahlkampf aber keineswegs, vielmehr hatte sie durch die „wendige[n] Ausgleichsmanöver zwischen den Fronten“ sogar „ihre Wahlchancen verbessert.“[49] Stresemann hatte angekündigt, seine Kandidatur im Wahlkreis Weser-Ems zugunsten einer Aufstellung in einem Berliner Stimmbezirk aufzugeben, um in der Hauptstadt präsenter zu sein, wollte aber keineswegs „die lieben persönlichen Beziehungen“ zu seinen niedersächsischen Parteifreunden „aufgeben.“[50] Dass es zwischen Stresemann und Johannes Dieckmann ein Vertrauensverhältnis gab, wird unter anderem dadurch belegt, dass der Geschäftsführer seines alten Wahlkreises mit ihm gemeinsam in seinem Privathaus den Wahlaufruf für die Reichstagswahl verfasste.[51] Aus dieser Wahl im Juni 1920 ging die DVP als großer Gewinner hervor. Im Wahlkreis Weser-Ems wurde sie mit knapp 20 Prozent der Stimmen sogar stärkste politische Kraft, so dass er fortan zu den Hochburgen der Deutschen Volkspartei zählte.[52] Im Folgejahr wurde der DVP-Landesverein Bremen, der mittlerweile zum Wahlkreisverband Weser-Ems gehörte, mit dessen geschäftsführender Leitung beauftragt. Zum 1. Juni 1921 übergaben Johannes Dieckmann und sein Onkel ihre Parteiämter an die DVP-Verantwortlichen der Hansestadt.[53]

47 Stellungnahme des DVP-Bezirksverbandes Osnabrück, 17.3.1920. Abgedruckt in: Helmut Lensing: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch im Emsland und in der Grafschaft Bentheim und seine Auswirkungen. In: Emsländische Geschichte, Bd.5/1996, S. 45-104, hier: S. 70.

48 Eberhard Kolb: Gustav Stresemann. München 2003, S. 70.

49 Lothar Albertin: Die Auflösung der bürgerlichen Mitte und die Krise des parlamentarischen Systems von Weimar. In: Eberhard Kolb/Walter Mühlhausen (Hrsg.): Demokratie in der Krise. Parteien im Verfassungssystem der Weimarer Republik. München 1997, S. 59-111, hier S. 73.

50 Gustav Stresemann an Friedrich Dieckmann, 16.4.1920. PA-AA, NL Stresemann/213, Bl. 59.

51 Tagebuchnotiz von Stresemann, 19.4.1920. Ebd. NL Stresemann/142, Bl. 11.

52 Günther Franz: Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867-1949. Bremen 1957, S. 48.

53 Nationalliberale Correspondenz, Nr. 116, 25.5.1921.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

II.

Dieckmann fand eine neue Stelle am Niederrhein. Er wurde von der Berliner Parteileitung zum Generalsekretär des Wahlkreisverbandes Düsseldorf-West mit Sitz in Duisburg berufen. Stresemann dürfte ein Interesse daran gehabt haben, den Geschäftsführerposten am Niederrhein mit einem Vertrauten zu besetzen, da die größte Gruppe seiner innerparteilichen Gegner in den rheinisch-westfälischen Parteigliederungen beheimatet war, die starken Einfluss in der DVP besaß. „Er hatte sich bewährt" – so die Einschätzung seines Sohnes – „und bekam von Stresemann eine besonders schwierige Aufgabe angetragen."[54]

Während der Ruhrbesetzung hatte der DVP-Wahlkreisverband der Reichstagsfraktion die „dringendste Bitte" übermittelt, „gegenüber den unerfüllbaren Forderungen der Entente fest zu bleiben".[55] Die Präsenz der großen Truppenkontingente sowie die administrativen Maßnahmen der Besatzungsbehörden erschwerten das Leben in den besetzten Städten. Die politische Arbeit im niederrheinischen Wahlkreisverband, der Anfang der 1920er Jahre bei der Mitgliederstärke reichsweit an dritter Stelle rangierte,[56] war für Dieckmann unter diesen Umständen eine besondere Herausforderung. Da er seit Ende 1921 eine Wochenschrift unter dem Namen ‚Die Rheinbrücke' herausgab, die von den belgischen Besatzungsbehörden nicht genehmigt worden war, wurde er im Sommer 1922 festgenommen und in einem belgischen Militärgefängnis inhaftiert. Nach drei Wochen kam Dieckmann durch die Zahlung einer Kaution, die sein Parteifreund, der Duisburger Oberbürgermeister Karl Jarres hinterlegte, wieder auf freien Fuß.[57] Die Zeitung ‚Rheinbrücke' wurde verboten und musste ihr Erscheinen einstellen.[58]

Da die Kautionszahlung keineswegs Straffreiheit bedeutete, war nach Ansicht von Friedrich Dieckmann „die Gefährdung durch die belgische Besatzungsmacht […] zweifellos der Grund für die Versetzung" seines Vaters nach Ostsachsen.[59] Die Verantwortlichen des ostsächsischen Wahlkreisverbandes hatten sich wegen der vakanten Stelle des Geschäftsführerpostens an Stresemann gewandt und ihn um einen Personalvorschlag gebeten. Der DVP-Vorsitzende, der seiner langjährigen Wahlheimat Dresden nach wie vor

54 Friedrich Dieckmann an den Verfasser. Brief vom 16.7.2018.
55 DVP-Nachrichtenblatt, Nr. 10, 10.3.1921.
56 Protokoll der Sitzung des Zentralvorstandes, 5.10.1920. Zit. nach: Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918-1933. Bearbeitet von Eberhard Kolb und Ludwig Richter. Bd. 1: 1918 bis 1925. Düsseldorf 1999, S. 370.
57 Zierlewagen: Biographisches Lexikon (wie Anm. 12), S. 163 f.
58 Otto Most an Staatssekretär Brugger, 25.10.1922. BArch, Bestand Reichsministerium für die besetzten Gebiete, R 1601/1637, Bl. 2.
59 Friedrich Dieckmann an den Verfasser. Brief vom 16.7.2018.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

eng verbunden war, teilte dem Leipziger Generalsekretär Arthur Frank vertraulich mit:

> „Ich habe ihnen daraufhin Herrn Hanns Dieckmann genannt, der seinen Posten dort [in Duisburg, C.S.] aufgeben will. […] Herr Dieckmann steht vollkommen auf dem Boden unserer Anschauungen […]. Ich wäre Ihnen deshalb auch dankbar, wenn Sie bei evtl. Anfragen, die an Sie gerichtet würden, sich der Kandidatur Dieckmanns mit annehmen könnten."[60]

Die Leitung des DVP-Wahlkreisverbandes Ostsachsen stimmte seiner Amtsübernahme als Generalsekretär einmütig zu, und Johannes Dieckmann zog im Oktober 1922 nach Dresden, das fast drei Jahrzehnte lang seine neue Heimat werden sollte.

III.

Die Startbedingungen waren für die DVP in Sachsen keineswegs optimal gewesen. Bis auf die ostsächsische Region hatten sich Ende 1918 nahezu alle nationalliberalen Orts- und Kreisverbände der DDP angeschlossen.[61] Die DVP konnte sich aber rasch konsolidieren, auch wenn eine von ihr erhoffte Ablösung der sozialdemokratischen Regierungen, die man der „einseitigen Klassenherrschaft"[62] bezichtigte, zunächst auf sich warten ließ.

Im von den Folgen der Hyperinflation besonders stark betroffen Sachsen kam es im Frühjahr 1923 zur Bildung einer von der KPD tolerierten sozialdemokratischen Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Erich Zeigner.[63] Er verfolgte einen entschieden linksorientierten Kurs, der ihn auch in Gegensatz zur SPD-Führung im Reich brachte, die nach der Demission der Regierung Cuno im August 1923 mit drei Ministern in das Kabinett des neuen Reichskanzlers Gustav Stresemann eintrat.[64] Unvermittelt brachte der volksparteiliche sächsische Landtagsabgeordnete Rudolph Schneider bei einer Unterredung mit Stresemann die Möglichkeit einer solchen Großen Koalition auch in Dresden ins Spiel. Bei Schneiders Parteifreunden in Sachsen rief dieser Vorstoß jedoch großen Unmut hervor. Im Namen der drei sächsischen Wahlkreisverbände ließ Johannes Dieckmann den Reichskanzler

60 Gustav Stresemann an Arthur Frank, 4.10.1922. PA-AA, NL Stresemann/252, Bl.16 f.
61 Eberhard Schulz: Die Deutsche Volkspartei in Sachsen in den Jahren 1918 bis 1923. Dissertation an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Jena 1971, S. 57.
62 Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei zur Landtagswahl am 5.11.1922 in Sachsen. BArch, Bestand Hauptarchiv der NSDAP, NS 26/2009, o.Bl.
63 Mike Schmeitzner: Erich Zeigner. Der Linkssozialist und die Einheitsfront (1923). In: Ders./Andreas Wagner (Hrsg.): Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919-1952. Beucha 2006, S. 125-158, hier S. 133 ff.
64 Winkler: Weimar (wie Anm. 44), S. 203 ff.; Wright: Stresemann (wie Anm. 30), S. 216 ff.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wissen, dass eine Zusammenarbeit mit Zeigner „niemals“ möglich sein könne, da dieser zu den Kommunisten „in einer Art pathologischen Hörigkeitsverhältnisses zu stehen“ scheine.[65] Vom DVP-Fraktionsvorsitzenden Fritz Kaiser wurde im Sommer 1923 die Frage aufgeworfen, „ob wir als Staat Mitglied des Deutschen Reiches bleiben oder eine Filiale der russischen Sowjet-Macht werden.“[66] Vor allem der im Oktober erfolgte Eintritt von zwei Kommunisten in die Regierung und die Aufstellung paramilitärischer ‚proletarischer Hundertschaften‘ war für die bürgerlichen und rechtsstehenden politischen Kräfte als Zeichen für einen Umsturz gewertet worden. Nachdem sich Zeigner einem Ultimatum aus Berlin zur Kabinettsumbildung und Auflösung der Hundertschaften widersetzt hatte, leitete Stresemann eine Reichsexekution gegen Sachsen ein und ernannte am 29. Oktober den DVP-Politiker Rudolf Heinze zum Reichskommissar für den Freistaat Sachsen.[67] „Als solcher“ – so Dieckmann in einem 1931 veröffentlichten Nachruf – „löste Heinze die terroristische, […] von Dr. Zeigner geführte sächsische Regierung auf, was […] schließlich zur Beseitigung der roten Herrschaft in Sachsen führte.“[68] Die Umsturzpläne der KPD waren allerdings bereits im Vorfeld der Reichsexekution im Sande verlaufen.[69] Infolge der „Zerstörung des ‚linksrepublikanischen Projektes‘ in Sachsen“[70] verließen die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder die Reichsregierung und Stresemann trat am 2. November 1923 als Reichskanzler zurück, blieb aber in den Folgekabinetten bis zu seinem Tode im Jahre 1929 Außenminister des Deutschen Reiches.

„Das Bestreben deutscher Außenpolitik“ – so formulierte es Johannes Dieckmann im November 1925 – „ist darauf gerichtet, die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu lockern.“[71] Zu diesem Zweck, der auch einer inneren Konsolidierung der Republik dienen sollte, betrieb Stresemann seine „nationale Revisionspolitik als internationale Versöhnungspolitik.“[72] Erste

65 Johannes Dieckmann an Reichskanzler Gustav Stresemann, 24.8.1923. In: Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 1: 13. August bis 6. Oktober 1923. Boppard 1978, S. 100.

66 Allgemeine Zeitung Chemnitz, 13.6.1923. Hauptstaatsarchiv Dresden (HStAD), Bestand Staatskanzlei/ Nachrichtenstelle, 10702/397, o.Bl.

67 Schmeitzner: Erich Zeigner (wie Anm. 63), S. 141 f.; Winkler: Weimar (wie Anm. 44), S. 224 ff.

68 Johannes Dieckmann: Rudolf Heinze. In: Karl Maßmann/Rudolf Paul Oswald (Hrsg.): VDSter – Fünfzig Jahre Arbeit für Volkstum und Staat. Berlin 1931, S. 61-65, hier S. 64.

69 Otto Wenzel: 1923 – die gescheiterte deutsche Oktoberrevolution. Münster 2003, S. 175 ff.

70 Karl Heinrich Pohl: Die Zerstörung des „linksrepublikanischen Projektes“ in Sachsen. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 7-8/2006, S. 442-455.

71 Rede Dieckmanns vor dem DVP-Ortsverein in Dresden. In: Sachsenstimme, Nr. 48, 29.11.1925, S. 3.

72 Karl Dietrich Erdmann: Gustav Stresemann. Sein Bild in der Geschichte. In: Historische Zeitschrift, Bd. 227 (1978), S. 599-616, hier S. 615.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Schritte waren im Jahre 1924 die Annahme des Dawes-Planes sowie 1925 der Locarno-Vertrag, der den Status quo der in Versailles festgelegten Westgrenze festschrieb. Die Deutschnationalen schieden nach dem Vertragsabschluss von Locarno aus der Regierung aus,[73] was Dieckmann als „unheilvollen Schritt“[74] kritisierte. Er hielt den Gegnern des Locarno-Pakts entgegen,

> „die Deutsche Volkspartei und ihre Führer sind stets durch die Tat bestrebt gewesen, Deutschland seiner baldigen Befreiung näher zu bringen. Aber auch bei Verfolg[ung] dieses Ziels muss man sich auf den Boden der Realpolitik stellen und in der Gegenwart kann Deutschland die durch den Vertrag von Versailles um uns geschmiedeten Ketten nur allmählich abstreifen, nicht aber, wie das nur Utopisten glauben können, mit einem Male zersprengen.“ [75]

Im Sommer 1926 riefen die sächsischen Wehrverbände – allen voran der Frontsoldatenbund Stahlhelm – anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl im Oktober zur Sammlung aller Nationalgesinnten in einem antimarxistischen Block auf. Sie forderten zudem die Fortführung dieses Blocks über die Wahlen hinaus und kündigten an, jeder bürgerlichen Partei, die eine Koalition mit der SPD schließe, die Unterstützung zu versagen.[76] In einem Brief an den sächsischen Stahlhelm-Landesführer Hans Brückner bemerkte Johannes Dieckmann, diese Forderung der Wehrverbände stelle „für die Deutsche Volkspartei eine Zumutung dar“ und werde „von ihr mit Entschiedenheit abgelehnt.“[77] Dennoch leitete der Landesvorstand Verhandlungen ein und verlautbarte, die nationale Sammlung werde trotz aller Schwierigkeiten gelingen. Die Scheu der sächsischen DVP, mit den Wehrverbänden zu ‚brechen‘, erzürnte den Parteivorsitzenden. Zwar begrüßte Stresemann Dieckmanns Brief an Brückner, missbilligte aber die Kompromisshaltung der sächsischen Parteifreunde, die seiner Ansicht nach in der Öffentlichkeit den Anschein erwecke, als hätte die DVP „einen Kotau vor den Wehrverbänden vollzogen.“ Stresemann machte deutlich:

> „Wenn in Deutschland der Gedanke der Selbständigkeit der Partei aufgegeben werden sollte, so dass wir in Zukunft unsere Direktiven vom ‚Stahlhelm‘ vom ‚Werwolf‘ oder von antisemitischen Hetzbrüdern empfangen, oder mir zugemutet

73 Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler. Stuttgart 1995, S. 452 ff.; Wright: Stresemann (wie Anm. 30), S. 332 ff.;.

74 Rede Dieckmanns bei einem DVP-Treffen in Riesa, 11.11.1925. In: Sachsenstimme, Nr. 46, 15.11.1925, S. 6.

75 Rede Dieckmanns bei einem DVP-Treffen in Dresden, 24.11.1925. In: Ebd., Nr. 48, 29.11.1925, S. 4.

76 Beide Aufrufe der sächsischen Wehrverbände sind abgedruckt in: Ebd., Nr. 17, 15.8.1926, S. 1.

77 Johannes Dieckmann an Oberst a.D. Hans Brückner, 5.8.1926. PA-AA, NL Stresemann/96, Bl. 2 ff.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

würde, irgendwie das Zusammengehen beispielsweise mit den Völkischen persönlich zu billigen, so kann ich in einer solchen Partei nicht bleiben."[78]

Unter Führung des Stahlhelms machten Vertreter der sächsischen Wehrverbände dennoch vor den Wahlen gegen die Deutsche Volkspartei mobil, was Dieckmann in einer öffentlichen Stellungnahme als „politische Instinktlosigkeit" bezeichnete.[79] Das Ergebnis der Landtagswahl am 31. Oktober 1926 bedeutete für die amtierende Regierung unter Ministerpräsident Max Heldt, der auch die DVP angehörte, eine herbe Niederlage. Dieckmanns Hinweis, dass die DVP „unter den alten bürgerlich-politischen Parteien ihren Besitzstand am besten gewahrt" habe,[80] war ein schwacher Trost – auch die Anzahl ihrer Abgeordneten sank von 19 auf 12. Der Parlamentseinzug der Wirtschaftspartei führte zur Zersplitterung im bürgerlichen Lager und zu großen Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung. Unter Einschluss der bürgerlichen Kräfte und der marginalisierten Altsozialdemokraten wurde deren Vertreter Heldt nach langwierigen Verhandlungen im Januar 1927 erneut zum Regierungschef gewählt.[81] Dennoch bezeichnete Dieckmann die Politik, „zu der unsere Fraktion in der Umgebung des neuen Landtags verurteilt ist", als „wenig erfreulich".[82] Seine Hoffnung, die DVP werde mit ihrer „Politik höchsten Verantwortungsbewusstseins […] bei kommenden Wahlen zu dem großen alten Stamm ihrer getreuen Gefolgschaft in weiten anderen Kreisen der Wählerschaft neue Freunde gewinnen",[83] sollte sich nicht erfüllen.

Bei der Reichstagswahl im Mai 1928 zählte die DVP gemeinsam mit den anderen bürgerlichen Parteien zu den Verlierern und musste in den traditionell starken sächsischen Wahlkreisen sogar die höchsten Verluste hinnehmen.[84] Die „Führungskrise in der DVP"[85] konnte Stresemann zu seinen Gunsten entscheiden und Ernst Scholz, den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, als Exponenten des wirtschaftsnahen, eine Zusammenarbeit mit der SPD strikt ablehnenden rechten Parteiflügels in die Schranken weisen. Nach-

78 Gustav Stresemann an Johannes Dieckmann, 25.8.1926. In: Gustav Stresemann: Schriften, hrsg. von Arnold Hartung. Berlin 1976, S. 238 f.
79 Sachsenstimme, Nr. 22, 10.10.1926, S. 3.
80 Bericht Dieckmanns vor dem Ostsachsentag der DVP im Juni 1927. In: Ebd., Nr. 23, 5.6.1927, S. 1.
81 Thomas Fischer: Max Heldt. Große Koalition und SPD-Spaltung (1924-29). In: Schmeitzner/Wagner (Hrsg.): Macht (wie Anm. 63), S. 182-219, hier S. 208 ff.
82 Johannes Dieckmann an Konrad Niethammer, 26.1.1927. Sächsisches Wirtschaftsarchiv, Leipzig (SWA), Bestand Kübler und Niethammer, U 47, Nr. 1412/5, o. Bl.
83 Bericht Dieckmanns vor dem Ostsachsentag der DVP. In: Sachsenstimme, Nr. 5/6, 5.2.1928, S. 2.
84 Richter: Deutsche Volkspartei (wie Anm. 17), S. 482.
85 Eberhard Kolb: Führungskrise in der DVP. Gustav Stresemann im Kampf um die „Große Koalition" 1928/29. In: Wolther von Kiesenitzky/Klaus Peter Sick (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert. Historische Essays. München 1999, S. 202-227.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dem die Sozialdemokraten auch in Zeiten der Bürgerblock-Regierungen Stresemanns Außenpolitik im Stillen mitgetragen hatten, war der DVP-Vorsitzende der „entschiedenste Anwalt der Großen Koalition“,[86] die fortan unter dem SPD-Reichskanzler Hermann Müller die Geschäfte führte.

Den Eintritt in den Völkerbund 1926 und die Unterzeichnung des ‚Briand-Kellog-Pakts‘[87] würdigte Johannes Dieckmann und betonte, Deutschland werde „seinen Friedensweg“, auf dem es sein „nationales Daseinsrecht neu erkämpft“ habe, weitergehen und bekräftigte, das Festhalten an den Revisionszielen bedeute „keinen ‚machtpolitischen Rückfall‘ sondern ein einfaches nationales und sittliches Gebot.“ Seine Annahme, „der Gedanke, dass Deutschland einen Waffengang wagen müsse, ‚weil‘ es den des ersten Weltkriegs am letzten Ende verlor“, habe „im deutschen Volk keinen Raum“,[88] sollte sich jedoch als tragischer Irrtum erweisen.

IV.

Für die sächsische Landtagswahl im Jahre 1929 bekam Dieckmann einen aussichtsreichen Listenplatz seiner Partei. Nach dem Tod des langjährigen Wahlkreisverbandsvorsitzenden Rudolf Heinze sollte er nach dem Wunsch einiger Verbandsvertreter sogar dessen Nachfolge antreten, konnte sich letztlich aber in seiner Partei nicht durchsetzen. Zu seinen Gegnern zählte auch der Dresdener Reichstagsabgeordnete Rudolph Schneider, der Stresemann allerdings wissen ließ, „eine Landtagskandidatur für Dieckmann“ sei „wohl angebracht“, da dieser der bisher „ganz unzulänglichen Landtagsfraktion sehr nützlich sein“ werde.[89] Für Johannes Dieckmann war die „Schicksalsfrage“ dieser Wahl, ob Sachsen „weiter in Ruhe und Ordnung regiert werden oder ob es sich zu einer Musterkolonie sozialistisch-kommunistischer Experimente entwickeln“ wolle.[90] Seine Partei erhielt 13,5 Prozent der Stimmen und er zog mit zwölf weiteren Volksparteilern in den Sächsischen Landtag ein, dessen Zusammensetzung sich mit zehn Fraktionen weiter aufgesplittert hatte. Die Fortführung der bisherigen Koalition war nicht möglich, da auf die sie tragenden Parteien 45 Sitze, auf SPD und KPD zusammen 46 Sitze

86 Winkler: Weimar (wie Anm. 44), S. 354.
87 Hildebrand: Das vergangene Reich (wie 73), S. 492 ff.; Wright: Stresemann (wie Anm. 30), S. 415 ff.
88 Johannes Dieckmann: Die Welt um Deutschland. In: Sachsenstimme, Nr. 35/36, 2.9.1928, S. 1.
89 Rudolph Schneider an Gustav Stresemann, 26.3.1929. PA-AA, NL Stresemann/104, Bl. 134.
90 Sachsenstimme, Nr. 13/14, 31.3.1929, S. 1.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

entfielen. „Die Schlüsselstellung“ – wie Dieckmann bemerkte[91] – kam der NSDAP zu, die nun über fünf Mandate verfügte. Versuche der Sozialdemokraten, eine Große Koalition auszuloten, wurden von der DVP als stärkster bürgerlicher Kraft brüsk abgelehnt.[92] „Die Neigung zu solch einer Zusammenarbeit“ – so hatte die Volkspartei schon unmittelbar nach der Wahl erklärt – sei „gleich Null.“[93] Nachdem die Nationalsozialisten zu erkennen gegeben hatten, eine bürgerliche Regierung zu tolerieren, schlug die DVP ohne größeres Zögern ihren bisherigen Kultusminister Wilhelm Bünger für das Amt des Ministerpräsidenten vor, der schließlich am 25. Juni 1929 vom sächsischen Landtag gewählt wurde.[94] Im Folgejahr rechtfertigte Dieckmann die Tolerierung durch die NSDAP als „eine politische Notwendigkeit und Selbstverständlichkeit.“[95]

Im Mittelpunkt der innen- und außenpolitischen Auseinandersetzungen des Jahres 1929 stand der Young-Plan, der endgültig die von Deutschland zu zahlende Reparationssumme festlegte, eine zeitlich begrenze Dauer der Belastung bestimmte und eine vorzeitige Rheinlandräumung zusicherte.[96] Umgehend machten die Deutschnationalen gemeinsam mit dem Stahlhelm und der NSDAP dagegen mobil und versuchten, seine Annahme durch einen – letztlich nicht erfolgreichen – Volksentscheid zu verhindern. Dieckmann wandte sich öffentlich gegen das Referendum der nationalen Rechten und wurde daraufhin vom sächsischen Stahlhelmführer aufgefordert, den Wehrverband, dem er seit seiner Gründung 1918 angehörte, zu verlassen.[97] In einem offenen Brief an Stahlhelm-Bundesführer Franz Seldte kritisierte Dieckmann die Teilnahme des Frontsoldatenbundes am parteipolitischen Kampf und erklärte, die Mehrheit der Deutschen werde es „als ihre nationale Pflicht ansehen“, die Pläne der Referendums-Befürworter „zu bekämpfen.“[98] Im Landtag unterstrich er, seine Partei habe durchaus Zweifel an einzelnen Bestimmungen des Young-Planes, werde aber die Idee des Volksentscheids

91 Redebeitrag Dieckmanns in der Sitzung des DVP-Zentralvorstandes, 4.7.1930. BArch, R 45-II/346, Bl. 241.
92 Claus-Christian Szejnmann: Vom Traum zum Alptraum. Sachsen in der Weimarer Republik. Leipzig 2000, S. 108.
93 Sachsenstimme, Nr. 21/22, 19.5.1929, S. 1.
94 André Thieme: Wilhelm Bünger. Regierung auf tönernen Füßen (1929/30). In: Schmeitzner /Wagner (Hrsg.): Macht (wie Anm. 63), S. 220-240, hier S. 232.
95 Redebeitrag Dieckmanns in der Sitzung des DVP-Zentralvorstandes, 4.7.1930. BArch, R 45-II/346, Bl. 241.
96 Hildebrand: Das vergangene Reich (wie 73), S. 499 ff.
97 Martin Hauffe an Johannes Dieckmann, 9.10.1929. BArch, Bestand Stahlhelm, N 72/108, Bl. 49.
98 Offener Brief von Johannes Dieckmann an Franz Seldte, 16.10.1929. In: Sachsenstimme, Nr. 43/44, 20.10.1929, S. 1 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„wegen seiner ganzen politischen Unmöglichkeit mit aller Entschiedenheit ablehnen."[99]

Die heftige Reaktion hatte zweifellos mit dem Tod Gustav Stresemanns am 3. Oktober 1929 zu tun, hatte Dieckmann doch als „letzte[s] Ziel" der nationalen Rechten und ihrer Agitation „die Beseitigung Dr. Stresemanns aus der verantwortlichen Machtposition in der Regierung des Reiches"[100] ausgemacht. Das Ableben seines Mentors traf Dieckmann hart. Seine in einem Nachruf geäußerte Zuversicht, der Deutschen Volkspartei werde „der tote Führer voranschreiten, wenn sie nun seinen Weg" weitergehe,[101] stellte sich jedoch als allzu optimistisch heraus. Der Tod Gustav Stresemanns, der in Dresden auf einer öffentlichen Gedenkfeier der DVP von mehr als tausend Personen betrauert wurde,[102] „zerstörte das ohnehin fragile innerparteiliche Gleichgewicht", da nun der stärkste Widerpart gegenüber dem rechtsnationalen, der Schwerindustrie nahestehenden Flügel entfiel.[103] Die Nachfolge Stresemanns in der Parteiführung trat der Fraktionsvorsitzende Ernst Scholz an. Unter seinem Vorsitz wurde es zunehmend schwieriger, einen Konsens in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Großen Koalition zu erreichen. Trotz erkennbarer Konzessionen seitens der SPD war die DVP nicht bereit, sozialpolitische Zugeständnisse zu machen und arbeitete gezielt auf eine „Sprengung des Kabinetts" hin.[104] Am 27. März 1930 kam es zum Koalitionsbruch und zum Beginn der „Auflösungsphase der ersten deutschen Demokratie".[105]

Auch Johannes Dieckmann hatte sich bereits im Sommer des Vorjahres zum Fürsprecher von Forderungen des Verbandes Sächsischer Industrieller gemacht, die einen Kompromiss in der Auseinandersetzung der Sozialpartner konsequent ablehnten.[106] Die Berliner Parteileitung ließ er wissen, dass die sächsische DVP „die Auffassungen unserer Freunde aus der Industrie"

99 Verhandlungen des Sächsischen Landtags, 4. Wahlperiode, 11. Sitzung, 23.10.1929, S. 361 (C).
100 Offener Brief von Johannes Dieckmann an Franz Seldte, 16.10.1929 (wie Anm. 98), S. 2.
101 „Dem toten Führer". In: Sachsenstimme, Nr. 41/42, 6.10.1929, S. 1.
102 Vertraulicher Bericht über die politische Lage im Freistaat Sachsen, 25.11.1929. HStAD, Bestand Ministerium des Innern, Nr. 11126/3, o. Bl.
103 Ludwig Richter: „Der ausgleichende staatspolitische Moment des zu bildenden Kompromisses." Überlegungen zum politischen Weg Gustav Stresemanns und der Deutschen Volkspartei in der Weimarer Republik. In: Karl Heinrich Pohl (Hrsg.): Politiker und Bürger. Gustav Stresemann und seine Zeit. Göttingen 2002, S. 143-161, hier S. 148.
104 So Heinrich Brüning, vgl.: Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer u. Udo Wengst. Bd. 1. Düsseldorf 1980, S. 63.
105 Winkler: Weimar (wie Anm. 44), S. 372.
106 Verband Sächsischer Industrieller an Johannes Dieckmann (Abschrift) o. D. BArch, R 45-II/178, Bl. 144.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

teile, dass „jegliches Abweichen“ von dieser „klaren Linie […] uns parteipolitisch schweren Schaden“ zufügen würde.[107]

Mit dem Sturz des Minderheitskabinetts unter dem DVP-Politiker Bünger war es bereits Anfang 1930 zu einer politischen Krise in Sachsen gekommen. Diejenigen Volksparteiler, die die von Teilen der traditionell linken sächsischen Sozialdemokratie signalisierte Koalitionsbereitschaft ausloten wollten, konnten sich gegenüber der vornehmlich jüngeren Gruppe, zu der auch Dieckmann gehörte, nicht durchsetzen.[108] Auf dem Mannheimer Reichsparteitag der DVP verbat sich Dieckmann Empfehlungen zur Zusammenarbeit mit der SPD, „die wir nicht gern annehmen [und] nicht brauchen.“[109] Die Regierung Bünger amtierte noch bis zum 6. Mai 1930, da dem Landtag erst dann die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten gelang. Auf Vorschlag der DVP führte fortan der bisherige Präsident des Landesrechnungshofes, Walther Schieck, mit einem reinen Beamtenkabinett die Geschäfte. Die nach der erneuten Landtagsauflösung notwendig gewordene Parlamentswahl im Juni 1930 bedeutete für die zersplitterten bürgerlichen Parteien ein Fiasko. Sie verloren ihre Stimmen vornehmlich an die Nationalsozialisten, die ihre Abgeordnetenzahl von 5 auf 14 vergrößerten. Die Mandatszahl der DVP schrumpfte von 13 auf 8. Vor dem Landesvorstand seiner Partei führte Dieckmann, der seinen Abgeordnetensitz verloren hatte, die „schwere Schlappe“ vor allem auf die negative Wirkung der Finanzpolitik des Reiches zurück.[110] Im Reichsausschuss der Volkspartei betonte er zudem, dass es „unmöglich“ sei, gegen die Nationalsozialisten einen Wahlkampf zu führen, wenn im Nachbarland Thüringen die Deutsche Volkspartei mit der NSDAP in einer Regierung sitze.[111] Die Hoffnung der sächsischen Nationalsozialisten, nun auch in Dresden am Kabinettstisch zu sitzen, wurde enttäuscht. Denn da der Landtag unfähig war, eine parlamentarische Regierungsmehrheit zu bilden, blieb das Beamtenkabinett unter Walther Schieck geschäftsführend im Amt – aufgrund der Tolerierung durch die sächsischen Sozialdemokraten sogar bis zur Parlamentssauflösung im März 1933.[112]

107 Johannes Dieckmann an die Reichsgeschäftsstelle der DVP, 27.8.1929. Ebd. Bl. 143.
108 Janosch Pastewska: Koalitionen statt Klassenkampf. Der sächsische Landtag in der Weimarer Republik. Ostfildern 2018, S. 258.
109 Stenographische Niederschrift der Verhandlungen des 8. Parteitages der DVP in Mannheim, 22.3.1930. BArch, R 45-II/331, Bl. 275.
110 Sachsenstimme, Nr. 21/22, 6.7.1930, S. 2.
111 Protokoll der Sitzung des Reichsausschusses der DVP in Berlin, 3.7.1930. BArch, R 45-II/332, Bl. 221. Vgl.: Joachim Bergmann: Die innenpolitische Entwicklung Thüringens von 1918-1932. Lauf 2001, S. 244 ff.
112 Clemens Vollnhals: Der gespaltene Freistaat: Der Aufstieg der NSDAP in Sachsen. In: Ders. (Hrsg.): Sachsen in der NS-Zeit. Leipzig 2002, S. 9-40, hier S. 27 f.; Andreas Wagner: Walther Schieck. Ministerpräsident der Krise (1930-33). In: Schmeitzner/ders. (Hrsg.): Macht (wie Anm. 63), S. 241-256, hier S. 246 ff.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Unmittelbar nach der Landtagswahl bereitete sich die DVP Sachsens auf die Reichstagswahl vor. Der Vertretertag des Wahlkreisverbandes wählte Dieckmann neben dem langjährigen Reichstagsabgeordneten Rudolph Schneider zum Spitzenkandidaten des Wahlkreises Dresden-Bautzen.[113] Die vom DVP-Vorsitzenden Scholz propagierte bürgerliche Sammlungsbewegung – von Dieckmann im Wahlkampf „Hindenburgfront" genannt[114] – lief jedoch ins Leere. Der Stimmenanteil der DVP schrumpfte von 8,7 auf 4,5 Prozent und ihre Anzahl an Mandatsträgern verringerte sich von 45 auf 30,[115] während die Nationalsozialisten nach dieser „epochemachenden Wahl"[116] statt mit zwölf nun mit 107 Abgeordneten im Reichstag vertreten waren.

Das Verhältnis von Dieckmann und seiner Partei zur NSDAP war ambivalent. Auf der einen Seite forderte etwa das sächsische DVP-Organ „Sachsenstimme" Ende 1929, „weitere Verheerungen durch den nationalsozialistischen Radikalismus zu verhüten",[117] und auch Johannes Dieckmann kritisierte im Landtag bereits frühzeitig die „Katastrophenpolitik" der Nationalsozialisten als „Politik der Verantwortungslosigkeit, der Aufhetzung und Verhetzung", welche die „Bevölkerung […] verführen" und „Parlament und Regierung in die Arbeitsunfähigkeit hineintreiben" wolle. Er sprach die Hoffnung aus, dass „sehr bald diese ganze Bewegung wieder in die Vergessenheit zurücksinken" werde, „in die sie längst" gehöre.[118] Auch unmittelbar vor den Septemberwahlen 1930 unterstrich Dieckmann, die Politik der „nationalen Rechten" müsse „als unfruchtbar verurteilt werden."[119] Dennoch wertete der sächsische Generalsekretär es als positives Zeichen, dass die nationalsozialistische Reichstagsfraktion sich bereit erklärte, den DVP-Parteivorsitzenden Scholz bei seiner Wahl zum Reichstagspräsidenten gegen den SPD-Kandidaten Paul Löbe zu unterstützen. Damit habe sie „ein Beispiel parteipolitischer Selbstüberwindung gegeben und die politische Vernunft über die ihrer Agitation siegen lassen." Somit sei „die Frage nach der Möglichkeit einer […] politisch-taktischen Zusammenarbeit" zwischen NSDAP und DVP „von den Nationalsozialisten bejahend beantwortet worden."

113 Bericht über die Tagung des DVP-Wahlkreisverbandes Ostsachsen, 17.8.1930. BArch, R 45-II/179, Bl. 180.
114 Johannes Dieckmann: Die Hindenburgfront im Wahlkampf. In: Sachsenstimme, Nr. 27/28, 10.8.1930, S. 1.
115 Richter: Deutsche Volkspartei (wie Anm. 17), S. 651 ff.
116 Ursula Büttner: Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933. Bonn 2008, S. 419.
117 Sachsenstimme Nr. 49, 1.12.1929, S. 1.
118 Verhandlungen des Sächsischen Landtags, 4. Wahlperiode, 39. Sitzung, 20.5.1930, S. 1456 (A-B).
119 Rede bei einer DVP-Kundgebung in Dresden am 4.9.1930. In: Sachsenstimme, Nr. 31/32, 7.9.1930, S. 2.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Dieckmann bekräftige die Notwendigkeit, dass „das ganze antimarxistische Deutschland“ zusammenstehen müsse.[120]

Flankiert durch die Ende September 1930 einmütig vom sächsischen Landesvorstand und der Landtagsfraktion erhobene Forderung: „Los von der Sozialdemokratie!“,[121] distanzierte sich die sächsische DVP im November von ihrem Fraktionsvorsitzenden Bernhard Blüher, der es abgelehnt hatte, die Wahl des nationalsozialistischen Kandidaten Kunz zum Landtagspräsidenten zu unterstützen. Bei der Kampfabstimmung zwischen dem letztlich siegreichen SPD-Kandidaten und dem NSDAP-Vertreter, den Blüher als „einen ihrer übelsten Agitatoren“ bezeichnete,[122] hatte der Fraktionsvorsitzende die sächsischen Mandatsträger der DVP darauf einschwören können, ungültige Stimmzettel abzugeben.[123] Unmittelbar nach der Präsidentenwahl fand daraufhin im geschäftsführenden DVP-Ausschuss Ostsachsens eine Besprechung statt, die – so Blüher –, „der Generalsekretär Dieckmann veranlasst hatte und die das Verhalten der Fraktion missbilligte“ und „für politisch untragbar“ erklärte.[124] „Dieser Vorgang“, so ließ etwa das Organ des Jungdeutschen Ordens verlauten, „wurde von der starken Opposition gegen Blüher, die von […] Dieckmann geführt wird, zum entscheidenden Schlag gegen Blüher ausgenutzt.“[125] Der Unmut im Landesvorstand über den Fraktionschef war so groß, dass er der Aufforderung, sein Landtagsmandat niederzulegen, umgehend nachkam. Obwohl Dieckmann keineswegs als alleiniger Opponent gegen Blüher auftrat, profitierte er als Nachrücker von dessen Mandatsverzicht. Der sächsische DVP-Landesvorstand stand hinter Dieckmann und bekräftigte einmütig, dass seine Haltung in der Präsidentenwahl „ausschließlich durch sachliche und von der Rücksicht auf das Wohl der Partei diktierte Beweggründe bestimmt worden“ sei.[126] Er gehörte fortan „zu den profiliertesten Vertretern der DVP“[127] im Parlament und sprach im Plenum vor allem zu Fragen der Wirtschafts- und Bildungspolitik.

Ende November 1930 löste der Reichstagsabgeordnete und hessische Landesvorsitzende Eduard Dingeldey den glücklos agierenden Ernst Scholz

120 Johannes Dieckmann: Klare Fronten. In: Ebd., Nr. 37/38, 19.10.1930, S. 2.
121 Beschluss des Landesvorstands und der Landtagsfraktion der DVP Sachsens, 30.9.1930. In: Ebd., Nr. 35/36, 5.10.1930, S. 3.
122 Bernhard Blüher an Konrad Niethammer, 28.11.1930; SWA, Bestand U 47, Nr. 1477/2, o. Bl.
123 Pastewska: Koalitionen statt Klassenkampf (wie Anm. 108), S. 273 ff.
124 Bernhard Blüher an Konrad Niethammer, 28.11.1930; SWA, Bestand U 47, Nr. 1477/2, o. Bl.
125 Unruhe in Sachsens DVP. In: Der Jungdeutsche, Nr. 272, 21.11.1930. BArch, Bestand Deutsche Arbeitsfront/Zentralbüro, NS 5-VI/700, o. Bl.
126 Beschluss des Geschäftsführenden Ausschusses der DVP Ostsachsens, 22.11.1930. In: Sachsenstimme, Nr. 43/44, 7.12.1930, S. 5.
127 Zeidler: Justiz und Politik (wie Anm. 11), S. 102.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

als DVP-Vorsitzenden ab.[128] Dieser werde – so Dieckmann vor Vertretern des Dresdener Ortsvereins –, „die Politik der Befreiung von den Fesseln von Versailles“ fortsetzen und weiterhin alles tun, „was geeignet erscheine, sozialistischen Einflüssen im Reich und in den Ländern entgegenzuwirken.“[129]

Dem Präsidialkabinett Heinrich Brünings entzog die DVP im Oktober 1931 die Unterstützung, da der Kanzler sich nach Dieckmanns Worten weigerte, seine Politik auf jene „breite Basis zu stellen, die die nationale und wirtschaftliche Not unseres Volkes gebieterisch fordere.“[130] Diese erstmals seit 1923 wieder eingenommene Oppositionsrolle war ein „Wendepunkt in der Geschichte der Partei“, da fortan alle Bemühungen um eine Sammlung der Mitte obsolet waren und die Abgrenzung zu den Deutschnationalen „zunehmend unschärfer“ wurde.[131] Obwohl Dingeldey ein engeres Zusammenwirken beider Parteien Ende 1931 noch als „geradezu verhängnisvoll“ bezeichnet hatte,[132] ging die DVP zu den Reichstagswahlen im Juli 1932 sogar eine Listenverbindung mit der DNVP ein, was Austritte auf dem gemäßigten Parteiflügel zur Folge hatte. Der Wahlausgang machte offenkundig, dass die DVP nur noch den Status einer Splitterpartei mit lediglich sieben Abgeordneten besaß, von denen Rudolph Schneider aus dem Wahlkreis Ostsachsen das einzige Direktmandat gewann. Auch nach der Novemberwahl 1932 hielt trotz eines leichten Stimmenzuwachses die Agonie der Partei weiter an. Dieckmanns Annahme, das Wahlergebnis sei Ausweis einer „allmählichen Wiedererstarkung des nationalen Liberalismus“,[133] sollte sich als allzu optimistisch erweisen. Auch der Versuch, „als politische Hilfstruppe“[134] vorbehaltslos das Präsidialkabinett Kurt von Schleichers zu unterstützen und somit Bedeutung zurückzugewinnen, lief aufgrund von dessen kurzer Amtszeit ins Leere. „Fast unbemerkt“ – so Karl Dietrich Bracher –, „verschwand der ehedem so stattliche deutsche Liberalismus.“[135]

128 Richter: Deutsche Volkspartei (wie Anm. 17), S. 676 ff.
129 Sachsenstimme, Nr. 43/44, 7.12.1930, S. 6.
130 Rede Dieckmanns vor Vertretern der DVP in Radebeul. In: Erneuerung, Nr. 10/36, 5.12.1931, Beilage.
131 Ludwig Richter: National-Liberalismus, Nationalsozialismus und die Krise der Weimarer Republik. Zur innerparteilichen Diskussion in der Deutschen Volkspartei 1929-1933. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 11 (1999), S. 107-133, hier S. 122.
132 Eduard Dingeldey an Erich von Gilsa, 16.11.1931. Zit. nach: Hans Fenske: Eduard Dingeldey – Liberaler in schwerer Zeit. In: Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft 2001, S. 189-230, hier S. 203.
133 „Abgeordneter Dieckmann zur Lage“. In: Erneuerung, Nr. 51, 17.12.1932, Beilage.
134 Hans Booms: Die Deutsche Volkspartei. In: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente. Düsseldorf 1984, S. 522-539, hier S. 533.
135 Karl Dietrich Bracher: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus. 7. Aufl. Berlin 1997, S. 324.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

V.

Zu den Regierungsverhandlungen, die Ende Januar 1933 zur Bildung des Kabinetts der ‚Nationalen Konzentration' unter Adolf Hitler führten, wurden Politiker der DVP entgegen den eigenen Erwartungen nicht hinzugezogen. Trotz dieser Enttäuschung betonte Dingeldey vor dem Reichsausschuss, dass die DVP „als nationale Partei […] der neuen Regierung nicht mit grundsätzlicher Opposition begegnen" werde.[136] Auch Johannes Dieckmann erklärte auf dem Vertretertag der ostsächsischen DVP für seine Partei die „Bereitschaft zur positiven Mitarbeit", forderte aber ein Ende des „politischen Terror[s]", damit Deutschland „aus dem Zustand des latenten Bürgerkriegs" herauskomme.[137]

Die Versuche der DVP-Führung, im bevorstehenden Reichstagswahlkampf in die von den Deutschnationalen dominierte ‚Kampffront Schwarz-Weiß-Rot' eingebunden zu werden, waren letztlich vergeblich. Die Deutsche Volkspartei schloss sich daraufhin mit dem protestantischen Christlich-Sozialen Volksdienst und der Deutschen Bauernpartei zu einem ‚christlich-nationalen Wahlblock' zusammen. Nach Ansicht Dieckmanns sollte dieses Bündnis „von entscheidender Bedeutung" für die Mehrheit der Regierung Hitler-Papen-Hugenberg werden.[138] „Wir wollen ja gerade deswegen das nationalliberale Bürgertum künftig an der Regierung beteiligen", ließ er den thüringischen DVP-Landesvorsitzenden wissen, „weil wir diesen Einfluss auf die Regierung zur Korrektur des bisher Geschehenen und für die Gestaltung der künftigen Regierungsarbeit für ganz und gar notwendig halten."[139] Im vom nationalsozialistischem Terror begleiteten Wahlkampf war die DVP aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen auf verlorenem Posten und sah sich selbst in ihrer Hochburg Ostsachsen nahezu „außerstande, auch nur die allernotwendigsten Propagandamaßnahmen […] durchzuführen."[140] Auch wurde Dieckmann, der zwar aus taktischen Erwägungen für eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der NSDAP offen war, aus seiner grundsätzlichen Ablehnung des Nationalsozialismus aber ebenfalls nie einen Hehl gemacht hatte, von den sächsischen Hitler-Anhängern scharf angegriffen. Sie zählten ihn „zu den unsympathischsten Erscheinungen des Liberalismus" und prophezeiten ihm das Ende seiner politischen Tätigkeit, da auch in Sach-

136 Sitzung des DVP-Reichsausschusses, 5.2.1933. Zit. nach: Nationalliberalismus (wie Anm. 56), S. 1250.

137 Pressemitteilung des DVP-Wahlkreisverbandes Ostsachsen, 12.2.1933. BArch, R 45-II/181, Bl. 64.

138 Johannes Dieckmann: Mobilmachung der nationalbürgerlichen Reserven durch den christlich-nationalen Wahlblock, 22.3.1933 (Artikelmanuskript). Ebd., Bl. 55 f.

139 Johannes Dieckmann an Franz Kammerzell, 2.3.1933 (Abschrift). Ebd., Nachlass Eduard Dingeldey, N 1002/120, Bl. 11.

140 Johannes Dieckmann an Eduard Dingeldey, 17.2.1933. Ebd., Bl. 7.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sen „die nationale Erhebung unter nationalsozialistischer Führung nicht mehr lange auf sich warten“ lasse. Daran könne „auch ein Stresemann im Westentaschenformat nichts ändern.“[141]

Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 wurde für die DVP zum Fiasko. Mit nur 1,1 Prozent der Stimmen erhielt sie lediglich zwei Mandate, die an den Parteivorsitzenden und Spitzenkandidaten des ostsächsischen Wahlkreises, Ernst Dingeldey, und an seinen Stellvertreter Otto Hugo gingen. Der Wahlausgang hatte zahlreiche Parteiaustritte zur Folge und stellte die Verantwortlichen vor die Frage der Aufrechterhaltung der Organisation. Dieckmann hoffte, dass der Mandatsgewinn in Ostsachsen „das weitere Bestehen […] der Gesamtpartei“ sichern möge,[142] und widersprach energisch der Forderung Otto Hugos nach Auflösung der DVP und ihres geschlossenen Übertritts zur NSDAP.[143] Unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung der Parteiführung ließ Dieckmann den Vorsitzenden wissen, dass „in Dresden und Ostsachsen nicht die geringste Neigung“ bestehe, „die Partei aufzulösen“, sondern vielmehr „ihr Fortbestehen […] zu erkämpfen“. Seine Prognose, dass es „keineswegs ausgemacht“ sei, „dass sich im Zentralvorstand eine Mehrheit für die Auflösung findet“,[144] bewahrheitete sich. Am 23. April 1933 folgte der Zentralvorstand der DVP dem Votum Dingeldeys und beschloss mit knapper Mehrheit die Fortführung der Parteiarbeit.[145] In einem Rundschreiben erklärte Dieckmann: „Die Deutsche Volkspartei bleibt bestehen als ein Bestandteil der großen nationalen Bewegung, zur loyalen Mitarbeit stets bereit, sich ihres eigenen Wertes aber wohl bewusst.“[146] Der Beschluss stieß innerparteilich auf Kritik. Der Leipziger Generalssekretär Arthur Frank bemerkte, man hätte die Vorstandssitzung besser dazu benutzt, „die Partei in einer würdigen Schlussfeier zur Liquidation zu bringen, als den krampfhaften Bemühungen des Herrn Dieckmann zu folgen, und etwas künstlich am Leben zu erhalten suchen, was innerlich von Tag zu Tag weiter zerbröckelt.“[147] Nach Auflösung der Organisationeinheiten im Verband Chemnitz-Zwickau bemerkte das sächsische NSDAP-Organ, die Öffentlichkeit vermisse noch „die fehlende Todesanzeige des Wahlkreisverbandes Ostsachsen“ und führte im gehässigen Ton aus, man werde „den Verdacht nicht los, dass Herr Dieckmann […] im Interesse seines Landtagsmandats diesen lebenden

141 Der Freiheitskampf. Tageszeitung der NSDAP Gau Sachsen, Nr. 49, 27.2.1933, S. 4.
142 Johannes Dieckmann an Eduard Dingeldey, 6.3.1933. BArch, N 1002/120, Bl. 14.
143 Ralf Stremmel: Otto Hugo (1878-1942). Ein Nationalliberaler als Grenzgänger zwischen Politik und Wirtschaft. In: Geschichte im Westen, Bd. 2005, S. 7-22, hier S. 13 ff.
144 Johannes Dieckmann an Eduard Dingeldey, 20.4.1933. BArch, N 1002/120, Bl. 18.
145 Richter: Deutsche Volkspartei (wie Anm. 17), S. 809 f.
146 Johannes Dieckmann an die Mitglieder des DVP-Ortsvereins Dresden, 25.4.1933. BArch, R 45-II/181, Bl. 35.
147 Arthur Frank an Eduard Dingeldey, 4.5.1933. Ebd., R 45-II/186, Bl. 44.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Leichnam konservieren möchte und somit eine längst in Konkurs gegangene Firma“ weiterbetreibe.[148]

Die Versuche, die Volkspartei im Rahmen einer ‚Gesinnungsgemeinschaft‘ in ihrem nationalliberalen Kern zu erhalten, waren letztlich vergeblich. Nach der Selbstauflösung der DNVP drängten Ende Juni auch die beiden letzten noch existierenden Wahlkreisverbände Hessen-Darmstadt und Ostsachsen den Vorsitzenden, die unverzügliche Liquidation der Partei vorzunehmen, um staatlichen Zwangsmaßnahmen vorzukommen.[149] Am 4. Juli 1933 erklärte Eduard Dingeldey schließlich die Auflösung der Deutschen Volkspartei.[150] In einem drei Tage später verfassten Schreiben an Hitler versicherte er, dass die Mitglieder und Wähler der bisherigen DVP „in verantwortungsfreudigem Bewusstsein und selbstverständlicher Loyalität an der Größe und Freiheit des Vaterlandes mitarbeiten werden“.[151] Johannes Dieckmann und der stellvertretende Landtagspräsident Hugo Hickmann überbrachten dem sächsischen Innenminister Karl Fritsch am 4. Juli persönlich den Auflösungsbeschluss ihrer Partei,[152] begleitet von hämischen Kommentaren der sächsischen NSDAP, Dieckmanns Tätigkeit im Landtag sei eine „fortlaufende Provokation“ der nationalsozialistischen Fraktion gewesen und die DVP sterbe nun „in verdienter Kläglichkeit“.[153]

Ende Juli teilte Dieckmann Eduard Dingeldey mit, dass das Dresdener Parteibüro „in einigen wenigen Tagen […] endgültig geschlossen“ werde und somit „das Leben der Partei hier seinen Abschluss“ finde.[154] Am 8. August 1933 verabschiedete er sich mit einem „letzten ‚amtlichen‘ Schreiben“ von seinen Berliner Kollegen der DVP-Reichsgeschäftsstelle.[155]

VI.

Während der nationalsozialistischen Diktatur verweigerte sich Johannes Dieckmann den neuen Machthabern und nahm kein politisches Amt an. Durch seine Verbindungen zur Wirtschaft fand er eine Beschäftigung beim Kohlengroßhändler-Verband Ostsachsen, bis er 1939 zur Wehrmacht eingezogen wurde. Nach zweijähriger Militärzeit übernahm er die Leitung der

148 Der Freiheitskampf. Tageszeitung der NSDAP Gau Sachsen, Nr. 103, 4.5.1933, S. 4.
149 Booms: Deutsche Volkspartei (wie Anm. 134), S. 537.
150 Auflösungserklärung der DVP, 4.7.1933. Abgedruckt in: Nationalliberalismus (wie Anm. 56), S. 1259.
151 Eduard Dingeldey an Adolf Hitler, 7.7.1933. BArch, Bestand Reichskanzlei, R 43-I/2656, Bl. 152.
152 Johannes Dieckmann an Eduard Dingeldey, 8.7.1933. Ebd., N 1002/120, Bl. 90.
153 Der Freiheitskampf. Tageszeitung der NSDAP Gau Sachsen, Nr. 154, 5.7.1933, S. 2.
154 Johannes Dieckmann an Eduard Dingeldey, 31.7.1933. BArch, N 1002/120, Bl. 94.
155 Johannes Dieckmann an Gustav Wittig, 8.8.1933. Ebd., R 45-II/181, Bl. 19.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sächsischen Geschäftsstelle des Oberschlesischen Steinkohlesyndikats.[156] Eine aktive Widerstandstätigkeit ist bei ihm nicht nachweisbar. Gleichwohl geriet er, nachdem mit Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim und Wilhelm Dieckmann zwei seiner Vetter am Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 beteiligt gewesen und hingerichtet worden waren, in das „Visier der Gestapo."[157]

Nach „langem Zögern und mit viel Selbstüberwindung" wurde er im Sommer 1945 aus „vaterländische[r] Pflicht" wieder politisch aktiv.[158] Die Grauen der NS-Diktatur und des Krieges, aber auch die Erfahrungen des Niedergangs der ersten deutschen Demokratie führten bei Dieckmann zu einem radikalen Umdenken. In der Rückschau bemerkte er, mit dem Ende der Weimarer Republik habe „die Bourgeoisie in Deutschland für immer ihren Führungsanspruch verloren".[159] Dieckmann war der Überzeugung, „dass jeder Versuch einer Wiederanknüpfung an 1933 endgültig in die politische Irre führen" müsse.[160] „Wir alle haben ja" – betonte er im ersten Nachkriegssommer –, „wo immer wir […] in den Jahren 1919-33 gestanden haben, schwere politische Fehler gemacht und schwere politische Unterlassungen begangen."[161] Ein Jahr vor seinem Tod bemerkte er, die führenden Männer der neugegründeten LDPD, die aus den ehemaligen Weimarer Parteien kamen, hätten in ihrer Mehrheit viel schneller die Lehren aus der Geschichte gezogen, „vielleicht auch deshalb, weil manche von Ihnen ‚weiter rechts' gestanden hatten als die ‚alten Demokraten' [ehemalige linksliberale DDP-Vertreter, C.S.] und sich deshalb stärker mitverantwortlich fühlten für die irreparablen Fehler der Weimarer Republik."[162] Auch wenn es in der DDR nicht opportun war, hielt er an der Bewunderung für Gustav Stresemann fest. Der LDPD – so bekräftigte Dieckmann – bedeute dessen Name und Werk „weiterhin eine hohe Verpflichtung".[163] Noch Anfang der 1960er Jahre gab die SED-Führung die Anweisung, dass eine Replik Dieckmanns auf einen Artikel des Historikers und ‚Weimar'-Experten Wolfgang Ruge über Stresemann „auf keinen Fall veröffentlicht" werden dürfe.[164] Dieckmann hatte der nega-

156 Frölich: Dieckmann (wie Anm. 11), S. 61; Zeidler: Justiz und Politik (wie Anm. 11), S. 106 f.
157 Friedrich Dieckmann: Stunde Null im Erzgebirge. Eine Kindheitserinnerung. In: Sinn und Form, 6 (2015), S. 81-826, hier S. 817.
158 Johannes Dieckmann an Herrn Direktor Frantz, 12.7.1945. ADL, LN 4-79, Bl. 10.
159 Dieckmann: Aus meinem Leben (wie Anm. 15), S. 15.
160 „An der Wende der Zeit. Ein Nachwort zum 7. November 1945", Artikel-Manuskript von Johannes Dieckmann, 19.11.1945. BArch, N 2500/126, Bl. 72.
161 „Demokratische Existenz heute." Vortrag von Johannes Dieckmann auf der ersten Mitgliederversammlung der LDP in Dresden, 6.8.1945. Ebd., N 2500/94, Bl. 19 f.
162 Johannes Dieckmann: Der Kampf um die politische Klarheit in der LDPD, 5.1.1968. BArch, Erinnerungsbericht Johannes Dieckmann, SgY 30/1458, Bl. 36.
163 „In memoriam Gustav Stresemann", Artikel-Manuskript von Johannes Dieckmann, o. D. Privatarchiv Friedrich Dieckmann, NL Dieckmann.
164 SED-Hausmitteilung Peter Florin an Walter Ulbricht, 22.6.1961 (Kopie). Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tiven ‚offiziellen' Darstellung seine Sicht der Dinge entgegengehalten und betont: „Meine Quelle ist mein näheres und darum besseres Wissen um Dr. Stresemann und um die Grundlinien seiner Politik."[165]

Nach Gründung der DVP war Dieckmann seinem Mentor auf dessen Weg vom Monarchisten zum Vernunftrepublikaner gefolgt, nach Stresemanns Tod zählte er allerdings mit zu denjenigen Volksparteilern, die eine Zusammenarbeit mit den republikbejahenden Kräften, vor allem mit der SPD, konsequent ablehnten. Aus taktischen Gründen war er vielmehr bereit, die NSDAP, deren Programm und Politikstil er persönlich ablehnte, in einen ‚antimarxistischen Block' einzubinden. Im Gegensatz zu zahlreichen Parteifreunden lehnte Dieckmann 1933 jedoch ein Aufgehen der DVP in der NS-Bewegung entschieden ab und pochte als einer der letzten Nationalliberalen auf die Eigenständigkeit der Volkspartei.

Dass er nach 1945, wenn auch „selbst keineswegs völlig frei von inneren Anfechtungen",[166] die Liberaldemokraten mit auf den Weg in den real existierenden Sozialismus geführt und mit seiner parteipolitischen Vergangenheit gebrochen hatte, machte Dieckmann am 12. Jahrestag der LDPD-Gründung noch einmal besonders deutlich:

> „Wir wissen alle, dass es liberal-demokratische Parteien gegeben hat, die sich sogar in ihrem Parteinamen als Parteien des ganzen Volkes – ‚Volkspartei' – bezeichnet haben. […] Wir heutigen Liberaldemokraten [erheben] nicht den unglaubwürdigen und politisch fehlerhaften Anspruch, eine Partei ‚des ganzen Volkes' zu sein."[167]

In einem Nachruf in der Wochenzeitung ‚Die Zeit' hieß es, Dieckmann sei zweifellos „ein Parteigänger Ulbrichts" gewesen, „sein Vasall war er nie."[168] Dieser gewisse „Grad an Nonkonformismus" war der SED zwar „ein Dorn im Auge", wurde aber nicht unterbunden, um die Eigenständigkeit der LDPD zu demonstrieren.[169]

165 Johannes Dieckmann an Herrn Eckelt, 9.6.1961 (Abschrift). Ebd.

166 Tobias Dürr: „Hochburg der Demokratie" zwischen Weimarer Republik und Einheitssozialismus: Liberal-demokratisches Millieu in Zittau? In: Jahrbuch zur 10 (1998), S 33-54, hier S. 34.

167 Manuskript der Festansprache von Johannes Dieckmann in Weimar anlässlich des 12. Jahrestages der LDPD-Gründung, 5.7.1957. Privatarchiv Friedrich Dieckmann, NL Dieckmann.

168 Johannes Dieckmann. Parteigänger Ulbrichts, aber mit eigenen Ideen. In: Die Zeit, 28.2.1968. https://www.zeit.de/1969/09/johannes-dieckmann (Zugriff am 2.5.2019).

169 Jürgen Frölich: Die LDPD 1945–1990. Liberaldemokraten in der DDR zwischen hoffnungsvollem Beginn, langer Agonie und überraschender Wende. In: Walter Scheel/Otto Graf Lambsdorff (Hrsg.): Freiheit in Verantwortung – Deutscher Liberalismus seit 1945. Geschichte, Personen, Perspektiven. Gerlingen 1998, S. 125–140, hier S. 127; ders.: Dieckmann (wie Anm. 11), S. 70.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Johannes Dieckmanns Lebensweg durch die gesellschaftlichen und politischen Umbrüche des 20. Jahrhunderts führte ihn vom Funktionär der nationalliberalen DVP, der antisozialistischen Partei par excellence,[170] zum Parlamentspräsidenten des ‚ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden' und in letzter Konsequenz loyalen Bündnispartner der SED.

170 In Anlehnung an Wolfgang Hartenstein, der die DVP als „die nichtproletarische Partei par excellence" bezeichnet hat. Hartenstein: Anfänge (wie Anm. 16), S. 251.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Fabian Ettrich

Kosmopolit mit Bremer Wurzeln. Der jüdische Sportfunktionär, Diplomat und FDP-Bundestagskandidat Alfred Ries

I. Leben und „Wiederentdeckung" von Alfred Ries

In einem Rundfunkbeitrag aus dem Jahr 1932 stellte der Journalist Alfred Faust die Galerien, Handwerksbetriebe und Geschäfte in der Bremer Böttcherstraße, der renommierten und weltweit bekannten Kunst- und Kulturstraße, vor.[1] Dabei kam, in ausgeprägtem „Bremer Schnack", Alfred Ries zu Wort. Das Tondokument vermittelt einen persönlichen Eindruck vom damaligen Geschäftsführer der Böttcherstraße, der in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts ein wahrhaft bewegtes Leben führte. Die Vita von Alfred Ries, der 1897 als Jude in Bremen geboren wurde und siebzig Jahre später dort verstarb, war geprägt von der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten und der Ermordung seiner Eltern Eduard und Rosa (geborene Stern) im Konzentrationslager Theresienstadt. Seit 2016 haben Initiativen zur Erinnerungskultur und eine Kontroverse um Kollaborationsvorwürfe gegen Alfred Ries die bewegte Lebensgeschichte des späteren Botschafters in Liberia und Träger des Bundesverdienstkreuzes wieder stärker in den öffentlichen Fokus gerückt.

Zwei Jahre vor seinem Tod, im Jahr 1965, kandidierte Ries im Wahlkreis Bremen-Ost als Spitzenkandidat der Bremer FDP für den Deutschen Bundestag. Wie passten diese Kandidatur und die thematischen Schwerpunkte im Wahlkampf zum Leben und zu den Erfahrungen des gebürtigen Bremers?

II. Sozialisiert mit Sport, Kultur und Außenwirtschaft

Bereits als Kind wurde Alfred Ries Mitglied beim Fußballverein Werder, dem Vorläufer des heutigen Fußballbundesligisten SV Werder Bremen. Der Klub hatte damals gerade einmal etwas mehr als 100 Mitglieder. Ries pro-

1 Nordische Rundfunk AG: Die Böttcherstraße in Bremen. Eine Straße der Wandlungen im Mikrophon, 16.6.1932. In: Deutsches Rundfunkarchiv/Radio Bremen: Die Böttcherstraße in Bremen. Eine historische Rundfunkaufnahme von 1932. Bremen 2001.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bierte sich in mehreren Sportarten, unter anderem in der Leichtathletik, im Tennis, im Schwimmen, im Schach, vor allem aber im Fußball, und Jahrzehnte später auch im Skifahren. Schon 1913 übernahm der Schüler die Position des zweiten Schriftführers seines Vereins. Wie sein Vater Eduard, der sein Geld als Geschäftsführer der Viehmarktsbank im Bremer Schlachthof verdiente, schlug Alfred Ries eine berufliche Laufbahn als Kaufmann ein: Er begann eine Ausbildung bei der Import-Export-Firma G. F. Overbeck, die mit Lackrohstoffen, Tees, getrockneten Pflanzenteilen für Arzneien und Gewürzen handelte.[2] Nach einem Einsatz im deutschen Asien-Korps an der Palästina-Front während des Ersten Weltkriegs kehrte Ries nach Bremen zurück. Dort wurde er ehrenamtlicher Schriftführer beim inzwischen umbenannten SV Werder und im Bremer Bezirk des Norddeutschen Fußballverbandes.[3]

Beruflich übernahm Ries die Position als Abteilungsleiter und erster Korrespondent bei der Deutschen Tabak-Gesellschaft in Bremen und war dabei auch häufig im Ausland unterwegs. In den Folgejahren arbeitete Ries als Abteilungsleiter und Einkäufer für Südwest-Afrika bei der Bremer Export-Import-Firma Köper, Docke & Co.

Bereits im Jahr 1923 wurde Alfred Ries im Alter von 25 Jahren Präsident des SV Werder Bremen. In jenem Jahr heiratete er auch seine erste Frau Marie Catharine Heuer. Zu dieser Zeit engagierte sich Ries in der jüdischen Gemeinde seiner Heimatstadt und übernahm ab 1925 zusätzlich zum Präsidentenamt die Leitung der Fußballabteilung seines Klubs.[4] In dieser Phase entwickelte sich Werder zu einer der besten Fußballmannschaften der Stadt. Der Verein wechselte schließlich unter seinem langjährigen Präsidenten Anfang der 1930er Jahre in sein heutiges Domizil, das Weserstadion, nachdem sich der Allgemeine Bremer Turn- und Sportverein von 1860 (ABTS) finanziell mit der Sportstätte am Osterdeich übernommen hatte.[5]

Mitte der 1920er Jahre lernte Alfred Ries den Bremer Unternehmer und Kunstmäzen Ludwig Roselius kennen. Dieser wurde als Schirmherr verschiedener Sportveranstaltungen auf das Organisationstalent des jungen Ries aufmerksam und holte ihn schließlich als „Gruppenleiter […] großer Verkaufsbezirke“ in die Kaffee-Handels-Aktien-Gesellschaft – besser bekannt

2 Lorenz Peiffer/Henry Wahlig: Juden im Sport während des Nationalsozialismus. Ein historisches Handbuch für Niedersachsen und Bremen. Göttingen 2012, S. 385.
3 Harald Klingebiel: Jüdische Sportler bei Werder Bremen. In: Arnd Krüger/Bernd Wedemeyer-Kolwe (Hrsg.): Vergessen, verdrängt, abgelehnt. Zur Geschichte der Ausgrenzung im Sport. Berlin 2009, S. 50-71, hier S. 58.
4 Peiffer/Wahlig: Juden im Sport (wie Anm. 2), S. 386.
5 Harald Klingebiel: SV „Werder“. Ein Verein, der nicht erst heute Geschichte macht. In: Norbert Kuntze: Werder Bremen. Eine Karriere im kühlen Norden. Göttingen 1994, S. 223-282, hier S. 257 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

als Kaffee HAG.[6] Dort stieg Ries zum Werbeleiter und ab 1928 zum Handelsbevollmächtigten auf. Zu Beginn der 1930er Jahre übertrug Roselius Ries zusätzlich die Stelle als Direktor der Bremer Werkschau GmbH, der Betreibergesellschaft der Böttcherstraße, seiner Ansicht nach die „interessanteste Straße der Welt“ und „Hauptsehenswürdigkeit Bremens“.[7]

Die erstarkenden Nationalsozialisten, aus deren Reihen es zu Beginn auch Zustimmung zur Böttcherstraße gab, wandten sich öffentlich mehr und mehr von der Kulturstraße ab. Die „Bremer Nationalsozialistische Zeitung“ kritisierte bereits am 23. Mai 1931 die Kultur der Böttcherstraße scharf, insbesondere das geplante Haus Atlantis als Stätte „Kommunistischer Gottlosenpropaganda in Bremen“ und griff Ludwig Roselius an, der als „unüberlegter Mittler von dem Kommunisten Bernhard Hoetger mißbraucht worden“ sei.[8]

Das Verhältnis des Ries-Förderers Roselius zu den Nationalsozialisten war eng und trotzdem widersprüchlich. Einerseits richtete er Veranstaltungen wie die des „Ersten nordischen Things“ aus, die sich ideologisch der Denkweise der Nationalsozialisten näherten, rief seine Mitarbeiter am 28. Oktober 1933 in einem Schreiben zur Wahl der NSDAP bei der Reichstagswahl am 12. November 1933 auf und versuchte mehrfach erfolglos, Mitglied der NSDAP zu werden.[9] Andererseits pflegte er enge Bindungen zu dem Kommunisten Heinrich Vogeler, dem Sozialdemokraten Alfred Faust und dem Juden Ries, der in der Weimarer Republik Mitglied der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) war.[10] Die Nationalsozialisten hingegen waren auch auf Roselius angewiesen, zumal er Mitbegründer der für die Kriegswirtschaft wichtigen Focke-Wulf-Flugzeugbau AG war.[11]

Persönlich berichtete Böttcherstraßen-Geschäftsführer Alfred Ries schon 1932 von Angriffen gegen ihn aus dem nationalsozialistischen Lager. In seinem Arbeitszeugnis von Kaffee-HAG war von der „Zuspitzung der politischen Verhältnisse in Bremen“ die Rede.[12] Bereits Ende 1932 kündigte Ries daraufhin seinen Abschied aus Bremen an. Die genannte Polarisierung setzte sich auch nach Ries‘ Weggang im Januar 1933 fort: Die SS-Zeitung „Das Schwarze Korps“ bezeichnete die Bauwerke des Böttcherstraßen-Architekten Bernhard Hoetger u. a. 1935 als „artfremd“.[13] Auch die NSDAP-Kreis-

6 Peiffer/Wahlig: Juden im Sport (wie Anm. 2), S. 386.
7 Alfred Ries: Die Böttcherstraße. In: Revue des Monats, Heft 6, Berlin 1932, S. 49.
8 Zitiert nach Ingo Kerls: Die Böttcherstraße in Bremen. Osnabrück 1987, S. 64.
9 Vgl. ebd., S. 65 u. 145 ff.
10 Antrag auf Ausstellung eines Ausweises für politisch, rassisch und religiös durch den Nazismus Verfolgte. In: Wiedergutmachungsakte Alfred Ries, Staatsarchiv Bremen (StAB), 4,54 – E 998, S. 11.
11 Ludwig Leidig: Bombshell. Houston 2013, S. 15 ff.
12 Lebenslauf Alfred Ries. In: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin (PolAAA), Personalakten Alfred Louis Ries 55.830, S. 7.
13 Ausgaben vom 26. Juni und 24. Oktober 1932. Zit. nach: Uwe Puschner/Clemens Vollnhals: Die völkisch-religiöse Bewegung im Nationalsozialismus. Göttingen 2012, S. 12.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

leitung bezog in jenem Jahr deutlich Stellung gegen die Böttcherstraße. Schließlich war es am 9. September 1936 in seiner kulturpolitischen Rede Reichskanzler Adolf Hitler selbst, der die „Böttcherstraßen-Kultur […] schärfstens" ablehnte und sie als abschreckendes Beispiel für Kultur vor der Ära der Nationalsozialisten bezeichnete.[14]

Als Präsident des SV Werder vermied Ries durch seinen Weggang nach München – anlässlich dessen der Deutsche Fußballbund ihn aufgrund seiner Verdienste um den Sport mit der DFB-Ehrennadel auszeichnete –, von der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung eingeholt und abgesetzt zu werden.[15]

Der „Völkische Beobachter" sprach sich nämlich schon im März 1933 gegen Juden in Sportvereinen aus.[16] Davon waren reichsweit 40.000 Fußballer betroffen. Nur einen Monat später erklärte Reichssportkommissar Hans von Tschammer und Osten, die Mitgliedschaft von „Nichtariern" in Sportvereinen zu prüfen.[17] Die gegen Juden und andere ausgegrenzte Gruppen gerichteten Artikel der „Bremer Nationalsozialistischen Zeitung" vermitteln einen Eindruck davon, wie das gesellschaftliche Klima sich seit Anfang der 1930er Jahre zuspitzte. Obwohl noch keine systematische Erfassung der Ausgrenzung jüdischer Sportler beim SV Werder Bremen vorliegt, so ist doch bekannt, dass der Klub das sogenannte „Führerprinzip" bereits im Mai 1933 vorauseilend umgesetzt hatte.[18] Dies beinhaltete die Zustimmung zur allgemeinen politischen Entwicklung durch den Klub und die Installation eines „Vereinsführers", der sich den übrigen Vorstand aussuchte. Werders Heimspielstätte wurde seinerzeit in „Bremer Kampfbahn" umbenannt.

III. Die Zeit in Jugoslawien

In Bayern, wo Ries als Generalrepräsentant für Süddeutschland bei der HAG-Niederlassung und der Plantagen-Gesellschaft mbH arbeitete, blieb er allerdings nur wenige Monate, da er sich dem Druck des Nürnberger Gauleiters Julius Streicher ausgesetzt sah. Kaffee-HAG schrieb dazu am 4. September 1952 im späteren Entschädigungsverfahren an die Bremer Wiedergutmachungsbehörde: „Bekanntlich waren wir gezwungen, Herrn Ries auf

14 Radio Bremen: Adolf Hitler über die Bremer Böttcherstraße 1936. Zitiert nach: Radio Bremen 13.1.2011, http:\\m.radiobremen.de/audio49746.html (letzter Abruf am 5.3.2018).
15 Peiffer/Wahlig: Juden im Sport (wie Anm. 2), S. 386.
16 Karl Adolf Scherer: „Die Geschichte erwartet das von uns". Fußball im Dritten Reich. In: Deutscher Fußballbund (Hrsg.): 100 Jahre DFB. Die Geschichte des Deutschen Fußballbundes. Berlin 1999, S. 283-310, hier S. 299.
17 Bernd Jankowski/Harald Pistorius/Jens R. Prüss: Fußball im Norden. 100 Jahre Norddeutscher Fußballverband. Kassel 2004, S. 71.
18 Klingebiel: SV „Werder" (wie Anm. 5), S. 259.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Verlangen der politischen Gauleitung in Bayern zum 1.10.1933 zu entlassen.“[19] Von München aus machte sich Alfred Ries – mit Wissen und Unterstützung von Ludwig Roselius – auf den Weg in die damalige Tschechoslowakei, wo er wenige Wochen für die Kaffee-HAG A.G. in Marienbad tätig war.[20]

Zu Beginn des Jahres1934 wurde er nach Zagreb in das Königreich Jugoslawien versetzt, wo er als Direktor mit Prokura der jugoslawischen Kaffee-HAG-Niederlassung „Kava Hag D.D.“ vorstand. Das Unternehmen wurde allerdings neun Monate später liquidiert. Ries übernahm daher ab 1935 nach eigenen Angaben die Generalvertretungen einiger deutscher und ausländischer Firmen für Jugoslawien und Osteuropa, etwa der Pharmazie- und Oberflächenveredelungsfirma Gehe & Co. AG aus Dresden, der Fritz Schulz jun. AG aus Leipzig, der Moystad, Müller & Co A/S aus Oslo, der Pharma AG aus Zürich und der Trans-Ocean Export-Import Company aus New York. Zudem wurde er Direktor und Aufsichtsratsmitglied der neu gegründeten Optima A.G. in Zagreb.[21] Für diese Handelsvertretungen erhielt Ries von den Bremer Behörden sogenannte Gewerbelegitimationskarten, deren Ausstellung später im Wiedergutmachungsverfahren zu einer Kontroverse um die Lebensumstände von Alfred Ries zwischen den Jahren 1935 und 1946 führte. Finanziell erfuhr Ries nach eigenen Angaben ab 1935 Unterstützung von einem seiner Brüder sowie aus der israelitischen Gemeinde in Jugoslawien.[22] Zu seiner Einkommenssituation in diesen Jahren gab Ries nach dem Krieg im Rahmen des Wiedergutmachungsverfahrens insgesamt widersprüchliche Auskünfte ab.

Alfred Ries war zwischen 1940 und 1946 mehrfach in Haft: wahrscheinlich ab Oktober 1940 für sechs Monate in den Lagern Stubica und Lipik.[23] Deren Existenz ist jüngst infrage gestellt worden,[24] obwohl es für sie Belege gibt.[25] Unklar sind die genauen Gründe der Inhaftierung. Infolge des Einmarsches der Wehrmacht in das Königreich Jugoslawien im April 1941 wurde Alfred Ries erneut für dreieinhalb Monate in Belgrad festgehalten. Nach der Machtübernahme durch die Partisanen unter Marschall Josip Tito im Juni 1945 kam er wiederum für sechs Monate in Haft. Als klar war, dass Ries

19 Schreiben der HAG A.G. Bremen an das Landesamt für Wiedergutmachung vom 4.9.1952. In: StAB 4,54 – E 998 (wie Anm. 10), S. 34.
20 Till Schmidt: Ein Leben für Werder. In: Jüdische Allgemeine, 1.3.2018, S. 11.
21 Lebenslauf Alfred Ries, PolAAA 55.831 (wie Anm. 12), S. 7.
22 Bericht über den derzeitigen Sachstand der Wiedergutmachungsangelegenheit Alfred Ries vom 4.11.1952. In: StAB, 4,54 – E 998 (wie Anm. 10), S. 54.
23 Antrag auf Ausstellung eines Ausweises für politisch, rassisch und religiös durch den Nazismus Verfolgte vom 12.1.1947. In: StAB 4,54 – E 998 (wie Anm. 10), S. 1.
24 Arthur Heinrich: Alfred L. Ries und sein „Schicksal der Verfolgung“. In: Sportzeiten 17 (2017), S. 23-41, hier S. 26.
25 Anna Maria Grünfelder: Von der Shoa eingeholt. Ausländische jüdische Flüchtlinge im ehemaligen Jugoslawien 1933-1945, Köln 2013, S. 111 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kein Anhänger oder Mitglied der Nationalsozialisten war, wurde er am 4. Dezember 1945 aus Pretschki freigelassen und gelangte über Ungarn und Österreich nach Deutschland.[26]

Die Eltern von Alfred Ries, Eduard und Rosa Ries, blieben nach dem Weggang ihrer drei Söhne aus Deutschland in Bremen. Am 23. Juli 1942 wurden sie über Hannover in das Konzentrationslager Theresienstadt deportiert, wo sie noch im selben Jahr ermordet wurden.[27] An sie erinnert heute an der Bremer Kreuzung Schwachhauser Heerstraße/Parkstraße ein Stolperstein.

Während Alfred Ries nach seiner Rückkehr in seine Bremer Heimat beruflich und im Ehrenamt schnell wieder Fuß fasste, zog sich das Verfahren um Wiedergutmachung für Haftzeiten im Zweiten Weltkrieg in Jugoslawien und die Enteignung seiner Eltern über viele Jahre hin: Für Irritationen bei der Wiedergutmachungsbehörde sorgten dabei insbesondere vier in Bremen auf Ries zwischen 1935 und 1944 ausgestellte Gewerbelegitimationskarten für den Handel in Südosteuropa, die von der Gestapo als „im Reichsinteresse erforderlich" beantragt worden waren.[28] Daraus erwuchs der Vorwurf, Ries sei „für die Gestapo oder wenigstens doch für deutsche Stellen im Ausland tätig gewesen".[29] Die Sachbearbeiter im Wiedergutmachungsverfahren stützten sich dabei auf Angaben der beiden früheren Bremer Polizeibeamten Bruno Nette und Friedrich Linnemann.[30] Diese waren, das wird weder im Wiedergutmachungsverfahren noch bei Heinrich erwähnt,[31] früher selbst als Judenreferenten für die Gestapo aktiv und hatten sich maßgeblich an Deportationen von Bremen bzw. Athen in die nationalsozialistischen Konzentrationslager beteiligt.[32] Noch schlimmer: Nette hatte sogar jene Deportation organisiert, der die Eltern von Alfred Ries zum Opfer fielen.[33]

Wie Ries damals die genannten Gewerbelegitimationskarten erhalten hatte und wofür diese nötig waren, ist bis heute unklar: Von der Notwendigkeit für die genannten Generalvertretungen, über einen Passersatz – auch auf-

26 Verfügung des Kroatischen Ministeriums des Innern vom 20.11.1945. In: PolAAA 55.830 (wie Anm. 12), unpaginiert.

27 Internationale Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem: Zentrale Datenbank der Namen der Holocaustopfer, Datensätze 11613017 u. 11613041. http://yvng.yadvashem.org/index.html?language=de (letzter Abruf am 5.3.2018).

28 Aktenauswertung aus der Akte der Geschäftsanmeldestelle des Polizei- und Stadtamtes Bremen vom 6.10.1952. In: StAB 4,54 – E 998 (wie Anm. 10), S. 43.

29 Bericht über den derzeitigen Sachstand der Wiedergutmachungsangelegenheit Alfred Ries vom 4.11.1952. In: StAB 4,54 – E 998 (wie Anm. 10), S. 55.

30 Aktennotiz vom 1.12.1952. In: StAB 4,54 – E 998 (wie Anm. 10), S. 67.

31 Heinrich: Alfred L. Ries (wie Anm. 20), S. 31.

32 Vgl. Christoph U. Schminck-Gustavus: Winter in Griechenland. Krieg – Besatzung – Shoa. Göttingen 2010, S. 281 ff.

33 Vgl. Bernhard Nette: „Vergesst ja Nette nicht!" Der Bremer Polizist und Judenreferent Bruno Nette, Hamburg 2017, S. 9.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

grund der späteren Ausbürgerung – bis zum erwähnten Verdacht der verdeckten Arbeit für die Auslandsspionage wurden verschiedene Szenarien im Wiedergutmachungsverfahren genannt. Möglich ist, dass Ries entsprechende Karten über sein Bremer Netzwerk erhalten hatte, um Handel im Rahmen seiner Generalvertretungen in Jugoslawien zu treiben. Dafür sprechen die Erklärungen von Ries zur Beschaffung der Karten über seinen Rotarier-Freund Alfred Lörner, der Einflussbereich seines Förderers Ludwig Roselius und dessen Bruder und Bremer Rotarier-Präsidenten Friedrich Roselius, sowie die Zeugenaussage des ebenfalls für die Gestapo tätigen Polizeibeamten Walter Frischmuth, der die Beschaffung der Gewerbelegitimationskarten als Schutzmaßnahme für den ihm persönlich bekannten Alfred Ries begründet hatte.[34] Im weiteren Verfahren konstatierte der Mitarbeiter des Landesamtes für Wiedergutmachung Ende 1952, dass es keine Belege für die These einer Gestapo-Tätigkeit von Alfred Ries gebe.[35] Der Vorwurf der Kollaboration wurde mit dem politisch forcierten Abschluss des Verfahrens im Januar 1954 dann auch fallengelassen.[36] Ein zwischenzeitlich eingeleitetes Gerichtsverfahren gegen Ries wegen falscher Angaben im Rahmen der Wiedergutmachung wurde eingestellt. In der erwähnten Kontroverse wurden primär belastende Indizien zusammengetragen und dabei im Wesentlichen unkritisch die Wiedergutmachungsakte zitiert, Ries entlastende Dokumente aber nicht hinreichend gewürdigt, etwa den durch den HAG-Konzern in Briefen bestätigten Druck der Nationalsozialisten auf Alfred Ries.[37]

IV. Aufbauhelfer für Sport, Wirtschaft und Politik

Nach seiner Rückkehr wurde Ries 1947 mit der Einrichtung und Leitung des Staatlichen Außenhandelskontors der Freien Hansestadt betraut. Auf Wunsch der Alliierten sollte der Außenhandel unter staatlicher Kontrolle wieder aufgebaut werden. Vier Jahre später wurde Ries durch Ernennung von Senatspräsident Wilhelm Kaisen (SPD) in das Beamtenverhältnis übernommen und leitete das Kontor nunmehr als Oberregierungsrat. In dieser Funktion vertrat er Bremen als Mitglied im Arbeitskreis „Außenhandel“ der Verwaltung für Wirtschaft in der britischen Zone bzw. in der Bizone, im

34 Vgl. Eidesstattliche Erklärung Walter Frischmuth, 18.12.1952. In: StAB 4,54 – E 998 (wie Anm. 10), S. 72-75; „Walter Steffens alias Frischmuth, German. Based in Bremen, Steffens ran agents“. In: National archives of the government of the Unites Kingdom, Order number 1683161 Catalogue reference KV 2/1964.

35 StAB 4,54 – E 998 (wie Anm. 10), S. 55.

36 Aktenvermerk zur Wiedergutmachungsangelegenheit Alfred Ries vom 5.1.1954. In: StAB 4,54 – E 998 (wie Anm. 10), S. 95.

37 Heinrich: Alfred L. Ries (wie Anm. 24), S. 38 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Länderfachausschuss für Außenhandel und von 1950 bis 1953 im Unterausschuss Außen- und Interzonenhandel des Wirtschaftsausschusses des Bundesrates.[38] Seine Pionierarbeit wurde von Unternehmen positiv hervorgehoben.[39]

Um den Aufbau der durch den Krieg darniederliegenden Bremer Wirtschaft zu befördern, brachte das Außenhandelskontor ein „Bremer Export-Import-Handbuch" in vier Sprachen heraus.[40] Dieses trug nach Auskunft des Generalkonsuls Gustav Wilhelm Harmssen wesentlich zur Ankurbelung der Bremer Wirtschaftsbeziehungen nach Übersee bei. So beschrieb Alfred Ries in der Einleitung die Vorzüge der Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven, die Handelsvolumina, die bevorzugten Märkte und die einheimischen Leitbranchen. Zudem enthielt das Handbuch die Kontaktdaten von Handelskammern, Konsulaten, Wirtschaftsverbänden und im Außenhandel tätigen Unternehmen samt einem Firmenverzeichnis, sortiert nach Wirtschaftszweigen, Warengruppen und Zielmärkten. Inhaltlich stand das Handbuch in der Tradition des Bandes „Bremen im Welthandel", der 1927 von der Zweigstelle des Auswärtigen Amtes für Außenhandel Bremen veröffentlicht worden war.[41]

Alfred Ries machte sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Sport als „Pionier[…]" um das „Wiederingangkommen des Spielverkehrs und die Schaffung einer der Stellung des Fußballsports gerecht werdenden Organisation" in „besonders starker Weise" verdient.[42] Im Dezember 1957 wurde er hierfür mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet.[43] Konkret übernahm er am 3. Oktober 1947 wieder das Präsidentenamt von Werder Bremen. Zwei Jahre später wählte der Verbandstag des Norddeutschen Fußballverbandes (NFV) in Bad Harzburg Alfred Ries zu seinem stellvertretenden Vorsitzenden. Seit dieser Zeit führte der NFV den Oberliga-Spielbetrieb durch und betreute und überwachte das Vertragsspielerwesen. Nur zwei Jahre danach legte Ries auf dem Verbandstag in Kiel sein Amt beim NFV nieder zugunsten eines verstärkten Engagements auf der Bundesebene: Der 39. DFB-Bundestag in Hennef hatte bereits im Oktober 1950 mehrheitlich für Ries als Referenten für Presse- und Werbefragen im DFB-Bundesvorstand gestimmt.[44] Der neue DFB-Vizepräsident professionalisierte

38 Lebenslauf Alfred Ries vom 8. April 1954. In: PolAAA 55.830 (wie Anm. 12), S. 2.
39 Vgl. Schreiben Schlotterhose & Co. Maschinenfabrik vom 10.11.1952. In: PolAAA 55.831 (wie Anm. 12), S. 64.
40 Staatliches Außenhandelskontor Bremen: Bremer Export-Import-Handbuch. Bremen 1953.
41 Alfred Lörner: Bremen im Welthandel, Bremen 1927.
42 Deutscher Fußballbund (Hrsg.): Geschichte des Deutschen Fußballsports. Frankfurt 1954, S. 219.
43 Handschriftliche Anmerkung auf dem Lebenslauf Alfred Ries vom Oktober 1957. In: PolAAA 55.830 (wie Anm. 12), unpaginiert.
44 Deutscher Fußballbund: Geschichte (wie Anm. 42), S. 223.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die Öffentlichkeitsarbeit des Fußballverbandes. Am 10. Dezember 1950 nahm Ries als Delegierter des Deutschen Fußballbundes an der Gründung des Deutschen Sportbundes (DSB) im Neuen Rathaus in Hannover teil.[45]

Am 27. November 1951 fungierte Werder-Präsident Ries als Mitgründer und Vorsitzender der Deutschen Olympischen Gesellschaft in Bremen. Ziel der Gründung war die Rückkehr der deutschen und insbesondere der Bremer Athleten auf die internationale Sportbühne.

Am 12. Dezember 1952 gehörte der elf Monate zuvor in München zum DSB-Vizepräsidenten gewählte Ries als Besprechungsteilnehmer, u.a. neben Willi Daume, zu den Unterzeichnern des Berliner Abkommens zwischen dem DSB und dem Deutschen Sportausschuss der Deutschen Demokratischen Republik. Mit den Beschlüssen von Berlin wurden die Oberweseler Beschlüsse vom 21. September 1952 aufgehoben und die Wiederaufnahme des Deutschen Sportverkehrs beschlossen.

Nachdem er bereits 1951 ein entsprechendes Angebot aus Verbundenheit zu seiner Heimatstadt Bremen und in Dankbarkeit für die Unterstützung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges abgelehnt hatte, kündigte Ries im Mai 1953 seinen Wechsel in den Auswärtigen Dienst an und bat den Wirtschaftssenator um seine Beurlaubung. Für Ries gaben bessere Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten den Ausschlag für seine Entscheidung. Nach Auskunft seiner zweiten Ehefrau, die er in Jugoslawien kennengelernt und 1949 geheiratet hatte, trat er im Juli 1953 auch auf Betreiben des ihm persönlich bekannten Bundespräsidenten Theodor Heuss[46] die Leitung der Wirtschaftsabteilung der deutschen Botschaft in Belgrad an. Zuerst arbeitete Ries als Legationsrat Erster Klasse, später – unter dem neuen Botschafter und früheren FDP-MdB Karl Georg Pfleiderer – als Gesandtschaftsrat Erster Klasse. Die Leitung des Wirtschaftsdienstes am deutschen Generalkonsulat im indischen Kalkutta wurde dem zum Handelsattaché bzw. Konsul Erster Klasse ernannten Ries mit Beginn des Jahres 1958 übertragen.[47]

Seine diplomatische Laufbahn krönte ab 1959 die Position des deutschen Botschafters in Liberia. Der deutsche Botschafter in Neu-Delhi, Wilhelm Melchers, empfahl Ries wegen hoher beruflicher und gesellschaftlicher Qualifikation und insgesamt „vorzüglicher Leistungen“ für diesen Posten.[48] Alfred Ries vertrat zugleich die Bundesrepublik Deutschland auch in Conakry (Guinea). Als deutscher Botschafter traf Ries, das zeigen auch Fotos aus

45 Peiffer/Wahlig: Juden im Sport (wie Anm. 2), S. 388.
46 Gespräch von Hilde Ries mit Thomas Hafke, Vera und Dirk Harms (Arbeitsgruppe beim Fanprojekt Bremen) am 15./16.8.2016 in Wiesbaden.
47 Peiffer/Wahlig: Juden im Sport (wie Anm. 2), S. 389.
48 BA B136 Kanzleramt/1838, Bd. 3; Auswärtiges Amt, Personalakte Alfred Ries, Schreiben Botschafter Dr. Wilhelm Melchers an Ministerialdirigent Alexander Hopmann am 5.12.1958. In: PolAAA 55.830 (wie Anm. 12), unpaginiert.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dem Archivbestand von Mathilde – genannt Hilde – Ries, unter anderem 1961 Jugoslawiens kommunistischen Diktator Josip Broz Tito und Queen Elisabeth II. sowie ein Jahr später den deutschen Bundespräsidenten Heinrich Lübke bei deren Staatsbesuchen in Westafrika.[49] Auch zur deutschen Politik hielt Ries weiter Kontakt. Nach der Bundestagswahl 1961 gratulierte er dem liberalen Bundestagsvizepräsidenten, Thomas Dehler, zum Ausgang der Bundestagswahl. Der Brief und die Antwort Dehlers legen nahe, dass Ries politisch bekannt und vernetzt war.[50] Die Zeit als Botschafter endete für ihn im Januar 1963 mit einer Audienz bei Liberias Präsident William Tubman.

Mit dem Eintritt in den diplomatischen Dienst in der zweiten Hälfte des Jahres 1953 hatte Alfred Ries seine Ehrenämter im Sport niedergelegt. Zehn Jahre später, mit dem Beginn seines Ruhestands, knüpfte er daran wieder an und übernahm erneut das Präsidentenamt des SV Werder Bremen. In dieser Funktion erlebte Ries Werders Debüt in der neu gegründeten Fußballbundesliga, die Deutsche Meisterschaft des Vereins 1965, Werders ersten Auftritt im Europapokal und die Deutsche Amateurmeisterschaft 1966.

Mit großem Einsatz unterstützte Ries in seinen letzten Lebensjahren die deutsche Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele 1972 in München. Durch seine Zeit als Botschafter in Afrika war er auf dem Kontinent gut vernetzt. Er leitete bereits im Sommer 1965 zusammen mit dem Generalsekretär des Nationalen Olympischen Komitees (NOK), Walter Tröger, die deutsche Ehrendelegation zu den „Afrikanischen Spielen“ in Brazzaville. Deutschland sagte seinerzeit mehreren afrikanischen Ländern Unterstützung des Sports durch die Entsendung von Trainern oder Hilfe beim Bau von Sportstätten zu. Der Einsatz von Alfred Ries beim Werben um afrikanische Stimmen für die Münchener Bewerbung wurde auch vom Ministerium für Staatssicherheit der DDR registriert.[51] Ries war am 26. April 1966 als Teil der deutschen Delegation in Rom dabei, als das Internationale Olympische Komitee (IOC) die Vergabe der Olympischen Sommerspiele 1972 nach München beschloss. Die Ausrichtung der Spiele von 1972 erlebte Ries nicht mehr. Er starb nach schwerer Krankheit am 25. August 1967 und wurde auf dem jüdischen Friedhof in Bremen-Hastedt, ganz in der Nähe des Weserstadions, beigesetzt.

49 Vgl. Foto-Ausstellung der Antidiskriminierungs-AG des „Fanprojekts Bremen e.V.“ Ende über Alfred Ries im Dezember 2016 im Ostkurvensaal des Bremer Weserstadions; Fanprojekt Bremen: Unvergessen vergessen. Alfred Ries, Bremen 2017. http://www.fanprojektbremen.de/phocadownload/ries_online.pdf (letzter Abruf am 5.3.2018), S. 20.

50 Briefe von Alfred Ries an Thomas Dehler vom 18.9.1961 und von Thomas Dehler an Alfred Ries vom 26.9.1961. In: Archiv des Liberalismus, Bestand Thomas Dehler, N1-1796, S. 56 f.

51 Giselher Spitzer: Sicherungsvorgang Sport. Das Ministerium für Staatssicherheit und der DDR-Spitzensport. Bonn 2005, S. 246.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Für Bremen in den Bundestag“ sollte es bei der Bundestagswahl am 19. September 1965 gehen: FDP-Mitglied Alfred Ries kandidierte unter diesem Plakatslogan im Wahlkreis Bremen-Ost als Direktkandidat seiner Partei. Insbesondere im Umfeld der Werder-Meisterschaft in der Fußballbundesliga im Mai 1965 wurde Vereinspräsident Ries regelmäßig in den Bremer Medien abgebildet oder zitiert.[52] Eine gewisse Popularität für den „Botschafter a.D.“,[53] wie er in den Zeitungen stets bezeichnet wurde, war somit vorhanden, als ihn die Bremer FDP Ende Mai 1965 mit 44 von 46 Stimmen zum Wahlkreiskandidaten im Bremer Osten und Spitzenkandidaten des Landes für die Bundestagswahl wählte. Der Jurist Karl Löbe, für die Bremer Liberalen von 1961 bis 1965 im Bundestag, war zu der parteiinternen Abstimmung nicht angetreten.

In seiner Parteitagsrede warb Ries mit seinen außenpolitischen Erfahrungen für sich und nannte die Interessen Bremens als Motivation für seine Kandidatur.[54] Um Außen- und Entwicklungshilfepolitik ging es auch bei der zentralen Wahlkampfveranstaltung der Bremer Freidemokraten, bei der Walter Scheel, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe, zu den Besuchern sprach.[55] Dazu passend warb Ries auf einer Diskussion im September 1965 für mehr wirtschaftliche, kulturelle und darauf aufbauend diplomatische Kontakte mit den Ländern Osteuropas und insbesondere der Sowjetunion. Der Bundesregierung warf er in diesem Zusammenhang „schwere Versäumnisse in der Wiedervereinigungspolitik“ vor.[56] Der ehemalige Diplomat brachte dabei immer wieder Beispiele aus seiner Tätigkeit für das Auswärtige Amt, etwa als enger Mitarbeiter Pfleiderers in der deutschen Botschaft in Belgrad, in seine Argumentation ein.

Bei der Vorstellung seiner Wahlpositionen in den Bremer Nachrichten nannte Ries neben der Finanz- und Mittelstandspolitik auch die Deutschlandpolitik mit dem „gesamtdeutsche[n] Sportverkehr“ als wichtiges Thema. Im Mittelpunkt stand aber auch hier die Außen(handels-)politik als wichtige Säule der Volkswirtschaft. Dabei sprach sich Ries für eine Stärkung der Häfen und mehr „Ausfuhrgarantien und Bundesbürgschaften“ aus. Ein funktionierender Außenhandel sei für ihn „erstes Gebot“.[57] Er kandidiere aus

52 Vgl. Bremer Nachrichten, 10., 17., 18. und 19.5.1965.
53 Kaisen: „Bannig stolz auf die Elf“. In: Ebd., Nr. 115, 18.5.1965, S. 4 f.
54 Ruf nach Bundeskultusministerium. In: Ebd., Nr. 120, 24.5.195, S. 5.
55 Scheel: Entwicklungshilfe wichtig. In: Ebd., Nr. 212, 11.9.1965, S. 6.
56 Ries für stärkere Ostkontakte. In: Ebd., Nr. 215, 15.9.1965, S. 6.
57 Bremer Bundestagskandidaten stellen sich vor. In: Ebd., Nr. 197, 25.8.1965.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Pflichtgefühl“ und mit „vieljähriger Auslandserfahrung“, da der Bundestag „Fachleute der Wirtschaft und des Außenhandels“ benötige.[58]

Bei der Wahl am 19. September erreichte Ries in seinem – leicht neu zugeschnittenen - Wahlkreis Bremen-Ost 13,3 Prozent der Erststimmen und 14,7 Prozent der Zweitstimmen, was zwar das beste Ergebnis im Bundesland Bremen war, wo die FDP 11,7 Prozent erzielte, aber kein Mandat gewann. Es lag aber unter den Wahlkreisergebnissen von 1949 und 1961; verglichen mit dieser für die Liberalen außergewöhnlichen guten Wahl bedeutete das Abschneiden von Ries einen Verlust von jeweils rund 5 % bei den Erst- und Zweitstimmen, während der Saldo für die Bremer FDP ein Minus von 4 resp. 3,5 Prozent und der Bundes-FDP sogar nur von 3 bzw. 2,5 Prozent aufwies. Immerhin lag der Wahlkreis von Ries bei den Erststimmen an 14. und bei den Zweitstimmen an 16. Stelle unter insgesamt 248. In ganz Norddeutschland hatten nur zwei niedersächsische Wahlkreise aus liberaler Sicht besser abgeschnitten.[59]

VI. Fazit

Ein ausgeprägtes Interesse an Kunst, Kultur und Sport, der empathische Umgang mit Menschen jedweder Herkunft, viele – kriegsbedingte und berufliche – Stationen im Ausland, großer Einsatz für Versöhnung und internationale Begegnungen sowie ein für selbstverständlich genommenes und kontinuierliches ehrenamtliches Engagement charakterisierten die Schwerpunkte und das Wertegerüst von Alfred Ries – von ersten Schriftführertätigkeiten als Schüler bis zur Bundestagskandidatur und dem Werben um Olympische Sommerspiele in Deutschland im Ruhestand.

Ries verstand es, persönliche Netzwerke aufzubauen und zu pflegen. Kaffee-HAG bzw. die Bremer Werkschau GmbH attestierten ihm „Tüchtigkeit und Vielseitigkeit“ und hoben „sein sympathisches und ausgleichendes Wesen“ hervor. Er sei unter Kollegen und Kunden „sehr beliebt“ gewesen.[60] Der bis 1953 amtierende Bremer FDP-Senator für Wirtschaftsfragen und Außenhandel, Gustav Wilhelm Harmssen, schrieb im Zeugnis über Ries‘ Tätigkeit beim staatlichen Außenhandelskontor, dieser sei von allen Kreisen der bremischen Verwaltung und der bremischen Wirtschaft „außerordentlich

58 Die Parteien haben das Schlußwort. In: Ebd., Nr. 217, 17.9.1965, S. 4.
59 Zahlen nach Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages 5. Wahlperiode. Darmstadt/Bad Homburg o. J.
60 Zeugnis Kaffee-HAG-Aktiengesellschaft vom 10.10.1933 als Anlage zum Personalbogen vom 5.4.1959. In: PolAAA 55.830 (wie Anm. 12), S. 7f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

geschätzt“ worden und „mehr als“ ein „lauterer Charakter“.[61] Diese umgängliche und gewinnende Art, seine internationalen Erfahrungen, seine kaufmännische Ausbildung, seine Vertriebserfahrungen und seine Kenntnisse in der Öffentlichkeitsarbeit sowie im Marketing kamen ihm als Sportfunktionär und im beruflichen Leben zugute.

Vor dem Hintergrund seiner Biographie muss das Bemühen um Ausgleich und Versöhnung bei Alfred Ries besonders in den Mittelpunkt gerückt werden. Er kämpfte als Frontsoldat im Ersten Weltkrieg und kehrte später nach der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft in seine Heimat zurück, obwohl ihm dort als Jude viel Leid und Ausgrenzung widerfahren waren.Vor dem Hintergrund seiner persönlichen Erfahrungen hatte Ries seine Rückkehr nach Bremen nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Satz „Wer Versöhnung will, muss sie praktizieren“ begründet.[62] Dem lag die Überzeugung zugrunde, dass es keinen nachhaltigen Frieden geben würde, wenn Menschen wie er nicht verzeihen könnten. Daher entschied er sich wohl gerade wegen der Kriegserfahrungen und dem tragischen Schicksal seiner Familie für eine berufliche Laufbahn als Diplomat. Alfred Ries setzte darauf, Menschen zusammenbringen, um Vorurteilen, Ausgrenzung und Gewalt den Boden zu entziehen. Er vertraute auf Begegnung und Austausch, im Sport wie in der Ökonomie. Auch die Mitgliedschaft von Ries bei Rotary passte zu seinem Einsatz für internationale Kooperation. Sein überzeugtes Eintreten für wirtschaftliche und gesellschaftliche Liberalität bildete sich auch in seinen Mitgliedschaften in der DDP und später in der FDP ab.

Die Kandidatur zum Deutschen Bundestag im Jahr 1965 begründete Ries mit seiner Identifikation mit seiner Heimat Bremen. Seine thematischen Schwerpunkte im Bundestagswahlkampf 1965, nämlich Einsatz für mehr wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Austausch – insbesondere mit den Ländern Osteuropas und Afrikas –, führten wie ein roter Faden durch das Leben von Alfred Ries und standen durchaus in einer Linie mit der späteren Ostpolitik der sozialliberalen Koalition. Sie waren kein Selbstzweck, sondern hatten Frieden und Wohlstand möglichst vieler Menschen zum Ziel. Sich dafür beruflich, im Sport und politisch zu engagieren, sah Alfred Ries als seine Pflicht und seinen Auftrag an.

Dass Alfred Ries in Zeiten einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung als erinnerungskulturelles Beispiel für Versöhnung dienen kann, haben die letzten Jahre gezeigt: Nachdem eine Gruppe von Fußballfans unter Leitung des Fanprojektes Bremen e.V. sich der Geschichte des jüdischen Ex-

61 Zeugnis des Generalkonsuls G. W. Harrmssen, 5.10.1954. In: PolAAA 55.830 (wie Anm. 12), unpaginiert.

62 Monika Felsing: Die letzte Adresse vor Theresienstadt. In: Weser-Kurier, 6.10.2010. Zitiert nach: https://www.weser-kurier.de/bremen_artikel,-Die-letzte-Adresse-vor-Theresienstadt-_arid,299201.html (letzter Abruf am 5.3.2018).

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Vereinspräsidenten gewidmet hatte, wurde in Veranstaltungen, Artikeln und Rundfunkbeiträgen der Lebensleistung des fast in Vergessenheit geratenen Alfred Ries und seines Leitsatzes „Wer Versöhnung will, muss sie praktizieren“ gedacht.[63] Dieser Satz hat nichts von seiner Aktualität und Notwendigkeit eingebüßt, weder in der Politik, noch im Sport.

63 Vgl. Fanprojekt Bremen: Unvergessen vergessen. Alfred Ries, Bremen 2017. http://www.fanprojektbremen.de/phocadownload/ries_online.pdf (letzter Abruf am 5.3.2018).

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Fred Mrotzek

Der Fall Arno Esch. Zur Anatomie einer geheimdienstlichen Ermittlungsakte[1]

I. Prolog

20. April 1951: Der Rostocker Chemiestudent Friedrich-Franz Wiese sitzt seit Monaten im Moskauer Lefortowo-Gefängnis und wartet auf seine Hinrichtung. Wiese gehörte zu der liberalen Gruppe um den Studenten Arno Esch. Er wurde am 18. Oktober 1949 verhaftet und kam erst in das Rostocker Gefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit der UdSSR (MGB), später dann in das am Demmlerplatz in Schwerin. Dort verurteilte das Sowjetische Militärtribunal (SMT) 48240 am 20. Juli 1950 Friedrich-Franz Wiese zu 25 Jahren Zwangsarbeitslager. Im gleichen Prozess erhielten Arno Esch, Gerhard Blankenburg, Heinrich Puchstein und Karl-Heinz Neujahr die Todesstrafe, Reinhold Posnansky, Kurt Kiekbusch, Karl-Heinz Krumm, Walter Behrendt, Martin Kuhrmann, Hermann Groth, Helmut Mehl, Walter Neitmann und Klaus Lamprecht 25 Jahre, z. T. mehrfach. Wiese kam mit den anderen zu 25 Jahren Verurteilten am 1. September 1950 nach Bautzen, Ende Oktober 1950 in das NKWD-Zentralgefängnis Berlin-Lichtenberg und musste dort einen zweiten Prozess über sich ergehen lassen, der am 23. November 1950 mit einem Todesurteil für ihn endete. Kickbusch und Posnansky erhielten ebenfalls die Todesstrafe, die anderen erneut 25 Jahre Zwangsarbeit.[2] Hauptangeklagte in diesen Prozessen war der Rostocker Student und Liberale Arno Esch, der sich nicht nur öffentlich gegen die Vorherrschaft der SED stellte, sondern auch den freundlichen Kurs des LDP-Zentralvorstandes zur Gründung der DDR kritisierte und eine eigene neue liberale Partei gründete.

Am Morgen des 20. April wird Wiese aus der Zelle geholt und in ein Zimmer gebracht, vorne ein Schreibtisch mit rotem Tuch bedeckt, dahinter ein Stalin-Bild. Wiese erinnert sich:

1 In dem an der Universität Rostock laufenden Projekt zu Arno Esch und seinem liberalen Freundeskreis werden die sowjetischen Akten derzeit übersetzt und sollen in einer Edition und Publikation veröffentlicht werden.

2 Franz-Friedrich Wiese: Zum Tode verurteilt! Überleben im Gulag. Rostock 2009, S. 12 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Vorne ist keiner, also warten. Wie lange es gedauert hat, ist schwer zu sagen, wenn man auf die Entscheidung über Leben und Tod wartet, verschwimmt die Zeit. Endlich tritt jemand mit taubenblauen Achselstücken und ebensolchen Augen ein, schaut mich an, als ob ich aufstehen sollte. Ich schaue ihn an, als ob ich aufgestanden wäre, warte auf den Befehl zum Aufstehen, freiwillig nicht, alte Schweriner Übung. Der Befehl kommt nicht."[3]

Der Offizier setzt sich und beginnt lange und ausführlich Zeitung zu lesen, während Wiese auf seine Hinrichtung wartet. Zwischendurch unterbricht der Offizier mehrere Male seine Lektüre und fragt nach Wieses Familiennamen. Endlich nimmt er eine Akte und beginnt auf Russisch schnell daraus vorzulesen. Friedrich-Franz Wiese versteht fast nichts. Der Offizier kommt zum Ende und fragt: „Ponjal?" (Verstanden?) Wiese zuckt mit den Schultern, der Offizier flucht und überlegt.

„Endlich steht er auf, nimmt einen Kugelschreiber […] hält ihn wie eine Pistole, geht auf mich zu, setzt ihn mir auf die Brust, sagt laut: ‚Puuh!' und geht mit traurigem Gesicht hinter den Schreibtisch, setzt sich, schaut mich mitleidig an. Nach langer Zeit, vielleicht nur nach einer Minute, aber da war ich im Geist schon mehrfach gestorben, grinst er: ‚Nix!', nimmt ein Blatt Papier, zeichnet etwas darauf, hält es mir unter die Nase. Groß steht da: 25 Let [Jahre], dann Palisadenpfähle mit Stacheldraht dazwischen. Das muss ich unterschreiben."[4]

Wiese verbrachte seine Haftzeit unter anderem in dem berüchtigten Straflagergebiet Taischet (Ostsibirien) und wurde am 15. Dezember 1955 in die Bundesrepublik entlassen. Nach seinem Chemiestudium und der Promotion arbeitete er bis zu seiner Frühpensionierung 1990 als Chemiker bei der BASF in Ludwigshafen.

II. Eine Bittschrift und ihre Folgen

Friedrich-Franz Wiese engagierte sich im 1957 in Tübingen gegründeten Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS), der wohl eigentümlichsten Alumni-Vereinigung einer deutschen Universität, initiiert von politisch Verfolgten in der SBZ und frühen DDR. Ziel war u. a. die Aufklärung der Schicksale aller politischen Verhafteten, insbesondere der Gruppe um Arno Esch. Der VERS entwickelte unter dem Vorsitz von Hartwig Bernitt beachtliche öffentlichkeitswirksame Aktivitäten. Die Mitglieder hielten nicht nur untereinander Kontakt – auch zu den ehemaligen Kommilitonen in der DDR –, sondern trafen sich auch jährlich zu mehrtägigen Seminaren. Höhepunkt

3 Ebd., S. 100.
4 Ebd., S. 101-104.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

war eine Festveranstaltung im Mai 1969 zum 550-jährigen Bestehen der Universität Rostock in Kiel, die auch dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) nicht verborgen blieb.

Die Veränderungen in der Sowjetunion seit Mitte der 1980er-Jahre im Zuge von Glasnost und Perestroika motivierten Friedrich-Franz Wiese zu einem spektakulären Schritt. Mit Datum vom 4. Dezember 1988 verfasste er eine siebenseitige Bittschrift „[a]n den Herrn Generalsekretär der KPdSU, Herrn Michael Gorbatschow Moskau, Kreml UdSSR“.[5] In dem mit erkennbar diplomatischem Geschick verfassten Schreiben bezog sich der Verfasser zu Beginn auf die vielen Opfer der Stalin-Ära in der Sowjetunion, bevor er dann den Generalsekretär „auf einen besonders krassen Fall eines Unrechtsprozesses“[6] in der SBZ/DDR aufmerksam machte und das Verfahren gegen Esch und seine Mitstreiter schilderte.

> „Er [Esch, d.V.] war bei aller Jugend ein Mann des Geistes und der Politik, ein liberaler Pazifist. Seine Rehabilitierung zu betreiben, ist der letzte Freundschaftsdienst, den ich ihm erweisen kann. Sehr geehrter Herr Generalsekretär! Es ist an der Zeit! Ich bitte Sie, Arno Esch posthum zu rehabilitieren!“[7]

Wiese erhielt keine Antwort aus Moskau. Die Rehabilitierung wurde letztlich erfolgreich vom Auswärtigen Amt unter Hans-Dietrich Genscher betrieben.[8] Das Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR rehabilitierte am 19. Juli 1990 Esch, Blankenburg, Puchstein und Lamprecht. Das Gesuch von Friedrich-Franz Wiese führte aber hinter den Kulissen der kommunistischen Geheimdienste zu hektischer Betriebsamkeit und brachte die Rostocker Überlebenden der politischen Prozesse um Arno Esch Anfang der 1950er Jahre am Ende der DDR erneut in Gefahr!

Am 21. August 1989 erhielt der Leiter der Hauptabteilung IX des MfS, Generalmajor Rolf Fister, ein Gesuch des sowjetischen „Bruderorgans“ um Rechtshilfe im Rehabilitierungsverfahren Esch und andere zu folgenden Aufgabenkomplexen: Zum ersten sollten die noch in der DDR lebenden ehemaligen Verurteilten nach einem vorgegebenen Fragespiegel vernommen und zum zweiten Informationen über Mitglieder und „Feindarbeit“ der von Esch im November 1948 gegründeten und am 6. Februar 1949 in Demokratische Freiheitspartei Europas umbenannten Partei zusammengestellt werden. In der dritten Maßnahme wird noch deutlicher, dass sich das Denken und Handeln des sowjetischen Geheimdienstes selbst in der Zeit Gorbatschows noch nicht verändert hatte.

5 BStU, MfS HA IX/11 RHE Nr. 44/89, Bd. 9, Bl. 33-39.
6 Ebd., Bl. 34.
7 Ebd., Bl. 39.
8 Wiese: Tode (wie Anm. 2), S. 14.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„In den Archiven des MfS der DDR die Zugehörigkeit des Ehepaars Geisler, des Scheffler, Müller und Jakobi zu den Geheimdiensten der USA und Englands überprüfen als auch den Fakt, daß Esch, Blankenburg, Puchstein, Posnanski, Kieckbusch, Neujahr, Albrecht, Matuschek, Köpke, Hoppe, Huth und Schwarz ihre Agenten waren. Wenn ja, dies zu dokumentieren und zu bestätigen."[9]

Die im Anhang befindlichen Fragen beinhalteten fast ausschließlich Themenkomplexe über Spionage, Untergrundorganisation und Diversionstätigkeit gegen die DDR und die Sowjetunion. Aussagen über eventuelle ungesetzliche Methoden während der U-Haft und vor Gericht fanden nur am Rande Erwähnung. Die politischen Vorstellungen und Aktivitäten der damals zumeist jungen Liberalen spielten hier keine Rolle, wahrscheinlich hätten die Geheimdienstmitarbeiter diese auch gar nicht verstanden.

III. Das MfS geht ans Werk

Die gut geölte Maschinerie des MfS begann im Spätsommer des letzten Jahres der DDR umgehend mit der Ermittlungstätigkeit. Aus dem Rechtshilfeersuchen des KGB wurde eine Namensliste erarbeitet und kontinuierlich erweitert. Anfangs standen lediglich die 14 Angeklagten des Prozesses gegen die Esch-Gruppe aus dem Jahr 1949/50 im Focus des MfS, wenig später waren es achtundzwanzig, am 30. August 1989 dann schon dreißig[10] und am 26. Oktober schließlich vierzig Personen.[11] Der Maßnahmenplan sah im Wesentlichen drei Ermittlungsebenen vor, die in den folgenden Monaten erweitert und ausgebaut wurden und zeitgleich abliefen. Zum ersten trug die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) zeitgenössische Publikationen zusammen. Dazu gehörte etwa die Sichtung von zehn Sammelbänden mit Zeitungsausschnitten aus den Jahren 1946 bis 1950 zum Thema Liberaldemokratische Partei (LDP) sowie der entsprechenden Jahrgänge der „LDP-Informationen/Mitteilungsblatt der Parteileitung",[12] die keine nennenswerten Ergebnisse brachte. Sehr viel aufschlussreicher war für die Geheimdienstler des MfS die in der DDR verbotene Westliteratur, insbesondere von Karl-Wilhelm Fricke, über Jahre einer der wenigen, der sich mit Themen wie politische Verfolgung, Opposition, Justiz und MfS beschäftigte. Auszüge aus dessen Publikation „Opposition und Widerstand in der DDR"[13] mit handschriftlichen Querverweisen zu Thomas Ammers Untersuchung

9 BStU Bd. 9 (wie Anm. 5)., Bl. 44.
10 BStU (wie Anm. 5), Bd. 8, Bl. 103.
11 Ebd., Bl. 50.
12 BStU (wie Anm. 5), Bd. 7, Bl. 4.
13 Karl-Wilhelm Fricke: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report. Köln 1984.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Universität zwischen Demokratie und Diktatur“[14] finden sich als Kopie in der Esch-Akte. Hier sind auch ausreichende Belege für den Unrechtscharakter der Geheimprozesse gegen Arno Esch und seine politischen Freunde. Das war aber nicht das Ziel des MfS.

Zum zweiten wurden bis Anfang Dezember 1989 unzählige Suchaufträge in den „Speichern“, Archiven und Registraturen des MfS ausgelöst und bearbeitet. Wenngleich nur wenig Material über den Prozess gegen Esch und seine Mitstreiter auftauchte, trugen die MfS-Mitarbeiter operative Akten bis in die 1960er-Jahre aus vielen Städten der drei Nordbezirke zusammen, durch die das liberale Beziehungsgeflecht vor allem mit Bezug auf Arno Esch sehr gut rekonstruiert werden konnte. Immerhin tauchte auch ein Auskunftsbericht in einer Übersetzung aus dem Russischen vom 20. Dezember 1960 auf, in dem die Verhaftung und Zerschlagung der Untergrundgruppe um Esch geschildert wird.[15] In den Berichten über die Jugendleiter der LDP findet sich auch eine Charakteristik von Arno Esch.

> „Er verfügt über ein gutes fachliches Können und wird als Streber bezeichnet. […] Er ist ein eifriger Verfechter der Richtlinien seiner Partei und wird als Gegner der SED bezeichnet. In Diskussionen tritt er selbst weniger hervor, sondern lässt andere LDP Mitglieder sprechen. Erst bei schwierigen Themen greift er selbst ein. Durch Redegewandheit [sic!] und geschickte Themenbehandlung versucht E. die Zuhörer für seine Partei zu gewinnen. Insbesondere missbilligt er den Kurs des Studentenrates. Trotz seiner Jugend wird E. bereits als die treibende Kraft in der LDP Jugend bezeichnet.“[16]

Diese Einschätzung der Person Eschs wurde im September 1989 komplett in die aktuelle Sachanalyse des MfS übernommen.[17]

Die dritte und wichtigste Ermittlungsebene zielte auf den im Herbst 1989 noch lebenden Personenkreis. Diejenigen, die in der DDR wohnten, waren schnell ermittelt. Selbst unter den 14 Angeklagten der Esch-Gruppe hatte das MfS einen IM geworben, der nach seiner Rückkehr aus dem Gulag ab 1954 bis zu seinem Tod für die Staatssicherheit arbeitete. Ein sehr wesentliches Ziel der Ermittlungen waren Erkenntnisse über das Verhalten der politisch Verfolgten nach der geglückten Flucht aus der DDR oder der Übersiedlung nach der Haft in die Bundesrepublik. Hier wurde ganz gezielt nach Publikationen und öffentlichem Auftreten des genannten Personenkreises in Bezug auf die DDR und die Sowjetunion gefahndet.

14 Thomas Ammer: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock. Köln 1969.
15 BStU (wie Anm. 5), Bd. 8, Bl. 107-110.
16 Ebd., Bl. 147.
17 Ebd., Bd. 9, Bl. 132.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

IV. Feinabstimmung zwischen MfS und KGB

Am 1. November 1989 trafen sich um die Mittagszeit fünf Mitarbeiter der MfS-Hauptabteilung IX/11 mit dem zuständigen sowjetischen Verbindungsoffizier Igor Konstantinowitsch Peretruchin in Berlin, um über das Prüfungsverfahren zur Rehabilitierung der Gruppe Esch zu sprechen. Bei diesem Treffen wurde der Staatssicherheit

> „das Originalschreiben des BRD-Bürgers Dr. Friedrich FR. Wiese […] welches er […] an den Generalssekretär Gorbatschow gerichtet hat, zeitweilig überlassen. Außerdem stellten die Mitarbeiter des Bruderorgans den Original-Archivstrafvorgang No. K-97006, Bd. 1-6, befristet bis zum 10.11.1989 […] zur Verfügung. […] Nach Mitteilung der Tschekisten haben sie erst im August 1989 das Schreiben des BRD-Bürgers Wiese durch die zuständige Heimatdienststelle erhalten."[18]

Am Ende des Treffens wurden kurzfristige Konsultationen und Zwischenberichte vereinbart. Während die Bevölkerung in der DDR gegen die SED-Führung und das MfS demonstrierte, begann der Geheimdienst, intensiv gegen die noch lebenden Mitglieder des Freundeskreises um Esch zu ermitteln. Die Übersetzung und Auswertung der sowjetischen Akten nahm etwas Zeit in Anspruch. In einer ersten Zwischeninformation an Peretruchin wurde am 10. November schriftlich mitgeteilt, dass es keine Hinweise auf eine politische Aktivität Wieses „auf dem Territorium der jetzigen DDR"[19] gebe. Alarmierender waren allerdings

> „Ersthinweise […], wonach die im Rechtshilfeersuchen erwähnten ehemaligen Funktionäre von LDP-Jugendgruppen Flach, Karl-Hermann geb. am 17.12.1929 […] und Hoppe, Hans-Günther geb. am 9.11.1922 im Jahre 1949 in die BRD flüchteten und in der Folgezeit dort sowie in Berlin (West) als Spitzenfunktionäre der FDP wirkten, wie den als Anlage beigefügten Kopien zu entnehmen ist."[20]

Endlich gab es einen Ermittlungserfolg. Wenngleich die Hauptabteilung Aufklärung (HVA) am 17. November 1989 über Flach mitteilte, dass dieser bereits verstorben sei, attestierten die Geheimdienstmitarbeiter, dass das „führende FDP-Mitglied in Westberlin", gemeint ist Hoppe, „auf einer stark ausgeprägten antikommunistischen Grundposition"[21] stehe. Ende November 1989 geriet auch Friedrich-Franz Wiese wieder in den Focus, da das MfS enge freundschaftliche Beziehungen zu Karl-Hermann Flach nachweisen konn-

18 Ebd., Bd. 8, Bl. 67.
19 Ebd., Bl. 37.
20 Ebd., Bl. 38.
21 Ebd., Bl. 45.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

te.[22] Am 24. November 1989 eröffnete die Hauptabteilung IX/11 ein Ermittlungsverfahren gegen Friedrich-Franz Wiese mit dem Ziel der

> „Aufklärung der Person Wiese und dessen politischer Tätigkeit […] [seine, d. V.] gegenwärtige berufliche und gesellschaftliche Stellung, Zugehörigkeit zu Parteien und Massenorganisationen, Funktionen, Verbindungen und Beziehungen zu Politikern in der BRD, Beziehungen und Kontakte in die DDR, insbesondere zu Parteien (LDPD) und Massenorganisationen."[23]

Nach dem Abschluss der Recherche im Archiv der Universität Rostock wurde das Ermittlungsverfahren am 4. Dezember 1989 auf drei ehemalige Studenten ausgeweitet, die zu diesem Zeitpunkt in der DDR lebten.[24] Mit einem Rehabilitierungsverfahren des Freundeskreises um Arno Esch hatte das alles nichts zu tun.

Nur wenige Stunden später hatte der Spuk ein Ende. In der Nacht vom 4. auf den 5. Dezember 1989 und in den Tagen danach verschafften sich Vertreter der Bürgerbewegung in vielen Kreis- und Bezirksstädten der DDR Zugang zu Gebäuden des MfS, das kurz zuvor in Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umbenannt worden war, u. a. auch, um die Vernichtung von Unterlagen zu stoppen. Ein letztes Schreiben in dieser Sache stammt vom 5. Dezember. Der Leiter der Hauptabteilung IX, Rolf Fister, informiert den Leiter des AfNS, Wolfgang Schwanitz, darüber, dass gegenwärtig „jedoch noch nicht eingeschätzt werden [kann, d. V.], ob die Verurteilung der 14 Angeklagte umfassenden Gruppe tatsächlich auf falschen Anschuldigungen beruhte".[25] Das MfS blieb bis zum Schluss „Schild und Schwert der Partei", hatte aber im Dezember 1989 andere Probleme als die Rehabilitierung von politischen Opfern. Fister bat im letzten Satz seines Schreibens an Schwanitz um eine sehr wichtige Auskunft:

> „Aufgrund des politischen Selbstverständnisses des neu gebildeten Amtes für Nationale Sicherheit wird gebeten zu entscheiden, inwieweit die LDPD über den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR über die Tatsache des hier aufgenommenen Prüfungsverfahrens/Rechtshilfe bereits jetzt unterrichtet werden sollte."[26]

Der Stasi waren ihre Opfer auch zum Schluss gleichgültig. Jetzt ging es vielmehr um die Rettung der eigenen Haut!

22 Ebd., Bl. 36.
23 Ebd., Bl. 20 f.
24 Ebd., Bl. 15 f.
25 Ebd., Bl. 3.
26 Ebd..

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

V. Der Fall Esch nach 1990

Esch und seine Mitstreiter waren kurz nach der Gründung der DDR verhaftet und von einem SMT verurteilt worden. Immerhin gelangten während der friedlichen Revolution im Herbst 1989 die sowjetischen Akten des Verfahrens zurück nach Deutschland. In den wenigen Wochen, in denen das MfS den Fall neu aufrollte, produzierten die Mitarbeiter acht weitere Aktenordner. Warum das Material von der Staatssicherheit am Ende der DDR nicht vernichtet wurde, lässt sich nur vermuten. Vielleicht belasteten die Dokumente aus Sicht des MfS die eigene Tätigkeit nicht, denn immerhin handelte es sich offiziell um ein Rehabilitierungsverfahren.

Nach dem Zusammenbruch der DDR begann der VERS sofort seinen Wirkungskreis auf die Universität Rostock auszuweiten. Seit 1989 gab es direkte Kontakte zur Universität, und 1990 tagte der Verband erstmals in der Hansestadt. Im Zentrum standen neben aktuellen und historischen Themen immer auch Berichte zum Stand der Aufarbeitung von Schicksalen politisch verfolgter Mitarbeiter und Studenten, insbesondere Arno Esch und Karl-Alfred Gedowsky. Letzterer wurde im Juni 1951 mit fünf weiteren Studenten – darunter auch der Gründer und Vorsitzende des VERS, Hartwig Bernitt – verhaftet, im Dezember zum Tode verurteilt und im März 1952 in Moskau hingerichtet. Die anderen Mitangeklagten erhielten 15 bis 25 Jahre Zwangsarbeitslager.[27] Neben den zwei jährlich stattfindenden mehrtägigen Veranstaltungen begann der VERS eine rege und sehr erfolgreiche Publikationstätigkeit, die sich fast ausschließlich der politischen Verfolgung widmete. Allein über den Freundeskreis um Arno Esch erschienen drei Bücher, basierend vor allem auf Zeitzeugenberichten und historischen Quellen.[28] Darüber hinaus traten Mitglieder des VERS in unzähligen Seminaren und wissenschaftlichen Veranstaltungen auf und machten die Schicksale der politisch Verfolgten nicht nur an der Universität Rostock, sondern auch in den neuen Bundesländern einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Allerdings galten die Akten der Täter als verschollen, wenngleich Friedrich-Franz Wiese immer wieder darauf aufmerksam machte, dass diese im Zuge des Rehabilitationsverfahrens in die DDR gekommen sein müssten.

In dem Erneuerungsprozess an der Universität Rostock nach der friedlichen Revolution 1989 spielten die Aktivitäten des VERS und die Aufklärung

27 Martin Handschuck: Auf dem Weg zur sozialistischen Hochschule. Die Universität Rostock in den Jahren 1945-1955. Bremen 2003, S. 214 f.

28 Friedrich-Franz Wiese/Hartwig Bernitt: Arno Esch. Eine Dokumentation. Dannenberg/Elbe 1994. Horst KöpkeFriedrich/Franz Wiese: Mein Vaterland ist die Freiheit. Das Schicksal des Studenten Arno Esch. Rostock 1997. Hartwig Bernitt/Horst Köpke/Friedrich-Franz Wiese: Arno Esch. Mein Vaterland ist die Freiheit. Bearbeitung der Neufassung: Christian Moeller. Dannenberg 2010.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

des Schicksals von Arno Esch eine wichtige Rolle. Der politische Widerstand, die Verhaftung, Verurteilung und Hinrichtung von Esch durch sowjetische Sicherheitsdienste verdeutlichen zum einen den brutalen Umgang mit politisch Andersdenkenden in der SBZ/DDR, zum anderen steht Esch aber auch für die demokratischen Traditionen der Universität Rostock. Seit 1990 erinnert eine Gedenktafel im Foyer des Hauptgebäudes der Universität an den Studenten und auf dem neu geschaffenen Campus Ulmenstraße wurde ein Hörsaal nach Esch benannt. Die an der Universität angesiedelte Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland (FDS) vergibt seit 2016 ein Arno-Esch-Promotionsstipendium, dessen weitere Finanzierung allerdings derzeit unklar ist.[29]

Mit der Entstehung der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) im Dezember 1991 wurde auch die „Akte Arno Esch und andere" professionell erfasst und verzeichnet. Allerdings gelang es wegen der Art der Aktenführung viele Jahre keinem Historiker, die Materialien einzusehen. An der Universität Rostock wurden wenigstens zwei Promotionen[30] erfolgreich abgeschlossen, und es gab mehrere Forschungsprojekte, in denen die Bearbeiter versuchten, Akten über Esch in der BStU und in anderen Archiven zu finden. Im Jahr 2010 begann in der FDS die Arbeit an einem Datenbankprojekt, in dem möglichst alle politischen Häftlinge, die in dem ehemaligen MGB-, später dann MfS-Gefängnis am Demmlerplatz in Schwerin von 1945 bis 1989 inhaftiert waren, erfasst werden sollen. Neben der Auswertung einschlägiger Publikationen und Zeitzeugeninterviews stammen die meisten Informationen aus den Unterlagen der BStU. Da historische Quellen über die frühe Zeit (1945 bis ca. 1955) nur lückenhaft vorhanden sind und in der ersten Phase nach Gründung des MfS keine einheitliche Aktenführung bestand, wurde mit den BStU-Mitarbeitern vereinbart, alle Akten, die politische Haft betreffend, vorzulegen.

VI. Anatomie einer Akte

Im Zuge dieser systematischen Recherchen tauchte im August 2012 die Kopie der SMT-Akten, die im November 1989 der Staatssicherheit übergeben worden waren, und die dazugehörigen Unterlagen des MfS über Arno Esch

29 www.dokumentationsstelle.uni-rostock.de/forschungsstelle/arno-esch-stipendium/stipendium/, Zugriff 13.3.2019.

30 Vgl. dazu: Ines Soldwisch: „…etwas für das ganze Volk zu leisten und nicht nur den Zielen einer Partei dienen…". Geschichte der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) in Mecklenburg von 1946-1952. Berlin 2007, Handschuck: Weg (wie Anm. 27).

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und dessen Freundeskreis auf.[31] Die Verzeichnung in der BStU erfolgte nicht nach der Provenienz des Namens, sondern man hatte den ursprünglichen Aktentitel der Hauptabteilung IX übernommen. Damit war eine Recherche mittels der Namen der Betroffenen fast unmöglich. Die Akten über die Gruppe Esch umfassen 14 Bände, davon sechs in russischer Sprache. Sie lassen eine detaillierte Rekonstruktion der damaligen Geschehnisse und der Arbeitsweise von KGB und MfS bis 1989 zu. Hinzu kommen unzählige Hinweise auf weiterführendes Aktenmaterial. Die Staatssicherheit versuchte auch Jahrzehnte nach der Hinrichtung Eschs, Strukturen aufzudecken und Verdächtige zu verhaften. Die Ermittlungen betrafen viele Städte in den drei Nordbezirken, letztmalig in Güstrow im Mai 1983.

Die Aufbereitung und Bearbeitung der in Russisch verfassten Aktenbände mit mehreren Tausend Blättern ist nicht unproblematisch. Zunächst einmal ist festzustellen – und das erleichtert die Arbeit –, dass der Aufbau des Bestandes vom Haftantrag über den Haftbefehl, das Protokoll der Verhaftung, Durchsuchung, unzählige Verhöre, Gegenüberstellungen, Anklage, Prozess, Urteil bis hin zur Bestrafung mit der Aktenführung des MfS nahezu identisch ist. Damit wurde versucht, angebliche Rechtsstaatlichkeit zu dokumentieren. Derzeit werden die Unterlagen von einer Fachdolmetscherin, die über juristische Spezialkenntnisse verfügt, übersetzt und von einem Juristen Korrektur gelesen. In dieser ersten Arbeitsphase kann schon sehr eindrucksvoll belegt werden, dass die Situation der Angeklagten in den Verhören auch im Hinblick auf die Übersetzung und Erstellung des Protokolls alles andere als fair war. Zeitzeugen berichteten übereinstimmend, dass der anwesende Dolmetscher nicht fließend Deutsch sprach und es daher immer wieder zu Missverständnissen kam.

Während der Verhöre wurde handschriftlich in russischer Sprache protokolliert. Am Ende einer Vernehmung mussten die Verhafteten jedes einzelne Blatt unterschreiben. Daraus fertigte der Verhöroffizier ein maschinenschriftliches Protokoll für die Gerichtsakte an. Vergleiche ergaben zum Teil sehr erhebliche Abweichungen in den Aussagen der handschriftlichen Mitschriften mit den letztlichen Ausfertigungen, die die eigentliche juristische Beweiskraft für das SMT besaß. Während der Verhaftungen im Oktober 1949 wurde umfangreiches „Belastungsmaterial“ sichergestellt. Die Akten enthalten daher auch Korrespondenzen, Flugblätter, abgeschriebene Radiosendungen, das Gründungsprotokoll und Protokolle von Vorstandssitzungen der Europäischen Freiheitspartei, strategische und strukturelle Überlegungen Arno

31 Ein besonderer Dank gilt Anna Tauscher und Dieter Klatt von der BStU, Außenstelle Görslow, für die sorgfältige Recherche und der Leiterin der Außenstelle, Corinna Kalkreuth, die das Datenbankprojekt zu jeder Zeit gefördert hat.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Eschs zum Parteiaufbau, Referate, persönliche Papiere etc. Auch diese Materialien wurden komplett ins Russische übersetzt.

Die erste Sichtung des gesamten Materials bestätigt den großen Mut der jungen Männer, die mit zunehmender Haftzeit begriffen, dass sie in einer ausweglosen Situation steckten. Trotzdem wurden keine gegenseitigen Beschuldigungen erhoben und nur Mitstreiter belastet, die nach Westberlin geflohen und damit in relativer Sicherheit waren oder die in der Bundesrepublik lebten. Allerdings interpretierten die sowjetischen Sicherheitsoffiziere bereits diese Kontakte als Spionage. Die Verhafteten versuchten nur das zuzugeben, was der Geheimdienst ohnehin schon zu wissen schien. Die Verzweiflung der Männer nach der Verkündung der Urteile kann nicht in Worte gefasst werden. Jeder Todeskandidat verfasste im Schweriner Gefängnis ein Gnadengesuch. Selbst im Angesicht der Hinrichtung zeigte Arno Esch außerordentliche Stärke und Tapferkeit. Er bekannte sich nicht nur im Sinne der Anklage schuldig, sondern übernahm auch die Hauptverantwortung für seine mitverurteilten Freunde und versuchte, diese zu retten. Weiter heißt es in dem Gnadengesuch:

> „Die Form des gesamten gegen meine Person durchgeführten Strafverfahrens in Bezug auf seine Sachlichkeit und Korrektheit hat mich tief beeindruckt. Ferner habe ich während der Untersuchungshaft die Gelegenheit gehabt, Erfahrungen zu machen, die mich erheblich zum Nachdenken veranlahst [sic!] haben. […] Ebenso sehr wie ich anerkenne, dahs [sic!] das gegen mich durchgeführte Verfahren vom Standpunkt der Sowjetunion aus gerechtfertigt und notwendig war, vertraue ich auf die Hochherzigkeit der Sowjetunion und dieser Umstand veranlahst [sic!] mich, das obige Gnadengesuch zu stellen, mit dem Ersuchen, die gegen mich verhängte Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe umzuwandeln. Schwerin, den 7. August 1950 Arno Esch.“[32]

VII. Epilog

24. Juli 1951: Moskau Butyrka-Gefängnis: Der Rostocker Student und Liberaldemokrat Arno Esch sitzt seit Wochen in einer Einzelzelle und wartet auf seine Hinrichtung. Wahrscheinlich in den späten Abendstunden wird Arno Esch aus seiner Zelle geholt. Zwei Männer halten seine Arme hinter dem Rücken fest. Einer geht vorneweg. Man teilt ihm mit, dass das Gnadengesuch abgelehnt worden ist. Kurze Zeit später wird Arno Esch erschossen. In dem letzten Dokument, ein vorher angefertigtes Einäscherungsprotokoll, ist nicht einmal mehr der Name des hingerichteten Liberalen eingetragen, sondern es werden lediglich Datum und Uhrzeit sowie die Anzahl der einge-

32 BStU (wie Anm. 5), Bd. 5, Bl. 275 f. Die Orthografie wurde übernommen.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

äscherten Leichen per Unterschrift bestätigt. Seine Asche bestattet man in einem anonymen Massengrab auf dem Moskauer Friedhof Donskoje.[33]

33 „Erschossen in Moskau …“ Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950-1953. Hrsg. von Arsenij Roginskij, Frank Drauschke, Anna Kaminsky. 3. vollständig überarbeitete Auflage Berlin 2008, S. 34.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Norbert Schloßmacher

Wider „Franzosentrabanten“ und „Rückschreitern“, aber fürs Vaterland. Zur politischen Verortung bzw. Vereinnahmung von Ernst Moritz Arndt. Gedanken anlässlich seines 250. Geburtstags

Vor nicht allzu langer Zeit wurde in einer Buchrezension angemerkt: „Selbst der inzwischen weitgehend bedeutungslose Ernst Moritz Arndt wird [...] bemüht.“[1] Anlässlich seines bevorstehenden 250. Geburtstags soll dieser Befund der Bedeutungslosigkeit im Folgenden überprüft werden.

I.

Als am 29. Juli 1865 auf dem Alten Zoll in Bonn das Denkmal für Ernst Moritz Arndt im Rahmen einer glänzend organisierten und gut besuchten Festwoche feierlich enthüllt wurde, hatte die Popularität des am 26. Dezember 1769 auf der seiner Zeit zu Schweden gehörenden Insel Rügen geborenen Arndt ihren absoluten Höhepunkt erreicht.[2]

Um den Standort des Denkmals[3] – und nur um den – hatte es eine jahrelange lebhafte, zu weiten Teilen in der Lokalpresse ausgetragene Diskussion gegeben, die weniger um politisch-symbolhafte als vielmehr um stadtplanerische und -gestalterische Fragen kreiste. Schließlich fiel die Entscheidung der Verantwortlichen auf den Alten Zoll, ein historisch und emotional gewichtiger Ort. Handelt es sich doch um den am besten erhaltenen Teil der frühneuzeitlichen Stadtbefestigung an prominenter Stelle: Er markiert die südöstliche, unmittelbar am und hoch über dem Rhein gelegene Bastion, ein

1 General-Anzeiger Bonn, 27.11.2017.

2 Vgl. zuletzt, mit zahlreichen Literaturhinweisen, Dominik Geppert: Zwischen deutschem Nationalismus, regionaler Verwurzelung und europäischer Zivilisation. In: 150 Jahre Historisches Seminar, hrsg. vom Institut für Geschichtswissenschaft. Siegburg 2013, S. 31-49, sowie Norbert Schloßmacher: Ernst Moritz Arndt. Ein Denkmal setzen – die Wacht am Rhein. In: Tilman Mayer/Dagmar Schulze Heuling (Hrsg.): Über Bonn hinaus. Die ehemalige Bundeshauptstadt und ihre Rolle in der deutschen Geschichte. Baden-Baden 2017, S. 35-58.

3 Hierzu die ausführliche Studie von Ute Schmolke: Das Ernst Moritz Arndt-Denkmal auf dem Alten Zoll in Bonn, unveröffentlichte Magisterarbeit. Bonn [1982] (Stadtarchiv Bonn, 83/22); vgl. auch Ernst-Moritz-Arndt-Gesellschaft (Hrsg.): Arndt-Denkmale und Arndt-Ehrungen im 19. und 20. Jahrhundert. Groß Schoritz 1996.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

vormals strategisch und für den Schutz der Stadt ungemein wichtiges Bollwerk. Die mit dieser Funktion einhergehenden Assoziationen entsprechen exakt jenen Bildern, die Arndt zu einem Heros hatten werden lassen, der als nationale Symbolfigur für Kraft und Stärke, für Unerschütterlichkeit und Festigkeit, für Freiheit und Unabhängigkeit stand. Der unmittelbar zu Füßen des Standbilds fließende Rhein, der eben „Deutschlands Strom" und nicht „Deutschlands Grenze" war und sein sollte, tat sein Übriges, um das Arndt-Denkmal zu einer Art nationalem Wallfahrtsort werden zu lassen.

Bereits Arndts Beerdigung am 1. Februar 1860 auf dem Alten Friedhof in Bonn war eine machtvolle Demonstration seiner damaligen und noch mehr als ein Jahrhundert andauernden Verehrung in weiten Kreisen der Bevölkerung.[4] Am 29. Januar war Ernst Moritz Arndt, wenige Wochen nach seinem 90. Geburtstag, als er „mit Glückwunschadressen, Geschenken und Ehrenbezeugungen aus ganz Deutschland überschüttet"[5] worden war, in seinem Wohnhaus verstorben.

Wohl in Erwartung zahlreicher Trauergäste hatte die Familie die Organisation und Durchführung der Beisetzung der Universität übertragen, die per Inserat in der Lokalpresse eine „Ordnung" für das „Leichenbegängniß" veröffentlichte.[6] Zahlreiche Bonner Vereine und Institutionen riefen zur Teilnahme auf. Und so versammelte sich am 1. Februar 1860 eine große Trauergemeinde am Wohnhaus der Familie Arndt, um „die sterblichen Ueberreste dieses von seiner ganzen Nation so vielgeliebten Sängers und Vorkämpfers"[7] auf ihrem Weg über den Marktplatz zum Alten Friedhof zu begleiten.

Die Leichenpredigt wird das Wohlwollen der am Grab Stehenden gefunden haben. Der damalige erste Pfarrer der evangelischen Gemeinde in Bonn, Johann Heinrich Wiesmann,[8] brachte nämlich genau Dasjenige zum Ausdruck, was immer wieder im Zusammenhang mit Arndts Verdiensten an ers-

4 Im benachbarten Königswinter wurde ob der Nachricht vom Tod Arndts sogar eine Karnevalssitzung unterbrochen (nicht abgebrochen) und nach Absingen des Arndtschen Liedes *„Was ist des Deutschen Vaterland?"* wieder fortgesetzt. Vgl. den entsprechenden Bericht in der Bonner Zeitung, 2.2.1860.

5 Irmfried Garbe: „Arndt ist tot". Sein Bild in den Nachrufen von 1860. In: Dirk Alvermann/Ders. (Hrsg.): Ernst Moritz Arndt. Anstöße und Wirkungen. Köln/Weimar/Wien 2011, S. 143-161, hier S. 146.

6 Bonner Zeitung, 1.2.1860.

7 Bericht in Bonner Zeitung, 2.2.1860.

8 Der Predigttext liegt in mehreren Auflagen im Druck vor: Pastor Dr. Wiesmann: Am Grabe Ernst Moritz Arndts's (Am 1. Februar 1860). Bonn 1860. Daraus auch die folgenden Zitate. Zuletzt ediert von Irmfried Garbe: Nachrufe auf Arndts Tod 1860. In: Alvermann/Garbe: Arndt (wie Anm. 5), S. 165-364, hier S. 177-180. Johann Heinrich Wiesmann, seit 1825 Pfarrer in Lennep, übernahm 1853 die Bonner Pfarrstelle und wurde 1860 Generalsuperintendent der evangelischen Kirche der Rheinprovinz mit Sitz in Koblenz. Vgl. Wolfgang Eichner: Evangelische Sozialarbeit im Aufbruch. Aus der Geschichte der Kirchengemeinde in Bonn. Bonn 1986, passim, sowie Volkmar Wittmütz: Johann Heinrich Wiesmann. In: Internetportal Rheinische Geschichte, unter: http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenli

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ter Stelle genannt worden war und seinen Ruhm begründet hatte: Zunächst und zuvorderst sein Beitrag zur „Befreiung des geknechteten Vaterlands“ in napoleonischer Zeit, dann sein Charakter, nämlich „ein deutscher Mann im vollsten Sinne des Wortes, schlicht und einfach […], ohne allen Prunk und leeren Schein, treu und wahr in seiner Rede, unbeugsam […], tapfer und fröhlich, sittlich streng und keusch und von Herzen fromm“, und schließlich sein Eintreten für „die Einigkeit, die innere Herrlichkeit seines Vaterlandes“, an der er stets festhielt und an der er trotz gewaltiger Rückschläge „nicht irre geworden“ und sich nicht hat „verbittern lassen“. Diese politische Idee, so der Prediger, „war der Traum seiner Jugend, die Arbeit seiner Mannesjahre, die Hoffnung seines Alters“.

Ins gleiche Horn stieß die „Neue Preußische Zeitung“ (Kreuzzeitung), der in einer eigens zum Tod Arndts erschienenen Sonderbeilage der „Bonner Zeitung“ mit ausführlich zitierten Textpassagen breiter Raum gegeben wurde. Das Berliner Blatt stellte höchst halbamtlich fest, dass Arndt weder als Gelehrter, noch als Politiker oder als Dichter das eine große Werk geschrieben, die eine große Leistung erbracht habe. „In der That, er hat gar nichts so Besonderes gethan. Sein Größtes ist, dass er immer in vollem Maße gethan hat, was wir alle immer thun sollten: Er hat sein Vaterland mit feuriger, treuer Mannesliebe geliebt, er ist sein Lebtag ein tapferer, wahrer, biederer Deutscher gewesen, er hat nie aufgehört, seinen lieben Deutschen mit den gesunden Empfindungen und den mannhaften Handlungen eines echten Patrioten voranzugehen.“[9]

Bereits wenige Tage nach dem Begräbnis Arndts fand sich in Bonn ein Komitee zusammen, das in einem „Aufruf an das Deutsche Volk“ dafür warb, „dem großen Manne in Bonn, dem Aufenthaltsort seiner Wahl, hier am linken Ufer des Rheines, den er den deutschen Strom nannte, […] [ein] ehernes Standbild wie auf einer Warte kommenden Geschlechtern zur Erinnerung an große Thaten und zur Mahnung an große Pflichten“ zu errichten.[10] Die Namen der dreißig Unterzeichner, gleichzeitig die Mitglieder dieses Gremiums, lesen sich wie das „Who‘s who“ des Bonner Establishments: Unter ihnen finden sich namhafte Vertreter von Regierung und Verwaltung wie der mit Bonn eng verbundene damalige preußische Kultusminister Moritz August von Bethmann-Hollweg, der aus Stralsund stammende Oberpräsident der Rheinprovinz, Adolf von Pommer Esche, der Kölner Regierungspräsident Eduard von Moeller, der Bonner Landrat Carl von Sandt oder der Bonner Oberbürgermeister Leopold Kaufmann. Das Militär war durch den örtli-

chkeiten/johann-heinrich-wiesmann/DE-2086/lido/57c92fd4458940.90978383 (Zugriff am 7.2.2019).

9 Zitat nach Sonderbeilage Bonner Zeitung, 2.2.1860; vgl. Garbe: Nachrufe (wie Anm. 8), S. 171 ff.

10 Bonner Zeitung, 10.1.1860.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

chen Regimentskommandeur Carl Friedrich Graf von der Goltz und die Justiz durch Landgerichtspräsident Gerhard Merrem und Oberprokurator Peter Hubert Carl Heinrich von Ammon (1804/5-1872) vertreten. Die Universität wurde repräsentiert durch ihren Rektor, den katholischen Theologen Peter Josef Knoodt, durch die Professoren Friedrich Christoph Dahlmann, Karl Theodor Welcker – beide Repräsentanten des Frühliberalismus und, wie Arndt, Opfer der Demagogenverfolgung und Abgeordnete im Paulskirchenparlament – und Otto Jahn sowie durch den Juristen Friedrich Bluhme, den Altphilologen Christian August Brandis, den Historiker Johann Wilhelm Loebell, den Geographen Georg Benjamin Mendelssohn, den Juristen Karl Sell und den Kunsthistoriker Anton Springer. Hinzu kamen Bonner Honoratioren, darunter Beamte, Geschäftsleute und Stadtverordnete, unter ihnen sowohl Protestanten wie Georg Bunsen oder der Musikmäzen Carl Gottlieb Kyllmann als auch Katholiken wie die angesehenen Kaufleute Johann Joseph Berghausen und Joseph Drammer.

Im Gegensatz zu dieser allgemein positiven Stimmung für Arndt in Bonn sollte es hingegen im benachbarten Köln über die Frage der Mitfinanzierung des Bonner Denkmals zu „erbitterten Auseinandersetzungen“ in der Stadtverordnetenversammlung kommen. Dabei setzte sich die (links-)liberale Ratsmehrheit mit dem Hinweis auf Arndts „patriotische Größe“ und „seine Verdienste um das deutsche Vaterland“ gegenüber der stärker „vaterstädtisch“ orientierten katholischen Minorität durch, die sich offenbar immer noch von früheren kritischen Äußerungen Arndts gegenüber Köln brüskiert fühlte.[11] Schon 1859 hatten die Liberalen in Köln die Ehrenbürgerschaft für Arndt durchgesetzt.[12]

Für die Herstellung des Denkmals konnte der in Berlin wirkende Bildhauer Bernhard Afinger gewonnen werden. Afinger war schon 1855 in Bonn gewesen. Er hatte Arndt porträtiert und eine Büste geschaffen. Dabei handelte es sich um vorbereitende Arbeiten für das 1856 für den Gründer der Universität Greifswald, Bürgermeister Heinrich Rubenow, errichtete Denkmal, auf dem auch Arndt verewigt ist.

Afinger zeigt Arndt ganz naturalistisch, überlebensgroß, als einen Mann in den „besten Jahren“. Er steht auf einem zwei Meter hohen Sockel, in einem einfachen, knielangen und altertümlichen Gehrock, mit der linken Hand auf einen Eichenstumpf gestützt, aus dem junge Triebe wachsen und frisches Weinlaub emporrankt. Die Eiche war von Arndt selbst zum Sinnbild des 18. Oktobers, des Tags der Völkerschlacht bei Leipzig 1813, erklärt wor-

11 Vgl. Beate-Carola Padtberg: Rheinischer Liberalismus in Köln während der politischen Reaktion in Preußen nach 1848/49. Köln 1985, S. 121. Dort auch die Zitate. Die angedeuteten abwertenden Bemerkungen Arndts stammten aus der Debatte um den Standort der neu zu gründenden rheinischen Universität; siehe weiter unten.

12 Vgl. ebd., S. 151 u. 156.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

den[13] und durfte schon von daher auf seinem Denkmal nicht fehlen. Der feste, entschlossene und selbstbewusste Blick und auch die rechte Hand weisen über den gleichsam zu seinen Füßen fließenden Rhein nach Osten. Nicht in erster Linie der Bonner Professor, und wohl auch nicht der Frankfurter Parlamentarier sind hier dargestellt, sondern Arndt in derjenigen Lebensphase, die seinen Ruhm begründete und die ihn noch Jahrzehnte nach seinem Tod zu den „großen" Deutschen gehören ließ: die Zeit seines publizistischen Kampfes gegen Napoleon und seine als maßgeblich bewertete Rolle in den Befreiungskriegen.[14] Arndt erscheint dabei gleichzeitig als „Volksmann" wie auch als „Praeceptor Germaniae, […] stehend, mahnend und belehrend", voller „Biedersinn".[15]

Zwei Zitate am Sockel des Denkmals, beide aus 1813 erschienenen Texten, bestätigen den Befund, dass damit in erster Linie der als Schlüsselfigur der Befreiungskriege Identifizierte gewürdigt werden sollte.

Bei der ersten dieser Inschriften *„Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte"*[16] handelt es sich um die Anfangsverse eines Liedes, das Arndt nach der Niederlage Napoleons in Russland dichtete, und in dem er zum wiederholten Mal zum Kampf gegen Frankreich und zum Beistand für das *„heil'ge Vaterland"* aufrief. Vom *„kühnen Muth"* und vom *„Zorn der freien Rede"* singt er und von *„Gott gewollt"*. Zugleich bemüht er das zutiefst unchristliche Motiv der *„Rache"* und bezeichnet *„Franzosenblut"* als *„Henkerblut"*. Manches klingt wie Kreuzzugslyrik und auch die *„Hermannsschlacht"* wird als Vorbild für die Kampagne gegen die Tyrannei herangezogen. Mit den Zeilen *„Wir siegen oder sterben hier/ Den süßen Tod der Freien"* endet dieser zum Teil äußerst martialische Text.

„Der Rhein. Teutschlands Strom, nicht Teutschlands Gränze",[17] ist das zweite der am Denkmal eingeschriebenen Arndt-Zitate. Auch hier kommt der starke antifranzösische Impetus zum Ausdruck, der durch die „Rheinkri-

13 Vgl. Ernst Moritz Arndt: Ein Wort über die Feier der Leipziger Schlacht. Frankfurt/Main 1814; ders.: Noch ein Wort über die Franzosen und über uns. Frankfurt/Main 1814. Vgl. auch Ute Schneider: Politische Festkultur im 19. Jahrhundert. Die Rheinprovinz von der französischen Zeit bis zum Ende des Ersten Weltkriegs (1806-1918). Essen 1995, S. 57.

14 Vgl. hierzu Ulrich Bischoff: Denkmäler der Befreiungskriege in Deutschland 1813-1815. phil. Diss. Berlin 1977, der das Arndt-Denkmal eindeutig als ein solches identifiziert.

15 Die Zitate nach Walter Holthausen: Plastik des 19. Jahrhunderts. In: Heinrich Lützeler (Hrsg.): Die Bonner Universität. Bauten und Bildwerke. Bonn 1968, S. 85-102, hier S. 94.

16 Unter dem Titel „Vaterlandslied". In: Ernst Moritz Arndt: Lieder für Teutsche im Jahre der Freiheit 1813. Leipzig 1813, S. 81-83. Der Band beinhaltet eine Vielzahl von kampf- und kriegsbeschwörenden Liedern und Gebeten, mit immer wiederkehrenden Begriffen wie Rache, Freiheit, Vaterland.

17 Ernst Moritz Arndt: Der Rhein, Teutschlands Strom, aber nicht Teutschlands Gränze. Leipzig 1813. Es handelt sich um ein in der Römerzeit einsetzendes historisch-politisches Traktat, in dem Arndt die Prämisse setzt: „[D]ie einzige gültigste Naturgränze macht die Sprache." (ebd., S. 7).

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

se“ 1840/41 noch einmal befeuert worden und zweifellos auch ein halbes Jahrhundert nach den Befreiungskriegen virulent war.

Die Enthüllung des Denkmals am 29. Juli 1865 geriet zur Inszenierung und war auch als eine solche geplant worden. Ein langer Festzug machte sich vom zentralen Münsterplatz mit dem ebenfalls monumentalen Beethoven-Denkmal aus auf den Weg durch die festlich geschmückten Straßen der Stadt zum Alten Zoll. Zahlreiche Musik- und Gesangvereine, Studentenabordnungen, der Bildhauer Afinger, umringt von den Mitgliedern des Denkmalkomitees, Turner, Schützen und die Feuerwehr nahmen teil. Der Andrang war offenbar weit höher als erwartet. Arndts Witwe durchschnitt die Schnur, die die Umhüllung zusammenhielt, es wurden patriotische Lieder gesungen und das Denkmal in die Obhut der Universität gegeben. Der Ort des Geschehens war reich dekoriert und das Nationale, vor allem die Komponenten Einheit und Freiheit, bildete den Grundton der Veranstaltung. So heißt es beispielsweise im vom Dichter, Philologen und Bonner Germanistik-Professor Karl Simrock zu diesem Anlass verfassten, vor Ort vorgetragenen und später auch im Druck erschienenen Festlied*: „Er pries des deutschen Namens Ehre/ Und schwieg von unsern Fehlern nicht,/ Zur Einheit mahnte seine Lehre/ Und Freiheit hieß ihm süße Pflicht.“*[18]

In den Reden wurde voller Pathos das Gemeinsame, die kollektive Verehrung Arndts beschworen: Universitätskurator Wilhelm Beseler zeichnete in seiner Rede Arndt als den Mann, „den zu ehren die Bewohner der stolzesten Paläste und der niedrigsten Hütten mit einander gewetteifert haben, dem das Herz des deutschen Volkes gehört. […] Bei dem Namen Arndt denken wir an rücksichtslose Wahrhaftigkeit, an schlichte, aller Falschheit und Intrigue abholde Ehrlichkeit, und tapfere und aufopfernde Hingabe an das Vaterland.“[19] Oberprokurator von Ammon sprach von den Befreiungskriegen als der „großen Zeit […], worin besonders er [Arndt] sich unsterbliche Verdienste um das Vaterland erwarb.“ Dazu bemühte er die gesamte Palette antifranzösischer Affekte von Ludwig XIV. bis in die damalige Gegenwart. Thematisiert wurde auch ein zweiter zentraler Moment im Leben Arndts: „[A]ls man in einer bösen Zeit das Zauberwort vergessen hatte, […] gesetzliche Freiheit im einigen deutschen Vaterlande“, da „heftete sich der Undank auch an seine Fersen“. Bewundert wird die Gelassenheit, mit der Arndt dieses Unrecht trug:

> „Licht und Recht war die Schrift auf seiner Fahne, Deutschland über Alles und Preußen in Deutschland voran, der Wahlspruch seiner Vaterlandsliebe – höchste und ausnahmslose Herrschaft des Gesetzes im einigen und starken deutschen Vaterlande sein politisches Ziel.“

18 Karl Simrock: Drei Festlieder. Bonn 1868, S. 6.
19 Beilage zur Bonner Zeitung, 30.7.1865. Hieraus auch die folgenden Zitate.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Auch der damalige Rektor der Bonner Universität, der Astronom Friedrich Wilhelm August Argelander, charakterisierte Arndt in ähnlicher Weise:

> „Wahrheit in Wort und That, sittlicher Ernst, Demuth und wahre Frömmigkeit, gleich fern von heuchlerischer Kopfhängerei, wie von überhebender Zweifelsucht, unverbrüchliche Anhänglichkeit an das angestammte Fürstenhaus, hingebende Liebe zum Vaterland, und unablässiges, keine Aufopferung scheuendes Streben nach dem Wohl desselben."

Wie stark die Präsenz Arndts war, wie groß die Begeisterung, zeigt sich auch in den zahllosen Inseraten in der Presse in jenen Tagen und Wochen, die für die unterschiedlichsten Devotionalien, für Bilder, Statuten, Texte von und über Arndt warben, und zu Konzerten, Liederabenden und Festveranstaltungen, organisiert von den unterschiedlichsten Gruppierungen, einluden.

Zweifellos also beherrschte Arndt in jenen Jahren nach seinem Tod die Gemüter, und zwar nicht nur in Bonn. Auch am 1878 enthüllten Denkmal für Friedrich Wilhelm III. auf dem Kölner Heumarkt, mit dessen Planungen 1855 begonnen worden war, gehört Arndt zur äußerst prominenten Staffage: Er steht dort neben Persönlichkeiten wie Blücher, Gneisenau, Hardenberg, den Brüdern Humboldt, dem Freiherrn vom Stein. Auch dieses Denkmal zieren Szenen aus dem Befreiungskrieg.[20] Straßen und Plätze, eine Universität, Schulen und Kasernen wurden in den folgenden Jahrzehnten nach Arndt benannt, insbesondere während der Herrschaft des Nationalsozialismus, aber auch noch zu Zeiten von Bundesrepublik und DDR.[21]

II.

Ein Blick auf Arndts langes Leben soll im Folgenden die Frage nach der Ursache, nach den Gründen für seine große Popularität zu beantworten versuchen.

Ernst Moritz Arndts Wiege stand auf der Insel Rügen und damit in Schweden, wozu die Insel und der westliche Teil Pommerns seit dem Westfälischen Frieden gehörte. Sein Vater stand als Verwalter des Gutes Groß Schoritz in Diensten des Fürsten zu Putbus und hatte sich erst kurz vor der Geburt seines Sohnes aus der Leibeigenschaft freikaufen können. Nach Privatunterricht und dem Besuch des Stralsunder Gymnasiums begann er 1791

20 Vgl. Iris Benner: Denkmäler der Preußenzeit. Ein Stadtrundgang in Köln. Köln 2004, S. 9-11; https://www.kuladig.de/Objektansicht/KLD-275642 (Zugriff am 18.4.2019).

21 Als Beispiele seien genannt die Universität Greifswald, Gymnasien in Bergen/Rügen, Bonn, Krefeld und Remscheid, eine Grundschule in Nordhorn, Kasernen in Neustadt/Hessen und Hagenow/Mecklenburg-Vorpommern, dazu ungezählte Plätze und Straßen in ganz Deutschland.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

das Studium der Theologie an der Universität Greifswald, das er im Herbst 1796 erfolgreich abschloss. Die folgenden eineinhalb Jahre verbrachte er als Hauslehrer bei der Familie des Pfarrers und späteren Greifswalder Geschichtsprofessors Ludwig Gotthard Kosegarten in Altenkirchen/Rügen, der – ebenso aufgeklärt wie romantisch – sich durch innovative pastorale Ansätze, literarische Arbeiten sowie durch seine Übersetzungen von Werken von Adam Smith einen Namen machte.[22] Wer geglaubt oder gar gehofft hatte, dass sich Arndt für die geistliche Laufbahn entscheiden würde, sah sich enttäuscht; weder sein Studium noch seine Tätigkeit im Altenkirchener Pfarrhaus trugen ihn in den kirchlichen Dienst.

Vielmehr begab sich der 28-Jährige vom Frühjahr 1798 an bis zum Herbst des folgenden Jahres auf eine mehrmonatige Bildungsreise durch Süddeutschland, Österreich, Ungarn, Italien, Frankreich, das spätere Belgien und das Rheinland zurück in seine pommersche Heimat. Diese Tour wird man als eine Art Moratorium ansehen müssen. Es war zudem – abgesehen vom Schwedischen – Arndts erster Kontakt mit anderen Sprachen, Nationen und Kulturen, es war das erste Mal, dass er seiner engeren Heimat den Rücken kehrte. Seine Begegnungen in den verschiedenen Ländern hatten bei Arndt endgültig die Überzeugung reifen lassen, dass keine natürlich-geographischen Gegebenheiten, sondern Sprache und Kultur bestimmend für eine Nation sein sollten, ein Gedanke, der auch später immer wieder bei ihm zu finden ist. Sein gedruckter Reisebericht erschien in mehreren Teilen zwischen 1801 und 1803.[23] Sein Urteil über Frankreich und die Franzosen fiel sehr viel besonnener, wohlwollender und moderater aus als seine Ausfälle ein Jahrzehnt später.[24] Der Rhein und seine Landschaft faszinierten ihn; beides erlebte er zum ersten Mal, und zwar genau in der Zeit der aufkeimenden (Rhein-)Romantik,. Häufig zitiert ist seine schwärmerische und dabei nahezu prophetische Züge tragende Begeisterung für die Ruine der Godesburg südlich von Bonn: „[H]ierher würde ich oft wallfahrten, wenn mich das Glück in Bonn hätte geboren werden und wohnen lassen.“[25]

22 Adalbert Elschenbroich: Kosegarten, Ludwig Gotthard. In: Neue Deutsche Biographie (NDB) Bd. 12. Berlin 1980, S. 612.

23 Ernst Moritz Arndt: Reisen durch einen Theil Teutschlands, Ungarns, Italiens und Frankreichs in den Jahren 1798 und 1799, 4 Teile. 2. Aufl. Leipzig 1804.

24 Vgl. Walter Erhart: Reisen durch das alte Europa. Ernst Moritz Arndts Reisen durch einen Theil Teutschlands, Ungarns, Italiens und Frankreichs und die Reiseliteratur des 18. Jahrhunderts. In: Ders./Arne Koch (Hrsg.): Ernst Moritz Arndt (1769-1860). Deutscher Nationalismus – Europa – Transatlantische Perspektiven. Tübingen 2007, S. 149-184; Reinhard Bach: Ernst Moritz Arndt und die Franzosen. In: Karl-Ewald Tietz/Sven Wiechert (Hrsg.): Ernst Moritz Arndt weiterhin im Widerstreit der Meinungen. Neue Materialien zu einer alten Diskussion. Groß Schoritz 2003, S. 66-85.

25 Zitiert nach Arndt: Reisen (wie Anm. 23), Teil 4, S. 372. In seinen späteren Schriften tritt diese Rheinbegeisterung am deutlichsten in dem schon erwähnten Büchlein Arndt: Der Rhein (wie Anm. 17) zutage.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Nach seiner Rückkehr nach Greifswald habilitierte sich Arndt und nahm eine Lehrtätigkeit im Fach Geschichte auf. 1801 heiratete er Charlotte Quistorp, die Tochter eines Kollegen, die aber noch im gleichen Jahr, wenige Wochen nach der Geburt ihres gemeinsamen Sohnes Karl Moritz genannt Treu, verstarb.

1803 erschien seine erste politische Publikation,[26] der „Versuch einer Geschichte der Leibeigenschaft in Pommern und Rügen", die mit Blick auf seinen Vater gewiss auch autobiographische Motive besaß und wohl auch ihren Anteil an der wenige Jahre später erfolgten Aufhebung der Leibeigenschaft durch den schwedischen König hatte.

Im Herbst 1803 begann er eine mehrmonatige Reise durch Schweden, dessen Landeskind Arndt bekanntlich war und dessen – von ihm so wahrgenommene – Einheit und Einigkeit ihm sehr imponierte.[27] Im Frühjahr 1805 erschien eine von romantischen Gedanken geprägte, eher dilettantische pädagogische Schrift „Fragmente über Menschenbildung", ehe sich Arndt erneut der politischen Schriftstellerei widmete: Im ersten Teil der insgesamt vier Bände umfassenden Arbeit „Geist der Zeit", erschienen im Frühjahr 1806, rief er nachdrücklich zum Widerstand gegen die expansive Politik Frankreichs auf und forderte zugleich die nationalstaatliche Einigung Deutschlands.[28] Diese Schrift brachte ihm die Anerkennung des Freiherrn vom Stein und Bekanntheit in weiteren Kreisen ein. Sie enthält die erste, schon überaus scharfe Kampfansage an den zunehmend dämonisierten Napoleon bei gleichzeitiger Kritik an den zu nachgiebigen deutschen Staaten, insbesondere am neutralen Preußen. Arndt erscheint hier erstmals in seiner Rolle als Wächter und Warner, als selbsternannter Erwecker und Erzieher der Nation.

Nach Aufenthalten in Greifswald, erneut Schweden und Berlin floh er aus Furcht vor französischen Repressionen ins russische St. Petersburg, wo er den in Ungnade gefallenen, im Exil lebenden und gegen die Politik Napoleons agitierenden Freiherrn vom Stein traf und dessen Mitarbeiter wurde.[29] Stein sollte eine Art Mentor Arndts werde; es gab eine offenbar gegenseitige

26 Zu Arndts umfangreicher schriftstellerischer Tätigkeit einschließlich der Sekundärliteratur vgl. Karl Heinz Schäfer/ Josef Schawe (Hrsg.): Ernst Moritz Arndt. Ein bibliographisches Handbuch 1769-1969, Bonn 1971.

27 Vgl. hierzu Dirk Alvermann: Die Verrücktheit der Welt. Schwedische Einflüsse im Denken Ernst Moritz Arndts. In: Alvermann/Garbe: Arndt (wie Anm. 5), S. 31-58.

28 Vgl. Max Braubach: Ernst Moritz Arndt (1769-1860). In: Rheinische Lebensbilder 7 (1977), S. 83-107, hier S. 89.

29 In seinem von vielen als seine gelungenste Arbeit bewerteten Spät- und Alterswerk „Meine Wanderungen und Wandelungen mit dem Reichsfreiherrn Heinrich Karl Friedrich vom Stein" – das Buch erschien in erster Auflage 1858 kurz vor Arndts 90. Geburtstag – beschreibt Arndt seine Tätigkeit für den und mit dem Freiherrn vom Stein.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Wertschätzung. Im Rückblick beschrieb Arndt seine Begegnung mit dem preußischen Reformer als „höchste[n] Augenblick“[30] seines Lebens.

In jenen Jahren wandelte sich seine antifranzösische Haltung in schieren Hass: Zwischen 1812 und 1815 veröffentlichte Arndt seine radikalsten und polemischsten Schriften, in denen er Nation und Deutschtum regelrecht sakralisierte und alles Französische dämonisierte. Durch sie avancierte er zu einem der wohl erfolgreichsten ideologischen Wegbereiter für die nach der Niederlage Napoleons vor Moskau beginnenden Befreiungskriege. In manchen dieser Titel, beispielsweise in der besonders ressentimentgeladenen Schrift „Ueber Volkshaß und ueber den Gebrauch einer fremden Sprache“, erschienen in Leipzig 1813, erreicht der von Arndt propagierte Nationalismus religiöse Sphären, er gerät regelrecht zum Religionsersatz.[31]

Der hier entfachte regelrechte Franzosenhass, wie wir ihn auch bei Friedrich Ludwig Jahn, dem „Turnvater“, oder beim Philosophen Johann Gottlieb Fichte finden, war schließlich auch mitursächlich für den jahrzehntelang propagierten und die europäische Politik beherrschenden Topos von der deutsch-französischen Erbfeindschaft.

In das Jahr 1813 fällt auch die Entstehung von Arndts vielleicht bekanntestem Text,[32] ein mehrfach vertontes Lied, das mit der Frage beginnt „Was ist des Deutschen Vaterland?“ und das mit der Antwort endet: „So weit die teutsche Zunge klingt,/ Und Gott im Himmel Lieder singt,/ Das soll es sein!/ Das wackrer Deutscher, nenne Dein!“, ein Text, der lange Zeit als eine Art inoffizielle nationale Hymne Verwendung fand und bei jeder passenden Gelegenheit angestimmt wurde.[33]

Es fällt auf, dass es Arndt in diesem Zusammenhang keinerlei Schwierigkeiten bereitete, „seine kriegerische Botschaft mit dem christlichen Liebesgebot zu vereinbaren“.[34] Als Beispiele für entsprechende Publikationen seien

30 Zitiert nach Edith Ennen: Ernst Moritz Arndt 1769-1860. In: Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Bonn 1969, S. 9-35, hier S. 17.

31 So auch Hans-Ulrich Thamer: Die Völkerschlacht bei Leipzig. Europas Kampf gegen Napoleon. München 2013, S. 92. Vgl. auch Wolf D. Gruner: Ernst Moritz Arndt – die nationale Frage der Deutschen. In: Erhart/Koch (Hrsg.): Arndt (wie Anm. 24), S. 31-63, insbes. S. 49-53.

32 So auch Thomas Vordermayer: Die Rezeption Arndts in Deutschland 1909/10 – 1919/20 – 1934/35. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 58 (2010), S. 483-508, hier S. 499, Anm. 90.

33 Vgl. Sigrid Nieberle: „Und Gott im Himmel Lieder singt“. Zur prekären Rezeption von Ernst Moritz Arndts Des Deutschen Vaterland. In: Erhart/Koch (Hrsg.): Arndt (wie Anm. 24), S. 121-136.

34 Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik. München 2000, S. 64. „In Arndts Schriften und Gedichten verknäulen sich in diesen Jahren Religiöses, Nationales und Kriegerisches in einem für uns heute beklemmenden Ineinander.“ Johann Friedrich Gerhard Goeters: Ernst Moritz Arndt. Patriot, Professor, Christ. In: Monatshefte für Evangelische Kirchengeschichte des Rheinlandes 41 (1992), S. 81-97, hier S. 95.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

stellvertretend hier genannt: Die in unzähligen Auflagen gedruckte Schrift „Was bedeutet Landsturm und Landwehr?“ oder der „Katechismus für den teutschen Kriegs- und Wehrmann, worin gelehrt wird, wie ein christlicher Wehrmann seyn und mit Gott in den Streit gehen soll“. Sie stellen den in aggressive Worte gefassten Versuch dar, einen bewaffneten Widerstand zu legitimieren bei gleichzeitiger Forderung nach militärischer Mobilmachung gegen Frankreich.

Diese und auch seine populärsten, zum Teil noch heute bekannten Texte galten und gelten als wichtiger Humus für den Boden, aus dem der Widerstand und der Kampf gegen Napoleon gewachsen war. Es ist auch der Moment, in dem Arndt seine kritische Haltung zu Preußen aufgab und diese in zwei kurzen, ebenfalls 1813 erschienenen Texten veröffentlichte: „Das preußische Volk und Heer im Jahr 1813“ sowie „An die Preußen“, in denen er unmittelbar nach der für Frankreich verheerenden Völkerschlacht bei Leipzig voller Bewunderung das in seinen Augen wiederauferstandene Preußen feiert. Aus der zeitweisen Verachtung für Preußen waren eine Begeisterung und eine Anhänglichkeit hervorgegangen, die selbst in den Jahren seiner erzwungenen Untätigkeit nach 1819 keine Abstriche erfuhr und die, zumindest in ihren Grundfesten, zeitlebens halten sollte: Auch 1854, bereits hochbetagt und reich an persönlichen und politischen Enttäuschungen, wird er Preußen „das rechte Deutschland“ nennen. Für Arndt ist Preußen stets „Deutschlands Kopf“, und von Preußen, so seine Prophezeiung, werde einst „das große Deutschland“ ausgehen.[35]

Die zweifellos vom Reformer Hardenberg unterstützte Berufung Arndts auf den Lehrstuhl für Geschichte an der neugegründeten Rheinischen Universität in Bonn stieß auf Seiten der Restauration, auch bei König Friedrich Wilhelm III., auf wenig Gegenliebe.[36] Es wurde, wie sich herausstellen sollte, zu Recht vermutet, dass Arndt sich auch zukünftig nicht aus der Tagespolitik heraushalten werde. Er trage, so schrieb Arndt im Dezember 1817 selbstkritisch, „einen politischen Plagegeist im Herzen“.[37] Zuvor hatte er sich hinsichtlich des Standortes der im Rheinland zu gründenden Hochschule gutachterlich – auf Wunsch Hardenbergs – für den Standort Bonn und gegen die Kölner Konkurrenz positioniert: Köln lehnte er als alt und „morsch“, als das „teutsche Rom“ kategorisch ab.[38]

35 So in einer seiner letzten Veröffentlichungen Ernst Moritz Arndt: Pro Populo Germanico. Berlin 1854, S. 159 f. Vgl. Geppert: Nationalismus (wie Anm. 2), S. 38.

36 Vgl. Christian Renger: Die Gründung und Einrichtung der Universität Bonn und die Berufungspolitik des Kultusministers Altenstein. Bonn 1982, S. 87 ff.

37 Schreiben an Charlotte von Kathen, 9.12.1817. In: Albrecht Dühr (Bearb.): Ernst Moritz Arndt. Briefe. 3 Bde. Darmstadt 1972/75, hier Bd. 1, S. 597 f.

38 Zitiert nach Ennen: Arndt (wie Anm. 30), S. 22. Vgl. insgesamt zur nicht unwichtigen Rolle Arndts bei der Bestimmung Bonns zur Universitätsstadt Renger: Gründung (wie Anm. 36), u. a. S. 53 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Vor Antritt seiner Bonner Lehrtätigkeit hatte Arndt im März 1817 in Berlin Nanna Schleiermacher geheiratet, eine Halbschwester des bedeutenden Theologen. Sieben Kinder wurden dem Paar geboren, von denen eine Tochter unmittelbar nach der Geburt starb und ein Sohn im Alter von acht Jahren beim Baden im Rhein ertrank. Schwer haben die Eltern mit diesem Tod gehadert: *„So herrlich war dieser Knabe, dass mir in ihm eine Welt untergegangen scheint. Gewiß ist meine letzte Jugendblüthe mit ihm verwelkt“*, schrieb er im Dezember 1834, Monate nach dem tragischen Unfall, an seine Schwester Dorothea. Im selben Brief mahnte er seine Schwester: *„[…] wir sollten uns in guten Tagen jede Sekunde zurufen: Bedenke, dass Du nicht auf die Erde gesetzt bist, um glücklich zu seyn.“* In diesen Worten kommt neben seinem kämpferischen ein durchaus auch melancholischer Wesenszug zum Ausdruck.[39]

Im Oktober 1819 bezog die Familie Arndt ihr neues Haus, das erste Wohnhaus südlich des Koblenzer Tores an der Landstraße nach Godesberg, für dessen Bau sie sich bei mehreren Freunden Geld hatte borgen müssen und womit Arndt sich offenbar einen Traum erfüllte. Nach Pommern hatte er voller romantischer Gefühle über sein Baugrundstück berichtet: Es *„ist übrigens jetzt* [noch] *Weinberg und hat den herrlichen Glanz des Siebengebirges mit seiner Waldkette und seinen Burgen und den stolzen Trümmern der Godesburg gerade vor sich“.*[40] Damit war auch seine endgültige Entscheidung für Bonn, den Rhein, den Westen gefallen, und zwar trotz seiner auch weiterhin bestehenden großen Sehnsucht nach Rügen, das er nie wiedersehen sollte.[41]

Die Vorbehalte gegen Arndt und die Furcht vor seinen politischen Forderungen waren mit dem Erscheinen des vierten Teils von „Geist der Zeit“ im Sommer 1818 weiter befeuert worden. Arndt übte Kritik an der preußischen Politik und wandte sich vehement gegen die, die „unter dem Titel die gute alte Zeit immer das Schlechteste und Faulste loben und wieder zurückwünschen, diesen Rückschreitern und Rückschleichern und Rückmausern“,[42] und erinnerte an die politischen Zusagen, für die er erst wenige Jahre zuvor publizistisch gestritten hatte, vor deren Hintergrund er zum Kampf gegen

39 Schreiben vom 7.12.1834. In: Hans-Joachim Hacker u. a. (Hrsg.): Ernst Moritz Arndt. Unveröffentlichte Briefe aus den Stadtarchiven Bonn und Stralsund. Bonn 1995, S. 153 f. Der Sohn Willibald war am 26.6.1834 ertrunken. Von seiner Melancholie, „wovon ich oft sehr geplagt werde“, schrieb er auch selbst; Schreiben an seine Schwester Dorothea Rassow, 3.6.1842. In: Ebd., S. 211 ff.

40 Schreiben an seine Schwester Dorothea Rassow, 26.9.1818. In: Dühr (Bearb.): Briefe (wie Anm. 37), Bd. 2, S. 658 f.

41 In einem Schreiben an Charlotte Pistorius, die Ehefrau des Propstes von Garz/Rügen, zum Jahresbeginn 1819, in der Arndt ihr erstmals von seinen Hausbauplänen in Bonn berichtet, schreibt er: „Rügen ist doch schöner mit seinem Meer als dieses schöne Land hier; nur Sonne und Licht und Himmel, da steckt der Unterschied […]“ In: Ebd., Bd. 1, S. 677 f.

42 Ernst Moritz Arndt: Geist der Zeit. Vierter Theil. Berlin 1818, S. 9 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Napoleon aufgerufen und mit denen er viele, vor allem auch junge Menschen begeistert hatte, wie die politische Einheit Deutschlands und eine Verfassung, die Zensurverbot und damit Pressefreiheit garantieren sollte.

Die „Reaktion" reagierte:[43] Am 14. Juli 1819 kam es im Hause Arndt zu einer Durchsuchung und einer Beschlagnahme aller greifbaren Papiere, Korrespondenzen und Schriften. Im November 1820 wurde ein Untersuchungsverfahren eröffnet, das zwar nicht zu einer Anklageerhebung, aber zu einer Suspension vom Lehramt – bei vorerst ungeschmälerten Bezügen – führte.

„Das Hierwohnenbleiben ist mir das wichtigste", schrieb Arndt im April 1827, nachdem ihm nach Jahren der Ungewissheit Ende 1826 die Einstellung der Ermittlungen offiziell bekannt gegeben worden war,[44] bei zukünftig halbiertem Einkommen. Allerdings war eine Art Versetzung angedroht worden, zu der es dann aber nicht kam. Auch das befürchtete Disziplinar- oder gar Strafverfahren wurde nicht eingeleitet, eine Wiedereinstellung blieb jedoch ausgeschlossen.

Die Solidaritätsbezeugungen seitens seiner Kollegen und der Bonner Studenten mögen Balsam für seine Seele gewesen sein; den endgültigen Bruch mit seinem bisherigen politisch-publizistischen und beruflichen Leben haben sie nicht verhindern können. Für die kommenden zwei Jahrzehnte war Arndt zur beruflichen Untätigkeit verurteilt. Ein Quasi-Schreibverbot erlegte sich Arndt zudem selbst auf. Wie miserabel sich dieser vormals so umtriebige, energische und leidenschaftliche Mann in diesen von ihm als „verloren" erlebten Jahren fühlte, beschreibt er im Rückblick in einem Bild: „Man sieht dem Turm, solange er steht, nicht an, wie Sturm, Schnee und Regen seine Fugen und Bänder allmählich gelockert und gelöst haben."[45]

Nach Aufhebung des Lehrverbots – der neue König Friedrich Wilhelm IV. hatte anlässlich seines Herrschaftsantritts 1840 eine Reihe von Amnestien bewilligt – nahm Arndt zum Wintersemester 1840/41, mittlerweile fast 72-jährig, seine Lehrtätigkeit wieder auf. Die vorliegenden Berichte hierüber erscheinen auf den ersten Blick widersprüchlich. Sie sind einerseits voller, zum Teil bitterer Klagen über seine langweiligen Vorlesungen – in wahrer

43 Vgl. hierzu neuerdings: Ulrich Meyer-Doerpinghaus: Nach der Morgenröthe. Ernst Moritz Arndt in den Fängen der preußischen Geheimpolizei (Bonn 1818-1840). Bonn 2019. Inhaftiert wurde Arndt – im Gegensatz zu Jahn – übrigens nicht, wie irrtümlich geschrieben wurde; vgl. Hans-Werner Hahn/Helmut Berding: Reformen, Restauration und Revolution 1806-1848/49. Stuttgart [10]2010, S. 154.

44 Adressat war der hochrangige preußische Beamte und spätere Kultusminister Johann Albrecht Friedrich Eichhorn. In: Hacker u. a. (Hrsg): Arndt (wie Anm. 39), S. 107-111. In einer ersten Edition dieses Schreibens war ein anderer Adressat vermutet worden: Dietrich Höroldt/Ottmar Prothmann: „Das Hierwohnenbleiben ist mir das Wichtigste …". Ein bisher unbekannter Arndt-Brief aus dem Jahre 1827. In: Bonner Geschichtsblätter 34 (1982), S. 116-128. Dort auch weitere Details über den Abschluss der Untersuchungen gegen Arndt.

45 Ernst Moritz Arndt: Erinnerungen aus dem äußeren Leben. Leipzig 1840, S. 326.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Selbsterkenntnis hat Arndt einmal formuliert: „Die Sperrung meines Katheders war für die Universität wohl kein Verlust, aber für mich ein Unglück.“[46] Andererseits ist wiederholt von der großen Begeisterung für die Person Arndt die Rede, die trotz der geringen Qualität der Lehrveranstaltungen für volle Hörsäle sorgte.[47] Hier wird zum ersten Mal das Symbolische an der Person Arndts spürbar: Seine als solche wahrgenommene Aufrichtigkeit, Gradlinigkeit und Unerschütterlichkeit verlangte schon vielen seiner Zeitgenossen große Bewunderung ab. Auch seine Wahl zum Rektor der Universität im Jahre 1841 lässt sich nur als Versuch einer Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht und – dies vor allem – als Zeichen des Respekts und der Anerkennung, ja als Würdigung begreifen, und zwar für den weit vor seiner Bonner Zeit liegenden Lebensabschnitt der Befreiungskriege.

Vollends greifbar wird dieses Symbolhafte in den Jahren 1848 und 1849. Kaum dass im März 1848 der Funke der Revolution von Paris nach Deutschland übergesprungen war und sich in Bonn eine Bürgerwehr etabliert hatte, wollte man keinen anderen als den schon greisen Arndt an deren Spitze stellen.[48] Als sich am 20. März aufgrund der politischen Zusagen aus Berlin ob des vermeintlichen „Volkssiegs“ in Bonn ein Triumphzug bildete, gehörte Arndt zu denjenigen, die man abholte und auf den Marktplatz mitnahm, wo die schwarz-rot-goldene Fahne, das Zeichen für „Einigkeit und Recht und Freiheit“, geschwenkt wurde. Arndt hielt eine Begeisterung entfachende Rede. Im Mai wurde er als Abgeordneter in die Deutsche Nationalversammlung gewählt. Zahlreiche Wahlkreise hatten Arndt eine Kandidatur angetragen; entschieden hatte er sich für Solingen.[49] Im Parlament, wo er nach seinen eigenen Worten „als ein gutes deutsches Gewissen Gutes wirken“[50]

46 Ebd., S. 327.

47 Vgl. hierzu ausführlich Günther Ott: Ernst Moritz Arndt. Religion, Christentum und Kirche in der Entwicklung des deutschen Publizisten und Patrioten. Bonn 1966, S. 279. Über Arndts Vorlesungen im Sommersemester 1841 urteilte beispielsweise der spätere Hallenser Theologe Willibald Beyschlag (1823–1900): „Sie waren inhaltlich nicht bedeutend; anziehend blieb nur der lebhaft jugendliche Greis, zumal wo er Selbsterlebtes erzählte.“ Willibald Beyschlag: Aus meinem Leben. Erinnerungen und Erfahrungen der jüngeren Jahre. Halle 1896, S. 92; der Diplomat Karl August Varnhagen von Ense berichtet aus dem gleichen Jahr von einem „zerhackten Vortrag von fast gar keinem Inhalt“. Zitiert nach Ennen: Arndt (wie Anm. 30), S. 31.

48 Zu Bonn in den Revolutionsjahren, mit Hinweisen auf ältere Literatur, zuletzt Norbert Schloßmacher (Hrsg.): „Die Aufregung ist hier permanent und Bonn die unruhigste Stadt am Rhein.” Bonn 1848/49. Beiträge zum 150. Jahrestag der Deutschen Revolution. Bonn 1998.

49 Arndt schrieb am 26.4.1848 an Herrn Berg, möglicherweise eine Art Obmann des Solinger Wahlkomitees, dass er „der Pflicht gemäß die mir zuerst kundgethane Wahl annehmen“ werde, „zumal eine Rheinische Ehre als Rheinischer Bürger“. In: Dühr (Bearb.): Arndt (wie Anm. 37), Bd. 3, S. 247. Vgl. auch Else Fleischer: Ernst Moritz Arndt – Abgeordneter für Solingen in der Frankfurter Nationalversammlung. In: Hefte der Ernst-Moritz-Arndt-Gesellschaft 3, 1994, S. 73-83.

50 Schreiben an Berg (wie Anm. 49).

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wollte, ergab sich dann ein ähnliches Bild wie an der Bonner Hochschule: Seine gelegentlichen Reden, voller Pathos, langatmig und leise, dabei wenig strukturiert vorgetragen, riefen zuweilen Unruhe, Gelächter und Desinteresse hervor, aber auf Arndts schon zu Lebzeiten symbolträchtige Person wollte man nicht verzichten. Bemerkenswert, weil sinnbildlich in diesem Zusammenhang ist seine regelrechte Huldigung zu Beginn der Frankfurter Parlamentstätigkeit: Nachdem Arndt am Vormittag des zweiten Sitzungstags weder erkannt worden war noch Gehör gefunden hatte, ergriff am Nachmittag des gleichen Tages der dem linken Spektrum des Parlaments angehörende Abgeordnete Jacob Venedey[51] das Wort: „Heute Morgen ist ein Mann auf die Bühne getreten und, ohne zum Wort gelangt zu sein, wiederum herabgestiegen. Es war der alte greise Arndt. Ich glaube, wir sind ihm schuldig, zu sagen, daß wir nicht gewußt haben, wer es gewesen."[52] Auch weitere Abgeordnete, auch aus anderen politischen Lagern, wie sein Mitstreiter aus den Tagen der Befreiungskriege Friedrich Ludwig Jahn,[53] feierten ihn, und als Arndt dann die Rednertribüne betrat, tat er dies dem Stenographischen Bericht zufolge unter „ungheurem Jubel und Beifallruf". Arndt schloss sich übrigens keiner der zahlreichen Fraktionen an, stimmte in der Regel mit dem Rechten Zentrum („Casino"), das als gemäßigt liberal galt.[54] So berief man ihn auch wie selbstverständlich in die prominent besetzte Delegation, die dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. – bekanntlich vergeblich – die deutsche Kaiserwürde antrug. Mit großem Jubel übrigens, so ein Teil der Lokalpresse, wurden diese Parlamentarier, die auf dem Weg nach Berlin am 30. März 1849 Bonn per Schiff passierten, von der Bevölkerung begrüßt.[55]

„Ich bin grad Ein Jahr drei Tage da gewesen. Es schien zuletzt ein vergebliches gewesen zu seyn, wird aber nicht als ein vergebliches gerechnet werden", bilanzierte Arndt Ende Mai 1849, auf seine Frankfurter Abgeordnetentätigkeit rückblickend.[56] Er hatte recht mit dieser Einschätzung: Kurzfristig gesehen war das Projekt nationale Einigung und Verfassungsstaat gescheitert; mit Blick auf den großen Einfluss, den die Erträge des Paulskir-

51 Vgl. Heinrich Best/Wilhelm Weege (Hrsg.): Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Düsseldorf 1996, S. 342 f.

52 Zitiert nach Karl-Ewald Tietz: Das „gute alte deutsche Gewissen" in der Paulskirche: Ernst Moritz Arndt in der Nationalversammlung von 1848/49. In: Mare Balticum 2000, S. 50-63, hier S. 54 f. Dort auch zum Folgenden.

53 Jahn besaß ein Mandat für Merseburg; vgl. Best/Weege: Handbuch (wie Anm. 51), S. 190 f.

54 Vgl. ebd., S. 83 f. (Biogramm Arndt), S. 401 (Casino).

55 Vgl. Bonner Wochenblatt, 1.4.1849. Die „demokratische" Neue Bonner Zeitung berichtete am gleichen Tag hingegen: „Außer dem Hutschwenken einiger schwarz-weißer Studio's und steifkrawattigen Herren verkündeten also nur die Böllerschüsse der Kölner Dampfschiffexpedition, dass das Frankfurter Kaiserkind zur Taufe getragen wurde."

56 Schreiben an seine Schwester Dorothea Rassow. In: Dühr (Bearb.): Arndt (wie Anm. 37), Bd. 3, S. 335 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

chenparlaments bis in unser Grundgesetz hinein hatten, muss man Arndts Urteil bestätigen.

Bis zur Gewährung der erbetenen Entlassung 1854 übte Arndt seine Tätigkeit an der Bonner Universität weiter aus. Für seine akademische Lehre wird das gleiche gelten, was über seine in den 1840er und 1850er Jahren erschienenen Schriften, insbesondere seine historischen, geurteilt wird: Eine innovative, fachlich auf der Höhe der Zeit stehende Qualität besaßen sie nicht. „Strenge wissenschaftliche Forschung lag ihm nicht", urteilte Edith Ennen.[57] Weiter heißt es: „Seine Art der Geschichtsbetrachtung greift oft ins Volkskundliche hinüber", urteilte Edith Ennen beispielsweise mit Bezug auf seine viel gelesenen, 1844 erschienenen „Wanderungen aus und um Godesberg", die eine Art regionalgeschichtliches Kompendium sein wollten.[58]

Gelegentlich diskutiert wurde seine Religiosität. Spirituell geprägt hat ihn die Sagen- und Mythenwelt seiner Heimat weit stärker als seine lutherische Erziehung und sein theologisches Studium. Auf die Zeit bald nach 1810 wird seine „Hinwendung zum Christentum" datiert, ohne dass es zu einem eigenen Erweckungserlebnis gekommen wäre.[59] Der „deutsche Luther" war ihm Maßstab. Arndt verfasste geistliche Texte und Lieder, die zum Teil noch heute im Gesangbuch zu finden sind. In seiner Bonner Zeit war er bis zu seinem Lebensende in Presbyterium und Gemeindevertretung engagiert.[60] Dennoch wurde unlängst gemutmaßt, dass Arndts vielfach zitierte „schlichte Frömmigkeit", die Züge eines Kinderglaubens besaß, lediglich eine Komponente seines ideologisierten Deutschtums war.[61]

Arndt blieb bis ins hohe Alter eine mit großer Aufmerksamkeit bedachte Persönlichkeit: Noch 1858 wurde er von den Assisen der – damals zu Bayern gehörenden – Pfalz in Zweibrücken u. a. zu einer zweimonatigen Haftstrafe wegen „Schmähung und Verläumdung k. bayer. Truppen, ihrer Offiziere und des Feldmarschalls Fürsten von Wrede" verurteilt.[62] Seine alten antifranzösischen Affekte hatten ihn noch einmal eingeholt: Arndt hatte in seinem schon erwähnten, 1858 erschienen Alterswerk „Meine Wanderungen und Wandelungen mit dem Reichsfreiherrn Heinrich Karl Friedrich vom

57 Ennen: Arndt (wie Anm. 30), S. 28; so auch übereinstimmend Braubach: Arndt (wie Anm. 28), S. 101.
58 Ennen: Arndt (wie Anm. 30), S. 24.
59 So die entsprechende Kapitelüberschrift bei Ott: Arndt (wie Anm. 47), S. 166 f.
60 Vgl. Goeters: Arndt (wie Anm. 34), S. 95 f., der bei Arndt ein „einfaches, unvermischtes und ansprechendes Christentum" erkennt.
61 So zuletzt Thomas Vordermayer: Die Rezeption Ernst Moritz Arndts in Deutschland 1909/10 – 1919/20 – 1934/35. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 58 (2010), S. 483-508, hier S. 501 ff.
62 Vgl. Joachim Kermann: Ein Pressestrafverfahren gegen den Dichter Ernst Moritz Arndt wegen Verleumdung des bayerischen Feldmarschalls von Wrede vor dem Assisengericht der Pfalz zu Zweibrücken (1858). In: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz 95 (1997), S. 243-292.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Stein“ den früheren bayerischen Feldmarschall Carl Philipp Joseph von Wrede als „Franzosentrabanten“ bezeichnet.

Ernst Moritz Arndt starb bald nach seinem 90. Geburtstag am 29. Januar 1860 in seinem geliebten Haus am Rhein.[63]

III.

Die Arndt-Euphorie, die schon zu seinen Lebzeiten einsetzte und nach seinem Tod sich noch intensivierte, kannte zunächst keine Grenzen, weder politische noch konfessionelle.[64]

„Liberal“ und „national“ waren damals auch noch für Linksliberale zu vereinbarende Attribute: Anlässlich eines der oppositionellen Abgeordnetenfeste in Köln im Jahre 1863 stand auch eine Schifffahrt auf dem Programm, die am Bonner Arndt-Haus vorbeiführte, wo „die Witwe des alten Arndt“ vom Balkon winkte. „... eine tiefe Bewegung durchdrang die Herzen und wie aus einer Kehle erschallte von den Schiffen der Gesang ‚Was ist des Deutschen Vaterland?’“[65]

Auch nach der kleindeutschen Reichsgründung erinnerte man sich an Arndt, wenn auch nicht mehr überall gleichermaßen enthusiastisch. Weiterhin stand er jedoch für nationale Themen, wurde nach wie vor als „Wacht am Rhein“ wahrgenommen. Das gilt insbesondere für die im Kaiserreich immer ausgeprägter werdende vaterländische Festkultur, in der gerade die „patriotischen“ Lieder und Texte Arndts zum Standardrepertoire gehörten.[66] Seine weitestgehende Reduzierung auf den Helden der „Erhebung Deutschlands“, wie es meist hieß, wird in besonderer Weise im Zusammenhang mit der Hundertjahrfeier der Leipziger Völkerschlacht augenscheinlich: Bei der Einweihung des Denkmals am 18. Oktober 1913 in Leipzig beispielsweise wurde viel von Arndt gesprochen und noch mehr gesungen, hatte er doch schon zu Lebzeiten wiederholt ein entsprechendes Gedenkzeichen gefordert.[67]

63 Arndt-Denkmale (wie Anm. 3), S. 26.

64 Vgl. hierzu und zum Folgenden Norbert Schloßmacher: Zur Arndt-Rezeption – nicht nur – in Bonn. Gedanken zum 150. Todestag von Ernst Moritz Arndt. In: Bonner Geschichtsblätter 59 (2009), S. 169-194.

65 Zitiert aus einer zeitgenössischen Quelle nach Schneider: Festkultur (wie Anm. 13), S. 182. Vgl. insgesamt Thomas Parent: „Passiver Widerstand“ im preußischen Verfassungskonflikt. Die Kölner Abgeordnetenfeste. Köln 1982.

66 Vgl. Schneider: Festkultur (wie Anm. 13), passim.

67 Vgl. Ernst Moritz Arndt: Ein Wort über die Feier der Leipziger Schlacht. Frankfurt/Main 1814. Vgl. auch Winkler: Der lange Weg (wie Anm. 34), S. 32; Birte Förster: Die Jahrhundertfeiern der ‚Völkerschlacht’. Erinnerungskulturen und Kriegslegitimation im Jahr 1913. In: Detlev Mares/Dieter Schott (Hrsg.): Das Jahr 1913. Aufbrüche und Krisenwahrnehmung am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Bielefeld 2014, S. 143-148.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zeitgleich mit der Hundertjahrfeier der Völkerschlacht gründete sich in Bonn der „Deutsche Arndt-Bund". Vorsitzender wurde der nationalkonservative Bonner Staatsrechtler Philipp Zorn. Sein Nachfolger wurde ein politisch ähnlich zu verortender Professorenkollege, der nicht minder angesehene Literaturwissenschaftler Berthold Litzmann.[68] Der Bonner General-Anzeiger kommentierte die Gründung wie folgt: „Es ist dies ein glücklicher Gedanke, der von jedem Deutschen, insbesondere von uns Bonnern, sicherlich mit Freuden begrüßt wird. Ist doch gerade unser Bonn mit diesem großen, knorrigen alten und glühenden Vaterlandsfreund durch mancherlei Erinnerungen aufs Engste verwachsen."[69]

Immer wieder begegnen uns im Zusammenhang mit Arndt auch in den Jahren des Kaiserreichs die gleichen Formulierungen: Da ist vom Trauma der deutschen Erniedrigung die Rede, von dem immer wieder beschworenen Gefühl der Bedrohung, der Gefahr der Unterdrückung, aus der nur Gestalten wie Arndt mit ihrem Charisma heraushelfen können. Auch die persönlichen Beschreibungen Arndts wiederholen sich: der Freiheitskämpfer, der Volksdichter, der Deutscheste aller Deutschen, daneben Bezeichnungen wie Menschen- oder Volkserzieher.

Während des Ersten Weltkriegs wurde Arndt für Zwecke der Kriegspropaganda instrumentalisiert. Arndt-Texte wurden in großer Zahl neu aufgelegt und zur Ausstattung von Feldbüchereien angeschafft. Auf dem zentralen Bonner Münsterplatz wurde ein Kuppelbau eingeweiht, darunter „ganz deutsche Eiche, ganz deutscher Arndt, ganz deutsches Wesen, das Bonner Kriegsmal, die Arndt-Eiche".[70] Dabei hatte „man nicht den mit Berufsverbot belegten Reformer und Abgeordneten des Paulskirchenparlaments, sondern den antifranzösischen Nationalisten",[71] vielleicht noch den Mahner der deutschen Einheit vor Augen.

Dass der in der Regel auf seinen Einsatz gegen die „Fremdherrschaft" reduzierte Arndt in der Zeit des Nationalsozialismus wieder zur Kultfigur wurde, kann nicht überraschen. Einige der Straßen- und Schulbenennungen nach Arndt, auch die der Greifswalder Universität, stammen aus dieser Epoche. Das Bonner Arndt-Haus wurde im Dezember 1933 als Gedenkstätte eingeweiht und das Arndt-Museum in Garz auf Rügen öffnete im Jahr 1937.[72]

68 Zu Litzmann, Zorn und anderen Bonner Hochschullehrern jener Zeit vgl. Dominik Geppert: Kriegslegitimation und Selbstrechtfertigung. Bonner Professoren im „Krieg der Geister". In: Ders./Norbert Schloßmacher (Hrsg.): Bonn im Ersten Weltkrieg. Die Heimatfront 1914-1918. Bonn 2016, S. 372-394.

69 General-Anzeiger (Bonn), 10.7.1913.

70 Ebd., 20.12.1915.

71 Philip Rosin: Verdientes Stadtoberhaupt und nationalistischer Propagandist. Wilhelm Spiritus (1854-1931) als Oberbürgermeister Bonns im Frieden und im Krieg. In: Geppert/Schloßmacher (Hrsg.): Bonn (wie Anm. 68), S. 171-188, hier S. 183.

72 Vgl. Schloßmacher: Arndt-Rezeption (wie Anm. 64), S. 188 u. 190.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Arndts wiederholte antijüdischen Ausfälle, verabscheuungswürdig und unentschuldbar, wenngleich zeittypisch, waren ein „gefundenes Fressen“ für die antisemitische Agitation jener Jahre. Und tatsächlich sind „Arndts Judenbilder [...] ein problematisches Erbe“.[73]

„Mit einer für das Geschichtsbild der frühen Bundesrepublik nicht untypischen Zeitverschiebung“[74] überdauerte das aus dem 19. Jahrhundert tradierte Arndtbild bis weit in die 1960er Jahre: Anlässlich des 100. Todestags ihres früheren Bürgers wurde „Bonns Bekenntnis zu Arndt“ festlich begangen und der Direktor des Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasiums sprach davon, dass Arndt „heute noch“ als „Vorbild der Jugend“ dienen könne.[75] Neun Jahre später, zu Arndts 200. Geburtstag, wurden erstmals – vorsichtige – kritische Töne laut. So ist in der Presse von „Gymnasiastenunmut“ die Rede, insbesondere wurde gegen die Herausgabe einer Sonderbriefmarke protestiert. Und die Berichterstattung über den Festvortrag des Bonner Historikers Max Braubach erfolgte unter Überschriften wie „Wird Arndts Bedeutung überschätzt?“ oder „Schattenseiten in Arndts leuchtendem Porträt“.[76] Aus dem gleichen Anlass wurde im Garzer Arndt-Museum eine Sonderausstellung eröffnet, in der u. a. „Arndts Bestrebungen nach Waffenbrüderschaft und Freundschaft mit dem russischen Volk“ hervorgehoben wurden.[77] Noch 1985 wurde in der DDR eine 20-Mark-Gedenkmünze mit dem Konterfei Arndts geprägt.[78]

Nachdem seit den 1970er Jahren Arndt zwar nicht völlig in Vergessenheit geraten war, aber doch kaum noch im Fokus weder der historischen Forschung noch der allgemeinen Erinnerungskultur stand, wurde das Interesse an seiner Person, der die eine Hälfte seines Lebens im Osten, die andere im Westen Deutschlands verbracht hatte, nach der „Wende“ von 1989 wiedergeweckt, nicht zuletzt durch das Engagement der 1992 auf Rügen gegründeten Ernst-Moritz-Arndt-Gesellschaft mit ihren zahlreichen einschlägigen Publikationen.[79] Sie führen in aller Deutlichkeit vor Augen, dass es jahrzehntelang keine wirkliche wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser gleichermaßen aufschlussreichen wie problematischen Persönlichkeit gegeben hat. Noch 2007 wurde beklagt, dass „der einst gefeierte Sänger der Befrei-

73 Jens Rybak: Ernst Moritz Arndts Judenbilder. Ein unbekanntes Kapitel. In: Über Ernst Moritz Arndts Leben und Wirken. Groß Schoritz 1997, S. 102-142, hier S. 134.
74 Geppert: Nationalismus (wie Anm. 2), S. 47.
75 Bonner Rundschau ,30.1.1960, sowie Dr. Günter Schuster: Ernst Moritz Arndt – heute noch Vorbild der Jugend. In: Bonner General-Anzeiger, 30.1.1960.
76 Zitate nach Schloßmacher: Arndt-Rezeption (wie Anm. 64), S. 189 f.
77 Vgl. Ernst-Moritz-Arndt-Gesellschaft (Hrsg.): Arndt-Denkmale (wie Anm. 3), S. 90 ff.
78 „Auch und vielleicht sogar besonders zu DDR-Zeiten ist Arndt politisch-propagandistisch gebraucht worden“, urteilt Dirk Alvermann: Zwischen Pranger und Breitem Stein. Die Namensgebung der Universität Greifswald und die aktuelle Diskussion. In: Tietz/Wiechert (Hrsg.): Arndt (wie Anm. 24), S. 23-39, hier S. 37.
79 https://www.ernst-moritz-arndt-gesellschaft.de/index.php/ueber-uns/7-publikationen (Zugriff am 20.4.2019.).

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ungskriege […] heute fast vergessen“ und „seine immense historische Bedeutung für die deutsche Mentalitäts- und Kulturgeschichte […] noch weitgehend unerforscht ist“.[80]

Parallel hierzu setzte eine – insbesondere durch zwei Beiträge in der Wochenzeitung „Die Zeit“[81] befeuerte – Kampagne zur Umbenennung der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald ein, die nach fast zwei Jahrzehnten zum Teil intensiver Auseinandersetzung schließlich zu Gunsten der Befürworter der Namensänderung endete.[82] Ganz anders stellt sich die Situation der Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne im mecklenburg-vorpommerschen Hagenow dar; dort wurde im Jahre 2018 für die Beibehaltung des Namens entschieden.[83]

Der überaus facettenreiche Ernst Moritz Arndt sorgt also auch noch 250 Jahre nach seiner Geburt für reichlich Diskussionsstoff. Schon zu Lebzeiten war er zu einer Symbolfigur geworden, wobei von den vielen Aspekten, die sein Leben und Wirken ausmachten, zwei stets im Vordergrund standen und mit seiner Person verbunden wurden: sein publizistischer Kampf gegen das napoleonische Frankreich, den „Erbfeind“, einerseits und sein Eintreten für individuelle Autonomie ebenso wie für nationalstaatliche Souveränität andererseits. Hinzu kam seine patriotische Treue selbst und gerade in Zeiten erlebten Unrechts. Nie hat er ein politisches Programm oder eine entsprechende Theorie entwickelt. Er galt als der wackere, rechtschaffene und unerschütterliche Deutsche, der bewundert wurde, mit dem man sich identifizierte, der als Vorbild diente und entsprechend von den unterschiedlichsten politischen Systemen in Anspruch genommen und genutzt wurde. Arndt vereinte freiheitliche, nationale und romantische Ideen, die in ihrer Verwobenheit heute fremd wirken, ihn trotz mancher illiberaler Bekundungen aber lange als Liberalen gelten ließen, vor allem solange der Nationalliberalismus den

80 So in der Einleitung eines Sammelbandes zu einem amerikanisch-deutschen Forschungsprojekt „The Problematic Legacies of Ernst Moritz Arndt: German Nationalism, European Visions, and his American Progeny“ und eine gleichnamige Tagung, „die erste internationale Arndt-Tagung […], die erste Arndt-Konferenz außerhalb Deutschlands überhaupt“, dazu Walter Erhart/Arne Koch: Eine Amnesie mit Folgen. Transnationale Wiederentdeckungen Ernst Moritz Arndts im Kontext von Werk- und Zeitgeschichte. In: Dies. (Hrsg.): Arndt (wie Anm. 24), S. 1-14, hier S. 8.

81 Jörg Schmidt am 5.11.1998 unter der Überschrift „Fataler Patron“ und Benedikt Erenz am 30.7.2009 unter dem Titel „Die Uni und der Hassprediger“.

82 Der wechselhafte Verlauf der entsprechenden Diskussion und die unterschiedlichen Abstimmungen nach der Website der nunmehrigen Universität Greifswald: https://www.uni-greifswald.de/universitaet/geschichte/ernst-moritz-arndt/ (Zugriff am 22.4.2019). Unter den zahlreichen einschlägigen Beiträgen sei genannt Alvermann: Pranger (wie Anm. 78). Den damaligen Diskussionsstand fasste zusammen: Wiebke Otto: Arndt und ein Europa der Feinde? Europagedanke und Nationalismus in den Schriften Ernst Moritz Arndts. Marburg 2007.

83 Vgl. die Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Kleine Anfrage im Bundestag: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/038/1903819.pdf (Zugriff am 22.4.2019).

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Mainstream innerhalb des breit gefächerten Spektrums des Liberalismus bildete.

All diese Widersprüchlichkeit, die Arndt gleichermaßen zuteil gewordenen „Heroisierungen und Verteufelungen“[84] und die Tatsache, dass seine Persönlichkeit bis heute zu polarisieren vermag, lohnen gegenwärtig wie auch zukünftig die Beschäftigung und Auseinandersetzung mit seiner Person.

84 Geppert: Nationalismus (wie Anm. 2), S. 49.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Forum

Jens Hacke

Existenzkrisen der liberalen Demokratie. Aktuelle Phänomene und historische Parallelen[1]

Nie war häufiger von der Krise der liberalen Demokratie die Rede als in diesen Monaten. Zwar wird man sagen können, dass es eine spezifische Eigenart der Demokratie als Regierungs- und Lebensform ist, auf Kritik angewiesen zu sein, Selbstkritik zu üben und immer auf dem Prüfstand zu stehen, aber man muss schon sehr weit zurückgehen, um ähnlich besorgte Bestandsaufnahmen wie heute zu finden.

Momentan schwappt aus dem angelsächsischen Raum eine Welle von Zeitdiagnosen zu uns herüber, die die Dramatik der Situation in grellen Farben ausleuchten.[2] Während in Deutschland in erster Linie „die Gegner" diskutiert werden und die Beschäftigung mit dem Populismus vorherrschend ist, hat die angloamerikanische Politikwissenschaft sich nach Brexit und Trump schon der Aufgabe einer umfangreichen und kritischen Inventur zugewandt, nämlich nach den wunden Punkten im politischen System zu suchen, gesellschaftlich-kulturelle Problemfelder zu analysieren und die Versäumnisse der liberalen Demokraten aufzuarbeiten.

Welche Fehler hat „der Westen" seit der Verkündung eines triumphalen Endes der Geschichte nach 1989 gemacht? Wie konnte es passieren, dass die parlamentarische Demokratie innerhalb weniger Jahre auch in ihren Kernländern in eine Defensivposition geraten ist? Was ist aus universalen libera-

1 Bei diesem Text handelt es sich um eine leicht überarbeitete Fassung der am 17. Juni 2018 im Konzerthaus Freiburg gehaltenen Dahrendorf-Lecture.

2 Einige Veröffentlichungen der letzten Monate will ich zur Illustration nennen: Yascha Mounk: Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht. München 2018; Timothy Snyder: The Road to Unfreedom. Russia, Europe, America. London 2018; Steven Levitsky/Daniel Ziblatt: Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können. München 2018; Patrick Deneen: Why Liberalism failed. New Heaven/London 2018; Jan Zielonka: Counter-Revolution. Liberal Europe in Retreat. Oxford 2018; David Runciman: How Democracy ends. London 2018.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

len Werten geworden? Was aus den supranationalen Ambitionen in der Europäischen Union oder aus kosmopolitischen Visionen?

Diese Fragen werden mittlerweile mit Dringlichkeit gestellt. Grassierender Rechtspopulismus, autoritäre Transformation, Amerikas Rückzug von der Rolle als westliche Führungsmacht – dies sind die allseits diskutierten Phänome. Damit verbunden ist vor allem ein Gefühl der Unsicherheit, das einen Vergleich mit der Zwischenkriegszeit für viele Beobachter nahelegt. In der Tat befand sich die Demokratie in den 1920/30er Jahren im wahrsten Sinne des Wortes in einer Existenzkrise. Sie kämpfte ums Überleben und ging in einigen Staaten spektakulär zugrunde.[3]

Dabei hatte es 1918/19 mit einem demokratischen Aufbruch begonnen, ein Aufbruch, der eigentlich erst die liberale Demokratie, wie wir sie kennen, begründete: Wegfall des Wahlzensus, Frauenwahlrecht, Aufwertung des Parlaments, Gewaltenteilung, Geburt des Wohlfahrtsstaates – diese Reformen wurde in vielen europäischen Staaten, übrigens auch in Westeuropa, erst nach 1918 ins Werk gesetzt.

Die liberale und soziale Demokratie wurde 1918 als Zukunftsversprechen empfunden. Aber sie geriet in den Nachwehen des Ersten Weltkrieges schnell unter Beschuss. Sie musste sich unter ungünstigen Umständen bewähren. Moritz Julius Bonn, einer der großen deutschen Liberalen jüdischer Herkunft, beschrieb in seinem Buch die „Krisis der europäischen Demokratie" das Dilemma der Weimarer Demokratie als unverdiente Zwangslage, denn sie trug das Erbe des Kaiserreiches und wurde schließlich für die Kriegsfolgen unmittelbar verantwortlich gemacht.[4] Liberale Demokraten hatten sich nicht nur gegen die Enthusiasten einer sozialistischen Revolution zu wehren, sondern vor allem und in unvorhersehbarer Weise gegen eine neue nationalistische Rechte. Der Faschismus als Ideologie einer Massenmobilisierung unter den Bedingungen einer sich rapide modernisierenden demokratischen Gesellschaft war ein völlig neues Phänomen, das auch der 1920 verstorbene Max Weber noch gar nicht vorhersehen konnte. Es ist zwar häufig diskutiert worden, inwiefern Webers Vorstellungen von einer „plebiszitären Führerdemokratie" theoretisch den Weg zu autoritären Modellen bereitete. Unvorstellbar aber waren für Weber die Hochkonjunktur des Irrationalismus, die offene Propagierung von Gewalt und die antiparlamentarische Institutionenverachtung, die eine radikalisierte Rechte aggressiv gegen den demokratischen Rechtsstaat wendete.

Damit sind auch schon Punkte angesprochen, die vordergründige Parallelen zur heutigen Lage kenntlich machen. Wer will Weber anlasten, dass er

3 Vgl. als Überblick insgesamt Mark Mazower: Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert. Frankfurt a. M. 2002, S. 17-67.

4 Moritz Julius Bonn: Die Krisis der europäischen Demokratie. München 1925.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

keinen Sinn für die Gefährdung der Demokratie von rechts hatte, wenn wir heute eine ähnlich unvorhergesehene Erfahrung machen: Fake News, Rückbesinnung aufs Nationale (in Teilen sogar aufs Völkische), Antiparlamentarismus, Anfälligkeit für vereinfachende populistische Parolen – diese Regressionserscheinungen relativieren die Lerneffekte der Weltkriegsepoche doch sehr. Einst überwunden Geglaubtes kehrt nun im neuen Gewand zurück.

Insofern verwundert es nicht, dass seit der Finanzkrise 2008 der Vergleich mit Weimarer Verhältnissen als Schreckbild wieder allgegenwärtig scheint, denn zu den ökonomischen Krisenszenarien treten nun politisch-kulturelle Phänomene, die wie ein Déja-vu-Erlebnis der Zwischenkriegszeit wirken. Aber Vergleichen heißt nicht Gleichsetzen, und die Geschichte mag zwar gewisse Entwicklungszyklen kennen, aber keine Wiederkehr des Gleichen. Es geht deswegen auch nicht darum, uns heute im „Schnellzug nach Weimar" (Philipp Blom) zu sehen und ähnliche Untergangsszenarien zu imaginieren.[5] Vielmehr macht es die Perspektive der politischen Theorie möglich, über ideengeschichtliche Zugänge strukturelle Fragen im liberalen Denken zu erörtern.

Nach wie vor bleibt es lohnend, sich mit liberalen Denkern dieser Zeit auseinanderzusetzen, um sich zu vergegenwärtigen, wie diese unter Druck argumentiert haben. Krisenzeiten sind produktive Phasen politischen Denkens, und die liberalen Demokraten von damals sind nicht deswegen gescheitert, weil sie den falschen Ideen anhingen, sondern weil sie sich zu wenig Gehör verschaffen konnten. Es ist eine banale Einsicht, dass in schwierigen Phasen nicht auf die Klügsten gehört wird. Deswegen ist es kein Widerspruch, dass die Demokratiedebatte der 1920/30er Jahre zu den niveauvollsten und lehrreichsten intellektuellen Kontroversen der politischen Ideengeschichte zählt.[6] Ihre Erträge nur im Schatten des Jahres 1933 wahrzunehmen, käme einer doppelten und ungerechtfertigten Missachtung der demokratisch und liberal gesinnten Protagonisten von damals gleich.

Im Folgenden sind einige wesentliche Aspekte zu nennen, die zum Vermächtnis der Weimarer Liberalen zählen und die verspätet, nämlich nach 1945, politische Wirkung entfalteten. Dabei verwende ich einen umfassenden Begriff des Liberalismus, der sich nicht auf die Parteigänger des organi-

5 Vgl. den überaus anregenden Essay von Philipp Blom: Was auf dem Spiel steht. München 2017, hier S. 103 ff.

6 In diesem Sinne bereits Michael Stolleis: Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland. Bd. 3: Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in Republik und Diktatur 1914-1945. München 1999, S. 414. Zur Würdigung des demokratischen Denkens vgl. insbesondere Christoph Gusy (Hrsg.): Demokratisches Denken in der Weimarer Republik. Baden-Baden 2000 sowie Kathrin Groh: Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik. Von der konstitutionellen Staatsrechtslehre zur Theorie des modernen Verfassungsstaats. Tübingen 2010.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sierten politischen Liberalismus beschränkt, sondern die Fürsprecher und Verteidiger der liberalen Demokratie insgesamt umfasst, also durchaus auch Denker mit einbezieht, die wie die Staatsrechtler Hans Kelsen und Hermann Heller der Sozialdemokratie zugerechnet werden, oder diejenigen, die wie Ernst Troeltsch und Max Weber das liberale Bürgertum zur egalitären Massendemokratie hin öffneten.

Liberalismus und Demokratie

Die liberale Demokratie, die man nach 1918 Massendemokratie nannte, gab es vorher nicht. Dazu war der Abbau von Klassen- und Geschlechterschranken ebenso notwendig wie die Ausweitung der demokratischen Staatsaufgaben. Die Verbindung von Liberalismus und Demokratie war also alles andere als naturgegeben. Im Gegenteil, der Liberalismus tat sich im langen 19. Jahrhundert äußerst schwer mit dem demokratischen Gedanken. Allgemeinem Wahlrecht, Volkssouveränität und umfassenden Gleichheitsbestrebungen standen bürgerliche Liberale in der Regel skeptisch gegenüber. Ebenso wie John Stuart Mill beharrte Max Weber auf den Eigentums- und Bildungsprivilegien der bürgerlichen Schichten. Anders als Mill, der politische Mitbestimmung an einen staatsbürgerlichen Eignungstest knüpfte und für ein ungleiches Pluralwahlrecht eintrat, sah der Realist Weber nicht nur die Notwendigkeit einer Elitenherrschaft, sondern hielt – eher Alexis de Tocqueville folgend – an der Unausweichlichkeit einer allgemeinen Demokratisierungsbewegung fest. Politische Mitbestimmungsrechte konnten seiner Auffassung nach nicht hierarchisch abgestuft werden, da weder Zensusbestimmungen noch Bildungsprivilegien schlüssige Begründungen lieferten, das Prinzip „one man, one vote“ zu missachten. Weber war der Überzeugung, dass man den heimkehrenden Soldaten und den Frauen das freie und gleiche Wahlrecht nicht weiter vorenthalten könne. Er sah allerdings – und dieser Punkt ist wichtig – die Besitz- und Bildungstitel weiterhin bei den bürgerlichen Eliten. Mit Blick auf die Vereinigten Staaten wusste Weber, dass die Gewährung demokratischer Partizipationsrechte noch lange keine Einebnung gesellschaftlicher Unterschiede bedeuten würde. Das zugestandene Wahlrecht kompensierte die fortbestehende soziale und politische Benachteiligung. Eine solche Position mag uns heute moralisch nicht gefallen; sie warb aber realistisch und nachhaltig um die Anerkennung der Demokratie im Bürgertum.

Weber war eine Übergangsfigur. Das zeigt sich auch daran, dass er ähnlich wie einst Tocqueville die Demokratie für zukunftsweisend hielt. Demokratisierung hieß für ihn Parlamentarisierung. Es ging um eine Regierungs-

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

methode, um Führerauslese und um Legitimation im Sinne demokratischer Zustimmung.

Ein solcher Begriff von Demokratie war mit Blick auf die Normen der Weimarer Reichsverfassung und die in den Vordergrund drängenden sozialen Fragen (die Weber wenig interessierten) schnell überholt. Die Demokratie konnte nicht lediglich als ein System der Elitenrekrutierung verstanden werden, sondern brauchte zusätzliche Legitimationsgründe. Vor allem musste die parlamentarische Demokratie ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen und dies gegen konkurrierende Auffassungen von Demokratie tun: identitäre Demokratievorstellungen rousseau'scher Prägung, sozialistische Rätedemokratie, nationale Führerdemokratie oder gar völkische Demokratie.

Es waren sozialdemokratische und liberale Denker wie Hugo Preuß, Kelsen, Heller oder Bonn, die in ihren Schriften und Reden den Erweis erbringen wollten, dass nur die parlamentarische Demokratie praktikabel und zudem nur sie in der Lage ist, durch Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit individuelle Freiheiten zu sichern. Hier wurde in der deutschen Debatte zum ersten Mal klar artikuliert, was später für das politische Selbstverständnis in Westdeutschland nach 1945 prägend werden sollte. Preuß hatte die republikanische Idee des Volksstaates (nur ein anderes Wort für Demokratie) bereits in seinem heute wieder zu entdeckenden Buch „Das deutsche Volk und die Politik" (1915) verankert und forderte die Bürger darin zur aktiven Gestaltung bürgerlicher Selbstregierung auf.[7] Hans Kelsen sah „Wesen und Wert der Demokratie" (1929) vor allem in der Verwirklichung des sozialen Friedens, in der Fähigkeit, Ausgleich und Kompromiss in Klassen- und Interessenkonflikten zu finden.[8] Außerdem machte er den Charakter der demokratischen Mischverfassung deutlich: Parlamentarismus war ein Überbleibsel aus ständischen Zeiten, hatte sich aber als anpassungsfähig erwiesen. Der Gedanke der Repräsentation lag dabei quer zu idealen Vorstellungen von Volkssouveränität: Beides enttarnte er als nützliche Fiktionen, aber man müsse sich klar machen, dass es den einen ungeteilten Volkswillen eben nicht gebe. Oder wie Jürgen Habermas es sieben Jahrzehnte später ausgedrückt hat: „Das Volk, von dem alle staatliche Gewalt ausgehen soll, bildet kein Subjekt mit Willen und Bewusstsein. Es tritt nur im Plural auf, *als* Volk ist es im ganzen weder beschluß- noch handlungsfähig."[9]

Im Unterschied zum skeptischen Kelsen, der den Gedanken der sozialen Gleichheit ausdrücklich zurückwies, beharrte Heller auf der Leitidee einer

7 Hugo Preuß: Das deutsche Volk und die Politik. Jena 1915. Vgl. siehe jetzt Michael Dreyer: Hugo Preuß. Biografie eines Demokraten. Stuttgart 2018.

8 Jetzt erfreulicherweise neu aufgelegt: Hans Kelsen: Vom Wesen und Wert der Demokratie. Stuttgart 2018.

9 Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt a. M. 1998, S. 607.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zumindest relativen sozialen und kulturellen Homogenität.[10] Die soziale Demokratie, die Heller mit Rechtsstaatlichkeit und Parlamentarismus verbinden wollte, musste für Verteilungsgerechtigkeit und eine breite gesellschaftliche Mitte sorgen, um stabil zu bleiben. Moritz Julius Bonn, der einzige Nichtjurist unter den Genannten, steuerte die Idee eines sozialen Pluralismus bei[11]; ihm ging es vor allem um den Schutz und die Rechte von Minderheiten, ob politisch, sozial oder ethnisch. Demokratische Mehrheitsentscheidungen hatten Grenzen und durften aus seiner Sicht nie diskriminierend ausfallen.

Drei Lehren aus Weimar

Liberale Demokraten mussten damals Antworten auf spezifische Herausforderungen ihrer Zeit finden. Auf drei Problemfelder ist dabei kurz einzugehen: 1. die Bedrohung durch Faschismus und Totalitarismus, 2. die Gefahr einer Abschaffung der Demokratie mit demokratischen Mitteln, 3. die Einhegung des Kapitalismus.[12]

Erstens - Faschismus und Totalitarismus: Es ist viel über die Anfälligkeit des Bürgertums für antiliberalen Autoritarismus in den 1920/30er Jahren geschrieben worden. Auch liberale Publizisten wie Theodor Wolff und Emil Ludwig waren von Mussolini fasziniert.[13] Weniger bekannt ist, dass liberale und sozialdemokratische Denker schon sehr früh und klarsichtig den Faschismus analysierten. Sie entwickelten bereits eine Vorform der Totalitarismustheorie, die auf die Ähnlichkeiten zwischen Leninismus und italienischem Faschismus aufmerksam machte: die Triebfeder der Ideologie, der Antiparlamentarismus und Antiliberalismus, die Wende zum Einparteienstaat und zum Führerprinzip, die neuen Propagandatechniken, die rücksichtslose Gewaltbereitschaft und die Militarisierung des öffentlichen Lebens – diese Gemeinsamkeiten ließen sie eine erstaunliche Kongruenz zwischen „Zwillingsbrüder[n] des gleichen politischen Geistes“ (Heller) erkennen.[14]

Nicht nur wiesen Gelehrte wie Bonn und Heller auf die gefährliche Suspendierung des Rechtsstaats in Italien hin, sie zeigten zudem genau, wie

10 Hermann Heller: Politische Demokratie und soziale Homogenität (1928). In: Ders.: Gesammelte Schriften. Bd. 2. 2. Aufl. Tübingen 1992, S. 421-433.
11 Bonn: Krisis der europäischen Demokratie (wie Anm. 4), S. 150 f.
12 Näher ausgearbeitet finden sich diese Aspekte in: Jens Hacke: Existenzkrise der Demokratie. Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit. 3. Aufl. Berlin 2018.
13 Vgl. Wolfgang Schieder: Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik. In: Ders.: Faschistische Diktaturen. Studien zu Italien und Deutschland. Göttingen 2008, S. 149-184.
14 Hermann Heller: Was bringt uns eine Diktatur? In: Ders.: Gesammelte Schriften (wie Anm. 10), Bd. 2, S. 435-442, hier S. 437.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Mussolini unter dem „Schein der Legalität“ den Staat umbaute und wie es ihm gelang, mit einer Mischung aus brutaler Einschüchterung und geschickter Einbindung der Eliten seine Herrschaft zu sichern. Dass solche Taktiken der „Machtergreifung“ einer Minderheit auch für Deutschland eine Gefahr darstellten, war evident. Und dass programmatische Konsistenz keine Rolle spielte, sondern im Zweifel Opportunismus regierte, darüber bestand für beide Autoren kein Zweifel.[15]

Allerdings erkannten diese ersten Studien über den Faschismus auch, dass dieser nur aufgrund spezifischer psychosozialer und ökonomischer Bedingungen erfolgreich sein konnte. Er war ein Reaktionsphänomen, das die Defizite liberaldemokratischen Regierens ausnutzte. Zum einen instrumentalisierte er die mentale Verrohung in den Nachkriegsgesellschaften, indem er auf eine Strategie des latenten (oder auch offenen) Bürgerkrieges setzte. Zum anderen hatte der Faschismus ein Gespür für die Schwachstellen der liberalen Demokratie: Dem Rationalismus, welcher dem Ideal des parlamentarischen Interessen- und Meinungsausgleichs durch Kompromiss zugrunde lag, setzte er den irrationalistischen Glauben an den nationalen Mythos und die Führungskraft des Duce entgegen. Die Lehre, die daraus zu ziehen war, lautete: Auch die Demokratie musste die Emotionen ansprechen, brauchte republikanischen Geist und Opferbereitschaft. Sie war kein rein vernunftgesteuertes Projekt, das gleichsam von selbst funktionierte.

Zweitens - Wie sollte man also die Demokratie verteidigen und sicherer machen, um der Gefahr demokratischer Selbstabschaffung zu entgehen? Auch wenn die Denkfigur von der quasidemokratischen Überwindung der Demokratie weit mehr dem faschistischen Mythos und der nationalsozialistischen Propaganda, aber nicht der politischen Realität entsprach – ihre Wege zur Macht waren eher durch eine Mischung aus Staatsstreich, Scheinlegalität und Terror geprägt –, so beschäftigte die Möglichkeit, dass die Demokratie an der von ihr gewährten Freiheit zugrunde ging, die liberalen Fürsprecher Weimars. Sie diskutierten die destruktive Möglichkeit einer drohenden negativen antidemokratischen Mehrheitsbildung.

Hans Kelsen nahm die provokante Position ein, dass die Demokratie ihre Selbstaufhebung nicht verhindern könne, weil sie nicht ihr tragendes Prinzip „Mehrheit entscheidet“ verletzen dürfe.[16] Das einzige, was ihr bleibe, sei die nachhaltige Pflege einer demokratischen Kultur, um ihre Bestandsbedingun-

15 Vgl. Moritz Julius Bonn: Schlußwort. In: Carl Landauer/Hans Honegger (Hrsg.): Internationaler Faschismus. Beiträge über Wesen und Stand der faschistischen Bewegungen und über den Ursprung ihrer leitenden Ideen und Triebkräfte. Karlsruhe 1928, S. 127-150; Hermann Heller: Europa und der Faschismus (1929/31). In: Ders.: Gesammelte Schriften (wie Anm. 10), S. 463-609.

16 Hans Kelsen: Verteidigung der Demokratie (1932). In: Ders.: Verteidigung der Demokratie. Abhandlungen zur Demokratietheorie, hrsg. von Matthias Jestaedt und Oliver Lepsius. Tübingen 2006, S. 229-237.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gen zu sichern. Demgegenüber forderten andere liberale Demokraten entschlossenes staatliches Handeln gegenüber Verfassungsfeinden. Der Jurist und Max-Weber-Schüler Karl Loewenstein erfand im amerikanischen Exil schließlich die Formel von einer „militant democracy" und rekurrierte damit auf Überlegungen, die er 1931 auf der Staatsrechtslehrertagung in Halle vorgetragen hatte.[17] Dort hatte er bereits gefordert, dass der Staat Maßnahmen zum Schutz der Republik ergreifen müsste: Parteienverbote, Bestrafung von Hochverrat, Verbot von Waffenbesitz, Einschränkung der Grundrechte. Sein Konzept aktualisierte in Zeiten der Präsidialkabinette den Diktaturgedanken, weil es Loewenstein darum ging, den Staat im Ausnahmezustand handlungsfähig zu machen. Anknüpfend an die klassischen Befugnisse eines Diktators, der Maßnahmen ergreift, um die Republik im Notstand vor Bürgerkrieg oder äußerer Gefahr zu bewahren, warb der Verfassungsrechtler für eine „notwendige Machtkonzentration in den Händen der Exekutive und die Aussetzung der Grundrechte". Zwar plädierte er für eine disziplinierte und autoritäre Demokratie, aber er vermied die zeittypische Personalisierungstendenz: Nicht eine Führerfigur, sondern ein Kollektiv bestehend aus „liberal-minded men" sollte die totalitäre Bedrohung abwenden und die parlamentarische Demokratie stabilisieren.[18] Gleichzeitig erkannte er natürlich die Wirkungslosigkeit solcher Forderungen, wenn sich die Demokratie schon in einem bedrohten Zustand befand. Dann würde es nämlich zunehmend utopisch, noch Mehrheiten für die Stärkung der demokratischen Wehrhaftigkeit zu finden. Die beste Prävention gegen den Zerfall der Demokratie – da stimmte er mit Kelsen überein – sei die gelebte Praxis einer politischen Kultur der Demokratie.

Die liberale Thematisierung der „wehrhaften Demokratie" beinhaltete also beides: das Nachdenken über Maßnahmen zum Schutz von Staat und Verfassung und zugleich eine Betonung demokratischer Normen. Denn angesichts existentieller Bedrohung durch Gewaltregime gewann für Liberale die demokratische Lebensform als zivilisatorische Errungenschaft der Moderne an Gewicht. Charakteristisch dafür war der neuerliche Rekurs auf den Humanismus und die Menschenrechte. Thomas Mann, übrigens mit Karl Loewenstein gut bekannt und im engen persönlichen Austausch, hatte schon 1935 für einen „militanten Humanismus" plädiert[19], und kurz vor dem Zwei-

17 Karl Loewenstein: Diskussionsbeitrag. In: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer. Heft 7: Verhandlungen der Tagung der Deutschen Staatsrechtslehrer zu Halle am 28. und 29. Oktober 1931. Berlin/Leipzig 1932, S. 192-194; ders.: Militant Democracy and Fundamental Rights (I + II). In: American Political Science Review 31 (1937), S. 417-432, 638-658.

18 Loewenstein: Militant Democracy (wie Anm. 17), S. 432, 657.

19 Thomas Mann: Achtung Europa! (1935). In: Ders.: Essays. Bd. 4: Achtung Europa! 1933-1938 hrsg. von Hermann Kurzke und Stephan Stachorski. Frankfurt a. M. 1995, S. 147-160.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ten Weltkrieg findet sich bei ihm auch die Wendung von der „militanten Demokratie“, „die sich des Zweifels an sich selbst entschlägt, die weiß, was sie will, nämlich den Sieg, welcher der Sieg der Gesittung ist über die Barbarei“. Denn „der Freiheitsbegriff der Demokratie“ dürfe „nicht auch die Freiheit umfassen, die Demokratie ums Leben zu bringen, er darf nicht den Todfeinden der Demokratie freies Wort und freie Hand geben“.[20] Das Bekenntnis zu Werten und die Frontstellung gegen den Totalitarismus schufen deshalb den neuen *common ground* für einen demokratischen Liberalismus.

Drittens - Verändert hatte sich auch die liberale Vorstellung von Ökonomie und Gesellschaft. Beschleunigte Modernisierungserfahrungen sowie politischer und kultureller Wandel sorgten dafür, dass die liberale Demokratie ganz neue Gestaltungsräume für die Politik erschloss. Aus dem *warfare state* hatte sich nach 1918 rasch der Wohlfahrtsstaat entwickelt, der aufgrund ausgeweiteter Verantwortlichkeiten Sozial- und Wirtschaftspolitik mitgestalten musste. Dem konnten sich auch Liberale nicht entziehen. Das Ende des Laissez-faire verkündete John Maynard Keynes spätestens 1925 in seiner epochalen Rede[21], aber dieses Faktum war den meisten liberalen Denkern schon vorher klar. Der Markt war kein Naturgesetz, sondern eine geregelte Ordnung. Die Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft und die Bewältigung der Kriegsfolgen verlangten einen aktiven Staat, keinen „Nachtwächter“. Im Begriff des Sozialliberalismus bündelte sich das progressive Potential, das erst einmal für intellektuelle Aufbruchsstimmung, in der Weltwirtschaftskrise aber schließlich für Überforderung sorgte.[22]

Liberale wie Moritz Julius Bonn wiesen frühzeitig darauf hin, dass sich Demokratien auch durch ihre Leistungsfähigkeit legitimierten und – neudeutsch politikwissenschaftlich – auf ihre Output-Legitimität zu achten hätten. Er plädierte für einen „demokratischen Kapitalismus“, dessen Produktivität der breiten Masse zu Gute komme.[23] Seine Kritik galt den industriellen und wirtschaftlichen Eliten, deren fehlenden demokratischen Sinn er leidenschaftlich kritisierte. Wenn er die Tendenz anprangerte, dass sie sich darum

20 Thomas Mann: Das Problem der Freiheit (1939). In: Ders.: Essays. Bd. 5: Deutschland und die Deutschen 1938-1945. Frankfurt a. M. 1996, S. 54-74, hier S. 71.

21 John Maynard Keynes: Das Ende des Laissez-faire. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft (1926). 2. Aufl. Mit einem Vorwort von Peter Kalmbach und Jürgen Kromhardt. Berlin 2011.

22 Kritisch zum Begriff des Sozialliberalismus: Ludwig von Mises: Sozialliberalismus. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 81 (1926), S. 242-278; zum weiteren Kontext siehe Tim B. Müller: Die Geburt des Sozial-Liberalismus aus dem Geist der Verwaltung. In: Anselm Doering-Manteuffel/Jörn Leonhard (Hrsg.): Liberalismus im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2015, S. 127-155.

23 Vgl. dazu detaillierter Jens Hacke: Demokratischer Kapitalismus. Moritz Julius Bonns Defizitanalyse der wirtschaftlichen Ordnung in der Weimarer Republik. In: Ders./Ewald Grothe (Hrsg.): Liberales Denken in der Krise der Weltkriegsepoche – Moritz Julius Bonn. Stuttgart 2018, S. 93-106.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bemühten, die Gewinne selbst einzuheimsen, aber die Verluste zu sozialisieren, dann finden wir hier ein Muster, das uns an jüngere Entwicklungen in der Autoindustrie oder an die Banken- und Finanz(markt)krise von 2008 erinnert. Nur nannte man das damals noch nicht „Neoliberalismus".

Es ist ebenfalls daran zu erinnern, dass die Ursprünge des Ordoliberalismus in der Weimarer Debatte zu finden sind. Junge Wirtschaftswissenschaftler wie Walter Eucken, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow verfassten Anfang der 1930er Jahre erste wichtige Aufsätze, um eine liberale Ordnungsökonomik zu entwickeln, die eine aktive Rolle des Staates vorsah.

Diese Ideen – Antitotalitarismus, wehrhafte Demokratie, Einhegung des Kapitalismus durch den demokratischen Staat – konnten Weimars Schicksal nicht abwenden. Aber sie waren trotzdem wirkungsreich, denn sie kehrten über das Exil nach 1945 zurück nach Deutschland. Sie zeigen uns auch, dass der Liberalismus und die liberale Demokratie bestimmten geschichtlichen Wandlungen unterliegen.[24] Die Haltung von Liberalen kann sich nicht damit begnügen, den Stein der Weisen ein für alle Mal gefunden zu haben. Vielmehr geht es darum, die tragenden Werte von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Verantwortung immer wieder neu an die Herausforderungen der Gegenwart anzupassen.

Die Demokratiedebatte der Zwischenkriegszeit gehört fraglos zu den Sternstunden der politischen Ideengeschichte. In der Auseinandersetzung mit den Vordenkern der liberalen Demokratie lässt sich der existenzielle Ernst der damaligen Situation nachempfinden. Die Einsichten der damaligen prorepublikanischen Streiter bleiben deswegen aktuell, weil sie uns daran erinnern, wie voraussetzungsreich und fragil das Projekt der liberalen Demokratie bis heute tatsächlich ist.

Historische Parallelen?

Die Frage, die sich aufdrängt, aber kaum erschöpfend zu beantworten ist, lautet: Inwiefern unterscheiden sich heutige Krisensymptome von der damaligen Lage? Was nützen uns die oberflächlichen Ähnlichkeiten von Populismus, Antiparlamentarismus und Antiliberalismus, wenn wir daraus keine anwendbaren Rezepte ableiten können?

Zunächst einmal sollte uns der Blick auf die dramatische Krise der Demokratie vor gut neun Jahrzehnten Nüchternheit lehren. Was damals als ein völlig neuartiges und anspruchsvolles Experiment nach wenigen Jahren scheiterte, ist nicht zu vergleichen mit einer mittlerweile doch gefestigten demokratischen Kultur, die sich über siebzig Jahre hat entwickeln und Erfahrun-

24 Vgl. dazu auch Edmund Fawcett: Liberalism. The Life of an Idea. Princeton 2014.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gen sammeln können. Eine solche Entdramatisierung soll keineswegs zur Selbstzufriedenheit und Untätigkeit verleiten, aber es ist doch wichtig, unaufgeregt auf strukturelle und sachliche Probleme in westlichen Demokratien zu schauen, anstatt sich von populistischen Provokationen die Themen diktieren zu lassen.

Natürlich ist es heute mit dem Lippenbekenntnis zur liberalen Demokratie allein nicht getan. Sie wäre nicht in gefährdeter Lage, wenn sie keine Schuld an ihrem derzeitigen Zustand trüge, und das Register der Fehlentwicklungen ist lang: die Technokratie der Europäischen Union, die neoliberale Inkaufnahme wachsender sozialer Ungleichheit, die unzureichende Regelsetzung für den Finanzkapitalismus, die verspäteten Anstrengungen sozialer und politischer Integration von Zuwanderern, die Versäumnisse in der Prävention globaler Migration sowie der mediale und digitale Wandel, der eine Entflechtung verlässlicher Information mit sich bringt und zur Selbstverstärkung von Ideologisierungen führt. Neben diesen allgemeinen Punkten ist insgesamt der in den letzten Wochen und Monaten spürbare Gezeitenwandel der internationalen Beziehungen zu nennen. Auch hier ist die nach 1989 ausgerufene „neue Weltordnung" so fern wie nie, statt kosmopolitischer Vision und multilateraler Kooperation erleben wir das Comebock nationaler Macht- und Interessenpolitik. All dies führt besonders in den Staaten des Westens zu Verlustängsten: Sicherheit und Wohlstand der letzten Jahrzehnte können nicht mehr für selbstverständlich genommen werden.

Fern davon, programmatische Lösungsvorschläge für gegenwärtige Probleme geben zu können – das liegt sowieso außerhalb der Zuständigkeit politischer Theoretiker –, kann man sich fragen, was Ralf Dahrendorf heute zur gegenwärtigen Lage der Demokratie gesagt hätte.[25] Während einer in vielerlei Hinsicht alarmistischen Debatte über die Krise der Demokratie Mitte der 1970er Jahre, als sich die westliche Welt mit den Auswirkungen der Studentenproteste, dem kulturellen Wandel und dem Ende des Nachkriegsbooms auseinandersetzte, behielt er kühlen Kopf. Weder wollte er in die Abgesänge auf den Spätkapitalismus einstimmen, noch die konservative Skepsis teilen, dass demokratische Staaten sich einem Stadium der Unregierbarkeit annäherten. Dahrendorf agierte als Kommentator des seinerzeit von der trilateralen Kommission vorgelegten, aufsehenerregenden Forschungsberichts „Crisis of Democracy", in dem Samuel Huntington, Michel Crozier und Joji Watanuki Bestandsaufnahmen aus amerikanischer, europäischer und japanischer

25 Zu Dahrendorf vgl. jetzt Franziska Meifort: Ralf Dahrendorf. Eine Biographie. München 2017 sowie Thomas Hertfelder: Neoliberalismus oder neuer Liberalismus? Ralf Dahrendorfs soziologische Zeitdiagnostik im späten 20. Jahrhundert. In: Ders./Frank Bösch/Gabriele Metzler (Hrsg.): Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert. Stuttgart 2018, S. 261-294.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Perspektive lieferten.[26] In seinem Statement setzte er sich von den Kassandrarufen der Politikwissenschaft ab und beharrte darauf, die spezifischen Stärken liberaler Demokratien zu akzentuieren. Es gehöre zu den Merkmalen der Demokratie, auf klare Vorschriften oder die Exekution von Plänen im ökonomischen, sozialen und politischen Bereich zu verzichten. Im Gegensatz zu autoritären Gesellschaften verfügten sie über flexible Institutionen, die durchaus in der Lage seien, sich an neue Herausforderungen anzupassen. In dieser Flexibilität liege ihre eigentliche Stärke.[27]

Beim Wiederlesen des späten Dahrendorf bleibt es ganz erstaunlich, wie viele ahnungsvolle Zwischentöne darin zu vernehmen sind. Dahrendorf war beileibe niemand, der es sich bequem machte, aber als guter Liberaler sprach er sich und anderen immer wieder Hoffnung zu. Mit Sorge sah er die Schwächung des Parlamentarismus, er kritisierte die Auswüchse des Finanzkapitalismus und mahnte (als „Radikalliberaler" wohlgemerkt) den Zusammenhalt der Gesellschaft an.[28] Auch die Gefahr des Populismus sah er bereits am Horizont und charakterisierte ihn mit ebenso einfachen wie treffenden Formeln: „Populismus ist immer einfach" und „im Kern antiparlamentarisch", aber „Demokratie ist komplex".[29]

Dahrendorf bewahrte sich das Vertrauen in die Kreativität der Bürger und forderte den Mut zur Veränderung. Er wusste, dass Ideen nicht zwanghaft originell sein müssen. Während Legionen von politischen Theoretikern über die normative und prozedurale Vertiefung der Demokratie nachdachten und dabei den Kontakt zur Wirklichkeit verloren, begnügte sich Dahrendorf damit – wie z.B. 1989 –, die richtigen Ideen zu bekräftigen.[30] Es war schwer genug, sie immer wieder an neue Realitäten anzupassen.

Man kann von ihm lernen, dass das politische Denken wertebezogen bleiben sollte, aber vor allem konstellationsabhängig ist. In vielerlei Hinsicht ist Dahrendorf damit ein Enkel von Moritz Julius Bonn, der zu den lange übersehenen großen Liberalen der Weimarer Jahre zählt. Wie Dahrendorf dachte Bonn Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie immer zusammen; es ging beiden stets um die Balancierung liberaler Ideen wie Freiheit und Chancengleichheit, Rechtsstaatlichkeit und bürgerliche Selbstregierung, nicht um die Befolgung eines doktrinären Liberalismus. Dahrendorf hätte als gebranntes Kind des 20. Jahrhunderts jedem Vergleich mit der Zwischenkriegszeit skep-

26 Michel Crozier/Samuel Huntington/Joji Watanuki: The Crisis of Democracy. Report of the Governability of Democracies to the Trilateral Commission. New York 1975.
27 Ebenda, S. 188-195.
28 Vgl. insbesondere Ralf Dahrendorf: Die Krisen der Demokratie. Ein Gespräch. München 2002; ders.: Der Wiederbeginn der Geschichte. Vom Fall der Mauer zum Krieg im Irak. Reden und Aufsätze. München 2004.
29 Dahrendorf: Der Wiederbeginn (wie Anm. 28), S. 318.
30 Ralf Dahrendorf: Betrachtungen über die Revolution in Europa. 2. Aufl. Stuttgart 1991, S. 26 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tisch gegenüber gestanden. Das Erbe des aus dieser Epoche hervorgegangenen Liberalismus hat er allerdings angenommen. Denn auch Dahrendorf ging es um eine liberale Demokratie, die zwar der Entfaltung persönlicher Freiheit dient, aber die die soziale Bedingtheit dieser Freiheit stets im Auge hat. Der Erfolg der liberalen Demokratie, das wusste Dahrendorf, hängt von ihrem Sinn für soziale Ungleichheit ab. Sie muss Lebenschancen ermöglichen und ihre sozialmoralischen Ressourcen pflegen. Vielleicht war Dahrendorf gegen Ende seines Lebens ja sogar ein „republikanischer Liberaler“[31], der erkannt hatte, dass die Demokratie eben doch kein kaltes Projekt ist, sondern die Pflege des Gemeinsamen ebenso braucht wie den Glauben an sich selbst.

31 Vgl. Herfried Münkler: Sozio-moralische Grundlagen liberaler Gemeinwesen. Überlegungen zum späten Ralf Dahrendorf. In: Mittelweg 36, 19 (2010), Heft 2, S. 22-37.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Wolfgang Michalka

Chronist der Zeitenwende: Harry Graf Kessler[1]

„Schreib das auf, Kessler!" Dieses Motto setzte Harry Graf Kessler konsequent sein Leben lang um und führte seit 1880 Tagebuch. Beschrieben wurden anfangs Schulhefte, später ledergebundene Kladden in Rot, Braun und Grün, insgesamt 57 Bände in Quartformat und in Oktav.

Kesslers handschriftliche, nicht unbedingt leicht zu lesende Notate mit gelegentlich eingefügten Zeitungsausschnitten und auch Fotos enthält 14 000 Personennennungen, 5 700 Werke, 4 100 Orte und knapp 1 000 Körperschaften und 129 Periodika. Das erklärt uns das Vorwort des bislang noch fehlenden **Ersten Bandes,**[2] der die Jahre 1880 bis 1891 präsentiert, der insgesamt neunbändigen Tagebuch-Edition Kesslers. [3]

Schwierigkeiten der Finanzierung haben sein Erscheinen verzögert. Es ist die vollständige und wissenschaftlich aufgearbeitete Ausgabe des legendären, 57 Jahre hindurch geführten Tagebuchs des Schriftstellers, Diplomaten und Kunstmäzens Harry Graf Kessler. Dem Deutschen Literaturarchiv Marbach gelang es, die vorhandenen Tagebücher sukzessive zu erwerben.[4]

Kessler, 1868 als Sohn eines nobilitierten Hamburger Bankiers und einer irischen Baronin in Paris geboren und finanziell unabhängig, fand Eingang in Gesellschaftskreise und avantgardistische Künstlergruppen in Berlin, Paris und London. Dreisprachig und kosmopolitisch pflegte er Umgang mit beinahe allen namhaften Persönlichkeiten Europas auf verschiedensten Fel-

1 Zugleich Besprechung von Harry Graf Kessler: Das Tagebuch 1880-1937. Herausgegeben von Roland S. Kamzelak und Ulrich Ott. Unter Beratung von Ulrich Simon, Werner Volke (†) und Berhard Zeller. 9 Bde Stuttgart 2004-2018.

2 Erster Band 1880-1891. Herausgegeben von Roland S. Kamzelak unter Mitarbeit von Lucie Holzwart. Stuttgart 2018, 879 S.

3 Kesslers Tagebücher erscheinen als Hybrid-Edition: Neben den neun Bänden gibt es eine CD-ROM, die u.a. Suchaufgaben erleichtern soll. Bewusst haben die Herausgeber keine historisch-kritische Ausgabe angestrebt. Das wird vereinzelt bemängelt, der Leser aber dankt es ihnen. Auf Fußnoten wird weitgehend verzichtet, dafür bietet jeder Band eine ausführliche Einführung und ein umfangreiches Register (Personen, Orte, Institutionen etc.) mit entsprechenden Erklärungen. Dieses kann als Nachschlagewerk zur Gesellschaft und internationalen Kulturszene seiner Zeit begrüßt werden.

4 Über die Erwerbsgeschichte, seine Charakterisierung und Verzeichnung des umfangreichen Kessler-Nachlasses sowie seine Benutzungsmöglichkeiten informieren Hildegard Dieke und Angelika Kreh. In: Roland S. Kamzelak (Hrsg.): Kessler, der Osten und die Literatur. Münster 2015, S. 149-160; vgl. vor allem auch Ulrich Ott: Kesslers Tagebücher. Probleme und Perspektiven der Edition. In: Gerhard Neumann/Günter Schnitzler (Hrsg.): Harry Graf Kessler: Ein Wegbereiter der Moderne. Freiburg 1997, S. 29-45.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dern. Es gab wohl keine Premiere, keinen Empfang, keine Vernissage, kein Fest in Berlin, an dem Kessler nicht teilnahm. Sein regelmäßig stattfindendes Frühstück mit meist bedeutenden Gesprächspartnern wurde regelrecht zu einem täglichen Ritual.[5]

Sein Tagebuch ist eine schier unerschöpfliche Quelle zur Politik, zur Kunst-, Kultur- und Literaturgeschichte seiner Zeit. Es ist fortlaufender Zeitbericht und Zeitkommentar, geschrieben von einem unerbittlich scharfen Beobachter, sensiblen Denker und homme de lettres. Es gibt in Deutschland keinen Autor, dessen Tagebücher mit den seinen zu vergleichen sind.

Tagebucheintragungen, als unmittelbarste Form der autobiographischen Aufzeichnungen, dienen als Gedächtnisstütze, als Reflexionsmedium, als Gesprächsersatz und für vieles andere mehr. Tagebücher haben gegenüber Memoiren und Autobiographien eher privaten Charakter, da sie nicht von vornherein zur Veröffentlichung bestimmt sind. (Bd. I, S. 12)

Kesslers Tagebuch, so erfahren wir, sei allerdings kein „journal intime", sondern Zeitbericht. Kessler ist Chronist der Jahrhundertwende, aber auch seiner eigenen Entwicklung, seines Bildungswegs, seines Verhältnisses zu Freunden und Bekannten und auch zu seiner Familie.

Die ersten Jahre sind in englischer Sprache verfasst, vermutlich weil ihm dazu geraten wurde, um seinen anstehenden Schulwechsel von Paris nach Ascot in die renommierte private St. George's School, deren Schüler auch kein Geringerer als Winstom Churchill war, sprachlich vorzubereiten. Seine Sprachentwicklung lässt sich über die Jahre hinweg verfolgen. Am 5. Januar 1891 wechseln seine Eintragungen übergangslos ins Deutsche.

Bereits nach zwei Jahren 1882 ging er an die nicht minder renommierte Johanneums-Gelehrtenschule in Hamburg, um dort 1888 mit dem Abitur als Klassenbester[6] seine Schulzeit zu beenden. Es folgte ein Jurastudium in Bonn und Leipzig, wo er auch 1891 promovierte. Am 5. Dezember 1891 lesen wir: „Mein Doctor Examen." (I, S. 614) Anschließend Referendariat in Kassel. Deutlich wird ihm, dass die juristische Laufbahn nicht seinen Berufsvorstellungen und Talenten entspricht. Der diplomatische Dienst schien ihm einen Ausweg zu bieten, jedoch wird ihm der Eintritt ins Auswärtige Amt verwehrt. Über die Gründe wird gerätselt.[7]

Kessler erhielt eine solide Ausbildung in den alten Sprachen, Griechisch und Latein, später lernte er Italienisch und Spanisch, spielte Klavier und

5 Dazu auch Gerhard Neumann. In: Roland S. Kamzelak u.a. (Hrsg.): Grenzenlose Moderne. Die Begegnung der Kulturen im Tagebuch von Harry Graf Kessler. Münster 2015, S. 31.

6 27. August 1888, vgl. Peter Grupp: Harry Graf Kessler. Eine Biographie. München 1995, S. 21.

7 Vgl. dazu ders.: Harry Graf Kessler als Diplomat. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 40 (1992), S. 61-78.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

konnte gut reiten, besaß er doch eigene Pferde. Ab seinem 14. Lebensjahr las er regelmäßig und viel – was seine Eintragungen belegen.[8]

In den Jahren zwischen 1880 und 1937 erwähnt das Tagebuch über 1 400 Schriftwerke unterschiedlichster Gattungen. Er liest meist im Original, neben Deutsch auch Englisch, Französisch sowie Griechisch und Latein. Auffallend sei sein Faible für historische Stoffe. Obwohl der Vielleser die meisten der Autoren, wie Theodor Däubler, Wieland Herzfelde, Otto Flake, Albert Ehrenstein, Georg Heym, Gottfried Benn, Johannes R. Becher persönlich kannte, ist über deren Werke allerdings wenig in den Tagebüchern zu finden.

Seine militärische Ausbildung durfte nicht fehlen. Durch den Eintritt in das in Potsdam stationierte 3. Garde-Ulanen-Regiment und die Ableistung des sogenannten Einjährig-Freiwilligen-Dienstes erhielt Kessler entscheidende Impulse im Hinblick auf seine weitere politisch-kulturelle Sozialisation. Er rückte damit auch der Reichshauptstadt Berlin ein ganzes Stück näher. (I, S. 24) Kessler pendelte zwischen Potsdam – wo er privat wohnt und seinen militärischen Verpflichtungen nachkommt – und Berlin, wo er Theater, Bälle, Diners und Museen besucht.[9] Mit zahlreichen Regimentskameraden blieb Kessler sein Leben lang verbunden.

Eröffnet wurde das Editions-Projekt 2004 mit dem **Zweiten Band**[10], der die Jahre 1892 bis 1897 umfasst. Er setzt ein mit einem frühen Höhepunkt: Kesslers Weltreise (1892) nach Nordamerika, Japan, China, Indien und Ägypten. „Kessler ist zeit seines Lebens sehr viel gereist“,[11] und das Reisen sollte für ihn ein wichtiges Medium seiner Bildung und Weltsicht werden. Gut vorbereitet sind seine Exklusiv-Reisen, keinesfalls dem beginnenden Massentourismus geschuldet. Von Le Havre führte ihn sein Weg nach New York, wo er einige Wochen zubrachte, unterbrochen von Abstechern nach Washington, Philadelphia und Boston sowie nach Kanada. Weiter ging es über die Südstaaten nach San Francisco und Los Angeles. Dann per Schiff nach Japan und Indien. Über Ägypten kehrte er nach Italien und Europa zurück. Seine Aufzeichnungen werden generell ausführlicher mit „bewundernswerter Exaktheit" (II, S. 16) geführt. 1896 folgt eine zweite Reise, wo er besonders von Mexiko fasziniert wird, was er ausführlich in seinem Tage-

8 Grupp: Kessler-Biographie (wie Anm. 6), S. 18 listet Kesslers umfangreiches Lesepensum auf.

9 Ebd., S. 41.

10 Zweiter Band 1892-1897. Herausgegeben von Günter Riederer und Jörg Schuster unter Mitarbeit von Christoph Hilse; begonnen von Angelika Lochmann. Stuttgart 2004,776 S.

11 Grupp: Kessler-Biographie (wie Anm. 6), S. 74.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

buch darlegt – Grundlage für sein erstes selbständiges Buch „Notizen über Mexico“ (1898).[12]

Studienreisen nach Griechenland (1899 und 1900) und Italien werden auch im **Dritten Band,**[13] der die Jahre 1897-1905 beinhaltet, beschrieben. Eine weitere Griechenlandreise in Begleitung Hugo von Hoffmannsthals und dem Bildhauer Aristide Maillol 1908 wird im vierten Band nachgezeichnet. Der dritte Band setzt nach Rückkehr aus Mexiko im April 1897 ein. Neben Berlin wird dann ab 1902 Weimar zu Kesslers Lebensmittelpunkt. Dieser Wechsel sollte zu einem der kreativsten Abschnitte in seinem Leben werden. Zum künstlerischen Leiter des Großherzoglichen Museums für Kunst und Kunstgewerbe nach Weimar berufen, unternimmt Kessler den ehrgeizigen Versuch, die Stadt Goethes und Schillers zu einem internationalen Kulturzentrum, quasi als Modellstadt und Gegenpol zu Berlin auszubauen.

In den Jahren 1903 bis 1906 konzipierte er ein ambitioniertes Ausstellungs- und Vortragsprogramm. Zahlreiche Ausstellungen vor allem zeitgenössischer Künstler, deren Werke auch zum Verkauf angeboten wurden, sorgten über die thüringischen Landesgrenzen hinaus für Aufsehen. In kurzer Folge wurden fast 40 Wechselausstellungen namhafter internationaler Repräsentanten der künstlerischen Moderne gezeigt wie Max Klinger, Claude Monet, Wassily Kandinski, Paul Gauguin. Edvard Munch, Aristide Maillol und auch Auguste Rodin.

Bald stellte sich jedoch Kritik und Widerstand ein. Als Kessler im Sommer 1905 eine umfassende Gauguin-Ausstellung präsentierte, hagelte es Kritik. So schlug die konservative Zeitschrift „Die Kunst-Halle“ in Berlin Alarm: „Warnung! Eine Sammlung von Bildern des in Paris verstorbenen obskuren Malers Paul Gauguin [...] rückt langsam gegen Berlin vor [...] Auf den Idioten van Gogh folgt jetzt – Gauguin. Unseren Sammlern kann deshalb nur gerathen werden: Haltet Eure Taschen zu!“ (III, S. 34)

Zum Skandal kam es schließlich 1906, als 14 aquarellierte Aktzeichnungen von Auguste Rodin, die dieser dem Museum geschenkt hatte, ausgestellt wurden. Kessler zog die Konsequenzen und trat als Museumsleiter zurück. „Meinen Abschied eingereicht" (3. Juli 1906, III, S. 160) und am 13. Juli 1906: „Meinen Abschied erhalten. [...] Ich habe nur ein Gefühl: das Glück nach einem gefährlichen Abenteuer wieder frei zu sein.“ (III, S. 162)

Und zwischendurch lesen wir am 9. Juli 1906: „Munch mein Portrait angefangen“ (III, S. 160) und dann am 11. Juli 1906: „Munch mein Portrait zu Ende.“ (III, S. 161). Dieses von dem damals noch wenig bekannten norwegi-

12 Vgl. Alexander Ritter: Der Dandy im Lande des Diktators Diaz: Harry Graf Kessler und seine ästhetischen „Notizen über Mexiko“ (1898). In: Gerhard Neumann/Günter Schnitzler (Hrsg.): Harry Graf Kessler. Ein Wegbereiter der Moderne. Freiburg/Br. 1997, S. 227-279.

13 Dritter Band 1897-1905. Herausgegeben von Carina Schäfer und Gabriele Biedermann unter Mitarbeit von Elea Rüstig und Tina Schumacher. Stuttgart 2004, 1198 S.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen Maler stammende Portrait sollte für Kessler charakteristisch sein und ihn als eine Art Ikone bis heute begleiten. Gleiches gilt auch für das Munch-Portrait Walther Rathenaus.

Trotz aller Kritik gelang es Kessler jedoch mit viel diplomatischem Geschick, 1903 den Deutschen Künstlerbund ins Leben zu rufen – eine Art Dachverband verschiedener secessionistischer Bewegungen. Kessler verstand ihn als „Gegenmacht" zu den offiziellen und konservativen Vereinigungen seiner Zeit.

Zum „Erweckungserlebnis“ wurde seine Bekanntschaft mit dem belgischen Architekt und Designer Henry van de Velde. Er gestaltete für ihn seine 1898 neu bezogene Berliner Wohnung in der Köthenerstraße, aber auch diejenige in der Weimarer Cranachstraße grundlegend in schlichtem und elegantem Stil als eine Art Gesamtkunstwerk. Sie wurde zum Treff- und Mittelpunkt zahlreicher Besucher und zum Geburtsort bedeutender Aktivitäten. Später, am 14.12.1923, bezeichnete Kessler rückblickend voller Wehmut sein Weimarer Domizil als „eine Verkörperung so vieler Träume aus der Zeit von Deutschlands Aufstieg.“ (VIII, S. 172) Und am 30. Juli 1935 notiert Kessler aus dem Pariser Exil: „Heute wird meine arme Hauseinrichtung in Weimar versteigert. Ende der Hauptepoche meines Lebens und eines mit grosser Liebe aufgebauten Heims.“ (IX, S. 643)

Van de Velde rief in Weimar das Kunstgewerbliche Seminar ins Leben und gründete 1907 eine Kunstgewerbeschule, aus der später das Bauhaus hervorgehen sollte.[14]

Auch Kesslers Traum von einem in Weimar von Maillol und van de Velde zu gestaltenden riesigen Nietzsche-Denkmal als eine Art nationale Weihestätte, das er anregte und engagiert vorantrieb, konnte nicht realisiert werden. Ein Komitee mit namhaften Persönlichkeiten wurde gebildet und Entwürfe diskutiert. Unüberbrückbare Vorstellungen ließen dieses Vorhaben jedoch scheitern.

Für Kessler schließlich kamen Buchprojekte hinzu. Zu nennen sind die zahlreichen Ausstellungskataloge, die er gestaltete und einführte. 1913 gründete der kunstbesessene Ästhet in Weimar die neue Wege der Buchkunst weisende Cranach-Presse mit ihren handgedruckten bibliophilen Kunstwerken, benannt nach Kesslers Wohnung in der Weimarer Cranachstraße.[15] Er wird als Verleger Schöpfer der vielleicht schönsten Bücher, die im 20. Jahr-

14 Vgl. Henry van de Velde. Ein europäischer Künstler seiner Zeit. Ausstellungskatalog. Hrsg. von Klaus-Jürgen Sembach u. Birgit Schulte. Köln 1992.

15 Vgl. Hundert Jahre Cranach-Presse. Buchkunst aus Weimar. Hamburg 2014, aber vor allem auch schon John Dieter Brinks (Hrsg.): Das Buch als Kunstwerk. Die Cranach Presse des Grafen Harry Kessler. Laubach/ Berlin/Williamstown 2003 sowie Ulrich Ott: Gesamtkunstwerk Theater – Gesamtkunstwerk Buch. Kessler, Edward Gordon Craig und die Cranach-Presse. In: Kamzelak u. a. (Hrsg.): Grenzenlose Moderne (wie Anm. 5), S. 173 ff. und Luigi Mania: ‚Le Papier de Montval’. In: Ebd., S. 251 ff.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

hundert gedruckt worden sind. „Die Schönheit", so schreibt er einmal, „ist ein Versprechen des Glücks." Ein knappes Dutzend „hinreißend schöner Bücher" erschien. Dieses mit Illustrationen von Künstlern, Bühnenbildnern und Grafikern aus Frankreich, Belgien und England mit hohem künstlerischen Anspruch dekoriert und von Kessler eigenhändig gestaltete „Gesamtkunstwerk" war allerdings alles andere als ein finanzieller Erfolg.

Zu einer gleichermaßen produktiven Verbindung Kesslers kam es auch mit Hugo von Hofmannsthal, die wir im **Vierten Band**[16] (1906-1914) nachvollziehen können. Diese „schwierige Freundschaft" (IV, S. 14) nahm ihren Anfang im Jahre 1898 anlässlich der Uraufführung von Hoffmannsthals Einakter „Die Frau im Fenster" in Berlin. Kessler öffnete dem Österreicher Türen und verschaffte ihm „Zugang zur Welt" (IV, S. 15), was dieser euphorisch begrüßte. Bald ergab sich eine kreative, allerdings problematische Zusammenarbeit, worüber auch der ausführliche Briefwechsel[17] informiert. Es entstand auch das Libretto zum Rosenkavalier, das Richard Strauss vertonte. Über die Abstimmung der jeweiligen Anteile am Text kam es zum Streit. Kessler fühlte sich von Hoffmannsthal übergangen und reagierte empfindlich. Auch die mit großen Erwartungen unternommene und mit Maillol gemeinsame Griechenlandreise 1908 endete mit einem abermaligen Zerwürfnis. Hoffmannsthal reiste früher ab.

Das genaue Gegenteil war Kesslers Verhältnis zu dem Bildhauer Maillol, den er als noch unbekannten Künstler bei einer Werkausstellung kennenlernte. Am 21. August 1904 besuchte ihn Kessler in seinem Atelier bei Paris und erkannte sofort dessen künstlerisches Potential. Kessler verstand Maillol als Gegenpol zur Hektik und Oberflächlichkeit der zeitgenössischen Kulturszene: „Diese Naivität wirken bei ihm nicht grotesk, sondern wie ein Ausfluss derselben Natur, die das naive und unbewusste Nackte seiner Figuren schafft. Er ist jemand außerhalb unserer Zivilisation, nicht gegen sie im Aufruhr oder nach Bohème Art in bewusstem Kontrast, sondern von ihr unberührt wie Adam im Paradies." (10.6.1907, IV, S. 291) Sie vereinbarten zahlreiche Projekte und Auftragsarbeiten, und Kessler wurde zu dessen bedeutendsten Mäzen und Sammler.

Spielte bis dahin in Kesslers Aufzeichnungen die Politik kaum eine Rolle, so vermittelt dieser Band aber eine neue und entscheidende politische Dimension für sein Leben. Geahnt haben muss er um die Gefahr eines europäischen Krieges. Aufgrund seiner intensiven Kontakte und Gespräche mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens berichtet nun Kessler über die teil-

16 Vierter Band 1906-1914. Herausgegeben von Jörg Schuster unter Mitarbeit von Janna Brechmacher, Christoph Hilse, Angela Reinthal und Günter Riederer. Stuttgart 2005, 1270 S.

17 Hugo von Hoffmannsthal/Harry Graf Kessler: Briefwechsel 1898-1929. Hrsg. von Hilde Burger. Frankfurt/M. 1968.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

weise übersteigerte nationalistische und kriegsbegeisterte Stimmung im Europa der Vorkriegszeit und über internationale Konflikte, über die deutsch-britische Flottenrivalität, die österreichische Annexion Bosnien-Herzogowinas 1908 und die Marokko-Krise 1911. Ein eigenartiger „Schwebzustand" des europäischen Lebens vor dem Ersten Weltkrieg kommt in Kesslers Tagebuch der Jahre 1906 bis 1914 zum Ausdruck (IV, S. 11). Der Band beginnt im Januar 1906 mit Kesslers Bemühungen um einen von ihm initiierten offenen Brief zur deutsch-englischen Verständigung, den zahlreiche deutsche und englische Künstler, Schriftsteller, Musiker, Intellektuelle und Wissenschaftler unterschrieben hatten und der zeitgleich in der Times und in deutschen Zeitungen abgedruckt wurde. Er endet am 4. August 1914 lapidar mit den Worten: „Spät die englische Kriegserklärung." (IV, S. 920)

Der **Fünfte Band**[18] dokumentiert Kesslers Zeit als Soldat der Jahre 1914 bis 1916. Kessler erlebt den Kriegsbeginn in London, von wo aus er sich direkt nach Potsdam zu seinem Regiment begibt. Von Anfang an nahm er teil am Weltkrieg, zunächst als Kommandeur einer Artillerie-Munitionskolonne in Belgien, später an der Ostfront. Seit Herbst 1916 war er, nicht mehr in militärischer, sondern diplomatischer Mission, Leiter der deutschen Kulturpropaganda an der Gesandtschaft in Bern.

Schon am 22. Oktober 1914 notiert Kessler: „Heute das Eiserne Kreuz erhalten" (V, S. 139), um übergangslos von militärischen Ereignissen zu berichten. Und überhaupt stehen Aufzeichnungen über die Feldzüge und Gefechte eindeutig im Vordergrund. Ausnahme bildet der Heimaturlaub im März und April 1915 und dann im Frühjahr 1916, als Kessler sich häufig in Berlin aufhält. Da treten Politik und Diplomatie an die Stelle von Kampfbeobachtungen.

Auch Kessler war von der anfänglichen Kriegsbegeisterung und den sich anfangs einstellenden militärischen Erfolgen geblendet.[19] Krieg war für ihn nicht nur „ein legitimes Mittel der Politik, sondern gleichsam eine anthropologische Konstante in der Menschheitsgeschichte", so dass er von der Sinnhaftigkeit des Krieges zutiefst überzeugt war, wurde er doch im Sinne der Verteidigung als „gerechter Krieg" verstanden. An der Kriegszieldiskussion hatte sich Kessler gleichfalls beteiligt.

Kessler begriff sich als „Beobachtungsoffizier", als „Schlachtenbummler"[20] in einem „rauschhaften Abenteuer". Dabei unterschied er deutlich zwi-

18 Fünfter Band 1914-1916. Herausgegeben von Günter Riederer und Ulrich Ott unter Mitarbeit von Christoph Hilse und Janna Brechmache. Stuttgart 2008, 820 S.

19 Vgl. auch Günter Riederer: Verborgene Leidenschaften. Harry Graf Kessler und das Kino. In: Kamzelak (Hrsg.): Kessler, der Osten und die Literatur (wie Anm. 4), S. 109-124, hier S. 110.

20 Vgl. Pascal Trees: „Müßige Betrachtungen eines Schlachtenbummlers". Harry Graf Kessler an der Ostfront des Ersten Weltkrieges und seine Warschauer Mission 1914/18. In: Kamzelak (Hrsg.): Kessler, der Osten und die Literatur (wie Anm. 4), S. 125-147.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen dem Feind und den Deutschen. Während er das völkerrechtswidrige Vorgehen russischer Soldaten in Ostpreußen mit scharfen Worten geißelte, war er bemüht, deutsche Grausamkeiten und Verbrechen an der Zivilbevölkerung in Belgien zu relativieren und zu entschuldigen. Gleichwohl lieferte er detaillierte Schilderungen standrechtlicher Erschießungen von etwa 200 Zivilisten. Bereits Ende August 1914 konstatierte er resigniert, dass dieser Krieg schon jetzt „viel grässlicher und barbarischer als der Krieg 70 oder selbst die Kriege Napoleons" sei. „Man müsse wohl bis auf den 30jährigen Krieg zurückgehen [...], um etwas Ähnliches [...] zu finden." (V, S. 97) Und den „ungeheuren Blutzoll, den Deutsche und Franzosen vor Verdun erlitten", hat Kessler unverblümt als „Massenmord" bezeichnet (V, S. 531). „Das Furchtbare an diesem Kriege ist, dass er durch den Sieg auf dem Schlachtfeld nicht beendet, ja nicht entschieden werden wird. Wir müssen unsere Feinde, Frankreich, England, Russland, auch geistig niederringen, unsere Kultur über die ihrige heraus erheben" und das – so fügte er hinzu – „wäre, wenn überhaupt, auch ohne den Krieg gegangen". (V, S. 271) Allerdings hat sich Kessler dem Krieg der Ideen und Manifestationen von Künstlern und Intellektuellen nicht anschließen wollen.

Der Krieg war es, der Kessler Ende August 1914 nach Russisch-Polen führte, wo er sich ein eigenes Bild über dortige Verhältnisse verschaffen konnte. So stellte er fest, dass es in Polen „keine bürgerliche Kultur" gebe, „die Empfindung von Kultur hat man nur in den Kirchen und den mit Heiligenbildern geschmückten Bauernstuben. [...] Dabei ist die polnische Rasse schön und anziehend, man sieht hier bei den Polen viele hübsche und edle Gesichter, namentlich bei den Frauen und jungen Leuten." Deutlich missbilligt er „das Gewimmel von Juden".

Eine für Kessler immer dringlicher werdende Frage ist die nach der Zukunft Polens. Dieses dürfe „nie an Russland fallen". Anzustreben sei wohl eine Personalunion mit Österreich oder besser mit Deutschland. Dabei schwebte Kesslers „Eroberungsträumen" eine Lösung vor nach dem Muster der Verbindung Englands mit seinen „großen Kolonien (Canada, Australien)".

Im Oktober 1915 kam es zu einer ersten Begegnung mit Pilsudski. Kessler war es dann auch, der sich 1918 dafür einsetzte, Pilsudski aus seiner Internierungshaft in Magdeburg freizusetzen und ihn nach Warschau zu schicken, um einen möglichen polnischen Aufstand gegen die deutsche Besatzung zu verhindern. Wenige Tage später trat er selbst seine diplomatische „Mission" in Warschau an, die er allerdings nach drei Wochen fluchtartig abbrechen musste. Sie blieb Episode.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Der die Jahre 1916 bis 1918 beinhaltende **Sechste Band**[21] dokumentiert einen Einschnitt in Kesslers Biographie. Er wurde nämlich vom Fronteinsatz abkommandiert an die deutsche Gesandtschaft in der Schweiz, wo er für die Kulturpropaganda, einem neuen Arbeitsbereich, zuständig war. Jetzt geraten Kesslers Aufzeichnungen „mehr und mehr zu einem Laboratorium der Politik". (VI, S. 18)

Auffällig ist die Lücke in Kesslers Tagebuch von Februar bis August 1917. Es liegt nahe, dass für diese Zeit Tagebucheintragungen verloren gegangen sind. Das ist in der Tat bedauerlich, weil wichtige politische Vorgänge des Wendejahres 1917 keinerlei Erwähnung und Kommentierung im Tagebuch finden. Zu nennen sind die Märzrevolution in Russland, der Sturz des Zaren und die Bildung einer Provisorischen Regierung sowie die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an das Deutsche Reich, die sogenannte Osterbotschaft Kaiser Wilhelms II., der Rücktritt von Reichskanzler Bethmann Hollweg und schließlich die Friedensresolution der Mehrheitsparteien im Reichstag. Dann aber folgen die dichten Beschreibungen seiner Besuche im deutschen Hauptquartier im April 1916 und Oktober 1917, wo Kessler im Zentrum der Macht auch die Generale Hindenburg und Ludendorff erlebt.

Im Frühjahr 1916 wird Kesslers Truppenkommando an die Westfront versetzt. Der brutale Stellungskrieg um Verdun wird für ihn zur einschneidenden existenziellen Erfahrung. Nun spricht er vom „Wahnsinn dieses Massenmordes" und bezeichnet den Krieg als „gemeine Sache [...] grausam und sinnlos" (1. April und 10. Mai 1916). Kessler erlitt einen nervlichen Zusammenbruch, eine Orientierungskrise machte sich breit.[22] Er ließ sich von der Front in die Schweiz versetzen. Über die Gründe seiner Versetzung ist viel spekuliert worden. War es sein Gesundheitszustand, ein „allerdings nicht näher zu belegender Nervenzusammenbruch"? (VI, S. 26) Offenkundig setzten ihm die Strapazen des Feldzuges und dessen Sinnlosigkeit vermehrt zu.

Nach anfänglichem Zögern gewann Kessler zunehmend Interesse an seinem neuen Betätigungsfeld in Bern, wo er der französischen Kulturpolitik und Kriegspropaganda Paroli bieten sollte. Er stürzte sich mit Feuereifer in die neue Aufgabe, konnte auf sein in den vorangegangenen Jahren gebildetes kulturpolitisches Netzwerk zurückgreifen, ließ seine Beziehungen spielen und initiierte Gastspiele, Konzerte, Vorträge und natürlich Kunstausstellungen in der neutralen Schweiz. Jetzt entdeckte er auch den Film als wirkungsvolles Medium nicht nur der Kulturarbeit, sondern auch der Massenbeeinflussung. Kessler habe den Zusammenhang zwischen Kino und Krieg zu „einem Leitmotiv" für sein Kriegstagebuch gemacht. Nun häufen sich

21 Sechster Band 1916-1918. Herausgegeben von Günter Riederer unter Mitarbeit von Christoph Hilse. Stuttgart 2006, 962 S.

22 Vgl. Grupp: Kessler-Biographie (wie Anm. 6), S. 166 f.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Kennzeichen filmischen Sehens“, Textpassagen, in denen „der kinematografische Apparat zu laufen beginnt“. Wie eine Kamera, die versucht, „Bewegungs-Bilder“ zu dokumentieren, habe Kessler immer wieder neue Szenerien und Bildfolgen beschrieben. Die praktische Umsetzung konnte er ab 1916 als Leiter der „Kulturpropaganda“ in der Schweiz erproben.[23]

So nimmt er auch Einfluss auf den Spielplan Schweizer Kinos und betätigt sich sogar gemeinsam mit George Grosz und John Heartfield als Filmproduzent. Dabei kann er auch über groteske Situationen des Krieges zwischen den Fronten berichten: „Abends im Bellevue [...] gegessen. Der Schützengraben läuft im Bellevue quer durch den Esssaal; Entente rechts, Vierbund links, die ‚table austro-boche’ in der linken Saalecke, die der Entente-Diplomaten in der rechten. Drum herum gruppiert an kleinen Tischen die Angehörigen der beiden feindlichen Mächtegruppen mit verstreuten Amerikanerinnen und Schweizern. Die Kellner bewegen sich zwischen den Mächtegruppen und spionieren.“ (14.9.1916, VI, S. 9)

Bis zum Schluss war Kessler von einem siegreichen Ende für Deutschland überzeugt. Das Waffenstillstandgesuch der 3. Obersten Heeresleitung Ende September 1918 konnte er nicht gutheißen, im Gegenteil: Er verstand es als verfrüht und falsch. Das unerwartete Ende des Krieges, Deutschlands Niederlage wurden zur Enttäuschung und zur politischen Umkehr. Kessler, der bislang den Krieg verteidigt hatte, wurde zum Kriegsgegner, zum aktiven Pazifisten. Der Nationalist wandelte sich zum Linksliberalen, der Konservative zum „Roten Grafen“. Und überzeugter Europäer war er sowieso schon.

Die Niederlage des Reiches wurde zur Zäsur und eröffnete eine neue Phase in Kesslers Leben, in welchem er sich mehr und mehr der Politik, dem Pazifismus und der Völkerverständigung widmete. Er stellte sich leidenschaftlich auf die Seite der Weimarer Republik.

Wie sehr Kessler den Großen Krieg nicht nur für sich als Zäsur und einschneidende Wende begriff, dafür steht die Eintragung vom 4. August 1919: „Heute vor fünf Jahren! [...] Nur fünf Jahre! Und doch ein Jahrhundert, das zwischen damals und heute liegt: eine Weltepoche.“ (VII, S. 254)

Der die Jahre 1919-1923 umfassende **Siebte Band**[24] ist gerade jetzt anlässlich der Würdigungen der Gründung der Weimarer Republik und ihrer Verfassung von besonderem Reiz.

Am 11. Februar 1919 vermerkt Kessler: „Gestern ist in Weimar die provisorische Verfassung angenommen. Damit endet offiziell die Revolution.“ (VII, S. 131) Kessler schließt sich der DDP an, war sie doch die am wenigsten straff organisierte Partei, „eher ein Zusammenschluss unabhängiger

23 Vgl. dazu ausführlich: Bd. VI, S. 9-31 sowie sehr informativ: Friedrich Rothe: Harry Graf Kessler. Biographie. München 2008, S. 244-260.

24 Siebter Band 1919-1923. Herausgegeben von Angela Reinthal unter Mitarbeit von Janna Brechmacher und Christoph Hilse. Stuttgart 2007, 1095 S.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Geister- und Honoratiorenvereinigung“,[25] und entsprach seinem Bedürfnis, möglichst nach allen Seiten offen zu sein. Sein Einsatz für die Partei blieb allerdings beschränkt. Er war eben kein Mann der politischen Gremienarbeit.

Von Kessler als Insider erhalten wir markante Charakterisierungen von Zeitgenosssen: „Ebert ist heute von der Nationalversammlung zum Reichspräsidenten gewählt worden. Ein gekrönter Sattlermeister, solide, sympathisch und tüchtig, ob politisch fruchtbar, zum mindesten fraglich. Ein großer Schädel, dick und schwer, der keine Seitensprünge machen wird, insofern besser als Wilhelm II. Aber ich fürchte, noch kein Cromwell.“ (VII, S. 133)

Und Matthias Erzberger „ein kleiner Schieber von großem Fleiss und mit offener Hand, die rechts und links Geschenke und Gefälligkeiten austeilt, um Anhänger zu werben. Ein Jeder wisse, dass er bei Erzberger Etwas profitieren könne. System der Trinkgelder.“ (VII, S. 135).

Und noch drastischer ist sein anfängliches Urteil über Reichskanzler Joseph Wirth. Am 13. April 1922 in Genua während eines Essens mit Walther Rathenau, dem er „eine unbändige Eitelkeit“ vorwirft (VII, S. 454) und der Wirth regelrecht „bemuttert“, wie „ein alter Kammerdiener seinen Serenissimus“, konstatiert Kessler: „Wirth [...] enttäuschte mich stark. Ein typischer ‚Boche’, blond, fett, schlagflüssig, ein weichlicher Fleischkloss ohne innere Haltung, launisch, formlos, Trinker, ja sichtbar alkohohlgetränkt (Gastwirtssohn). Hinter Nebeln von Selbstberäucherung und Wein hält er sich scheints für einen Olympier [...] Resümierend: der Hausknecht als Reichskanzler. [...] so kann die deutsche Republik mit ihren Reichskanzlern wirklich keinen Staat machen.“ (VII, S. 455 f.) Allerdings musste sich Kessler in seinem abschätzigen Urteil Wirths korrigieren. Am 25. Juni 1922, ein Tag nach Rathenaus Ermordung erlebte er ihn im Reichstag: „Da stand Wirth auf. Wie es schien nur zu einer kurzen Bemerkung. [...] Und dann begann er [...] mit warmen Worten des Nachrufs u. Trauer über Rathenau und stieg dann auf zu einer Rede, die umso gewaltiger wirkte, je ungezwungener u. unvorbereiteter sie schien. [...] Man fühlt, es kommt ihm wirklich aus der Tiefe seiner Überzeugung. Ich habe dem Mann Unrecht getan; er ist doch Jemand.“ (VII, S. 527, HiO)

Von Kessler, der als „Konferenztourist“ (Peter Grupp) bei der Weltwirtschaftskonferenz in Genua weilte, erfahren wir eine Fülle von Details. In seiner späteren Rathenau-Biographie übernimmt er zusätzlich Aufzeichnungen des 1927 verstorbenen Leiters der Ostabteilung des Auswärtigen Amts, Ago von Maltzan, die er zum Teil wortwörtlich wiedergibt und die für uns zu einer bedeutenden Quelle werden.

25 Grupp: Kessler-Biographie (wie Anm. 6), S. 183.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Und dann natürlich Rathenau, den Kessler von 1897 an mehrfach bei verschiedenen Anlässen getroffen und kennengelernt hat. Er beurteilte diesen anfangs zwar distanziert-kritisch, konnte sich dessen Wirkung allerdings nicht entziehen. „Rathenau ist Jemand, mit dem es sich lohnt zusammenzukommen." (IV, 19. Oktober 1906). So besuchte er ihn im AA als frischgebackenen Außenminister. Dieser klagte über „die Arbeitslast, die er tragen müsse, und die Schwierigkeiten, denen er begegne [...] Nachdem acht Jahre lang die deutsche Außenpolitik ganz passiv gewesen sei, gehe es darum, sie langsam wieder aktiv zu machen, jeden Tag ein Eisen ins Feuer zu schieben [...] Das Alles könne Einer auf die Dauer physisch nicht aushalten. Aber das Schlimmste sei doch die bösartige Gegnerschaft in Deutschland selbst. Jeden Tag bekomme er nicht blos Drohbriefe, sondern auch ernst zu nehmende Polizei Anzeigen. Es sei so weit, dass er nur noch mit diesem kleinen Instrument ausgehen könne. Dabei zog er einen Browning aus der Tasche." (VII, S. 424 f.) Wie Recht er hatte, demonstriert der 24. Juni 1922: „Die Erregung über Rathenaus Ermordung bleibt ungeheuer. Sie übertrifft Alles, was ich bisher bei dem tragischen Ende eines Menschen erlebt habe." (VII, S. 527) Einfühlsam schildert Kessler die Trauerfeier am 27. Juni im Reichstag. Besonders Rathenaus Mutter hatte es ihm angetan: „Um 12 Uhr führte der Reichskanzler die alte Mutter herein in die Kaiserloge, auf den noch mit einem gekrönten W. gezierten Platz. Die alte Frau war wachsbleich und steinern, wie gemeisselt unter ihren Schleiern. Offenbar ganz Selbstbeherrschung. Ihr weißes, verschleiertes, schmerzgebleichtes Gesicht war das, was mich am meisten ergriff. Sie blickte immer ganz unbeweglich hinunter auf den Sarg." (VII, S. 528). Kessler konstatiert: „Ein neuer Abschnitt der deutschen Geschichte beginnt mit dieser Mordtat, oder sollte doch mit ihr beginnen." (VII, S. 526) Und wenig später: „Was durch Rathenaus Tod entfesselt worden ist, ist vielleicht eine zweite Revolution, die tiefer die wirklichen Machtverhältnisse umgestalten wird als die erste am 9. November." (VII, S. 530)

Kessler spürte intuitiv den sich abzeichnenden Wandel in Europa und die Radikalisierung der politischen Kultur. Unter dem 29. Oktober 1922 lesen wir: „Die Fascisten haben durch einen Staatsstreich die Gewalt an sich gerissen in Italien. Wenn sie sie behalten, so ist das ein geschichtliches Ereignis, das nicht blos für Italien, sondern auch für ganz Europa unabsehbare Folgen haben kann. Der erste Zug im siegreichen Vormarsch der Gegenrevolution. [...] Hier kommt ganz offen eine antidemokratische, imperialistische Regierungsform wieder zur Macht. In einem gewissen Sinne kann man Mussolinis Staatsstreich mit dem Lenins im Oktober 17 vergleichen; natürlich als Gegenbild. Vielleicht leitet er eine Periode neuer europäischer Wirren u. Kriege ein." (VIII, S. 564)

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Der **Achte Band**[26] umfasst die Zeit 3. Juli 1923 bis 21. Juni 1926. Abermals ist Kessler auf Reisen. Seine erste große Auslandsreise nach dem Krieg führte ihn nach Amerika. Im Juli 1923 nahm er die Einladung des Williams College in Williamstown an. Er will für die neue deutsche Außenpolitik werben. Er hält Vorträge, Reden und Referate, führt aber natürlich auch Gespräche mit amerikanischen Politikern. Später am 1. Mai 1924 erfolgte sogar ein Empfang beim Präsidenten der Vereinigten Staaten, Calvin Coolidge, der allerdings im Urteil Kesslers nicht gerade gut abschneiden kann: „Alles in Allem der Eindruck eines gewissenhaften, nicht bedeutenden, fleissigen Kommis [...] Keine Spur von Geist oder Feuer oder eigenem, konstruktiven Denken." (VIII, S. 29)

Den Hitler-Putsch 1923 erfuhr Kessler in Den Haag und kommentierte ahnungsvoll: „Damit stehen wir unmittelbar vor dem Untergang des Deutschen Reiches." (VIII, S. 138) Ein Telegramm berichtet von der Verhaftung Ludendorffs und Hitlers, so dass sich bei Kessler eine gewisse Erleichterung einstellt.

Auch in Deutschland machte Kessler politisch von sich Reden. Inzwischen Mitglied beim Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wirbt er in öffentlichen Reden und bei Massenveranstaltungen für die Republik. Vehement lehnt er die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten ab: „Lassen wir uns nicht täuschen: die Wahl H[indenburg]'s bedeutet eine ernste Gefahr, nicht vielleicht sofort für die Republik, wohl aber für Alles, was uns die Rep. wertvoll macht." (VIII, S. 14)

Im Herbst 1924 führt Kessler einen engagierten Wahlkampf, nominiert von der DDP für Westfalen, erfolglos. Am 9. Dezember 1924 notiert Kessler: „Es steht fest, dass ich nicht gewählt bin." (VIII, S. 37) Sein Einsatz fordert Tribut. Immer wieder berichtet er von gesundheitlichen Problemen. Hinzu kommen politische Auseinandersetzungen. So war seine Person zahlreichen Anfeindungen ausgesetzt. Der „Rote Graf" wird geradezu zur Projektionsfläche und Zielscheibe Deutschnationaler Angriffe.

Mit Stresemann hatte Kessler häufig Kontakt. Dessen Locarnopolitik würdigte er als wichtigen Schritt zur Versöhnung mit Frankeich, als Beginn einer neuen, einer liberalen Außenpolitik. Als Stresemann ihm sogar die Position des Botschafters in London anbot (22.12.1923), fühlte sich Kessler geschmeichelt. Das Auswärtige Amt aber verhinderte seine Ernennung, abermals. Denn schon früh, als Kessler den Weg in den diplomatischen Dienst einschlagen wollte, wurde er bereits abgelehnt. Der Außenseiter war eben bei einer Funktionselite nicht gelitten.

26 Achter Band 1923-1926. Herausgegeben von Angela Reinthal, Günter Riederer und Jörg Schuster unter Mitarbeit von Janna Brechmacher, Christoph Hilse und Nadin Weiss. Stuttgart 2009, 1097 S.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Der abschließende **Neunte Band**[27] bietet die Jahre 1926 bis 1937. Den überraschenden Tod Gustav Stresemanns am 3. Oktober 1929 erfuhr Kessler in Paris und zwar beim Friseur. Am darauf folgenden Tag bringen alle Pariser Morgenzeitungen die Nachricht von Stresemanns Tod in größter Aufmachung. „Es ist fast so“ – bemerkt Kessler – „als ob der grösste französische Staatsmann gestorben wäre. Die Trauer ist allgemein und echt. Die Franzosen empfinden Stresemann wie eine Art von europäischem Bismarck." (IX, S. 265)

Der Vergleich von Stresemanns Beisetzung am 6. Oktober 1929 mit der von Rathenau im Jahre 1922 drängt sich auf. Ebenfalls im Reichstag: „Der Sarg war unter einer goldenen mit dem Schwarzen Reichsadler geschmückten Decke aufgebahrt. Da der Adler rote Krallen hatte, war die Decke verschämt Schwarz-Rot-Gold; nicht wie bei Walther Rathenau offen Schwarz-Rot-Gold. Auch unter den Schleifen an den Kränzen waren mehrere schwarz-weiß-rot. Frau Stresemann saß tief verschleiert neben Hindenburg in der früheren Hofloge. [...] Nach der Rede [...] setzte sich der endlose Trauerzug in Bewegung [...] Vor dem A.A. hielt der Zug. Das Fenster von Stresemanns Arbeitszimmer war schwarz drapiert. Und auf der Fensterbrüstung stand ein Korb mit weißen Lilien, das war eigentlich das erschütterndste, menschlichste Bild.“ (IX, S. 267)

Die Lücken im Tagebuch mehren sich, Kesslers Krankheiten auch. Sein Rückzug aus der aktiven Politik war unvermeidlich.

Während einer langen Krankheitsphase im Jahr 1927 entschloss Kessler sich, die längst fällige und von ihm lange erwogene Rathenau-Biographie zu schreiben, was ihm in geradezu sieben Monaten gelang. Sie erschien 1928.[28] Sein Buch, auch in England und Frankeich publiziert, wurde nicht nur ein kommerzieller Erfolg, es setzte auch wissenschaftliche Maßstäbe, die bis heute Bestand und die Rathenauforschung bereichert haben.

Bestärkt von diesem Erfolg, allerdings auch in zunehmender Geldnot, beginnt Kessler 1928 mit der Niederschrift seiner eigenen Memoiren. „Gesichter und Zeiten“ bilden einen vielversprechenden Auftakt. Namhafte Verlage sind interessiert. Unmittelbar nach Vertragsabschluss mit dem S. Fischer-Verlag am 1. März 1933 fährt Kessler nach Frankeich, ohne zu wissen, dass er nie mehr nach Deutschland zurückkehren wird. Die politische Kultur hatte sich grundlegend geändert.

Schon am 30. Januar 1933 hatte Kessler die Nachricht auf Hitlers Ernennung zum Reichskanzler kommentiert: „Die Verblüffung war gross; ich hatte

27 Neunter Band 1926-1937. Herausgegeben von Sabine Gruber und Ulrich Ott unter Mitarbeit von Christoph Hilse und Nadin Weiss. Stuttgart 2010, 1050 S.

28 Harry Graf Kessler: Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk. Berlin 1928; Neuausgabe mit einem Kommentar von Hans Fürstenberg. Wiesbaden o. J. (1962); Taschenbuchausgabe hrsg. von Cornelia Blasberg u. Gerhard Schuster. Frankfurt a.M. 1988.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

diese Lösung und noch dazu so schnell nicht erwartet.“ Und später: „Im und um den 'Kaiserhof' tobte ein wahrer Karneval." Dennoch verstand er den 30. Januar 1933 als einen „historischen Tag.“ (IX, S. 536 f.) Später, am 20. Juli 1935, trifft er in Paris den Exkanzler Heinrich Brüning, der ihm detailliert die letzten und entscheidenden Tage vor Hitlers Reichskanzlerschaft schildert. Vor allem Reichspräsident Hindenburg, den er als zögerlich und von „Einflüsterungen“ abhängig charakterisiert, erhält dabei kein gutes Zeugnis. Brünings Fazit lautete: „Schliesslich sei der Alte unter dem Druck des Sohnes [Oskar] in eine Panikstimmung geraten, in der er Hitler zur Macht berief.“ (IX, S. 646)

Entsetzt reagiert Kessler auf die Ausschreitungen gegen Juden am 1. April 1933: „Der abscheuliche Juden Boykott im Reich. Dieser verbrecherische Wahnsinn hat Alles vernichtet, was in 14 Jahren an Vertrauen und Ansehen für Deutschland wiedergewonnen worden war. Ich weiss nicht, ob man mit diesen strohdummen, bösartigen Menschen mehr Ekel oder mehr Mitleid empfindet.“ (IX, S. 554) Die Nachricht über Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz am 14. Oktober 1933 wird von Kessler als „der dunkelste Schicksalstag seit dem von Sarajewo“ verstanden. Ein Krieg lag regelrecht in der Luft. (IX, S. 608) Kessler blieb jedoch objektiv. Trotz aller Hiobsbotschaften aus seiner deutschen Heimat musste er am 25. Mai 1935 Hitler für dessen sogenannte Friedensrede ein Lob zollen: „Hitlers grosse Rede, die er [...] im Reichstag gehalten hat, im Original gelesen. Man mag über ihn denken was man will, jedenfalls ist diese Rede eine grosse staatsmännische Leistung; vielleicht die grösste und wichtigste Rede, die ein deutscher Staatsmann seit Bismarck gehalten hat.“ (IX, S. 640)

Die letzten Lebensjahre Kesslers wurden von zunehmender Einsamkeit bestimmt. Er, der sein Leben lang im Zentrum des gesellschaftlichen und künstlerischen Lebens stand, zog sich immer mehr zurück. Ob er, wie Peter Grupp argumentiert, „letztlich inmitten seines riesigen Bekanntenkreises ein Einsamer geblieben“[29] sei, mag dahingestellt sein, in seinen letzten Lebensjahren trifft das sicherlich zu. Es blieben ihm wenige, dazu zählte neben seiner Mutter Alice, mit der Kessler in einem innigen Verhältnis, „eine schwärmerische Liebe“ (I, S. 20) verbunden war – sie starb 1919 –, vor allem seine Schwester Wilma, die in Frankreich lebte und bei der er auch – längst im Exil – am 30. November 1937 verstarb.

29 Grupp: Kessler-Biographie (wie Anm 6), S. 52.

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Autorenverzeichnis

Philippe Alexandre, Jg. 1953, Dr. phil., Prof. für deutsche Geschichte in der Ufr Arts, Lettres et Langues an der Universität von Lothringen Nancy, Mitglied des Centre d'études germaniques interculturelles de Lorraine (C.E.G.I.L.), Nancy, des Centre d'études germaniques (Equipe d'accueil 1341), Universität Straßburg und der Académie de Stanislas, Nancy

Andreas Braune, Jg. 1981, Dr. phil., stellvertretender Leiter der Forschungsstelle „Weimarer Republik" an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Eckart Conze, Jg. 1963, Prof. Dr. phil., Professor für Neueste Geschichte an der Philipps-Universität Marburg, Mitherausgeber des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung

Michael Dreyer, Jg. 1959, Prof. Dr. phil., Leiter der Forschungsstelle „Weimarer Republik" an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Wolf-Erich-Kellner-Preisträger 2003

Fabian Ettrich, Jg. 1983, M.A., Angestellter im Bereich Öffentlichkeitsarbeit in Osnabrück, Altstipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Jürgen Frölich, Jg. 1955, Dr. phil., Archiv des Liberalismus, Gummersbach, Mitherausgeber des „Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung", Altstipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Tim Geiger, Jg. 1972, Dr. phil., M.A., Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, Abteilung im Auswärtigen Amt/Edition „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland"

Jens Hacke, Jg. 1973, Dr. phil., Politikwissenschaftler, Privatdozent am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt Universität zu Berlin, Wolf-Erich-Kellner-Preisträger 2006

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ursula Krey, Jg. 1959, Dr. phil., stellvertretende Leiterin des Instituts für Diakonie- und Sozialgeschichte an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal/ Bethel, Altstipendiatin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Manuel Limbach, Jg. 1984, Dr. phil., M.A.,Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesarchiv Koblenz, Wolf-Erich-Kellner-Preisträger 2017

Wolfgang Michalka, Jg. 1943, Prof. Dr. phil., ehem. Leiter der „Erinnerungsstätte der Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte", Rastatt

Ulf Morgenstern, Jg. 1978, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter der Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh

Fred Mrotzek, Jg. 1965, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland, Universität Rostock,

Anne C. Nagel, Jg. 1962, Prof. Dr. phil., apl. Prof. an der Universität Gießen, Projektmitarbeiterin an der Fernuniversität Hagen, Wolf-Erich-Kellner-Preisträgerin 1995

Matthias Oppermann, Jg. 1974, Dr. phil. habil., Abteilungsleiter Zeitgeschichte bei der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in Berlin und Privatdozent an der Universität Potsdam, Wolf-Erich-Kellner-Preisträger 2018

Christiane Scheidemann, Jg. 1965, Dr. phil., M.A., freiberufliche Historikerin, Berlin, Altstipendiatin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Norbert Schloßmacher, Jg. 1956, Dr. phil., Direktor des Stadtarchivs und der Stadthistorischen Bibliothek in Bonn

Jürgen Peter Schmied, Jg. 1974, Dr. phil., Lehrbeauftragter an der Universität Bonn

Elke Seefried, Jg. 1971, Prof. Dr. phil., M.A., zweite stellv. Direktorin des Instituts für Zeitgeschichte, Professorin für Neueste Geschichte an der

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Universität Augsburg, Mitherausgeberin des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung, Wolf-Erich-Kellner-Preisträgerin 2009

Christoph Stamm, Jg. 1971, M.A., Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Archivar, Projektmitarbeiter im Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin

Anuschka Tischer, Jg. 1968, Prof. Dr. phil., M.A., Inhaberin des Lehrstuhls für Neuere Geschichte an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783748902232 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -